

# Leipziger Stadtgeschichte

## Jahrbuch 2017



Im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins herausgegeben  
von Markus Cottin, Gerald Kolditz und Beate Kusche

**Im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins e. V.  
herausgegeben von Markus Cottin, Gerald Kolditz und Beate Kusche**

Anschrift der Redaktion:

Leipziger Geschichtsverein e. V., Redaktion Leipziger Stadtgeschichte  
Böttchergäßchen 3, 04109 Leipzig, E-Mail: [vorstand@leipziger-geschichtsverein.de](mailto:vorstand@leipziger-geschichtsverein.de)

Beitragsmanuskripte, Leserzuschriften und Rezensionsexemplare senden Sie bitte an die Redaktion, für unverlangt eingesandte Manuskripte kann jedoch keine Haftung übernommen werden. Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Die Jahrbücher Leipziger Stadtgeschichte erscheinen jährlich.  
Einzelpreis: 15 €, Abonnementpreis inkl. Versandkosten 13 €  
(für Mitglieder des Vereins frei).

Bildmotiv und -nachweis Umschlag: Empfang der Angehörigen des aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrenden Infanterieregimentes 107 auf dem Markt, 15. Dezember 1918  
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Atelier Hermann Walter)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 1437-8604  
ISBN 978-3-86729-216-0

Alle Rechte vorbehalten  
© Sax-Verlag, Beucha • Markkleeberg 2018  
Umschlaggestaltung: Birgit Röhling, Markkleeberg  
Herstellung: PögeDruck, Leipzig-Mölkau  
Printed in Germany  
[www.sax-verlag.de](http://www.sax-verlag.de)

# Inhalt

## BEITRÄGE • BERICHTE • MISZELLEN

*Sebastian Walther*

- bibite ex hoc omnes* – Liturgisches Gerät aus St. Thomas zu Leipzig  
und der Nathanaelkirche Leipzig als frühes Zeugnis  
des lutherischen Abendmahlsverständnisses 5

*Jens Kunze*

- Die Hinterlassenschaft des Carl von Friesen auf Rötha.  
Das Leben eines sächsischen Adligen vom Ende her betrachtet 15

*Johannes Träger*

- Ungleiches Maß? Zwei Verfahren wegen des Verdachts der Bigamie  
in Leipzig während des Dreißigjährigen Krieges 53

*Caroline Köhler*

- Die Besetzung Leipzigs im November/Dezember 1745 81

*Andreas Schneider*

- Leipzig im März 1848 und der Beginn der Revolution in Sachsen 121

*Anett Müller*

- Geruch frischen Pferdemistes mitten in der Großstadt – zur Entwicklung des  
Gebietes um das Leipziger Paket- und Zeitungspostamt an der Hospitalstraße 169

*Gerald Kolditz*

- »Helft uns siegen!« – Sammlungen während des Ersten Weltkrieges  
in und um Leipzig 175

*Katrin Löffler*

- Das Tagebuch der Dina Riwosch 205

*Thomas Hoscislawski*

- Zwischen Vision und Wirklichkeit – Planungen für das Leipziger Stadtzentrum  
1945 bis 1990 231

## REZENSIONEN

*Alexander Bartmuß*

Ralf Thomas: Reformation und Landesgeschichte Sachsens:  
Skizzen eines halben Jahrtausends 259

*Gerald Kolditz*

Wolfgang Gülich: Die Sächsische Armee zur Zeit des Norddeutschen Bundes  
und im Kaiserreich 1867–1914  
(Schriften der Rudolf-Kötzschke-Gesellschaft, Band 11) 261

*Birgit Horn-Kolditz*

Lutz Heydick: Der Leipziger Maler Erich Gruner.  
Seine Kleinsteiner Sommer und Bilder 263

*Gerald Kolditz*

Ralf C. Müller (Hrsg.): Fast geht es mir wie dem Vaterlande ...  
Der Leipziger Heinrich Oskar Kunitzsch im Weltkrieg (1916–1918) –  
ein Kriegstagebuch 265

*Doris Mundus*

Günter Sonne: Musikstadt Leipzig. Zur Geschichte Leipziger Vokal-Quartette  
(Leipziger Hefte, Band 20) 266

*Markus Cottin*

Bürgerverein Gohlis e. V. (Hrsg.): 700 Jahre Gohlis. 1317–2017.  
Ein Gohliser Geschichtsbuch (Gohliser Historische Hefte, Sonderband)) 268

Autorenverzeichnis 271



---

# BEITRÄGE · BERICHTE · MISZELLEN

---

## ***bibite ex hoc omnes* – Liturgisches Gerät aus St. Thomas zu Leipzig und der Nathanaelkirchgemeinde Leipzig als frühes Zeugnis des lutherischen Abendmahlsverständnisses**

– gewidmet dem Thomanerchor Leipzig –

*Sebastian Walther*

Die Ereignisse der Jahrzehnte, die heute schlicht als Reformationszeitalter bezeichnet werden, waren seinerzeit von einschneidender Bedeutung und umwälzendem Charakter für die Lebenswirklichkeit der Menschen in der Mitte Europas und die nachfolgenden Generationen. Neben Kriegen, Säkularisierung und Verschiebungen im reichspolitischen Machtgefüge waren auch im ganz alltäglichen Leben Neuerungen erlebbar für jene Menschen, die noch eine Zeit vor Luthers Thesenanschlag kannten.

Wie dieser als Kind seiner Zeit ganz in der mittelalterlichen Glaubenstradition stand, waren auch für die Menschen dieser Epoche Himmel und Hölle reale Orte und ein Leben ohne den christlichen Glauben und die damit verbundene christliche Kirche als Verwalter des göttlichen Gnadenschatzes, *extra ecclesiam nulla salus*, nicht vorstellbar. Wenngleich Cyprian von Karthago dieses geflügelte Wort wohl nicht auf den universalen Anspruch der Kirche bezogen haben mag, so bezog er es zumindest auf jenes Heil, welches die Kirche in Form von Sakramenten spenden konnte.<sup>1</sup>

Die später *lutherisch* geheißenen Reformatoren erkannten die althergebrachten Sakramente nicht vollumfänglich als solche an.<sup>2</sup> Und jene, die sie anerkannten, interpretierten und spendeten sie in anderer Weise, als es Ritus der römischen Kirche war. Hinsichtlich des Abendmahlssakramentes ergab sich aus der Confessio Augustana (Augsburger

---

1 Des heiligen Kirchenvaters Caecilius Cyprianus Briefe. Aus dem Lateinischen übersetzt von Dr. Julius Baer, Oberstudienrat am Wittelsbacher Gymnasium in München (Bibliothek der Kirchenväter 1, 60), München 1928, S. 352, Nr. 72,21.

2 Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche (BSLK), Studienausgabe der 12. Auflage von 1998, hrsg. vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Göttingen 2011, S. 292: Anerkannt wurden die Sakramente der Taufe, des Abendmahls und das Bußsakrament: *Vere igitur sunt sacramenta baptismus, coena Domini, absolutio quae est sacramentum poenitentiae.*

Bekenntnis) von 1530 bereits eine maßgebliche Neuerung in Anlehnung an Mt. 26,27: »... πίετε ἐξ αὐτοῦ πάντες.«<sup>3</sup>

Nahm bisher noch einzig der Priester stellvertretend für die Gemeinde Blut und Leib Christi rituell zu sich, so sollte nach dem neuen Verständnis die gesamte Gemeinde – πάντες – des Sakraments durch den Priester teilhaftig werden. Der römische Ritus unterschied sich vom neuen evangelischen wesentlich dadurch, dass das Trinken des eucharistischen Weines dem Priester vorbehalten blieb, dem Laien seit dem Konstanzer Konzil 1415 sogar verboten war, dagegen nach der neuen Lehre alle Gemeindemitglieder den Wein trinken dürfen sollten. In der Natur des neuen Verständnisses lag es daher auch, dass größere Mengen an Wein für die Spende des Sakraments benötigt wurden und dementsprechend auch mehr bzw. anderes liturgisches Abendmahlsgerät.

Die Abendmahlskanne der Kirchgemeinde St. Thomas zu Leipzig ist eines der frühesten Zeugnisse für diese neue Praxis, wird sie doch bereits auf das Jahr 1540, und damit nur 23 Jahre nach Luthers Thesenanschlag zu Wittenberg, datiert. Hervorzuheben ist hierbei, dass die Reformation zwar im ernestinischen Kurfürstentum Sachsen durch die Kurfürsten durchaus befördert wurde, nicht aber im albertinischen Herzogtum Sachsen, zu dem auch die Stadt Leipzig gehörte. Herzog Georg, der »Bärtige«, war nicht nur aufrechter Katholik und Gegner Luthers, sondern hatte zeitlebens die »reformatorische Bewegung« politisch zurückzudrängen versucht.<sup>4</sup> Erst nach seinem Tode im April 1539 wurde sein jüngerer Bruder Heinrich, dieser war Protestant, regierender Herzog von Sachsen. Unter dem nunmehr protestantisch gesinnten Herzog war es auch dem Reformator Martin Luther möglich, nach Leipzig zu kommen und hier zu predigen. Die Abendmahlskanne entstand demnach unmittelbar nach dem Tode des katholischen Landesherrn.

Gefertigt ist dieses Zeugnis evangelischen Sakramentsverständnisses aus Silber und Gold mit einer Höhe von 35,8 cm und einem Durchmesser von 17,2 cm am Fuß. Ähneln die Kanne auf den ersten Blick auch sehr einer profanen Kanne dieser Zeit, so findet man am Fuß doch einen bescheidenen goldenen Zierkranz, bestehend aus einer Kette griechischer Kreuze, um den gesamten Kannenfuß herum. Die Tülle der Abendmahlskanne ist in Schnabelform gestaltet und am oberen Ende offen. Kanne

3 Ebd., S. 85: In Artikel XXII der Confessio Augustana findet sich die Neuerung [...] Et ne quis possit cavillari, quod hoc ad sacerdotes tantum pertineat, Paulus ad Corinthios exemplum recitat, in quo apparet totam ecclesiam utraque specie usam esse, dass die Sakramente nicht den Priestern allein vorbehalten seien, vgl. Mt. 26, 27 »... Und er gab den Jüngern den Kelch, dankte und sprach: Trinket alle daraus ...«; Novum Testamentum Graece, hrsg. vom Institut für Neutestamentliche Textforschung, 28. revidierte Auflage, Stuttgart 2012, S. 89.

4 Christoph Volkmar, Reform statt Reformation. Die Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen 1488–1525 (Spätmittelalter, Humanismus, Reformation 41), Tübingen 2008; Heinrich Theodor Flathe, Artikel »Georg, Herzog von Sachsen« in Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 8, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Leipzig 1878, S. 684–687, hier S. 685, 686.



Abb. 1: Abendmahlskanne der Thomasmairie Leipzig, Deckel mit dem Ratswappen und der Deckelumschrift (Kirchgemeinde St. Thomas, Aufn. S. Walther)



Abb. 2: Abendmahlskanne der Thomasmairie Leipzig, Gesamtansicht (Kirchgemeinde St. Thomas, Foto Kreil, Leipzig)

und Tülle werden mit einem prächtigen Deckel verschlossen, welcher zum Ausgießen aufgeklappt werden muss. Entlang dem gesamten Deckelrand wurde ein breites goldenes Band aufgebracht, welches die Umschrift *TEMPLO DIVI THOMÆ DICATVM OENOPHORVM* trägt. In der Mitte des Kannendeckels prangt ein erhabenes goldumrahmtes Emailschild, das das Wappen der Stadt Leipzig in den Farben schwarz und Silber zeigt. Auf dem Wappenschild befindet sich rechts des Stadtwappens die Zahl »15«, links die Zahl »87«.

Auf der Deckelrast thront eine silberne Engelsfigur in hüftaufwärtiger Darstellung eines knabenhaften Körpers mit wallendem Haar und einem Flügel auf der linken Schulter. Der Flügel auf der rechten Schulter des Engels ist verloren. Die Deckelrast befindet sich ihrerseits genau am Ursprung des silbernen Kannenhenkels. Dieser ist nach der Bügelinnenseite rund und nach der dem Betrachter zugewandten Seite flach gestaltet worden. Auf der flachen Seite befindet sich ein goldener Einleger über die gesamte Henkellänge, auf welchem in zwei Zeilen übereinander die Worte *RENOVATVM ANNO CHRISTI MDLXXXVII SACRIS ÆDILIB. DOMINIS PAVLO TANNERO ET DANIELE LEICHERO* zu lesen sind. Am unteren Ende des Henkels ist die Darstellung eines bärtigen Gesichts mit Hörnern zu sehen. Die Meisterzeichen auf der Abendmahlskanne befinden sich knapp unter dem Kannendeckel auf der linken Außenseite des Kannenkörpers. Für den Betrachter nicht sichtbar ist ein weiteres Emailschild auf der Außenseite des Kannenbodens.

Geschaffen wurde diese Abendmahlskanne wohl von einem unbekannten Meister im Jahr 1540, findet sich doch auf dem Kannenboden jenes grüne Emailschild mit dem Leipziger Stadtwappen und der Jahreszahl 1540 in silbernen Lettern darüber, die

bei früherer Beschau noch violett waren.<sup>5</sup> Die Kanne wird von der Forschung übereinstimmend in das Jahr 1540 datiert, entspricht sie doch ganz dem Stil dieser Zeit. Das benannte Wappenschild war wohl aber nicht immer an der Unterseite des Kannenbodens aufgebracht, wie Johann Michael Fritz schreibt.<sup>6</sup> Seine Annahme ist durchaus nachvollziehbar, denn welchen Zweck hätte Zierrat wie ein Wappenschild, selbst auf liturgischem Gerät, wenn es der Beschauende nicht sehen könnte? Seine Vermutung, das nunmehr auf dem Kannenboden angebrachte Emailschild habe sich ursprünglich auf dem Kannendeckel befunden, ist deshalb äußerst schlüssig. Zudem erhielt wohl der Leipziger Goldschmiedemeister Barthel Neuper (bzw. Neubauer) im Jahr 1587 aus der Leipziger Stadtkasse die Summe von 15 Groschen dafür, »dass er das Rathswappen in ein Trinkgeschirr macht«, wie Cornelius Gurlitt schreibt.<sup>7</sup> Dass es sich dabei um die hier betrachtete Abendmahlskanne handelte, ist zumindest nicht auszuschließen.

Doch ist fraglich, warum ein intaktes Emailschild durch ein anderes von nahezu gleicher Gestalt ersetzt worden sein sollte, das sich im Grunde nur durch eine Jahreszahl vom alten Schilde unterscheidet, denn das Wappen der Stadt war heraldisch nicht verändert worden.

Grund hierfür ist möglicherweise, dass nicht das Schild an sich ausgetauscht, sondern nach 47 Jahren in Gebrauch vielmehr der gesamte Kannendeckel erneuert wurde und im Zuge dieser Erneuerung das ursprüngliche Schild weichen musste, wie Gurlitt schreibt.<sup>8</sup> Ihm widerspricht Johann Michael Fritz, der nicht ausschließen will, dass der Deckel bereits 1540 entstanden sein könnte, was er mit dem Unterschied in den Schriftarten auf Deckel und Henkel der Kanne begründet, da die Inschrift im Kannenhenkel wesentlich später entstand.

Hierbei geht Fritz jedoch auf die »Wanderung« des Wappenschildes nicht ein, sodass Gurlitts Aussage zu folgen sein wird. Denkbar wäre auch, dass die von Fritz als Argument angeführte Deckelinschrift erst 1587 auf den originalen Deckel aufgebracht wurde. Letztlich ist jedoch der genaue Entstehungszeitpunkt des heutigen Kannendeckels nicht zweifelsfrei feststellbar. Weil es sich möglicherweise um eines der ältesten liturgischen Geräte im Besitz der Leipziger Thomaskirche handelte, die das reformatorische Abendmahlsverständnis bezeugen, wurde das ursprüngliche Emailschild am Kannenboden erhalten, um den Bezug zum Entstehungsjahr der Kanne weiterhin auch optisch herstellen zu können.

5 Die Bau- und Kunstdenkmäler von Sachsen. Stadt Leipzig. Die Sakralbauten, Band 1, bearb. von Heinrich Magirius, Hartmut Mai, Thomas Trajkovits, Cornelia Wendt, Berlin 1995, S. 323.

6 Johann Michael Fritz, *Das evangelische Abendmahlsgerät in Deutschland: vom Mittelalter bis zum Ende des Alten Reiches*, Leipzig 2004, S. 368.

7 Albert Schröder, *Leipziger Goldschmiede aus fünf Jahrhunderten (1350–1850)*, Leipzig 1935, S. 151; Cornelius Gurlitt, *Beschreibende Darstellung der älteren Bau- und Kunstdenkmäler des Königreichs Sachsen*, Heft 17: Stadt Leipzig, Dresden 1895, S. 62.

8 Gurlitt, *Bau- und Kunstdenkmäler* (Anm. 7), S. 62.



Abb. 3: Abendmahlskanne der Thomaskirche Leipzig, Emailschild mit dem Leipziger Wappen auf der Außenseite des Kannenbodens (Kirchgemeinde St. Thomas, Aufn. S. Walther)

Auf dem neuen Deckel findet man, wie gesagt, neben dem prachtvollen Schild auch den Beleg für die Weihe der Kanne zur Leipziger Thomaskirche: *TEMPLO DIVI THOMÆ DICATVM OENOPHORVM* – den von Fritz thematisierten, auf ein goldenes Band geprägten Schriftzug und auf dem Scharnier des Deckels eine Engelsfigur. Zu sehen ist hier lediglich der knabenhafte Oberkörper des Engels, dem heute der rechte Flügel fehlt.

Ein Widerspruch zur Annahme Gurlitts, dass jenes aus der Stadtkasse dem Goldschmied bezahlte »Rathswappen« das auf dem Kannendeckel ist, ergäbe sich aus dem Henkel derselben, der die Gravur *RENOVATVM ANNO CHRISTI MDLXXXVII SACRIS ÆDILIB. DOMINIS PAVLO TANNERO ET DANIELE LEICHERO* in anderer Schriftart als jene auf dem Kannendeckel zeigt. Hier werden namentlich die Leipziger Ratsherren und Baumeister des Rates Paul Tanner und Daniel Leicher (\*1544, †1612)<sup>9</sup> als Wohltäter genannt, denen die Renovierung zugeschrieben wird. Von Letzterem, wohl seinerzeit als calvinistisch gesinnt bekannt,<sup>10</sup> zeugt noch heute das größte Epitaph der Leipziger Thomaskirche.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass das auf der Kanne bei der Leipziger Beschau 1587 aufgebrachte Meisterzeichen dem Goldschmiedemeister Samuel Krie-

9 Friedrich Theodor Richter, *Jahrbüchlein zur Geschichte Leipzigs*, Leipzig 1863, S. 112, Katalog der fürstlich Stolberg-Stolbergischen Leichenpredigten-Sammlung, Band 2 (Bibliothek familiengeschichtlicher Quellen), hrsg. von Werner K. von Arnswaldt, Willy Friedrich, Carl Güttlich, Leipzig 1928, S. 637 f.

10 Ernst Kroker, Leipzig, Leipzig 1908, S. 61.

bel zugeschrieben wird,<sup>11</sup> nicht Barthel Neuper, der für die Aufbringung eines neuen Wappenschildes bezahlt wurde, sodass angenommen werden könnte, dass 1587 zumindest mehrere Goldschmiede Veränderungen bzw. Renovierungen an der Kanne vorgenommen haben. Dies würde die unterschiedlichen Schriftarten auf Deckel und Henkel der Kanne ebenso erklären wie das erst 1587 aufgebrachte Meisterzeichen. Dass die Zuschreibung desselben an Samuel Kriebel durch Gurlitt trotz der Zuordnung des Emailschildes zu Barthel Neuper nicht ausgeschlossen wird, verwundert wenig, wenn man bedenkt, dass Kriebel in jenem Jahre Schau- und Obermeister der Goldschmiedeinnung war. Er bekleidete dieses Amt in den Jahren 1587/88, 1592–1594 und 1598, bezeichnenderweise alternierend zu Barthel Neuper, der es 1590–1592 und 1594–1596 innehatte.<sup>12</sup> Daher ist es auch denkbar, dass die Renovierung der Kanne durch Barthel Neuper erfolgte, lediglich die Beschau aber durch Samuel Kriebel in seinem Innungsamt geschah, der hernach die Kanne stempelte.

Auffällig ist das Vorhandensein sehr weltlicher Hoheitszeichen und der Namen von Bürgern mit memorialem Charakter, an das Stiftungswesen erinnernd, auf liturgischem Gerät. Unüblich war dies freilich nicht. Aus der mittelalterlichen Tradition übernommen sind auf liturgischem Gerät, Kirchengeschmück und gar auf Glocken die frommen Stiftungen der Schenkgeber durch Verewigung ihrer Namen darauf bis heute bekundet.<sup>13</sup> Doch hätte wohl niemand Geld und Namen für ein zweifelhaftes Unterfangen hergegeben. Dies zeigt das hohe Maß an Identifikation der Leipziger Bürgerschaft mit dem neuen Bekenntnis und legt nahe anzunehmen, dass mit offenkundigem Engagement hierfür auch öffentliches Prestige verbunden war – sowohl für Auftraggeber als auch für Auftragnehmer, denn letztlich war es nicht ein beliebiger Meister, der die Renovierung ausführte. So ist es nicht verwunderlich, dass Leipziger Ratsherren hier um Anerkennung buhlten, denn wenn auch nicht vom Volke gewählt, so zeigt doch nur wenige Jahre nach Renovierung der Kanne die vorübergehende Vertreibung Daniel Leichers aus der Stadt Leipzig, dass man auch als Ratsherr den Willen der Bürger mitunter deutlich zu spüren bekommen konnte.<sup>14</sup> Durch die Finanzierung der Reparatur der Abendmahlskanne und Einlegung des goldenen Spruchbandes in den Kannenhenkel konnten die beiden Bürgermeister davon ausgehen, dass ihr frommes Geschenk von anderen Gemeindemitgliedern als solches erkannt würde.

11 Fritz, Abendmahlsgerät (Anm. 6), S. 368; Gurlitt, Bau- und Kunstdenkmäler (Anm. 7), S. 62.; Marc Rosenberg, Der Goldschmiede Merkzeichen, Band 2, Frankfurt am Main 1923, S. 236–238; Schröder, Goldschmiede (Anm. 7), S. 122; Bau- und Kunstdenkmäler (Anm. 5), S. 323.

12 Schröder, Goldschmiede (Anm. 7), S. 122, 151.

13 Vgl. Jörn Staecker, Die Reformation auf Gotland. Innovation und Tradition im Kirchenraum, in: Carola Jäggi, Jörn Staecker (Hrsg.), Archäologie der Reformation. Studien zu den Auswirkungen des Konfessionswechsels auf die materielle Kultur, Berlin 2007, S. 47–97, hier S. 68 f.; Joseph Braun, Das christliche Altargerät in seinem Sein und in seiner Entwicklung, München 1932, S. 165.

14 Kroker, Leipzig (Anm. 10), S. 61.



Eine weitere Besonderheit fällt an der Abendmahlskanne aus St. Thomas zu Leipzig auf: Am oberen Ende des Kannenhenkels auf dem Scharnier zum Deckel findet sich die bereits mehrfach genannte Engelsdarstellung und am unteren Ende des Henkels die plastische Darstellung eines Kopfes mit groben Gesichtszügen, wildem Bart und Widder- bzw. Bocksgehörn.

Diese beiden Figuren sind wohl mehr als bloße Zier. Der Widder bzw. Bock symbolisiert im biblischen Sinn im Gegensatz zu Christus, der als Lamm dargestellt wird, das Böse und Dämonische. Bei Matth. 25,32 findet sich ex scriptura der Bezug auf das Weltgericht am Ende der Zeiten über die Zuordnung der Bösen zu den Böcken.<sup>15</sup> Dies wiederum lässt die Deutung der im Verhältnis zum gehörnten Kopf auf der Kanne wesentlich größer und sichtbarer, beinahe triumphierend dargestellten Engelsfigur als Bild des Erzengels Michael zu. Von Gott mit Aufgaben, die besondere Kraft erfordern, betraut, steht er unter anderem den Sterbenden bei und geleitet die Seelen der Gerechten gegen alle Widerstände des Bösen in den Himmel bzw. das jenseitige Reich.<sup>16</sup> Der Bezug auf Matth. 25,32 in der Bildsymbolik ist durchaus naheliegend für eines der ältesten liturgischen Geräte nach lutherischem Verständnis, liegt doch gerade in der veränderten Vorstellung vom Weg zum Seelenheil – *sola scriptura, sola fide, sola gratia* – eine der zentralen theologischen Neuerungen der lutherischen Reformation.

Trotz des bis hier betrachteten »Zierrats« wurde für die Abendmahlskanne aus St. Thomas zu Leipzig eine profane Form gewählt, die dem Gläubigen durch Ähnlichkeit mit einer alltäglichen Kanne die Funktion des Geräts offenbart. Jörn Staecker kommt in seinen empirischen Betrachtungen zu den Veränderungen beim Abendmahlskelch zu dem Ergebnis, dass wohl im ersten Jahrhundert nach Einführung der Reformation der Gottesdienst in seiner neuen Gestalt noch mit Altargerät der Altkirche gefeiert wurde und erst später der Wunsch der Gemeinde, im Zuge der Änderung des Abendmahlsrituals auch ein adäquates Gefäß zu erhalten, erfüllt wurde.<sup>17</sup> Hinsichtlich der profanen Form findet sich eine Gemeinsamkeit zwischen der Abendmahlskanne der Leipziger Thomaskirche und dem sog. »Lutherlöffel« der Leipziger Nathanaelkirchgemeinde.<sup>18</sup>

Dieser wie die meisten der Zeit aus Silber<sup>19</sup> gefertigte und 17,3 cm lange Sieblöffel bzw. Seiher aus dem Jahre 1540 wurde seinem Zweck entsprechend gebraucht, um Fremdkörper wie Kork oder andere Verunreinigungen aus dem für das Abendmahlssakrament benötigten Wein zu entfernen. Auffällig ist seine große Ähnlichkeit mit einem

15 Matth. 25,32: ...Und alle Völker werden vor ihm zusammengerufen werden und er wird sie voneinander scheiden, wie der Hirt die Schafe von den Böcken scheidet...

16 Michael Theobald, Artikel »Michael«, in: Lexikon für Theologie und Kirche, Band 7, Freiburg im Breisgau 2009, Sp. 227–231, Sp. 227, 228; Eckhard Bieger, Das Bilderlexikon der christlichen Symbole, Leipzig 2010, S. 120.

17 Staecker, Reformation (Anm. 13), S. 69.

18 Fritz, Abendmahlsgerät (Anm. 6), S. 368.

19 Braun, Das christliche Altargerät (Anm. 13), S. 452.

profanen Löffel, wie er noch heute zum Essbesteck gehört. Die Löffelkelle hat dabei zahlreiche Löcher, durch welche der gereinigte Wein hindurchfließen kann. Dass es sich dennoch um ein liturgisches Gerät handelt, ist an der fein gearbeiteten Gravur *DA GLORIAM DEO* auf der oberen Seite des flachen Seiherschafts zu erkennen. Auf der unteren Schafrückseite befindet sich die Gravur *A DML 1540*.

Die heute weitestgehend ausgestorbene Praxis des Seihens war seinerzeit und auch zuvor durchaus notwendig und das liturgische Reinigen des Weines über ein Jahrtausend vor der Entstehung dieses Sieblöffels bekannt.<sup>20</sup> Grund hierfür war ursprünglich, dass auch Wein bei der Eucharistiefeier verwandt wurde, den die Gläubigen geopfert hatten und auf dessen Reinerhaltung zuweilen ungenügend Sorgfalt gelegt worden war, sodass er gereinigt bzw. von den Rückständen der »Reinigungsmittel« befreit werden musste, bevor man den Konsekrationskelch mit ihm füllen konnte.<sup>21</sup> Gesammelt wurde der von den Gläubigen gespendete Wein darum in einem anderen Kelch, einem Sammelkelch, dem *calix offertorius*.<sup>22</sup>

Der durch den Bischof geweihte Konsekrationskelch war und ist eines der vornehmsten liturgischen Geräte, wäre verunreinigter Wein hineingelangt, hätte der Kelch auf Grund der Verunreinigung neuerlich geweiht werden müssen, war er doch durch Transsubstantiation nach katholischem Ritus dem zum Blute Christi gewandelten Wein vorbehalten. Auch wurden wohl vereinzelt nach dem Brechen der Hostie in den Kelch eingesenkte Partikel vor der Kommunion des Volks mittels des Seihers aus dem Wein entfernt und als nun wahrhaftiger Leib Christi in einen anderen Kelch übertragen.<sup>23</sup>

Über die Jahrhunderte wurde der Seiher auf diese Weise vom profanen zu einem liturgischen Gerät, dessen Bereithaltung während der Messe dem Subdiakon zugeordnet war, der ihn an einem Ring trug. Somit gehörten Seiher unabhängig von ihrer ursprünglichen Funktion zur Messfeier dazu.<sup>24</sup> Dies änderte sich zunächst auch im Protestantismus nicht.

Der »Lutherlöffel« trägt die bereits erwähnte Gravur *DA GLORIAM DEO* auf der oberen Seite des Seiherschafts. Sie ist dem Johannesevangelium entnommen und erscheint hier im Kontext des geheilten Blinden, der von den Pharisäern der Lüge bezich-

<sup>20</sup> Ebd., S. 450.

<sup>21</sup> Ungeachtet verschiedener Methoden zum Strecken des Weines, beispielsweise mit ungelöschem Kalk oder Brantwein, finden sich Zeugnisse für die Klärung von Wein mit Mergel, Sand, Mehl, Milch, Eiweiß, gebackenem Brot, Kochsalz oder Alaun sowie für andere Methoden zur »Heilung« schlechten Weins, etwa durch die Beigabe diverser Kräuter und Rinden oder Rebstock-Asche, welche ihrerseits natürlich Rückstände hinterließen, dazu Susanne Kiewisch, Weinbehandlung in mittelalterlichen Fachprosaschriften, in: Michael Matheus (Hrsg.), Weinproduktion und Weinkonsum im Mittelalter, Stuttgart 2004, S. 73–82, S. 77; Braun, Das christliche Altargerät (Anm. 13), S. 450.

<sup>22</sup> Victor Elbern, Artikel »Kelch«, in: Lexikon für Theologie und Kirche, Band 6, Freiburg im Breisgau 1961, Sp. 104–106.

<sup>23</sup> Braun, Das christliche Altargerät (Anm. 13), S. 451.

<sup>24</sup> Ebd.





Abb. 4: Der »Lutherlöffel« der Nathanaelkirche Leipzig (Nathanaelkirche, Foto Kreil, Leipzig)



Abb. 5: Die auf den Lutherlöffel gravierte Ligatur auf der Rückseite des Schafts: A DML 1540 (Nathanaelkirche, Aufn. S. Walther)

tigt wird, da er bekennt, dass Christus ihn sehend machte, woraufhin sie ihn auffordern: »δὸς δόξαν τῷ θεῷ« – Gott die Ehre zu geben, also seine Lüge zu gestehen analog zum Usus bei einem Strafprozess. Hintergrund dieser Praxis war die Begreifung Gottes als Gott der Wahrheit, in dessen Namen kein unrechtes Urteil gesprochen worden sein konnte, und die Chance für den Verurteilten, seinen Platz in der Gemeinschaft des Gottesvolkes durch ein Bekenntnis zur Wahrheit, d. h. ein Schuldeingeständnis, zu behalten. Dies geschah i. d. R. kurz vor der Vollstreckung des Urteils. Der geheilte Blinde aber pariert die Aufforderung der Pharisäer mit der Antwort: »εἶπον ὑμῖν ἤδη καὶ οὐκ ἠκούσατε« – er habe es bereits gesagt, also Gott die Ehre gegeben.<sup>25</sup> Bedenkt man den Hintergrund dieser Geschichte aus dem Johannesevangelium, so liegt es auch hier nicht fern, einen Bezug zum Jüngsten Gericht und dem Weg zum ewigen Heil herzustellen. Wiederum treten die Begriffe der *sola fide* und *sola gratia* in den Vordergrund, denn nicht die Institution Kirche bzw. der Priester, sondern Gott allein wird durch *DA GLORIAM DEO* zum Maßstab für das Handeln des Menschen erhoben. Der des Wunders teilhaftig gewordene geheilte Blinde verleugnet Gott nicht um der Pharisäer Willen, sondern bekennt die Wahrheit im Vertrauen auf Gott. Dabei reut es ihn hernach keineswegs, als die Pharisäer ihn ob seiner Antwort hinauswerfen. Die Grundgedanken der lutherischen Reformation treten hier sehr klar zu Tage.

Zu seinem Beinamen kam dieser Sieblöffel durch die gravierte Ligatur auf der Rückseite des Schafts: *A DML 1540*, worin man das Monogramm des Wittenberger Reformators erkennen wollte, der in Leipzig seine berühmte Pfingstpredigt 1539 – kurz nach dem Tode des katholischen Herzogs von Sachsen – zur Einführung der Reformation

25 Joh. 9, 24–34; Novum Testamentum Graece (Anm. 3), S. 330 f.; Wilhelm Schmidt, *Der Brennende Dornbusch. Eine Darlegung des Evangeliums nach Johannes*, Berlin 2006, S. 386–388.

hielt, kurz bevor dieser Seiherr entstand.<sup>26</sup> Während in der in drei Paneele aufgeteilten Ligatur das »A« im äußeren linken in Frakturschrift gestaltet wurde, sieht man das *DML* als Monogramm in lateinischen Buchstaben im mittleren Paneel, wobei das *M* die Basis bildet und sich seinen linken Schaft mit dem *D* teilt, seinen rechten hingegen mit dem *L*, sodass grundsätzlich auch eine römische Datierung denkbar wäre. Diese würde jedoch mit der in arabischen Zahlen gravierten Jahreszahl im dritten, dem äußeren rechten Paneel nicht übereinstimmen, hier darf durchaus ein Monogramm geschlussfolgert werden.

Ob allerdings eine tatsächliche Verbindung zu Martin Luther besteht oder die Ligatur eine andere Bedeutung hat, möglicherweise einen Leipziger Stifter des Gerätes mit demselben Monogramm, ist wie bei so vielen erhaltenen Gegenständen, die der berühmte Reformator angeblich gebraucht haben soll, heute nicht mehr zweifelsfrei feststellbar. Zumindest ein Bezug auf denselben darf jedoch angenommen werden.

Die Datierung des Seihers auf das Jahr 1540 ist unbestritten, was ihn neben der Abendmahlskanne der Kirchgemeinde St. Thomas zu Leipzig als eines der frühesten liturgischen Geräte der Reformationszeit ausweist. Tatsächlich beschränkte sich später die praktische Funktion von Abendmahlssieblöffeln, sofern sie überhaupt noch in Gebrauch waren, zumeist auf die Entfernung von Korkresten aus dem Kelch, nicht mehr zur Reinigung des Weines oder des ihm beigemischten Wassers selbst. Dennoch darf nicht unterschätzt werden, dass neues liturgisches Gerät im Geiste der Reformation gestaltet wurde und klaren Bezug auf die neue Lehre nahm. Dies zeigt den Wunsch nach einer Abgrenzung zum bisherigen römischen Verständnis. Mag manches Gerät aus der römischen Tradition übernommen worden sein, die konkreten neuen liturgischen Geräte der protestantischen Gemeinden wurden doch mit klarem Bezug auf die lutherische Lehre, oft in schlichterer und profanterer Form als die katholischen Vorgänger, gefertigt.

Das neue Bekenntnis fand seinen Niederschlag in einem neuen Sakramentsverständnis und letztlich auch in anderem liturgischen Gerät als zuvor. Die Abendmahlskanne der Thomasgemeinde zu Leipzig war gewissermaßen ein Prototyp ihrer Art und wurde zum Vorbild für andere Leipziger Abendmahlskannen, die in den Folgejahren entstanden.<sup>27</sup> Bis auf den heutigen Tag in Gebrauch, spannt sie den Bogen zu den frühen Jahren der Reformationszeit und legt Zeugnis ab von fünfhundert Jahren, in der Gläubige mit diesem Gerät ihren Gottesdienst gefeiert und dem Augsburger Bekenntnis sowie dem Wort Christi Leben verliehen haben: *bibite ex hoc omnes*.

<sup>26</sup> Fritz, Abendmahlsgerät (Anm. 6), S. 368.

<sup>27</sup> Ebd., S. 368.

# Die Hinterlassenschaft des Carl von Friesen auf Rötha

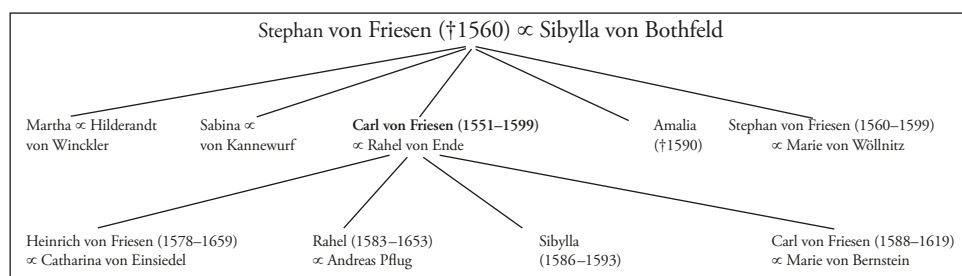
## Das Leben eines sächsischen Adligen vom Ende her betrachtet

*Jens Kunze*

### Herkunft und Familie

Die gesicherte Stammreihe der Familie von Friesen beginnt 1488, als ein Carl von Friesen mit dem Rittergut Kauern (heute: Gemeinde im thüringischen Landkreis Greiz) belehnt wurde.<sup>1</sup> Dieses Rittergut lag im Amt Ronneburg, das nach der Leipziger Teilung den Ernestinern, nach dem Schmalkaldischen Krieg den Albertinern und nach dem Naumburger Vertrag 1554 wieder den Ernestinern gehörte. Die jeweiligen Landesherren verliehen Amt und Herrschaft Ronneburg an die von Wildenfels. Diese belehnten die von Friesen mit dem Rittergut Kauern – das damit zunächst Stammgut der Familie wurde. Die von Wildenfels verkauften ihre Herrschaft 1584 an die Lehns- und Landesherren, also die Wettiner, sodass diese die unmittelbaren Lehnsherren der von Friesen wurden. Kauern blieb noch bis 1682 im Familienbesitz, die Röthaer Friesen waren jeweils mitbelehnt. Fast 200 Jahre war das Gut in der Hand derer von Friesen, bis es das Aussterben bzw. die Verarmung einzelner Zweige der Kauerner Linie 1681 in den Besitz von Susanna Thomä geborene Schröder gelangen ließ.<sup>2</sup> Hier war es wohl zu einem Missverständnis gekommen, denn die mitbelehnten Friesen der Röthaer Linie hätten das Gut gern übernommen und wären dazu finanziell gewiss auch in der Lage gewesen.<sup>3</sup>

*Stammtafel des Carl von Friesen*<sup>4</sup>



- 1 Ernst Freiherr von Friesen, Geschichte der reichsfreiherrlichen Familie von Friesen, 2 Bände, Dresden 1899, hier Band 1, S. 79f.
- 2 Zum Rittergut Kauern siehe: Ebd., Bd. 2, S. 336–349; Gustav Wolf/Sabine Hofmann/Klaus Hofmann, Das alte Schloss sehn wir noch heut ... – Aus der Geschichte der Rittergüter im Altenburger Land (Teil II), Museum Burg Posterstein, 2010, S. 51.
- 3 Friesen, Familie von Friesen (Anm. 1), Band 1, S. 348 f.
- 4 Ebd., Band 2, Anhang Tafel II und IV.

## Leben und Sterben

Die meisten Informationen über das Leben unseres Carls entstammen seiner Leichenpredigt,<sup>5</sup> die 1599 in Leipzig gedruckt wurde und heute fragmentarisch in der Universitätsbibliothek Leipzig überliefert ist.<sup>6</sup> Sie besteht aus zwei Teilen, einer sogenannten Überführungspredigt, die anlässlich der *Abführung seines verstorbenen Körpers* am 30. Juli in Altenburg durch den Hofprediger Dr. Abraham Langen gehalten wurde, und einer Predigt, die der bekannte Leipziger Professor Georg Weinrich *bey der volckreichen adelichen Sepultur und Beysetzung* einen Tag später in Rötha hielt. Erst um 1600 entwickelten sich die in Leichenpredigten eingearbeiteten Kurzbiographien zu einem eigenständigen Teil, den sogenannten Personalia. In der hier als Quelle genutzten Leichenpredigt ist der biografische Teil noch recht kurz gehalten und beschränkt sich im Wesentlichen auf vier Seiten am Ende der ersten Predigt.

Carls Eltern waren Stephan von Friesen und Sibylla geb. von Bothfeld. Als sein Vater 1560 starb, war er gerade neun Jahre alt. In der Leichenpredigt ist davon die Rede, dass er in Neustadt in die Schule gegangen sei. In der Familiengeschichte wird vermutet, dass er nach Neustadt an der Orla geschickt wurde. Obwohl dafür keine Belege vorliegen, wäre das gut möglich, denn diese Stadt in Thüringen besaß eine bekannte Lateinschule, die damals schon auf eine lange Tradition zurückschauen konnte.<sup>7</sup> Wie Carl selbst mehrmals bedauert haben soll, hat er der schulischen Ausbildung kein Studium anschließen können. Im Jahr 1571, also mit 20 Jahren, bekam er eine Anstellung als Hofjunker am Hof von Georg Friedrich von Brandenburg, Markgrafen von Brandenburg-Ansbach. Vier Jahre soll er diesen Dienst versehen haben. Für den vorübergehenden Umzug nach Ansbach erhielt er von seiner Mutter 250 Gulden.<sup>8</sup> Als er mit 21 Jahren volljährig geworden war, bezog Carl auch das anteilig ererbte Gut Kauern und übernahm dessen Bewirtschaftung. Am 9. Februar 1574 erwarb Carl von seinem Vetter Hans Dietrich dessen Hälfte von Kauern,<sup>9</sup> womit das Gut nun vollständig im Besitz Carls und seines unmündigen Bruders Stephan war.

5 Der Beitrag in der Familiengeschichte derer von Friesen, der das Leben Carls beschreibt, beruft sich auf Christian Gerber, *Historia derer Wiedergebohrnen in Sachsen, oder Exempel solcher Personen, mit denen sich im Leben, oder im Tode viel merckwürdiges zugetragen*. Anhang zu der *Historie der Wiedergebohrnen in Sachsen ...*, Dresden 1727, bezweifelt aber, dass eine Leichenpredigt, die Gerber als Quelle benutzte, wirklich gedruckt worden sei. Friesen, *Familie von Friesen* (Anm. 1), Band 1, S. 98.

6 Abraham Lange/Georg Weinrich, *Zwo Christliche Leichpredigten, Bey dem Christlichen vnd Adelichen Leichenbegengniß Des weiland ... Caroli von Friesen, vff Röthaw, Fürstlichen Sächsischen geheimbten Raths, Hoffmarschalcks vnd Heuptmans ...*, Leipzig [1599] (Universitätsbibliothek Leipzig, St.Nicolai.876/8).

7 Vgl. Rudolf Herrmann, *Die Lateinschulen im Ernestinischen Thüringen*, in: *Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertum* 42 (1940), S. 218–241, hier S. 221, 224–234.

8 Friesen, *Familie von Friesen* (Anm. 1), Band 2, Nr. 148, S. 113.

9 Ebd., Nr. 143, S. 103–105.

Bevor Carl heiratete, so berichtet die Leichenpredigt, hatte er sich mit *zwene züge in Franckreich versucht*. Am 7. Mai 1576, als der Ehevertrag seiner Schwester geschlossen wurde, weilte er bei *der Kriegs-Expedition in Frankreich*.<sup>10</sup> Er befand sich also vermutlich unter den angeworbenen deutschen Adligen, die im Heer von Pfalzgraf Johann Kasimir von der Pfalz an der Seite der Reformierten dazu beitrugen, dass die katholische Partei zu einem Waffenstillstand und letztlich zu weitgehenden Zugeständnissen an die Hugenotten gezwungen wurde.

Unversehrt aus diesem Krieg zurückgekehrt, widmete er sich wieder seinem Rittergut Kauern, mit dem er am 23. Juni 1585 als alleiniger Besitzer beliehen wurde.<sup>11</sup> Sein Bruder und sein Vetter wurden mitbelehnt.

Am 11. Mai 1577 hatte er Rahel von Ende geheiratet, die Tochter des Utz von Ende auf Gaschwitz. Mit ihr zeugte er vier Kinder, zwei Söhne und zwei Töchter.

Im Jahr 1588 wurde Carl von Kurfürst Christian I. zum Küchenmeister ernannt. Er war damit der Erste aus einer Reihe von Mitgliedern der Familie von Friesen, die hohe Ämter am kurfürstlichen Hof und in der Landesregierung einnahmen. Seine Karriere in Kursachsen endete allerdings sehr rasch, denn der Hofstaat Christians I. wurde nach seinem Tod im Jahr 1591 aufgelöst.<sup>12</sup> Bald darauf folgte Carl dem Ruf Herzog Johanns nach Altenburg. Johann, der zweite Sohn des Herzogs Johann Wilhelm I. von Sachsen-Weimar, hatte 1586, als sein älterer Bruder die Volljährigkeit erreichte und die Regierungsgeschäfte im Herzogtum übernahm, neben einem jährlichen Geldbetrag die Ämter Altenburg, Eisenberg und Ronneburg zur Nutznießung erhalten und führte dort einen eigenen Hof. Nach dem Tod seines älteren Bruders 1602 übernahm Johann im gesamten Herzogtum Sachsen-Weimar die Herrschaft.<sup>13</sup> Carl diente ihm als Geheimer Rat, Hofmarschall und Hauptmann der Ämter Altenburg, Ronneburg und Eisenberg. Bis zum Tode Herzog Johanns stieg er zu dessen höchstem Beamten auf. Er vertrat ihn mehrmals als Bevollmächtigter auf dem Reichstag in Regensburg. In der Leichenpredigt wird sein Wirken am Altenburger Hof in den höchsten Tönen gelobt.<sup>14</sup> Es heißt dort sinngemäß, dass er für diese Ämter die besten Voraussetzungen hatte. Besonders wird sein Einsatz zur Durchsetzung des orthodoxen Luthertums gegen den Calvinismus

10 Ebd., Nr. 149, S. 115.

11 Ebd., Nr. 165, S. 140–142.

12 Zur Regierungszeit von Christian I. und dem Politikwechsel nach seinem Tod siehe Thomas Nicklas, Christian I. (1586–1591) und Christian II. (1591–1611), in: Die Herrscher Sachsens, München 2004, S. 126–136; Karlheinz Blaschke, Religion und Politik in Kursachsen 1586–1591, in: Heinz Schilling (Hrsg.), Die reformierte Konfessionalisierung in Deutschland. Das Problem der »Zweiten Reformation«, Gütersloh 1986; Thomas Klein, Der Kampf um die Zweite Reformation in Kursachsen 1586–1591 (Mitteldeutsche Forschungen 25), Köln 1962.

13 Ernst Wülcker, Artikel »Johann, Herzog zu Sachsen«, in: Allgemeine Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 14 (1881), S. 350–352.

14 Lange/Weinrich, Zwo Christliche Leichpredigten (Anm. 6), S. 33f.



Abb. 1: Carl von Friesen d. Ä. (1551–1599), Gemälde, Reproduktion, 1941

hervorgehoben. Weiter ist zu lesen, dass er ein *bestendig tapffer Gemüth und einen warhafftigen Mund* hatte. Ihm wird zugeschrieben, dass er gewissermaßen den Grundstein für die fürstliche Hofhaltung in Altenburg gelegt hatte. Hervorgehoben werden auch die damals hochangesehenen Eigenschaften eines Hausvaters.<sup>15</sup> Er achtete mit Umsicht und Strenge auf seine ihm anvertrauten Untertanen. Dabei war er sich der Verantwortung des Besitzen- den durchaus bewusst, wie noch im Zusammen- hang mit seinem Testament zu sehen sein wird.<sup>16</sup> Der Verfasser der Leichenpredigt zitiert in diesem Zusammenhang das Bibelwort: »Ein weiser Re- gent ist streng und wo verständige Obrigkeit ist, da geht's ordentlich zu.«<sup>17</sup> Vermutlich ein Leitspruch für Carls Tätigkeit in den verschiedenen Ämtern und auch auf seinem eigenen Rittergut. Es wird be- merkt, dass er sich bei seinem Wirken in Altenburg

nicht nur Freunde gemacht hat, aber nach seinem Tode doch schmerzlich vermisst wird.

Obwohl Carl nach seinem Dienst am Dresdner Hof eigentlich in den Altenburger Raum zurückgekehrt war, trennte er sich 1592 von seinem Besitz in dieser Region. Mit Vertrag vom 20. Juni 1592 verkaufte er für 20 500 Gulden sein Gut Kauern an seinen Bruder.<sup>18</sup> Zu dieser Zeit bemühte er sich schon um den Erwerb des Ritterguts Rötha. Of- fensichtlich benötigte er den Erlös aus dem Verkauf von Kauern zum Kauf des neuen Rit- terguts. Die Beweggründe für diesen Besitzwechsel bleiben im Dunkeln. Vielleicht strebte Carl an, sich aus den komplizierten Besitzverhältnissen und familiären Beziehungen in Kauern zu lösen und eine neue unabhängige Linie zu begründen. Dieser Vermutung steht allerdings entgegen, dass die Vertreter der Kauerner Linie weiter Mitbelehnte des Gutes

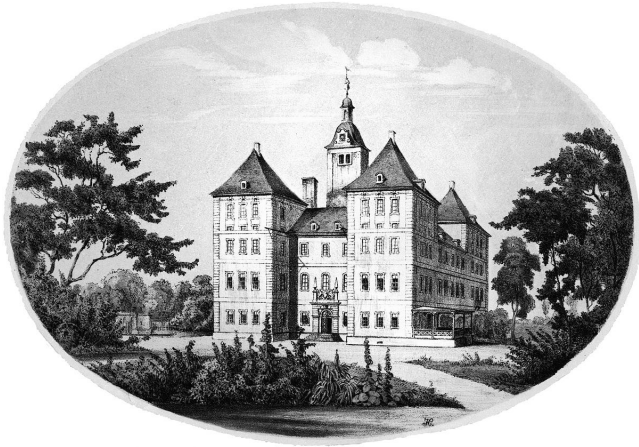
15 Wolf Helmhard von Hohberg, *Georgica Curiosa*. Das ist Adeliges Land- und Feldleben. Bericht und Unterricht auf alle in Deutschland üblichen Land- und Hauswirtschaften (Ausgewählt und eingeleitet von Heinrich Wehmüller), Wien 1984 (Nachdruck), S. 5518f.: »Was nun des Hausvaters eigene Person antrifft, so ist weltkündig, dass sowohl jede Tugend ihre Belohnung, als auch jedes Laster seine Strafe unfehlbar nach sich zieht; und ob auch (durch des allein weisen Gottes Verhängnis) eines oder das andere in dieser Zeitlichkeit nicht erfolgte, so wird doch in der zukünftigen Ewigkeit sicherlich keines ausbleiben, sondern alles mit unendlich großem Wucher vergolten und verglichen werden ...«; »... und soll ein gott- und ehrliebender Hausvater nicht allein um sein selbst und eigener Wohlfahrt, sondern auch um der Seinigen will, der Tugend und Gottesfurcht beflissen sein, ihnen mit christlichem Leben und Wandel vorleuchten, sie zu allem Guten halten, reizen, und im Falle der Notwendigkeit antreiben.«

16 Otto Brunner, *Adliges Landleben und europäischer Geist*, Salzburg 1949.

17 Jesus Sirach 10,1: »Ein weiser Herrscher festigt sein Volk, die Regierung eines Verständigen ist wohl geordnet«.

18 Friesen, Familie von Friesen (Anm. 1), Band 2, S. 143–146.





*Abb. 2: Schloss Rötha um 1860, kolorierte Lithografie aus dem Album Sächsischer Rittergüter und Schlösser (Auschnitt)*

Rötha blieben. Sein Versuch, selbst am Dresdner Hof Fuß zu fassen, deutet aber darauf hin, dass er die Zukunft seiner Familie eher in Kursachsen als in einem der Ernestinischen Herzogtümer sah. Mit dem Erwerb des kursächsischen Ritterguts Rötha legte er den Grundstein für den Aufstieg der Familie von Friesen im folgenden Jahrhundert. Es wurde in der Folgezeit das wichtigste, das Stammgut und »wirtschaftliches Rückgrat« der Familie. Über 350 Jahre bis 1945 blieb das Rittergut Familienbesitz derer von Friesen. (Abb. 2)

Rötha, südlich von Leipzig etwa auf der Hälfte des Weges nach Altenburg am rechten Ufer der Pleiße gelegen, ist als alter Burgensitz und seit 1291 urkundlich als Stadt belegt.<sup>19</sup> Das spätere Rittergut soll zunächst ein Vorwerk oder Beigut des Rittergutes Podschütz gewesen sein, bis dann der Rittersitz im 14. Jahrhundert nach Rötha verlegt wurde. Im 15. Jahrhundert übernahm die angesehene Adelsfamilie Pflug das Gut. Ab etwa 1570 war Christoph Pflug letzter Besitzer seines Geschlechts auf Rötha.<sup>20</sup> Die drückende Schuldenlast, sie hatte die Marke von 50 000 Gulden überschritten, nötigte ihn, gegenüber der Stiftsregierung zu Zeitz seinen Konkurs anzumelden. Dennoch sollten fast zehn Jahre bis zur Aufstellung der Schuldenverzeichnisse verstreichen. Am 31. August 1579 wurde endlich festgelegt, in welcher Reihenfolge die Gläubiger befriedigt werden konnten.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> Zur Geschichte des Ritterguts bis zur Übernahme durch die Familie von Friesen siehe Susanne Baudisch/Thomas Westphalen, *Schloss Rötha und seine mittelalterlichen Vorgängeranlagen – archäologisch und historisch betrachtet*, in: *Schloss Rötha. Erinnerung und Vision*, hrsg. vom Förderverein Rötha – Gestern.Heute.Morgen e.V., Leipzig 2013, S. 10–21. Siehe auf Seite 11 eine Karte mit der vermuteten Lage der Wasserburg.

<sup>20</sup> Vgl. Hans-Jürgen Pflug, *Adelsgeschlecht Pflug(k), Adelebsen 2014*, AC 20. Generation, S. 2 f.

<sup>21</sup> Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (im Folgenden: SächsStA-L), 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 3833 bis 3837.

Nach dem Bankrott des Christoph Pflug kaufte die Stadt Rötha selbst das Rittergut. Am 28. September 1584 wurde der Kauf vollzogen, und am 5. März 1585 belehnte Herzog August »den Rat und die Einwohner von Rötha und ihre Nachkommen mit Sitz und Städtlein und zugehörigen Ortschaften usw., auch Gerichten über Hals und Hand«. <sup>22</sup> Die Stadt besaß das Rittergut von 1584 bis 1592, war aber offensichtlich nicht in der Lage, die Mittel für seinen Unterhalt aufzubringen, geschweige denn den Zustand des als »verwüstet« beschriebenen Gutes zu verbessern.

Schon früh zeigte Carl von Friesen Interesse an dem Gut. Auf den langwierigen Prozess seines Erwerbs durch Carl sei nicht näher eingegangen. Jedoch soll von einer damit im Zusammenhang stehenden Episode berichtet werden, die einen Blick auf den Charakter Carls erlaubt. Nach der siebenjährigen städtischen Herrschaft erwarb Carl das Rittergut 1592. Mit landesherrlicher Genehmigung wurde der Kauf am 12. August 1592 vollzogen und Carl leistete auf der Michaelismesse in Leipzig eine erste Anzahlung. Der eigentliche Kaufbrief wurde aber erst am 19. Dezember 1592 in Torgau bestätigt und unterschrieben. Die Belehnung erfolgte am 6. August 1593 in Dresden. Bereits im Oktober 1592 scheint Carl jedoch die Geduld verloren zu haben. So ist für den 15. Oktober die Klage von Judith Pflug beim Oberhofgericht in Leipzig überliefert. Die Witwe des ehemaligen Besitzers von Rötha Christoph Pflug brachte vor, Carl von Friesen habe versucht, *sie durch sechs sonderlich dazu entlehnte reissige Pferde aus dem Hause werfen zu lassen; darüber sei sie in solche Angst gerathen, daß sie nicht einmal ihr Geschmeide, Gold und Perlen hätte retten können und heute noch nicht wisse, wohin dies Alles gekommen sei; die Reissigen seien mit Büchsen und anderen Wehren bewaffnet gewesen und hätten sie auf das Ärgste bedroht. Für diesen Akt der Bedrohung und als Ersatz ihrer angeblich verloren gegangenen Schmucksachen klagt sie auf Bezahlung von 1 000 Gulden.* <sup>23</sup> Ein Urteil in dieser Sache ist nicht überliefert, allerdings existiert in Carls im Anhang ediertem Nachlassverzeichnis ein Hinweis auf einen Vertrag mit der *fraw Pflügin*, der auf den 17. Januar 1593 datiert ist und diesen Streit vermutlich beendete. <sup>24</sup> Auf sehr anschauliche Weise macht dieser Vorgang deutlich, was gemeint ist, wenn in der Leichenpredigt auf Carl zu lesen ist, »*er war bald zu erzörnen*«. <sup>25</sup> Gewiss war es aber auch diese Ungeduld, die dafür sorgte, dass Carl die darniederliegende Rittergutswirtschaft schnell wieder in Schwung brachte. Ende des Jahres 1592 war der Kauf endlich vollzogen. Carl erwarb das Rittergut Rötha für 28 000 Gulden. Die Kaufsumme enthielt ein Leibgedinge für Judith Pflug. In einem umfangreichen Schuldentilgungsplan mit dem Titel »Rechnung über Einnahme und Ausgabe von 28 400 Talern Kaufgeld für das Rittergut Rötha«, den der Zeitzer Jurist und Kanzler Heinrich Rudolf am 2. Dezember 1597 aufgestellt hatte, ist darüber

22 Friesen, Familie von Friesen (Anm. 1), Band 1, S. 381 f. Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10080 Lehnhof Dresden, O 07735.

23 Friesen, Familie von Friesen (Anm. 1), Bd. 1, S. 381 f.

24 SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 511, fol. 13 v f.

25 Lange/Weinrich, Zwo Christliche Leichpredigten (Anm. 6).



zu lesen: *1500 fl wegen der fraw Pflugin seeligen besserunge, welche ihr alle gläubiger laut eynes zu Leipzig ufgerichtenn vertrages abzuziehen bewilliget.*<sup>26</sup> Auch wenn das Rittergut als in einem schlechten Zustand befindlich beschrieben wurde, erzielte Carl einen guten Kaufpreis, wurde Rötha doch laut eines Anschlags, der auf Befehl des Kurfürsten im Jahr 1586 angefertigt wurde, immerhin auf 34 083 Gulden geschätzt.<sup>27</sup> In den folgenden Jahren gelang es Carl die Verhältnisse in Rötha zu ordnen und dafür zu sorgen, dass das Rittergut Gewinn abwarf. Seine »Aufbauleistung« schätzte er in Rötha in seinem Testament an verschiedenen Stellen folgendermaßen ein: *... weill ich denselben gar wuste und bawfellig bekommen, mit grossen unkosten erbawen müssen ...; nun hatt mich der vorrath und die gebewde gar viel gekostet unnd habe sindembals das brawhaus, die mühle, backoffen unnd ziegelscheune vffs neue erbawet, unnd andere nutzliche liegende gueter an mich bracht, dadurch dis gutt merglichen gebessertt worden ...*<sup>28</sup>

1599, im Jahr seines Todes, erzielte das Gut Einnahmen in Höhe von fast 3 100 Gulden. Damit konnten nicht nur die üblichen Ausgaben der Rittergutswirtschaft bestritten, sondern auch umfangreiche Baumaßnahmen finanziert werden. Aus den Einnahmen des Ritterguts brachten die Erben sogar die beachtlichen Kosten für Carls Trauerfeier und Beerdigung in Höhe von über 1 420 Gulden auf, ohne dass ein großes Defizit entstand.<sup>29</sup> Im genannten Testament schätzte Carl den Wert des Gutes auf 42 000 Gulden.<sup>30</sup> Das rund fünfzig Blatt umfassende Inventar der Hinterlassenschaft Carls zeigt, dass er nicht nur gut gefüllte Scheunen, Keller und Tierställe hinterließ, sondern ebenso ein gut ausgestattetes Herrenhaus sowie eine beachtliche Barschaft.<sup>31</sup>

Seinen Tod ahnend, verfasste Carl wenige Tage vor seinem Ableben ein Testament.<sup>32</sup> Wieder war der Wunsch, alles bei guter Ordnung zu sehen, Motiv seines Handelns. Wie in Testamenten der Frühen Neuzeit üblich, befahl der Testator zuerst seine *arme seele Gott dem Allmechtigen* und bat um eine fröhliche Auferstehung.<sup>33</sup> Gleich darauf hielt er eine strikte Abgrenzung vom *leidigen und weitteingerießenen calvinismi* für nötig.<sup>34</sup> Mit kräftigen Worten bat er Gott, ihn bei seinem *einfeltigen glauben wieder alle rotten unnd secten, anfechtung des teuffels unnd des fleisches, auch wieder alle pfortten der hellen väterlich*

26 SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 3835.

27 Ebd., Nr. 2624.

28 Ebd., Nr. 2251.

29 Die Rechnung von Walpurgis (1. Mai) bis Bartholomäi (24. Aug.) 1599 schloss mit einem Minus von rund 57 Gulden. SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 1266.

30 SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2251.

31 Ebd., Nr. 511, fol. 30r–32r.

32 Zum Quellenwert von Testamenten: Jens Kunze, Adelstestamente, in: Martina Schattkowsky (Hrsg.), Adlige. Lebenswelten in Sachsen. Kommentierte Bild- und Schriftquellen, Köln, Weimar, Wien 2013, S. 78–84. Dort ist weitere Literatur zu finden.

33 SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2251. Die folgenden Zitate, wenn nicht anders angegeben, sind alle aus dieser Akte.

34 Zur zweiten Reformation und deren strikte Abwehr in Kursachsen siehe: Klein, Zweite Reformation in Kursachsen (Anm. 12) und Blaschke, Religion und Politik in Kursachsen (Anm. 12).

*unnd gnediglich [zu] erhalten.* Die Abgrenzung gegenüber dem Calvinismus, die auch in der Leichenpredigt auffällt, wird ebenso in der Literatur deutlich, die sich in Carls hinterlassener Bibliothek befand. Nachdenklich macht, dass Carl in Frankreich an der Seite der Reformierten gekämpft und dass er einige Jahre am Hof Christians I. gedient hatte. Doch lässt sich die Vermutung, die sich hier aufdrängen könnte, Carl habe zeitweise Sympathien für die Calvinisten gehegt, nicht beweisen. Sicher gehörte Abgrenzung von ihnen zum guten Ton eines Lutheraners dieser Zeit.

Klare Festlegungen traf Carl bezüglich der Gestaltung seiner Beerdigung. Sein Leichnam *sollte ehrlich, doch ohne geprenge, gegen Röthau in die kirche vor den altar, [fol. 4r] dahin ich noch selbst ein begrabnus machen zue lassen bedacht binn, begraben unnd mir die zwey kettlin, darahn churfurst Christians zue Sachsen hochstlößlicher gedechtnuß unnd des durchlauchtigsten hochgeborenen fürsten und herren, herrn Friedrich Wilhelms hertzen zue Sachsen der Chur Sachsen administratoris p meines gnedigsten herrns gesellschaftt hangenn, ann unnd mit inns grab und sonsten gar keinen schmuck noch schwerdt, sondern mein gebetbuch nehmen lassen.*

Zwar wollte er seine Begräbnisstätte noch selbst herrichten lassen, doch dafür blieb angesichts seines Ablebens kurz nach der Niederschrift des Testaments keine Zeit. Da er das voraussah, ordnete er an, dass man ihm *zum gedechtnuß eine taffel inn die kirche ann die wand zum epitaphio mitt meinem bildnuß und ahnen machen unnd die stunde und tagk seines seligen Abschiedes darauf vermerken sollte.* Einschränkend bemerkte er jedoch, dass *uber hundert guldenn uff denn grabstein unnd taffell nicht gewendet werdenn sollen.* (Abb. 3)

Der tatsächliche Ablauf der Trauer- und Begräbnisfeier kann aus dem Anhang an die Wirtschaftsrechnung des Ritterguts Rötha aus dem Jahr 1599 erschlossen werden. Dort findet man eine detaillierte Auflistung der entstandenen Ausgaben. Carls Beisetzung fand in Rötha statt, die Trauerfeier in Altenburg. Sie verursachten – wie schon berichtet – Kosten von über 1 422 Gulden.<sup>35</sup> Weil zu diesem Zeitpunkt eine enge Beziehung zu Altenburg bestand, wurden viele Güter dort gekauft, zumal für die Trauerfeier in der Altenburger Schlosskirche. In Altenburg erhielten der Pfarrer, die Schuldiener und Schulknaben für die Ausgestaltung der Trauerfeier rund 82 Gulden, Tuchmacher und Schneider über 77 Gulden und die Musikanten mit einem Kapellmeister 2,5 Gulden. Im Anschluss wurde der Leichnam an die Altenburger Trauerfeier nach Rötha überführt und in der Georgenkirche beigesetzt. Die Feierlichkeiten in Rötha kann man nicht mehr als bescheiden bezeichnen. Allein die Liste der verbrauchten Lebensmittel ist eindrucksvoll, hier eine Auswahl daraus: drei Kälber, eine Kuh, ein Ochse, 16 Schafe, ein Schwein, 16 Pfund Speck, 14 Pfund Butter, ein Fässlein Gurken, sieben Schock Krebse, Pflaumen, Meerrettich und Essig. Ein Fass Bier kam aus Pegau, vier Fässer entstammten

<sup>35</sup> Die Gesamtkosten beliefen sich auf beachtliche 1 422 Gulden, 14 Groschen und 3 Pfennige (Sächs-StA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, fol. 100r).

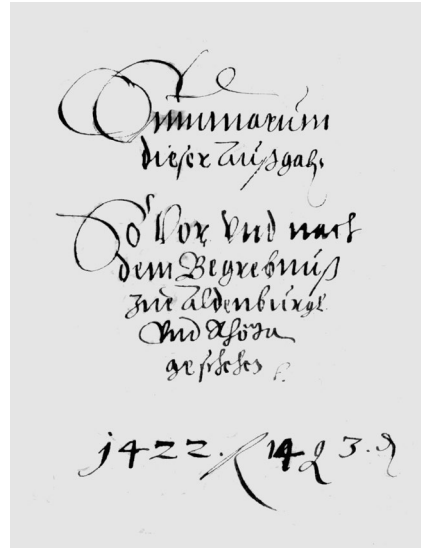


Abb. 3: Deckblatt der Rechnung über die Beerdigungskosten (StA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 1266, fol. 100r)

eigener Produktion. Viel Geld gab man auch für Koch- und Essgeschirr aus. Man liest von 30 Weingläsern, 60 Biergläsern, 30 großen und mittleren Töpfen, die neu erworben wurden. Tische und Bänke borgte man sich von den Bürgern der Stadt Rötha. Vollzogen wurde die Trauerfeier vom Superintendenten, der aus Leipzig geholt wurde, zusammen mit acht Pastoren aus den umliegenden Dörfern. Dabei sangen Schüler, die zum Teil auch aus Altenburg angereist waren.

Für die Feierlichkeiten in Rötha wurden ein Teil der Lebensmittel, vor allem höherwertige oder ausländische, aus Leipzig geholt.<sup>36</sup> Außerdem erwarb man in Leipzig für die Trauer- und Beisetzungszeremonie für fast 191 Gulden *schifftuch*.<sup>37</sup> Unter den Gesamtkosten für diese Trauerfeier finden sich auch einige Ausgaben, die noch zu Carls Lebzeiten entstanden und nun zu bezahlen waren. So wurden nun beispielsweise auch Arzt- und Apothekerrechnungen vorgelegt. Die Aufwendungen für den Transport der persönlichen Gegenstände Carls von Altenburg nach Rötha wurden ebenso unter dieser Rubrik abgerechnet wie die letzten Soldzahlungen und andere Aufwendungen für Carls Dienerschaft.

Ein Rechnungseintrag vermerkt die Ausgabe von 15 Talern für den Druck der Leichenpredigten.<sup>38</sup> Das Geld ging an den Leipziger Buchdrucker Jakob Gaubisch, der seit 1585 als Geselle, ab 1589 als Faktor in der Druckerei seines Verwandten Zacharias Bär-

<sup>36</sup> Ebd., Nr. 1266, fol. 91 v.

<sup>37</sup> Ebd., Nr. 1266, fol. 88 v. *schifftuch* meint wahrscheinlich einen besonders dicht gewebten Leinenstoff.

<sup>38</sup> Ebd., Nr. 1266, fol. 99 r.



Abb. 4: Titelblatt der Leichenpredigt  
 auf Carl von Friesen (Domstiftsbib-  
 liothek Merseburg, Cod. II, 294)

wald und nach dessen Tod 1598 auch für die Erben in Leipzig tätig war.<sup>39</sup> Gedruckt wurden die Predigten, die in Altenburg und in Rötha gehalten worden waren. Wie schon im Zusammenhang mit den biographischen Informationen erwähnt, waren es Abraham Lange, der in Altenburg zur Trauerfeier sprach, und Georg Weinrich, der zur Beerdigung in Rötha predigte. Beide waren am Ende des 16. Jahrhunderts sehr prominente Geistliche. Abraham Lange (um 1565 bis 1615) diente, nach einem Theologiestudium in Jena und Tübingen und nachdem er in Weimar ordiniert worden war, seit 1593 als Hofprediger in Altenburg. Er setzte seine Karriere 1602 als Hofprediger in Weimar und 1610 als Inspektor des Fürstentums Sachsen-Weimar fort. Ab 1612 war er als Doktor der Theologie Mitglied des Konsistoriums sowie Pfarrer und Generalsuperintendent in Weimar.<sup>40</sup>

39 Christoph Reske, Die Buchdrucker des 16. und 17. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet: auf der Grundlage des gleichnamigen Werkes von Josef Benzing (Beiträge zum Buch- und Bibliothekswesen 51), Wiesbaden 2007, S. 187 und 189.

40 Bernhard Pünjer, Artikel »Lange, Abraham«, in: Allgemeine Deutsche Biographie 17 (1883), S. 620.

Georg Weinrich lebte von 1554 bis 1617; er war Professor an der Universität Leipzig, Pfarrer zu St. Thomas und Superintendent in Leipzig, auch Beisitzer des Konsistoriums in Leipzig.<sup>41</sup> Auch angesichts der Prominenz der Trauerredner und des Druckes der Leichenpredigten passt der Ablauf von Carls Beerdigung nicht zu seinem vorgeblichen Wunsch, sie *ohne geprenge* durchzuführen.

Zurück zu Carls Testament! Dessen weitere Passagen zeichnen sich durch das Bestreben aus, über seinen Tod hinaus Einfluss auf seine Nachkommen auszuüben und weltliche Abläufe im Voraus zu planen.<sup>42</sup> So trifft er Festlegungen zur Versorgung der Witwe, die, mindestens so lange sein Sohn Heinrich ledig bleibt, weiter in Rötha die Haushaltung führen soll.

Ausführlich widmet er sich dem zukünftigen Umgang mit dem von ihm vererbten Rittergut. Er verfügt, dass der älteste Sohn Heinrich das Gut Rötha zum Wert von 42000 Gulden übernehmen und die Hälfte an seinen Bruder bezahlen soll. Eine Teilung des Gutes lehnt er kategorisch ab und begründet das wie folgt: ... *Wenn ein Gutt, es sey so wichtig, als es ist, zurissenn unnd von einander getheilet wirdt, das das einkommen unnd nutzbarkeiten ann vielen ortten geschwecht und das die brudere, wenn sie nahe bey-sammen wohnen, selten inn guten vornehmen und bruderlichen vortrawen bleibenn.*<sup>43</sup> Er verweist auf seine Erfahrungen, *welches ich dann an meinem lieben vater unnd seinen brudern gottseligen so woll andern furnehmen exempelln erfahren unnd wo uneinigkeit und vorbitterung einwurtzelt.*

Mit weiteren Ratschlägen für seine Söhne hält er sich nicht zurück. Sie sollen sich *freundlichen und bruderlichen vertragen und sich einer des andern getrewlichen annehmen.* Er ließ es sich auch nicht nehmen, sie vor dem *calvinischen geschmeiß unnd andern secten* zu warnen. Weiter empfiehlt er ihnen, *sie sollen keine wein- noch bierpalger sein, noch sich inn liederlich gezäncke einlassen, gegen ieder mann friedlich und ehrerbietig verhalten. Wenn es aber nicht anders sein kann, sich gegen ihren feynden keck unnd unuorzagt vorhalten und keinen schewen noch fliehenn.*

Besonderen Wert legt Carl auf die Tugend der Sparsamkeit. So mahnt er, dass eine große Zahl von Gesinde oder die Haltung von Pferden und Hunden viel Geld kosten und nannte sie *heimliche diebe.*<sup>44</sup>

41 Julius Leopold Pagel, »Weinrich, Georg«, in: Allgemeine Deutsche Biographie 41 (1896), S. 514–516; Markus Hein, Helmar Junghans (Hrsg.), Die Professoren und Dozenten der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig von 1409 bis 2009, Leipzig 2009, S. 282 f. (Abschnitt zu Weinrich). Siehe auch Jens Kunze, Die Beisitzer des Konsistoriums Leipzig von seiner Entstehung bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Leipziger Stadtgeschichte. Jahrbuch (2012), S. 33–54, hier S. 54.

42 Wieland Held, Das Testament Joachims von Dölau aus dem Jahre 1646, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 72 (2001), S. 97–118, S. 99; Ders., Selbstverständnis und Lebensauffassung des kursächsischen Landadels in der beginnenden Frühneuzeit, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 65 (1994), S. 39–59.

43 SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2251, fol. 7 r.

44 Ebd., Nr. 2251, fol. 14 v f.

Im 16. Jahrhundert setzt sich unter den Angehörigen des sächsischen Adels die Erkenntnis durch, dass eine solide, möglichst universitäre Ausbildung, ergänzt durch eine Reise zu den wichtigsten kulturellen Zentren Europas, eine unabdingbare Voraussetzung dafür war, einen gutbezahlten Posten am Hof des Landesherrn oder in der Landesverwaltung zu bekleiden.<sup>45</sup> Deshalb verwundert es nicht, dass Carl insbesondere von seinem ältesten Sohn Heinrich erwartet, dass er sein Jurastudium beendet und *sich zum wenigsten zwey oder ein jhar in Italien begeben, daselbstn ferner studiren unnd die sprachen lernen, dann sprachen befördern einen von adel nicht wenig*.<sup>46</sup>

Ein wesentlicher Teil des Testaments widmet sich der Stiftung von 1 200 Gulden, die seine Söhne zu Gunsten der Kirche und des Gotteskastens in Rötha anlegen sollten. Stiftungen und Legate findet man in vielen Adelstestamenten,<sup>47</sup> doch nicht oft waren sie so explizit für die Verbesserung der seelsorgerischen Versorgung des Ritterguts und seiner Untertanen vorgesehen. Der größte Teil des Zinsertrages sollte für die Anstellung eines Diakons in Rötha ausgegeben werden, der, so ist wörtlich zu lesen, *mit besuchung der kranken und reichung der heiligen sacramenten und sonst in allerley furfallenden nöthen doselbstn zuegehen möchte*.<sup>48</sup> 50 Gulden waren als Besoldung bestimmt. Ebenso sollte mit den Zinsen das Einkommen von Kirchner und Organist verbessert werden. Weiter ordnet Carl an, dass seine Söhne dem zukünftigen Diakon eine Wohnung einrichten, die allerdings später die Gemeinde Rötha zu unterhalten hatte.

### Hinterlassenschaft

Carl von Friesen verstarb am 25. Juli 1599 und wurde am 31. Juli in Rötha beerdigt. Es dauerte bis zum 29. November, ehe man durch den Altenburger Notar Christoph Braun ein Inventarverzeichnis anlegen ließ. Auf 48 Blättern notierte er mit sauberer Handschrift alle Räume, die man durchschritt, die darin befindlichen Möbel sowie alle

45 Held, Selbstverständnis (Anm. 42), S. 54–55. Siehe auch: Ralf Berg, Leichenpredigten und Bildungverhalten. Einige Aspekte des Bildungsverhaltens ausgewählter sozialer Gruppen, in: Rudolf Lenz (Hrsg.), Leichenpredigten als Quelle historischer Wissenschaften, Band 3, Marburg 1984, S. 139–162; Norbert Conrads, Tradition und Modernität im adeligen Bildungsprogramm der Frühen Neuzeit, in: Winfried Schulze (Hrsg.), Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 12), München 1988, S. 389–403, hier S. 398.

46 SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2251, fol. 17 r.

47 Wieland Held, Das Testament des Christoph Carl von Brandenstein aus dem Jahre 1630, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte 55 (2001), S. 151–171; Jens Kunze, Die Testamentstiftung des Heinrich Hildebrand von Einsiedel. Beginn einer Familientradition, in: Die Familie von Einsiedel. Stand, Aufgaben und Perspektiven der Adelsforschung in Sachsen, hrsg. vom Sächsischen Staatsarchiv, Leipzig 2007, S. 92–100; Peter Wiegand, Zur Stiftertätigkeit der Familie von Schönberg in der Neuzeit im Spiegel der Bestände des Hauptstaatsarchivs Dresden (16.–20. Jahrhundert), in: Die Adelsfamilie von Schönberg in Sachsen, hrsg. vom Sächsischen Staatsarchiv, Leipzig 2011, S. 76–98.

48 SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2251, fol. 20 v.



Gegenstände, die man Carls Nachlass zurechnete. Eingefordert wurde dieses Verzeichnis von Carls Sohn Heinrich und von Andreas Pflug auf Eythra, einem der Vormunde für Carls Nachkommen. Gleichzeitig verlangte auch der Landesherr, Herzog Johann, dass man die amtlichen Papiere, die man in Carls Nachlass fände, aussortieren und den dazu abgeordneten Personen<sup>49</sup> gegen Quittung aushändigen solle. In Anwesenheit von Kunze Heinrich von Ende und Heinrich Pflug begann man zunächst in Altenburg Bargeld, Schmuck und den Inhalt der »Rüstkammer« zu verzeichnen. Beim reichlich vorhandenen Bargeld fällt besonders die internationale Herkunft der Münzen auf. Sie stammen insbesondere aus verschiedenen von Habsburgern regierten Ländern: Ungarn, Österreich und Spanien, aber auch aus England und Frankreich. Detailliert wird notiert, mit welchem Bildnis die Münzen und Medaillen versehen waren und welches Gewicht sie auf die Waage brachten. Neben den Abbildungen von Kurfürst Christian von Sachsen (1560–1591) finden sich auch Bildnisse von Pfalzgraf Friedrich (vermutlich: Friedrich III. von der Pfalz, 1515–1576), Georg I. von Hessen-Darmstadt (1547–1596), Landgraf Ludwig von Hessen (Ludwig IV. von Hessen-Marburg, 1537–1604, oder Ludwig V. von Hessen-Darmstadt, 1577–1626), Herzog Johann von Holstein (Johann der Ältere, 1521–1580, oder Johann der Jüngere von Schleswig-Holstein-Sonderburg, 1545–1622), Pfalzgraf Johann Kasimir von Pfalz-Simmern (1543–1592) und Joachim Friedrich von Brandenburg (1546–1608). Vielleicht hatte Carl Freude daran, solche Bildnisse zu sammeln, oder es handelte sich um eine Art Wertanlage, zumal einige der Medaillen mehr als fünf rheinische Goldgulden wogen.

Nach den Münzen werden silberne und vergoldete Becher, Schmuckstücke und Kleinodien aufgelistet, die den Reichtum des Verstorbenen verdeutlichen. Besonders hervorzuheben ist *ein straußey, wiegt 8 marck 2 lot mit vergülter undt amalirter arbeit*. Es entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer Art Familienschmuckstück. Carls Sohn Heinrich erwähnt es in seinem Testament: *Undt weil das straußey von der chursachsen atministratorn hertzogen Friederich Wilhelms, hertzogen zu Sachsen, fürstlicher] gnad[en] christseeligster gedechtnuß, meinem lieben vater, seel[ig], zu einem willkommen nach Röthau verehret worden, so will ich, daß daßelbe auch darbey undt meinem sohne Carl verbleiben soll.*<sup>50</sup>

Und auch dessen Sohn, Carl der Jüngere, widmet dem Ei besondere Aufmerksamkeit: *Zum sechsten, gleichergestalt bescheide ich hiermit zum voraus, meinem iüngsten sohne alß künftigen besizer des guthes Rötha, das mir zustehende und von meinen seel[igen] herrn vater undt großvater herrührende, in silber eingefaste große strauß-ey, wie auch die in der beylage sub no 1 bezeichnete mobilia und will, daß dieses alles, alß ein andencken, bey besag-*

49 Ebd., Nr. 511, fol. 4r–v.

50 SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 3631, fol. 6v–7r.

*ten hause Rötha, iederzeit bleiben soll.*<sup>51</sup> So entstand also 1599 eine Tradition, die in den nächsten Generationen gepflegt wurde.

Der Inhalt der Rüstkammer bildet den Abschluss der Auflistung des Besitzes, den Carl in Altenburg hinterlassen hatte.

Danach begann die Inventur der Röthaer Hinterlassenschaft. Hier richtete sich der Blick zunächst auf das Rittergutsgebäude. Man ging von Raum zu Raum, notierte die Einrichtungsgegenstände, öffnete Schränke, Kisten und Truhen und vermerkte ihren Inhalt, der in erster Linie aus Schriftstücken bestand.

Dem Beispiel der Landesherrn, kirchlicher Institutionen und größerer Städte folgend, begann zu Beginn der Frühen Neuzeit auch der mitteldeutsche Adel den Wert der schriftlichen Überlieferung zu schätzen. So verwundert es nicht, dass im Inventar von Carls Verlassenschaft das Verzeichnis der Urkunden und Akten breiten Raum einnimmt. Die Schriftstücke werden noch nicht in einem besonders dafür geeigneten bzw. dafür geschaffenen »Archivraum« aufbewahrt, sondern sind auf zahlreiche Kisten in verschiedenen Räumen verteilt. Man kann sicherlich noch nicht von einem Archiv der Familie von Friesen sprechen, sondern es handelt sich vielmehr um eine Sammlung von Dokumenten, die für Carl und seine Nachfahren wichtig sind und aufbewahrt werden, um Rechte und Besitzstände zu sichern. Der Gesamtumfang der im Inventar verzeichneten Akten und Urkunden ist schwer abzuschätzen. Durchgezählt werden sie von A bis ZZzz. Einige dieser Signaturen sind noch untergliedert, wie beispielsweise das Konvolut CCC, das die Schriftstücke Nr. 1 bis Nr. 33 enthält. Am Ende der Auflistung der schriftlichen Hinterlassenschaft werden keine Signaturen mehr genannt, sondern dort ist nur noch von *convoluten* oder *allerley schreiben* die Rede.

Wie nicht anders zu erwarten, sind es vor allem Unterlagen, die über Besitzverhältnisse sowie über verliehenes Geld und eigene Schulden Auskunft geben. Sie wurden aufbewahrt, um sie im Falle sozialer und juristischer Konflikte als Beweise vorlegen zu können. Einige davon befinden sich noch heute in der Überlieferung des Rittergutes Rötha, so zum Beispiel Akten zum Rittergut Kauern<sup>52</sup> und vor allem zum Erwerb des Ritterguts Rötha.

Quittungen und Schuldverschreibungen zeigen, wie Carl und die Familie in das Netz der finanziellen Abhängigkeiten des sächsischen Adels eingebunden waren. Das belegt einmal mehr, dass die Friesens spätestens seit den Heiraten von Carls Kindern mit Söhnen und Töchtern aus den angesehenen Familien von Einsiedel, Pflug und von Bernstein und seit seinem Dienst am Dresdner Hof in Kursachsen angekommen und in den hiesigen Adel aufgenommen waren.

<sup>51</sup> Ebd., Nr. 3839, unfoliiert.

<sup>52</sup> Im Inventar: Ein convolut allerley Quittantzen brüderliche vergleichung, verpachtung undt verträge das guhtht Kahren betreffende, mit QQ. Im Bestand SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2207, Verträge und Quittungen des Carl von Friesen auf Kauern, 1574–1589 und Nr. 5344, Angelegenheiten des Ritterguts Kauern zwischen den Brüdern Carl und Stephan von Friesen, 1572–1575.



Bemerkenswert ist auch der Eintrag: *Vieler rittergueter abnschlege mit VVvv*. Besonders aus dem 17. und 18. Jahrhundert sind noch heute zahlreiche Rittergutsanschlüsse im Archivbestand des Rittergutes Rötha überliefert, die über Wert und Zustand der Güter detailliert Auskunft geben. Man beobachtete die Entwicklung fremder Rittergüter sehr genau, um gegebenenfalls Güter mit wirtschaftlichem Potenzial von ihren verschuldeten Besitzern für einen günstigen Preis zu kaufen.<sup>53</sup> Das Vorhandensein solcher Anschlüsse in Carls Nachlass lässt vermuten, dass auch er diese Strategie verfolgte. Fortgesetzt wird das Inventar mit einer Liste der vorhandenen Bücher. Carl hinterließ laut der Inventarliste zwölf Bücher in *folio*, elf in *quarto* und 6 in *octavo*, also eine kleine Bibliothek von immerhin 29 Büchern. Der inhaltliche Schwerpunkt der Bücher lag im religiösen Bereich. Wie schon erwähnt, fallen einige antikalvinistische Druckwerke auf. Aber auch Werke zur Geschichte Sachsens und anderer Regionen sowie mit juristischem Inhalt finden sich auf der Liste.

In der *grün undt leibfarben stube* und einer nicht näher benannten Kammer befanden sich sogenannte *contrafeit* unter anderem von Carl, seiner Frau, seinen Kindern sowie verschiedenen Herzögen aus der Ernestinischen Linie des Hauses Wettin sowie ihren Frauen und Kindern.

Nach der Registrierung der Stoffe, Pelze und Kleidungsstücke werden zunächst die Räume der Witwe und des Sohnes Heinrich ins Inventar aufgenommen. Dann wendet man sich den Wirtschaftsräumen zu. Begonnen wird mit der Küche und den darin befindlichen Gerätschaften. Es folgt ein gut gefüllter Weinkeller, der neben Rheinwein und Wein aus Freyburg (Unstrut) auch verschiedene Obstweine und Rosmarin- und Melissenwein enthält. In einem Gewölbe werden Kraut, Obst und Zwiebel und Bier gelagert. Der größte Teil des Biervorrates befindet sich allerdings im sogenannten Bierkeller. Die Böden sind gut gefüllt mit verschiedenen Getreidesorten, Hopfen und Hanf.

Besonders interessant ist ein Blick in die Stube des Verwalters. Zur täglichen Arbeit des Verwalters stehen bzw. liegen bereit: *1 erbbuch; 1 rügenbuch; 6 lehn- undt handelsbücher; allerley der unterthanen rechts undt gerichtssachen*.<sup>54</sup> Die Gerichts- und Handelsbücher des Ritterguts sind heute noch für den Zeitraum von 1570 bis 1855 überliefert.

---

53 So verfolgte man beispielsweise den Konkurs derer von Büнау im Osterzgebirge sehr genau. Und legte eine Akte an mit dem Titel »Anschlüsse für die von Bünauschen Rittergüter im Amt Pirna« (SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2228). Sie enthält die Wertermittlungen für die Güter Cotta, Giesenstein, Lauenstein, Prossen, Weesenstein, Zuschendorf und gibt auch über das Schuldenwesen beim Rittergut Lauenstein Auskunft. Siehe zu dem Konkurs: Max Julius Büttner, Chronik der alten Bergstadt Lauenstein nebst einer Geschichte der Burg und ihrer Besitzer und der Beschreibung des Gotteshauses und seiner Kunstschatze. Festschrift zum 300. Gedächtnistage des Festes der Kirchenweihe vom Jahre 1602, Leipzig 1902, S. 33f.

54 Unter die Gerichtsbarkeit des Ritterguts Rötha fielen neben dem Vasallenstädtchen Rötha auch Bageritz (Sachsen-Anhalt), Deutzen, Espenhain, Etzoldshain, Gaulis, Geschwitz, Großpötzschau, Hain (bei Rötha), Kreudnitz, Lausick, Baudegast (Wüstung bei Zwenkau), Podschütz, Theka und Zwenkau.

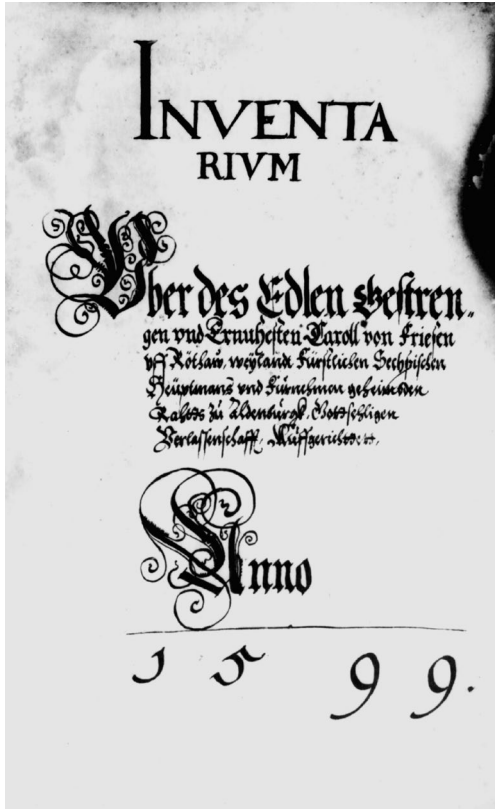


Abb. 5: Titelblatt des Inventars (SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 5119)

Es sind also auch die Bücher, die sich damals in unmittelbarer Reichweite des Verwalters befanden, noch vorhanden und für die Forschung nutzbar.<sup>55</sup>

Die Auflistung und Beschreibung der Wirtschaftsgebäude des Ritterguts beginnt mit einer Käsestube, einer Küche und sieben Ställen, in denen insgesamt 73 Rinder und 51 Schweine verschiedenen Alters und Geschlechts stehen. Pferdeställe, ein gut ausgestattetes Gerätehaus und mit reichlich Getreide, Erbsen und Wicken gefüllte Scheunen schließen die Beschreibung des Ritterguts ab.

Weiter gehörten zu Carls Besitz das Vorwerk Podschütz nördlich von Rötha mit vollen Ställen sowie eine voll ausgestattete Mühle, eine Schäferei mit fast 900 Schafen und ein Brauhaus.

<sup>55</sup> Zum Beispiel: SächsStA-L, 12613 GB AG Rötha Nr. 150, Gerichtshandelsbuch Bd. 1, enthält auch: Zivil- und Strafgerichtsbarkeit. – Urfriedeschwüre. – Einwohnerverzeichnis von Rötha, 1646. Laufzeit: 1570–1597, 1646.

Wenige Tage nach der Inventur des Nachlasses, am 15. Dezember, trafen sich die Erben, um einen Erbteilungsvertrag zu schließen. Auch dieses Dokument ist überliefert.<sup>56</sup> Auf 26 Seiten traf man genaue Festlegungen, um auch unter Berücksichtigung von Carls Testament dessen umfangreichen Nachlass gerecht unter den Erben aufzuteilen. Die interessanten Details genauer zu analysieren ist hier nicht der Platz. Dies sollte in einer gesonderten Darstellung geschehen.

Carl der Ältere hat den Grundstein für einen beachtlichen Aufstieg gelegt, den die Familie von Friesen im Jahrhundert nach seinem Tod erlebte. Ihm folgten sein Sohn Heinrich d. Ä. und dessen Söhne Heinrich d. J. und Carl d. J. Sie erwarben umfangreichen Besitz nahe Leipzig und Dresden sowie zeitweise in der Lausitz. Mitglieder der Familie stiegen in führende Positionen am Dresdner Hof und in der kursächsischen Landesverwaltung auf. Sie gehörten zu den einflussreichsten Persönlichkeiten des sächsischen Adels im 17. Jahrhundert und nahmen bedeutenden Einfluss auf die kursächsische Innen- und Außenpolitik. Am Ende des 17. Jahrhunderts gehörte die Familie von Friesen zu den wohlhabenden, angesehenen und einflussreichen Adelsfamilien in Kursachsen.

### Einrichtung der Edition

*Quelle: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 511.*

*Originaltitel: Inventarium über herrn hauptmanns und geheimbden-raths Carl von Friesen auf Röthau verlaßenschaft de dato den 29. nov[ember] 1599. Ti. duplo.*

*Der anschließende Quellentext ist im Normaldruck wiedergegeben, während alle Zusätze des Bearbeiters kursiv gedruckt sind. Hinzufügungen des Editors im Text stehen in eckigen Klammern. Die Textbearbeitung lehnt sich eng an die von Walter Heinemeyer herausgegebenen »Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen« an.<sup>57</sup> Die Textwiedergabe erfolgt weitgehend buchstabengetreu, dennoch wurden, um die Lesbarkeit zu verbessern, die folgend aufgeführten Eingriffe vorgenommen:*

- *Die Groß- und Kleinschreibung ist vereinheitlicht. Mit Großbuchstaben beginnen nur Satzanfänge und Eigennamen.*
- *Die Interpunktion sowie die Getrennt- und Zusammenschreibung ist zurückhaltend der heutigen Praxis angeglichen.*
- *Die Buchstaben u und i werden stets vokalisch, v und j immer konsonantisch gebraucht.*
- *Auf unsichere Lesungen wird durch [?] aufmerksam gemacht.*

<sup>56</sup> SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 3625.

<sup>57</sup> Walter Heinemeyer (Hrsg.), Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen, Neustadt an der Aisch, 2. Auflage, 2000.

- *Abkürzungen und Datierung sind im Anschluss an den edierten Text in aufgelöster Form zu finden.*
- *Vom Schreiber vorgenommene Streichungen, Verbesserungen und Einfügungen von Relevanz sind in den textkritischen Anmerkungen ausgewiesen. Bloße Schreibfehler sind stillschweigend verbessert.*
- *Vom Schreiber nicht ausgefüllte Lücken oder abgebrochene Einträge sind durch ... gekennzeichnet und, wenn erforderlich, mit einer Anmerkung (a, b, c) versehen.*
- *Sachanmerkungen sind dem Eintrag, auf den sie sich beziehen, angefügt.*
- *Sachanmerkungen haben einen Index mit arabischen Zahlen: 1, 2, 3 usw. und befinden sich am Seitenende. Zur Identifizierung der Orte wurde das Digitale Historische Ortsverzeichnis von Sachsen (<http://hov.isgv.de>) herangezogen.*
- *Textkritische Anmerkungen haben einen Buchstabenindex a, b, c ... und befinden sich als Endnoten am Ende des edierten Textes.*
- *Folgende Abkürzungen wurden übernommen: thl. = Taler; fl. = Florenus [Gulden]; rein.lr. = rheinisch; qu. = Quentchen [in Sachsen: ≈ 3,65 Gramm].*

[fol. 1 r]

#### Inventarium

Über des edlen gestrengen und ernvhesten Caroll von Friesen uff Röthaw, weylant fürstlichen sechßischen heuptmans und fürnehmen geheimbden rahtts zu Aldenburgk, gottsehligen, verlassenschaft, auffgerichttet anno 1599.

[fol. 2 r]

Im nahmen der heyligen und unzurtheilten dreyfaltigkeitt Gottes des vatters, sohnes undt heyligen geistes amen.

Kundt und wissendt sey allermenniglichen, das im jahr, als man schrieb unndt zahlte nach Christi unsers erlösers undt seeligkmachers gebuhrtt funffzezen [!] hundertt neun undt neunzig inn der dreytzehendenrömer zinß zahl zu latein indicio genandt bey regierung undt herschung des alldurchlauchtigsten, großmechtigsten undt unüberwindtlichsten fürsten undt herren, herren Rudolphi des andern dieses [fol. 2 v] nahmens erwehlten römischen keysers zu allen zeyten mehrern des reichs, in Germanien, Hungern, Behumb, Dalmatien, Croatien undt Schlawonien königk, ertzherzogen zu Osterreich, hertzogen zu Burgunden, Steyr, Kerten, Crayn undt Wirtenberg, grafen zu Tyroll, unsers allergnedigsten herren, seiner key[serlichen] m[a]y[estät] reiche, des ungerischen im achttundtzwanzigsten und den anderenn im fünffundtzwanzigsten jharen, dornstagk nach Catharinae, wahr der 29. monatstagk novembris habe auf des edtlen, gestrengen undt ernvhesten Andres Pflugk uff Eyther<sup>58</sup>

<sup>58</sup> Eythra, Dorf und Rittergut westlich von Zwenkau.

schriftliche requisition ich zu ende benanter notarius mich nach Aldenburgk begeben, alda wohlgedachter Pflugk und dan abwesendt seines mitvormunden des auch edlen, gestrengen und ernvhesten Hansen [fol. 3r] von Wolffersdorff uff Merckerßdorff<sup>59</sup> und Dölitz,<sup>60</sup> chur[fürstlich] sächsischer inn vormundtschafft verordneten raht undt hauptmanns zu Weißenfels, beneben Heinrichen von Friesen vor mir anbracht, wie das der almechtige Gott nach seinen gnedigen undt väterlichen willen ihren vater undt schweher vater den edtlen gestrengen undt ehrnvhesten Carll von Friesen, weylandt uff Röthau, fürstlichen sechsichen heuptman undt geheimbden raht zu Aldenburgk, den 25. Juny des ietzo ablauffenden jhares von dieser elenden welt zu sich in sein gnadenreich seeliglichen abgefordert undt der durchleuchtige hochgeborne fürst undt herr, herr Johann, hertzog zu Sachsen, landtgraff zu Düringen undt margkgraff zu Meißen, ihro gn[aden] [fol. 3v] undt m[eines] g[nädig]sten h[errn] zur inventirung separation,<sup>a</sup> absonderung und außantwortung dero inhabenden undt ihme, wohlgedachten herren hauptman Friesen gottseeligen vertrauten geheimden undt anderer sachen den 30. Novembris praefigiret undt benant. Alß haben ehrngedachter Andres Pflugk vor sich undt im nahmen s[einer] g[naden] gemelten mitvormünder so wohl auch Heinrich von Friesen mich requiriret und erfordert, solcher inventirung, separation undt außantwortung nicht allein zu Aldenburgk beyzuwohnen undt zuvorrichten sondern auch waz ihr geliebter vater undt schwehervater auff undt im ritterguht Röthau verlaßen, mit fleiß zu registriren undt in ein ordentlich verzeichnüß zu bringen undt ihnen hierüber ein oder mehr offene [fol. 4r] instrumenta zuverfertigen gebeten.

Ist demnach hierauff den 30. Novembris wie obgedacht, den edtlen, gestrengen, ehrnvhesten, achtbarn, hoch- undt wohlgelahrten, auch erborn undt ehrngeachten Schweipoldt von Brandenstein, f[fürstlich] s[ächsischen] hauptmans, Hans Ditrich Friesens, hoffmeisters, herren Johan Wexen, cantzlers, Heinrich Türsens, geheimbden secretary, Johan Reinbohts, cammerschreibers, undt Aaron Backstrors, amptschößers, alß dero von hochgedachter fürstlicher durchlauchtigkeitt hierzu deputirten personen in beysein der auch edtlen, gestrengen undt ernvhesten Cuntz Heinrichen von Ende undt Heinrich Pflugks auf vorgehende beschehene separation und absonderung alle das jhenige, was ihre f[fürstliche] durch[laucht] an [fol. 4v] geheimbden sachen undt brieflichen urkunden, so viel dero befunden undt zustendigk gewesen gegen einer general quittung alßbaldt außgeantwortet undt ih[re] f[fürstliche] g[naden] dazu wohl verordneten tradiret, behendiget undt ubereignet worden.

Undt ist hierauff in beysein vorgeanter Cuntz Heinrichs von Enden, Heinrichen Pflugks was zu Aldenburgk am gelde, bahrschafft, ketten, ringen undt silbergeschir,

<sup>59</sup> Vermutlich Markersdorf bei Berga in Thüringen.

<sup>60</sup> Vermutlich Dehlitz an der Saale (nördlich Weißenfels).

sowohl auch in der rüstkammer undt sonsten verhanden gewesen, wie nachvolget inventiret undt verzeichnet worden.

Erstlichen

[fol. 5r] In einem grünem eysern kestlein: Carll von Friesens gottseeligen letzter will undt testament.<sup>61</sup>

In einem liedern beuttell: 156 thl. an 142 alten thl., 4 halben alten thl., 1 vierfacher thl. undt 4 duppel thl.

In einem vorsiegelten sacke: 220 thl. alle churf[ürst] Christiani schlags auffß begrebnüß gemünzt.

Im andern sack: 100 thl. der jungen 3 herrn von Sachsen eines schlags.

[fol. 5v] Im schwartzen sammet beuttell: 92 ung[arische] goldt fl<sup>62</sup> undt 1 klippe,<sup>63</sup> 45 rosenobell,<sup>64</sup> 61 engellotten<sup>65</sup> oder schiffnobell,<sup>66</sup> 14 duppell ducaten<sup>67</sup> darunter 1 saltzburger,<sup>68</sup> 193 crohnen,<sup>69</sup> 7 vierfache crohnen, 33 duppel crohnen,

pfaltzgraff Friederichs bildtnüß, wiegt 4 crohnen,

churf[ürst] Christiani bildtnüß, wiegt 7 crohnen minus 1 ohr,

landtgraff Georgen zu Hessen [fol. 6r] bildtnüß, wiegt 4 crohnen minus 1 ohrtt,<sup>70</sup>

hertzog Johansen zu Holstein bildtnüß, wiegt 6 ½ rein. goldt fl,

landtgraff Ludwigks zu Hessen bildtnüß, wiegt 5 rein. goldt fl undt 1 ½ ohrtt,

Johann Casimirs pfaltzgraff am Rein bildtnüß, wiegt 5 rein. goldt fl undt 1 ½ ohrtt,

Joachim Friederich undt seines gemahlis [!] zu Brandenburgk bildtnüß, wiegt 3 r[heinische] goldt fl undt 1 ohrtt,

Carll von Friesen petzschafft ringk, wiegt 5 crohnen,

ein türckes ringk, wiegt 2 crohnen m[inus] 1 ohr,

[fol. 6v] ein ringk mit einem verdorbenen türckis, wiegt 5 ohrts crohnen,

ein zahnstörher mit 5 robinen undt 3 schmaragden so klein, wiegt 7 crohnen, minus 1 ohrtt,

zwey armbender, wegen 68 crohnen,

61 Heute: SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2251.

62 Ungarischer Goldgulden galt als besonders wertbeständig.

63 Eckige Münze.

64 Rosenobel ist eine englische Goldmünze.

65 Englische Münze.

66 Schiffsnobel ist eine englische Goldmünze.

67 Verbreitete Goldmünze, ein Dukaten entsprach vier Gulden. Ab dem 16. Jahrhundert wurden in Österreich Dukaten verschiedener Größe geprägt, wie etwa 1fach und 4fach Dukaten.

68 Goldgulden.

69 Vor allem in Frankreich, Italien und Spanien geprägte Goldmünze. Kronen (= 92–96 Kreuzer) lagen im Wert zwischen Goldgulden und Dukaten. Vgl. Berg, Adam, New Müntzbüech. Darinnen allerley groß undt klein/ Silberne und Guldene Sorten / umb wichtiger Ursach willen also fuergestellt werden, Reprint der Ausgabe München 1597 (Neuwied 1974).

70 Im Münzwesen das Viertel einer Münzeinheit.

ein grosse ketten mit hertzogk Johansen undt seines gemahl bildtnüß, wiegt 407 crohnen,  
 eine ketten, daran hertzogk Friedrich Wilhelms der chur sachsen administratorn bildtnüß, wiegt 289 crohnen,  
 eine ketten, daran churfurst Christiani bildtnüß, wiegt 105 goldt fl,  
*[fol. 7r]* ein ketten, daran hertzogk Johansen bildtnüß, wiegt 155 goldt fl,  
 ein straußey, wiegt 8 marck 2 lot mit vergültter undt amalirter arbeit,  
 ein gantz vergültter becher auf einem hohen fuß mit einer decken, wiegt 5 ½ marckt,  
 ein gantz vergültter becher mit einer decken von getriebener arbeit, wiegt 5 marckt 2 ½ lott,  
 ein gantz vergültter becher mit einer decken, wiegt 4 marckt,  
 ein eichel gantz vergültter becher mit einem deckel, wiegt 4 marckt 2 lott 3 qu.,  
*[fol. 7v]* ein gantz vergültter becher mit einer decken, wiegt 3 ½ marckt 5 qu.,  
 ein gantz vergültter becher mit einer decken, wiegt 1 ½ marckt 5 ½ lott  
 zwey gantz vergülte hoffbecher mit zweyen decken, geschlagene arbeit wegen 5 marckt 7 ½ lott,  
 sechs hoffbecher mit einem deckel gantz vergülte, geschlagene arbeit wegen 6 marck 5 qu.,  
 1 duppeldt gantz vergülte scheuren mit langen knorren, wiegt 2 marckt,  
 1 duppeldt gantz vergült und amalirt eichel, wiegt 2 marckt,  
*[fol. 8r]* 1 gantz vergülte undt amalirter kugelbecher mit einer decken, wiegt 1 marckt 7 lott,  
 ein gantz vergültten oxsen, wiegt 2 marck 3 lott,  
 ein klein gantz vergültter schlechter hoffbecher mit einer decken, wiegt 2 marck minus ½ lott,  
 zwey silbern kennlein mit vergülten reiffen, wegen 2 marck 6 lott minus 1 qu.,  
 sechs hoffbecher schlecht mit einer decken undt vergültten rauden, wegen 3 marck 2 lott.  
 Vorgehende ketten, bildtnüs und silbergeschirr ist durch Peter Mackwitzen, goldtschmidt zu Aldenburg auffgezogen worden.  
*[fol. 8v]* 4 silbern tölche mit großen knöpfen undt silber beschlagenen gürteln, sind nicht gewogen,  
 eine rundte perlen huttschnur sambt einem knopff undt ahnhangenden kleinen knöpflein,  
 ein breite perlen schnur,  
 ein schwartze claret schnur mit eilff schmaragdt rosen, einer großen melody, darauff 3 schmaragdt undt 3 rubin,  
 ein sammet schnure, darauff 25 eßrosen mit einer melody, darauff 2 schmaragd undt 2 robinen,  
 ein schwartzer busch mit fockenfedern.

[fol. 9r]

Auff der herrn hauptmans rüstkammer zu Aldenburgk

1 schwerdt zu beyden feisten,

2 rappier vergülten ohrtbendern,

1 vergülten welschen tolch,

1 rappier, das gefeß versilbert sambt einer sammet scheiden undt silbern ohrttbandt,

1 stecher mit einem versilberten gefeß, sammet scheiden undt silbern ohrttbandt,

6 rappier mit sammetscheiden undt silbern ohrttbändern,

2 stecher mit einem silbern ohrttbande,

[fol. 9v] breitt rappier mit zwey stangen, 1 schlechtt rappier, 2 geetzte reittschwert, 3 schwartze schwertstecher, 3 reittschwert, 2 türckische sebell, 1 plempe<sup>71</sup> geetzt vergült, 9 bahr schwartze röhr, 1 bahr verbeinte röhr, 2 bahr duppeldt undt 7 entzeln helfftern, 6 köcher, 7 bulfferflaschen, 7 faustkulben, 6 lange röhr unndt 1 höltzern birschflasch,

[fol. 10r] 5 knebelspieß, 2 jungen spieß, 2 ungefaste doppelhacken, 79 bahr stangen alle biß auff 3 bahr mit mundstücken, 19 entzeln mundstück, 8 rüstungen mit sturmhauben, 1 sammet mit golde gestepfte sturmhauben, 5 bahr bantzer ermell undt 5 schürtz, 1 bantzer kragen, 9 alte settell mit 3 bahr bügeln, 5 neue gantz reisige zeuge mit schweiffen,

[fol. 10v] 6 sammet zeuge, 5 mit quasten undt 1 mit schleiffen mit fünff schweiffen, 1 blaw satteldecke sambt einem blauen zeuge zum uffzuge, 2 tuchene decken, 5 creutz undt obergürte, 1 trense, 1 capizon, 1 schlittengeleitte sambt den kommet undt schlitten, 2 bahren halfftern ohne zügel, 2 gahr gemachte rindtsheute, alt kutzschengeschirr, 5 bahr neue steigklehder, 5 hefftzügel,

[fol. 11r] 2 bahr spanseill, 1 pferdtzeicheysen, 6 spießeysen, 1 hundes halßbandt mit gelben buchstaben, 4 schwartz undt gelbe fehderbüsch, 3 schwartz undt weisse fehderbüsch, 4 alte decken.

[fol. 11v]

Das ritterguth Röthaw

Sampt allen ställen, scheunen, gärten, brawhauß, zeigelscheun, schefferey und muhlen.

Forbergk Poitzsch<sup>72</sup> sampt allen ställen, scheunen undt zuge[hö]rungen.

Städlein Röthaw, Großpetzschaw,<sup>73</sup> Espenhain,<sup>74</sup> Gäschwitz,<sup>75</sup> Poitzsch

[fol. 12r]

Auffm ritterguht Röthaw

<sup>71</sup> Plemper = Degen.

<sup>72</sup> Podschütz, Vorwerk nördlich von Rötha, heute Ortsteil von Rötha.

<sup>73</sup> Großpötzschau, Dorf östlich von Rötha.

<sup>74</sup> Espenhain, Dorf östlich von Rötha.

<sup>75</sup> Geschwitz, Dorf nördlich von Rötha.



2 arhorn tisch, 1 langer arhorn tisch, 5 stüel mit lehder überzogen, 7 lange lehnbenck,  
2 versetzbencklein.

An brieflichen uhrkunden.

In der grünen speisestuben. Im großen eysern kasten. In einer schachtel mit nr. 1 darin,  
Hertzogk Friederich Wilhelms der chursachsen administratorn begnadung *[fol. 12v]*  
wegen der obergerichte der unterthanen undt dorffs Gäschwitz sub dato Dreßden  
den 12. Juny ao. 93 beneben abschrift des bevehlichs an hauptman Ponicken undt  
den amptschösser zu Leiptzigk, sambt bemeltes amptschössers recognition undt re-  
verß auff pergament sub dato den 6. May ao. 95 undt deßen copey, alles in einem  
convolut mit littera A.

Vergleichung herrn hauptman Friesens mit seinen unterthanen des stedtleins Röthau  
wegen abtretung des gleitts sub dato den 20. September ao. 94 mit B

*[fol. 13r]* Des rahtts undt der gemein des stedtleins Röthau zwo unterschiedene quit-  
tantzen über 550 fl de dato den 30. May ao. 98 mit littera C.

Hoffgerichttsvertragk mit den Potitzscher müller wegen der schweinmastung, fischerey,  
reysen legen undt zinsgetreidich de ao. 95 mit D.

Zwo quittantzen über die Röhtischen kauffgelde undt der Pflügin leibzinse mit E.

Hertzogk Johansen Georgen postulirten administratorn des stiffts Merseburgk lehn-  
brieff über das dorff Groß Petzscha de ao. 93 mit F.

*[fol. 13v]* Churf*[ürst]* Augusten lehnbrieff über das ritteguht undt stedtlein Röthau,  
de ao. 85 mit G.

Zeytzischer vertragk wegen der gewehr des guhts Röthau mit den interessenten, sub  
dato den 1. Octobris ao. 94 mit H.

Zeytzischer vertragk mit den unterthanen zu Groß Petzschau undt Espenhain de ao. 93  
mit I.

Zeytzischer vertragk wegen der interessenten des guhts Röthau Christoff Pflugen undt  
Carll von Friesen des kauffs halben, de ao. 92 mit K.

Vertragk zwischen Carll von Friesen undt der fraw Pflügin sub *[fol. 14r]* dato Leiptzigk  
den 17. January ao. 93 mit L.

Oberhoffgerichtts vertragk zu Leiptzigk Carll von Friesen undt der gemein zu Gäschwitz  
wegen des biertrinkens an feyertagen undt festagen, de ao. 95 mit M.

Besiegelter kauffbrieff über das ritteguht Röthau, de ao. 92 den 19. decembris mit N.

Zeytzischer vertragk zwischen den Pflügischen gleubigern undt andern interessenten, de  
ao. 93 mit O.

Der gemein des stedtleins Röthau syndicat zur ratification des kauffs mit P.

*[fol. 14v]* In der schachtel mit nr. 2

Besiegelter kauffbrieff über die leute undt beylehen zum Hayn,<sup>76</sup> de ao. 1524 mit litterae Q.

---

<sup>76</sup> Hain, Dorf südöstlich von Rötha.

Copey eines abschiedes der regierung zu Rochlitz wegen der erbgerichte zum Hayn, de ao. 94 mit R.

Abschrift der brüderlichen erbtheilung Röthau undt Gäschwitz, de ao. 1569 mit S.

Burggraff Hugen zu Leißnigk lehnbriefß ubers holtz vor Belgerßhayn,<sup>77</sup> de ao. 1528 mit T.

Hertzogk Friederich Wilhelms der [fol. 15r] chursachsen administratorn begnadungs-briefß wegen des jhar- undt viehemarckts zu Röthau, de ao 94 mit V.

Hertzogk Friederich Wilhelms der chursachsen administratoren lehenbriefß uber das stedtlein undt ritterguht Röthau, de ao. 93 mit W.

Copey einer schadtloßversicherung mit X.

Copey hertzogk Georgen zu Sachsen reverß, wegen der gerichtsbancck zu Röthau, de ao 1506 mit Y.

Citationes undt vorbeschiede der regierung zu Zeytz mit Z.

[fol. 15v] In einem convolutt

Fünff unterschiedene besiegelte consens der Pflüge undt nechsten mit belehnten, sambt denselben vormunden zu verkeuffung des ritterguhts Röthau, mit AA.

Christoff Pflugens undt seiner gleubiger urhtell, de ao. 79 mit BB.

Aßmuß undt Christoff Pflugens brüderliche erbvergleichung in originali, de ao. 69 mit CC.

Kauffbriefß des rahtts undt der gemeine zu Röthau uber das ritterguht Röthau in originali de ao. 84 mit DD.

Besiegerter ahnschlagk der herren comi- [fol. 16r] ssarien uber das ritterguht Röthau, de ao 81 mit EE.

Dreßdenischer vertragk zwischen der gemein zu Röthau undt den gleubigern wegen des kauffs, de ao. 84 mit FF.

Allerley Röthauische kauffhandlungssachen, sambt den abrechnungen, item des cantzlers zu Zeytts quittantz uber 500 fl undt andern zugehörungen mit GG.

Geldt- undt getreiderechnungen uber das ritterguht Potschitz, de ao. 86 mit HH.

Inventarium in originali uber Steffan von Friesens zu Kauren verlaßenschafft, de ao. 60 mit II.<sup>78</sup>

[fol. 16v] Register der einnahm undt außgabe Steffan von Friesens erben vormunden mit KK.

Kauffbriefß uber das guht Kauren de ao. 1582 in originali mit LL.

Cassirte hauptverschreibung Carll von Friesen uber zehendthalb tausendt gülden wegen des guhts Kauren, mit MM.

Hertzogk Friederichs zu Sachsen lehnbriefß uber das dorff Esprnhayn, de ao. 1517 mit NN.

Hertzogk Johansen zu Sachsen lehnbriefß uber Espenhayn, de ao. 1532 mit OO.

<sup>77</sup> Belgershain, Dorf und Rittergut südwestlich von Naunhof.

<sup>78</sup> Heute: SächsStA-L, 20532 Rittergut Rötha mit Trachenau, Nr. 2248.

Hertzogk Johan Friederichs zu Sach- [fol. 17r] sen lehnbrieff über Espenhayn, de ao. 1533 mit PP.

Ein convolut allerley Quittantzen brüderliche vergleichung, verpachtung undt verträge das guhtht Kahren betreffende, mit QQ.

Steffan von Friesens kauffbrieff über das ritterguhtht Kahren, de ao. 1592 in originali, darbey Steffan undt Hans Dittrich von Friesen lehnsvolge vergleichung de ao. 1593, sambt einem verzeichnüß, was im guhtht Kauren gelaßen worden, alles inn einem convolut mit RR.

Derer von Friesen brüederliche [fol. 17v] erbsonderung undt vergleichung de ao. 1558, sambt zweyen schiedtsbrieffen undt einer abrechnung das guhtht Kauren betreffend. Ingleichen des rahthts zu Weyda<sup>79</sup> zwo quittantzen, die eine über 50 fl, so die fraw Friesen armen leutten legiret, die ander über 25 fl wegen ihres begrebnüß und andere quittantzen über das schiedtgeldt, beysammen in einem convolut mit SS.

Ein convolut, darin Achaty Schaurots weibes vormundtschafftssachen mit TT.

Ein convolut Bernhardt undt Steffan von Friesens erbschafft betreffend mit VV.

[fol. 18r] Ein convolut, darin alte unterschiedene schadtloßverschreibungen Steffan von Friesen betreffend mit WW.

Ein convolut darin,

Steffan von Friesen hauptverschreibung über 4000 fl haubtsumma undt 2000 fl schadtloßvorsicherung gegen Carll von Friesen, sub dato ao. 92.

Darüber hertzogk Johansen zu Sachsen consens de ao. 93.

Hertzogk Friederich Wilhelms vormunden undt der chursachsen administratorn undt hertzogk [fol. 18v] Johansen, gebrüdere zu Sachsen hauptverschreibung gegen Carll von Friesen über 3000 fl sub dato den 24. May ao. 99.

Hillebrandt Wincklers schadtloßverschreibung gegen Carll von Friesen über 100 fl de ao 87.

Hillebrandt Wincklerß schadtloßverschreibung gegen Carll von Friesen über 466 fl 14 gr de ao. 86.

Friederich von Etzdorffs schadtloßvorsreibung über 400 fl de ao. 87.

Schadtloßvorsreibung Hansen von Brandensteins vormunden über 1000 fl de ao. 84.

[fol. 19r] Hans Heinrich von Wolfferßdorffs hauptvorsreibung über 55 fl 15 gr gegen Carll von Friesen, Michaelis 89 zubezahlen, de ao. 89.

Heinrich von Geißdorff quittantz über 300 fl wegen einer verkauften ketten, de ao. 88.

Hans Christoff von Ragwitz schadtloßverschreibung gegen Carll von Friesen wegen des zu Jhena in hoffgericht der expensen halber bestelten vorstandes de ao. 91.

Hans Heinrich Töpffers schadtloßverschreibung über 50 fl, de ao 92 gegen Carll von Friesen.

Christoff undt Philip von Sterßdorf.

---

<sup>79</sup> Weida, Stadt in Thüringen.

[*fol. 19v*] Quittantz wegen außgeantworteter uhrkunden, de ao 1586, alles inn einem convolut mit XX.

Unterschiedtliche ahnschlege, bericht undt abtheilung beneben Heinrich Pflugks schreiben, das guhth Röthau betreffend mit AAA.

Ein convolut, darinnen etzliche jharrechnungen, kauff undt schiedtsbrieffe, abrechnungen undt verträge, sambt etzlichen quittantz uber das guhth Kohren mit BBB.

In einem convolut mit CCC.

Heinrich Pflugks generalquittung [*fol. 20r*] de ao. 97 mit nr. 1

Frauen Judiht Pflügin leibgedingsbrieff, de ao. 75 nr. 2.

Christoff Pflugks eheberehdung de ao. 68 mit nr. 3.

Copey Christoff Pflugs zu Mausitz,<sup>80</sup> Caspar undt July Pflugs und Wolff von Breitenbachs consens uber Christoff Pflugs lehnsahnwartung, so Jacob Grieben verschrieben, de ao. 84 mit nr. 4.

Consens Heinrich Chramers zum Röthauschen kauff de ao. 94 mit nr. 5.

Consens der stiftsregierung zu Zeytz uber 1000 fl, so Heinrich [*fol. 20v*] Crahmern außm deposito gevolget worden, de ao. 94 mit nr. 6.

Frau Judiht Pflügin quittantz undt schadtloßvorschreibung uber empfangent 500 haußgeldt ao. 94 mit nr. 7.

Jacob Grieben quittung uber 500 fl de ao. 94 mit nr. 8.

Jacob Grieben quittung uber 1000 fl de ao. 94 mit nr. 9.

Jacob Grieben schadtloßvorschreibung gegen die stiftsräthe wegen der empfangenen 1500 fl de ao. 94 mit nr. 10.

Christoff Wolff von Burckerßroden quittung revers undt schadtloßvorschreibung uber [*fol. 21r*] die empfangenen 4500 fl mit nr. 11 undt 12.

Der regierung Merßburgk consens uber Christoff Wolffen von Burckerßroden 4500 fl de ao. 94 mit nr. 13.

Christoff von Loß caution undt quittung uber 1500 fl de ao. 95 mit nr. 14.

Wolffen von Pagks liquidation mit nr. 15.

Wolff von Pagks vollmachtt mit nr. 16.

Wolffen von Pagks caution mit nr. 17.

Consens Hertzogk Friederich Wilhelms [*fol. 21v*] zu Sachsen, der chursachsen administratorn uber Wolffen von Pagks 1700 fl mit nr. 18.

Mitbelehnter consens mit nr. 19.

Frau Judith Pflugin quittung uber 1500 fl mit nr. 20.

M. Johan Schilters bekentnuß uber 138 fl 9 gr, so ihme zu verlagk der sachen gegeben, mit nr. 21.

Georg Heinrich von Einsiedels quittung uber 1200 fl mit nr. 22.

Wolff Abraham von Schleinitz quittantz uber 333 fl 7 gr mit nr. 23.

<sup>80</sup> Mausitz, Rittergut südwestlich von Zwenkau.

- Johann Försters quittung undt vorsicherung uber 200 fl mit nr. 24.  
*[fol. 22r]* Den Pflügischen curatorn D. Moßbachs undt M. Schilters quittung uber 600 fl mit nr. 25.  
 Ditrich Posen quittung undt bekentnüss uber 1000 fl mit nr. 26.  
 Consens hertzogk Friederich Wilhelms, der chursachsen administratorn, uber Posen 1000 fl mit nr. 27.  
 Levin von Bresen quittung undt bekentnüss uber 1000 fl mit nr. 28.  
 Levin von Bresens undt mitbelehnten caution mit nr. 29.  
 Consens hertzogk Friederich Wilhelms, der chursachsen administratorn, uber Levin Bresens 1000 fl mit nr. 30.  
*[fol. 22v]* Nicoll von Schönbergk quittantz uber 3000 fl mit nr. 31.  
 Nicoll von Schönbergs mitbelehnten consens mit nr. 32.  
 Consens hertzogk Friederich Wilhelms, der chursachsen administratorn, uber des von Schönbergs 3345 fl mit nr. 33. Alles in einem convolut mit CCC.  
 Ein convolut, darin citationes, mißiven und supplicationes in Carll von Friesen undt Nicoll von Ende sach, wegen der erbgericht zum Hayn, mit DDD.  
 Ein convolut uber 95 fl 16 gr 3 d zinz zu Röthau undt Tecka,<sup>81</sup> so nach Eyther vorsetzt gewesen *[fol. 23r]* undt wieder abgelöset werden, alles mit EEE.  
 Ein convolut, darin Hillebrandt Wincklerß eheberehdung, verträge, quittantzen uffs ehgeldt undt verzichtten der erbschafft mit FFF.  
 Ein convolut darin der gemein zu Röthau undt der fraw Pflügin clagschrifft, unterschiedene bevehlich, citationes undt gegenbericht sambt etzlichen mißiven mit GGG.  
 Ein convolut mißivem, daran nichts viel gelegen, mit HHH.  
 Allerley schreiben undt mißiven *[fol. 23v]* sambt einen bericht in den Röthauschen sachen, mit III.  
 Mißiven in Nicol von Ende sachen wegen der gericht zum Hayn mit KKK.  
 Ein convolut D. Gerstenbergs, D. Moßbachs undt des cantzlers zu Zeytz schreiben mit LLL.  
 Merßburgischer stiftsräthe ubertragk zwischen Quirin von Enden und der gemein zu Galitz,<sup>82</sup> item Quirin von Enden quittantz über 3000 fl, mehr uber 1000 fl mit MMM. Sambt der ahnweysung undt andern zugehörungen.  
*[fol. 24r]* Unterschiedene muhtzettell uber das guht Röthau, dorff Groß Petzschau undt die gesambte handt am guht Kauren, mit NNN.  
 Heinrich von Friesens schuldtverzeichnüss undt quittantzen mit OOO.  
 Hansen von Wolfferßdorffs des jüngern zu Gauren<sup>83</sup> sachen, mit PPP.

---

81 *Theka, Gassendorf in der Flur Rötha.*

82 *Meint Gaulis, Dorf westlich von Rötha, gehörte im 16. Jahrhundert zum Rittergut Königsfeld, dann zum Rittergut Rötha.*

83 *Vielleicht Kauern im Landkreis Greiz, das auch der Familie von Friesen kurzzeitig gehörte.*

Ein convolut Hans Ditrich und Carll von Friesen vertragk undt darauf ervolgeter Weymarischer consens undt confirmation, item frauen Annen von Brandensteins vormundtschafft confirmation, desgleichen der frauen Wincklerin<sup>b</sup> vor- [fol. 24v] mundtschafft bestetigung, mehr zwo quittantzen herr Anargk Friedrichs von Willenfelß jede uber 191 fl 15 gr item ein kauffbrieff Carell von Friesems mit Hieronymus Buchnern zu Geraw<sup>84</sup> uber ein stück holtz, item Hans Heindelß reverß wegen eines abgevolgeten gefangenen nach Ronnenburgk<sup>85</sup> undt Hans Ditrich von Friesen schadtloßvorschreibung gegen seine vormunden uber 2000 fl alles mit QQQ.

Chruf[ürst] Augusten fünff lehnbriefe uber das dorff Galitz, de ao. 46, 66, 68, 73 undt 79 alle mit RRR.

[fol. 25r] Chruf[ürst] Christian lehnbrief über das dorff Gaulitz, de ao. 87 mit SSS.

Hertzogk Johans Georgen zu Sachsen postulirten administratorn des stifts Merßburgk lehnbrief von Gaulitz de ao. 92 mit TTT.

Bischoff Michels zu Merßburgk lehnbrief über Gaulitz de ao. 55 mit VVV.

Hertzogk Alexanders zu Sachsen administrators des stifts Merßburgk lehnbrief über das dorf Gaulis de ao. 44 mit WWW.

Bischoff Michels lehnbrief über [fol. 25v] das dorff Groß Petzschau de ao. 56 mit XXX.

Bischoff Sigmundts zu Merßburgk lehnbrief über das dorff Gaulitz de ao. 38 mit YYY.

Hertzogk Georgen zu Sachsen lehnbrief über das ritteguht undt stedtlein Röthau de ao. 1513 mit ZZZ.

Bischoff Adolffs zu Merßburgk lehnbrief über das dorff Groß Petzschau de ao. 1515 mit AAaa.

Bischoff Sigmundts zu Merßburgk lehnbrief über Galis de ao. 1536 mit BBbb.

[fol. 26r] Hertzogk Alexanders zu Sachsen administratorn des stifts Merseburgk lehnbrief über Groß Petzschau de ao. 1562 mit CCcc.

Bischoff Thilo zu Merseburgk lehnbrief über Galis de ao 1501 mit DDdd.

Hertzogk Ernstens lehnbrief über den sitz undt stedtlein Röthau de ao. 1473 mit EEee.

Bischoffs Vincenty lehnbrief zu Merßburgk datiert 1525 mit FFFF.

Bischoff Sigmundts zu Merßburgk lehnbrief über Groß Petzschau de ao. 73 mit GGgg.

[fol. 26v] Abschrift des steuerregisters des dorffs Gaulis de ao. 89 mit HHhh.

Allerley mißiven undt andere sachen, daran nicht viel gelegen inn einem convolut mit Iiii.

Andres Pflugs eheberehdung de ao. 99 mit KKkk.

Ein convolut allerley vorbeschiedt mißiven undt ergangene acta in Nicol von Ende sachen, so vor der regierung Dreßden, Rochlitz undt im churf[ürstlich] sächsischen oberhoffgericht zu Leiptzigk anhengigk gewesen, mit LLLL.

[fol. 27r] Ein convolutwechselschriften mit dem cantzler zu Zeytz wegen des guhts Röthau mit MMMm.

<sup>84</sup> Gera, Stadt in Thüringen.

<sup>85</sup> Ronneburg, Stadt in Thüringen.

Allerley bezahlte handwerker undt andere zettell mit NNnn.  
 Ditrich von Creutzens clag, antwort, abschiedt undt reverß mit OOoo.  
 Wechselschrift an Christoff von Kitzscher unbefugten jagens undt holtzens mit PPpp.  
 Zwey convolut etzlicher unterschiedenen geldt undt getreide rechnungen zu Röthau  
 von Christoff Andresen, gehalten<sup>c</sup> von Michaelis ao. 92 biß auf Michaelis ao. 97  
 sambt seiner bestallung in originali [fol. 27v] mit QQqq dabey auch 4 convolut  
 quittantzen undt handwerker zettell, mit A, B, C, D.  
 Acta undt abschiede in der Geschwitzer gemein sachen mit RRrr.  
 Allerley geldtrechnungen, so Carll von Friesen selbsten gehalten mit SSss.  
 Röthauische kauffsachen, auch verzeichnüße, wie die kauffgelde bey der regierung zu  
 Zeytz deponiret, sambt andern zugehörigen mit TTtt.  
 Vieler rittergueter ahnschlege mit VVvv.  
 Caspar Sausens rechnungen von [fol. 28r] ao. 97 Michaelis biß auf ostern ao. 99 sambt  
 2 convoluten quittantzen undt seiner bestallung mit WWww.  
 Allerley Christoff Andresens mißiven inn drey convoluten mit XXxx.  
 Ein convolut Caspar Sausen mißiven mit YYyy.  
 Herren D. Rudolffs cantzlers zu Zeytz untterschiedene mißiven mit ZZzz.

Im schwartzen schrencklein

Gaschwitzer gemeine sachen mit nr. 1

[fol. 28v] Philip Lindtners sachen mit nr. 2.

Kaurischen kauff betreffende, sambt alten rechnungen, registern undt zugehörigen mißiven mit nr. 3.

Uberschlagk des gebeudes zu Röthau mit nr. 4.

Schreiben in graff Albrecht von Schwartzburgs undt Hans Georg Schauroids sachen mit nr. 5.

Drey convolut bezahlter handwerker undt andere zettell mit nr. 6, 7 undt 8.

Bernhardt von Helldorffs quittantz uber 500 fl, so er wegen seiner vertrauten Annen Marien [fol. 29r] von Weißbachin von Lehnhardt von Milckau undt Carll von Friesen zum beylager empfangen, sambt der eheberehdung undt andern zugehörigen vormundtschafft sachen mit nr. 9.

Unterschiedene fürstliche bevehliche, so in zwey kestlein gelegt worden mit nr. 10 undt 11.

Allerley cantzler schreiben im kestlein mit nr. 12.

Allerley lehn- undt landterben sachen derer von Kain im kestlein mit nr. 13.

Allerley alte schadtloßverschreibungen undt quittantzen mit nr. 14.

[fol. 29v] Allerley des guhtts Kohren getreidicht rechnungen mit nr. 15.

Im kestlein mit nr. 16 des herren D. Möstels bestallung, Hans Schottens von Dreßden obligation des bereuttens halben, hauptman Carll Friesens concept inn unterschiedenen sachen, item Carll von Friesens undt seines weibes eheberehdung, sambt der



churf[*fürstlich*] s[*ächsischen*] dreßdenischen bestallung reverß, auch der aldenburgischen bestallung und mehrern beylagen.  
 Vielerley gehaltene rechnungen zu Dreßden undt Aldenburgk.

[*fol. 30r*]

An büchern. In folio.

Tomos Lutheri 8 theil jhenischen drucks in weiß lehder gebunden.<sup>86</sup>

Tischreden Lutheri inn weiß lehder.

Die biblia in rohrt lehder vergült.

Promptuarium exemplorum, Sturmy, inn weiß lehder.<sup>87</sup>

Reichs abschiede inn weiß lehder gebunden.

Sechsische chronicka, Ciriaci Spangenberg, inn weiß Lehder.<sup>88</sup>

Sachsenspiegel, Zobelß, inn weiß lehder gebunden.<sup>89</sup>

[*fol. 30v*] Türkische chronika, in weiß pergament.<sup>90</sup>

Johannes Sleitanus,<sup>91</sup> in weiß lehder gebunden.

Chronica, Chytraei, inn weiß lehder.<sup>92</sup>

Außlegung undt gloßen uber die fünff bücher Moysis, Martini Fabri, inn rohrt lehder vergült gebunden.<sup>93</sup>

Gartenbuch, Joannes Peschely, in weiß pergament.<sup>94</sup>

86 Meint wahrscheinlich: Der achte Teil und letzte aller Bücher und Schriften des teuren seligen Mans Gottes, Doctoris Martini Lutheri, Jena 1562 (VD16 L 3354).

87 Meint wahrscheinlich: Andreas Hondorf, *Promptuarium Exemplorum. Historien und Exempelbuch Aus heiliger Schrift, und vielen bewerten Scribenten gezogen und mit fleis zum Spiegel der wahrhaftigen Busse auff die Zehen Gebot Gottes außgetheilt*, hrsg. v. Ambrosius (Vincent) Sturm. Nun aber mit vielen Historien vermehret, und in eine neue richtige Ordnung bracht, auch mit schönen Figuren gezieret. Bärwald Leipzig 1580 (VD16 H 4741). Auch andere Ausgaben sind möglich.

88 Cyriacus Spangenberg, *Sächssische Chronica: Darin[n]en Ordentlich begriffen der Alten Teutschen, Sachssen, Schwaben, Francken, Thüringer ... Königen vnd Fürsten, [etc.] Sampt allerhandt Politischen Händeln vnd Geschichten ...*, Franckfort am Mayn 1585 (VD16 S 7636).

89 Meint wahrscheinlich: Christoph Zobel (Hrsg.), *Sachsenspiegel. Auffß neue vbersehen, mit Summarijs vnd neuen Additionen, so aus den gemeinen Keyserrechten vnd vieler vornemer dieser Lande doctorn, bericht vnd Ratschlegen ... zusammen bracht ...*, Leipzig 1569 (VD16 D 752). Auch andere Ausgaben sind möglich.

90 Meint wahrscheinlich: Johannes Adelphus (u. a.), *Dje Türkisch Chronica: Von irem vrsprung anefang vnd regiment, biß vff dise zeyt; sampt jrem kriegen vnd streyten mit den christen begangen, erbärmklich [!] zu lesen*, Staßburg 1516 (VD16 A 237). Auch andere Ausgaben sind möglich.

91 Johannes Sleidanus (1506–1556) Jurist und Diplomat aus dem damaligen Herzogtum Luxemburg.

92 Meint wahrscheinlich: Davidis Chytraei, *Neue Sachssen Chronic*, 2 Bände, Leipzig 1597 und 1598 (VD16 ZV 3357 und C 2556).

93 Meint wahrscheinlich: Martin Faber (Bearb.), *Deutsche Glossa uber die fuenff Bücher Mose nach dem gantzen Text derselben mit kurtzen Summarien ordentlich ... neben den fürnembsten Lehren ...*, Jena 1577 (VD16 B 2983). Auch andere Ausgaben sind möglich.

94 Johann Peschel, *Garten-Ordnung: darinnen ordentliche warhaftige Beschreibung, wie man aus rechtem grund der Geometria einen nützlichen vnd zierlichen Garten ... anrichten sol*, Leipzig 1597 (VD16 P 1675).

In quarto

Jhenische hauspostill, D. Martini Luthers, geduppeldt, in weiß lehder, beide gebunden.<sup>95</sup>

[*fol. 31 r*] Landesordnungen undt churf[*fürstliche*] constitution, inn weiß lehder.

Practica, D. Chiliani Königke, inn weiß lehder.<sup>96</sup>

A. Schurerus de Hereditatibus ab intestato, in weiß pergament.<sup>97</sup>

Timotheus Kirchner wieder die 42 argument der kirchendienerinn fürstenthumb Anhalt, in rohtt lehder vergültht.<sup>98</sup>

Apocalypsis, Michel Sachsen, geduppelt, in weiß pergament.<sup>99</sup>

Balthasar Müllers, superintendenten zu Aldenburgk, leichpredigt uber magister Johan [*fol. 31 v*] Schnettters tödtlichen abgangk, inn weiß lehder.<sup>100</sup>

M. Abraham Langens, hoffpredigers zu Aldenburgk, gegen bericht wieder die Anhaldischen, in weiß pergament vergültht.<sup>101</sup>

Bußpredigt herrn Caspar Müllers inn weiß lehder.<sup>102</sup>

Anhaldische ablehnung wieder die theologen zu Wittenbergk, in rohtt pergament.<sup>103</sup>

Biblia Lutheri, im weiß lehder.

In octavo.

95 Meint wahrscheinlich: Martin Luther, *Hauspostill über die Sonntags- und Fest-Evangelia: auff ... Befehl des Fürsten Friederich Wilhelm, Hertzogen zu Sachsen aus dem Jhenischen Exemplar corrigirt, und mit Marginalien ... zugericht, Torgau 1597* (VD16 L 4877). Auch andere Ausgaben sind möglich.

96 Meint wahrscheinlich: Chilian König (Hrsg.), *Des hochgelarten und weiterühmbten Herrn D. Chiliani Königs Process unnd Practica: mit sonderm fleisse revidirt, mit vielen neuen nützlichen Rubricis und titulis extendirt, mercklich verbessert, vermehret, und in vier unterschiedene Teil abgeteilt, Leipzig 1599* (VD16 K 1854).

97 Meint wahrscheinlich: Ambrosius Schurer, *Ambrosii Schurerii de haereditatibus quae ab intestato deferuntur, tam ex arte boni et aequi, doctrina: quam ex quotidianis fori decisionibus cum actionibus quoque libellis et exceptionibus praxis: = Urteyl und urtelmessige Sprüche oder Rechtsbelernung von allerley Erbfellen. Eiusdem authoris Methodica de gradibus consanguinitatis & affinitatis explicatio, Leipzig 1567* (VD17 3:307137X).

98 Meint wahrscheinlich: Timotheus Kirchner u.a., *Das die zwey und vierzig Anhaltische Argument wider der Ubiquisten Trewme noch fest stehen, notwendige Verantwortung uff das vierte Capitel der vermeinten Apologien zu Erfurd ...*, Zerbst 1584 (VD16 K 1036).

99 Meint wahrscheinlich: Michael Sachs, *Apocalypsis. Das ist gründtliche Erklärung der Offenbahrung S. Johannis deß Euangelisten ...*, Fankfurt am Main 1596 (VD16 F 3376).

100 Balthasar Müller, *Der Spruch Jobs ... Ich weiß daß mein Erlöser lebet, ... bey der Leiche Johann Schnettters ...* Leipzig 1597 (VD16 ZV 11192).

101 Meint wahrscheinlich: Abraham Lange, *Christlich Lutherischer Gegenbericht auff der anhaldischen Calvinisten außgeprengete, ... Verantwortung der im Fürstenthumb Anhalt eingeführten Calvinischen Lehre ...*, Leipzig, 1597 (VD16 ZV 9387).

102 Caspar Müller, *Bußpredigt und hieraus nothwendige trewhertzige ernstliche Vermanung vnnd Warnung, wie man itzunder in diesen letzten ...*, Jena 1596 (VD16 ZV 11208).

103 Noch nicht identifiziert.

Melißandri beichtbüchlein in schwartz sammet, mit silber starck beschlagen, mit dem  
[fürstlich] s[ächs]ischen wappen.<sup>104</sup>

[fol. 32r] Petri Terminei, proceß undt ein titularbuch, in weiß pergament.<sup>105</sup>

Der 90 undt 91 psalm, durch M. Johan Fladungum, in weiß perg[ament].<sup>106</sup>

Der Psalter, inn Lehder.

Die lautere wahrheitt Bartholomei Ringwaldts, inn rohrt lehder, vergülte.<sup>107</sup>

D. Tilemanni Heßhusy bettbüchlein, inn lehder.<sup>108</sup>

Auffm kleinem sahl.

In einem schwartzen reisekasten.

3 stück ahngeschnitten meischnisch tuch, [fol. 32v] 1 dunckel leberfarben pomesin bar-  
chendt.<sup>109</sup>

In einem hohen schwartzen kasten

1 seiden grobgrün beltz mit mardern gefüttret; 3 sammete goller, darunter zwey mit sei-  
denen schnüren belegt; 1 bahr violbraun<sup>110</sup> gemosirte hosen; 1 weiß seiden attlaß<sup>111</sup>  
wammes; 1 sammet mützen, mitt sammet handschuh; 1 sammett mantel mit sammet  
uffschlegen; 1 bahr geschürtzte sammet hosen; [fol. 33r] 1 schwartz seiden attlaß ge-  
stopfft undt außgetröselt wammes; 1 schwartz sammet gemosierte hosen; 1 seidenatt-  
laß wammes mit seidenen schnüren; 1 seiden grobgrün mantel mit sammet uffschle-  
gen; 1 schamlot<sup>112</sup> mützen mit sammet verbrehmet; 1 altt weiß silberfarb seidenattlaß  
wammes; 1 new silberfarb seidenattlaß wammes; 1 seidenattlaß wammes mit leberfarb  
duppel daffent unterlegt; 1 seiden grobgrün wammes; [fol. 33v] 1 seidenattlaß wam-  
mes gemödelte, gestopfft undt verbrehmet; 1 bahr silberfarbene seidene strümpf-

104 Meint wahrscheinlich: Caspar Melissander, *Beicht- und Bet-Büchlein für christliche Kommunikanten*, Leip-  
zig, 1592 (VD16 B 5419).

105 Meint wahrscheinlich: Petrus Terminus, *Processus juris scripti et consuetudinis frequentioris per Germaniam  
hoc tempore usitatus ...: Gerichtlicher Proceß des geschriebenen Rechtsgewonheit und teglichen brauchs in  
Germanien jtziger zeit ublich*, Wittebergae 1584 (VD16 T 553). Auch andere Ausgaben sind möglich.

106 Meint wahrscheinlich: Johannes Fladung, *Schola poenitentiae et fidei, das ist der neunzigste und einund-  
neunzigste Psalm rund und einfältig erklärt ...*, Erfurt 1598 (VD16 ZV 5916).

107 Bartholomäus Ringwaldt, *Die lauter Warheit: darinnen angezeigt, wie sich ein weltlicher und geistlicher  
Kriegßmann in seinem Beruff verhalten soll*, Erfurt 1598 (VD16 R 2484). Auch andere Ausgaben sind  
möglich.

108 Tilemann Heshusen, *Betbüchlin Das ist, Christlicher unterricht, Wie man Gott in aller not recht anruffen  
sol*, Jena 1570 (VD16 H 3024).

109 parchant = Seide aus Venedig / später ein aus Leinen und Baumwolle dicht gewirkter starker sehr verbreiteter  
Stoff.

110 Bräunlichrot oder violett. Siehe: Jones, William Jervis, *Historisches Lexikon deutscher Farbbezeichnungen*,  
Berlin 2013, S. 2884.

111 atlas = Seidengewebe.

112 Auch Camlot, Kamelot, Kamlot = ein sauberer und dicht gewirkter Stoff aus Kamel- oder Ziegenhaaren, die  
häufig zur Hälfte mit Seide vermischt waren.

fe;1 bahr fleischfarbene seidene strümpffe;3 bahr schwartz seiden strümpff;1 orffey schwartz gefütterter beltz;1 schamlott schwartz gefütterter beltz;3 new himmelbetten, so noch nichtt zusammengeschlagen.

In der grün undt leibfarben stube

4 ahörn tische

[*fol. 34r*] Carl von Friesen, seines eheweibes und seiner beyder söhne undt töchter contrafeit.

Hertzogk Friederichs zu Sachsen zu Aldenburgk contrafeit.

Frewlein Annen Sophien zu Sachsen contrafeit.

In der cammer

2 grün undt 2 weisse himmelbett.

Vor juncker Heinrichs stuben

Im schwartzen schranck

1 biberherner hutt mit sammet uffschlegen undt rande; [*fol. 34v*] 1 hamburger filtz mit seiden spinwehbe undt den randt mit sammet gefütterter;1 schlechttter filtz mit carteck<sup>113</sup> gefütterter;1 grauen reisehutt mit sammet gefütterter;1 trauerhutt;1 seidenhutt mit einer cartecken schnur undt berlen visier;1 sammet mütz;1 biberherner hutt ungefüttter; 1 zindeldortten<sup>114</sup> wammes undt geschürtzte hosen: [*fol. 35r*] 1 seiden grobgrün wammes undt 1 bahr sammet hosen; 1 schamlott wammes undt hosen, so altt; 1 bahr sammet gemosirte geschürtzte hosen; 1 lindischen mützen mit sammet strichen; 1 barchent, weiß leibbeltz von hasenfutter; 1 aschenfarben zindeldarten wammes, mit gewürffelten grüntuchenen hosen; weiß leinwandt wammes mit grünen schamlott hosen; 1 alter tuchen beltz mit wulffen [*fol. 35v*] gefütterter undt handtschuh; 1 reisemantel mit 18 bahr silbern hafften undt schnallriemen; 1 schamlott mantell mit gemosierten uffschlegen; 1 trauermantel mit zindeldorten uffschlegen; 1 alter trauermantel auch mit zindeldorten uffschlegen.

In juncker Heinrichs stuben.

1 anhörn tisch; 1 lang tennen tisch, 1 schön groß schloß, so ein meisterstück.

[*fol. 36r*] In der cammer darrueben.

Zwey lange wagenröhr mit halfften; 1 rappier mit einem glatten creutz; 2 große undt 1 klein himmelbett; 2 gefütterte leibröcklein.

Frau in der heuptmannin stuben.

<sup>113</sup> Cardeck = leichter, billiger Seidenstoff.

<sup>114</sup> Zindel = leichter Taft, Halbseidenstoff.

2 anhörne tische; 1 lehnbanck; 2 kleine versetzbencklein; 2 dutzendt silbern löffell; 11 buxbaumen löffell mit [fol. 36v] silbern stielen; 2 stüle mit lehder uberzogen.

In der cammer darneben.  
3 himmelbett; 1 spanbett.

Inn der gemahlten gießstuben.  
1 anhorn tisch; 1 tennen täfflein; 1 grüner tisch; 1 stuhl mit lehder uberzogen.

Inn der cammer darrueber.  
1 grün himmelbett; [fol. 37r] 1 gelb himmelbett; 2 spanbetten.

In der neuw außgebauteuten stube.  
2 aichenn tisch; 1 grün undt 2 weisse himmelbett; 1 spanbett; 1 lehnbanck.

In der wapenstube.  
6 anhörn tisch; 2 anhörn rundte tisch; 1 lehnbanck; 1 tennen taffel.

[fol. 37v] Inn der küchen.  
8 centner 12 pf an allerley zienengefeß; 1 langen ahnricht tisch; 1 bratenwender; 8 bratspieß; 3 blechene bratpfannen; 10 küpffern fischtiegell, groß undt klein; 2 eysern schöpffkellen; 3 trifuß; 3 brateysen; 1 meßing kohlpfanne; 2 eyerpfannen: 1 eysenn topff; 1 eherner topff; [fol. 38r] 1 meßing mörsell; 4 meßing leuchter; 1 meßing gießkanne; messing handtbecken; 3 feuereysen; 1 hackmeßer.

Im weinkeller.  
Ein faß, helt 1 ½ eymer schlewein; ein faß 7 eymer reinwein; ein faß, 6 eymer, 6 kannen reinwein; ein faß, 6 ½ eymer reinwein; [fol. 38v] 1 faß 5 ½ eymer minus 3 kannen reinwein; 1 faß, 6 eymer 9 kannen reinwein; 1 faß 6 eymer 6 kannen freyburgischer wein; 1 faß 5 eymer minus 3 kannen zweytzscher wein; 1 faß 5 ½ eymer 9 kannen zweytzscher wein; 1 faß 6 eymer 6 kannen zweytzscher wein; ein halber eymer 6 kannen kirschwein; 1 faß 3 ½ eymer beerwein; 1 faß 5 ½ eymer rohter behmischer wein; [fol. 39r] 1 klein feßlein wermut wein; 1 feßlein hirschzungen wein; 1 feßlein von 10 kannen salben wein; 1 feßlein von 10 kannen rosemarien wein; 1 feßlein von 10 kannen melissen wein; 1 feßlein von 10 kannen quitten wein.

Im gewelb.  
Eine gute nohtturfft kraut, zwiebeln undt obst; 3 v. undt 1 tonne bier; 2 faß cofent.

[*fol. 39v*] Im bierkeller.

10 v. voller bier; 8 messing bierkanen; 5 schrottleitern.

Im reisigen stall.

2 liechtbraune undt 1 schwarzbrauner mit sattel undt zeugk.

Auffm neuen langen saal ubern kühestall.

1 rolle; 1 sch 3 v. hanff; 75 sch korn; 14¾ gerste; [*fol. 40r*] 15 sch hafer; 5 sch hopffen; 1 rindeshautt; 1 ß latten; eine gute nohttürfft eichene bettsteln; 4½ dutzendt lehnbencklein.

Auffm boden ubern saal.

86 sch korn; 19¾ sch weitzen; 8½ sch brandichter weitzen; 46½ sch abgenommen korn; etzliche eichene brett undt pfoften; eine gute nohttürfft spünde undt anhörne brett; [*fol. 40v*] 26 sch alter hopffen; 52 sch neuer heuriger hopffen.

Ins verwalters stube.

2 schlechte tisch; 1 kesebanck; 1 lehnbanck; 1 lehnbencklein; 1 schreibtisch; 1 erbbuch; 1 rügenbuch; 6 lehn- undt handelßbücher; allerley der unterthanen rechtts undt gerichtssachen.<sup>115</sup>

In der stube ubers verwalters stub

2 anhörn tisch [*fol. 41r*] 1 geschnittener hirschkopff mit dem hirschgeweyhe; 15 gefaste kupfferstücke.

Vor der stuben.

3 gegebte rindtsheute; 1 wilde schweinßhautt; 2 finckennetz.

In der cammer.

2 spanbett; 2 himmelbett; 4 Heinrich von Friesen contrafeit ao. 81; 2 jungkfrau Sibilen von Friesen contrafeit ao. 81; 1 hauptman Carll von Friesen contrafeit ao. 81; [*fol. 41v*] 2 der fraw hauptmannin contrafeit, ao. 81; 5 hertzogk Friedrich Wilhelms zu Sachsen cotrafeit; 6 s[einer] f[ürstlichen] g[naden] Ersten gemahlin frawen Sophien contrafeit; 7 s[einer] f[ürstlichen] g[naden] andern gemahlin frauen Anna Marien contrafeit; 8 hertzogk Johansen zu Sachsen contrafeit; s[einer] f[ürstlichen] g[naden] gemahlin frawen Dorotheen Marien contrafeit churf[ürsten] Johans Georgen zu Brandenburgk contrafeit.

In der megde cammer.

5 spanbetten.

---

<sup>115</sup> *Gerichtsbücher des Ritterguts Rötha siehe: <http://www.saechsische-gerichtsbuecher.de>.*

[*fol. 42r*] Inn der kesestube.

1 lange kesebanck; 2 backtröge; 2 küpffern kessel; 3 butterfaß; 7 milchfaß oder stender;  
4 geltten; 2 wannen.

Inn der küchen.

2 beichfaß; 1 scheuefaß; 1 zober; 1 schrottfuß.

Vor der kuchen.

1 Saltzkasten; 1 wanne.

[*fol. 42v*] Im kuhestall. 1 brummer;<sup>116</sup> 45 melck undt tragende kühe; 1 misthacken

Im andern stall. 1 mastochse.

Im 3. stall. 10 jherige ochßlein und mötzschlein.

Im 4. stall. 16 heurige abgesetzte kelber.

Im ersten schweinstall. 4 mastschwein.

Im 2. stall. 3 alte fehrmutter.<sup>117</sup>

[*fol. 43r*] Im 3. stall. 8 heurige leuffer.

Im 4. stall. 10 heurige leuffer.

Im 5. stall. 1 alte fehrmutter, mit 5 jungen seugkferckel.

Im 6. stall. 2 alte fehrmutter, mit 7 ferckeln.

Im 7. stall. 11 heurige leuffer.

<sup>116</sup> Ochse, der zur Zucht gehalten wird.

<sup>117</sup> Zuchtschwein.

Im pferdestall.

10 wagen pferde; [*fol. 43v*] 4 heurige füllen; 3 dreyjherige, sambt allen zugehörigen geschirr; 4 settell.

Im schirhause.

6 pflüge; 2 eysern egden; 10 höltzern egden; 8 bahr pflugkeysen undt pflugkscharr;  
6 gründelketten; 7 wagenketten; 27 entzeln leistenkappen; 1 hewseil; [*fol. 44r*] 2 wa-  
genwinden, darunter die eine altt; 1 hebe; 4 bahr erndtleitern; 1 bahr mistbrehtt;  
9 alte rahde; 2 schloßnagell; 2 mistgabeln; 2 hew gabeln; 1 misthacken; 3 ohrtt-  
scheitt; 7 wagen; allerley schirrholtz.



Auffm hofe.

2 kutzsch undt behangene wagen; 1 bierwagen; 2 leitterwagen; [fol. 44v] 1 mistwagen; 1 srockwagen; 3 duppell vieherauffen; 1 entzeln vieherauff; 4 altte achsen; 1 bahr neue achsen; 2 heuehacken; allerley alt bauholtz.

Auffn stellen.

20 fuhder grommet; 33 fuhder hew.

In scheunen.

228 ½ ß korn; 67 ß weitzen; 103 ß sommergerste; 124 ß hafer; 52 ß erbes; 2 ½ ß wicken.

[fol. 45r]

Auffm forbergk zu Poitzsch.

Inn der stuben.

Altter tennener tisch; 1 kesebanck.

Auffm bodem.

21 ½ sch korn; 60 sch hafer; das unaußgetroschen korn ist mit zu den röthauschen gerechnet.

In ställen.

2 kühe undt sindt 18 kühe undt 1 brummer sieder des junckern seeligen tode gestorben; [fol. 45v] 2 altte schweine; 1 hauer; 8 junge schweine; 36 alte gense; 20 junge gense; 1 butterfaß; 2 rahmstender; 3 melckgelten; 2 schöpffgelten; 2 milchkannen; 2 waserkannen; 1 zober; 1 schrottfaß; 1 heren sieb; 1 faß zum butterwaschen; 2 milcheymer; [fol. 46r] 13 södefaß; 1 tonne kese; 12 fuhder ungevher hew; 5 fuhder ungevher grommet; 1 duppell vieherauff; 1 einfach rauff; 1 misthacken.

In der Mühle.

5 sch weitzen; 13 ½ sch korn; 5 sch steinmehl; 8 plaulzapffen; 24 ringken; 4 mühleysen mit haw und pfannen; 4 ringken in den leuffen; 6 bahr triebbringen; [fol. 46v] 4 hebelatten, jede mit zwey löhnen undt ketten; 4 radewallen, jede mit 2 ringken undt 2 zapffen; 4 bahr eysern kloben, da die radewallen inne gehen; 4 beuttelkasten; 6 beuttell guhtt undt böse; 4 leittern; 4 rumpff; 4 schüe; 4 riehmen, damit man die schüe auffwindet; 4 leuffe; 1 steinmeissel; 1 eysern schlegel; [fol. 47r] 1 brechstange; 1 steinbock, sambt 4 eysern ringken; 4 klingken, mit 2 haspen, da man die beutel mit anhengt; 3 breite pillen; 3 spitzpillen; 5 auffschüttfaß; 5 melden; 1 küpffern metz zum heintzen; 1 küpffern metz zum halben heintzen; küpffern metz zum börnischen halben sch; 1 küpffern metz zum börnischen viertell; [fol. 47v] 1 sauber kasten; 1 metzkasten; 1 netztrgk; 1 hacken zum außziehen; 5 eysern stebe zum gemein.

In der schefferey.

365 alte undt zeyttschaff; 301 alte undt zeytt hemmell; 101 kelber lemmer; 126 ham-mell lemmer; 1 schaffhütte; 28 neue hürden; 8 alte hürden; 5 böse saltztröge; 20 fuhder hew; 10 fuhder grommet ungeverlich.

[*fol. 48r*] Im Brauhause.

1 braupfanne, so eingemauert; 3 bottiche; 1 butte; 14 kühlfaß; 2 wenlein; 4 schuffen; 3 kleine feßlein; 23 v. voller bier; 2 v. cofent.

Uffm brauhause.

60 sch maltz zu 4 bieren; 4 eichene lehdige bierfaß; 6 lehdige tennene v.; 10 tonnen.

[*fol. 48v*] Zeugen, so vollendts bey verichtung dieses inventory undt getreidich messung gewesen: Moritz Poritzsch; Michel Hackspahn; Michel Lingk undt Georgy Eichorn} gerichtsschöppen zu Röthaw.

Und dieweill ich Christophorus Braun, civis lips. imperiali autoritate publicus authenticusque notarius bey vor gemelter dero zu Aldenburgk geschehenen separations und außantwortung der brieflichen [*fol. 49r*] uhrkunden, auch aufrichtung dieses inventory in dero beglaubten zeugen gegenwart selbstn gewesen, solches alles also befunden, gehort und gesehen. Also habe ich diß alles geburlichen protocolliret, in diese offene formb bracht, auch auß vorhinderung furgefallener geschefft durch einen andern auch beglaubten auf 48 blatt pappier umschreiben laßen, und nach befunder richtiger collation solches mit meinem tauf- und zunahmen und gewöhnlichen notariatszeichen besterckt. Ad haec omnia specialiter rogatus et requisitus.

[*Notariatszeichen*] Christoph Braun. NP in fidem sub scripsit.

- a *Folgt durchgestrichen* undt
- b *Folgt durchgestrichen* beste
- c *Über die Zeile* geschrieben

## Ungleiches Maß? Zwei Verfahren wegen des Verdachts der Bigamie in Leipzig während des Dreißigjährigen Krieges

Johannes Träger

Wer im 16./17. Jahrhundert in den Verdacht geriet, in Bigamie zu leben, musste mit schwerwiegenden Strafen rechnen. Ausgehend von biblischen Ordnungsvorstellungen<sup>1</sup> war der gleichzeitige Bestand mehrerer Ehen oder Eheverlöbnisse verboten und die für die frühneuzeitliche Rechtsprechung maßgebliche Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. ahndete Bigamie als eine Form des Ehebruchs mit der Todesstrafe: »Item so eyn ehemann eyn ander weib, oder eyn eheweib eyn andern mann inn gestalt der heyligen ehe bei leben des ersten ehegesellen nimbt, welche übelthat dann auch ein ehebruch vnd größer dann das selbig laster ist vnd wiewol die Keyserlichen recht auff solch übelthat keyn straff am leben setzen. So wollen wir doch welcher solchs lasters betrüglicher weiß mit wissen vnd willen vrsach gibt vnnd volnbring daß die nit weniger dann die ehebrüchigen peinlich gestrafft werden sollen.«<sup>2</sup>

Im Leipzig des 17. Jahrhunderts stellte tatsächliche oder vermeintliche Bigamie im Vergleich zur Häufigkeit anderer gerichtsnotorischer Verbrechen ein eher seltenes Delikt dar. Die wenigen – vor allem aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges – überlieferten gerichtlichen Bigamieverfahren bieten aber ein vorzügliches Material, um Erkenntnisse über die bisher nur selten untersuchte frühneuzeitliche Praxis weltlicher und kirchlicher Gerichtsinstanzen im Blick auf die Strafverfolgung von Ehebruch und Sexualdelikten in Leipzig zu gewinnen.<sup>3</sup> In der Regel oblag die Prozessführung dem Stadtgericht, das

- 1 Biblische Befunde zu Monogamie, Bi- und Polygamie sind im Alten und Neuen Testament differenziert zu betrachten: Grundlegend für das monogame Eheverständnis in der Frühen Neuzeit als Norm waren die Schöpfungsberichte in Gen 1 und 2. Die Mehrfachehen der Erzväter Israels, Abraham und Jakob, zeigen dagegen exemplarisch die Akzeptanz der Mehrfachehe im Tanach. In den konfessionell übergreifenden Rechtsauffassungen der Frühen Neuzeit galten diese biblischen Ehevorstellungen überwiegend für das Judentum bindend, da im Neuen Testament das Festhalten an der monogamen Ehe zwischen Mann und Frau eingeschärft wurde, so z. B. in Mt 19,1-11, die auf die jüdische Ehegesetzgebung und Schöpfungsvorstellungen direkt Bezug nehmen.
- 2 Des allerdurchleuchtigsten großmechtigste[n] vnüberwindtlichsten Keyser Karls des fünfften: vnnd des heyligen Römischen Reichs peinlich gerichts ordnung [...], Mainz 1533 [VD16 D 1069], Art. CXXI. Der reichsrechtlichen Auffassung zur Verfolgung und Bestrafung verbotener Doppelhehen folgte auch das kursächsische weltliche (Kursächsische Konstitutionen, 1572) und evangelische Kirchenrecht (Kursächsische Kirchenordnung, 1580), das bei Bigamie auf Todesstrafe erkannte. Zum Delikt der Bigamie einleitend aus rechtshistorischer Perspektive vgl. Rolf Lieberwirth, Art. Bigamie, in: Handbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG2) 1 (2008), S. 578 f.
- 3 Einführend zum Leipziger Justizwesen in der Frühen Neuzeit mit Hinweisen auf weitere Literatur vgl. Detlef Döring, Justizwesen, in: Geschichte der Stadt Leipzig. Band 2: Von der Reformation bis zum Wiener Kongress, hrsg. von Detlef Döring unter Mitwirkung von Uwe John in Verbindung mit Henning Steinführer (Geschichte der Stadt Leipzig), Leipzig 2016, S. 165–181.

nach einer Anzeige aktiv wurde. Aufgrund der Schwere des Delikts und der damit verbundenen peinlichen Strafen formulierte der kursächsische Schöffentuhl nach Prüfung der Prozessakten des Stadtgerichts einen Urteilsspruch. Neben diesen beiden weltlichen Gerichten war wegen des zu prüfenden Ehebruchs bei Bigamiefällen das Leipziger Konsistorium beteiligt, dem als kirchenleitende Behörde und kirchliches Gericht die Ehegerichtsbarkeit in der Stadt oblag. Zur Praxis des Leipziger Konsistoriums ist bisher nur wenig bekannt.<sup>4</sup>

Neben der rechtsgeschichtlichen Perspektive auf Praxis und Zusammenwirken der beteiligten Gerichtsinstanzen sind Gerichtsakten zu Bigamieverfahren aber auch aus sozialgeschichtlichem Blickwinkel sprudelnde Quellen, die ein buntes Panorama sozialer Lebenswelten der in die Prozesse verwickelten Akteure zeichnen. Dies ist von besonderem Wert, da andere Quellengattungen in dieser Schärfe kaum über Lebens- und Liebesgeschichten »kleiner Frauen und Männer« in Leipzig während des Dreißigjährigen Krieges berichten. Deren Privatleben erscheint gewöhnlich nicht als überlieferungswürdig, was sich aber ändert, wenn die Ehe Gegenstand eines Gerichtsverfahrens wird.

Angeregt durch moderne Ansätze historischer Kriminalitätsforschung,<sup>5</sup> die Beiträge Bernd Rüdigers zur Kriminalität in Leipzig<sup>6</sup> sowie die Erschließung des Bestandes »Richterstube« im Leipziger Stadtarchiv<sup>7</sup> sollen im vorliegenden Beitrag die rechtshistorische und die sozialgeschichtliche Perspektive miteinander verbunden werden. Dafür

4 Zur Geschichte des Leipziger Konsistoriums kann bis jetzt vor allem nur auf ältere Studien hingewiesen werden. Das Dissertationsprojekt des Verfassers soll zukünftig diese Lücke schließen. Für die älteren Darstellungen seien *pars pro toto* genannt: Heinrich Geffken, Zur ältesten Geschichte und ehegerichtlichen Praxis des Leipziger Konsistoriums, in: Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht 4 (1894), S. 7–67; Georg Müller, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der sächsischen Landeskirche, in: Beiträge zur Sächsischen Kirchengeschichte 9 (1894), S. 1–272; Johann Samuel Göbel, Ursprung, Geschichte und Verfassung der Consistorien in den Chursächsischen Landen. Ein Beytrag zur Statistik von Chursachsen, Freyberg 1794. Einen Einblick in den staatlichen archivalischen Bestand bietet Jens Kunze, Der neu erschlossene Bestand »Konsistorium Leipzig« im Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V. (2010), S. 43–66. Zu den Beisitzern des Leipziger Konsistoriums vgl. Ders., Die Beisitzer des Konsistoriums Leipzig von seiner Entstehung bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V. (2012), S. 33–54. Aus rechtshistorischer Perspektive zur konsistorialen Ehegerichtsbarkeit in Kursachsen im 16. Jahrhundert vgl. Ralf Frassek, Ehe recht und Ehegerichtsbarkeit in der Reformationszeit. Der Aufbau neuer Rechtsstrukturen im sächsischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der Wirkungsgeschichte des Wittenberger Konsistoriums (Jus ecclesiasticum 78), Tübingen 2005.

5 Einblick in diese historische Disziplin bietet Gerd Schwerhoff, Historische Kriminalitätsforschung (Historische Einführungen 9), Frankfurt am Main 2011. Zu Sexualdelikten vgl. Francisca Loetz, Probleme mit der Sünde. Sexualdelikte im Europa der Frühen Neuzeit, in: Eric Piltz, Gerd Schwerhoff (Hrsg.), Gottlosigkeit und Eigensinn. Religiöse Devianz im konfessionellen Zeitalter (Historische Zeitschrift, Beiheft 51), Berlin 2015, S. 207–235.

6 Bernd Rüdiger, Kriminalität während des Dreißigjährigen Krieges in Leipzig. Ein Sonderfall innerstädtischer Kommunikation, in: Helmut Bräuer, Elke Schlenkrich (Hrsg.), Die Stadt als Kommunikationsraum. Karl Czok zum 75. Geburtstag, Leipzig 2001, S. 609–632.

7 Bernd Rüdiger, Karsten Hommel, Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Leipzig in der frühen Neuzeit. Der Bestand »Richterstube« im Stadtarchiv Leipzig, Leipzig 2007.

werden zwei voneinander unabhängige Bigamieverfahren gegenübergestellt, in denen zwei Menschen verschiedenen Geschlechts und sozialen Standes mit unterschiedlichem Erfolg versuchten, sich des Verdachts der Bigamie zu erwehren. Die Analyse der im Leipziger Stadtarchiv überlieferten Gerichtsakten des Bigamieprozesses der Leipziger Magd Elisabeth Blumenzopf aus dem Jahr 1642 und das Ehescheidungsverfahren des Pfarrers von St. Nikolai Daniel Müller (1612–1686) aus dem Jahr 1648<sup>8</sup> ermöglichen es, der im Titel gestellten Frage nachzugehen, ob die beteiligten Gerichte den Vorwurf des Ehebruchs und der verbotenen Doppelehe angesichts der Geschlechter- und Standesunterschiede mit unterschiedlichem Maß verfolgten. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden am Ende des Beitrags zusammengefasst.

### Der Bigamieprozess gegen die Magd Elisabeth Blumenzopf (1642)

Die Gerichtsakten zum Vorwurf der Bigamie gegen Elisabeth Blumenzopf dokumentieren ein Frauenschicksal in Leipzig während des Dreißigjährigen Krieges,<sup>9</sup> das mit einer Anzeige durch den ersten Ehemann seinen Lauf nimmt. Abraham Hermann (1602–1664), Pfarrer im Regiment des kursächsischen Generals Joachim von Schleinitz (†1644), berichtete im August 1642 dem Leipziger Stadtgericht, was ihm der Musketschütze Heinrich Foppe über die Wiederverheiratung seiner Frau mitgeteilt hatte.<sup>10</sup> Foppes Ehefrau, Elisabeth Blumenzopf, Tochter des Bornaer Schneiders Jacob Blumenzopf, habe während seiner Abwesenheit dem Fuhrmann Georg Künzel die Ehe versprochen und ihn geheiratet. Diese Verbindung sei illegitim, da Foppe und Blumenzopf vor neun Jahren in der Leipziger Nikolaikirche die Ehe geschlossen hätten, was sich durch die Kirchenbücher zweifelsfrei belegen ließe. Zwei Kinder seien in dieser Ehe geboren, die aber frühzeitig verstorben und auf dem Leipziger Stadtfriedhof begraben seien. Tatsächlich findet sich im Traubuch von St. Nikolai für den 4. März 1636 der Eintrag, der

8 Die beiden Verfahren sind überliefert im Leipziger Stadtarchiv (folgend StadtAL): StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491: Inquisition Acta contra Elisabethen Blumen Zopfs in puncto Bigamiae. Anno 1642. Vor den Stadtgerichten zu Leipzig ergangen [42 Bl.]. StadtAL, Tit. VII B 58, Acta die Ehescheidung des Diaconi an der Nicolai Kirche M. Daniel Müller und damit gegebene Aergerniß betr. 1648 [5 Bl.].

9 Zur Leipziger Stadtgeschichte während des Dreißigjährigen Krieges vgl. Alexander Zirr, Die Stadt Leipzig in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges, in: Ulrich von Hehl (Hrsg.), Stadt und Krieg, Leipzig in den militärischen Konflikten vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 1), Leipzig 2014, S. 99–119.

10 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Brief des Regimentspfarrers Abraham Hermann an das Leipziger Stadtgericht, im Quartier Leipzig, 18. August 1642, Bl. 1r–2r, hier Bl. 2r. Foppe konnte, wie viele einfache Soldaten, nicht lesen und schreiben. Deshalb verfasste sein Regimentspfarrer diese Anzeige.

die Eheschließung Foppes (hier Vopp) mit Elisabeth Blumenzopf durch den Diakonus Hartmann Bierling belegt (*Abb. 1*).<sup>11</sup>

Mit dem Hinweis auf das urkundliche Trauregister und den durch die Geburten der Kinder bezeugten ehelichen Vollzug versuchte Foppe, mögliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit seiner Ehe auszuräumen. Seit längerer Zeit aber lebten er und seine Frau voneinander getrennt. Die Umstände der Trennung erklärte er damit, dass er wegen Erbanlagen in seine Heimat gereist und dort durch Kriegswirren länger aufgehalten worden sei. Seine Frau habe er aber durch Briefe über seine Geschäfte informiert und ihr versprochen zurückzukommen. Dass Foppe sich im Streit von seiner Frau getrennt und sie seit Jahren nicht mehr gesehen hatte, verschwieg er aus gutem Grund. Nach evangelischem Eherecht war eine Ehescheidung aufgrund »böswilligen« Verlassens möglich, wenn auch die Auffassungen darüber auseinandergingen, wie lange der verlassene Ehepartner warten musste, um eine Scheidung zu erwirken.<sup>12</sup>

Foppe konnte vor Gericht darauf verweisen, dass Leipziger Pfarrer sich weigerten, die zweite Ehe seiner Frau zu schließen, weil sie Bedenken hatten, dass ihr erster Mann verstorben sei. So berichtet er dem Stadtgericht, dass seine Frau und ihr Verlobter mit ihrem Hochzeitwunsch zunächst beim Leipziger Superintendenten Johann Höppner (1582–1646) gescheitert seien. Denn nach geltender Eheordnung, Bestandteil der kursächsischen Landes- und Kirchenordnung von 1580, war eine eingehende Prüfung<sup>13</sup> des verlobten Paares durch den zuständigen Pfarrer vorgeschrieben. Auf diese Weise sollten mögliche Ehehindernisse erkannt werden, bevor die Eheleute an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen öffentlich in der Gemeinde aufgeboden werden sollten. Dieses Verfahren

11 Traubuch von St. Nikolai 1536, Bl. 553r. Foppe (Vopp) ist als Soldat und Leinenweber genannt, der aus *Elfelt* aus Hessen stammt. Elisabeth Blumenzopf wird als Tochter des verstorbenen Schneiders Jacob Blumenzopf bezeichnet. Bemerkenswert ist der Zusatz des Eintrags, dass kein Eheaufgebot erfolgt sei. Dass dies auch in anderen Fällen in diesem Jahr so gehandhabt wurde, belegt bereits der nachfolgende Eintrag zur Trauung des Soldaten Wolff Banholtz und Margarethe Hennebach am 31. März 1636 *one aufbott in der eyl getrauet*.

12 Emil Sehling (Hrsg.), Die evangelischen Kirchenordnungen des XVI. Jahrhunderts, 1. Abteilung: Sachsen und Thüringen nebst angrenzenden Gebieten, 1. Hälfte: Die Ordnungen Luthers, die Ernestinischen und Albertinischen Gebiete, Leipzig 1902 (folgend EKO I), S. 387. Die Kirchenordnung von 1580 regelt zwar das Strafmaß für entlaufene Ehepartner (Stäubung und ewige Landesverweisung), schweigt aber zur Möglichkeit der Scheidung aufgrund des »Auslaufens« eines Ehepartners. Der Praxis kursächsischer Konsistorien entsprach es, dass ein Ehepartner, der mehrere Jahre allein geblieben war, eine Scheidung erwirken konnte. Zum Verfahren eines Desertionsprozesses vgl. Ralf Frassek, Eherecht und Ehegerichtsbarkeit in der Reformationszeit. Der Aufbau neuer Rechtsstrukturen im sächsischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der Wirkungsgeschichte des Wittenberger Konsistoriums (*Just ecclesiasticum* 78), Tübingen 2005, S. 226–229.

13 Zur Prüfung der Eheleute und zum Verfahren des Aufgebots vgl. EKO I, S. 436. Neben der notwendigen Zustimmung der Eltern bzw. Vormünder zum Verlöbnis musste nachgewiesen werden, dass keine zu enge Verwandtschaft bestand, die eine Ehe ausschloss. Zum Aufgebotsverfahren vgl. das Beispiel des Leipziger Superintendenten Johannes Pfeffinger (1493–1573) aus dem Jahr 1545 bei Frassek, Eherecht (wie Anm. 12), S. 227.





*schimpff*.<sup>16</sup> Er bitte um eine schriftliche Bestätigung, dass er von seiner Ehefrau losgesprochen werde, um sich *künfftig auch ohne anstoßes möchte in heyrath einlaßen*.<sup>17</sup> Seine Frau sei zu verpflichten, ihm seine Kleider und persönlichen Gegenstände zurückzugeben, die er vor Jahren bei seiner Abreise bei ihr zurückgelassen habe.

Bezüglich des Wahrheitsgehalts der Ausführungen Foppes ist eine gewisse Skepsis angebracht. Doch geht es nicht darum, im Nachhinein über Recht und Gerechtigkeit zu befinden, sondern vielmehr die sozialen Lebenswelten der Akteure wahrzunehmen, die diese Aussagen entwerfen.

Der Konflikt hat eine Vorgeschichte. Vor dieser Anzeige kam es zur Begegnung zwischen Blumenzopfs beiden Ehemännern im Sommer 1642 in Leipzig. Das, was am 12. Juli 1642 zwischen den beiden, einem Notar und mehreren Zeugen in einem Leipziger Bürgerhaus vor sich ging, kann zumindest teilweise anhand der späteren Aussagen der Beteiligten im Prozess gegen Elisabeth Blumenzopf rekonstruiert werden.<sup>18</sup>

Zunächst habe Künzel versucht, den Söldner davon zu überzeugen, seine Ehre zu achten und ihm seine Frau nicht abspenstig zu machen,<sup>19</sup> *weil sie ein mahl eheleuthe weren*.<sup>20</sup> Foppe jedoch erklärte, dass er seine Frau zurückgewinnen wolle, denn *die erste ehe ginge vor*.<sup>21</sup> Doch Elisabeth Blumenzopf weigerte sich, zu Foppe zurückzugehen, denn sie eröffnete ihm, dass sie von Künzel schwanger sei. Darauf habe Foppe geantwortet, *er fragte darnach nichts, er solte ihme so lieb sein, alß wenn es sein eigen were*.<sup>22</sup> Um die Legitimität der ersten Ehe zu unterstreichen, sei Blumenzopfs erster Traubrief vorgelesen worden. Dann habe Foppe versprochen, dass er keine Ansprüche gegen Künzel erheben, sondern Elisabeth mit in seine Heimat nehmen wolle. Das Beharren Foppes auf seiner Ehe und die Furcht vor einer drohenden Strafe führten Künzel zum Entschluss, sich von

16 StadtA-L, Richterstube, Stra fakten Nr. 491, Brief des Regimentspfarrers Abraham Hermann an das Leipziger Stadtgericht, Leipzig, 18. August 1642, Bl. 2r.

17 Ebd.

18 Die Rekonstruktion basiert auf den Aussagen Balthasar Jeckels und Christian Jeskes, die Georg Künzel als Zeugen zu dieser außergerichtlichen Einigung hinzugezogen hatte. Auch der Notar Johann Möller wurde vor das Leipziger Stadtgericht vorgeladen, weil er die Vereinbarungen zwischen Blumenzopf und ihren beiden Ehemännern auf Wunsch Künzels abgefasst hatte. Nicht vernommen wurden Christian Gösche und Catharina Schür, die anstelle Foppes und Blumenzopfs den Vertrag unterschrieben, weil diese nicht selbst ihren Namen schreiben konnten. Zu den Aussagen vgl. StadtAL, Richterstube, Stra fakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 1. Oktober 1642, Bl. 16v–24v.

19 StadtAL, Richterstube, Stra fakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August 1642, Aussage Georg Künzels, Bl. 3v. Foppe bestritt später, dass er bereits zum Zeitpunkt der Verhandlungen von der Schwangerschaft seiner Frau wusste. Denn *sonsten hette er sich nicht so leicht vertragen*, ebd., Anzeige Heinrich Foppes vom 1. September 1642, Bl. 9r–v.

20 StadtAL, Richterstube, Stra fakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 1. Oktober 1642, Aussage Georg Künzels, Bl. 17r–19r, hier Bl. 17v–18r.

21 StadtAL, Richterstube, Stra fakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August 1642, Aussage Georg Künzels, Bl. 7v.

22 StadtAL, Richterstube, Stra fakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 1. Oktober 1642, Aussage Georg Künzels, Bl. 18r.

Elisabeth zu trennen. Deshalb habe er von ihr seinen Traubrief zurückgefordert, was sie verweigert habe. Elisabeth Blumenzopf akzeptierte nicht, dass über sie hinweg entschieden und ihre Beziehung mit Künzel beendet werden sollte. Sie versuchte, an ihrer zweiten Ehe festzuhalten, denn ihr zweiter Ehemann habe sie seit ihrer Verlobung aus *noth und armuth gewiesen*.<sup>23</sup> Doch Künzel wollte die Trennung von seiner Frau durch einen notariellen Vertrag geregelt wissen. Die Schuld an der zweifachen Ehe schoben deswegen beide Männer allein Elisabeth Blumenzopf zu.<sup>24</sup> Foppe diktierte dem Notar, dass ihn allein die Kriegswirren länger als erwartet von seiner Frau getrennt hätten. Schmerzvoll habe er bei seiner Rückkehr nach Leipzig erfahren, dass sie in seiner Abwesenheit erneut geheiratet habe. Zwar habe er gute Gründe sie zu verstoßen, da sie niemals in *achtt genommen, was sie mir vor der heyligenn unndt hochgelobtten, dreyfaltigkeitt versprochen, unnd zugesagedt, sondern demselbigen zue wieder gelebet*.<sup>25</sup> Da weder er noch Künzel Vermögen besitze, sei er bereit, mit ihm übereinzukommen, weil *dieser an diesem wercke ganz unschuldigh und in seiner zartten jugendt von meinem weibe verführedt worden*.<sup>26</sup> Weiter vereinbarten sie, dass Künzel sein Traubrief sowie eine Ausfertigung des Vertrags ausgehändigt werden sollen. Für den Fall, dass der Bornaer Superintendent wegen der Ehe nachfrage, sicherte Foppe zu, dass er und seine Frau Künzel in allem vertreten *unndt schadloß haltten wollen*.<sup>27</sup> Geld floss dann bei diesem zweifelhaften Geschäft auch. Künzel gibt später an, dass er Foppe noch einen Dukaten gegeben habe und als dieser noch einen für Wein forderte auch einen zweiten. Dann habe Foppe ihn *loßgesprochen*.<sup>28</sup>

Diese außergerichtliche »Scheidung« beider Männer scheiterte aber an der Weigerung Elisabeth Blumenzopfs, sich in diesen Handel zu fügen. Keinesfalls hatte sie vor, ihren ersten Mann wieder als Soldatenfrau zu versorgen. Im späteren Prozess schildert sie dem Gericht eindringlich, dass sie aber keine Chance gehabt hätte, sich gegen ihn zu wehren.

Gemäß ihrer Aussage habe Foppe nach diesem Geschäft Leipzig für acht Tage verlassen und nach seiner Rückkehr *sie mit einem stecken geschlagen, auch mit füßen getredten unndt mit feusten geschlagen drey mal, darumb das sie sich nicht wieder zu ihm halten wollen, sie hette es ihme gesagt, daß sie sich schwanger befinde, aber deßsen ungeachtet hette sie mit ihm fleischlich zu halten müssen, were nur eine nacht bey ihme gelegen, sie hette es gezwungen thun müssen, dann sie wohl wüße wie er so leichtsinnig sey, er würde doch nicht bleiben,*

23 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, gütliche Aussage Elisabeth Blumenzopfs vom 1. September 1642, Bl. 13 v.

24 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Vertrag zwischen Elisabeth Blumenzopf, Georg Künzel und Heinrich Foppe vom 12. Juli 1642, Bl. 20 r–22 v.

25 Ebd., Bl. 20 v–21 r.

26 Ebd., Bl. 21 r.

27 Ebd., Bl. 21 v.

28 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August 1642, Aussage Georg Künzels, Bl. 8 r.

*sondern wieder darvon lauffen, wie er vorhin mehr gethan.*<sup>29</sup> Sie bitte, mit ihrem zweiten Mann leben zu dürfen, denn ihr erster Mann würde ihr *nimmermehr kein guth thun und sie nichts als angst und noth bey ihm haben. Sie wolte lieber sterben!*<sup>30</sup>

Zur Einordnung dieser bedrückenden Schilderung erlebter körperlicher und sexueller Gewalt ist zu bedenken, dass es für die im Prozess zu klärende Schuldfrage von erheblicher Bedeutung war, ob Elisabeth Blumenzopf freiwillig zu ihrem ersten Mann zurückkehrte und folglich an ihrer ersten Ehe festgehalten hatte. Dass dies offensichtlich nicht der Fall war, bekam nun wohl auch ihr erster Ehemann zu spüren. Die Zurückweisungen seiner Frau, die sich auch mit roher Gewalt nicht dazu zwingen ließ, mit ihm zusammenzuleben, bewegte ihn zu der bereits geschilderten Anzeige beim Leipziger Stadtgericht, um sich vom Eheband lösen zu lassen und dabei noch ein wenig Geld herauszuschlagen.<sup>31</sup>

Doch auch Künzel zeigte noch am gleichen Tag Elisabeth Blumenzopf beim Stadtgericht an.<sup>32</sup> Als seine illegitime Ehe gerichtsnotorisch wurde, versuchte er sich mit dieser Anzeige vom Vorwurf der Bigamie zu befreien und ebenfalls die Ehescheidung zu erwirken. So schildert er dem Stadtgericht, er habe sich nur auf die Ehe eingelassen, weil seine Frau ihm versichert habe, die Witwe eines Soldaten zu sein, der sie vor neun Jahren verlassen und sie schließlich *drey jahr lang im elende sitzen lassen*.<sup>33</sup> Weil aber seine Frau nach der unverhofften Rückkehr ihres ersten Mannes wieder mit diesem zusammen lebe, obwohl sie von ihm, Künzel, ein Kind erwarte, solle sie von ihm geschieden, in Haft genommen und wegen *ihrer leichtfertigkeit halben gestraffet werden*.<sup>34</sup> Der Wunsch nach Bestrafung seiner Frau entsprang – angesichts der eingetretenen Verwicklungen – der Hoffnung, wenigstens die eigene Ehre zu retten und sich vor Strafe zu schützen.

Die Anzeigen beider Ehemänner lösten Ermittlungen des Stadtgerichts aus, die in einen Strafprozess gegen Elisabeth Blumenzopf wegen des Vorwurfs der Bigamie mündeten. Da dem Leipziger Konsistorium die Ehegerichtsbarkeit zufiel, war es für diesen Fall zuständig. In Kursachsen wurde diese durch Landes- und Kirchenordnungen – erstmals

29 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, gütliche Aussage Elisabeth Blumenzopfs vom 1. September 1642, Bl. 14v–15r.

30 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, gütliche Aussage Elisabeth Blumenzopfs vom 1. September 1642, Bl. 15r.

31 Foppe bat das Stadtgericht weiterhin, Künzel habe ihm vier Taler zu erstatten, da dieser sich aus seinem Mantel, den er bei seiner Frau zurückgelassen hatte, ein *röcklein* gefertigt hatte. StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 1. September 1642, Anzeige Heinrich Foppes, Bl. 9r.

32 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August 1642, Anzeige Georg Künzels, Bl. 3r–4r.

33 Ebd., Bl. 3r.

34 Ebd., Bl. 4r. Der Anzeige Künzels ist in der Registratur des Gerichts die Nota beigelegt, dass das Stadtgericht diesen Fall dem kursächsischen General Joachim von Schleinitz berichtete. Dieser habe durch seinen Statthalter dem Gericht wiederum mitteilen lassen, es solle dieses Verfahren gemeinsam mit dem Konsistorium in Leipzig führen.

in den Cellischen Ordnungen von 1545 – der kirchlichen Gerichtsbarkeit (*jurisdictio ecclesiae*) übertragen. Strafprozesse, die weltliche Strafen nach sich zogen oder in der Sprache der Zeit *in die peinlichkeit liefen*, gehörten dabei ausdrücklich zum Reservat weltlicher Gerichtsbarkeit.<sup>35</sup> Doch ein Urteil des Konsistoriums in diesem Verfahren konnte nicht ohne Konsequenzen für die Rechtsprechung des Stadtgerichts bleiben. Denn eine Auflösung der zweiten Ehe Blumenzopfs war nur möglich, wenn ihre erste Ehe als legitim bewertet wurde, um als Ehehindernis für die zweite verbotene Verbindung zu gelten. Eine solche Auffassung legte aber nah, dass Elisabeth Blumenzopf der Bigamie schuldig und deshalb zu verurteilen war.

Um die Vorwürfe zu prüfen, wurde Elisabeth Blumenzopf unverzüglich ins Rathaus in die Richterstube geführt und nach ihrer Anhörung inhaftiert. Ihre Aussage ist bemerkenswert, da sie ein anderes Licht auf die Umstände wirft, die zu ihrer vermeintlichen bigamen Ehe führten:<sup>36</sup> Ja, sie habe vor neun Jahren Heinrich Foppe in Leipzig geheiratet. Dieser habe ihr aber zuvor versprochen, nicht mehr das Kriegshandwerk auszuüben, sondern sich *ehrlieh nehren* wollen.<sup>37</sup> Doch gleich nach der Hochzeit habe sie ihn als Soldatenfrau begleiten müssen. Weil ihr Ehemann sie beide nicht selbst versorgen konnte, habe er sie damals zurück nach Leipzig geschickt, damit sie sich in der Stadt *vermiethe*. Vom verdienten Geld habe sie Nahrungsmittel gekauft. Diese habe sie 16 Meilen auf ihrem Rücken in das Quartier ihres Mannes getragen. Dort angekommen, habe sie diesen zusammen mit einer alten Magd angetroffen. Trotzdem sei sie sieben Wochen bei ihm geblieben. Als alles verzehrt gewesen sei, habe sie wieder nach Leipzig zurückgehen müssen. Hier habe sie allein ihr erstes Kind zur Welt gebracht und einige Wochen aufgezogen. Dazu habe sie etwas Geld als Amme beim Pfarrer von Eutritzsch verdienen können.<sup>38</sup> Da sei ihr Ehemann wieder zu ihr nach Leipzig gekommen *undt vorgeben das er guth thun wolte*.<sup>39</sup> Der Ehefrieden habe aber nur kurze Zeit gehalten. Denn als ihr Mann mit der Armee des kursächsischen Obristen Hans von Dieskau (1593–1680) aus Leipzig fortgezogen sei, sei sie krank geworden: *Do hette sie der man liegen [...] und verschmachten*

35 Zum kursächsischen Strafrechtssystem vgl. Heiner Lück, Die kursächsische Gerichtsverfassung 1423–1550 (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte 17), Köln 1997, sowie Ulrike Ludwig, Das Herz der Justitia. Gestaltungspotentiale territorialer Herrschaft in der Strafrechts- und Gnadenpraxis am Beispiel Kursachsens 1548–1648 (Konflikte und Kultur – Historische Perspektiven 16), Konstanz 2008, S. 38–94.

36 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August, Aussage Elisabeth Blumenzopfs 1642, Bl. 5r–8r.

37 Ebd., Bl. 5r.

38 Im weiteren Verlauf des Prozesses gibt Elisabeth Blumenzopf an, diese Bekanntschaft sei der Grund gewesen, warum sie nach dem gescheiterten Aufgebot ihrer zweiten Ehe in Leipzig nach Eutritzsch gegangen sei, um dort ihre Hochzeit – letztlich vergeblich – zu vollziehen. StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August, gütliche Aussage Elisabeth Blumenzopfs 1642, Bl. 14r.

39 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August, Aussage Elisabeth Blumenzopfs 1642, Bl. 5v.

lassen.<sup>40</sup> Sie hingegen habe, als ihr Mann ein halbes Jahr krank ans Bett gefesselt gewesen sei, *ihme alles gutes gethan*.<sup>41</sup> Wieder bei Kräften, habe er den gemeinsamen Besitz *ausgetragen und verthan*.<sup>42</sup> Vor etwa drei Jahren sei sie wieder von ihm schwanger gewesen. Doch statt ihr beizustehen, sei ihr Ehemann *heimblich von ihr weg gangen, sie im elende sitzen lassen, hette ihr auch niemalf geschrieben, hette auch wohl nimmermehr willens gehabt wieder herzukommen*.<sup>43</sup> Später hätten hessische Landsleute ihres Mannes, die sich als Händler in Leipzig im Gasthaus zum Goldenen Hahn aufhielten, ihr berichtet, *ihr man were todt*, er solle in einem Wald erschlagen worden sein.<sup>44</sup> Der Wahrheitsgehalt dieser Aussage sollte im gerichtlichen Verfahren zur Kardinalfrage ihrer Schuld werden. Denn es hing einzig und allein von ihrer Glaubwürdigkeit ab, ob man ihr Unwissenheit oder Vorsatz unterstellt, als sie ihre zweite Ehe einging. Zu ihrem Nachteil verfügte sie auch nicht über eine schriftliche Mitteilung, mit der sie die Todesnachricht ihres Mannes hätte bestätigen können. Vor Gericht gab sie an, dass ihr die Hessen einen Brief gegeben hätten, doch wisse sie weder, wer diesen verfasst habe, noch wo dieser sich befände, sie wolle ihn aber suchen. Bei dieser Aussage ist zu berücksichtigen, dass Elisabeth Blumenzopf weder lesen noch schreiben konnte. Doch überzeugt vom Tode ihres Mannes, habe sie sich erst nach einigen Jahren im Witwenstand zu Lichtmess (2. Februar 1642)<sup>45</sup> mit Georg Künzel verlobt und in Borna geheiratet. Vor acht Wochen sei ihr erster Mann dann unverhofft als Söldner in schwedischen Diensten aus Hamburg nach Leipzig gekommen, weil er erfahren habe, dass seine Frau vermögend geheiratet hätte, *das er ein bahr hundert gulden herauß schneiden wolle, wenn er aber gewust hette, daß so gar nichts vorhanden were, wie er izo befunden, so hette er nimmermehr wiederkommen wollen, es were beßer gewesen, er were gar in ein wasser gesprungen*.<sup>46</sup> Doch keineswegs sei sie zu ihm zurückgekehrt, sondern *hette ihm nur gewaschen unndt gereinigt, unndt ettliche gro-*

40 Ebd.

41 Ebd.

42 Ebd., Bl. 6r.

43 Ebd. Als Grund für ihren Streit mit ihrem Mann und dessen Weggang gibt Blumenzopf weiter an, dass Poppe bei seinem Weggang aus Leipzig vor drei Jahren in ihrem Haus Kisten und Kästen aufgebrochen und aus einer Truhe fünf Taler gestohlen habe, die sie dort für eine Kohlgärtnerin verwahrt habe. Nachdem die beiden Frauen ihm das Geld abgenommen hätten, habe er unmissverständlich mitgeteilt, dass er nicht wieder zu ihr zurückkommen wolle.

44 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August 1542, Bl. 6r.

45 Künzel gab im Verlauf des Prozesses an, dass der Leipziger Superintendent wegen ihres Verlobungstermins das notwendige Aufbieten des Paares in der Sonntagsöffentlichkeit der Gemeinde deshalb nicht durchgeführt habe, da dieses in die Fastenzeit hineingereicht hätte, in der kein Aufgebot gestattet gewesen sei. StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 1. Oktober 1642, Aussage Georg Künzels, Bl. 18v.

46 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, gütliche Aussage Elisabeth Blumenzopfs vom 1. September 1642, Bl. 12v.

schen gegeben.<sup>47</sup> Um sich vom Vorwurf der *leichtfertigkeit* zu befreien, sagte sie aus, dass Foppe in der Kammer und sie auf dem Boden geschlafen habe. Dann hätten ihre beiden Ehemänner über ihr Schicksal verhandelt. Der Ausgang dieses Geschäfts sowie die gewalttätigen Folgen für Elisabeth Blumenzopf sind bereits bekannt. Ihre Aussage schließt sie damit, dass ihr zweiter Ehemann von ihrer Vergewaltigung durch Foppe nichts wisse. Auch versuchte sie ihn vom Vorwurf der vorsätzlichen Bigamie fernzuhalten, denn sie versichert dem Gericht, dass Künzel von ihrer Witwenschaft bis zum unverhofften Auftauchen ihres ersten Ehemannes überzeugt gewesen sei. Nach dieser Aussage wurde Elisabeth Blumenzopf zurück in ihre Zelle im Leipziger Stadtgefängnis geführt.

Die Inhaftierung bewirkte aber bei ihrem ersten Mann einen plötzlichen Sinneswandel, denn Foppe suppliziert am darauffolgenden Tag beim Leipziger Stadtgericht,<sup>48</sup> dass er zwar eigentlich seine Frau nicht wiederhaben wolle, weil sie von Künzel schwanger sei. Aber für den Fall, dass Künzel sein Kind zu sich nehme, wolle er wieder mit seiner Frau zusammenleben. Deshalb bitte er, sie aus der Haft zu entlassen. Hinter dieser Absichtserklärung standen sicherlich pragmatische Erwägungen Foppes, der die Vorzüge des Ehelebens für sich auszunutzen wusste. Seine Bereitschaft, trotz des erfolgten Ehebruchs wieder gemeinsam mit seiner Frau leben zu wollen, konnte nach kursächsischer Rechtsauffassung Strafmilderung bewirken.<sup>49</sup>

Der Supplik Foppes kam das Stadtgericht nicht nach, sondern erstellte aus den bisher eingegangenen Anzeigen und Einlassungen einen für ein solches gerichtliches Verfahren üblichen Fragekatalog (*Inquisitions- oder Inquistionalartikel*), um die Vorwürfe gegen die Beschuldigte zu prüfen.<sup>50</sup> Mit 17 Fragen wurde Elisabeth Blumenzopf konfrontiert. Gegenstand des Verfahrens war, ob Blumenzopf wissentlich eine zweite Ehe eingegangen sei. Denn dies war ausschlaggebend für das Strafmaß. Schließlich habe sie selbst berichtet, dass er sie bereits mehrfach verlassen hatte und dennoch zu ihr zurückgekommen sei. Zweifel bedeuteten hier, dass kein »böswilliges« Verlassen vorlag, folglich ihre erste Ehe – trotz der Trennung der Ehepartner – Bestand gehabt hatte. Der Kern der Untersuchung berührte die Frage, wie Blumenzopf annehmen konnte, dass ihr erster

47 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 30. August, Aussage Elisabeth Blumenzopfs 1642, Bl. 6r.

48 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 1. September 1642, Supplik Heinrich Foppes, Bl. 9r–v.

49 Die kursächsischen Konstitutionen regelten für den Fall, dass, wenn ein betrogener Ehepartner trotz der Untreue seines Partners für diesen um Gnade bitte und versichere, dennoch am ehelichen Leben festzuhalten, zur Ehre des Ehestandes das Strafmaß der Todesstrafe für Ehebruch in ewige Landesverweisung gemildert werden könne. Diese Strafe hatten aber dann beide Ehepartner zu erdulden. Kursächsische Konstitutionen, 1572, XIX: Von der Straff des Ehebruchs, Bl. 94v–96r. Da Foppe kaum die Absicht hatte, in Leipzig zu bleiben, wog für ihn eine Landesverweisung sicher leichter als der Verzicht auf eine ihn versorgende Ehefrau. Dazu sowie zu geschlechterspezifischen Unterschieden bei dieser Form gewährter Gnade trotz Ehebruchs vgl. Ludwig, Das Herz der Justitia (wie Anm. 35), S. 246–250.

50 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Inquistional-Artikel gegen Elisabeth Blumenzopf, Bl. 10r–11v.



Mann verstorben sei. Für die Zumessung des Strafmaßes war der Unterschied zwischen einer unwissentlich eingegangenen und einer vorsätzlich geschlossenen mehrfachen Ehe von erheblicher Bedeutung. Vorsätzliche Bigamie wurde mit der Todesstrafe geahndet, selbst wenn die eheliche Verbindung ohne eine kirchliche Eheschließung nur durch Beischlaf vollzogen wurde.<sup>51</sup> Mit den Fragen des Gerichts konfrontiert, blieb Elisabeth Blumenzopf bei ihren Aussagen.<sup>52</sup>

Der nächste notwendige Schritt im Verfahren, die Scheidung der zweiten Ehe Blumenzopfs, fiel dem Leipziger Konsistorium zu. Es schickte am Morgen des 1. Oktober 1642 seinen Boten zum Stadtgericht mit der Bitte, Elisabeth Blumenzopf aus dem Stadtgefängnis und Georg Künzel vor das Konsistorium zu bringen, um ihre Ehescheidung verhandeln zu können.<sup>53</sup> Für eine Entscheidung war das Konsistorium aber auf die Ermittlungen des Stadtgerichts angewiesen. So baten die Konsistorialen das Stadtgericht, in Erfahrung zu bringen, ob ein Exemplar des Vertrags zwischen Künzel und Foppe existiere, ob Künzel bereit sei, sein Kind zu alimentieren, ob er in der Lage sei, dafür eine Kautio (*de sistendo et alimentando*) zu stellen und ob ihm nicht angesichts des mehrfach verweigerten Aufgebots bewusst geworden, dass der erste Ehemann seiner Frau noch am Leben sei.<sup>54</sup> Die protokollierten Antworten sollte das Stadtgericht an das Konsistorium zurücksenden, damit die Ehescheidung verhandelt werden könne. So gerieten nun auch Personen aus der Nachbarschaft Blumenzopfs sowie Freunde Künzels, die bei der vertraglichen Einigung zwischen ihm und Blumenzopfs erstem Ehemann anwesend waren, in den Fokus der Untersuchungen. Diese brachten einerseits eine Abschrift des außergerichtlichen Scheidungsvertrags und andererseits einen kaum lesbaren Brief vom Juni 1642 zu Tage, der eine Nachricht Foppes an seine Frau enthalten sollte. Hatte Foppe doch eine Nachricht an seine Frau geschickt, bedeute dies eine Schwächung ihrer Glaubwürdigkeit. Zu diesem Brief berichteten die Nachbarn Blumenzopfs dem Stadtgericht, dass im vergangenen Sommer ein Schreiben eines Soldaten unter ihnen herumgereicht worden war, das keinen klaren Absender und Empfänger besaß. Es habe lediglich geheißen, der Brief sei für eine Elisabeth *Goldspinnerin* bestimmt. Deshalb habe Elias Werner das Schreiben in die Kupfergasse getragen und dort Lorenz Otto übergeben, der aber weder eine Goldspinnerin kannte noch lesen konnte. Anders seine Frau, Anne Otto, die zum Inhalt des Briefes angab, es sei die Bitte eines Soldaten an eine

51 Kursächsische Konstitutionen, XX. Von dem laster der zwiefachen Ehe, 1572, S. 96f.

52 Zum Eheleben mit Foppe äußert sie sich folgendermaßen: *Es were nicht gar zu köstlich gewesen, hetten sich officers gezancket, wenn sie ihme zu allen gutthen vormahnet hette, hette er ihrer nur gespottet.* StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Aussage Elisabeth Blumenzopfs, Bl. 23 r.

53 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 1. Oktober 1642, Bl. 16v.

54 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Stadtgerichts vom 1. Oktober 1642, Bl. 16v.



Elisabeth gewesen sei, sie solle ihm etwas Geld schicken, weil es ihm schlecht ginge.<sup>55</sup> Weil sich kein Adressat finden konnte, habe Elias Werner den Brief wieder an sich genommen. Als Foppe nach Leipzig zurückgekommen sei, habe er die Herausgabe dieses Briefes verlangt, sodass man annehmen könne, er sei der Verfasser. Berücksichtigt man, dass Foppe weder lesen noch schreiben konnte, war die Existenz dieses Briefes ein Indiz gegen Elisabeth Blumenzopf.<sup>56</sup>

Da Künzels Aussage, er habe bei seinem Leben und Sterben nicht gewusst, dass der erste Ehemann seiner Frau noch am Leben gewesen sei, durch die vernommenen Zeugen bestätigt wurde und er sich zudem bereit erklärte, sein Kind an sich zu nehmen, fertigte das Leipziger Konsistorium am 5. Oktober 1642 einen Bescheid aus, der die Ehescheidung zwischen ihm und Elisabeth Blumenzopf vollzog.<sup>57</sup> Die Scheidung sei rechtens, weil Künzel seine Frau im Wissen, ihr erster Mann sei verstorben, geheiratet habe. Weil ihr erster Mann doch am Leben sei und nach seiner Rückkehr darum gebeten habe, mit seiner Frau wieder gemeinsam zu leben und sie ihm auch *beygewohnet* habe, so wirdt *Georg Künzell nuhmehr von [...] der Ehe halben billich entbunden und loß gezehlet, wie wir ihn dann hiermit davon entbinden und loßzehlen*.<sup>58</sup> Eine zu treffende Regelung bezüglich der Alimentation des ungeborenen Kindes verwies das Konsistorium an das Stadtgericht zurück. Bereits am nächsten Tag schwor Künzel vor dem Stadtgericht: *Das ich das kind, wann es zur weldt geboren wird, zu mir nehmen, oder bey andern leuthen unterbringen, und wie ein leiblicher vater ernehren und versorgen will, so war mit gott helfe*.<sup>59</sup> Dieser Eid galt als Ersatzleistung für eine bei Gericht zu hinterlegende Kautio, die Georg Künzel nicht aufbringen konnte.

Nach der rechtskräftigen Scheidung der zweiten Ehe Elisabeth Blumenzopfs hoffte Foppe, ihre Entlassung aus dem Gefängnis mit einer erneuten Supplik beim Stadtgericht zu erreichen, da sie *sich alle stunden der geburth vorsehen müse [...] denn er ihr alles*

55 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Aussage Anne Otte 3. Oktober 1642, Bl. 24v. Bemerkenswert ist, dass alle vom Stadtgericht vernommenen Nachbarn die Aussagen Blumenzopfs nicht schwächen.

56 Als Beweisstück hat sich der Brief bis heute in den Akten erhalten. StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Brief vom 10. Juni 1642, Bl. 25r–26v. Auf dem stark angegriffenen Papier sind mehrere ungeübte Schreiberhände zu erkennen. Der Brief berichtet weniger über einen konkreten Inhalt, sondern mehr über die Schriftlichkeit illiterater Bürgerschichten dieser Zeit.

57 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Abschrift des Bescheides des Leipziger Konsistoriums über die Ehescheidung Georg Künzels von Elisabeth Blumenzopf vom 5. Oktober 1642 (12 Uhr Mittags), Bl. 27r.

58 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Bescheid des Leipziger Konsistoriums über die Ehescheidung Georg Künzels von Elisabeth Blumenzopf vom 5. Oktober 1642, Bl. 27r.

59 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur Leipziger Stadtgericht 6. Oktober 1642, Formula Juramenti Georg Künzels, Bl. 28v. Weiterhin versprach Künzel, dass er nach seiner nächsten Reise binnen 14 Tagen drei Taler für den Unterhalt des Kindes beim Stadtgericht hinterlegen wolle.

*vorziehen undt vergeben.*<sup>60</sup> Doch das Gericht sah dafür keinen Anlass. Der Grund für die Fortführung des Prozesses fand sich im Scheidungsurteil des Konsistoriums, das sein Urteil ausdrücklich auf die nach der Rückkehr zum ersten Ehemann wieder aufgelebte häusliche und sexuelle Beziehung abgestellt und diese – ungeachtet der eindringlich von Blumenzopf geschilderten Ursachen – als ein Festhalten an der ersten Ehe interpretiert hatte. Damit erhärtete sich der Verdacht der Bigamie und die Untersuchungen gegen Elisabeth Blumenzopf sollten verschärft werden.

Es gehört zum Wesen der Rechtsprechung in dieser Zeit, dass eine Urteilsfindung nur mit einem klaren Bekenntnis eines Beklagten möglich war. Weil Blumenzopf aber bei ihrer Aussage blieb, wurden sie und Foppe vor Gericht gegenübergestellt. Diese übliche Methode einer direkten Gegenüberstellung zweier Personen, die sich ihre gegenteiligen Behauptungen ins Gesicht sagen mussten, sollte der Wahrheitsfindung dienen. Auf diese Weise mit der Aussage seiner Frau konfrontiert, gab Foppe zu, er wisse eigentlich nicht, was er damals gesagt habe, aber es könne sein, dass er sich im Zorn habe verlauten lassen: *Er wolte nimmermehr wieder kommen.*<sup>61</sup>

Mit dieser Feststellung war die gerichtliche Untersuchung des Stadtgerichts am 18. Oktober 1642 abgeschlossen. Gemäß dem üblichen Verfahren eines Strafprozesses und des zu erwartenden peinlichen Urteils wurden die Gerichtsakten an den Leipziger Schöffenstuhl übersandt. Der Schöffenstuhl, seit 1574 kurfürstliches Gericht, war ein überregional bedeutendes juristisches Spruchkollegium. Die Schöffen prüften die eingegangenen Verfahrensakten sächsischer und ausländischer Gerichte, formulierten Rechtssprüche und Urteile, die an das betreffende Gericht zurückgingen, um vor Ort exekutiert zu werden.

Der Spruch der Leipziger Schöffen im Verfahren gegen Elisabeth Blumenzopf wurde am 15. November 1642 eröffnet.<sup>62</sup> Dabei äußerten sie erhebliche Zweifel am Wahrheitsgehalt der Aussagen Blumenzopfs, denn weil ihr erster Mann zuvor auch nach längerer Abwesenheit zu ihr zurückgekommen sei, habe Blumenzopf leicht schließen können, dass er auch in diesem Fall zurückkommen würde. Weiterhin habe sie es auch unterlassen, wegen der jahrelangen Abwesenheit ihres Mannes einen Desertionsprozess

60 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Registratur Leipziger Stadtgericht 7. Oktober 1642, Supplik Heinrich Foppes, Bl. 29r.

61 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Registratur Leipziger Stadtgericht 18. Oktober 1642, Aussage Heinrich Foppes post confrontationem, Bl. 31r.

62 In dieser Zeit gehörte der große sächsische Jurist Benedikt Carpzov (1595–1666) selbst diesem Spruchkollegium, seit 1620 als außerordentlicher Assessor und seit 1633 als dessen Senior, an. Eine direkte Beteiligung Carpzovs am Verfahren gegen Elisabeth Blumenzopf ist nicht nachweisbar, da die anonyme Formulierung des Rechtsspruchs keine Rückschlüsse auf die beteiligten Richter zulässt. Angesichts des selten verhandelten Delikts der Bigamie ist diese aber nicht ausgeschlossen. Vgl. dazu Peter Jessen, Benedikt Carpzov – ein sächsischer Jurist und Leipziger Schöffe, in: Sächsisches Staatsministerium der Justiz, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Leipzig. Stadt der Rechtsprechung. Prozesse, Personen, Gebäude (Sächsische Justizgeschichte 3), Dresden 1994, S. 30–52.

anzustrengen. Um ein Strafmaß festlegen zu können, sei es folglich notwendig, dass ein *richttiges bekendtnus aus ihr brachtt*.<sup>63</sup> Für den Fall, dass sie sich nicht anders als bisher einließe, sei das Stadtgericht befugt *wann sie der leibes frucht gewesen, und ihre sechs wochen umb sein, sie dem scharffrichter uff diese maße zu untergeben, das er sie magk außziehen, entblößen, zur leitter führenn, die instrumenta zur scharffen frage gehörig, vorzeigen, die daumstöcke anzulegen, auch wonötig damit zuzuschrauben*.<sup>64</sup> Die so gewonnenen Äußerungen seien zu protokollieren und wieder an den Schöffenstein zu übersenden, damit ein Rechtsspruch ergehen könne.

Mit diesem Verfahren bewegten sich die Leipziger Schöffen in den vorgegebenen Bahnen des Rechts.<sup>65</sup> Im Strafprozess des 17. Jahrhunderts war die Folter bei einer entsprechenden Indizienlage mit dem Ziel, ein klares Bekenntnis des Beschuldigten zu erlangen, zulässig und geboten, wenn das verübte Verbrechen mit der Todesstrafe geahndet werden konnte. Dies war beim Delikt der Bigamie der Fall. Weiterhin trat neben die Auffassung, dass eine nach streng festgelegten Stufen einzusetzende Folter zur Wahrheitsfindung geeignet sei,<sup>66</sup> der Grundsatz, dass Unbeteiligten durch eine gerichtliche Untersuchung kein Schaden zugefügt werden dürfe. Deshalb waren die Geburt des Kindes und das anschließende sechswöchige Wochenbett der Mutter abzuwarten, bevor dem Recht genüge getan werden konnte.<sup>67</sup>

Am 9. Januar 1643 meldete der Stockmeister des Leipziger Stadtgefängnisses, Peter Wagner, dem Stadtgericht, dass Elisabeth Blumenzopf am 26. November 1642 in ihrer Zelle eine Tochter zur Welt gebracht habe.<sup>68</sup> Mit der Fortsetzung des Prozesses am 10. Januar 1643 endete ihre Schonfrist. Für die Einschätzung der Aussagen Blumenzopfs in diesem Verhör ist zu berücksichtigen, dass diese von ihren Ängsten vor der Folter und den ihr zugefügten Qualen geprägt sind. Umso bemerkenswerter ist deshalb ihre Standhaftigkeit, dass ihr Unrecht geschehe. Auf die vier von den Leipziger Schöffen

63 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Spruch des Leipziger Schöffenstein im Verfahren Elisabeth Blumenzopfs vom 15. November 1642, Bl. 32r–35v, hier Bl. 33v.

64 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Spruch des Leipziger Schöffenstein im Verfahren Elisabeth Blumenzopfs vom 15. November 1642, Bl. 34r–v.

65 Für die frühneuzeitliche Strafprozessordnung in Kursachsen vgl. Ernst Boehm, Der Schöffenstein zu Leipzig und der sächsische Inquisitionsprozeß im Barockzeitalter. Wichtige rechtskundliche Quellen in der Leipziger Universitäts-Bibliothek, in: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft 59, Heft 1 (1940), S. 371–410. Zur maßgeblichen Ordnung durch Benedict Carpzovs *Practica Nova* vgl. Jessen, Benedict Carpzov (wie Anm. 62), besonders S. 37f.

66 Zum Einsatz der Folter im Rahmen eines Strafprozesses des 17. Jahrhunderts vgl. ebd., S. 42–46.

67 Zum besonderen Schutz schwangerer und stillender Frauen vor Folter und Leibesstrafen im kursächsischen Recht in der Frühen Neuzeit vgl. Manfred Wilde, Die Zauberei- und Hexenprozesse in Kursachsen, Köln 2003, S. 46, sowie das Fallbeispiel der Maria Magdalena Raßenhauer aus dem Jahre 1680 ebd., S. 171, Anm. 772.

68 StadtAL, Richterstube, Strafakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts 9. Januar 1643, Meldung des Stockmeisters Peter Wagner, Bl. 36v.

für dieses Verhör zugespitzten Fragen<sup>69</sup> antworte sie »in der Güte«: Ihr Mann sei gegen ihren Willen *im Sturm von ihr gezogen und Herr Gott nein, hette anders nicht gewust, ihr mann [...] sey erschlagen*.<sup>70</sup> Weil sie darauf beharrte, setzte das Gericht das Verhör in der Folterkammer fort, die sich im Keller des Rathauses befand.<sup>71</sup> Die Konfrontation mit den Werkzeugen des Scharfrichters verfehlte sicher nicht die beabsichtigte ängstigende Wirkung, dennoch blieb Blumenzopf bei ihrer Aussage, sie habe es anders nicht gewusst, als dass ihr *Man tod sei [...] es möchte ihr drüber gehen, wie gott wolte*. Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle, weil die Beklagte bei ihren *lügen vorblieben, ist sie inhalts des urtels dem scharffrichter untergeben worden*.<sup>72</sup> Aber auch die Folter bewegte Elisabeth Blumenzopf zu keiner anderen Aussage, *darauff wolte sie leben und sterben*.<sup>73</sup>

Nach der Logik frühneuzeitlicher Rechtsprechung bestätigte Elisabeth Blumenzopf durch ihre Standhaftigkeit unter der Folter den Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen. Nachdem das Protokoll ihres Verhörs wiederum an den Schöffenstuhl übersandt wurde, eröffnete dieser am 16. Januar 1643 dem Stadtgericht seinen Urteilsspruch. Die Schöffen kamen zum Schluss, dass Elisabeth Blumenzopf mit der auf Bigamie *ordentlichen straffe* [hier die Todesstrafe durch das Schwert, J.T.] *nicht unbilllich verschonet bleiben sollte*. Damit bewertete das Gericht ihre bigame Ehe als unwissentlich geschlossen. Doch diese Feststellung schützte nicht vor Strafe. Die Schöffen teilten – trotz Blumenzopfs eindeutigen Einlassungen, wie sie ihr erster Ehemann mit körperlicher und sexueller Gewalt gezwungen habe, bei ihm zu bleiben – die Auffassung des Scheidungsurteils des Leipziger Konsistoriums. Weil sie sich *vor richtiger lößzehlung von dem anderen Ehemann selbs thätiger weise wiederumb zu den ersten gefunden, und demselben fleischlichen beygewohnt*, sei ihr zusätzlich zur bereits verbüßten Haft eine fünf- oder sechsjährige Ausweisung aus Leipzig aufzuerlegen.<sup>74</sup> Noch am gleichen Tag wurde Blumenzopf das Urteil überbracht, wobei sich das Stadtgericht auf das untere Strafmaß einer fünfjährigen Ausweisung festlegte. Um das Gefängnis verlassen zu können, musste Elisabeth Blumenzopf einen Urfrieden schwören, indem sie versprach, auf Rache oder Rechtsansprüche wegen

69 Folgende vier Fragen lagen dem Verhör in »Güte« und Folter zugrunde: 1. Ob nicht ihr Mann mit ihrer Zustimmung vor drei Jahren weggezogen ist? 2. Ob sie nicht gewusst oder doch geglaubt habe, dass ihr Ehemann noch am Leben sei, als sie Georg Künzel geheiratet habe? 3. Ob sie nicht vorsätzlich und mutwillig das Laster der zweifachen Ehe begangen habe? 4. Was sie ansonsten getan und ihr deshalb bewusst sei? StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Inquisitional articull contra Elisabethen Blumenzopffs, Bl. 36 r.

70 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts, 10. Januar 1643, Protokoll des Verhörs und Folter Elisabeth Blumenzopf, gütliche Aussage, Bl. 37 r.

71 Zum hochnotpeinlichen Verhör in Leipzig auch im 17. Jahrhundert vgl. Georg Grabenstein, Die Leipziger Scharfrichter und die hohe städtische Gerichtsbarkeit, [Leipzig] 1979, S. 12 f.

72 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts, 10. Januar 1643, Protokoll des Verhörs und Folter Elisabeth Blumenzopf, Bl. 38 v.

73 Ebd., Bl. 39 r.

74 StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Rechtsspruch des Leipziger Schöffenstuhls im Verfahren gegen Elisabeth Blumenzopf, 16. Januar 1643, Bl. 40 r–41 v, hier Bl. 40 v–41 r.

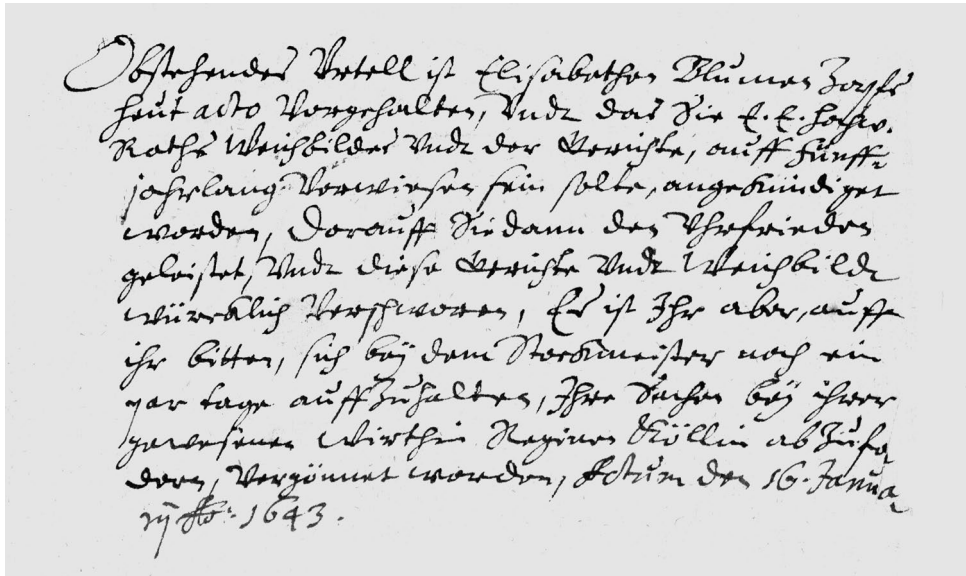


Abb. 2: Urteilspruch des Leipziger Schöffenstuhls gegen Elisabeth Blumenzopf vom 16. Januar 1643

der ihr zugefügten Haft und Folter zu verzichten. Doch sie war nicht mehr in der Lage, das Gefängnis zu verlassen. Die Gerichtsakte enthält den Vermerk, dass es ihr auf ihren Wunsch hin gestattet worden sei, sich noch einige Tage mit ihrem Kind im Gefängnis aufzuhalten, bis sie ihre Habseligkeiten von ihrer Wirtin bekommen habe (Abb. 2).<sup>75</sup>

Bevor sie sich im Winter 1643 aus dem Leipziger Stadtgefängnis auf den Weg in eine ungewisse und ehrlose Zukunft machte, teilte sie dem Stockmeister noch mit, wo sie sich aufhalten wolle, damit Georg Künzel nach einem halben Jahr seine Tochter finden und zu sich holen könne. Mit ihrer Bitte um einen schriftlichen Nachweis über die Eidesleistung Georg Künzels, ihre gemeinsame Tochter zu alimentieren, tritt Elisabeth Blumenzopf aus dem Licht der Quellen.<sup>76</sup> Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

<sup>75</sup> Urteilspruch des Leipziger Schöffenstuhls gegen Elisabeth Blumenzopf vom 16. Januar 1643, StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Bl. 41r. Transkript der abgebildeten Nota des Stadtgerichts: *Obstehen des Urteill ist Elisabethen Blumen Zopfs heut acto vorgehalten, und das sie E.E. Hochw. Raths Weichbildes und der Gerichte, auff fünffjahr lang vorwiesen sein solte, angekündigt worden, dorauß sie dann den uhrfriede geleistet, und diese Gerichte und Weichbild würcklich verschworen, Es ist ihr aber auff ihr bitten, sich bey dem Stockmeister noch ein par tage aufzuhalten, ihre Sachen bey ihrer gewesenen Wirthin Reginen Köllin abzufodern, vergönnet worden, Actum den 16. January Ao. 1643.*

<sup>76</sup> StadtAL, Richterstube, Strafsakten Nr. 491, Registratur des Leipziger Stadtgerichts vom 16. Januar 1643, Bl. 42r.

## Die Ehescheidung des Pfarrers Daniel Müller (1647)

Besorgt um sein öffentliches Ansehen als Patronatsherr über die Leipziger Kirchen, wandte sich der Leipziger Rat am 5. August 1648 an den sächsischen Kurfürsten Johann Georg I. (1585–1656).<sup>77</sup> In der Stadt verbreite sich rasant das Gerücht, dass der Diakonus der Nikolaikirche, Daniel Müller<sup>78</sup>, im Begriff sei, eine bigame Ehe zu schließen. Wie der Pfarrer in den Verdacht der Bigamie geraten konnte, legte der Rat dem Kurfürsten so dar: Vor drei Jahren, am 22. September 1645, habe Daniel Müller eine Ehe mit Catharina Elisabeth Schweicker (ngw. 1644–1648) geschlossen, die zehn Wochen nach der Hochzeit am 2. Dezember 1645 ein Kind zur Welt brachte. Da der Pfarrer nicht der Vater des Kindes gewesen sei, habe er vor dem Leipziger Konsistorium in einem längeren Verfahren mit einem Eid – *nicht ohne bestürzung vieler anständiger leute*<sup>79</sup> – die Scheidung von seiner Frau durchgesetzt. Wenige Wochen nach dem Scheidungsurteil habe sich der Diakonus am 26. Juli 1647 mit Rosina (1630–1670)<sup>80</sup>, Tochter des Leipziger Juristen Georg Tobias Schwendendörffer (1597–1681)<sup>81</sup>, verlobt. Weil

77 StadtAL, Tit. VII B 58, Leipziger Rat an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Leipzig, 5. August 1648, Bl. 1r–2r.

78 Daniel Müller wurde am 21. Oktober 1612 in Greiz bei Plauen als Sohn des Pfarrers Peter Müller (1573–1640) und der Regina, geb. Stauder, geboren. 1627–1632 ging er in Plauen zur Schule. Nach der Immatrikulation in die Universität Leipzig erwarb er 1634 den Grad des Baccalarius und 1636 den des Magisters der Künste. Bevor er 1640 zum Konrektor der Leipziger Nikolaischule berufen wurde, war er Assessor der Philosophischen Fakultät. Als Baccalarius der Theologie wurde er 1643 in die 4. Pfarrstelle an St. Nikolai zu Leipzig ordiniert. Für die Bereitstellung der biographischen Daten danke ich Dr. Markus Hein, Theologische Fakultät der Universität Leipzig, der das Projekt Sächsisches Pfarrerbuch betreut. Ein Prototyp des Projektes ist online einsehbar unter: <http://pfarrerbuch.de/sachsen/about/> (Zugriff: 09.09.2017).

79 StadtAL, Tit. VII B 58, Leipziger Rat an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Leipzig, 5. August 1648, Bl. 1r.

80 Daniel Müllers Verlobung mit Rosina Schwendendörffer bedeutete den Zugang zu einer einflussreichen Leipziger Gelehrtenfamilie: Rosina war das Kind des Juristen Georg Tobias Schwendendörffer und der Concordia, geb. Göllnitz. Sie wurde am 26. Mai 1630 in Leipzig geboren. Über die weitreichenden Verwandtschaftsbeziehungen der Juristenfamilien Schwendendörffer und Göllnitz, wie z.B. Rosinas Großvater Bartholomäus Göllnitz (1557–1635), Jurist, Prof. publ. und Rektor der Universität Leipzig, vgl. Georg Lehmann, Die Geistliche Müllerin sampt Ihrer Mühle, und wohlzugerichteten Mehle: Bey ... Leich-Bestattung Der ... Rosinen, gebornen Schwendendörfferin, Des ... Daniel Müllers, der H. Schrifft fürnehmen Doctoris ... hertzgeliebten Hauß-Ehre, Welche den 20. Octobr. Anno 1670, im XLI. Jahre Ihres Alters ... verschieden, und den 26. Eiusdem in der Pauliner Kirche in Leipzig zu ihrem Ruhebettlein gebracht worden ... fürgestellt. Leipzig: Johann Wittgau sel. Witwe 1671. [VD17 39:105692N], Bl. Eiiir–Eivr.

81 Georg Tobias Schwendendörffer, geb. am 13. November 1597 in Nürnberg, gest. am 16. April 1681 in Leipzig, war ein einflussreicher Jurist, der neben seiner Professur an der Juristischen Fakultät das Amt des Seniors der bayrischen Nation, eines Decemviri sowie des Rektors der Universität Leipzig in den Jahren 1632, 1636, 1640, 1644, 1646, 1650, 1656 innehatte und zudem als kursächsischer Rat, Beisitzer des Oberhofgerichts und Domherr in Merseburg wirkte. Zu seiner Biographie vgl. Johann August Ritter von Eisenhart: Art. Schwendendörffer, Georg Tobias, in: ADB 33 (1891), S. 381.



Müllers erste Ehefrau noch lebe und die Scheidung zweifelhaft zustande gekommen sei, erwecke die zweite Ehe des Diakonus nicht nur unter *gemeinen leuten in diesem großen volkreichen kirchspiele*, sondern auch unter den *literatis*, den Gelehrten, den Verdacht der Bigamie.<sup>82</sup> Sollte Müllers Hochzeit stattfinden, sei zu befürchten, dass sich nicht nur über Studenten dieser *unerhörte schwere fall* an andere auswärtige Universitäten, sondern auch über Händler in ganz Europa verbreite.<sup>83</sup> Der Rat könne sich *leicht einbilden, daß diese andere ehe von den Jesuiten, Papisten, Calvinisten, und andern sectirischen völkern, wieder unsere Lutherische Kirchen, und Religions Verwandten, sehr übel solle ausgeschrieen und gelästert werden*.<sup>84</sup>

Eine Verbindung zwischen dem Verdacht der Bigamie und dem der Häresie herzustellen, wie dies der Rat hier tat, war für das konfessionelle Zeitalter keinesfalls untypisch. Die Untersuchungen von Kim Siebenhüner zur Bigamie in Italien (1600–1700) zeigen,<sup>85</sup> dass die päpstliche Inquisition in Folge des Trienter Konzils eine theologische und juristische Verbindung zwischen Bigamie und dem Verdacht eines Glaubensirrtums konstruierte. Diese katholische Rechtsauffassung vollzog sich in bewusster dogmatischer Abgrenzung zur reformatorischen Theologie und zum evangelischen Kirchenrecht, das unter bestimmten Voraussetzungen eine Scheidung vom Ehebande zuließ und damit die Möglichkeit zur Wiederverheiratung eröffnete. Es ist auszuschließen, dass sich der Leipziger Rat in diesem Fall eine römische Rechtsauffassung zu eigen machte. Doch er nutzte die Möglichkeit, mit der Anzeige den Landesherrn in seinem Sinne zu aktivieren. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung schlägt der Rat dem Kurfürsten vor, den Diakonus in eine Gemeinde außerhalb Leipzigs zu versetzen.<sup>86</sup> Doch eine Entscheidung in dieser Angelegenheit läge allein beim Landesherrn, um *dem schweren ärgerniß alhier, und den lästerungen der widersacher vorzubauen*.<sup>87</sup>

Das zurückhaltende Vorgehen des Rates, diese delikate Angelegenheit an die Landesobrigkeit zu verweisen, geschah im Bewusstsein, dass eine Disziplinierung geistlicher Amtsinhaber allein durch den Patronatsherrn auf vermintes Terrain führen konnte. Fünfzig Jahre zuvor, gegen Ende der Kuradministration Sachsens unter Herzog Fried-

82 StadtAL, Tit. VII B 58, Leipziger Rat an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Leipzig, 5. August 1648, Bl. 1 v.

83 Ebd.

84 Ebd.

85 Vgl. Kim Siebenhüner, Bigamie und Inquisition in Italien 1600–1750 (Römische Inquisition und Indexkongregation 6), Paderborn, München, Wien, Zürich 2006.

86 Der Rat fügte diesem Vorschlag den Hinweis bei, dass ein ähnlicher Fall an der kurfürstlichen Residenz, in dem die Tochter einer *vornehmen geistlichen person [...] zu fall kommen [...] durch translation so viel möglich abgewendet worden*. StadtAL, Tit. VII B 58, Leipziger Rat an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Leipzig, 5. August 1648, Bl. 2 r. Auch wenn bis jetzt nicht rekonstruierbar ist, auf welchen konkreten Fall der Rat hier anspielt, ist diese Notiz ein Hinweis darauf, dass ein solcher Vorfall in den Reihen der kursächsischen Geistlichkeit zu dieser Zeit zumindest nicht singulär war.

87 StadtAL, Tit. VII B 58, Leipziger Rat an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Leipzig, 5. August 1648, Bl. 2 r.



rich Wilhelm I. von Sachsen-Weimar (1562–1602), hatte der Rat zwischen 1599 und 1602 eine komplexe Auseinandersetzung um seine Patronatsrechte gegen das Leipziger Konsistorium, die Pfarrerschaft sowie Teile der Stadtgemeinde geführt.<sup>88</sup> Im Ergebnis dieses Konflikts wurden die kirchlichen und weltlichen Kompetenzen bei der Ein- und Absetzung von Pfarrern und Lehrern einschließlich der Disziplinargewalt unter den Gegebenheiten des evangelischen landesherrlichen Kirchenregiments abgesteckt. 1648 war die Erinnerung an diese für die Leipziger Kirchengeschichte epochale Auseinandersetzung noch frisch. Denn die Anzeige des Leipziger Rates war durchaus geeignet, um alte Wunden wieder aufzureißen, da sie bestehende Zweifel an der rechtmäßigen Ehescheidung des Konsistoriums befeuerte und implizit ein zu mildes Strafen des kirchlichen Gerichts gegenüber Geistlichen unterstellte. Dass dieser Eindruck des Rates nicht aus der Luft gegriffen war, dokumentiert der erste Bescheid des Leipziger Konsistoriums über die Ehescheidung des Pfarrehepaares vom 22. Januar 1647.<sup>89</sup>

Catharina Elisabeth Müller räumte vor dem Konsistorium ein, dass sie bereits vor ihrer Verlobung mit Daniel Müller von Jacob Eger, einem ledigen Gesellen, schwanger gewesen sei. Ihre Schwangerschaft habe sie vor ihrem Ehemann verborgen und den Eindruck erweckt, dass sie jungfräulich in die Ehe gekommen sei. Aber sie bestand darauf, dass ihr Mann in der Ehe ihre Schwangerschaft bemerkte, weil er sich wegen ihres *erhöheten leibes* bei ihren Eltern und Freunden beschwert habe, ohne jedoch *in solchem zweifelhaften gemüthe* – auch entgegen dem Rat ihres Stiefvaters – einen Arzt hinzuzuziehen.<sup>90</sup> Noch bis zum Morgen am Tag der Geburt habe er ihr *vielfältig beigewohnt undt also hindurch sie als sein Eheweib gehalten und agnostieret*.<sup>91</sup>

Die Darstellung der Ehefrau zeigt, dass sie kein Interesse daran hatte, geschieden zu werden. Vielmehr versuchte sie nach Kräften, den mit einer Scheidung verbundenen Ehrverlust sowie die weitreichenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen für sich und ihr Kind abzuwenden. Auch die Unentschlossenheit des Diakonus, den Ursachen für die Bauchschwellung seiner Frau auf den Grund zu gehen, sind Ausdruck seiner Angst um seine Ehre. Denn über die rechtliche Verbindlichkeit seiner Ehe bestand kein Zwei-

88 Dieser »Leipziger Investiturstreit«, der vor allem das Selbstverständnis des Leipziger Konsistoriums als kirchenleitende Behörde im 16./17. Jahrhundert erhellt, ist ein zentraler Bestandteil des laufenden Disserationsprojektes des Verfassers dieses Beitrags.

89 Zu den folgenden Aussagen Daniel und Catharina Elisabeth Müllers vor dem Leipziger Konsistorium vgl. StadtAL, Tit. VII B 58, Bescheid des Leipziger Konsistoriums über die Ehescheidung zwischen Daniel Müller und seiner Frau Katharina Elisabet, 22. Januar 1647, Bl. 4r–5r. Zum Konsistorium gehörten zu dieser Zeit die Theologen Prof. Dr. theol. Christian Lange (Assessor seit 1642 im Amt des Leipziger Superintendents), Prof. Dr. theol. Johannes Hülsemann (Assessor seit 1646) sowie die Juristen Prof. Dr. jur. Samuel Mosbach (1584–1649), Assessor seit 1646, Prof. Dr. jur. Quirin Schacher (1597–1670), Assessor seit 1645, Senior des Konsistoriums in den Jahren 1646 bis 1648). Zu den Assessoren vgl. Kunze, Die Beisitzer (wie Anm. 4), S. 45–54.

90 StadtAL, Tit. VII B 58, Bescheid des Leipziger Konsistoriums über die Ehescheidung zwischen Daniel Müller und seiner Frau Katharina Elisabet, 22. Januar 1647, Bl. 4r.

91 Ebd.

fel, da eine Schwangerschaft kaum glaubhaft zu verheimlichen und die Ehe durch gemeinsamen Beischlaf vollzogen war. Gegen den Scheidungswunsch ihres Mannes führte Catharina Elisabeth Müller zudem vor dem Konsistorium an, dass ihr Mann nach der Geburt ihres Kindes bei ihr den Eindruck erweckt habe, dass er ihr verzeihe, denn er habe sie nicht weggeschickt, sondern »nur« das Kind wegschaffen wollen und sie deshalb in ihrem Wochenbett in seiner Studierstube versorgt. Als er sie nach drei Tagen verlassen habe, sei er nicht gegangen, ohne ihr den Schlüssel zu seinem Haus zu geben.

Müller, der seine Integrität als Geistlicher durch die Akzeptanz eines unehelichen Kindes erheblich gefährdet sah, wollte sich an ein solches Werk der Barmherzigkeit vor dem Konsistorium nicht erinnern können. Nach der Geburt des Kindes hatte er am dritten Tag des Lavierens den Entschluss gefasst, die Scheidung von seiner Frau als geringeres Übel zu wählen. Aber eine Scheidung war nur möglich, wenn er glaubhaft machen konnte, weder die Schwangerschaft bemerkt, noch den Eindruck des Verzeihens erweckt zu haben. Angesichts der Schilderungen seiner Frau war dies im Grunde unmöglich. Dennoch beharrte Müller darauf, er habe nicht bemerkt, dass seine Frau schwanger gewesen sei. Arglos habe er mit ihr bis zur Geburt des Kindes die Ehe geführt. Sein Verhalten bis zum dritten Tag des Wochenbettes sei zu keiner Zeit darauf gerichtet gewesen, ihr zu verzeihen. Deshalb wolle er von ihr geschieden werden.<sup>92</sup>

Dass dieser Scheidungsprozess innerhalb der Leipziger Pfarrerschaft die Gemeinde bewegte, belegt die Predigt des zweiten Diakonus von St. Nikolai am Sonntag nach Epiphania 1646, Johann Müller (1589–1649),<sup>93</sup> der von der Kanzel über Daniel Müller Hohn und Spott ausgoss. Müller klagte gegen die Predigt seines Kollegen vor dem Konsistorium, weil dieser so gepredigt habe, dass jeder *geringste idiota* merken konnte, wer gemeint sei: *Du hast die armen mädlein verachtet, und nach einer reichern getrachtet, unndt da du sie bekommen hast, hastu die kuhe mit den kalbe zue gleich bekommen. Und das ist Gottes gerechtes gericht über dir. Du hast andere aufs narren seil gesetzt, so mustu dich aufs hurenseil setzen, und da du vorhin wohl eine ehrliche hettest bekommen können, so mustu dich nun mitt der hure schlagen.*<sup>94</sup> Die moralische und theologische Verpflichtung zum ehelichen Zusammenleben habe der Diakonus in seiner Predigt mit folgendem Vergleich erläutert: *Mancher wird der frau bald überdrüssig, und will sich von ihr scheiden lassen, aber neue weiber zehmen, ist kein roßtausch, es gehet nicht an, daß man eines wei-*

92 StadtAL, Tit. VII B 58, Bescheid des Leipziger Konsistoriums über die Ehescheidung zwischen Daniel Müller und seiner Frau Katharina Elisabet, 22. Januar 1647, Bl. 4 v.

93 Johann Müller (1589–1649) wirkte an St. Nikolai zu Leipzig als Diakonus seit Mai 1639 und war 1643 auf die dritte Pfarrstelle aufgerückt. Klagen des Leipziger Rates und aus dem Kreis seiner Kollegen über seine Amts- und Lebensführung führten 1644 zu einem langjährigen Disziplinarverfahren gegen ihn, dass auf seine Entlassung zielte. Vgl. dazu StadtAL, Tit. VII B 57 Inquisition Acta contra M. Johann Müllern Diaconum zu S. Niclas 1644 [78 Bl.].

94 StadtAL, Tit. VII B 57 Inquisition Acta contra M. Johann Müllern Diaconum zu S. Niclas 1644, Daniel Müller an seine Leipziger Amtskollegen und die Beleidigungsklage gegen den Diakonus Johann Müller an das Leipziger Konsistorium, Leipzig, 29. Januar 1646, Bl. 10r–12v.

bes also wieder loßwerden kan, wie man ein pferd um daß andere vortauschet, die wollen geschieden seyn. Aber es kan nicht seyn, hastu einmahl gewonnen, so mustu sie behalten und ist die scheidung im neuen testament ganz aufgehoben.<sup>95</sup> Ungeachtet persönlicher Verwerfungen zwischen beiden Diakonen belegen diese Äußerungen bestehende Zweifel der Zeitgenossen an der Rechtmäßigkeit von Müllers Ehescheidung und am Wahrheitsgehalt seiner Aussagen vor dem Konsistorium. Dabei fällt im Gegensatz zum Fall Elisabeth Blumenzopfs auf, wie unterschiedlich die beteiligten Gerichtsinstanzen die Unschuldsbeteuerungen der in Verfahren verwickelten Männer und Frauen bewerteten. Frauen gelang es offensichtlich schwerer, ihre Aussagen über ihr Eheleben vor Gericht glaubhaft zu machen.<sup>96</sup> Zweifellos spielte auch der gesellschaftliche Stand des Verdächtigten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Denn in diesem Fallbeispiel ist die besondere Beziehung zwischen dem Konsistorium als kirchlichem Gericht und kirchenleitender Behörde zu dem unterstellten Geistlichen zu berücksichtigen. Der im Konsistorium qua Amt vertretene Leipziger Superintendent konnte kein Interesse daran haben, dass moralische Verwerfungen innerhalb der Pfarrerschaft seiner Ephorie öffentlich wurden. Geistliche Eheangelegenheiten besaßen zudem ein besonderes skandalöses Potenzial, da sie das öffentliche Ansehen der Pfarrerschaft schädigen konnten. Auch andere Fallbeispiele verweisen auf diese Tendenz des Konsistoriums, Disziplinarangelegenheiten der Pfarrerschaft möglichst intern zu regeln, um zu vermeiden, dass weltliche Instanzen mit diesen Fällen betraut wurden.<sup>97</sup> Da sich im konkreten Fall Daniel Müllers nur die Urteile des Leipziger Konsistoriums erhalten haben, die keinen Einblick in die Beratungen des Kollegiums der Konsistorialassessoren geben, bleiben die tatsächlichen Beweggründe des Konsistoriums, den Einlassungen Müllers Glauben zu schenken sowie die Ehe zu scheiden, letztlich im Dunkeln. Sicher sind die vielfältigen Beziehungen eines Stadtpfarrers zu seinem Superintendenten dahinter zu vermuten.

95 StadtAL, Tit. VII B 57 Inquisition Acta contra M. Johann Müllern Diaconum zu S. Niclas 1644, Beleidigungsklage Daniel Müller gegen seinen Kollegen Johann Müller an das Leipziger Konsistorium, Leipzig, 29. Januar 1646, Bl. 11 r.

96 Über die Abhängigkeit des Strafens in Bigamieprozessen der päpstlichen Inquisition vom sozialen Status und Geschlecht der Beklagten vgl. Siebenhüner, Bigamie (wie Anm. 85), S. 74–76. Nach Siebenhüner sei hinsichtlich der gerichtlichen Sanktionierung von Ehe- und Sexualdelikten bei frühneuzeitlichen Gerichten allgemein eine Ungleichheit zu beobachten, denn diese Asymmetrien seien Teil der gesellschaftlichen Ordnung gewesen. Die Strafpraxis der von ihr untersuchten Bigamieprozesse der römischen Inquisition zeigten jedoch, dass diese Ungleichheiten bei diesem kirchlichen Gericht weniger ausgeprägt waren.

97 Zu dieser Tendenz des Leipziger Konsistoriums vgl. ein Fallbeispiel aus den 1570er Jahren: Johannes Träger: *Hab auch manchen Weg herüber ins Consistorium gethan, aber nichts denn müde Beine geholt*. Berufung, Disziplinierung und Entlassung Geistlicher durch das Leipziger Konsistorium am Beispiel der Vorgänge in der Gemeinde Nerchau, Ephorie Grimma (1577–1578), in: Arne Butt, Matthias Meinhard (Hrsg.), *Kirche und fürstliche Herrschaft. Praktiken und Strategien der Machtausübung im kirchlichen Raum 1520–1650 (Leucorea-Studien)* [erscheint 2018].

Catharina Elisabeth Müller weigerte sich, das Scheidungsurteil des Konsistoriums vom Januar 1647 zu akzeptieren, und versuchte mit einer Läuterung des Urteils, ihre Ehe doch noch zu retten.<sup>98</sup> Dabei stand für sie viel auf dem Spiel. Als schuldhaft geschiedene Ehefrau bestand für sie keine Möglichkeit mehr, zukünftig ihr Leben in einem ehrenvollen Stand zu führen.

Die Überprüfung des Urteils führte zu keiner neuen Auffassung des Konsistoriums. Am 2. April 1647 wurde das geläuterte Urteil publiziert, welches die Ehescheidung vom Januar bestätigte: Grundlegend für die Auffassung des Gerichts sei es, dass Daniel Müller seiner Frau *ihr verbrechen nie, nach deren geburth vorzeihen, noch dieselbe vor sein Ehe-weib ferner erkennen und behalten wolle*.<sup>99</sup> Für den Vollzug der Scheidung jedoch müsse Daniel Müller seine Aussagen unter Eid bekräftigen. Trotz der eindringlichen Warnung der Konsistorialen vor *der gefahr des meinydes* leistete Daniel Müller am 25. Mai 1647 einen Schwur.<sup>100</sup> Er habe den von ihm bemerkten *tumorem ventris* seiner Frau nicht als Zeichen einer Schwangerschaft erkannt und folglich nichts von einem vorehelichen Beischlaf gewusst. Sein Verhalten nach der Geburt des Kindes, wie es ihm *in specific nochmals vorgehalten*, habe nicht darauf gezielt, seiner Frau zu verzeihen, noch sie als sein *eheweib* [anzu]erkennen und [zu]behalten. *So wahr mir Gott helffe und sein heyliges wort*.<sup>101</sup>

Aufgrund des Eides wurde die Ehe am 4. Juni 1647 durch das Konsistorium geschieden. Dazu führten die Konsistorialen aus, dass Daniel Müller wegen des *unchristlichen betrugs* [seiner Ehefrau, J. T.] *aus nachlaßung, götlicher und dieser landt vblichen rechte der ehe halben nunmehr geschieden undt loßgezehlet, Inmaßen wir ihn hiermitt scheiden und loßzehlen und woferner cläger ohne gefahr seines gewißens außer dem ehestande sich nicht enthalten kan, wirdt ihm als darzu unschuldigen theil, seiner gelegenheit nach mit einer anderen sich christlich zu verehelichen billig verstattet undt nachgelaßen*.<sup>102</sup>

Damit stand der Ehrenrettung und der geistlichen Karriere Müllers nichts mehr im Wege, für die ein Leben im ordentlichen Ehestand ein notwendiges Fundament bildete. Doch Müller konnte seine Ehre nur auf Kosten des Ehrverlusts seiner von ihm geschiedenen Frau wahren. Der betroffene Stiefvater Catharina Elisabeth Müllers, promovierter Jurist und Advokat beim Oberhofgericht sowie Assessor des Leipziger Schöffensitzes,

98 Zur Läuterung, d. h. die Überprüfung bzw. detaillierte Ausführung eines Urteils, vgl. die kursächsischen Konstitutionen 1572, Artikel XIX. Von den Leutterungen.

99 StadtAL, Tit. VII B 58, Bescheid des Leipziger Konsistoriums über die Ehescheidung zwischen Daniel Müller und seiner Frau Katharina Elisabet, 22. Januar 1647, Bl. 5 r–5 v.

100 StadtAL, Tit. VII B 58, Juramentum Daniel Müllers vom 25. Mai 1647, Bl. 3 r.

101 Ebd.

102 StadtAL, Tit. VII B 58, Scheidungsurteil der Eheleute Daniel und Katharina Elisabeth Müller des Leipziger Konsistoriums, 4. Juni 1647, Bl. 3 v.

Johannes Schilter (1595–1663),<sup>103</sup> versuchte im August 1647 beim sächsischen Kurfürsten die Zulassung einer Beleidigungsklage gegen seinen ehemaligen Schwiegersohn Daniel Müller zu erreichen.<sup>104</sup> Diese Klage ermöglicht einen Blick auf die Beweggründe des Leipziger Rates, Müller ein Jahr später der Bigamie anklagen zu wollen.

Schilter beschuldigte Müller, dieser habe ihn in Dresden verdächtigt, dass er mit seinem Einfluss bei den kursächsischen Gerichten die Ehescheidung seiner Stieftochter behindert habe. Dazu habe Müller die Verhandlungen vor dem Leipziger Konsistorium gegenüber dem Dresdener Hof falsch wiedergegeben und vorsätzlich gelogen. Aus Hass und Rachgier gegen ihn und seine Stieftochter habe Müller des *hl. Lutheri wort perverso sensu geführt*<sup>105</sup> und durch sein Verhalten das vierte Gebot, Vater und Mutter zu ehren, grob missachtet. Schilter forderte nichts weniger als eine öffentliche Entschuldigung Müllers sowie eine den kursächsischen Konstitutionen entsprechende Bestrafung für Ehrenschränder.<sup>106</sup> Schilter wollte also die weltliche Gerichtsbarkeit an dem Prozess beteiligt wissen. Dadurch wird klarer, dass es eben entscheidend darum ging, dass die geistliche Gerichtsbarkeit ihren Vorrang wahren wollte. Um die Zulassung dieser Klage zu prüfen, setzte der Kurfürst entsprechend dem üblichen Verfahren der Disziplinierung eines Leipziger Geistlichen eine Kommission ein, die aus Vertretern des Rates, in seiner Funktion als Patronatsherr, und dem Leipziger Superintendenten, als geistliches Haupt des städtischen Kirchenwesens, zusammengesetzt wurde.<sup>107</sup> Kläger und Beklagter seien in der Oberhofgerichtsstube im Rathaus anzuhören und – wenn möglich – miteinander zu versöhnen. Doch gegen dieses Verfahren intervenierte der Diakonus beim Kurfürsten, dass aufgrund seines ihm *sive ut clericus sive ut academicus* zustehenden *beneficium instantiarum*<sup>108</sup> eine Anhörung im Rathaus nicht möglich sei, da damit ein ganz *weltlicher ort zum judicii loco* bestimmt, an dem er als Freitags- und Bußprediger befürchten müsse, öffentlich *in hohn, schimpff, bösen verdacht und geschrey gesezet* [zu werden].<sup>109</sup> Müller

103 Die Akte enthält einige biographische Angaben zu Schilter: 1630 Promotion in Rechtswissenschaften in Altdorf, Advokat des Oberhofgerichtes und seit 1639 Assessor am Leipziger Schöffentuhl. StadtAL, Tit. VII B 25a, Bl. 4r.

104 StadtAL, Tit. VII B 25a Acta Herrn D. Johann Schiltern contra Hn. M. Daniel Müllern Diaconum alhier. 1647. In pro Iniuriarum [43 Bl.].

105 StadtAL, Tit. VII B 25a, Injurienklage Johannes Schilters gegen Daniel Müller, Bl. 4v.

106 Die kursächsischen Konstitutionen von 1572 verschärften das Strafmaß gegen Ehrenschränder, die bis dahin nach sächsischem Recht mit einer geringen Geldstrafe gerügt wurden, auf eine hohe Geldbuße, Gefängnisstrafe, Staupenschläge oder eine zeitlich begrenzte Verweisung. Vgl. Kursächsische Konstitutionen, XLII. Von Iniurien.

107 StadtAL, Tit. VII B 25a, Kurfürst Johann Georg I. an den Leipziger Superintendenten Christian Lange, Dresden, 10. September 1647, Bl. 1r–6v [innenliegend die Klageschrift Schilters].

108 Dieses *beneficium* meint die Immunität Geistlicher sowie Angehöriger der Universität von städtischen Gerichten. StadtAL, Tit. VII B 25a, Daniel Müller an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Leipzig, 6. Oktober 1647, Bl. 11r–v.

109 StadtAL, Tit. VII B 25a, Daniel Müller an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Leipzig, 27. Oktober 1647, Bl. 13r–v, hier Bl. 13v.

bestand darauf, seine Anhörung habe vor dem Konsistorium, dem Universitätsrektor oder im Wohnhaus des Superintendenten stattzufinden. Auch protestierte er gegen die Berufung einzelner Ratsherren zu Kommissaren,<sup>110</sup> da diese mit Schilter befreundet und deshalb befangen seien. An deren Stelle, so Müller, solle der Theologieprofessor und Stadtpfarrer Johannes Hülsemann (1602–1661) hinzugezogen werden. Hülsemann war wie der Leipziger Superintendent Lange als Konsistorialassessor an der Scheidung Müllers beteiligt gewesen. So konnte Müller hoffen, dass beide ihn unterstützen würden, wollten sie nicht ihr eigenes Urteil unterlaufen. Mit diesen Mitteln versuchte Müller sich mit Kräften dem Zugriff des Rates und der weltlichen Gerichtsbarkeit zu entwinden. Es ist bemerkenswert, dass sich der Diakonus mit seinen Bitten beim Kurfürsten durchsetzen konnte. Auf Anordnung des Landesherrn fand die Anhörung zwischen ihm und Schilter am 8. November 1647 im Haus des Leipziger Superintendenten statt.<sup>111</sup> Mühevoll gelang es der Kommission, Müller einerseits dazu zu bewegen, sich schriftlich für seine Äußerungen zu entschuldigen, und andererseits Schilter davon abzubringen, auf der Eröffnung des von ihm angestrebten Injurienprozesses zu bestehen.<sup>112</sup> Die im Kommissionsbericht über den Verlauf der Anhörung an den Kurfürsten wiedergegebenen Aussagen Schilters sind für die Hintergründe der späteren Anzeige des Rates gegen Müller wegen des Verdachts der Bigamie von besonderem Interesse. Schilter habe darauf verwiesen, dass Müller, wenn er seine Stieftochter als Ehefrau nicht zurücknähme, sondern ein zweites Mal heirate, der Bigamie schuldig sei. In diesem Fall solle Müller nicht länger in der Leipziger Pfarrerschaft geduldet werden.<sup>113</sup> Gegen den Bericht der Kommission legte Schilter scharfen Protest ein, weil er die Beweggründe seiner Klage nicht hinreichend dargestellt sah: *Als hette ich sine omni ratione einem unbesonnen idioten gleich, meinen großgünstigen herren widersprochen.*<sup>114</sup> Aber vom Vorwurf der Bigamie gegen Müller wolle er nicht abrücken, denn auch der heilige Augustinus habe die Mehr-

110 Müller wehrte sich gegen die Berufung des Advokaten des Leipziger Rates Dr. jur. Caspar Ziegler und des Curators Dr. Christian Schürer, StadtAL, Tit. VII B 25a, Daniel Müller an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen, Leipzig, 6. Oktober 1647, Bl. 11 r.

111 An der Anhörung nahmen teil: Neben dem Kläger Johannes Schilter und dem Beklagten Daniel Müller die Kommissare Superintendent Christian Lange, Ratsherr und Baumeister Markus Scipio (†1663) sowie der Oberstadtschreiber. Zum Bericht des Verhörs der Kommissare an Kurfürst Johann Georg I. vom 29. November 1647 vgl. StadtAL, Tit. VII B 25a, Bl. 28 r–37 r.

112 StadtAL, Tit. VII B 25a, Entschuldigung Daniel Müllers gegenüber Johannes Schilter vom 8. November 1647, Bl. 38 r. Müller erklärte, dass er die von Schilter als Beleidigung aufgefassten Worte *aus bewegtem gemüthe wegen des mir zugestandenen großen vnglück vndt bloß zu meiner entschuldigung von mir geschrieben, ist mir auch leidt, daß herr Clägers daß ihm seines anziehen nach, dadurch zu viel gescheen sein möchts, so hartt gegen mich bewegt worden.*

113 StadtAL, Tit. VII B 25a, Bericht der Kommission über die Anhörung Daniel Müllers und Johann Schilters im Haus des Leipziger Superintendenten am 8. November 1647, Bl. 28 r–38 r.

114 StadtAL, Tit. VII B 25a, Protest Johann Schilters gegen den Bericht der Kommission, 19. Dezember 1647, Bl. 39 r–41 r.





Abb. 3: Bildnis des Daniel Müller, Kupferstich (Universitätsbibliothek Leipzig, PSL, Inv.-Nr. 35/71)

fachehe verboten.<sup>115</sup> Der Rat nutzte die Argumente Schilters gegen seinen Schwiegersohn, als dieser im Begriff war, ein zweites Mal zu heiraten. Doch der Kurfürst sah keine Veranlassung, dem Verdacht der Bigamie nachzugehen, da eine Reaktion auf diese Anzeige nicht überliefert ist.

Daniel Müller heiratete Rosina Schwendendörffer am 29. August 1648 in Leipzig.<sup>116</sup> Über diese im Verdacht der Bigamie stehende Ehe fand der Leipziger Superintendent Georg Lehmann in seiner Leichenpredigt anlässlich des Todes Rosina Müllers am 20. Ok-

<sup>115</sup> Schilter verweist darauf, ob ich *ihme* [Müller, J.T.] *bigamiam vorgeworffen, so bezeuget doch der buchstabe meiner supplication, daß ich mehr nicht, als iudicium ministerii et ecclesia angeführt, wie dann der Heil. kirchenlehrer Augustinus dergleichen secundas nuptias inter conjugia adulte* [gemeint ist das zweibändige Werk Augustinus': *De adulterinis coniugiis*] *referiret*. StadtAL, Tit. VII B 25a, Protest Johann Schilters gegen den Bericht der Kommission, Leipzig, 19. Dezember 1647, Bl. 40 r.

<sup>116</sup> Die Ehe wurde von Müllers Kollegen Abraham Teller (1609–1658), Archidiakon an St. Nikolai, geschlossen. Vgl. dazu den Eintrag im Traubuch von St. Nikolai zu Leipzig 1648, Bl. 11r. Das ordnungsgemäße Aufgebotsverfahren dokumentiert der Eintrag über das erste Aufgebot am 11. Sonntag nach Trinitatis [6. August 1648] sowie drei Ziffern, die nach jedem der drei sonntäglichen Aufgebotstermine durchgestrichen wurden.



tober 1670 folgende Worte: Dass sie *beyde mit einander eine höchsterwünschte / liebeiche und auch von Gott gesegnete Ehe besessen*.<sup>117</sup> Lehmann hielt auch die Leichenpredigt auf den 1686 verstorbenen Daniel Müller,<sup>118</sup> die verständlicher Weise kein Wort zu dessen erster Ehe enthielt, sondern dessen verdienstvolles Leben im Dienst der Leipziger Kirche würdigte. Am ehrenvollen Leben Daniel Müllers war so jeder Zweifel ausgeräumt. Die Inschrift unter seinem Porträt (*Abb. 3*) bezeugt das hohe Maß an Anerkennung und Ehre, das Daniel Müller im Kreis seiner Kollegen und in der Gemeinde über seinen Tod hinaus genoss: *Siehe, des Lebens und Glaubens äußerst leuchtenden Spiegel! Müller, der das Leben durch seinen sittlichen Lebenswandel lehrte, lehrte den Glauben durch seine Predigt. Ehre den Mann, der Du den Schatten dieses Mannes betrachtest. Dieser Pfarrer, der zweifachen Ehre würdig, sei gepriesen. Seinem Seelsorger und Senior unserer Pfarrerschaft in beidem verdienstreich ist verpflichtet Dr. Valentin Alberti*.<sup>119</sup>

### 3. Zusammenfassung

Eine nähere Beschäftigung mit diesen beiden Bigamieverfahren führt zu folgenden Ergebnissen:

1. Der Fall Elisabeth Blumenzopfs wie der Daniel Müllers bieten wertvolle Einblicke in die frühneuzeitliche Praxis unterschiedlicher Leipziger Gerichtsinstanzen (Stadtgericht, Konsistorium und Schöffenstein), die aufgrund unterschiedlicher Rechtssphären an der Strafverfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher bigamer Ehen beteiligt waren.
2. Die dargestellten Fallbeispiele verweisen auf sozialgeschichtlich interessante Sachverhalte: Kriegsbedingte Mobilität, Geschlechterunterschiede vor Gericht und Folgen des Ehrverlusts, besonders für Frauen.
3. Das Verfahren gegen Elisabeth Blumenzopf sowie die umstrittene Ehescheidung Daniel Müllers sind seltene Beispiele für tatsächliche oder vermeintliche Bigamie, die im früh-

<sup>117</sup> Vgl. Georg Lehmann, Die Geistliche Müllerin sampt Ihrer Mühle, und wohlzugerichteten Mehle: Bey ... Leich-Bestattung Der ... Rosinen, gebornen Schwendendörfferin, Des ... Daniel Müllers, der H. Schrifft fürnehmen Doctoris ... hertzgeliebten Hauß-Ehre, Welche den 20. Octobr. Anno 1670. im XLI. Jahre Ihres Alters ... verschieden, und den 26. Eiusdem in der Pauliner Kirche in Leipzig zu ihrem Ruhebettlein gebracht worden ... Leipzig: Johann Wittgau sel. Witwe 1671 [VD17 39:105692N], Bl. Fiv.

<sup>118</sup> Nach dem Tod seiner zweiten Ehefrau Rosina ging Müller am 7. November 1671 eine dritte Ehe mit Dorothea Sophie Hermann (†1685) ein. Zur Leichenpredigt für Dorothea Sophie und Daniel Müller vgl. Georg Lehmann, Die Zuversichtliche Wissenschaft eines gläubigen Christens / sampt Daniels fürtrefflicher Erhöhung. In zweyen unterschiedlichen Predigten fürgestellt; Derer die erste den 2. Febr. 1685 ... Die andere den 16. Martii 1686 ... Jene bey Christlicher Leichbestattung Der ... Dorotheen Sophien / gebohrner Hermannin / Diese bey dero ... Ehe-Herrns Des ... Daniel Müllers / der heiligen Schrifft fürnehmen Doctoris und ... allhier ... Archi-Diaconi, Letzter Beehrung In der Pauliner-Kirchen abgelegt. Leipzig 1686 [VD 17: 1:041069G].

<sup>119</sup> Der Kupferstich und die Radierung des Bildnisses des Daniel Müller (1686/1700) befinden sich in der Universitätsbibliothek Leipzig, PSL, Inv.-Nr. 35/71.

neuzeitlichen Leipzig gerichtsnotorisch wurden. Aussagen über die Dunkelziffer tatsächlicher mehrfacher Ehen in dieser Zeit lassen sich aus diesem Befund nicht ableiten, vielmehr wird deutlich, dass dieses Delikt wenig zur Anzeige gebracht wurde. Das drohende Strafmaß und der kaum zu vermeidende Ehrverlust machten eine Anzeige aus dem Kreis der Beteiligten eher unwahrscheinlich und Außenstehende hatten meist kein Interesse an einer Klage. Auch mögen die in den Kirchen- und Landesordnungen normierten Regelungen eines Eheaufgebots verbotene Mehrfachehen wirksam verhindert haben.

4. Eindrücklich zeigt das Verfahren gegen Elisabeth Blumenzopf, dass erst die Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges die praktische Umsetzung dieser Normen erschwerten. Wie in einem Brennglas verdichtet ihr Schicksal, in welcher fatalen Weise die Kriegswirren auf die Lebensläufe »kleiner Männer und Frauen« durchschlagen konnten.

5. Die Angst des Leipziger Rates, als Patronatsherr inner- und außerhalb der Stadt bei Angehörigen anderer Konfessionen in Häresieverdacht zu geraten, weil er eine bigame Pfarrehe dulde, löste eine Anzeige des Diakonus Daniel beim Kurfürsten aus. Hier wird die in nachtridentinischer Zeit typische Verbindung zwischen dem Vorwurf der Bigamie und dem der Häresie deutlich. Neben einem Seitenhieb auf die Rechtsprechung des Konsistoriums über die der städtischen Gerichtsbarkeit entzogenen Geistlichen zielte der Rat auf die Bewahrung seines Ansehens, dem die öffentliche Skandalisierung einer Pfarrehe erheblich schaden konnte.

6. Dass Daniel Müller trotz des Verdachts der Bigamie, im Gegensatz zu Elisabeth Blumenzopf, seine Ehre retten konnte, ist zweifellos seinem Amt als Geistlicher geschuldet. Als Pfarrer nutzte er sein Privileg, den Wahrheitsgehalt seiner Aussagen im geschützten Raum des Konsistoriums beweisen zu können. Hinzu trat, dass die theologischen Assessoren des Konsistoriums neben ihrem Konsistorialamt als akademische Lehrer und Leipziger Pfarrer persönlich mit den ihnen unterstellten Geistlichen verbunden waren. Dass dieses Beziehungsgeflecht Auswirkungen auf die Rechtsprechung des Konsistoriums gehabt hat, belegt das vorgestellte Fallbeispiel.

7. Dass auch Müllers erste Ehefrau, ähnlich wie Elisabeth Blumenzopf, mit ihren Aussagen vor Gericht nicht durchdringen konnte, ist zumindest ein Hinweis darauf, dass es Frauen zu dieser Zeit insgesamt schwerer fiel, ihre Glaubwürdigkeit in Ehesachen vor Gericht zu beweisen.

8. Nach heutigen Maßstäben war die Unabhängigkeit der frühneuzeitlichen Rechtsprechung bei Bigamieverfahren vom Geschlecht und gesellschaftlichen Stand der Beklagten nicht gewahrt. Die Untersuchung zeigte, dass dies schon damals so empfunden worden ist. Die Ermittlungen der beteiligten Gerichte geschahen von vornherein mit zweierlei Maß, denn während im ersten Prozess vor dem Stadtgericht die Wahrheit durch Folter aufgedeckt werden sollte, reichte im zweiten Fallbeispiel ein offensichtlicher Falscheid vor dem Konsistorium zum Freispruch. Das verschiedene Maß lag im verschiedenen Amts- und Selbstverständnis der beteiligten weltlichen und kirchlichen Gerichte begründet.

## Die Besetzung Leipzigs im November/Dezember 1745<sup>1</sup>

*Caroline Köhler*

Die Ereignisse des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) in Leipzig sind relativ bekannt und werden in der Sekundärliteratur öfter behandelt und ausführlich dargestellt.<sup>2</sup> Demgegenüber wird die preußische Besetzung Leipzigs im Dezember 1745 kaum thematisiert, wohl, weil die Auswirkungen insgesamt geringer erscheinen als die des Siebenjährigen Krieges. Trotzdem müssen die dichtgedrängten und sich vehement verstärkenden Forderungen der preußischen Besetzung in dem kurzen Zeitraum von wenig mehr als einem Monat für die Bevölkerung überaus bedrängend gewesen sein. Die Aktenlage erlaubt es, die Vorkommnisse sehr genau, zum Teil bis in die im Anschluss an das Erlebte notierten Dialoge hinein, zu rekonstruieren. Im Zentrum der folgenden Ausführungen soll daher vor allem die, durchaus subjektiv gefärbte, Wahrnehmung einzelner Beteiligter stehen, um besonders die Belastung der Stadtbevölkerung durch den Krieg zu zeigen. Konzentrieren möchte ich mich dabei auf die für Leipzig wichtigsten beiden Akteure und Kontrahenten: Rudolph August Schubart als Vertreter des Leipziger Stadtrats und Prinz Dietrich von Anhalt-Dessau (1702–1769) als von Preußen eingesetzter Kommandant der besetzten Stadt. Im Anschluss folgen der Versuch einer Aufstellung der Kosten der Besetzung und die Biogramme einiger beteiligter Leipziger Ratsherren.

Um die Geschehnisse aber einordnen zu können, soll am Beginn eine kurze Darstellung derjenigen Ereignisse innerhalb des Zweiten Schlesischen Krieges stehen, die einen engeren Bezug zur Entwicklung in Leipzig aufweisen.

- 
- 1 Der Aufsatz beruht auf meinem Vortrag vom 1. März 2017 im Rahmen der Vortragsreihe des Leipziger Geschichtsvereins. Der Aktenfund geht auf die Arbeit am 10. Band der Gottsched-Briefedition zurück, da die Besetzung auch in der Gottsched-Korrespondenz Spuren hinterlassen hat, die die Bedeutung der Ereignisse deutlich machen. Danken möchte ich außer den Mitarbeitern der Gottsched-Briefedition den Mitarbeiterinnen des Stadtarchivs Leipzig und des Universitätsarchivs Leipzig, Simone Mieth, Stadtarchiv Torgau, Klaus Klein, Kirchliches Archiv Leipzig, und Christoph Kaufmann, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig.
  - 2 Als Einzeldarstellungen neben verschiedenen Erwähnungen in umfassenderen Abhandlungen zur Geschichte des Siebenjährigen Krieges in Sachsen: Ernst Kroker, Leipzig im Siebenjährigen Krieg, in: Gustav Wustmann (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Leipzigs. Veröffentlichungen aus dem Archiv und der Bibliothek der Stadt Leipzig, Band 2, Leipzig 1895, S. 387–502; Christoph Zeumer, Zwischen Preußen und Sachsen: Leipzig im Siebenjährigen Krieg 1756–1763, in: Ulrich von Hehl (Hrsg.), Stadt und Krieg. Leipzig in militärischen Konflikten vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 8), Leipzig 2014, S. 121–140.

## 1. Zur Ausgangslage: Der Zweite Schlesische Krieg im Sommer und Herbst 1745

Ausgangspunkt für die sächsische Strategie war das seit der Personalunion<sup>3</sup> in Sachsen und Polen bestehende Interesse an einem Korridor zwischen beiden Gebieten für den ungehinderten Personen- und Warenverkehr. Um diesen zu erhalten, hatte sich Sachsen im Ersten Schlesischen Krieg (1740–1742) auf ein Bündnis mit Preußen eingelassen, wurde jedoch dadurch enttäuscht, dass Preußen zwar die sächsischen Truppen nutzte, jedoch im Friedensvertrag den sächsischen Wunsch stillschweigend ignorierte,<sup>4</sup> sodass Sachsen nichts als die Kosten von diesem Bündnis hatte.<sup>5</sup> Infolgedessen wandte sich Sachsen wiederum Österreich zu und schloss am 20. Dezember 1743 ein Defensivbündnis mit Österreich.<sup>6</sup>

Das Interesse Österreichs in diesem Krieg lag in der Rückeroberung Schlesiens von Friedrich II., König in Preußen (1712–1786) und nach dem Tod Kaiser Karls VI. am 20. Oktober 1740 im Erhalt der Kaiserkrone.

Im 1744 beginnenden Zweiten Schlesischen Krieg wahrte Sachsen so lange wie möglich den Anschein der Neutralität, indem es lediglich Hilfstruppen für Österreich unter der Führung Johann Adolphs II., Herzogs von Sachsen-Weissenfels (1685–1746), zur Verfügung stellte; ein Durchmarsch preußischer Truppen im August 1744 wurde vom sächsischen Kurfürsten unter Protest gewährt.<sup>7</sup> Nach einer preußischen Kriegserklärung an Sachsen<sup>8</sup> und den von Preußen gegen Österreich und Sachsen gewonnenen Schlachten von Hohenfriedberg (4. Juni 1745) und Soor (30. September 1745) sowie der Konvention von Hannover war Friedrich II. jedoch zu einem Friedensschluss bereit, ließ seine Truppen in die Winterquartiere einrücken und zog sich selbst nach Berlin zurück.

Da Österreich aber seine Ziele nicht erreicht hatte, traf es am 29. August 1745 eine Vereinbarung mit Sachsen, keinen Separatfrieden mit Preußen abzuschließen. Am 4. Oktober erhielt Herzog Franz Stephan von Lothringen (1708–1765) die Kaiserkrone. Vom 16. Oktober 1745 datiert nun eine Denkschrift Graf Friedrich August Rutowskis (1702–1764), die in Abwandlung der Vorschläge des Herzogs von Weissenfels vorsah,

---

3 Friedrich August I. von Sachsen (1670–1733) hatte sich 1697 als August II. zum König von Polen krönen lassen. Sein Sohn Friedrich August II. (1696–1763) erreichte die erneute Wahl unter dem Namen August III. 1734.

4 Vgl. Ernst von Werlhof, Friedrich der Große und Sachsen, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 34 (1913), S. 142–155, hier S. 143.

5 Johannes Burkhardt, Vollendung und Neuorientierung des frühmodernen Reiches 1648–1763 (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Band 11), Stuttgart, 10. Auflage, 2006, S. 386.

6 Vgl. René Hanke, Brühl und das Renversement des alliances. Die antipreußische Außenpolitik des Dresdener Hofes 1744–1756, Berlin 2006, S. 53. Hanke hat die im Dresdner Hauptstaatsarchiv dazu vorliegenden Akten ausgewertet.

7 Vgl. ebd., S. 55 f.

8 Vgl. ebd., S. 60.

Preußen überraschend von Leipzig aus anzugreifen und dann durch eine Stationierung an der Grenze zwischen Sachsen und der Mark Brandenburg seine Verbindungen zwischen dieser und Schlesien zu durchtrennen. Als Rückendeckung sollten die Österreicher unter Prinz Karl Alexander von Lothringen (1712–1780) in die Lausitz einmarschieren.<sup>9</sup> Da jedoch die russische Zarin Elisabeth I. (1709–1762) ihre Hilfe nur unter der Bedingung zugesagt hatte, dass Sachsen kein preußisches Gebiet beträte, wurde auf den Angriff auf die bei Halle stehenden preußischen Truppen verzichtet und die Armee marschierte ab dem 17. November unter Rutowski im Vertrauen auf die Wirksamkeit der Drohung Russlands in Richtung Lausitz.<sup>10</sup> Friedrich II. beschloss seinerseits einen Angriff auf Sachsen von zwei Seiten aus, nämlich auf Leipzig und auf die Lausitz, wobei das dortige Einrücken Karl Alexanders von Lothringen als Auslöser dienen sollte.

Am 23. November trafen die gegnerischen Heere in der Lausitz aufeinander, wobei Friedrich II. kurz nacheinander die Einnahme von Görlitz, Zittau und Bautzen samt der dortigen Magazine gelang, während Fürst Leopold I. von Anhalt-Dessau (1676–1747) in der Gegend um Dieskau, einem Rittergut südöstlich von Halle, zum Einmarsch bereitstand.

## 2. Leipzigs Kapitulation: 29. und 30. November 1745

Am 29. November 1745 um 6.00 Uhr morgens, noch im Dunkeln, überfielen die Truppen des Generalmajors von Bredow von Dieskau aus das in Schkeuditz lagernde Regiment des Generals Sibilsky,<sup>11</sup> das sich kämpfend zurückziehen musste.<sup>12</sup> Gegen 14.00 Uhr war die preußische Armee bereits (etwa auf der Linie der heutigen Georg-Schumann-Straße) bis Möckern vorgedrungen und stellte sich von Eutritzsch bis Schönefeld in einem Bogen auf.<sup>13</sup> Dazu eine Notiz des Universitäts-Aktuars Johann Gottfried Scharffenberg (1702–1769):

»Als ich gegen 4 Uhr ... dem Herrn Syndico, D. Siegel<sup>14</sup>, auftragen sollte, sich ... in die Rathsstube zu verfügen, erfuhr ich unterwegs, daß die Preussischen Husaren bereits die eine Schantze occupiret hätten, daher ich mich in dem Grimmischen

9 Vgl. ebd., S. 62, sowie Großer Generalstab, Abteilung für Kriegsgeschichte (Hrsg.), Die Kriege Friedrichs des Großen, 2. Teil: Der Zweite Schlesische Krieg. 1744–1745, 3. Band: Soor und Kesselsdorf, Berlin 1895, S. 139 f.

10 Vgl. Hanke, Brühl (Anm. 6), S. 64.

11 Johann Paul Sibilsky (1677–1763), Baron von Wolffsberg, 1735 kursächsischer Generalmajor, 1745 Generalleutnant, Chevauxlegers-Regiment und Ulanen.

12 Vgl. Generalstab, Die Kriege Friedrichs (Anm. 9), S. 192.

13 Vgl. Gustav Wustmann, Quellen zur Geschichte Leipzigs. Veröffentlichungen aus dem Archiv und der Bibliothek der Stadt Leipzig. Band 1, Leipzig 1889, S. 340.

14 Johann Gottlieb Siegel (1699–1755), seit 1735 Professor des Lehnrechts, ab 1741 Syndicus und 1753/54 Rektor der Universität Leipzig, zudem Advocat am Oberhofgericht und am Konsistorium.

Zwinger auf den Wall begab, von dar ich die völlige Preußische Armee in Schlacht-Ordnung auf der Anhöhe vor Eutritzsch, die Sächß. Armee aber bey Schönefeld wahr nehmen konnte.«<sup>15</sup>

Leipzig sollte auf den inneren Wällen von seinen Bürgern, auf den äußeren Verschanzungen aber von einem Truppenteil der sächsischen Armee, der sich im Laufe des Tages sammelte, unter dem Befehl General Renards<sup>16</sup> verteidigt werden.<sup>17</sup> Allerdings war die Zahl der um Leipzig liegenden sächsischen Truppen so gering, dass sie sich angesichts der Übermacht ihrer Gegner gezwungen sahen, Leipzig aufzugeben und sich noch in der Nacht nach Grimma zurückzuziehen,<sup>18</sup> um anschließend nach Pirna zu marschieren, wo sich die gesamte sächsische Armee vereinigen sollte.

Im Stadtarchiv Leipzig liegende Dokumente zeigen ein ergänzendes Bild: Bereits Ende August war ein Reskript an den Stadtrat ergangen, wonach Leipzig im Falle eines Angriffs nicht zu halten sei und deshalb kapitulieren müsse.<sup>19</sup> Gleichlautend wurde der Herzog von Weißenfels angewiesen, im Ernstfall gegen bestmögliche Bedingungen zu kapitulieren<sup>20</sup> – es ist also durchaus möglich, dass dem Rat diese Strategie bekannt war, da die Dokumente (chronologisch passend) in die Ratsakten gelangt sind.

In diesem Zusammenhang wird der Ratsherr Rudolph August Schubart erstmals in den Akten erwähnt: Er wurde am 29. November 1745 zu General Renard abgesandt,<sup>21</sup> um zu erfragen, was dieser zur Verteidigung der Stadt zu tun gedenke, da die Rede gehe, »als wolle deßen unterhabende Armee sich von hier hinwegwenden«. <sup>22</sup> Renard versprach den Schutz der Stadt; abends um 22.00 Uhr erfolgte jedoch die Nachricht, dass sich die Truppen zurückziehen würden, was Schubart nach Mitternacht bestätigt wurde. Am folgenden Morgen sah sich die Stadt Leipzig von allen Verteidigern verlassen.

Nachdem die preußischen Soldaten die Verteidigungsanlagen eingenommen hatten, sandte Leopold I. von Anhalt-Dessau am Morgen des 30. November gegen 9.00 Uhr von seinem Quartier in Eutritzsch aus einen Trompeter zur Stadt Leipzig, der sie zur Übergabe aufforderte und dem Rat einen Brief desselben Inhalts übergab.<sup>23</sup> (*Abb. 1*)

Im Rückblick auf die Kapitulationen Leipzigs im Dreißigjährigen Krieg zwischen 1631 und 1633 entschloss sich der Stadtrat auch diesmal zu diesem Schritt und sandte

15 Universitätsarchiv Leipzig (im Folgenden: UAL), Rep. II/XIII N° 46, Bl. 46r.

16 Johann Baptist von Renard (1680–1746), 1745 General der Infanterie.

17 Vgl. Wustmann, Quellen (Anm. 13), S. 341.

18 Vgl. Generalstab, Die Kriege Friedrichs (Anm. 9), S. 193.

19 Vgl. Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), LVII A 10a, Acta, die preußische Invasion im December 1745 betr., Vol. I, Bl. 1 ff.

20 Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 5.

21 Vgl. StadtAL Leipzig, LVII A 10: Diarium des Oberstadtschreibers Mierisch, Bl. 1 v und 2 r.

22 StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 8 v.

23 Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 13 f.





die Ratsmitglieder und die Universitätsabgeordneten im Rathaus zur Bekanntgabe der Kapitulationsartikel.

Gegen 16.00 Uhr wurde das Hallische Tor geöffnet und die preußischen Soldaten besetzten die Stadt.<sup>25</sup> Der Gouverneur der Stadt Leipzig und der Festung Pleißenburg, Wichmann von Klingenberg,<sup>26</sup> wollte Fürst Leopold I. die Schlüssel für die Stadttore und seinen Degen überreichen, Leopold I. aber (dessen Freundlichkeit auch schon während der Kapitulationsverhandlungen betont worden war)<sup>27</sup> nahm letzteren nicht an.<sup>28</sup> Am selben Abend erfolgte auch die Übergabe der Pleißenburg, deren Kommando Prinz Dietrich von Anhalt-Dessau übernahm.<sup>29</sup>

### 3. Der Verlauf der Kriegshandlungen in Sachsen

Die entscheidenden Rollen für den Verlauf des Krieges auf sächsischem Gebiet spielten der König in Preußen, Friedrich II., welcher die Zustimmung Sachsens zur Konvention von Hannover erreichen wollte,<sup>30</sup> und Fürst Leopold I. von Anhalt-Dessau. Da Friedrich II. einen strategischen Vorteil darin sah, Sachsen so schnell wie möglich einzunehmen, bevor das österreichische Heer zu seiner Verteidigung herangerückt war, drängte er Leopold I. ein ums andere Mal zur Eile<sup>31</sup> – die ersten beiden Dezemberwochen gestalteten sich dadurch zum Wettlauf beider Armeen. Das besetzte Leipzig hatte als Geld- und Nahrungsmittelreservoir zu dienen, wie aus einem Brief Friedrichs II. an Leopold I. hervorgeht:

»Ew. Liebden werden aber nunmehr die Veranstaltung zu machen belieben, dass von dieser Stadt ein grosses und considerables Contributionsquantum gefordert und erleget werden müsse. Es können Ew. Liebden dabei gute, gleich zahlbare Wechsel annehmen, doch mit der Précaution dass Sie zugleich ein paar bemittelte Leute, gleichsam wie Geiseln, der sichern Zahlung halber nehmen, so viel Sie es aber auf baar Geld treiben können, muss solches geschehen, dieweil Ich nothwendig baar Geld brauche.«<sup>32</sup>

<sup>25</sup> Vgl. UAL, Rep. II/XIII N° 46, Bl. 51 r.

<sup>26</sup> Wichmann von Klingenberg (1668–1750), General der Kavallerie, Gouverneur der Stadt Leipzig und der Festung Pleißenburg; vgl. Adreßbuch 1747 (Anm. 24), S. 22, sowie <http://portraits.hab.de/person/6250/>.

<sup>27</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 5 r.

<sup>28</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 7 v.

<sup>29</sup> Vgl. Wustmann, Quellen (Anm. 13), S. 342.

<sup>30</sup> Vgl. Friedrich II. an den englischen Gesandten am sächsischen Hof, Thomas Villiers, vom 1. Dezember 1745, in: Johann Gustav Droysen u. a. (Hrsg.), Die politische Correspondenz Friedrichs des Großen, Band 4, Berlin, Leipzig 1880, S. 355 f.

<sup>31</sup> Vgl. Friedrich II. an Leopold I. vom 29. November 1745, in: Die politische Correspondenz (Anm. 30), S. 354 f.; weitere Briefe vom 1., 5., 6. und 8. Dezember.

<sup>32</sup> Friedrich II. an Leopold I. vom 4. Dezember 1745, in: Die politische Correspondenz (Anm. 30), S. 360 f.

Nach der Übergabe Leipzigs nahmen die Preußen Eilenburg<sup>33</sup> und am 6. Dezember Torgau ein, wo Leopold I. vorerst Halt machte, um die Soldaten mit Brot zu versorgen. Da Friedrich II. spätestens am 9. Dezember vom Marsch des österreichischen Heeres unter Prinz Karl Alexander von Lothringen<sup>34</sup> unterrichtet worden war, schrieb er an den sich immer noch in Torgau aufhaltenden Leopold I. überaus gereizt:

»Ich muss Ew. Liebden sagen, dass Ich Dero bisherige Operationes nicht approbieren kann, weil solche so langsam gehen, und wo was im Stande wäre, Mich hier in Unglück zu bringen, so wäre es gewiss Ew. Liebden Saumseligkeit ... Ich muss Mir vorstellen, dass es mit der Contribution, welche Ich Ew. Liebden von der Stadt Leipzig und sonstem beizutreiben befohlen habe, nicht besser noch geschwinder gehen werde ...«<sup>35</sup>

Erst am 12. Dezember erfolgte die Einnahme Meißens und die Vereinigung der preußischen Heeresteile unter Leopold I. und dem preußischen Generalleutnant von Lehwaldt,<sup>36</sup> die sich nun nach Dresden wandten. Dort traf nach tagelangen Eilmärschen am 14. Dezember die österreichische Armee ein, während sich das sächsische Heer bei Kesselsdorf versammelte.

Am 15. Dezember erhielt Karl Alexander von Lothringen in Dresden mittags die Nachricht, dass die Preußen bereits sehr nahe seien, an diesem kurzen Wintertag aber kein Angriff mehr zu erwarten sei. Da sich noch immer Truppenteile am Großen Garten in Dresden sammeln mussten bzw. sehr weit entfernt Quartiere hatten, wartete er ab. Die Preußen jedoch trafen gegen 14.00 Uhr bei Kesselsdorf (ca. 15 km entfernt) auf die Sachsen und schlugen sie binnen zweier Stunden in die Flucht; der sächsische Hilferuf erreichte den Prinzen Karl Alexander zu spät, sodass sein anrückendes Heer auf die bereits fliehenden Sachsen traf. Drei Tage später wurde die Kapitulation Dresdens unterzeichnet und kurz darauf begannen die Friedensverhandlungen.

#### 4. Die Ereignisse in Leipzig im Dezember 1745

Bereits am 1. Dezember übergab Prinz Dietrich von Anhalt-Dessau als Bevollmächtigter des preußischen Königs Rudolph August Schubart eine Forderung über 8000 Reichstaler,<sup>37</sup> zahlbar an Generalmajor von Bosse,<sup>38</sup> dem das Kommando in der Stadt Leipzig über-

33 Vgl. Generalstab, Die Kriege Friedrichs (Anm. 9), S. 195.

34 Karl Alexander von Lothringen (1712–1780), 1737 General-Wachtmeister, 1740 Feldmarschall, 1744 Generalgouverneur der österreichischen Niederlande.

35 Friedrich II. an Leopold I. vom 9. Dezember 1745, in: Die politische Correspondenz (Anm. 30), S. 368 f.

36 General-Leutnant Johann von Lehwaldt (1685–1768), 1702 Teilnahme am Spanischen Erbfolgekrieg, 1704 Fähnrich, 1743 General-Leutnant, 1757 Gouverneur von Königsberg.

37 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 9 r. »Reichstaler« wird im Folgenden abgekürzt durch »Rt.«.

38 Heinrich Günther Gottfried von Bosse (1680–1755), 1732 Oberstleutnant, 1743 Generalmajor, 1747 Generalleutnant.

tragen worden war.<sup>39</sup> Im Gegenzug bat Schubart um Sicherheit für die Viktualien auf dem Markt, um die Versorgung der Stadtbevölkerung aufrechterhalten zu können, und um Verschonung der umliegenden Dörfer von Plünderungen.<sup>40</sup> Am Folgetag wurden die Stadtgarnison entwaffnet und innerhalb der Stadt Kanonen und Schilderhäuschen mit Wachen aufgestellt. Die preußischen Wachen verlangten zusätzliche Kerzen und Holz;<sup>41</sup> es mussten Matratzen und Kissen gefertigt und den Wachen geliefert werden.<sup>42</sup> Ab sofort wurden nur noch die Stadttore, jedoch keine Pfortchen mehr geöffnet. Am 2. Dezember um 16.00 Uhr ließ Prinz Dietrich den Stadtrat in sein Quartier im »Großen Joachimsthal« in der Hainstraße<sup>43</sup> fordern, da er die Kassen visitieren wollte, wozu ihm die Rechnungen der letzten 5 Jahre vorgelegt werden sollten.<sup>44</sup> (Abb. 2) In diesem Zusammenhang sandte er eine weitere Anordnung an Schubart, wonach am folgenden Morgen einige steuerkundige Ratsabgeordnete mit den »Contributions-Catastra«<sup>45</sup> nach Eilenburg geschickt werden sollten. Als Deputierte wurden Schubart und Christian Gottfried Mörlin<sup>46</sup> sowie zwei Steuerbeamte gewählt, wobei Schubart beauftragt wurde, bei Leopold I. von Anhalt-Dessau darum zu bitten, dass das Vorlegen der Ratsrechnungen ihm erlassen werden möge.<sup>47</sup>

Als am Morgen des 3. Dezember Gottfried Wilhelm Küstner<sup>48</sup> bei Prinz Dietrich die versiegelten Rechnungen abliefern wollte, traf er statt seiner, der ebenfalls nach Eilenburg gereist war, das Mitglied des Preußischen Feldkriegskommissariats, den Kriegs- und Domänenrat Bittorf, an – und dieser verzichtete auf die Rechnungen, da Dietrich von Anhalt-Dessau nicht der Kapitulation zuwiderhandeln wolle.<sup>49</sup> Der regierende

39 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 9.

40 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 9r.

41 Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 55.

42 Vgl. StadtAL, LVII A 10b, Bl. 5.

43 Der »Große Joachimsthal« verband die Häuser 248 und 249 (Haynstr. 8 und 19), in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter dem Besitzer Johann Martin Hemm, Weinhändler, vgl. Ernst Müller, Häuserbuch zum Nienborgschen Atlas, Leipzig 1987, S. 39.

44 Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 58.

45 StadtAL, LVII A 10, Bl. 14v.

46 Christian Gottfried Mörlin (1703–1754), 1718 Studium der Rechte in Leipzig, 1725 Doktor der Rechte in Erfurt, 1736 Ratsherr: vgl. Das jetzt lebende und jetzt florierende Leipzig, Leipzig 1736, S. 63, 1746 Stadtrichter: vgl. Adressbuch 1747 (Anm. 24), S. 51, 81, 85, 1749 Hofrat ohne Session: vgl. Johann Christian Lünig, Neu verbessertes [...] Titularbuch, Leipzig 1750, S. 306, 1754 Justizrat: vgl. Leipziger Adreß-, Post- und Reise-Kalender, Leipzig 1754, S. 74.

47 StadtAL, LVII A 10, Bl. 14v.

48 Gottfried Wilhelm Küstner (1689–1762), Doktor der Rechte, 1715 Ratsherr, 1733 Stadtrichter, 1734 Syndicus, 1742 Proconsul, sächsischer Hof- und Appellationsrat, Bürgermeister, später auch geheimer Kriegs- und Justizrat, Domherr zu Wurzen, Assessor des Oberhofgerichts und des Schöppenstuhls, Vorsteher der Neuen Kirche.

49 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 15r.

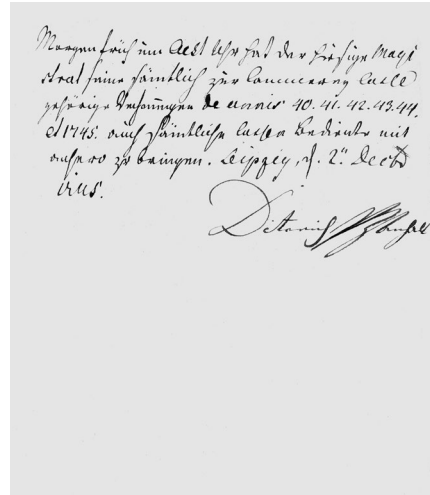


Abb. 2: Die preußische Aufforderung an den Stadtrat, die Rechnungen vorzulegen, vom 2. Dezember 1745 (StadtAL, Tit. LVII A 10a, Band 1, Bl. 58)

Bürgermeister Jacob Born<sup>50</sup> machte dem Generalmajor von Bosse ein Geschenk von 600 Dukaten, der dafür versprach, dass die Garnison strengste Mannszucht hielte.<sup>51</sup>

Bittorf forderte 200 vierspännige Wagen mit Körben,<sup>52</sup> da die preußische Armee versorgt werden wollte und große Mengen an Brot brauchte, das in Leipzig gebacken, kurzfristig auf den Böden der Kirchen gelagert und bewacht<sup>53</sup> und dann zu den Standorten der Armee transportiert werden musste (Forderungen dieser Art gingen in den folgenden Wochen beinahe täglich ein, sodass im weiteren Verlauf nur besonders hohe erwähnt werden sollen).<sup>54</sup>

Am 4. Dezember erklärte Bittorff, dass er die Stadtkasse beschlagnahme und dazu die Kundigen verpflichtete; obwohl diese versuchten, sich zu wehren, blieb er dabei.<sup>55</sup> Der Stadtrat wurde aufgefordert, Friedrich II. einen Treue-Eid zu leisten, wogegen sich der Rat mit allen Mitteln zu wehren versuchte.<sup>56</sup> Trotz mehrfacher Wiederholung der Forderung fand der Rat immer neue Möglichkeiten der Verzögerung, sogar gegenüber Dietrich von Anhalt-Dessau selbst.<sup>57</sup> Erst nach dem 11. Dezember war, vielleicht an-

50 Jacob Born d.J. (1682–1758), vgl. die Biogramme in Abschnitt 8 des Beitrags.

51 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 16v.

52 Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 64.

53 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 16r.

54 So wurden am 7. Dezember 100 Pferde bestellt, obwohl alle verfügbaren bereits für Fourage-Lieferungen gebraucht wurden: vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 21v, am 10. Dezember 100 vierspännige Wagen für den Brottransport nach Torgau: vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 144, und für den 13. Dezember 6700 Sechspfundbrote: vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 148.

55 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 17r.

56 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 17v.

57 Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 111.



*Abb. 3: Rudolph August Schubart, 1694–1770  
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)*

gesichts der Dramatik der Kontributionsforderungen, davon nicht mehr die Rede – offensichtlich konnte der Rat die Eidesleistung durch Hinhalten vermeiden. (Abb. 3)

Inzwischen hatte Schubart am 4. Dezember aus Eilenburg gemeldet, dass er seine Zeit größtenteils mit Warten auf die Zuständigen hatte verbringen müssen. Am Tag darauf durften Mörlin und die beiden Beamten nach Leipzig zurückreisen, während Schubart brieflich eine neue »Verordnung« mitteilte. Er bat eindringlich darum, dass er entweder abgelöst würde oder seine Frau ihm einen Koffer mit einigen dringend benötigten Dingen schicken möge, da er weder Lebensmittel noch anderes Wichtiges mitgenommen habe, nun aber mit Abgeordneten aus anderen sächsischen Kreisen unter Aufsicht des preußischen Militärs mit nach Torgau reisen müsse.<sup>58</sup>

Die »Verordnung« enthielt eine neue Forderung, die über Schubart an den Leipziger Rat gesandt wurde<sup>59</sup> – es sollten 150 000 Rt. und große Mengen an Fourage (Mehl, Hafer und Heu) abgeliefert werden.<sup>60</sup> Daraufhin wurden Vertreter der Kaufleute und der Kramer sowie andere vermögende Bürger einbestellt und um Vorschüsse gebeten.<sup>61</sup> Zwei Tage später verlangte Prinz Dietrich 150 Mann Rekruten, von denen am 15., 20.

<sup>58</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 88 r–90 v. Eine Abschrift des Briefes befindet sich am Ende des Beitrags.

<sup>59</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 20 v.

<sup>60</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 81.

<sup>61</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 20 v.

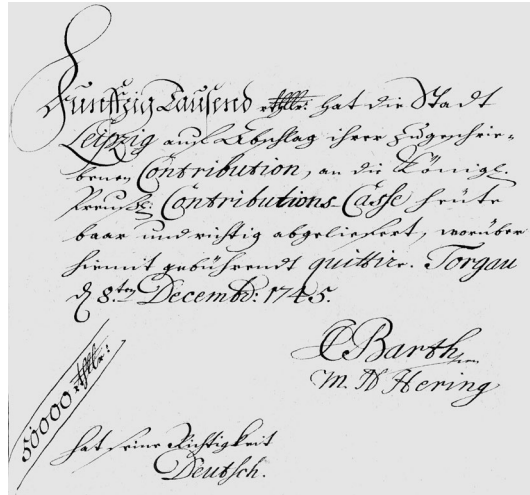


Abb. 4: Quittung über geleistete Kontributionszahlung vom 8. Dezember 1745 (StadtAL, Tit. LVII A 10a, Band 1, Bl. 136)

und 25. Dezember je 50 Mann gestellt werden sollen.<sup>62</sup> Der Rat schrieb an Schubart nach Torgau, er solle sich bei Dietrich von Anhalt-Dessau für ihn verwenden.<sup>63</sup> Schubarts Antwort vom 8. Dezember 1745 bietet ein umfassendes Bild der Lage über die Grenzen Leipzigs hinaus und lässt den Schrecken der Bevölkerung erahnen. Für sich selbst bat er um Einhaltung der Kontributionstermine, da er und die anderen Abgeordneten bei unpünktlicher Ablieferung persönlich bedroht würden.<sup>64</sup> (Abb. 4)

Am 9. Dezember – der preußische Heeresteil unter Fürst Leopold I. stand noch immer in Torgau, während sich das österreichische Heer dem Südhang des Erzgebirges näherte – erhöhte sich der Druck auf die Stadtbevölkerung nochmals erheblich. Der Direktor des preußischen Feldkriegskommissariats, Jacob Friedrich Deutsch, und Schubart waren nachts aus Eilenburg zurückgekommen,<sup>65</sup> als ersterer eine Ratsdeputation einbestellte, woraufhin sich Carl Friedrich Trier<sup>66</sup> und Johann Christoph Richter<sup>67</sup> um 9.00 Uhr in sein Quartier im Joachimsthal begaben. Deutsch forderte auch Schubart zu

<sup>62</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 109.

<sup>63</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 24r.

<sup>64</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 131–134v. Eine Abschrift des Briefes befindet sich am Ende des Beitrags.

<sup>65</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 26r.

<sup>66</sup> Carl Friedrich Trier (1690–1763), 1722 Doktor der Rechte in Halle, 1722 Ratsherr, Hofrat am Weißenfelder Hof, 1723 Assessor am Oberhofgericht: vgl. Das jetzt lebende und jetzt florierende Leipzig, Leipzig 1723, S. 7, 1742 Baumeister, Königlicher Bibliothekar, Hof- und Justizrat, 1748 Prokonsul: vgl. Karin Kühling, Doris Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister, Beucha 2000, S. 46.

<sup>67</sup> Johann Christoph Richter († 1751), 1732 Ratsherr: vgl. Das jetzt lebende und jetzt florierende Leipzig, Leipzig 1732, S. 62, 1747 Kammerrat: Königl. Poln. und Churfürstl. Sächsischer Hof- und Staats-Calender, Leipzig 1747, S. 35, und Baumeister: vgl. Adressbuch 1747 (Anm. 24), S. 81.



*Abb. 5: Gottfried Wilhelm Küstner, 1689–1762  
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)*

sich, der in Begleitung Gottfried Wilhelm Küstners<sup>68</sup> kam. Er gestand zwar die bisherige Zahlung von 150 000 Rt. und Fourage zu, »es hätte aber Ihro Königl: Majt. sich nunmehr anderweit erkläret, daß die Stadt Leipzig zwey Millionen Thlr: geben solle«.<sup>69</sup>

Küstner erklärte, die Stadt habe kein so großes Vermögen, sie sei seit geraumer Zeit sehr mitgenommen gewesen und hätte durch die preußische Armee an Kredit verloren. Man brauche täglich einen großen Aufwand an Bargeld, um die Einquartierung und deren Aufwand zu bestreiten, und vermögende Leute hätten ihre Kapitalien nicht bar, sondern in Papieren. Weitere Gründe seien die Einschränkungen des Handels durch die vorangehenden Kriege, der hohe Preis der Lebensmittel durch die Besetzung, wodurch etliche ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten könnten; außerdem seien die umgebenden Dörfer bereits geplündert worden und könnten nichts mehr liefern.<sup>70</sup> Deutsch entgegnete darauf nur: Der Rat solle sich anstrengen, bevor die Husaren militärisch exekutierten. Die Deputierten wollten sich an den König wenden, was sie laut Deutsch zwar dürften, ihnen aber nichts helfe. Die Ratsdeputierten wollten sich nun mit der Kaufmannschaft beraten – sie sollten um 15.00 Uhr Antwort bringen.

<sup>68</sup> Vgl. die Biogramme in Abschnitt 8 des Beitrags.

<sup>69</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 137.

<sup>70</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 141.



Bei der weiteren Überlegung im Rathaus beschloss der Stadtrat: Wenn alle weiteren Forderungen wegfielen und das schon Gelieferte angerechnet würde, wolle man 400 000 bis 500 000 Rt. aufbringen, und zwar auf mehrere Termine durch auswärtigen Kredit. Verabredungsgemäß wieder bei Deutsch eingetroffen, trug Küstner die Bereitschaft zur Zahlung von 400 000 Rt. unter obigen Bedingungen vor und erhielt von Deutsch zur Antwort:

»Er hätte sich eines solchen Antrags nimmermehr vermuthet, Er wolle bald andere Ordres stellen, daraus man sehen sollte, was ihm der König für autorité gegeben hätte.«<sup>71</sup> (Abb. 5) Küstner berief sich nun auf die Kapitulation, wonach die Stadt mit Plünderung verschont und das Eigentum der Bewohner nicht angetastet werden sollte. Schließlich erhöhten die Deputierten ihre Summe nochmals um 100 000 Rt., womit Deutsch wiederum nicht zufrieden war. Daher wollten die Abgeordneten das Angebot und die Gründe dafür schriftlich vor den König bringen, und zwar bis zum nächsten Tag 10.00 Uhr.<sup>72</sup>

Wie ausgehandelt übergab Schubart zusammen mit Mascov<sup>73</sup> am Morgen des 10. Dezember das Memorial an Deutsch,<sup>74</sup> das an Dietrich von Anhalt-Dessau weitergeleitet werden sollte. Da dieser vielleicht am Nachmittag selbst käme, solle man bis dahin soviel Bargeld wie möglich bereithalten. Der Schreiber notiert noch, dass dieses Mal »die gantze Unterredung und Conversation sehr civil gewesen« sei.<sup>75</sup>

Nachmittags kam Prinz Dietrich an und forderte sofort den gesamten Magistrat in sein Quartier im Joachimsthal, der um 17.00 Uhr dort eintraf. Nun wiederholte Dietrich von Anhalt-Dessau die Forderung der gesamten zwei Millionen, und zwar 500 000 in bar, der Rest in Wechselbriefen für Holland, Hamburg usw., da sonst exekutiert würde:

»Er ... wolle dem Magistrat wohlmeýnend rathen, die schöne Stadt und die Handlung, an welcher ganz Europa gelegen, zu conserviren.«<sup>76</sup>

Christian Ludwig Stieglitz<sup>77</sup> und Born stellten die Disproportion zwischen Forderung und Stadtvermögen dar, teilten mit, dass nach der Messe die Kaufleute kein

<sup>71</sup> StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 139r.

<sup>72</sup> Zu den Ereignissen des 9. Dezembers vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 137 sowie LVII A 10, Bl. 26r–27r.

<sup>73</sup> Johann Jacob Mascov (1689–1761), Jurist und Historiker, 1718 Doktor beider Rechte, 1719 ordentlicher Professor der Rechtswissenschaften in Leipzig, Ratsherr, um 1736 Stadtrichter, um 1747 Prokonsul, Assessor des Oberhofgerichts und des Konsistoriums in Leipzig, Hofrat: vgl. Adressbuch 1736 (Anm. 46), S. 3, 6, 62; Adressbuch 1747 (Anm. 24), S. 80.

<sup>74</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 27v.

<sup>75</sup> StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 140v.

<sup>76</sup> StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 146r.

<sup>77</sup> Christian Ludwig Stieglitz (1677–1758), 1699 Doktor der Rechte, 1715 Ratsherr, 1720 Assessor der Juristenfakultät Leipzig, 1725 Stadtrichter, 1732 Baumeister, 1732 Prokonsul, 1741, 1744, 1747, 1750, 1753, 1756 Bürgermeister, Geheimer Kriegsrat, Appellationsrat: vgl. Kühling/Mundus, Bürgermeister (Anm. 66), S. 44.

Bargeld hätten, und schließlich auch, dass die Grundstücke bei einem Bankrott der Stadt ihren Wert verlören. Da aber viele Brandenburger Kreditgeber und daher an einem Erhalt Leipzigs interessiert seien, würde eine Exekution<sup>78</sup> wenig bringen und nur den Brandenburgern schaden.<sup>79</sup> Dietrich von Anhalt-Dessau beharrte, erlaubte aber ein Memorial an den König. Nach einer Beratung mit den Kaufleuten erhöhte der Rat die zu gebende Summe schließlich auf 700 000 Rt.

Am 11. Dezember begab sich die preußische Armee unter Leopold I. von Anhalt-Dessau nach Strehla, österreichische Vortrupps hatten Pirna erreicht, der Hauptteil war jedoch noch jenseits des Erzgebirges. Um 9.00 Uhr erschien die Stadtratsdeputation in Prinz Dietrichs Leipziger Quartier, Stieglitz offerierte 700 000 Rt. unter Anrechnung der am 5. Dezember geforderten 150 000 Rt. – Prinz Dietrich jedoch wehrte ab:

»[...] es müsten zwey Millionen seyn, Er habe sonst Ordre mit Gewalt soviel aus den Häusern und Gewölbern nehmen zu laßen. Der H: Geheimde Kriegs-Rath Stieglitz replicirte mit vieler Parresie; wir wären in Ihrer Gewalt, Er wolle seinen Kopff gerne hingeben, wenn der Commun könnte gerathen werden, antwortete der Printz: Es sey dem Könige damit nicht gedienet [...].<sup>80</sup> (*Abb. 6*)

Das Entgegenkommen Dietrichs von Anhalt-Dessau lautete schließlich: 500 000 Rt. bar und 1 000 000 in Wechselln. Er gab den Abgeordneten noch eine halbe Stunde, um den Rat zu informieren, aber bereits unter Bewachung, woraufhin der Stadtrat notgedrungen »annoch 10. und höchstens 12. Tonnen Goldes«<sup>81</sup> oder 120 000 Rt. zugestand. Zurück bei Prinz Dietrich, bot die Deputation eine Million, Dietrich forderte anderthalb, der Rat bot 1,2 Millionen. Nach einer Beratung von Dietrich, Deutsch und Bittorff im Nebenzimmer fragte Letzterer, wieviel er sofort bekomme. Das Ergebnis der Verhandlung lautete: 100 000 Rt. in bar und 1,1 Millionen in Wechselbriefen, zahlbar zur Oster- und Michaelismesse 1746.<sup>82</sup>

Damit nicht genug, sollten zu Mittag neben allen vorangegangenen Fourageforderungen weitere Wagen sowie drei schreib- und rechenkundige Personen für die Brotlieferung nach Meißen gestellt werden.<sup>83</sup> Der Stadtrat antwortete bezüglich der Brotlieferung, es seien bereits alle Mühlen, Bäcker und Fuhrleute mit Aufträgen der Preußen vollständig ausgelastet, daher sei der Auftrag unmöglich zu erfüllen.<sup>84</sup> Deutsch und Bittorff jedoch gaben die zynische Antwort, wenn die Mühlen besetzt seien, solle statt Getreides eben Mehl an die Bäcker geliefert werden.<sup>85</sup>

78 Dies bedeutet entweder Plünderung oder die Einquartierung von Armeeeingehörigen, die für jeden Tag zusätzlich Geld von den Exekutierten erhalten mussten.

79 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 146 f.

80 StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 150 v.

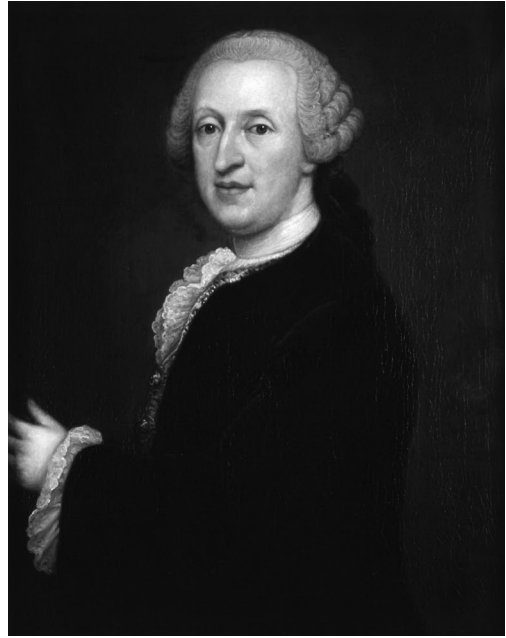
81 StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 151 v.

82 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 150.

83 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 158 f.

84 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 156.

85 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 162.



*Abb. 6: Christian Ludwig Stieglitz, 1677 bis 1758 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)*

Tags darauf erreichte der preußische Heeresteil unter Fürst Leopold I. Meissen, wo ihm die Bürger die Stadt übergaben. Die österreichische Armee erreichte Zinnwald und Peterswald. In Leipzig einigten sich die Abgeordneten mit Dietrich von Anhalt-Dessau, in welchen Höhen welche Kaufleute, Handlungsdeputierten und Kramer Wechsel auszustellen hatten, und übergaben die Briefe im Wert von 1,1 Million Rt. um 6.00 Uhr abends an Prinz Dietrich.<sup>86</sup>

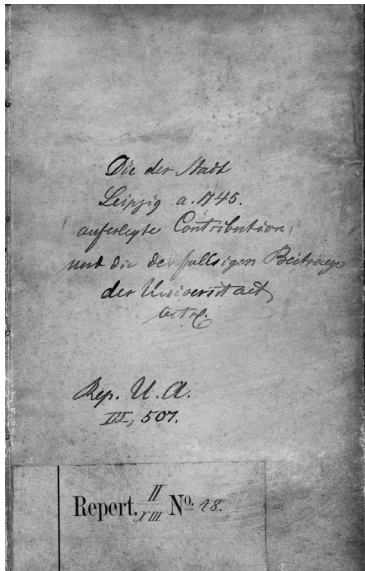
Am 13. Dezember traf Prinz Karl Alexander in Dresden ein, während seine Armee Pirna erreichte. Fürst Leopold I. von Anhalt-Dessau befand sich noch in Meissen. In Leipzig wurde mit der Ablieferung von weiteren 100 000 Rt. in bar die Kontribution vom 5. Dezember beglichen<sup>87</sup> und Schubart übergab ein bereits mehrfach überarbeitetes Memorial an Friedrich II.<sup>88</sup> Doch schon wenige Stunden später überschlugen sich die Ereignisse, da am Mittag ein Bote des preußischen Königs ankam, der meldete: »daß des Königs in Preußen Majt. von der Stadt Leipzig Zwey und Eine halbe Million verlangte, und zwar in baaren Gelde ... Dieses müste aber noch heute præstiret werden,

<sup>86</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 33r–34v.

<sup>87</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 176.

<sup>88</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 34.





Prinzipalgebäude.		fl.	z.
1)	H. D. Lorenz P. P.	50	—
2)	H. D. Rath P. P.	50	—
3)	H. D. Hof. S. S.	10	—
4)	H. D. Hof. K. K.	1	—
5)	H. D. Hof. S. S.	—	—
6)	H. D. Hof. S. S.	—	—
7)	H. D. Hof. S. S.	—	—
8)	H. D. Hof. S. S.	2	1/2

Abb. 8: Sammlungsliste der Universität Leipzig mit den Spendeneinträgen der Universitätsangehörigen vom 13. Dezember 1745, Einband und Bl. 4 (UAL, Rep. II/XIII N° 48)

Am Abend des 13. Dezember befahl Dietrich von Anhalt-Dessau die Mitglieder der Universität Leipzig zu sich, um die Höhe von deren Kontribution festzusetzen.<sup>93</sup> Da Prinz Dietrich fast das Doppelte der angebotenen Summe forderte, jedoch keine Sicherheit vor Plünderungen versprechen konnte, verlief das Gespräch mit ihm ergebnislos:<sup>94</sup>

»Da nun der Prinz erwiedert, wenn es nur 10000 Rt. wären, was die Universität geben wolte; habe Herr HofRath Rechenberg repliciret, daß solche Summe aufzubringen, unmöglich seyn würde ... Worauf Sr Durchl. geantwortet, ... [die Summe müsste] binnen ietzo und morgen früh um 6. Uhr beÿ Vermeidung der Plünderung beÿsammen seÿn, denn morgen Abend müste weder Geld noch Silber-Werck oder Jubelen mehr in Leipzig seÿn, so nicht in seiner Gewalt wären.«<sup>95</sup>

Die Universität kam trotzdem der Stadt mit 10000 Rt. zu Hilfe, die am nächsten Morgen gegen Quittung im Rathaus abgeliefert wurden.<sup>96</sup> (Abb. 8) Inzwischen waren drei Ratsabgeordnete, um die angedrohte sofortige Plünderung zu vermeiden, im

93 Eigentlich waren Universitäten von solchen Abgaben frei, deshalb wollte die Universität die Summe explizit als Vorschuss für die Stadt verstanden wissen.

94 Vgl. UAL, Rep. II/XIII N° 47, Bl. 61 r.

95 UAL, Rep. II/XIII N° 46, Bl. 90 v.

96 Vgl. UAL, Rep. II/XIII N° 46, Bl. 91 v. Dies ist einer der seltenen Fälle, in denen ein materielles Artefakt noch mit Händen zu greifen ist: Die Liste liegt in Form eines grün eingebundenen Buches im UAL vor; vgl. Abb. 11.

Namen des regierenden Bürgermeisters zu sämtlichen Hausbesitzern und Mietsleuten der Stadt gegangen und hatten ihnen ihr Silber, Juwelen und Geschmeide abgefordert, ebenso dem Superintendenten das Kirchensilber.<sup>97</sup>

Geleert wurden auch die landesherrlichen Kassen. Der preußische Geheimrat Johann Christoph von Dreyhaupt (1699–1768) als Mitglied des Feldkriegskommissariats blieb die ganze Nacht im Rathaus und observierte die Abgabe; die Soldaten standen unter Gewehr bei ihren Offizieren und patrouillierten durch die Gassen.<sup>98</sup>

Am folgenden Morgen ließ um 5.30 Uhr Dietrich von Anhalt-Dessau fragen, ob der Rat mit Einsammeln fertig sei, und forderte Deputierte zu sich, die jedoch berichteten, dass noch immer gesammelt würde. Prinz Dietrich ließ die Kaufleute nochmals zusammenrufen, kam selbst aufs Rathaus und beobachtete die Einnahme. Einige Kaufleute und Räte flehten um Schonung vor Plünderung und boten freiwillig Waren an; der Prinz wollte künftig jede Stunde über die Summe informiert werden und ließ seine Leute den Wert von Silber und Juwelen taxieren.<sup>99</sup> Die Stadt lebte den ganzen Tag in Angst vor der Plünderung, zahlreiche Studenten waren geflohen.<sup>100</sup>

Auch am nächsten Morgen, während das österreichische Heer Dresden erreicht hatte und das sächsische sich bei Kesselsdorf versammelte, das preußische aber Meißen in Richtung Dresden verlassen hatte, ließ Prinz Dietrich die Ratsherren Born, Stieglitz und Schubart zu sich beordern und erklärte, »daß es ratione quanti bey der geforderten Summe derer 2 ½ Millionen verbliebe«, immerhin würde er aber den Wert dessen, was »nach Abzug des zuliefernden Geldes, Silber Wercks u. Juwelen, an dießer Summe annoch ermengele«<sup>101</sup> in Wechselbriefen und Waren annehmen.

Es wurden so viele Wertgegenstände von der Bevölkerung gebracht, dass deren Taxation ganze sechs Tage dauerte. Jeden Morgen um 6.00 oder 7.00 Uhr wurden Stieglitz und Schubart zur Berichterstattung gerufen; inzwischen begann man, das Geschmeide in Kisten zu packen und auf die Pleißenburg zu bringen.<sup>102</sup> Am 16. Dezember wurde angefragt, ob die Auflistung der Gegenstände beendet sei, »wiedrigenfalls 30. Mann commandiret, u. die Gewölbe aufgeschlagen werden sollten«.<sup>103</sup>

Da einzelne Bürger über die Besetzung zu murren begannen, ermahnten Vertreter der Stadt sie, sich »fein ruhig« zu halten.<sup>104</sup> Dietrich von Anhalt-Dessau und Deutsch erinnerten um 18.00 Uhr den Stadtrat, dass am Vortag 150 Rekruten hatten gestellt

97 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 1 sowie LVII A 10, Bl. 38 r.

98 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 37 v.

99 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 38.

100 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 40.

101 StadtAL, LVII A 10, Bl. 40 v.

102 Vgl. StadtAL, LVII A 10 b, Bl. 7 v.

103 StadtAL, LVII A 10, Bl. 44.

104 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 43.

werden müssen. Sie sollten sofort nach Halle geschickt oder für jeden 100 Rt. Ablösung gezahlt werden.<sup>105</sup>

Am Morgen des 17. Dezember rief Prinz Dietrich den Stadtrat zusammen und teilte ihm den preußischen Sieg bei Kesselsdorf mit und beharrte zugleich auf der vollständigen Ablieferung der Kontribution.<sup>106</sup>

Am nächsten Tag erklärte Prinz Dietrich den Ratsherren Schubart und Born, wenn die Stadt 1 200 000 Rt. zahle, dann bleibe sie von den Landesktributionen frei und die eingelagerten Juwelen, Silber und Wechselbriefe seien nur als Pfand zu verstehen.<sup>107</sup> Städtische Vertreter versuchten weiterhin, die Bürger ruhig zu halten. Am Nachmittag aber erschien der preußische Geheimrat von Dreyhaupt und erregte sich heftig über einen Kaufmann, der seine Waren nicht versiegeln lassen wolle, und konnte nur mit Mühe beruhigt werden.<sup>108</sup> Abends verlangte Dietrich von Anhalt-Dessau, dass auch am nächsten Tag, der auf einen Sonntag fiel, taxiert werden müsse, was gegen alle guten Regeln verstieß. Schließlich trafen noch am selben Abend Estaffetten ein, die die Schlacht bei Kesselsdorf und die Übergabe Dresdens meldeten, woraufhin die Brotwagen wieder abgeladen wurden, da Brot nun aus Dresden besorgt werden konnte.<sup>109</sup>

Währenddessen unternahmen verschiedene Ratsmitglieder Reisen: Einige Ratsdeputierte versuchten in Magdeburg Kredit zu erbitten,<sup>110</sup> Johann Jacob Mascov fuhr mit einigen anderen nach Dresden, um dort Friedrich II. zu treffen und ihn um Gnade zu bitten.<sup>111</sup>

Am 19. Dezember um 8.00 Uhr rief Dietrich von Anhalt-Dessau die Ratsherren Stieglitz und Schubart zu sich und korrigierte sich dahingehend, dass die am Vortag festgesetzten 1 200 000 Rt. exklusive der 150 000 vom 5. Dezember zu verstehen seien. Würden diese geliefert, bliebe die Stadt von der Landesabgabe verschont, erhielte Silber und Juwelen zurück und die beschlagnahmten Waren würden freigegeben. Daraufhin musste der Rat erneut zusammenkommen, da er ja nun wieder 150 000 Rt. mehr als am Vortag aufbringen musste.<sup>112</sup>

Da nach der Dresdner Kapitulation zügig Friedensverhandlungen aufgenommen wurden, schien der preußische Druck auf Sachsen insgesamt nachzulassen, denn Friedrich II. konnte angesichts der militärischen Niederlage der Sachsen dem Erreichen seiner strategischen Ziele keine Hindernisse mehr gegenüberstehen sehen. Daher sollten in Vorbereitung des Friedensschlusses Rekruten- und Kontributionsforderungen (außer

---

<sup>105</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 28.

<sup>106</sup> StadtAL, LVII A 10, Bl. 44 v.

<sup>107</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 32.

<sup>108</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 47 r.

<sup>109</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 47.

<sup>110</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 41.

<sup>111</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 19 ff.

<sup>112</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 48.



für Naturalien) ausgesetzt werden. Der sich in Dresden aufhaltende Johann Jacob Mascov eilte tagelang von einer Audienz zur anderen, um die Situation der Stadt Leipzig zu erleichtern. So bat er ausländische Gesandte, sich dafür einzusetzen, dass die Leipziger die zur Zahlung der Kontributionen aufgenommenen Kredite zu einem geringeren Zinssatz erhielten.<sup>113</sup> Vor allen Dingen versuchte er aber, die von Leipzig geforderten Summen auf das ganze Land Sachsen umzulegen: So besprach er mit den sächsischen Amtsinhabern, »wie aus dem Contributions-Wercke eine Landschaffts-Sache zu machen seyn möchte«.<sup>114</sup> Dabei erfuhr er auch, dass Friedrich II. bereits Dietrich von Anhalt-Dessau angewiesen habe, weitere Forderungen einzustellen und auf die Exekution der Kontribution zu verzichten.

In Leipzig war aber von einer solchen Erleichterung vorerst nichts zu spüren, denn am 20. Dezember wurde früh um 7.00 Uhr wiederum Schubart zu Prinz Dietrich gerufen und ihm für den Rat diktiert:

»Der Magistrat in Leipzig wird so gleich auf Sr Königl. Majt. Befehl, bey der schwers-ten execution Anstalt machen, daß heute und morgen noch die Summe, welche derselbe noch schuldig ist, abgezahlt werde.«<sup>115</sup>

Vertreter der Stadt hatten in den letzten Tagen per Kurier oder persönlich bei Kaufleuten in den nächstgelegenen Städten nach Darlehen zum Erreichen der Kontributionssumme angefragt. Aus Gera und Magdeburg hatte man auch Wechsel zugesagt, jedoch nicht genug, und aus Altenburg kam just an diesem Morgen eine Absage. Um 10.00 Uhr wurde gemeldet, dass auch der Leipziger Kreis sein Quantum nicht bezahlen könne, weil nicht alle Dörfer ausreichend geliefert hätten, daher solle man mit der Exekution beginnen, wozu Dietrichs von Anhalt-Dessau Husaren bereitstünden – erneut eilte der scheinbar unermüdliche Schubart sofort zum Prinzen und bat für die Dörfer, zumal sie unter das Stadtquantum fielen und nicht extra belastet werden dürften. Dieser suspendierte die Exekution für diesen Tag. Nur eine Stunde später erreichte Schubart der nächste Ruf des Prinzen, der in diesem Moment einen Brief von Friedrich II. erhielt. Nach der Lektüre sagte Prinz Dietrich:

»Er könne nunmehr nicht länger wartten, u solte der Rath schleunige Anstaltt machen, das annoch ermangelnde zusammen zu bringen, Wiedrigenfallß Er nach der Ordre verfahren müße, und die Stadt unglücklich seyn würde.«<sup>116</sup>

Dem herbeigeeilten Bürgermeister teilte er dasselbe noch einmal mit – Born bot an, sofort nach Altenburg zu reisen und das Geschmeide dort zu verpfänden, was erlaubt wurde.

<sup>113</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 19–26.

<sup>114</sup> StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 21v–22r.

<sup>115</sup> StadtAL, LVII A 10, Bl. 49r.

<sup>116</sup> StadtAL, LVII A 10, Bl. 51r.

Noch am 21. Dezember hatte Dietrich von Anhalt-Dessau um 8.00 Uhr Stieglitz und Schubart rufen lassen »und sehr heftig auf die Beendigung der Sache gedungen, sind auch aller Vorstellung ohngeachtet, dabey geblieben, es müste heute aus werden, Wobey Sie sonderlich dem H. Geheimbden Kriegs Rath Stieglitzen beygemeßen, daß Er an der Verzögerung Uhrsache, und würde Er Sich an Ihn halten und Ihn auf die nächste Vestung bringen lassen«. <sup>117</sup>

Daraufhin rief er Vertreter der Kaufleute zusammen und teilte ihnen mit, »daß noch heute Richtigkeit getroffen werden müste, wiedrigenfallß Sie Geißeln, und Zwey von denen Vornehmsten der Stadt nehmen müsten«. <sup>118</sup>

Nachmittags konnten Hohmann und Schubart dem Prinzen Dietrich die Ankunft von Wechselbriefen über 150 000 Rt. aus Gera melden und einen Plan zur Bezahlung des Restes vorlegen. <sup>119</sup>

Am nächsten Morgen hatten Stieglitz, Küstner und Schubart bei Dietrich von Anhalt-Dessau den Plan vom Vortag zur Prüfung vorzulegen. Es fehlten noch 130 000 Rt., die die französischen Kaufleute stellen sollten. Erneut drohte Prinz Dietrich mit Strafmaßnahmen: Wenn nicht bis 12.00 Uhr die gesamte Summe vorgelegt wäre, würden den Ratspersonen 200 Grenadiere als Exekution eingelegt. Daraufhin wurde Born ein Kurier auf dem Weg nach Altenburg entgegengeschickt, um ihn zur Eile zu mahnen. (*Abb. 9*) Der Kurier traf den Bürgermeister jedoch schon kurz hinter der Stadtgrenze und verwies ihn sofort an den Prinzen. <sup>120</sup> Born eilte mit dem Geld aufs Rathaus, wo Deutsch bereits mit sichtbarer Anspannung auf die Auszahlung der 100 000 Rt. wartete. <sup>121</sup> Daraufhin bekam er eine Anweisung auf die Herausgabe der Juwelen. <sup>122</sup>

Die französischen Kaufleute waren bereit, außer dem bisher schon Gestellten noch 130 000 Rt. Vorschuss zu geben, wenn sie eine Gegenversicherung von der Stadt erhielten. Allerdings bekamen sie »unter der Hand Nachricht, sich nicht zu übereilen«, sodass sie an diesem Abend nicht die Wechselbriefe übergaben, sondern nur eine Versicherung, es am nächsten Tag um 10.00 Uhr zu tun. <sup>123</sup> Kurz vorher aber traf die Mitteilung des preußischen Geheimrats Borck über die Einstellung der kriegerischen Handlungen ein, die am Vortag verfasst worden war. <sup>124</sup> Dementsprechend wurde um 10.00 Uhr Born und Schubart von Dietrich von Anhalt-Dessau mitgeteilt, dass die Zahlung von Kontributionen eingestellt werde, Fourage jedoch weiter geliefert werden müsse. Prinz

<sup>117</sup> StadtAL, LVII A 10, Bl. 52r.

<sup>118</sup> StadtAL, LVII A 10, Bl. 52r.

<sup>119</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 49: 22.12.: Quittung über Wechsel über 150 000 Rt.

<sup>120</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 54v.

<sup>121</sup> StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 50: Quittung über 100 000 Rt. bar vom 22.12.

<sup>122</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 59.

<sup>123</sup> StadtAL, LVII A 10, Bl. 55v.

<sup>124</sup> StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 63.



*Abb. 9: Jacob Born jun., 1683/88–1758  
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)*

Dietrich erklärte, »Morgen die Berechnung vorzunehmen, und so dann auch die über 1 100 000 Rt. annoch in Händen habenden Wechselbriefe« wieder herauszugeben.<sup>125</sup>

Das auf der Pleißenburg verwahrte Geschmeide wurde zurück ins Rathaus gebracht, wovon der Altenburger Syndikus zum Schein den Schlüssel an sich nahm (später erhielt er 25 Dukaten für seine Bemühungen).<sup>126</sup>

## 5. Die Ereignisse in Leipzig nach dem Friedensschluss

Am 25. Dezember wurde der Friede in Dresden geschlossen. Schlesien blieb in der Hand Preußens. Sachsen erreichte sein Ziel, einen Korridor zwischen Sachsen und Polen zu bekommen, nicht, hatte aber noch eine Million Rt. an Kontribution zu leisten. Mascov, der die Verhandlungen in Dresden verfolgt hatte, bemühte sich gemeinsam mit dem ihm zu Hilfe geeilten Küstner zu erwirken, dass Leipzig sich daran nicht auch noch beteiligen musste.<sup>127</sup> Diese Bestrebungen scheinen erfolgreich gewesen zu sein, da die

<sup>125</sup> StadtAL, LVII A 10, Bl. 56r.

<sup>126</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 62: 23.12.: Quittung des Stadtrats über die Rückgabe der Geschmeidekisten und das Kirchengeld, LVII A 10b, Bl. 8r.

<sup>127</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 22r.

Stadt vom sächsischen Staat zur Ostermesse 1747 schließlich 370 000 Rt. in Steuerscheinen erhielt<sup>128</sup> (deren Zinsen allerdings wegen der sich verschlechternden finanziellen Lage im Land bald nicht mehr gezahlt wurden), die sich als Anteil Sachsens an der von Leipzig aufgebracht Summe und somit als Teilrückzahlung verstehen lassen.

Ein besonderer Aspekt der Leipziger Umstände zeigt sich in folgender Bestrebung des Stadtrates: Er bat die preußischen Befehlshaber mehrfach um eine Versicherung, dass die Kaufleute, die zur nahe bevorstehenden Neujahrsmesse anreisen wollten, vor Verfolgung und Forderungen durch die preußische Besatzung sicher sein könnten. Da Preußen an der Zahlungsfähigkeit der Leipziger Bürgerschaft gelegen war, wurde diese Versicherung gegeben und anschließend in den Zeitungen bekanntgemacht.<sup>129</sup> Allerdings ist zu konstatieren, dass diese Versicherung nur begrenzt die gewünschte Wirkung zeigte, denn verglichen mit den Waage- und Standgeldeinnahmen der vorangegangenen Jahre lagen die Einnahmen im Winter 1745 signifikant niedriger.<sup>130</sup>

Am 26. Dezember mussten Born, Hoffmann und Schubart zur Abrechnung der Kontributionen erscheinen. Im Ergebnis wurden die Wechsel aus der Forderung vom 9. Dezember über 1 100 000 Rt. zurückgegeben.<sup>131</sup> Born leitete sie an die Kaufleute weiter, die sie ausgestellt hatten, und ließ sie verbrennen.<sup>132</sup>

Kleine Begebenheiten am Rande lassen die unterschiedlichen Charaktere der einzelnen Beteiligten deutlich werden: Während der preußische Geheimrat Johann Christoph von Dreyhaupt als Mitglied des Feldkriegskommissariats mit der Einstellung der Kontributionsforderungen für sein meist entgegenkommendes Verhalten ein ansehnliches Geschenk erhalten konnte, zeigten sich andere eher kleinlich. Da die Beschlagnahmung des Kirchensilbers ein Akt war, der den zeitgenössischen Gepflogenheiten nicht entsprach, bemühte sich das Feldkriegskommissariat recht bald um dessen Rückgabe. Um die eingenommene Gesamtsumme aber handhabbar abzurunden, hatten die Kirchen knapp 400 Rt. zahlen müssen. Auch diese sollten sie letztlich zurückerhalten.<sup>133</sup> Der zuständige Hauptmann von Gardeleben jedoch verabredete dafür einen Zeitpunkt, den er versäumte. Als Schubart ihn dann während eines Abendessens bei Dreyhaupt als Gast antraf, verlangte er von selbst ein »Douceur« (ein Trinkgeld). Schubart musste es ihm bewilligen, erhielt aber trotzdem den Rest der Summe statt in den gängigen Reichstalern in »schlechtem Geld«.<sup>134</sup>

128 Vgl. UAL, Rep. II/XIII N° 47, Bl. 51 v.

129 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 58 r.

130 Vgl. Manfred Straube (Hrsg.), Wirtschaftliche Frequenzen der Leipziger Großen Märkte, Messen. Statistische Zeugnisse aus den Leipziger Stadtrechnungen 1471/72 bis 1814/15 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 9), Leipzig 2015, S. 153 f. und 285 f.

131 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 99 und LVII A 10, Bl. 60.

132 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 61.

133 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 37; LVII A 10, Bl. 49 r; LVII A 10 b, Bl. 8 r.

134 Das Trinkgeld machte für ihn und Bredow noch einmal fast 100 Rt. aus, vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 58 v.

Auch andere preußische Offiziere fragten kurz vor ihrem Abmarsch mehrfach unangemeldet an, ob sie Douceurs bekämen. Der verunsicherte Rat fragte bei der Generalität nach, erhielt aber keine hilfreiche Antwort. Ein Adjutant gab die Auskunft, man sei nichts schuldig und habe auch nichts zu befürchten, der Rat entschloss sich aber doch zu den Gaben, die insgesamt nochmals etwa 2000 Rt. ausmachten.<sup>135</sup> Trotz mehrfacher Bemühungen bei verschiedenen Personen um eine Aufstellung und Quittierung seiner Zahlungen, schon um sich vor einer Beteiligung an der Landeskongtribution zu schützen, scheint der Stadtrat letztlich keinen Erfolg gehabt zu haben, da derartige Dokumente nicht in den Akten enthalten sind.<sup>136</sup>

Je näher der Abzug der preußischen Soldaten rückte, desto öfter wurde auf das Mel-den von Deserteuren gedrungen, durch die Stadtbürger wie durch die Universität.<sup>137</sup> Nachdem das Feldkriegskommissariat noch einige Fourageforderungen gestellt und der Stadt die Schlüssel zum Zeughaus, der Festung und den Toren zurückgegeben worden waren, zogen am Neujahrmorgen ab 8.30 die preußischen Truppen unter Marschmusik ab, woraufhin die Bürger die Bewachung der Stadt übernahmen, bis sächsische Wachsoldaten eintrafen.<sup>138</sup> Eine preußische Abordnung ließ bis zum 2. Januar nach Deserteuren suchen, bevor auch sie die Stadt verließ.

Ab dem 17. Januar wurde das übriggebliebene Kommissbrot an die Bevölkerung verkauft: Für 32000 Brote (!) erhielt die Stadt 1500 Rt.<sup>139</sup> Einen Tag später begann man, der Bevölkerung den eingelieferten Schmuck und das Silber wieder auszuhändigen. In den späteren Verhandlungen zwischen Stadtrat und Universität erscheint der Passus, dass nur diejenigen, die bereits einen freiwilligen Beitrag zu den Kongtributionen geleistet hatten, ihr Eigentum unentgeltlich erhalten sollten (die Umsetzung dessen ist aber nicht aktenkundig).

## 6. Versuch einer Aufstellung der geleisteten Zahlungen

Wie hoch die durch die Stadt Leipzig geleisteten Kongtributionen letztlich tatsächlich waren, lässt sich aus mehreren Gründen schwer sagen. Zum einen liegt das an der Menge der geforderten Naturalien, deren Geldwert nicht ohne weiteres anzugeben ist. Zum anderen wurden zwar Quittungen über geleistete Zahlungen ausgestellt, da sich die Forderungen aber mehrfach mit den einzelnen Teilzahlungen überschneiden und auf den Quittungen nur die Höhe der gezahlten Summe, nicht aber ihr Bezugsdatum angegeben ist, fällt die Zuordnung schwer. Gegen Ende der Besetzung ließ die Korrektheit

<sup>135</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 61 vff.

<sup>136</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 64 r und 66 v.

<sup>137</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. II, Bl. 110; LVII A 10, Bl. 63 r; LVII A 10b, Bl. 65 v.

<sup>138</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10b, Bl. 10 r; LVII A 10a, Vol. II 118–120, 122–124.

<sup>139</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10b, Bl. 13 r, 15 r.

der Aufzeichnungen nach. Einzelne ausgestellte Wechsel wurden von den Empfängern nicht anerkannt, ihr Austausch ist aber nicht mehr dokumentiert. Es ist auch nicht mit letzter Sicherheit festzustellen, welche Wechselbriefe und Teilsummen an die Eigentümer zurückgegeben wurden. Da die vom Stadtrat erbetene Aufstellung der Zahlungen nicht zustande kam, war deren Höhe wahrscheinlich bereits 1745 unklar – und nicht auszuschließen ist, dass die Aufstellung deshalb nicht herausgegeben wurde, weil auch das Feldkriegskommissariat den Überblick verloren hatte.

Trotzdem soll eine Zusammenführung der Angaben in den Quellen versucht werden.

An ursprünglich ausgesprochenen Forderungen lassen sich nachweisen:

1. Dezember: 8 000 Rt.

5. Dezember: 150 000 Rt.

9. Dezember: 2 000 000 Rt.

13. Dezember: 2 500 000 Rt., also insgesamt 4 658 000 Rt.<sup>140</sup>

Durch das Verhandlungsergebnis vom 9. Dezember lag die Gesamtsumme um 800 000 Rt. niedriger, betrug also 3 858 000 Rt. Demgegenüber stehen an Zahlungen:

1. Dezember: 8 000 Rt.

5. Dezember: 150 000 Rt. (Zahlungen vom 8. und 13. Dezember)<sup>141</sup>

9. Dezember: 1 200 000 Rt. (Dokumentiert ist die Übergabe der Wechsel über 1 100 000 Rt. am 12. Dezember,<sup>142</sup> allerdings bleibt mangels Einzelnachweisen eine Unsicherheit, was die Deckung der Wechsel angeht. Die Zahlung von 100 000 Rt. vom 22. Dezember in bar soll auf die Forderung vom 9. Dezember bezogen werden.<sup>143</sup>)

13. Dezember: 1 002 444–1 252 444 Rt. (Eine Aufstellung des Oberstadtschreibers Mierisch vom 18. Dezember belief sich auf 1 152 444 Rt.<sup>144</sup>, dazu kamen 100 000 Rt. bar aus Altenburg.<sup>145</sup> Davon quittiert sind 646 386 Rt.<sup>146</sup>, 150 000 Rt. [Wechsel aus Gera]<sup>147</sup> und 116 058 Rt.<sup>148</sup>, die Abgabe der Juwelen als solche ist ebenfalls dokumentiert, sodass der bei Mierisch angegebene Wert von 90 000 Rt. hinzugerechnet werden

<sup>140</sup> Im Gegensatz zur bisherigen Auffassung gab es tatsächlich nicht eine Kontributionsforderung in Höhe von etwa zwei Millionen Reichstalern, sondern zwei (2 bzw. 2,5 Millionen). Das geht eindeutig daraus hervor, dass die erste so hohe Forderung vom 9. Dezember, die auf 1,2 Millionen heruntergehandelt worden war, am 12. Dezember bereits größtenteils bezahlt war und erst am 13. Dezember die nächste Forderung über 2,5 Millionen Rt. einging. Die Aufeinanderfolge der Vorgänge (allerdings mit anderen Zahlen) ist genau so dargestellt in: [Christian Friedrich Hempel], *Helden= Staats= und Lebens= Geschichte ... Friedrichs des Andern*, Frankfurt, Leipzig 1747, S. 1259.

<sup>141</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 136 r und 176 r.

<sup>142</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 33 f.

<sup>143</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 50 r.

<sup>144</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 46 r.

<sup>145</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 54 v.

<sup>146</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 31 r.

<sup>147</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 52 r (Herkunft der Wechsel) und LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 49 r (Quittung).

<sup>148</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 54 r.

kann;<sup>149</sup> zusammen 1 002 444 Rt. Es fehlen die Quittungen für die 150 000 Rt. in bar von Mierisch und die 100 000 Rt. aus Altenburg).

Damit ergeben sich quittierte Zahlungen in Höhe von 2 360 444 Rt. oder, wenn man die Notizen von Mierisch als erfolgte Zahlungen annimmt, 2 610 444 Rt.

Hinzu kommen 600 Dukaten<sup>150</sup> (d. h. ca. 1650 Rt.) und rund 2000 Rt.<sup>151</sup> an Trinkgeldern sowie große Mengen an Naturalien.

Von dieser Summe ist nun dasjenige abzuziehen, was den Leipzigern in den letzten Dezembertagen zurückgegeben wurde. Dazu zählen die Juwelen im Wert von 90 000 Rt., die Wechsel in Höhe von 1 100 000 Rt. aus der Forderung vom 9. Dezember,<sup>152</sup> zusammen 1 190 000 Rt., sodass als tatsächlich gezahlte Summe 1 170 444 Rt.<sup>153</sup> bzw. 1 420 444 Rt. zuzüglich der Trinkgelder und Naturalien angesehen werden muss. Die Stadt selbst nannte in einem Dokument die Summe von 1 190 009 Rt. an Bargeld und Wechselbriefen sowie Naturalien im Wert von 50 000 Rt.<sup>154</sup> Weitere 370 000 Rt. erhielt die Stadt 1747 vom Kurfürstentum Sachsen in Wertpapieren zurück, ob diese jedoch jemals ausgezahlt wurden, ist fraglich. Im Frühjahr 1746 nahm die Stadt Leipzig noch einmal zahlreiche Kredite auf, um die im Dezember ausgestellten Wechselbriefe, die ab Ostern 1746 ausgezahlt werden mussten, abdecken zu können sowie den Beitrag des Leipziger Kreises zu der im Friedensvertrag festgeschriebenen Million Reichstaler in Höhe von 100 000 Rt. aufzubringen. Rechnet man die verschiedenen, teilweise widersprüchlichen, Summen zusammen, kommt man auf 1,1 bis 1,4 Millionen Reichstaler an Schulden, die Leipzig in den folgenden zehn Jahren begleichen musste.<sup>155</sup>

Was außer diesen Zahlungen Sachsen noch verlorenging, sind die Inhalte der Magazine in den besetzten Städten (Torgau, Dresden). Von Leipzig wurde eine große Anzahl an Pferden nach Magdeburg gebracht, um deren Rückgabe mehrfach gebeten wurde, die aber nicht vollständig geschah,<sup>156</sup> und die gesamte auf der Pleißenburg stationierte Artillerie<sup>157</sup> samt den Waffen aus dem Zeughaus der Stadt. In einer anderen

149 Der bei der Taxierung der Wertgegenstände anwesende preußische Geheimrat Johann Christoph von Dreyhaupt gab deren Gesamtwert mit 143 000 Rt. an, rechnete aber ebenfalls die aus Altenburg beschafften 100 000 Rt. als Gegenwert an, sodass zu seiner Berechnung nur eine Differenz von 10 000 Rt. bleibt; vgl. Johann Christoph von Dreyhaupt, *Pagus Neletici Et Nudzici, Oder Ausführliche diplomatisch=historische Beschreibung des ... Saal=Creyses*, 1. Teil, Halle 1749, S. 577.

150 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 16 v.

151 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 61 vff.

152 130 000 Rt. in Wechseln, die die französischen Kaufleute zum 13. Dezember zahlen sollten, wurden nie geliefert und tauchen daher in obenstehender Rechnung nicht auf.

153 Eine ganz ähnliche Summe nannte der Stadtrat in einem Schreiben an das Geheime Consilium: 1 170 547 Rt. (vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 135). Bestätigt wird sie auch von Dreyhaupt, *Saal=Creys* (Anm. 149).

154 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 85.

155 Vgl. StadtAL, XLI a, Nr. 57, Vol. I, Bl. 89–93, 112–118, 122, 176–182 und 188 v–189 r.

156 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 78.

157 Vgl. StadtAL, LVII A 10 b: *Diarium des Obervogts J. G. Schmiedlein*, Bl. 7 r und 9 r f.



Akte findet sich darüber hinaus die Notiz, dass einen Tag vor Friedensschluss noch zehn Wagenladungen Meißner Porzellan über Torgau nach Berlin gebracht worden seien.<sup>158</sup>

Abschließend sollen diese Zahlen ins Verhältnis gesetzt werden zu:

1. den Zahlungen Leipzigs im Siebenjährigen Krieg,
2. den Zahlungen Torgaus und Dresdens 1745 und
3. dem Gesamtbudget der Preußen im 2. Schlesischen Krieg.

Zu 1. Laut der Aufstellung von Kroker<sup>159</sup> hatte Leipzig von 1756 bis 1763 etwas mehr als 6630 000 Rt. zu zahlen. Obwohl diese Zahl absolut gesehen natürlich viel höher als die von 1745 ist, ändert sich der Befund sofort, wenn man den Zeitraum der Zahlungen mit einrechnet. So entsteht der Eindruck, dass Friedrich II. im Siebenjährigen Krieg mit seiner finanziellen Strategie an die von 1745 anknüpfen konnte.

Zu 2. Für andere Städte wurden insbesondere die Akten Torgaus ausgewertet, sodass hier genaue Zahlen vorliegen.<sup>160</sup> Bis zum 18. Dezember hatte Torgau 4 400 Rt. an Bargeld aufzubringen.<sup>161</sup> Viel höher lag allerdings hier die Belastung durch die zusätzlichen Kosten: Da die Stadt allein vom 6. bis zum 11. Dezember die Truppen des Fürsten Leopold I. von Sachsen-Anhalt beherbergen musste und vom 21. bis 23. Dezember 1 800 Gefangene samt deren Bewachern (wozu noch zahlreiche kleinere Einquartierungen kamen),<sup>162</sup> darüber hinaus noch weitere Forderungen erfüllen musste und Verluste an Wagen, Pferden und Getreide zu tragen hatte, summierten sich die Kosten auf mehr als 54 000 Rt.,<sup>163</sup> also mehr als Leipzig (bei seiner um ein Vielfaches höheren Einwohnerzahl) angegeben hatte.

Für Dresden führte Hasche in seiner *Diplomatischen Geschichte Dresdens*<sup>164</sup> an: 1 500 00 Rt. als Kontributionsforderung, tatsächlich gezahlt 47 750 Rt., dazu der Gegenwert von 41 780 Rt. für Naturalien und Trinkgelder. Damit kommt die ursprüngliche Forderung zwar in die Nähe der Leipziger Kontribution, aber das Ergebnis erweist, dass hier nicht mehr nachdrücklich auf einer Eintreibung bestanden wurde.

Im Universitätsarchiv Leipzig wird eine undatierte Auflistung aufbewahrt, die nach den enthaltenen Summen und Daten das Verhandlungsergebnis der Forderung vom 9. Dezember darstellt.<sup>165</sup> Danach hatten die verschiedenen sächsischen Kreise Summen zwischen 100 000 und 376 250 Rt. zu entrichten, demgegenüber die Leipziger Summe

<sup>158</sup> Vgl. StadtAL, LVII A 11, Bl. 16 v.

<sup>159</sup> Kroker, Leipzig (Anm. 2), S. 489.

<sup>160</sup> Vgl. Volker Jäger, *Die Preußen kommen. Torgau in den drei Schlesischen Kriegen 1740 bis 1763*, Torgau 2010.

<sup>161</sup> Ebd., S. 92 f.

<sup>162</sup> Ebd., S. 52.

<sup>163</sup> Ebd., S. 95.

<sup>164</sup> Johann Christian Hasche, *Diplomatische Geschichte Dresdens von seiner Entstehung bis auf unsere Tage*, Band 4, Dresden 1819, S. 170–176, hier S. 175.

<sup>165</sup> Vgl. UAL, Rep. II/XIII, 46, Bl. 2. Die Liste wurde, mit Umstellungen und einigen Fehlern, abgedruckt in: *Helden= Staats= und Lebens= Geschichte* (Anm. 140), S. 1264.

von 1 200 000 Rt. zeigt, wie bedeutend in finanzieller Hinsicht für Preußen die Besetzung gerade dieser Stadt war. Für alle sächsischen Kreise betrug die Gesamtforderung 3 250 000 Rt.; bezahlt wurden nach dieser Auflistung 1 182 237 Rt. (nach Magdeburg abgeführt 1 000 000 Rt.).

Zu 3. Für den Etat Preußens liegt eine detaillierte Darstellung von Koser vor. Demnach betrugen die preußischen Kriegsausgaben der Jahre 1744–1746 insgesamt 12 059 076 Rt. Aus dem Staatsschatz wurden dafür annähernd acht Millionen Rt. aufgebracht und eine nicht näher bezifferte Summe aus schlesischen Einnahmen.<sup>166</sup> Allerdings hatte der preußische König zu Beginn des Krieges nur zwei Millionen an eigenen Kosten eingeplant und rechnete für weitere nötige Summen von Anfang an mit den in Böhmen einzuziehenden Kontributionen. Trotz dieser tatsächlich erfolgten und anderen Einnahmen war die finanzielle Lage Preußens schlecht genug, um dann auch von Sachsen entsprechende Kontributionen zu fordern – und Leipzig hat nach diesen Zahlen so hohe Kontributionen geleistet, dass sie einem Zwölftel der gesamten preußischen Kriegskosten entsprachen. Zieht man nun die Zahlungen Sachsens insgesamt heran, so finden sich die verlässlichsten aufbereiteten Zahlen in Dreyhaupts *Geschichte des Saal=Creyses*.<sup>167</sup> Die für die Leipziger Zahlungen bis zum 23. Dezember bei ihm angegebene Summe von 1 162 547 entspricht der oben errechneten und gerundeten von 1 170 000 ziemlich genau. Die eine Million Reichstaler aus dem Friedensvertrag, die Zahlungen Dresdens, der Lausitz und alle anderen Kosten an Naturalien und sonstigen Zahlungen sowie den Inhalt der ausgeraubten Magazine hinzugerechnet, schätzte er einen sächsischen Gesamtbetrag von drei bis vier Millionen Reichstalern. Damit hätte Sachsen einen Anteil von einem Viertel bis einem Drittel der gesamten preußischen Kriegskosten zu tragen gehabt.

## 7. Schlussbetrachtung

Vergleicht man das Vorgehen der preußischen Besatzer von 1745 mit dem im Siebenjährigen Krieg, so fällt auf, dass fast alle dort angewandten Drohgebärden schon im Dezember 1745 eingesetzt worden sind.<sup>168</sup> Die preußischen Vertreter forderten den Stadtrat als erstes dazu auf, die Kassen und Steuerverzeichnisse vorzulegen, um sich ein Bild über

166 Reinhold Koser, Der preußische Staatsschatz von 1740–1756, in: ders. (Hrsg.), *Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte*, Band 4/2, Leipzig 1891, S. 207–229, hier S. 222. Für die acht Millionen auch: Leopold von Orlich, *Geschichte der schlesischen Kriege nach Original-Quellen*, Band 2, Berlin 1841, S. 348. Die Zusammensetzung dieser Summe ergibt sich aus: Adolph Friedrich Riedel, *Der Brandenburgisch-Preussische Staatshaushalt in den beiden letzten Jahrhunderten*, Berlin 1866, S. 80.

167 Dreyhaupt, *Saal=Creys* (Anm. 149), S. 577.

168 Zusammengestellt im Beitrag von Christoph Zeumer, Leipzig im Siebenjährigen Krieg (Anm. 2).

die finanziellen Verhältnisse der Stadt und des Landes machen zu können (was bezüglich der Stadtrechnungen letztlich unterblieb). Die Kontributionsforderungen dürften in diesem Fall zwar ebenfalls in erster Linie der Finanzierung des Feldzuges gedient haben, waren aber hier wohl noch stärker als elf Jahre später ein Druckmittel Friedrichs II., um einen baldigen Friedensschluss nach seinen Bedingungen zu erreichen. Dieser Eindruck entsteht aus dem Aussetzen der Forderungen während der Friedensverhandlungen und aus der Rückgabe des Kirchensilbers, der privaten Wertgegenstände und der Wechselbriefe nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Bereits 1745 ist die Mitnahme von steuerkundigen Deputierten nach Eilenburg und Torgau als nur anfangs verschleierte Geiselnahme zu verstehen (und, aus Schubarts Briefen ersichtlich, von den Zeitgenossen auch so aufgefasst worden)<sup>169</sup>, ebenso wie die vom Stadtrat geforderte Eidesleistung an Friedrich II. einen Loyalitätsbruch gegenüber seinem Landesherrn bedeutete und wohl nur wegen der Geschwindigkeit der Ereignisse fallengelassen wurde. Die Eintreibung von Kontributionen in einer Höhe, die in keinem Verhältnis zu den Einnahmen der Stadt stand und über die Wechselbriefe das Aufnehmen auswärtiger Kredite und damit eine wirtschaftliche Schwächung über den Zeitraum der Besetzung hinaus erzwang, erfolgte genauso wie 1756 unter ständiger Androhung von »Feuer und Schwert« sowie der militärischen Exekution. Unterschiede zur Zeit des Siebenjährigen Krieges bestehen nur darin, dass noch keine unverhohlene Arretierung und dabei ausgeübte Drangsalierung des gesamten Stadtrates unternommen wurde und dass einige der Drohungen noch nicht in die Tat umgesetzt wurden – was aber wohl weniger der Zurückhaltung der preußischen Militärangehörigen und Beamten als vielmehr der Kürze des Besetzungszeitraums geschuldet ist.

Betrachtet man die eingesetzten Maßnahmen im zeitlichen Kontext, so lässt sich feststellen, dass die Arten der Zwangsmittel nicht unüblich waren.<sup>170</sup> Allerdings begann sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts mit der Durchsetzung des Völkerrechts der Gedanke einer Trennung von Kriegshandlungen und Zivilbevölkerung zu verbreiten. Im vorliegenden Fall dürfte die Besetzung Leipzigs für den gesamten Zeitraum der Okkupation Sachsens ein Anzeichen dafür sein: Statt unregelter Plünderungen versuchte Friedrich II., den Gewinn aus den besetzten Gebieten durch Verwaltung zu verstetigen, und zwar durch das Feldkriegskommissariat. Allerdings gebot eine rationale Kriegsführung eine realistische Anpassung der Kontributionsforderungen an das Vermögen der besetzten Gebiete, um eine langfristige Auspressung überhaupt möglich zu machen. Eine derartige Anpassung ist bei der Höhe der Forderungen an Leipzig nicht zu erken-

---

<sup>169</sup> Dies belegt die Mitteilung eines Zitats von Dietrich von Anhalt-Dessau: »daß wenn nicht richtig inne gehalten würde, er sich an unsern Personen erhohlen ... wolle« (vgl. unten, S. 119). Darüber hinaus wurde das Wort »Geisel« von Friedrich II. selbst verwendet, vgl. oben, S. 86.

<sup>170</sup> Vgl. zum sich anschließenden Abschnitt Horst Carl, *Unter fremder Herrschaft. Invasion und Okkupation im Siebenjährigen Krieg*, in: Bernhard Kroener (Hrsg.), *Krieg und Frieden. Militär und Gesellschaft in der frühen Neuzeit*, Paderborn u. a. 1996, S. 331–348.

nen. Trotzdem scheint das Wirken einer solchen zynischen Rationalität vorgelegen zu haben: Die Rücksichtnahme auf die längerfristige Erhaltung der Wirtschaftskraft einer Region verminderte sich zumeist, wenn ein Abzug der Truppen bevorstand<sup>171</sup> – und genau dies geschah mit der Erhöhung des Drucks auf den Stadtrat nach Beginn der Friedensverhandlungen.

Aus dem Vergleich der preußischen Vorgehensweisen von 1745 und 1756–1763 zeigt sich, dass die kurze Besetzung Leipzigs und Sachsens im Dezember 1745 durchaus kein Ereignis war, das als so »relativ harmlos« aufgefasst werden muss, wie bislang aus dem Vergleich der Zahlungen und des Zeitumfangs der kriegesischen Ereignisse konstatiert wurde.<sup>172</sup> Betrachtet man die Geschehnisse von 1745 aus der Perspektive des Siebenjährigen Krieges, so wird deutlich, dass die preußische Strategie der Besetzung Leipzigs als erste Handlung einer Besetzung ganz Sachsens überaus erfolgreich war, indem Preußen auf diese Weise die Finanzierung des weiteren Vorgehens für gesichert ansehen konnte. In seinem »Politischen Testament« von 1752 stellte Friedrich II. denn auch den Plan auf, über Halle und vier weitere Orte für eine Eroberung Sachsens in das Land einzudringen, wobei das »bei Halle zusammengezogene Korps ... über Leipzig, Merseburg, Weißenfels und Naumburg marschieren« solle, da »diese schwachen Garnisonen ... ihre Waffen niederlegen« würden.<sup>173</sup> Zwar war die Erhebung von Kontributionen kein neues Mittel, und bereits am Beginn des Zweiten Schlesischen Krieges rechnete Friedrich II. mit entsprechenden Einnahmen,<sup>174</sup> doch zeigen Details das tatsächliche Einarbeiten von Erfahrungen des vorangegangenen Krieges in seine Strategie. Das »Politische Testament« von 1752 enthält zum einen den Plan, die Armee bei Kriegszügen für nur 22 Tage mit Proviant auszustatten, weil man im »Feindesland ... überall Korn findet«,<sup>175</sup> zum anderen aber auch das Problem der nicht ausreichenden transportablen eisernen Feldbacköfen.<sup>176</sup> Aus der Erkenntnis der baldigen Überlastung der örtlichen Mühlen leitete der preußische König die Maßnahme ab, die Soldaten seiner Armee mit Handmühlen auszustatten.<sup>177</sup> Beide Momente lassen sich auch im Zusammenhang mit Leipzig nachweisen. Die Organisation von Maßnahmen zum Brotbacken ist ab dem 2. Dezember aktenkundig und setzt sich fort bis zum 19. Dezember, weil nach der Einnahme Dres-

171 Carl, Unter fremder Herrschaft (Anm. 170), S. 340.

172 So Detlef Döring, Vom Ende der schwedischen Besetzung (1650) bis zum Ende des Siebenjährigen Krieges (1763), in: Detlef Döring (Hrsg.), Geschichte der Stadt Leipzig, Band 2, Leipzig 2016, S. 93. In den meisten Darstellungen der sächsischen bzw. der Leipziger Geschichte wird die Besetzung Leipzigs völlig übergangen und nur die Schlacht bei Kesselsdorf sowie die Zahlung der im Friedensvertrag festgeschriebenen einen Million Reichstaler erwähnt.

173 Friedrich II., Politisches Testament [1752], in: Richard Dietrich (Hrsg.), Die politischen Testamente der Hohenzollern, Köln, Wien 1986, S. 253–461, hier S. 371.

174 Vgl. Koser, Staatsschatz (Anm. 166), S. 218.

175 Friedrich II., Politisches Testament (Anm. 173), S. 437 (im französischen Original S. 436).

176 Ebd.

177 Ebd.

dens die dortigen Öfen genutzt werden konnten.<sup>178</sup> Forderungen nach Getreide gingen ab dem 5. Dezember ein.<sup>179</sup> Die sich bald abzeichnende Überlastung der Mühlen im Leipziger Raum ist mehrfach dokumentiert.<sup>180</sup> Nach der Einnahme Dresdens und der Einstellung des Brotbackens musste noch immer weitergemahlen werden,<sup>181</sup> wie auch in den Naturalienforderungen für den Meißenischen Kreis und Dresden kein Brotgetreide, sondern Mehl aufgelistet ist.<sup>182</sup>

Übrigens gilt derselbe Befund für Torgau: Auch hier wurde ab 1756 dieselbe Strategie verfolgt wie 1745, indem die geldlichen Kontributionsforderungen im Vergleich zu Leipzig verhältnismäßig gering ausfielen, die Bevölkerung aber in beiden Fällen sehr stark unter den langandauernden und zahlenmäßig hohen Einquartierungen zu leiden hatte.<sup>183</sup>

In diesem Sinne wirken die Geschehnisse im Dezember 1745 tatsächlich wie ein Vorspiel zu den Jahren des Siebenjährigen Krieges, auch wenn ein Zeitgenosse vorläufig die Einzigartigkeit des Geschehens betonte:

»Überhaupt ist bey dieser Begebenheit die Reflexion gemacht worden. Daß kaum in einer Historie zu finden seyn wird, wie nehml: eine so große Provinz als Sachßen mit denen Demselben incorporirten Landen, binnen einziger Monaths Frist, feindlich angefallen, völlig Überschwemmt, vermitteltst einer so blutigen Bataille gänzlich gewonnen, und durch einen Frieden wiederum befreyet worden.«<sup>184</sup>

## 8. Biogramme einiger Leipziger Ratsherren

### Rudolph August Schubart

wurde am 26. Oktober 1694 als Sohn von Catharina Sophia Rudolph (1678–8. September 1733) und dem preußischen Kommerzienrat und Leipziger Kaufmann Johann August Schubart (7. Februar 1665–25. Juli 1711), die im Jahr zuvor geheiratet hatten, geboren. Rudolphs Vater war bereits ein Leipziger Kaufmann, Schubarts Vater war Konsistorialrat in Halle.

Rudolph August Schubart begann nach dem Besuch der Fürstenschule St. Afra in Meißen 1712 ein Studium der Rechte in Halle und wechselte 1715 nach Leipzig, wo

178 Vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 11 v, LVII A 10 a, Vol. II, Bl. 47.

179 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 81.

180 Vgl. StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 162.

181 Das Problem ist für Leipzig nachzuweisen in: StadtAL, LVII A 10, Bl. 54 r, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 156, LVII A 10 a, Vol. II, 12 und 47.

182 Hasche, Geschichte Dresdens (Anm. 164), S. 176.

183 Vgl. dazu Jäger, Preußen (Anm. 160).

184 StadtAL, LVII A 16: Relation Über den unvermutheten Einfall derer Preußischen Troupen in die Sächsischen Lande, Bl. 5 v.

er sich 1718 als Notar und Advokat niederließ.<sup>185</sup> 1724 promovierte er in Helmstedt zum Doktor der Rechte. Wieder in Leipzig, heiratete er 1727 Sophia Eleonore Rücker (\*1707),<sup>186</sup> wurde 1730 Handlungskonsulent<sup>187</sup> und 1731 Advokat sowohl beim Oberhofgericht<sup>188</sup> als auch beim Konsistorium<sup>189</sup> in Leipzig. 1742 wurde er Ratsherr, 1750 Stadtrichter,<sup>190</sup> 1754 Hof- und Justizienrat,<sup>191</sup> 1758 Prokonsul und Assessor am Schöppenstuhl<sup>192</sup> und schließlich 1761 zum ersten Mal Bürgermeister (im Folgenden 1764, 1766, 1768 und 1769;<sup>193</sup> an dieses Amt war die Würde eines Kaiserlichen Pfalzgrafen gebunden). 1753 heiratete seine Tochter Amalia Sophia Schubart (\*1730)<sup>194</sup> den Professor der Rechte und Assessor des Oberhofgerichtes Leipzig, Hof- und Justizrat Carl Ferdinand Hommel (1722–1781). 1765 erwarb Schubart das Rittergut Zweinaundorf; er starb am 27. Oktober 1770 in Leipzig.

### Christian Ludwig Stieglitz

wurde am 17. August 1677 als Sohn der Christina Lenz, Tochter des Appellationsrates Ludwig Lenz und des Prokurators am Oberhofgericht und Advokaten Melchior Stieglitz (1629–1692) in Leipzig geboren. Nach einem Besuch der Thomasschule und einem Studium an der Universität Leipzig ab 1691 erwarb er den 1699 Titel eines Doktors der Rechte in Leipzig.<sup>195</sup> Anschließend reiste er durch einige europäische Länder und hielt sich bei der sächsischen Gesandtschaft in Wien und am Appellationsgericht Dresden auf. 1708 heiratete er Johanna Rosina Winckler, eine Tochter des Kaufmanns Daniel Winckler. 1715 wurde er zum Ratsherrn gewählt. Nach dem Tod seiner ersten Frau heiratete er 1719 Erdmuthe Sophia Döring († 1765), Tochter des Dresdner Goldschmiedemeisters Gottfried Döring,<sup>196</sup> die ihm eine Tochter (Erdmuthe Sophie Stieglitz, 1726–1787, 1763 verheiratet mit Christian Gottlob Frege, 1715–1781) und

185 Vgl. Johann Heinrich Zedler, Großes vollständiges Universalexicon [...], Band 35, Leipzig 1742, Sp. 1300. Diese Angaben lassen sich über die Adressbücher nicht bestätigen.

186 Vgl. Karl Friedrich August Nobbe, Einladung an Dr. Martin Luther's deutsches Vaterland zur dritten Secularfeier seines Todestages, Leipzig 1845, S. 17.

187 Vgl. Adressbuch 1747 (Anm. 24), S. 88.

188 Vgl. Adressbuch 1747 (Anm. 24), S. 5 (»Advocati Extraordinarii zur Güthe«).

189 Vgl. Adressbuch 1747 (Anm. 24), S. 8 (»Advocati Extraordinarii«).

190 Vgl. Leipziger Adreß-, Post- und Reise-Kalender, Leipzig 1753, S. 63.

191 Vgl. Leipziger Adreß-, Post- und Reise-Kalender, Leipzig 1754, S. 75 (hier erstmalige Titulatur).

192 Vgl. Leipziger Adreß-, Post- und Reise-Kalender, Leipzig 1764, S. 66.

193 Vgl. Kühling/Mundus, Bürgermeister (Anm. 66), S. 48.

194 Vgl. Leipzig, Kirchliches Archiv, St. Nicolai, Taufen 1728–1734, S. 172. Schubarts »jüngste Tochter« Rahel Christiana, starb am 4. Juli 1752 im Alter von 15 Jahren, wurde also 1737 geboren: Vgl. Leipzig, Kirchliches Archiv, St. Nicolai, Taufen 1734–1740, S. 454 sowie StadtAL Leipzig, Leichenbücher der Leichenschreiberei 1751–1759, Bl. 56v. Weitere Kinder sind in den Kirchenbüchern nicht nachweisbar.

195 Vgl. Erler, Die jüngere Matrikel der Universität Leipzig 1559–1809, Bd. 2, Die Immatrikulationen vom Wintersemester 1634 bis zum Sommersemester 1709, Leipzig 1909, S. 441.

196 Vgl. Königliches Dresden in Meissen (Adressbuch Dresden 1702), Dresden 1702, S. 103.

drei Söhne gebar (Christian Ludwig, 1724–1772, Carl Ludwig und Wilhelm Ludwig, 1735–1796). 1720 wurde er Assessor der Juristenfakultät Leipzig, 1725 Stadtrichter, 1729 Appellationsrat zu Dresden, 1732 Baumeister und 1732 Prokonsul im Leipziger Stadtrat. 1733 ließ er sein über die Mutter ererbtes Haus<sup>197</sup> aufwendig umbauen. 1741 wurde er Vorsteher der Peterskirche und zum ersten Mal Bürgermeister (es folgten weitere fünf Male). 1742 ernannte ihn der sächsische Kurfürst zum Geheimen Kriegsrat. Er starb am 28. Juli 1758.

### **Jacob Born der Jüngere**

wurde 1682 als Sohn der Magdalena Sibylla, geb. Welsch, und des Leipziger Assessors am Oberhofgericht<sup>198</sup> und Ratsherren Heinrich Born (1644–1708) geboren. Im Sommer 1701 begann er ein Studium an der Universität Leipzig<sup>199</sup> und erwarb 1706 in Tübingen den juristischen Dokortitel. In Leipzig wurde er 1707 Ratsherr,<sup>200</sup> 1710 außerordentlicher Advokat am Oberhofgericht und am Konsistorium,<sup>201</sup> 1720 Assessor am Oberhofgericht,<sup>202</sup> Assessor des Schöppenstuhls und zwischen 1729 und 1754 zehnmal regierender Bürgermeister. In der Ehe mit der Kaufmannstochter Susanna Regina geb. Pusch<sup>203</sup> wurde er Vater eines Sohnes, des späteren Juristen und Leipziger Bürgermeisters Jacob Heinrich Born (1717–1775). Er starb 1758.

### **Gottfried Wilhelm Küstner**

wurde am 13. September 1689 als siebtes Kind von Maria Gertraud Friese (1664–1699) und Johann Philipp Küstner (1650–1729), einem Leipziger Bankier, geboren.<sup>204</sup> Nach erstem Unterricht durch Hauslehrer begann er 1706 ein Studium der Rechte an der Universität Leipzig und erwarb 1712 den Dokortitel.<sup>205</sup> 1713 wurde er außerordentlicher Advokat am Oberhofgericht,<sup>206</sup> 1715 Ratsherr<sup>207</sup> und 1716 ordentlicher Advokat am Oberhofgericht<sup>208</sup> sowie außerordentlicher Advokat am Konsistorium.<sup>209</sup> 1716 heiratete er die Tochter des Ratsherrn und Stadthauptmanns Christoph George Winck-

---

197 Vgl. Müller, Häuserbuch (Anm. 43), S. 20f.

198 Vgl. Das ietztlebende Leipzig, Leipzig 1707, S. 37.

199 Vgl. Leipzig, Matrikel 2 (Anm. 195), S. 41.

200 Vgl. Das ietztlebende Leipzig, Leipzig 1707, S. 44.

201 Vgl. Das ietztlebende Leipzig, Leipzig 1710, S. 51 und 52.

202 Vgl. Das Anno 1720 florirende Leipzig, Leipzig 1720, S. 2.

203 Vgl. Müller, Häuserbuch (Anm. 43), S. 139 (Nr. 774).

204 Vgl. Max Küstner, Gottfried Wilhelm Küstner, Friedrichroda 1938, S. 1.

205 Vgl. Leipzig, Matrikel 2 (Anm. 195), S. 245.

206 Vgl. Das Anno 1713 florirende Leipzig, S. 40.

207 Vgl. Kühling/Mundus, Bürgermeister (Anm. 66), S. 45.

208 Vgl. Adressbuch 1720 (Anm. 202), S. 4.

209 Vgl. ebd., S. 6.



ler<sup>210</sup>, Christiana Elisabeth (\*1699);<sup>211</sup> von den sechs Kindern überlebte ihn nur Christian Wilhelm (1721–1785). 1723 wurde er Assessor des Schöppenstuhls und 1726 des Appellationsgerichts in Dresden.<sup>212</sup> Seit 1730 gehörte er dem Kollegiatstift Wurzen an, dessen Dekan er 1756 wurde.<sup>213</sup> 1733 wurde er Stadtrichter, 1734 Syndikus und 1742 Prokonsul.<sup>214</sup> 1748 amtierte er erstmals als Bürgermeister. Er erhielt die Titel des Hofrates und des Geheimen Kriegsrates und starb am 3. Dezember 1762.

## Quellenanhang

### *a. Rudolph August Schubart an den Leipziger Stadtrat, 5. Dezember 1745*

Weil H. D. Moerlin, um heute noch nach Leipzig zu kommen, inzwischen, da ich nebst den übrigen anwesenden Deputirten bey S.r Durchl. dem Printzen Dietrich und dem Königl. Preuß. FeldCommissariat gewesen und bis ietzo Nachmittags 1/4 auf 5. Uhr stehen und warten müssen, fortgereiset ist; so übersende ich die mir eingehändigte und an den Magistrat zu Leipzig lautende Verordnung per<sup>215</sup> Estaffetta mit gehorsamster Bitte, S.r Magnif. dem regirenden Herrn Bürgermeister auch gesamten Collegio nebst Vermeldung meines Respects ungesäumt Nachricht davon zu ertheilen u. die Beförderung der Sache auf alle Weise zu sollicitiren, denn alle Vorstellungen nichts helfen und ob ich schon des Printzens Durchl. um Gottes Willen um eine Moderation und längere Frist ersuchet, dennoch nichts damit ausrichten können. Betreffend E. E. Hochw. Raths IntradenRechnung und Bediente etc. habe ich in allen mehr nicht für Resolution erhalten können, als daß man den Herrn KriegsRath Bittorff deshalb instruiren würde, und will der H. KriegsRath, wie er wenigstens mir die parole gegeben, uns selbst nach Möglichkeit secundiren. Da der Buchstabe der Capitulation so gar klar, so getröste ich mich hirunter eines Temperaments<sup>216</sup>, solte aber dergl. nicht erfolgen, bin ich außer Schuld, weil es an Remonstrationen u. Flehen nicht gefehlet, und wird H. D. Moerlin weitläufftiger erzehlen, wie kurtz und ohne Umstände alles zugehe. Morgen muß der H.

210 Christoph George Winckler († vor 1710), vor 1701 Stadt-Leutnant im Hällischen Viertel, 1706/07 Ratsherr: Das ietztlebende Leipzig. Anno 1701 [unpag.]; Adressbuch 1707 (Anm. 198), S. 44.

211 Vgl. Kirchliches Archiv Leipzig, St. Nicolai, Taufen 1697–1705, S. 167 sowie Trauungen 1699–1718, S. 508.

212 Vgl. M. Küstner, G. W. Küstner (Anm. 204), S. 5.

213 Vgl. ebd.

214 Vgl. Kühling/Mundus, Bürgermeister (Anm. 66), S. 45.

215 Paul Arnold Grun, Schlüssel zu alten und neuen Abkürzungen, Limburg/Lahn 1966, S. 208.

216 In der Bedeutung als Rechtsbegriff im Sinne von »Mäßigung«: vgl. Zedler (Anm. 185), Band 42, Sp. 773.

LandCammerR. v. Funck<sup>217</sup>, H. von Witzleben<sup>218</sup> ausm Churkrayß H. OberforstMstr von Hünerbein<sup>219</sup> [...] aus der Grafschafft Mannßfeldt und ich mit fort nach Torgau, wird also derjenige Herr Deputirte, welcher mich ablöset, recta dahin sich zu begeben haben, oder wenn über alles Verhoffen E. E. Hochw. Rath mich schlechterdings noch einige Tage daselbst laßen wolte, so erwarte zum mindesten einen Coffre mit denen wenigen Sachen, so ich mir von meiner Liebste<sup>220</sup> verschrieben, fördersamst dahin, denn ich nicht das geringste mit mir genommen und nicht nur an LebensMitteln sondern auch an anderen Bedürfnissen Mangel leide, welches allem Ansehen nach in Torgau noch aerger werden dürffte. Die Feld-Commissariats Verordnung habe ich darum eröffnet, damit wißen möchte, ob auch alles mit deme, was man uns mündlich gesaget, accordire, immaßen diesen Nachmittag man eigentl. weiter nichts mit uns vorgenommen, als daß einem ieden sein TodesUrthel also schrifftl. zugestellet worden, derohalben S.r Magnif. der Herr ViceCantzler mich excusiren wird. Die Zeit und der Raum ist zu kurtz, ausführlicher mich zu expliciren, derowegen nur soviel annoch melde, daß zwar ratione derer Raths-Intraden, Versiegelung derer Cassen, Vorlegung derer Bücher etc. noch gute Hoffnung habe, hingegen von denen Geld- u. Fourage-Quantis probabiler nichts zu decourtiren seyn möchte, wenigstens rathe ich nicht, von denen ersten 50 m Rt. die neul. auf Abschlag bezahlten 8 m Rt. abzuziehen, sondern nur Erinnerung zu thun, daß vermöge Quittung man selbige bey den andern oder 3ten Termine miteinrechnen würde, obschon aller Repräsentationen ungeachtet ich die Einwilligung darzu noch nicht erlangen können. Ich bitte schlußlich Gott, daß Er uns in so großer Bekümmerniß mächtiglich beystehen wolle, recommendire auch meine baldige Befreyung u. Ablösung, mit aller Aufrichtigkeit verharrend [...] <sup>221</sup>

217 Ferdinand Wilhelm von Funcke († nach 1779), 1738 Land-Kammer-Rat beim Kammer-Kollegium: Königl. Poln. und Churfürstl. Sächsischer Hof- und Staats-Calender, Leipzig 1738, S. 25, sowie 1779, S. 126.

218 Raban Heinrich von Witzleben (1673–1757), 1731 Kreis-Steuereinnnehmer des Kurkreises: Königl. Poln. und Churfürstl. Sächsischer Hoff- und Staats-Calender, Leipzig 1731, S. [D2v].

219 Georg August Christof Freiherr von Hünerbein (1720–1796), Oberforstmeister in der Grafschaft Mansfeld.

220 Sophia Eleonore Schubart, geb. Rücker (\*1707).

221 StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 88r–90v.

*b. Rudolph August Schubart an den Leipziger Stadtrat, 5. Dezember 1745*

Ich bin vorgestern unter der Preuß. Armee in Compagnie des Herrn LandCammerRaths von Funck<sup>222</sup> anhero mitabgegangen und Abends um 6. Uhr alhier arriviret, würde aber entweder kein Quartier oder doch ein sehr miserables sogleich gefunden haben,<sup>223</sup> daferne nicht mein Johann sich zu guten Glücke auf die verwitbete Frau Zweifel<sup>224</sup> noch besonnen hätte, welche in des Herrn Bürgermeisters D. Bergers<sup>225</sup> Hauße, wo sie wohnet, Rath geschaffet uns auch täglich vieler Liebe und Höflichkeit erweist. Der ehrl. Herr Bürgermeister selbst liegt am Podagra kranck im Bette, weil er aber an der Regierung, ist die Stube vom Morgen bis auf den Abend voll von Officiern und Soldaten, die bald dieses bald jenes verlangen, so daß es ein Jammer, es nur mitanzusehen. Die ganze Infanterie steckt in dieser einzigen Stadt und sind die Häuser von unten bis oben angefüllt.<sup>226</sup> Wenn es noch etl. Tage währet, wird Brod und Bier u. alles rein aufgezehret seyn, wie denn schon kein Brandwein mehr vorhanden. In der Redoute bey der Brücke hat der Major Wetter<sup>227</sup> mit seinen 300. Mann LandMiliz<sup>228</sup> capituliret und einen freyen Abzug erhalten, iedoch dürften die Officiere binnen gewisser Zeit nicht wieder den König in Preußen dienen. Man sagt, es hätten die Preußen bereits 2. Meilen von hier weiter hinauf zu Cosdorff<sup>229</sup> Posto gefaßet. Niemand weiß, was eigentlich vorgehet, sondern es läuft eines wieder das andere und kurtz: das Elend und die Lamenten sind unaussprechlich. Heute höre ich, daß man anfängt, mit Gewalt zu werben und schon einige Schüler weggenommen. Alle Gaßen und Straßen stehen voll von Wägen, so Fouflage und Commiss-Brod bringen. Gestern traff ich den Herrn CammerHerrn von Büнау<sup>230</sup> wegen des des[!] Stifts Wurtzen inngl. die 2. Deputirten wegen Zeit<sup>231</sup> an. Sie mögen von der Unmöglichkeit sagen was sie wollen, so hilfft dennoch alles nichts, und man hat den äußerl. Ansehen nach noch weniger egard vor sie, als vor die Stadt Leipzig

222 Vgl. Anm. 61.

223 In der Stadt waren zu diesem Zeitpunkt 22 Bataillone Infanterie, Artillerie, der Generalstab und das Feldkriegskommissariat einquartiert; vgl. Jäger, Preußen (Anm. 160), S. 52.

224 Nicht ermittelt.

225 Johann Gottlieb Berger (†1760), ab 1739 abwechselnd Beisitzer im Stadtrat bzw. Bürgermeister von Torgau, vgl. Verzeichnis der Bürgermeister, Ratsmitglieder ... 1379 bis 1815, H 44.

226 Vgl. zu den Umständen in Torgau auch StadtAL, LVII A 11, Bl. 13 v–16 v.

227 Nicht ermittelt.

228 Zur Person konnte nichts ermittelt werden. Die Landmiliz hatte die Funktion, »bey vorfallender Noth das Land von innen« zu beschützen; die Soldaten wurden »meistens aus denen Unterthanen genommen«; Johann Gottfried Schaumburg, Einleitung zum Sächsischen Rechte, Dresden und Leipzig 1781, S. 422.

229 Koßdorf, heute ein Ortsteil der Stadt Mühlberg im brandenburgischen Elbe-Elster-Landkreis.

230 Rudolph von Büнау (auf Lossa; † nach 1768), 1735 Stifthsauptmann der Stiftsregierung zu Wurzen: Königl. Poln. und Churfürstl. Sächsischer Hof- und Staats-Calender. Leipzig 1735, S. [Bv] und [Fv] bzw. 1768, S. 155.

231 Nicht ermittelt.

und dasigen Magistrat. Um aber auf unsere eigene Angelegenheiten zu kommen, berichte ich zuörderst, daß ich nicht nur Eur. HochEdl. beyde Briefe vom gestrigen dato empfangen, sondern daß auch Risch<sup>232</sup> gestern Abends und früh H. Burchardi<sup>233</sup> angelanget. Sie sind ietzo, da ich dieses schreibe, hingegangen, zu Ablieferung der Fourage Anstalt zu machen. Wie ich hoffe, sollen sich die Proviant-Officianten noch ziemlich raisonnables finden lassen, ich bitte mir aber die in der Beylage specificirten Sachen durch den zuerst abgehenden Fourage-Wagen aus und meynt Risch, daß Dieselben den Zettel nur seinem Bruder zustellen und ihn dafür sorgen lassen dürfften.

Betreffend die Pferde und die Mannschafft<sup>234</sup> habe ich sofort mit dem FeldCommissariat gesprochen und alle nur ersinnliche Repräsentation gethan, allein noch zur Zeit keine deutliche und positive Erklärung sondern nur soviel zur Antwort bekommen, man möchte doch die Sache nicht aigriren, die Umstände wolten es nicht anders verstaten, inzwischen würde man noch zusehen, was diesfalls zu resolviren möglich wäre, dabey ich zugleich befragt worden, ob heute gewiß Geld gestellt würde etc. Mein einziger Trost ist<sup>235</sup> demnach dieser, daß bey Ablegung des 1sten Termins Vielleicht noch einige Remedur erfolgen möchte, es ist aber alles dieses ungewiß, denn die Abfertigungen so gar kurtz und zweifelhaftig sind, daß man nichts versteht und nur mehr confus wird. Da ist kein Plan, keine Proportion, kein Begriff u. Känntniß vom Lande, sondern es heißt: sic volo. Einige andere Hn. Deputirte haben schrifftl. Vorstellungen übergeben, ich glaube aber kaum, daß man solche gelesen, wenigstens bleiben sie ohne Resolution. Wann also die Pferde u. die Mannschafft bey uns aufzubringen unmöglich, wie ich fest versichert bin, daß es nicht practicable, so bin der unvorgreiffl. Gedanken, daß man vor der Hand es bey dem Gelde u. der Fourage bewenden laße, doch werde alle Mühe vorkehren, ob etwa von beyden noch ein Theil herunter gehe. Vielleicht können der Herr GeneralMajor u. Commandant,<sup>236</sup> inngl. der Herr KriegsRath Bittorff, wenn man sich selbige zu Freunden macht, bey denen Articuln von Pferden u. Mannschafft die Stadt durch einen Bericht secundiren. Falls ich 1. od. 1/2 Eymmer guten RheinWein hier hätte, gedächte ich, den Commissariat keinen kleinen Gefallen damit zu erzeugen, innzwischen stehet dennoch dahin, ob der Nutzen untrüglich.

232 Vgl. hierzu die Unterlagen zum Transportgut: StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 94–96.

233 Vermutlich Matthias Burckhardi, Aufseher des Zeughauses, Sous-Lieutenant im Grimmischen Zwinnger, vgl. Adressbuch 1747 (Anm. 24), S. 219.

234 Die preußische Armee hatte gleich nach der Besetzung der Stadt eine Anzahl an Pferden (später wurde die Zahl 42 genannt) nach Magdeburg gebracht. Die gesamten 103 Mann Leipziger Stadtsoldaten wurden auf der Pleißenburg festgehalten und trotz zahlreicher Bemühungen des Rates bei verschiedenen Personen noch nach Friedensschluss am 27. Dezember: vgl. StadtAL, LVII A 10, Bl. 60 v erst nach Magdeburg, dann nach Berlin verbracht: vgl. StadtAL, LVII A 10 b, Bl. 9 v und 13 f. Erst am 5. Februar 1748 kamen 98 der Soldaten nach Leipzig zurück.

235 Im Text steht verschrieben »ich«.

236 Heinrich Günther Gottfried von Bosse (1680–1755), vgl. Anm. 38.

Gott weiß, daß mir das Hertze bluten mögte, wenn ich an die Procedures und an die künfftigen Suiten davon gedенcke, und soulagirt mich noch einigermaßen, daß ich höre, wie in Leipzig wenigstens gute Ordnung gehalten wird und die Bürgerschaft sich von ihrem Schrecken in etwas erhohlet, denn an anderen Orten alls durcheinander gehet. Von unserer Armee ist nichts zuverlässiges zu vernehmen, als daß gesprochen wird, sie soll zwischen Meißen u. Dreßden stehen. Meines Erachtens würde nicht unrecht seyn, Bericht über Bericht an das hohe Geh. Consilium zu schicken od. gar jemanden aus dem Collegio dahin zu senden, und vielleicht fertiget dieses sodann jemanden an S.r Königl. Majt.<sup>237</sup> nach Pohlen oder an des Königs in Peußen Majt. ab, immaßen sonst das Land auf lange Jahre ruinirt ist, woferne nicht bald Einhalt geschiehet. Das Stifft Merseburg soll 125 m Rt. 50. Pferde u. 10. Wagen mit Knechten, die Grafschafft Mannßfeldt 68750 Rt. 50. angeschirrte Pferde u. 10. Wagen mit Knechten, das Stifft Zeitz 150 m Rt. u. 60. vierspännige Wagen, das Stifft Wurtzen 50 m Rt. 2180 Zentner<sup>238</sup> Mehl 4000 Zentner Heu, 480 Schock<sup>239</sup> Stroh u. 9200 Schfl.<sup>240</sup> Hafer schaffen. Das GeldQuantum beym hiesigen Creyße beträgt ebenfalls 150 m Rt. das FourageQuantum aber habe ich nicht mercken können, denn niemand vom Creyße hier ist, u. ieder seine Verordnung à part u. versiegelt bekommen hat. Die Termine sind überall einerley u. da vorher zum 1sten Termine der 9te huj. bestimmt war, hat man nunmehr den 8ten dafür gesetzet. Überhaupt war das gantze GeldQuantum 1200 m Rt. wobey iedoch noch etl. Creyße fehlten. Man wolte mir aufbürden, die Verordnung an den Leipziger Creyß anzunehmen, ich habe es aber depreciert: Wo niemand zugegen, schickt man Staffetten hin die Leute mögen zu Hauße seyn od. nicht. Alle Einnehmer werden über Halß u. Kopff verpflichtet u. die Cassen ausgeleert. Der Vermuthung nach will das Commissariat eine Zeitlang alhier verweilen, wenn gleich die Armee weiter fortrücket. In Summa, es ist eine Noth, Lärmen u. Verderben, so mit Worten nicht auszudrücken. Gott verleihe nur, daß es bald ein Ende nehme. Ich empfehle Eur. HochEdl. benebst unserer ganzen lieben Stadt deßen mächtige Beschirmung und Erbarmung, bitte S.r Magnif. den regierenden Herrn BürgerMeister<sup>241</sup> u. gesammten hochwerthesten Collegio meinen gehorsamsten Respect zu vermelden und Dieselben allseits meiner Treue, Ergebenheit und möglichsten Dienstbereitschafft zu versichern, auch meiner Liebste<sup>242</sup> u. Kindern<sup>243</sup> einen Gruß von mir machen zu laßen, in übrigen aber vor richtige Innehaltung der Termine bestens zu sorgen, denn die Geschwindigkeit und Accuratesse nicht ohne alle

237 Kurfürst Friedrich August II. von Sachsen, als König von Polen August III. (1696–1763).

238 Das verwendete Zeichen konnte nicht nachgewiesen werden; dass es sich aber um »Zentner« handelt, geht aus der Forderung des Feldkriegskommissariats vom 5. Dezember 1745 hervor: vgl. StadtAL, LVII A 10a, Vol. I, Bl. 81 r.

239 Schubart verwendet das Zeichen für »Schock«: vgl. Grun, Abkürzungen (Anm. 215), S. 274.

240 Schubart verwendet die Abkürzung für »Scheffel«: Grun, Abkürzungen (Anm. 215), S. 272.

241 Jacob Born d.J. (1682–1758), vgl. die Biogramme in Abschnitt 8 des Beitrags.

242 Sophia Eleonore Schubart, geb. Rücker (\*1707).

243 Amalia Sophia (\*1730, 1753 verh. Hommel) und Rahel Christiana Schubart (1737–1752).

Avantage zu seyn scheint. Daß das Geld u. Fourage Quantum von sämtl. Einwohnern der Stadt Leipzig u. als Contribution gefordert wird, stehet meines Erinnerns schon in der Verordnung, derothalben nicht nöthig, daß ich solches wiederhohle.

Bis hierher war ich mit meinem Briefe vor Tische. Über der Mahlzeit ietzo läßt uns der Printz Dietrich zu sich hohlen und kündigt uns an, daß wenn nicht richtig inne gehalten würde, er sich an unseren Personen erhohlen u. daneben für Execution scharffe Orde ertheilen wolle. Mit mir waren der H. CH. v. Büнау, H. v. Funck, H. v. Schau-roth<sup>244</sup> aus Zeitz H. v. Hünerebein<sup>245</sup> aus dem Manßfeldischen etc. Ich meines Orts excusirte mich, daß ja schon der Anfang gemacht wäre, denn die 36. Fuder Heu sind kommen, allein er sagt, er brauche vornehm. Haber, dahero bitte vor allen Dingen solchen u. das Geld zu senden. Man hört nur mit genauer Mühe u. ich befürchte vor diejenigen, so säumig sind, Verdruß. Ich bitte die üble SchreibArt wegen großer Eilfertigkeit zu entschuldigen [...]«<sup>246</sup>

---

244 George Bernhard von Schauroth († um 1749), vor 1728 Land-Kammer-Rat im Kammer-Kollegium und Kammer-Rat im Kammer-Kollegium des Stiftes Naumburg, 1731 Kammer-Rat im Kammer-Kollegium des Stiftes Zeitz: Königl. Poln. und Churfürstl. Sächsischer Hoff- und Staats-Calender. Leipzig 1728, S. [c3], 1731, S. [F] sowie 1749, S. 40.

245 Georg August Christof Freiherr von Hünerebein (Anm. 219).

246 StadtAL, LVII A 10 a, Vol. I, Bl. 131 r–134 v. Das nächste Dokument der Akte ist die Quittung über die Ablieferung der ersten 50 000 Rt. Kontribution vom 8. Dezember 1745, was die Befreiung Schubarts nach sich zog.



## Manu propria – Mit eigener Hand

95 Autographe der Reformationszeit

*Hans-Peter Hasse, Jana Kocourek, Katrin Nitzschke (Hg.)*

ISBN 978-3-86729-207-8

1. Auflage 2017, 19 x 26 cm

Klappenbroschur

224 Seiten, 190 meist farbige Abbildungen

25,00 €

»Manu propria« – »mit eigener Hand« geschrieben. Schon immer wurden Autographe berühmter Persönlichkeiten gesammelt, gekauft und verkauft. So befindet sich heute in der SLUB Dresden ein bedeutender Schatz von Originalhandschriften der Reformationszeit. Dieser Band versammelt eine Auswahl von 95 Autographen des 16. Jahrhunderts. Luthers Handschrift seiner Vorlesung über die Psalmen aus den Jahren 1513 bis 1515 wird ebenso vorgestellt wie bisher unveröffentlichte Dokumente. Die Idee war es, den Menschen des 16. Jahrhunderts näher zu kommen, daher fiel der Blick auch auf Quellen links und rechts der sogenannten Spitzenstücke. Bei der Auswahl wurde das Ziel verfolgt, ein breites Spektrum von Akteuren und möglichst verschiedene Gattungen handschriftlicher Texte zu berücksichtigen: Druckmanuskripte, Tischreden, Bucheintragungen und Musikhandschriften. Besonderen Stellenwert nehmen Briefe ein, wie beispielsweise der von Melanchthons Ehefrau Katharina oder von Margaretha Kuffner, einem jungen Mädchen aus Leipzig, das sich heimlich mit Melanchthons Sohn verlobte und ihn nicht heiraten durfte. Ausdruck frühester Sammelleidenschaft ist die sogenannte Dresdner Reformatorenbibel, ein koloriertes »Album« mit Autographen und Porträts der Wittenberger Reformatoren erster Stunde. Die Breite der Quellenüberlieferung vermittelt einen Eindruck von dem weit gespannten Netzwerk der Akteure der Reformation und öffnet Fenster in gelehrte Schreib- und Denkwerkstätten.

### Inhalt

Geleitworte

Grußwort des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens

Grußwort der Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde und Förderer der SLUB e.V.

Sola scriptura – Geleitwort des Generaldirektors der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB)

Einführung der Herausgeber

Katalogteil – 95 Autographe der Reformationszeit



## Leipzig im März 1848 und der Beginn der Revolution in Sachsen

*Andreas Schneider*

### Drei Paukenschläge zum Auftakt

Mittwoch, der 1. März 1848: In Scharen drängten die Leipziger am Vormittag zur 1. Bürgerschule auf der Moritzbastei. Obwohl die engen Tribünen schon brechend voll waren, ebte der Zustrom keineswegs ab. In dicht gedrängten Reihen verlangte immer noch eine Vielzahl interessierter Bürger Einlass. Schließlich musste tatsächlich auch noch zusätzlich der Sitzungssaal für Besucher freigegeben werden – erstmals seit 1831. Hautnah erlebte nun ab 10 Uhr das Publikum auf den Galerien und im Saal, was ihre über Wahlmänner bestimmten Mandatsträger, die Leipziger Stadtverordneten, seit den Wahlen von 1845/46 vielfach Liberale und seit 1847 auch geleitet von einem Liberalen, dem Vorsteher August Franz Werner, so engagiert im Plenum diskutierten: die »Wünsche des Volkes«, formuliert zu einer vorbereiteten »Adresse«, zu einer Petition an König Friedrich August II. von Sachsen. Begriffe schwirrten im Raum, die eben noch verdächtig und undenkbar gewesen, jetzt aber in aller Munde waren: Beseitigung der verhassten Ausnahme Gesetze des Deutschen Bundes, Pressefreiheit, Volksvertretung in einem deutschen Parlament. In ihrer Summe waren es Forderungen nach einem maßvollen Politikwechsel hin zu Reformen, hin zu stärkerer Demokratisierung, entsprechend all den angestauten Hoffnungen der Vormärz-Zeit auf politischen Fortschritt, entsprechend auch den neuen politischen Forderungen anderswo in Deutschland.<sup>1</sup> Schließlich wurde die diskutierte Bittschrift von »sämtlichen anwesenden 52 stimmberechtigten Mitgliedern einstimmig angenommen«, also auch von den Konservativen unter ihnen. Heinrich Brockhaus, der damals wohl schon reichste Verleger der Stadt, hatte gegen die Adresse gesprochen und mit einem weiteren Gegner der Adresse den Sitzungssaal vor der Abstimmung verlassen, auch aus Protest gegen die Freigabe des Saals für das

---

<sup>1</sup> Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 25–27 (handschriftlicher Wortlaut der Adresse); Abdruck im Leipziger Tageblatt (im Folgenden: LTb) vom 3. März 1848, S. 601 f., in der Deutschen Allgemeinen Zeitung (im Folgenden: DAZ) vom 4. März 1848, S. 653 f. und in der Leipziger Zeitung (im Folgenden: LZ) vom 4. März 1848, S. 1238 f.; im Eigendruck verbreitet im Verlag Karl Biedermann, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig (im Folgenden: StadtgML), 1848/49: 126/37 Nr. 36.

Publikum.<sup>2</sup> Über das weitere Vorgehen wollte man sich auf Anfrage von Robert Blum dann auf einer Nachmittagssitzung verständigen, wenn die Reaktion des auf dem Rathaus versammelten Stadtrats bekannt sei, dem man »sofort nach dem Schlusse der [...] Plenarsitzung durch eine Deputation« die Adresse übergab und zum Beitritt zu ihr aufforderte, also zur Unterstützung ihrer Forderungen. Die Abordnung bestand aus dem Vorsteher Werner und dem Stadtverordneten Karl Wilhelm Otto Koch, der am Ende der Revolution, im Juni 1849, zum Leipziger Bürgermeister gewählt werden und es bis zu seinem Tod 1876 bleiben sollte.<sup>3</sup> Zugleich bat man die Stadträte, eine »diesfallsige Entschließung den Stadtverordneten noch heute« mitzuteilen. Das größtenteils liberal eingestellte Kollegium der Stadtverordneten erhoffte sich ein einheitliches Handeln mit den Stadträten und bemühte sich nach Kräften darum. Werner bemerkte deshalb vor dem Ratsplenum noch am selben Tag gezielt, wenn auch im Ergebnis nicht ganz zutreffend, dass die Adresse »irgendeine politische Tendenz [...] nicht habe, sondern nur die Erhaltung der inneren Ruhe unseres Vaterlandes bezwecke«.

Die Stadträte wagten keine Ablehnung und traten ihr schließlich im Ergebnis ihrer Plenarsitzung wie gewünscht ebenfalls einstimmig bei und dankten den Stadtverordneten »für die darin kundgegebenen ehrenwerthen Gesinnungen«.<sup>4</sup> Diese Einstimmigkeit überraschte, deshalb folgte im Gegenzug der Dank der Stadtverordneten an die Stadträte für den Beitritt, den sie auf ihrer extra dazu einberufenen zweiten Sitzung vom 1. März 1848 aussprachen, die am Nachmittag ab 16 Uhr stattfand; der Antrag zum Dank an den Stadtrat kam von Otto Koch. Außerdem beschlossen die Stadtverordneten, wie vom Stadtrat empfohlen, das Absenden einer Deputation zur Übergabe der »Adresse an den König«. Der »aufrichtigste« Dank der Stadtverordneten an den Rat wurde am Folgetag nochmals schriftlich an den Stadtrat geschickt und die »lebhafteste Freude« über das gemeinsame Vorgehen der beiden Gremien an der Spitze der Stadt betont. Dabei bekräftigten die Stadtverordneten, wie sehr sie »es innig fühlen« würden, »wie nur in dem gemeinsamen vertrauensvollen Wirken der Gemeindevertreter« in »bedrängten

2 LTB vom 2. März 1848, S. 593f., DAZ vom 3. März 1848, S. 642; DAZ vom 6. März 1848, S. 682; Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849, Band 1: Bis zum Zusammentritt des Frankfurter Parlaments, Frankfurt am Main 1970, S. 368; Rudolf Brockhaus (Hrsg.), Aus den Tagebüchern von Heinrich Brockhaus, 5 Theile, Leipzig 1884–87, hier Band 2, Leipzig 1884, S. 164 (Anm. des Hrsg.).

3 Zu Otto Koch 1848/49: Klaus Sohl, ... die größte Ehre, welche dem Manne vom Volke verliehen werden kann. Zum Wirken Leipziger Abgeordneter in der Paulskirche, in: Volker Rodekamp (Hrsg.), Laß Recht und Freiheit nicht verderben. 1848 – zum 150. Jahrestag der Deutschen Revolution von 1848/49 in Sachsen (Ausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig Altes Rathaus, 9. November 1998 bis 11. April 1999; Katalog), Leipzig 1998, S. 44–53, hier S. 47–50; Karin Kühling, Doris Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Eine Übersichtsdarstellung mit biographischen Skizzen, Beucha 2000, S. 60 f.

4 StadtAL, Stadtverordnete 1830–1935 (im Folgenden: StVAkt (Anm. 4)) S 20, Bl. 16v und 17; StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 3 (Ratssitzung vom 1. März 1848).



Abb. 1: Schützenhaus um 1850, kolorierte Lithographie von Adolph Wilhelm Werl  
(StadtgML, Inv.-Nr. S/251/2006)

Zeiten die sicherste Bürgschaft für die Wohlfahrt der Commune begründet ist.«<sup>5</sup> Initiator Biedermann wertete das Vorgehen im Nachgang als zweifachen Erfolg. Die »radicale Partei« habe den Liberalen »die Führung« überlassen und der mehrheitlich konservative Stadtrat habe sich angeschlossen.<sup>6</sup> (Abb. 1)

Mittwoch, der 1. März 1848, abends ab 19 Uhr: Abermals großer Andrang, nun bei einem schon zwei Tage zuvor geplanten »Reformbankett« zu Ehren der französischen Februarrevolution im größten Saal der Stadt, im Schützenhaus, das aber »unter dem Eindrucke der Verhandlung am Vormittag eine höhere Bedeutung« erhielt und mit etwa 800 bis 1000 Leipzigern ohne eigentliche Einladung, nur mit mündlicher Verabredung, wieder nicht alle Interessierten zu fassen vermochte; »man mußte schon vor dem bestimmten Anfangspunkte schließen, weil weitere Theilnehmer keinen Platz mehr fanden«. Der harrenden Menge wurde schließlich die Galerie geöffnet, die jedoch auch nur »den kleinsten Teil« aufnehmen konnte – ein weiterer Beleg für eine bisher un-

5 Ebd., Bl. 5–8 (Antrag auf Erlassung der Adresse) und Bl. 10 (Schreiben der Stadtverordneten vom 2. März); DAZ vom 3. März 1848, S. 642.

6 Karl Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, Band 1: 1812–1849, Breslau 1886, S. 253.

erreichte politische Mobilisierung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen in Leipzig. Als vergeblich erwies sich die »Hoffnung, dass in Folge der von dem Stadtrathe und den Stadtverordneten gemeinschaftlich erlassenen Adresse das Festmahl im Schützenhause unterbleiben werde [...]«<sup>7</sup>.

Der Gedanke, der Europa unerwartet durchzuckte, die Idee bürgerlich-demokratischer Revolution, hatte von Frankreich und Baden ausgehend, Leipzig mit ersten Nachrichten in einer belgischen Zeitung am Morgen des 26. Februar erreicht, dann in mehreren Schüben am 27. Februar sowie am Morgen und Mittag des 28. Februar, dann nochmals konzentriert am Abend und in der Nacht zum 29. Februar 1848. Vom Sturz des Königs und der Ausrufung der Republik in Frankreich handelten nun auch zunehmend ausführlicher die Berichte in der Lokalpresse. Die Kunde von den Begebenheiten in Paris »machte ungeheuren Eindruck«, wie Stadtverordneter Eduard Stephani in seinem Tagebuch vermerkte; sie erregte und mobilisierte die Stadt. Organisatoren des »Festmahls« waren die radikalen Demokraten um Robert Blum und Arnold Ruge, die beide als Stadtverordneter bzw. Ersatzmann schon am Vormittag aktiv an der Diskussion im Sitzungssaal der ersten Bürgerschule beteiligt waren. Nun feierten sie in der Bürgerversammlung gemeinsam mit den unzähligen interessierten Leipzigern an neun Tafeln bis Mitternacht mit vielen Trinksprüchen den Anbruch einer neuen Zeit,<sup>8</sup> wobei sich die »große Theilnahme an den Ereignissen des Augenblicks in allen Klassen der Bevölkerung offenbarte«<sup>9</sup> und aus »Blums Worten Funken sprühten, die alle Anwesenden electrisch durchzuckten und für die neu hereinbrechende Zeit begeisterten«<sup>10</sup>. Die Bürgerversammlung wurde nach einem Vorschlag von Heinrich Wuttke von Arnold Ruge geleitet, beides Vertreter der liberalen Linken, aber im Verlauf der Revolution bald mit gegensätzlichen Ansichten. Ruge »deutete den Charakter des Festes dahin, daß es in diesem ersten Augenblicke gelte, dem ersten Schritt in Sachsen, vielleicht in Deutschland, seine volle Zustimmung zu erklären«. Zur Präzisierung der Adresse an den König fasste die »in maßvoller und entschiedener Haltung durchgeführte Versammlung« in einer Dankadresse an die Stadtverordneten die Wünsche des Volkes für »constitutionelle

7 Von Broizem an das Ministerium des Innern, 7. März 1848, Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (im Folgenden: StA-L), 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 219, Bl. 8–22v, hier Bl. 11v und 12r. Für das Folgende ebd., Bl. 8v, 13; Friedrich Böttcher, Eduard Stephani. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, insbesondere zur Geschichte der nationalliberalen Partei, Leipzig 1887, S. 9; Biedermann, Mein Leben (Anm. 6), S. 246; Annette Zwahr, Sachsen im März 1848. Die Kommunen im Ringen um den Sturz der Regierung von Könneritz, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 7 (1979), S. 35–50, hier S. 36; Dies., Zur Politik der Bourgeoisie Sachsens von Februar bis September 1848, Leipzig, Univ., Diss. A, 1980, S. 34f.; Hartmut Zwahr, Im Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft. Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Teilband 2: Das neunzehnte Jahrhundert 1830/31 bis 1909, Leipzig 2010, S. 13–547, hier S. 321.

8 StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S 20, Bl. 24–25 (Notizen mit Angaben zu den Teilnehmerzahlen an neun Festtafeln).

9 DAZ vom 4. März 1848, S. 654 (ausführlicher Bericht zum Festbankett).

10 Der Leuchthurm 37 (1848), redigiert von Ernst Keil, S. 649 (Text nach Blums Tod verfasst).

Rechte« in fünf Forderungen zusammen, welche »die Forderungen der Stadtverordneten nur genauer und einzelner hervorhob«: neben Geschworenengerichten, Pressefreiheit, wirklicher Verantwortung der Minister auch »directe Wahlen« und »Bildung eines neuen deutschen Mittelpunktes zur Wahrung der deutschen Freiheit nach Außen«, also der Wunsch nach deutscher Einheit in einem neuen Nationalstaat. Wenn diese Adresse an die Stadtverordneten zur Übergabe an deren Vorsteher erklärtermaßen auch der »Beruhigung der Gemüther« dienen sollte, so ergibt sich daraus neben allen inhaltlichen Forderungen auch ein deutlicher Hinweis auf die revolutionäre Stimmung in der Stadt. Die Dankadresse verfehlte aber ihre Wirkung nicht und fand in der Volksversammlung allgemeine Zustimmung. Wegen der Überfülle im Saal konnte sie nur von je zwei Mann pro Tafel unterzeichnet werden. Jedoch verlangte die »bis zur Gefahr vollgepfropfte Galerie«, sich »an dieser Zustimmung bethätigen« zu können.<sup>11</sup> Als die radikaldemokratischen Landtagsabgeordneten Hermann Joseph, Wilhelm Michael Schaffrath und Carl Gotthelf Todt den Saal betraten, erscholl ein »Jubel, der nicht enden wollte und keine Grenzen kannte«. Joseph »bestieg die Tribüne, um die Verbesserungen näher zu bezeichnen, welche ihm Sachsen und Deutschland zu bedürfen schienen«. Störer wurden von Blum und Präsident Ruge zurechtgewiesen. Ruge sah sich zur Forderung veranlasst, unbedingt auf »gesetzlichem Boden« zu bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, wollte er weder Kommunisten noch Konservativen als potenziellen Scharfmachern das Wort gestatten; sein Ansinnen ist aber gewiss auch als Beleg für deren größere Anwesenheit im Saal zu deuten.<sup>12</sup> »Um fest und einzig aufzutreten«, gab Robert Blum zugleich mit neun der Adresse ähnlichen, aber umfassenderen Forderungen die politische Linie für das Königreich Sachsen vor, zu der »alle Männer des Fortschritts sich die Hand reichen möchten«, also für die Einheit von Demokraten und Liberalen. Am 3. März 1848 machte er sie im »Aufruf an die Freisinnigen Sachsens« in prägnanter Form öffentlich und als Rundschreiben (Zirkular) zunächst für den Redeübungsverein und dann in ganz Sachsen zugänglich. Hauptforderungen waren – wohl auch orientiert an den Mannheimer Forderungen vom 28. Februar 1848 – der sofortige Rücktritt der Regierung, Presse-, Versammlungs- und Glaubensfreiheit, demokratisches Wahlrecht, Volksbewaffnung, Schaffung eines deutschen Parlaments und Verantwortung der Minister gegenüber dem Landtag.<sup>13</sup> »Ihre sofortige Gewährung allein kann unser Vaterland vor großen Stürmen

11 StadtAL, StVakt (Anm. 4) S 20, Bl. 23–25 (Vermerk; Dankadresse); DAZ vom 4. März 1848, S. 654 (Bericht zum Bankett).

12 Richard Lipinski, Die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Leipzig, Erster Teil bis 1857, Leipzig 1931, S. 40.

13 Näheres bei Hans Jörg Schmidt, Robert Blums Freiheitsverständnis, in: »Für Freiheit und Fortschritt gab ich alles hin«. Robert Blum (1807–1848), Visionär, Demokrat, Revolutionär (Begleitbuch zur Ausstellung des Bundesarchivs), bearb. von Martina Jesse, Berlin 2006, S. 18–24, hier S. 20; Ralf Zerback, Robert Blum. Eine Biografie, Leipzig 2007, S. 211; Zwahr, Zur Politik der Bourgeoisie (Anm. 7), S. 48.





gerlicher Schichten und deren Hoffnung auf Besserung ihrer materiellen und sozialen Lage«<sup>15</sup> bewusst.

Am Freitag, dem 3. März 1848, herrschte 20 Uhr wieder großer Andrang, nun am Dresdener Bahnhof, von dort wegen der Enge ausweichend auf die Straßen zum Markt und schließlich auf den Marktplatz. Die zur Übergabe der »Adresse Sr. Majestät dem König von Sachsen überreicht von Stadtrat und Stadtverordneten der Stadt Leipzig« nach Dresden gesandte Leipziger Deputation, geführt von dem seit 1840 amtierenden Bürgermeister Johann Karl Groß, wurde zurückerwartet. Zu ihr gehörten außerdem die Stadträte Friedrich Nies und Moritz Seeburg sowie die drei Stadtverordneten Werner, Biedermann und Weyand. Anonyme Maueranschläge hatten die Leipziger zum Empfang am Bahnhof zusammengerufen. Die Delegation war am Morgen des 2. März 1848 abgereist und am Nachmittag bei der Ankunft am Bahnhof in Dresden von den demokratischen Landtagsabgeordneten Joseph und Schaffrath sowie dortigen Stadtverordneten und Bürgern mit einem dreimaligen Hoch auf sie und die Stadt Leipzig als die »Vorkämpferin von Recht und Freiheit« begrüßt worden. Dabei wurde in der Residenzstadt noch am nächsten Tag, am 3. März 1848, mehrheitlich eine ähnliche Adresse von Stadtrat und Stadtverordneten an den König sowie die Öffnung des Sitzungssaals für interessierte Bürger als »zu pariserisch« abgelehnt.<sup>16</sup>

Die Leipziger Delegation erhielt zwar an jenem Tag um 12 Uhr vom wenig reformbereiten König in »Privater Audienz« im Arbeitszimmer einen wohlwollenden Empfang und konnte ihre Adresse vorbringen; sie wurde aber von ihm mit »Worten väterlicher Ermahnung« und insgesamt sehr »ungnädig entlassen«. Entrüstet und verletzt selbst über die zahme Aktion einer »einzelnen Kommune«, wollte er ihr diesen Weg der »Bitte« nicht zugestehen und sprach den Stadtverordneten grundsätzlich die Kompetenz dazu ab, sich in Belange der Krone einzumischen. Er weigerte sich deshalb, mit ihnen über den Inhalt der Adresse überhaupt zu sprechen, zu der sich die Stadtverordneten und Stadträte Leipzigs nur in Überschreitung ihrer Befugnisse hätten hinreißen lassen. Karl Biedermann als Autor der Adresse, der die Szene später als Augenzeuge plastisch schilderte, war mehr als enttäuscht.<sup>17</sup> Nun bei der Rückkehr wartete am Bahnhof »eine

15 Andreas Neemann, Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Radikalisierung. Die Revolution 1848/49 im Königreich Sachsen, in: Katalog 1848 (Anm. 3), S. 17–31, hier S. 18.

16 LTB vom 6. März 1848, S. 635 (Bericht aus Dresden).

17 Biedermann, Mein Leben (Anm. 6), S. 253; zeitgenössisch: LTB vom 3. März 1848, S. 621; DAZ vom 5. März 1848, S. 661; die knappe amtliche Aktennotiz über die Unterredung ist abgedruckt bei Ludwig Neemann, Revolution in Sachsen 1848/49 (Anm. 14), S. 63 (Dokument 36) sowie Josef Matzerath (Hrsg.), Der sächsische König und der Dresdener Maiaufstand. Tagebücher und Aufzeichnungen aus der Revolutionszeit 1848/49, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 170 (Quelle jeweils Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10006 Oberhofmarschallamt, O IV, Nr. 254). Die Antwort des Königs wurde als Einblattdruck öffentlich gemacht: StadtGML, 1848/49:126/37 Nr.3, und wie die Adresse an ihn auch in der Lokalpresse jeweils vollständig abgedruckt, z. B. LZ vom 5. März 1848, S. 1277 f.

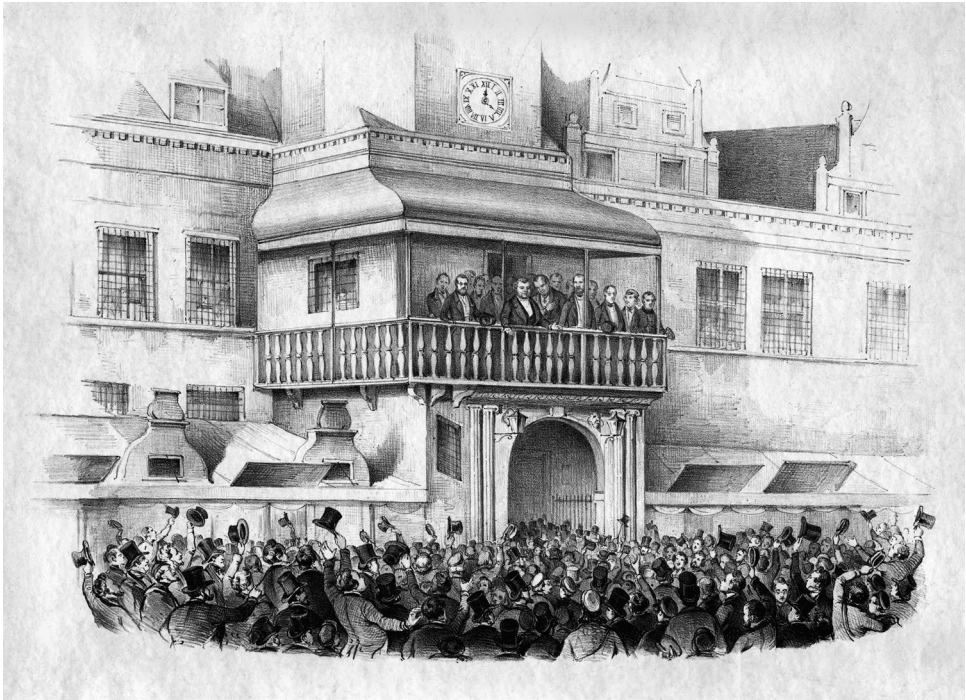


ansehnliche Menschenmasse«, um unverzüglich und unmittelbar Kenntnis von der Reaktion des Königs auf die Leipziger Forderungen zu erhalten. Da sich die Ankunft des Zuges verspätete, stieg die Erwartung hier ebenso wie auch bei den vielen vor dem Rathaus Wartenden. Im Rathaus selbst waren alle Stadträte und Stadtverordneten versammelt. Ein Ratsherr trat zwischenzeitlich »nach langen Rufen« auf den Balkon und beschwichtigte die Massen, dass noch kein Zug angekommen sei und so auch noch keine Nachricht vom Ergebnis der Deputation gegeben werden könne. Die »ansehnliche Masse« auf dem Marktplatz harnte weiter erwartungsvoll und friedlich an dem lauen Märzabend aus, wenngleich zunehmend ungeduldiger. Als die zurückkehrenden Deputierten dann endlich in Leipzig eingetroffen waren, wurden sie auf dem Weg vom Bahnhof bis zum Rathaus von den nach Informationen über den Ablauf der Mission verlangenden Menschenmassen begrüßt und begleitet. Alle der nun über 1000 Leipziger auf dem Marktplatz vor dem Rathaus begeherten, es war inzwischen schon nach 21 Uhr, voller Spannung und sehnlichst den Bericht über die Audienz beim König. Von Augenblick zu Augenblick wurden es mehr Zuhörer, sodass bald mehrere Tausend Menschen auf dem Markt zusammengekommen waren.

Vom Rathausbalkon sprachen zunächst die Deputierten Moritz Seeburg als Stadtrat und Karl Biedermann als Stadtverordneter, aber sie drangen mit ihren Worten und der Verlesung der Antwort des Königs nicht durch den Lärm durch. Eigentlich hatten sie auch nichts zu berichten, was unten auf dem Platz für freudige Stimmung hätte sorgen können. Die kompromisslose Reaktion des Königs erboste die Menschen, zumal am Morgen bekannt geworden war, dass im Großherzogtum Baden ähnliche Adressen erfolgreich gewesen waren. Ein kritischer Moment entstand, Enttäuschung und Zorn drohten in Entrüstung und vielleicht sogar gewalttätige Aktionen umzuschlagen – bis Robert Blum auf dem Balkon erschien. Blum solle sprechen, hatte die auf dem Markt versammelte Menge zuvor immer wieder aufgebracht skandiert. (*Abb. 3*) Der war zwar nicht mit in Dresden gewesen, trat aber dennoch vor, gehörte er doch zu den anwesenden Stadtverordneten. Sofort wurde es still bei den Massen unten auf dem Markt. Ruhig und besonnen redete Blum, mit seiner markanten Stentorstimme, die noch bis in die angrenzenden Straßen zu hören war, in diesem Moment wieder tatsächlich eine Art Volkstribun wie schon im August 1845.<sup>18</sup> Schon am Vortag angefeuert von seinem langjährigen Mitstreiter Heinrich Wuttke,<sup>19</sup> forderte Blum nun als erster auch öffentlich den Rücktritt der Minister, wozu er am nächsten Tag in der Stadtverordnetenversammlung

18 Zum »Leipziger Gemetzel« und Blum 1845: Ralf Zerback, Als Ohnmacht Macht wurde. Der August 1845 in Leipzig: Unruhen oder Umsturz?, in: Ulrich Brieler, Rainer Eckert (Hrsg.), Unruhiges Leipzig. Beiträge zu einer Geschichte des Ungehorsams in Leipzig (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 12), Leipzig 2016, S. 139–150; Birgit Horn-Kolditz, Das »Leipziger Gemetzel« im Jahr 1845, in: Leipziger Stadtgeschichte. Jahrbuch 2014, S. 73–98.

19 So zumindest Wuttkes akademischer Schüler Georg Müller-Frankenstein, Artikel »Wuttke, Heinrich«, in: Allgemeine Deutsche Biographie, Band 44, München 1898, S. 569–572.



*Abb. 3: Robert Blum fordert am 3. März 1848 vom Rathausbalkon unter dem Beifall von Leipzigern auf dem Markt den Rücktritt der Regierung. Lithografie eines unbekannten Künstlers, um 1848 (StadtgML, Inv.-Nr. Rev. 70; die Uhr im Turm zeigt nicht die korrekte Uhrzeit an)*

den Antrag auf Abfassung einer neuen Petition stellen wolle. Stürmischer Beifall folgte, Zylinder wurden in der Dunkelheit geschwenkt – und Robert Blum hielt sein Versprechen: der nächste Paukenschlag der Revolution.<sup>20</sup> Kreisdirektor Eduard von Broizem als Vertreter der Staatsmacht war überrascht: Was er denn da über die Entlassung der Minister sage, wandte er sich erschrocken an Blum, als der vom Balkon zurückgetreten war. Der bedeutete ihm: »Ja, die werden wir beantragen und Sie selbst müssen beim König diesen Antrag befürworten«. Die Massen gingen schließlich an jenem Abend, von Blum beruhigt, wie 1845 ohne die befürchteten Gewaltakte auseinander. Ein Augenzeuge betonte: »Das freie, offene Wort beruhigte die Menge und der Friede der Stadt

20 LTB vom 5. März 1848, S. 621; DAZ vom 5. März 1848, S. 682; Hans Blum, Robert Blum. Ein Zeit- und Charakterbild für das deutsche Volk, Leipzig 1878, S. 253f.

blieb ungestört.« Aber »der Unwille that sich auf dem Markte und in den Straßen unumwunden kund«.<sup>21</sup>

Drei Szenen, drei Mal mutiges und selbstbewusstes Erheben freiheitlicher Forderungen, dreifach friedlicher und gewaltfreier Protest mit immenser Breitenwirkung – aber auch drei Demonstrationen überraschender Geschlossenheit der Leipziger zu Beginn der Revolution, friedliches Anschlusshandeln eingeschlossen, als erste Stadt im Königreich Sachsen. Die »Märzideen« als Programm des Liberalismus, im Kern Forderungen nach politischer Freiheit und nationaler Einheit sowie Ergebnis einer einmaligen und breiten Fundamentalpolitisierung der Menschen,<sup>22</sup> hatten nun die Stadt Leipzig erreicht und fanden hier sofort breiten Widerhall. Trotzdem ist zu betonen, dass es insgesamt nur eine Minderheit der Leipziger war, die sich sofort für die neue Zeit begeisterte, wenn auch eine große Minderheit. Mit welcher Wucht die Ereignisse in Frankreich selbst die wirtschaftlich wie politisch tonangebenden Kreise der Stadt beeindruckten, überliefert eine prominente Quelle. Heinrich Brockhaus notierte nach Erhalt der ersten Nachrichten am 25. bis 29. Februar 1848 in sein Tagebuch: »Das sind welthistorische Ereignisse und wohl selten haben sich ähnliche in so einem kurzen Zeitraum entwickelt [...] ich bin noch nie in so einer Aufregung gewesen [...] Beim Empfang dieser Nachrichten habe ich begriffen, wie man durch plötzliche Ereignisse den Verstand verlieren kann«.<sup>23</sup>

### **Der Wettstreit zwischen Liberalen und Radikaldemokraten sowie ihr frühes Bündnis**

Wie in einer Art Entladung des vorrevolutionären Spannungszustandes, die sich buchstäblich über Nacht ereignete, schienen jetzt endlich der so heftig ersehnte Tag des Zusammenbruchs des vormärzlichen Systems, das Ende der Stagnation und der Anbruch einer neuen Zeit gekommen. Sofort fühlten sich viele Leipziger im Märzerlebnis, im »Staunen über das Wunderbare, das nun auch den [...] Deutschen beschert wurde«, von den neuen Gedanken angesprochen und schlossen sich in ungeheurer Breite dem Vorgehen ihrer Protagonisten an. Es herrschte eine Frühlings- und Aufbruchstimmung, die durch das ungewöhnlich milde Wetter mit seiner unvorstellbar »schönsten Frühlings-

21 Eduard Sparfeld, Das Buch von Robert Blum, Leipzig 1849, S. 58. Vgl. auch Arthur Frey, Robert Blum. Ein Charakterbild für Freunde und Gegner, Mannheim, 5. Auflage 1848, S. 28; Biedermann, Mein Leben (Anm. 7), S. 254f.; von Broizem an das Ministerium des Innern, 7. März 1848, StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 219, Bl. 8–22v, hier Bl. 15r, zu den Abendvorgängen insgesamt Bl. 14–16.

22 Allgemein u. a.: Wolfgang J. Mommsen, 1848 – Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849, Frankfurt am Main 1998, S. 91f.; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen »Deutschen Doppelrevolution«. 1815–1845/49, München 1987, S. 717f.

23 Brockhaus (Hrsg.), Tagebücher von Heinrich Brockhaus (Anm. 2), S. 160f., 163.

luft« auch ganz unmittelbar empfunden wurde. Ihre Hauptkraft zog die (März-)Bewegung in Leipzig von Beginn an aus jener »merkwürdigen Einmüthigkeit aller Parteien und aller Classen der Bevölkerung«, sodass wochenlang »ganz Leipzig einer Gesinnung« und »von unausrottbarem Mißtrauen gegen das herrschende System erfüllt« war.<sup>24</sup> In der Bewegung dominierten aber zunächst vor allem Männer, vom Kaufmann bis zum Handwerker, vom Studenten bis zum Arbeiter. Am 11. März 1848 wurden bei einer Volksversammlung im Schützenhaus erstmals Frauen auf den Galerien und damit als Zuhörer zugelassen.<sup>25</sup> Im weiteren Verlauf der Revolution eröffneten sich ihnen einige Möglichkeiten aktiver Beteiligung und einzelne traten sogar schon selbstständig öffentlich in Aktion. Jedoch rechtlich und politisch gleichberechtigt waren sie in dieser Zeit noch keinesfalls, geschweige denn partizipatorisch in die Prozesse der Politik eingebunden, nicht einmal bei den radikalen Demokraten.<sup>26</sup>

Von Beginn an drückten in Leipzig zwei Aktionskreise allem Geschehen den Stempel auf – ein Beleg für die in Leipzig im Unterschied zu anderen Städten Sachsens und Deutschlands schon ziemlich weit fortgeschrittene Ausdifferenzierung der politischen Meinungen. Da war einerseits das 1843 gegründete liberale »Maikäfer«-Netzwerk um den »politischen Professor« Karl Biedermann, Historiker und Extraordinarius der Staatswissenschaften an der Landesuniversität, und seinen Schwager Otto Koch, einem stadtpolitisch engagierten Anwalt. Neben dem »Maikäfer-Vater« Georg Wigand, einem renommierten Verleger und Buchhändler, gehörten zu diesem Netzwerk des Weiteren dessen Schwiegersohn Theodor Cichorius sowie Eduard Stephani, beide noch jüngere Anwälte, aber auch der Schriftsteller Heinrich Laube und der ebenfalls erfolgreiche Buchdruckereibesitzer und Musikalien-Verleger Raimund Härtel. Als ebenso bedeutsam entwickelte sich andererseits das seit 1839/41 bestehende Netz der Radikaldemokraten um Blum und Ruge, um Wuttke und Otto Wigand, wie sein Bruder ebenfalls Verleger und Buchhändler. Dieses Netzwerk schloss auch die studentische Linke um den 1841 organisatorisch erneuerten »Progress« ein und hatte seit 1845/46 im »Redeübungsverein« schon eine Art Vorform organisatorischen Zusammenschlusses gefunden, sozusa-

---

24 Karl Biedermann (ungenannt), Sachsen bis zum Rücktritt des Märzministeriums, in: Die Gegenwart. Eine enzyklopädische Darstellung der neuesten Zeitgeschichte für alle Stände, Band 5, Leipzig 1850, S. 596; Blum, Robert Blum (Anm. 20), S. 257. Zum »wunderbaren Frühling«: Frank Lorenz Müller, Die Revolution 1848/49, Darmstadt, 3. Auflage 2009, S. 40f.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution (Anm. 2), S. 360f.

25 Lipinski, Geschichte der Arbeiterbewegung in Leipzig (Anm. 12), S. 43.

26 Näheres bei Beate Klemm, Handlungsräume Leipziger Frauen im Umfeld der bürgerlichen Revolution 1848/49, in: Johanna Ludwig, Ilse Nagelschmidt, Susanne Schötz (Hrsg.), Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Bonn 1999, 75–88, hier S. 75f.; Susanne Schötz, »Alle für Eine und Eine für Alle?« Zur Geschichte weiblicher Emanzipationsbestrebungen im 19. Jahrhundert in Leipzig, in: Brieler, Eckert, Unruhiges Leipzig (Anm. 18), S. 151–210, hier S. 166–194.

gen bereits eine halblegale Organisation.<sup>27</sup> Biedermann hatte in der Stadtverordnetenversammlung am 1. März 1848 für den ersten Paukenschlag der Revolution gesorgt. Da er seit 3. Januar 1848 als Nachfolger von Heinrich Brockhaus als Stellvertreter des Vorstehers der Stadtverordneten fungierte,<sup>28</sup> versuchte er dieses Gremium geschickt für seine Ziele zu nutzen. (Abb. 4) Sofort nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten aus Paris hatte er am Montag, dem 28. Februar 1848, die Idee zu einer Adresse an König Friedrich August II. von Sachsen entwickelt und einen Entwurf dazu gleich selbst verfasst. Seine insgesamt eher gemäßigt einzuschätzenden Märzforderungen legte er wohl zunächst seinen »Maikäfer-Freunden« vor, bevor er sie noch am selben Tag schon mit einigen liberalen Stadtverordneten diskutierte. Er wollte unbedingt den Radikaldemokraten um Robert Blum zuvorkommen und Stadtrat sowie Stadtverordnete statt die Massen mobilisieren, also »sich der Bewegung bemächtigen«. Er hatte aus ihm glaubwürdiger Quelle erfahren, dass auch die »Radicalen«, wie er sie nannte, »mit einer Demonstration zugunsten der Pariser Revolution umgingen«. Damit war das erwähnte »Siegesbankett« im Schützenhaus gemeint.<sup>29</sup> Deshalb lud Biedermann in Absprache mit dem Stadtverordnetenvorsteher Werner umgehend für den Abend des 29. Februar 1848 zu einer Sitzung der Deputation zum Lokalstatut ein, der Verfassungsdeputation, deren Mitglieder die einflussreichsten des Kollegiums der Stadtverordneten von rechts und links waren und zu der seit Januar auch Robert Blum gehörte.<sup>30</sup> Von dieser Beratung konnte Biedermann die mehrheitliche Zustimmung zu seinem vom »Umschwung der Dinge« bestimmten Entwurf einer Adresse an den König mitnehmen. Nur Heinrich Brockhaus und der konservative Kramermeister Carl Heinrich Andreas Poppe, beide zugleich Landtagsabgeordnete, stimmten dagegen, weil ihnen schon diese gemäßigte Adresse als

27 Zu den Netzwerken: Páll Björnsson, Zwischen Ausflügen und Barrikadenkampf. Die Konstituierung des liberal-demokratischen Netzwerkes in Leipzig 1845–1849, in: Leipziger Kalender 2001, S. 73–87, hier S. 75–79; Susanne Schötz, Kommunale Selbstverwaltung und politische Öffentlichkeit 1831–1847, in: Geschichte der Stadt Leipzig, von den Anfängen bis zur Gegenwart, Teilband 3: Vom Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg (1815–1914), hrsg. von Susanne Schötz, Leipzig 2018, S. 132–166, hier S. 148–150; zum Wirken Biedermanns 1848/49: Rolf Weber, Durst nach Realität. Karl Biedermann und die liberale Bewegung in Leipzig, in: Katalog 1848 (Anm. 3), S. 54–69. Zu den »Maikäfern« auch erstmals Böttcher, Eduard Stephani (Anm. 7), S. 4–6. Näheres zum »Progress« als burschenschaftlicher Reform- und Erneuerungsbewegung und zu den Studentengruppierungen: Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 252–254, 323f.; Harald Lönneker, Robert Blum und die Burschenschaft, in: Katalog Robert Blum (Anm. 13), S. 113–121, hier S. 115f.

28 LTB vom 22. Januar 1848, S. 225 sowie StadtAL, P 25, Nr. 1, Bd. 15, Bl. 2; Leipziger Adreßbuch (im Folgenden: LAB) 1848, S. 133 (Verzeichnis der Stadtverordneten).

29 Als Zeitzeuge: Theodor Flathe, Geschichte des Kurstaats und Königreiches Sachsen, Band 3: Neuere Geschichte Sachsens von 1806–1866, Gotha 1873, S. 553f.; DAZ vom 6. März 1848, S. 682 (Brockhaus-Erklärung); Biedermann, Mein Leben (Anm. 6), S. 246; von Broitzem an das Ministerium des Innern, 7. März 1848, StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 8–22v, hier Bl. 10v und 12v.

30 Vgl. die Teilnehmerliste StadtAL, StVAKt (Anm. 4) S 20, Bl. 2 (auch Robert Blum war anwesend); Biedermann, Mein Leben (Anm. 6), S. 247 – ebenso fast wörtlich Emil Wörner, Leipzig in den Jahren 1848 und 1849, in: Schriften des Vereins für die Geschichte Leipzigs 9 (1909), S. 142–188, hier S. 147.





Abb. 4: Karl Biedermann, Lithografie um 1848  
(StadtgML, Inv.-Nr. F 590)

zu weitgehend erschien. Am nächsten Tag, dem 1. März 1848, auf der Plenarsitzung der Stadtverordneten sollten beide den Saal rechtzeitig vor der Abstimmung verlassen. Stadtverordnetenvorsteher Werner gab dann dort selbst das Votum der Minderheit bekannt. In der Debatte betonte Blum unter anderem, dass wegen des vagen Wortlauts der Adresse die »hohe Freude«, mit der er die Stadtverordnetentagung begrüßt habe »wie wenige Ereignisse in seinem Leben«, schon in der Deputationssitzung »herabgemindert« gewesen sei: »Einen klaren, bestimmten Ausdruck unserer Wünsche gebe sie nicht.« Befürchte man »Störungen der öffentlichen Ordnung«, wenn man klarer spreche, so müsse doch die Frage gestellt werden, »wer durch fortgesetzte Rechtsverweigerung daran die Schuld trage«.<sup>31</sup> Hatte Biedermann zunächst in seinem Entwurf der Adresse u. a. festgehalten, dass die »bisherige Politik des Deutschen Bundes [...] zurzeit nur eine Politik der Kabinette, nicht der Völker« sei, so gipfelte sein Text in drei Hauptforderungen: 1. nach der Mitwirkung Sachsens bei der Aufhebung der Ausnahmegesetze des Bundestages, also nach einer »Umgestaltung der bisherigen Politik des Bundes«, 2. nach der Gewährung der Pressefreiheit im »Gesamtgebiet des Deutschen Bundes« (Heinrich Brockhaus plädierte an jenem Abend vergeblich dafür, sie zur alleinigen Forderung zu erheben) und 3. nach der Einberufung eines deutschen Parlaments, »um diese hohe Versammlung mit der moralischen Macht eines öffentlich ausgesprochenen und verkörperten Nationalwillens zu umgeben«, also als Vorstufe zum ersehnten Nationalstaat aller Deutschen, wie

31 StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S 20, Bl. 2 (Sitzung der Deputation zum Localstatut vom 29. Februar 1848); Zwahr, Zur Politik der Bourgeoisie (Anm. 7), S. 36; LTB vom 2. März 1848, S. 593 (Anm. 2).

es schon das Offenburger Programm vom 10. September 1847 als erstes Manifest der radikalen Demokratie<sup>32</sup> gefordert hatte und wie es ähnlich im Antrag von Friedrich Daniel Bassermann an die badische Kammer vom 12. Februar 1848 formuliert war.<sup>33</sup> Am Vormittag des nächsten Tages, dem 1. März 1848, fand nun wie dargestellt diese noch deutlich im devoten Bittstellergestus verfasste Adresse an den König auf der von Werner und Biedermann umgehend einberufenen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten in der erwähnten lebhaften Diskussion ihre Annahme. Biedermann begründete die bewusst gemäßigte Abfassung der Petition in der Diskussion als einen »Gesamthruf der öffentlichen Meinung«, dem sich auch der in seiner Mehrheit eher konservative Stadtrat anschließen könne.<sup>34</sup> Blum hatte in der Debatte der Stadtverordneten in einer längeren Rede zwar seine Absicht verteidigt, eine »offene, ehrliche Aussprache« zu wollen und dabei seine Haltung gegen die Adresse wegen ihrer »Halbheit in Worten« bekräftigt. Zugleich hatte er jedoch betont, dass er »um der Einigkeit willen dafür stimmen« werde, was er Biedermann schon vor der Sitzung signalisiert hatte. Denn im Interesse der Geschlossenheit der Opposition, »nur um die vereinte Kraft der Stadt für das gemeinsam erreichbare Ziel zu gewinnen«, suchte Blum zunächst das Bündnis mit den gemäßigten Liberalen um Biedermann und hatte deshalb dessen Adresse unterstützt, obwohl sie ihm zu devot sowie nicht weitgehend genug erschien. Dafür nutzte er mit Ruge und Wuttke die erwähnte Versammlung am Abend des 1. März im Schützenhaus, um im »Wettstreit« mit Biedermann um die Deutungshoheit klar als Dirigent der Massen aufzutreten – wohl auch im Wissen darum, dass ihm seine größere Popularität und Biedermanns fehlendes Redetalent dabei beträchtlich halfen. Biedermann glaubte sich jedoch durch die Veranstaltung im Schützenhaus in seiner Meinungsführerschaft kaum beeinträchtigt und sah die Wirkung des Fests als »unschädlich« verpufft an. Es habe sich lediglich in die »Zustimmungsadresse an die Stadtverordneten« zugespitzt.<sup>35</sup>

Als Robert Blum die Nachricht von der siegreichen Februarrevolution in Paris am Abend des 29. Februar 1848 erreichte, befand er sich wie viele Leipziger Bürger gerade auf einem Wohltätigkeitsball im noblen »Hotel de Pologne« in der Hainstraße, der »zum Besten der Erzgebirgler und Schlesier Notstandsgebiete« veranstaltet wurde. (Abb. 5) Umgehend beriet er mit befreundeten Demokraten wie Ruge und Theodor Althaus das weitere Vorgehen, wobei man sich vorläufig auf die Vorgänge in Leipzig konzentrieren

32 Mommsen, 1848 – ungewollte Revolution (Anm. 20), S. 94–96. Der Text wurde erstmals in der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 19. September 1847, Sp. 2495 sowie als Flugblatt veröffentlicht.

33 Zwahr, Zur Politik der Bourgeoisie (Anm. 7), S. 36. Zum Antrag von Friedrich Daniel Bassermann: Wolfgang von Hippel, Revolution im deutschen Südwesten, Stuttgart 1998, S. 94 f.

34 LTb vom 2. März 1848, S. 593 f. Zur Sprache der Adresse u. a.: Werner Wendt, Beiträge zur Sozialgeschichte Leipziger Kaufleute des 19. Jahrhunderts am Beispiel von Johann Marc Albert Dufour-Feronce (1798–1861), Gustav Harkort (1795–1865) und Carl Lampe (1804–1889), Diss. Frankfurt am Main 2010, S. 89 f.

35 Blum am 1. März, LTb vom 2. März 1848, S. 594; Blum, Robert Blum (Anm. 20), S. 252; Zerback, Robert Blum (Anm. 13), S. 211; Biedermann, Mein Leben (Anm. 6), S. 247, 252.





Abb. 5: Robert Blum vor dem Hotel de Pologne. Collage aus zeitgenössischen Lithografien (StadtgML, Inv.-Nr. F/d/5 und K/546/2006)

wollte. Die anschließende Versammlung des Redeübungsvereins war »von mindestens 1 000 Personen besucht« und kann als Vorläufer des Festbanketts vom nächsten Tag gelten.<sup>36</sup> Blum und Biedermann traten somit quasi wechselseitig als Aktivisten der ersten Stunden in Leipzig in Aktion und ihre Bundesgenossenschaft in den ersten beiden Wochen der Revolution sicherte am Ende ihren Erfolg. Denn auch die gemäßigten Liberalen um Biedermann brauchten Blum und seinen Kreis. Sie sahen in den Radikaldemokraten insgesamt zunächst einen Partner in ihrem Ziel, über Vereinbarungen die spätfeudalen Gesellschaftszustände in Sachsen behutsam zu liberalisieren sowie das Königreich und Deutschland insgesamt im Geist bürgerlicher und nationalstaatlicher Entwicklung zu modernisieren. Beide Aktionskreise nutzten darüber hinaus von Be-

<sup>36</sup> DAZ vom 4. März 1848, S. 654; Blum, Robert Blum (Anm. 20), S. 250; Zerback, Robert Blum (Anm. 13), S. 209f.; Lipinski, Geschichte der Arbeiterbewegung in Leipzig (Anm. 12), S. 39; von Broizem an das Ministerium des Innern, 7. März 1848, StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 219, Bl. 8–22v, hier Bl. 10.

ginn an auch ihre Stellung im mehrheitlich liberalen Stadtverordnetenkollegium. Blums Vorreiterrolle mit seiner ersten öffentlichen Forderung nach Rücktritt der Könneritz-Regierung schon am Abend des 3. März – und spätestens in diesem Moment hatte er Biedermann überflügelt<sup>37</sup> – stützte sich hauptsächlich auf seine Rückendeckung durch Progreß-Studenten der Universität, die nun ins Zentrum des politischen Geschehens an der Universität rückten und auf gewisse Weise ihre Legalität seit dem Verbindungsverbot von 1819/20 zurück erlangten. Denn sie bildeten stets einen großen Anhang bei Blums nun fast täglich stattfindenden Schützenhaus-Versammlungen. Schon auf dem dortigen Festbankett am Abend des 1. März war die aus seiner Wirkung resultierende Machtposition deutlich geworden: »Nach dem Schlusse des Festes um Mitternacht verlangte man ungestüm noch ein Mal Robert Blum, der die Jugend des Herzens und des Geistes leben ließ, die sie heute zusammengeführt hätte und hoffentlich noch oft zusammenführen würde. Die Versammlung wurde hierauf aufgehoben und die Leiter zogen sich mit den Ehrengästen zurück.« Blums Devise war: Zuerst Leipzig und Sachsen, dann Deutschland. Seine unmittelbaren Ziele bestanden im Sturz des alten, vormärzlichen Systems in Sachsen und in der Vorbereitung freier Wahlen für Deutschland sowie in verfassungsgebenden Befugnissen für das zu wählende deutsche Parlament. Doch zunächst wusste er seinen Platz in Leipzig. Seine Taktik des Kompromisses im Stadtparlament und andererseits der Kompromisslosigkeit zur Politik der »gelenkten Straße«, zum offenen Populismus, barg hohe Risiken, da sie ihn auch als »Doppelzüngler« erscheinen ließ.<sup>38</sup>

### Bewegung in der Stadtgesellschaft

Vier Wochen »fast ununterbrochener Aufregung und Anstrengung« für alle Protagonisten hatten begonnen: quasi Revolutionsarbeit »non stop«, regelrecht im Kampf gegen die Uhr.<sup>39</sup> In Deutschland werde »im März mehr aufgeräumt als fünfzig Jahre einer ruhigen Entwicklung vermocht hätten«, hielt Heinrich Brockhaus am 15. März 1848 in seinem Tagebuch fest.<sup>40</sup> Aber die Stadtgesellschaft in Leipzig geriet im Ganzen nun unversehens in Bewegung. Die »Märzideen« bewegten schlagartig viele Einwohner der Stadt und ihre Fürsprecher erhielten nicht nur in den Versammlungen, sondern auch auf offener Straße »donnernde Lebehochs«, wie z. B. am 4. März 1848 Blum, Biedermann, Ruge und Otto Wigand. Am 8. März zogen im Anschluss an eine Schützenhausversammlung »4000

37 Harald Lönneker, Friedrich Carl Biedermann (1812–1901), in: Gerald Wiemers (Hrsg.), *Sächsische Lebensbilder*, Band 7, Leipzig 2015, S. 43–62, hier S. 51 (die Rolle in der ersten Märzhälfte sei »nicht ganz klar«).

38 DAZ vom 4. März 1848, S. 654; Zerback, Robert Blum (Anm. 13), S. 211 f., 216.

39 Biedermann, *Mein Leben* (Anm. 6), Band 1, S. 273; Zerback, Robert Blum (Anm. 13), S. 210.

40 Zitiert nach Volker Titel (Hrsg.), *Heinrich Brockhaus, Tagebücher. Deutschland 1821 bis 1874*, Erlangen 2004, S. 332 (neu nach: Brockhaus, *Tagebücher von Heinrich Brockhaus* [Anm. 2], S. 169).



Abb. 6: »Deutsche National-Cocarden«, Werbeplakat 1848 (StadtgML, Inv.-Nr. 1848/49:126/37 Nr. 35)

Männer singend durch die Stadt« und brachten »auf mehrere Abgeordnete Lebehochs« aus. Weitere Versammlungen wie die drei ersten von Stadtverordneten und Stadtrat am 1. März 1848 folgten in rascher Dichte; beide Gremien tagten in den nächsten Wochen nahezu in Permanenz, oft mehrmals in der Woche, die Stadtverordneten anfangs häufig sogar zweimal am Tag. Fast täglich versammelten sich auch die Bürger in den ersten Wochen im Schützenhaus. Auf einer dieser Volksversammlungen feierten die Studenten Blum und Ruge am 4. März 1848 mit Ständchen und patriotischen Gesängen. Die schwarz-rot-goldenen Bänder, die die sich nun schnell radikalisierenden Burschenschaftler hatten heimlich anfertigen lassen, eroberten als schwarz-rot-goldene Banner bald den öffentlichen Raum. Schon am 8. März 1848 trugen sie schwarz-rot-goldene Kokarden an den Hüten und im Saal hing die schwarz-rot-goldene Nationaltrikolore.<sup>41</sup> (Abb. 6)

Aber nicht Blum und Biedermann oder der Stadtrat, sondern die Stadtverordnetenversammlung übernahm in Leipzig wie in anderen Orten am Beginn der Revolution die Hauptrolle und wurde zum Motor der Bewegung. Dabei erhielt sie von Beginn an großen und danach noch stürmisch wachsenden Zuspruch der Bevölkerung, die häufig »die Gänge, die Treppen, selbst den Saal um die Sitze der Gemeindevertreter« füllte und so das Plenum vor allem als Forum bürgerlicher Meinungsbildung erlebte. Wie überall in den städtischen Revolutionszentren fungierten die Stadtverordneten so »gleichsam hautnah als Sprecher der Bevölkerung«, als Verkünder des Volkswillens. Selbst Kreisdirektor Eduard von Broizem konstatierte diese Tatsache. Zumindest ließ er dies in zwei äußerst aufschlussreichen und vielseitigen Lageberichten an seine vorgesetzte Behörde, das Ministerium des Innern, anklingen. In den beiden am 7. und 8. März 1848 abends

41 DAZ vom 6. März 1848, S. 682; Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 323 f., 326; Lipinski, Geschichte der Arbeiterbewegung in Leipzig (Anm. 12), S. 42.

per Kurier nach Dresden gesandten »Vorträgen« verwies er mit Nachdruck auf die angeheizte revolutionäre Stimmung nach den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten (er nannte es natürlich »Aufregung«). In Leipzig etablierten sich die Stadtverordneten auf diese Weise in der Wahrnehmung der Bürger endgültig als ihr Vertretungsorgan und diese »unterstützten die Stadtverordneten durch Beitrittserklärungen, friedliche, von jedem Terrorismus freie Ovationen ihres Beifalls«. <sup>42</sup> Nicht einmal verweigerte die Bürgerschaft und Bevölkerung den Stadtverordneten in den ersten Wochen die Zustimmung; stets schlossen sich die Stadträte ihren Vorschlägen einstimmig an, wenn wohl einige mitunter eher widerwillig. Mit dem Zusammenwirken von Stadtverordneten und Stadtrat vollzog sich im März 1848 zudem »die von der bürgerlich-liberalen Bewegung seit langem geforderte vollständige Emanzipation der Gemeinde« mit einer »bewusst ausgleichenden, auf die Erhaltung der kommunalen Eintracht gerichteten Strategie«. <sup>43</sup> Sie bildete gleichsam den Kompass für die Akteure an der Stadtspitze, nicht allein nur für die ersten Revolutionstage und gemeinsam mit der Gewalteindämmungsstrategie, der Forderung nach Gesetzlichkeit und dem Kampf gegen Chaos und Anarchie, gegen die gewaltsame »Revolution der Straße«, die seit 1830 als Schrecken tief im Bewusstsein der Handelnden verankert war. Deshalb wurde dem König in der liberal-devoten Adresse vom 1. März 1848 auch geraten, den innenpolitischen Kurswechsel »aus freiem Antriebe« einzuleiten, um so »jeder Gefahr eines ungesetzlichen Ausbruchs« vorzubeugen, denn sie könnte eine »Störung der öffentlichen Ordnung, gewaltsame Ausbrüche einer leidenschaftlich erregten Volksstimmung bringen, eine Gefahr, zu deren Abwendung gewiss jeder wahre Freund seines Vaterlandes und der gesetzlichen Freiheit mit allen Kräften beizutragen wünschen wird«. <sup>44</sup> Je breiter die Bewegung wurde, desto schwieriger erschien es, die Massen auf dem friedlich-gesetzlichen Weg zu halten. Für beide Seiten, Demokraten und Liberale, blieb es wichtig, die jeweils Versammelten vor übereilten Aktionen gegen Personen und Eigentum zu bewahren. »Nur durch das immer erneute Versprechen, daß auf friedlichem und gesetzlichem Wege Alles sicher erreicht werde«, gelang es ihnen, die »wüsten Elementarkräfte, die jede Revolution entfesselt«, niederzuhalten und einzubinden. So soll Blum vorgeschlagen haben, »beim Fortgehen aus den Versammlungen in geschlossenen Gliedern, mit militärischen Schritten abzumarschieren«. Dadurch hätten »radaulustige Elemente« nichts »gegen die große Mehrheit«

42 Ludwig, Neemann, *Revolution in Sachsen 1848/49* (Anm. 14), S. 52; Mommsen, *Ungewollte Revolution* (Anm. 22), S. 111; von Broitzem an das Ministerium des Innern, 7. und 8. März 1848, StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 219, Bl. 8–22v, hier Bl. 18v–19v, sowie 23–30, hier Bl. 25v; Blum, Robert Blum (Anm. 20), S. 258.

43 Dieter Hein, *Die Revolution von 1848/49*, München 1999, S. 31 f.

44 Adresse (wie Anm. 1), Bl. 25 bzw. S. 601; Zwahr, *Zur Politik der Bourgeoisie* (Anm. 7), S. 34.

ausrichten können. Am späten Abend des 3. März 1848 verhinderte Blum mit seinem »Dazwischentreten« sogar einen tätlichen Angriff auf das Gebäude der Kreisdirektion.<sup>45</sup>

Wie fragil die Lage und wie groß die Gefahr eines plötzlichen Gewaltausbruchs tatsächlich war, verdeutlichte ein kleiner Zwischenfall am späten Abend des 3. März 1848. Eine wütende Menge veranstaltete im Abgang vom Markt gegen 22 Uhr in der nicht weit entfernten Querstraße vor dem Haus von Heinrich Brockhaus, der als Blum-Gegner bekannt war, eine Katzenmusik, auch Charivari genannt, die gerade 1848 gern als eine Form symbolischer Protestaktion inszeniert wurde und allgemein als probates Mittel der politischen Meinungsäußerung galt: wilde Erzeugung ohrenbetäubenden Lärms mit unterschiedlichsten Instrumenten und häufig verbunden mit grobem Unfug und burlesken Szenen.<sup>46</sup> Ein Stein traf ein Fenster. Brockhaus, der ohnehin laut Eigenbekundung starke Vorbehalte hegte gegen den »Charakter einiger Individuen, die in Leipzig theils durch unleugbares Talent, theils dadurch, daß sie den Leidenschaften der Masse dienen, sich eine größere Bedeutung verschafft haben, als ihnen eigentlich beiwohnt«, was sich auch als Seitenhieb auf den von ihm politisch wenig geachteten Blum lesen lässt, hatte wie erwähnt als einziger im Stadtparlament aus »Competenzzweifeln« gegen die Adresse gesprochen. Jetzt rettete er vermutlich mit seinem unerschrockenen Auftreten die Situation. Zur Beruhigung seiner Familie öffnete er das Fenster und wandte sich an die Protestierenden vor seinem Haus. Trotz des Lärmens und der »Pöbeleien« versuchte er ein Gespräch und brachte am Ende ein Hoch auf die Pressefreiheit aus, die er als wichtigste Forderung für berechtigt hielt. In seinem Tagebucheintrag vom 1. bis 4. März 1848 notierte er über den »brüllenden Pöbel«: »Am Ende stimmte alles in mein Hoch auf die Preßfreiheit ein [...]. Im ganzen dauerte die widrige Scene vielleicht eine halbe Stunde, und ich wurde eigentlich erst unruhig, als alles vorbei war und ich nun hörte, wie das Volk durch die Antwort des Königs aufgeregt sei, sodaß weitere widrige Scenen zu befürchten seien, die in Verbindung mit falschen Maßregeln der Regierung zu dem Allerschlimmsten führen könnten«.<sup>47</sup> Dieses, das Allerschlimmste, Gewalt gegen Personen und Eigentum, galt es zu verhindern! Am nächsten Morgen sah sich Brock-

45 Blum, Robert Blum (Anm. 20), S. 261; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution (Anm. 2), S. 369 f.; von Broizem an das Ministerium des Innern, 7. März 1848, StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 8–22 v, hier Bl. 16.

46 Eva Maria Werner, Kleine Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49, Wien 2009, S. 40. Katzenmusiken oder Katzenseraden werden auch als Elemente der Kommunikationsrevolution gedeutet, vgl. Frank Möller, Feinde des Volkes. Feindbilder und negative Zuschreibungen in der Märzrevolution 1848, in: Stefan Gerber, Werner Greiling, Klaus Ries, Tobias Kaiser (Hrsg.), Zwischen Stadt, Staat und Nation. Bürgertum in Deutschland, Teil 1, Göttingen 2014, S. 401–424, hier S. 421. Das Leipziger Reibeisen Nr. 8 vom 26.08.1848 hielt unter Beitrag Nr. 174 eine satirische »Unterweisung in der Musica katarum« für angebracht (u. a. richtige Uhrzeit zwischen 22 und 23 Uhr, also zur Nachtruhe, Einsatz von Leierkasten und Spottliedern, Paradeschritt vor den Fenstern, kein »wildes Durcheinanderschreien ohne Zweck, Ziel und Verständnis«).

47 Zitiert nach Titel, Heinrich Brockhaus Tagebücher (Anm. 40), S. 329 f.; von Broizem an das Ministerium des Innern, 7. März 1848, StA-L, 20024, Nr. 219, B. 8–22 v, hier B. 15 v.



## Bekanntmachung.

Die hiesige Bürger- und Einwohnerschaft hat bis jetzt dahin mitzuwirken gewußt, daß die öffentliche Ordnung allhier in keiner Weise beeinträchtigt worden ist. Sie hat daher auch unbestritten ein Recht darauf, daß die allgemeine Ruhe, vorzüglich in der Nachtzeit, nicht gestört werde. Wir glauben, daß bei dem bewährten Sinne für gesellschaftliche Ordnung und bei der allgemeinen Anerkennung des Grundsatzes, daß nur durch diese und mit ihr der wahre Fortschritt gefördert werden könne, es lediglich gegenwärtiger Aufforderung bedürfen werde, um die Kundgebungen eingestellt zu sehen, welche seit einigen Nächten bemerkt worden sind und auf den Fortgang der täglichen Berufs- und Erwerbsgeschäfte störend einwirken müssen. Aus Achtung für die von vielen Seiten an uns gebrachten Wünsche, bitten wir dringend, dieß zu beherzigen.

Leipzig, den 9. März 1848.

**Der Rath der Stadt  
Leipzig.**

**Dr. Demuth.**

*Abb. 7: Plakat mit Bekanntmachung des Rates der Stadt vom 9. März 1848 zur Einstellung nächtlicher Kundgebungen  
(StadtgML, Inv.-Nr. D0010321)*

haus wegen der ihm widerwärtigen Szene veranlasst, seine Ansichten in einer Erklärung »An meine Mitbürger« ausführlich darzulegen; zwei Tage später wurde diese über die Lokalpresse öffentlich gemacht. Da »in der jetzigen aufgeregten Zeit« offensichtlich »über mich und meine Gesinnungen unter meinen Mitbürgern große Mißverständnisse herrschen«, betonte er in dieser Art Loyalitätserklärung zur demokratischen Bewegung, dass er »nur gegen die Form« der Petition sich erklärt habe und im Inhalt »viel weiter gegangen werden mußte als in der Petition geschah«. Er finde sich »daher aufs schmerzlichste, wie wol die gesammte Bürgerschaft Leipzigs, von den Nachrichten ergriffen, welche die nach Dresden abgesendete Deputation gestern von dort zurückgebracht hat«, und sei »entschieden der Ansicht, daß die Minister, welche dem Könige die Abweisung der Petition angerathen, dem Lande einen schlechten Dienst erwiesen haben«. Mit Nachdruck forderte er aus dem Erlebnis des vorigen Abends, »daß in keiner Weise der Weg der strengen Gesetzlichkeit möge verlassen werden«. In der Sitzung der Stadtverordneten am folgenden Vormittag erklärte er nochmals dazu: Er habe aus »konstitutiven Gründen« gegen die Adresse gestimmt, da er »Bedenken gegen die Kompetenz der Stadtverordneten« gehabt habe, und er beklage »daher lebhaft« die ablehnende Ant-

wort des Königs und drang erneut darauf, »sich nicht von dem gesetzlichen Weg zu entfernen«. Wenige Tage später wurden ihm vor seinem Haus Ovationen gebracht.<sup>48</sup>

Nicht zufällig verschwanden aus »Angst vor verbalen oder tätlichen Angriffen« in der Stadt nahezu »über Nacht« alle »äußeren Zeichen von Besitz und Reichtum«.<sup>49</sup> Die Leipziger Stadtväter blieben deshalb in den ersten unruhigen »Jubelwochen« der Revolution stets besorgt. In seiner Bekanntmachung vom 5. März 1848 richtete der Rat der Stadt mit »Rücksicht auf die an den letzten Abenden gemachten Erfahrungen« die »dringende Aufforderung« an alle Familienväter, Lehrherren und weitere Aufsichtsbezugte, »die ihrer Aufsicht untergebenen Kinder, Lehrlinge und Dienstboten mit dem Eintreten der Dunkelheit in den Wohnungen zurückzuhalten«.<sup>50</sup> Neben dieser ersten Ausgangssperre verlangte der Stadtrat am 9. März 1848 scharf die Einstellung nächtlicher Kundgebungen im Anschluss an die Schützenhausversammlungen, »welche seit einigen Nächten bemerkt worden sind und auf den Fortgang der täglichen Berufs- und Erwerbsgeschäfte störend einwirken«<sup>51</sup>. Die Achtung von Gesetz und Ordnung, also eine »besonnene Handlungsweise im eigenen Interesse unserer Stadt«, <sup>52</sup> behielt im Zuge der Gewalteindämmungsstrategie vom ersten Tag der Revolution bis zum Mai 1849 oberste Priorität bei den Stadtvertretern. (Abb. 7)

### Der »Adressensturm« – Fanal zur Revolution in Sachsen

Die Lage blieb aber hochexplosiv und man wollte sich an jenem Abend des 3. März 1848 mit der abschlägigen Antwort des Königs in Leipzig nicht zufriedengeben. Noch in der Nacht beschloss der Stadtrat unter Hinzuziehung des Präsidiums der Stadtverordneten die Absendung einer zweiten Deputation nach Dresden; zu der Ablehnung der Leipziger Forderungen war auch schon eine erste Antwort an den König verfasst worden.<sup>53</sup> Früh 6 Uhr am 4. März 1848 reiste diese zweite Deputation nach Dresden ab. Seitens der Stadtverordneten gehörten ihr der Rechtsanwalt Otto Koch, der Schwager Karl Biedermanns, der im Mai 1848 zum Vizebürgermeister gewählt werden

48 Zitiert nach LTB vom 5. März 1848, S. 622. Vgl. auch DAZ vom 5. März 1848, S. 661, sowie DAZ vom 6. März 1848, S. 682f. samt der Erklärung »An meine Mitbürger« von Heinrich Brockhaus vom 4. März 1848; Brockhaus, Tagebücher von Heinrich Brockhaus (Anm. 2), S. 167 (Vorfall nicht datiert).

49 Heinrich Laube's gesammelte Werke, Band 16: Erinnerungen 1841–1881, Wien 1882, S. 92, 207 (zitiert nach Wendt, Leipziger Kaufleute [Anm. 34], S. 62).

50 U. a. Bekanntmachung des Rates der Stadt vom 5. März 1848, Anschlagzettel, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 40, ebenso StadtgML, 1848/49:126/37 Nr.53; LTB vom 5. März 1848.

51 Bekanntmachung des Rats der Stadt, Anschlagzettel, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 59 (Entwurf) und 60 (Druck, ebenso StadtgML, 1848/49: 126/37 Nr.54).

52 Bekanntmachung des Rates der Stadt vom 10. April 1848, LTB vom 12. April 1848, S. 1065.

53 StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 22–23 r (Extract aus dem Plenarprotokoll der Ratssitzung vom 4. März 1848); StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S 20, Bl. 21 v; LTB vom 5. März 1848, S. 621 f.



wird, sowie Bankier Wilhelm Seyffarth an, seitens des Rates der Stadt neben Groß der dienstälteste Stadtrat, Regierungsrat Wilhelm Heinrich Demuth<sup>54</sup>, sowie Ludwig Lippert-Dähne. Um Mitternacht erschienen beide in der Wohnung von Kreisdirektor von Broizem und baten ihn ebenso wie schon am Abend königstreue Einwohner inständig, die Bestrebungen der Stadtväter Leipzigs zu unterstützen. Er reiste noch in der Nacht vom 3. zum 4. März 1848 per Extrazug nach Dresden, um vorab Ministerium und König darauf einzustimmen und um die Leipziger Anliegen als Vermittler bei der Krone zu unterstützen, wofür er sich wegen der hohen Kosten offensichtlich nachträglich rechtfertigen musste. In seinem Schreiben an das »Hohe Ministerium« vom 28. März 1848 begründete von Broizem seinen Einsatz mit der »drohenden Gefahr ernstlicher Unruhen, welche durch die erste Antwort des S[einer] Majestät des Königs auf die erste Adresse des Stadtraths und der Stadtverordneten zu Leipzig hervorgerufen worden war«. Wichtigstes Ziel seiner Reise sei es deshalb gewesen, »den Herren Staatsministern und nach Befinden S[einer] König[lichen] Majestät die dringende Gefahr der hiesigen Zustände mündlich darzulegen und vorzustellen, jener Deputation Zutritt und wo möglich eine geneigtere Bescheidung, als die erste erhalten hatte, zu vermitteln, und daher auf deren Ankunft und Absicht vorzubereiten«. Mit Nachdruck wies von Broizem auf die Gefahren für die öffentliche Ordnung in Leipzig hin, wäre es nicht zur zweiten Petition und seiner Unterstützung für diese gekommen. »Ich bin auch jetzt der festen Meinung, daß wenn damals jene Schritte nicht geschehen [wären], es hier in Leipzig zu ernstlichen Ruhestörungen wirklich gekommen sein würde, während der theilweise Erfolg der Sendung jener zweiten Deputation wenigstens über die Zeit der ärgsten Aufregung glücklich hinüberführte.« Weil »die Angelegenheiten hier so gestaltet waren, daß man nach den Vorgängen des vorigen Abends keineswegs sicher sein konnte, für den Abend die öffentliche Ruhe von Ruhestörungen frei zu erhalten, ja nicht einmal auf die ungestörte Ruhe des Tages ganz bestimmt zu rechnen vermochte [...], mußte ich auch mit einer anderen als der gewöhnlichen Postzugs-Gelegenheit hier ankommen, um Auflauf und unruhige Auftritte zu vermeiden [...]«. <sup>55</sup>

Auf Vorschlag von Bürgermeister Groß dankten die an und für sich in der Mehrheit eher ängstlichen und nun erleichterten Stadträte dem Kreisdirektor von Broizem auf ihrer Plenarsitzung am 6. März 1848 eindringlich für seine auch auf ihren Wunsch hin im »Dienst der Stadt« unternommene Dresden-Fahrt und das Kollegium der Stadtverordneten trat dem Dank bereitwillig bei. Doch die Stimmung revolutionärer Erregung blieb. Dies veranlasste die Behörden der Stadt zur Einrichtung einer Art »Lagezentrum«, dem der Kreisdirektor, eine Deputation des Stadtrats, der Polizeidirektor bzw.

54 Eine Art später Nachruf auf Demuth, LTB vom 3. Januar 1853, S. 33f., betonte seine »Gabe der Vermittlung« in »schwierigen Momenten« wie 1830, 1845 und 1848.

55 Von Broizem an Ministerium, 28. März 1848, StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 3833, Bl. 39–41.

dessen Stellvertreter sowie die Kommandanten der Garnison und der Kommunalgarde angehörten. Ab 3. März 1848 tagten sie vorübergehend täglich von abends an bis nach Mitternacht. Man befürchtete vor allem einen Angriff auf das Regierungsgebäude und die Kaserne in der Pleißenburg. Die angedachte Aufstellung eines zweiten Bataillons der Kommunalgarde »während der Nacht von Abend 8 Uhr an« wurde allerdings wieder verworfen und es für erfolgreicher gehalten, »im Notfall lieber Alarm schlagen zu lassen«. Am späten Abend des 4. März war zudem ein Schreiben des Kriegsministers von Oppell vom selben Tag eingetroffen, in dem er der Kreisdirektion mitteilte, dass die Regimenter angewiesen seien, »sämtliche Beurlaubten sofort einzuberufen«. Außerdem wurde die unter 100 Mann starke Garnison in der Kaserne auf der Pleißenburg mit Soldaten aus dem 1. und 2. Schützenbataillon verstärkt und dafür Teile der Garnison in Quartiere zwischen Machern und Borsdorf verlegt, ebenfalls auch derjenige Teil des 3. Schützenbataillons, der nicht in Wurzen untergebracht werden konnte. Die Regierung in Dresden erachtete die Situation also als brandgefährlich und versetzte das Militär in erhöhte Bereitschaft. Vor Ort einigte sich das Lagezentrum jedoch darauf, nur im äußersten Notfall Militär und ansonsten bei Bedarf die Kommunalgarde zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung einzusetzen.<sup>56</sup>

Während die zweite Deputation in Dresden auf ihren Empfang beim König wartete, tagten die Leipziger Stadtverordneten am Vormittag des 4. März 1848 ab 11 Uhr erneut. Abermals »waren schon lange vor der Eröffnung nicht bloß die Tribünen, sondern auch die leeren Räume des Sitzungssaales mit Zuhörern überfüllt«. Die Verhandlung begann vor 11 Uhr, da eine »beschlussfähige Anzahl schon früher versammelt« war. Verkündet wurde zunächst, dem Wunsch nach einem größeren Saal, nicht mehr in der Bürgerschule, sondern im geräumigeren Odeon, nicht stattzugeben. Damit war die Ablehnung eines Gesuches der Einwohner gemeint, mit dem diese sich am Tag zuvor an den Stadtverordnetenvorsteher Werner gewandt hatten, »dass das Publicum den nötigen Raum finde zu hören«. Als Unterstützer dieses Anliegens, noch mehr Zuhörern den Zugang zu den Stadtverordnetentagungen zu ermöglichen, hatten neben Wuttke u. a. Theodor Jäkel, Moritz Kirbach, Theodor Althaus und Blums Schwager Johann Georg Günther unterschrieben; Blum selbst ist nicht verzeichnet.<sup>57</sup> (Abb. 8) Insgesamt wurde es wieder eine »stürmische Sitzung« im Plenum der Stadtverordneten, mit »lauten Lebehochs auf die Hauptredner von den Tribünen und im Saal«. Der Vorsteher der Stadtverordneten Werner dankte dem Publikum für wiederholte zustimmende Äußerungen und wertete sie als vollste Zustimmung zu den gefassten Beschlüssen. Bewusst mahnte

56 Extract aus dem Plenarprotokoll der Ratssitzung vom 6. März 1848, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 30 r; von Broizem an das Ministerium des Innern, 8. März 1848, StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 23–30, hier Bl. 26 r–v; von Oppell an die Kreisdirektion zu Leipzig, 4. März 1848, ebd., Bl. 1; von Broizem an das Ministerium des Innern, 7. März 1848, ebd., Bl. 8–21 v, hier Bl. 9 r.

57 Bitte der Einwohner an Stadtverordnetenvorsteher Werner vom 3. März 1848, StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S 20, Bl. 28.



*Abb. 8: Heinrich Wuttke, aquarellierte Zeichnung von H. König, 1853  
(StadtgML, Inv.-Nr. Porträt E 64)*

er, wohl auch in Richtung der Zuhörer, den gesetzlichen Boden nicht zu verlassen und erklärte, nur gemeinsam mit dem Stadtrat handeln zu wollen. Die Sitzung begann mit der Verlesung der Antwort des Königs an Bürgermeister Groß auf die Leipziger Adresse. Da die Stadtverordneten und Stadträte ihre »Befugnisse offenbar« überschritten hätten, müsse er, der König, »an meine Leipziger« nun durch ihn, Bürgermeister Groß, »einige Worte väterlicher Ermahnung« zur Eintracht im Innern richten; »schmerzlich berührt« zeigte sich der reformunwillige König besonders über den von Leipzig als Grund aller Reformwünsche konstatierten »Mangel an Eintracht zwischen dem Geiste der Verwaltung und dem Geiste des Volkes«. Wie eine Drohung klang die Schlussformel, er wolle auf dem bisherigen »Weg [...] auch stets ruhig und ungeirrt fortwandeln«. Im Anschluss an die Verlesung stellte Vorsteher Werner den Stadtverordneten die neue Antwort der Stadt an den König vor. Wie nebenbei erwähnte er, dass die Stadtverordnetenversammlung Dresden den Anschluss an die Adresse abgelehnt habe. Im Ergebnis der »hitzen Diskussion« beschlossen die Stadtverordneten einen Vier-Punkte-Forderungskatalog als gemeinsame Antwort an den König, von Robert Blum in der Debatte reduziert auf den entscheidenden Punkt: Rücktritt der Regierung. Biedermann hatte zuvor die absolute Freiheit der Meinungsäußerung und im Abstimmungsverhalten gefordert; niemand solle »verurtheilt oder comprimitiert« werden, denn im Unterschied zur ersten Adresse »könne und müsse jetzt entschiedener gesprochen werden«, um den König über die »Lage des Landes, die Stimme des Volkes und das, was dringend noth thut« zu informieren. Alle 53 anwesenden Stadtverordneten nahmen die Drei-Punkte-Erklärung an, zumal sie nicht nur befugt, sondern geradezu verpflichtet seien, »Wünsche und Ge-

sinnungen der Bürgerschaft« dem König vorzutragen. Ihre Adresse vom 1. März nach einer konstitutionellen Monarchie stelle kein Misstrauen »gegen die Person des Königs, sondern gegen seine Rathgeber« dar. Überhaupt waren die Leipziger so klug, auch in den nächsten Tagen und Wochen niemals »einen Ruf oder eine Äußerung gegen die Person des Königs« zu tätigen, wie sich der preußische Gesandte Jordan von einem bei allen Szenen anwesenden Berichterstatte versichern ließ.<sup>58</sup> Verabschiedet wurde eine »Vorstellung des Raths und der Stadtverordneten«, die zum Schluss in der Erklärung gipfelte, dass »die Ruhe des Landes nicht anders erhalten werden« könne, als dass »Eure Majestät Sich mit neuen Ministern umgeben, die Vertrauen des Landes genießen«.<sup>59</sup> Vorsteher Werner fiel es während der Sitzung zeitweise schwer, sich »vor dem Geräusche der vor der offenen Thür gedrängt stehenden« Menge Gehör zu verschaffen.<sup>60</sup> Am 5. März 1848 trat der Stadtrat der Erklärung abermals einstimmig bei und sandte sie danach an den König ab.<sup>61</sup>

Aber auch diese Erklärung, als Erläuterung der ersten Adresse gedacht und eigentlich schon eine zweite Adresse, lehnte der König trotz des abermaligen Bittstellergestus wieder ab und machte in seiner Antwort die Stadt Leipzig direkt verantwortlich für die »Bewahrung von Gesetz und Ordnung«.<sup>62</sup> Noch am Tag der dritten Stadtverordnetensitzung unter Einfluss des Revolutionsausbruchs, am 4. März 1848, war auch die Landesuniversität Leipzig der Adressenbewegung durch einstimmigen Beschluss des Akademischen Senats mit einer eigenen Petition beigetreten. Zuvor hatten allerdings die linken Burschenschaften in einer Versammlung im Augusteum ihre Weigerung deutlich gemacht, allein auf gesetzlichem Wege vorgehen zu wollen; damit entstand von dieser Seite neue Gefahr für den Weg der Gewaltfreiheit und des allein friedlichen Vorgehens.<sup>63</sup> Weil die veröffentlichte Universitätsadresse »von Männern [...] außerhalb der Parteien« verfasst und getragen wurde, vermochte sie mit der Autorität der Professoren stärker als

58 StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S 20, Bl. 30–32 (Extract aus Plenarprotocoll vom 4. März 1848); LTb vom 5. März 1848, S. 623; DAZ vom 6. März 1848, S. 681 f.; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution (Anm. 2), S. 369.

59 »Vorstellung des Raths und der Stadtverordneten vom 4. März«, im vollen Wortlaut abgedruckt im LTb vom 7. März 1848, S. 641 (auch StadtAL, Tit LXI Nr 37, Bd. 1, Bl. 42); Text auch schon bei Eduard Sparfeld, Chronik der Stadt Leipzig. Ein Handbuch der Geschichte von Leipzigs Entstehen, Wachsthum und Entwicklung in seinen äußern und innern Verhältnissen, Leipzig, 2. Auflage 1851, S. 211–214.

60 LTb vom 5. März 1848, S. 621–623; DAZ vom 5. März 1848, S. 681 f.

61 StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 29 (bei Modifikationen im Wortlaut; Extract aus dem Plenarprotocoll der Ratssitzung vom 5. März 1848); zur Absendung: DAZ vom 8. März 1848, S. 703.

62 »Antwort Sr. Majestät des Königs an die anderweitige Deputation der Stadt Leipzig« vom 4. März 1848, Einblattdruck, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 32, ebenso: StadgML, 1848/49: 126/37 Nr. 3.

63 »Adresse des akademischen Senats vom 4. März 1848 an den König«, LTb vom 6. März 1848, S. 634 f. (Entwurf: Universitätsarchiv Leipzig, Rep. I/XVI, II, A, Nr. 6, Bd. 1, Bl. 22 f, nach Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung [Anm. 7], S. 324–326).

die Adresse der Stadtverordneten und des Stadtrats schnell landesweit programmbildend zu wirken. Dabei ging sie als eine Manifestation des gemäßigten Liberalismus nicht über die Forderungen der Biedermannschen Adresse hinaus, bedeutete für diese aber eine »gewichtige Unterstützung«. <sup>64</sup>

»Der Würfel war gefallen« <sup>65</sup> und nicht die Residenzstadt Dresden, sondern die Handelsmetropole Leipzig hatte mit ihrem Bürgermut in Sachsen »die erste Stimme erhoben« <sup>66</sup> – und es war eine einzige, einheitliche Stimme (von einem »Eifersuchtsdrama zwischen Leipzig und Dresden« zu sprechen wie Veit Valentin nach Hans Blum ist aber wohl eher abwegig). So zahn die Leipziger Manifestation einer gemäßigt-liberalen »Politik der kleinen Schritte« <sup>67</sup> insgesamt auch war, sie wurde zum Vorbild ähnlicher Märzforderungen, die zumeist von den Magistraten oder der Bürgerschaft der sächsischen Städte getragen wurden. Als erste schlossen sich die Städte Chemnitz, Zwickau, Crimmitschau, Werdau und Borna öffentlich der Leipziger Adresse an. <sup>68</sup> Der von Leipzig nach süddeutschem Vorbild ausgelöste »Adressensturm« gab das Signal zur Revolution im gesamten Königreich Sachsen und wurde zum Fanal. <sup>69</sup> Wie einzigartig die Situation in Leipzig mit dem von Beginn an einheitlichen und gemeinsamen Vorgehen von Stadtverordneten und Stadtrat schon beim Ausbruch der Revolution war, verdeutlicht das Gegenbeispiel der sächsischen Residenzstadt. Lehnte die Stadtverordnetenversammlung von Dresden den Antrag zu einer ähnlichen Adresse am 3. März 1848 mehrheitlich mit 32 gegen 24 Stimmen noch ab, folgte sie dann jedoch gemeinsam mit dem Rat der Stadt Dresden bereits am 4. März 1848 dem Leipziger Beispiel. Der Dresdener Stadtverordnetenvorsteher Küttner erklärte am 3. März 1848 als Gegner einer Adresse aber ganz deutlich, dass die Dresdener Adresse an den König »wohl nicht angeregt worden sei, wenn nicht Leipzig damit vorangegangen wäre«. <sup>70</sup> Als Mitglied der zweiten Deputation hielt der Bankier und Stadtverordnete Wilhelm Seyfferth auf Wunsch »seiner Herren Mitreisenden« in seinem knappen Zwischenbericht vom 4. März 1848 an Bürgermeister

64 Zur Einschätzung vgl. ebd., S. 323–326; Biedermann (ungenannt), Sachsen (wie Anm. 24), S. 598; Wörner, Leipzig 1848 und 1849 (Anm. 26), S. 151.

65 StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd.1, Bl. 254 (Beginn der Zustimmungsadresse von Lommatzsch, 20. März 1848).

66 Ebd., Bl. 215 (Beginn der Zustimmungsadresse von Zschopau, 10. März 1848).

67 Einschätzung nach Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 325 f; Valentin, Geschichte der deutschen Revolution (Anm. 2), S. 368.

68 LZ vom 9. März 1848, S. 1368; frühe Zustimmungsadressen sandten auch Stadtrat und Stadtverordnete aus Pulsnitz, Roßwein und Tharandt, DAZ vom 12. März 1848, S. 762.

69 Näheres zur Adressenbewegung u. a. Rolf Weber, Die Revolution in Sachsen 1848/49. Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte, Berlin 1970, S. 16f.; Zwahr, Zur Politik der Bourgeoisie (Anm. 7), S. 35–50 samt Übersichten mit Analyse der Forderungen an den König S. 42, 44–46 (Tabelle 2 und 3).

70 LTB vom 5. März 1848, S. 621–623 (Stadtverordnetenvorsteher Werner, Sitzung am 4. März) und S. 623f. sowie vom 6. März 1848, S. 635.

Groß auch die Ablehnung der Adresse durch die Dresdener Stadtverordneten unbedingt für mitteilungswert.<sup>71</sup>

Schlag auf Schlag folgten nun zahlreiche Zustimmungsadressen aus ganz Sachsen »zu dem von Leipzig eingehaltenen Verfahren«,<sup>72</sup> dem »männlichen Schritt«<sup>73</sup> der Leipziger liberalen Eliten, die sich sozusagen als Erste im Land aus der Deckung und »Duckung« gewagt hatten.<sup>74</sup> Sogar die umliegenden Dörfer Leipzigs schlossen sich an. Dies bezeugt eindringlich die »Adresse der Bauern von Groß- und Kleinzschocher« sowie weiterer Orte aus der Umgebung Leipzigs, die in der Presseveröffentlichung nicht näher genannt sind. Nach dem »hochherzigen Beispiel der Stadt Leipzig« richteten mit ihr die Bauern am 7. März 1848 ihre eigenen Forderungen an den König; auch die »größten Gutsbesitzer daselbst« hatten sie unterschrieben.<sup>75</sup> Die sächsische Adressenbewegung erschütterte nun das ganze Land. Vom Leipziger Stadtrat gab aber lediglich Hermann Adolph Klinger eindeutig zu erkennen, dass er die revolutionäre Entwicklung befürwortete. Am 5. März 1848 hatte Klinger auf der Ratssitzung mit Nachdruck zu Protokoll gegeben, dass er sich »nicht nur gegen das System, sondern auch gegen die Minister selbst erkläre«.<sup>76</sup>

König Friedrich August II. sah sich im Gefolge der von Leipzig initiierten Petitionen veranlasst, mit seiner Bekanntmachung »An meine Sachsen« vom 6. März 1848 zur Gegenpropaganda überzugehen und ermahnte aus Furcht vor dem Verlust der Grundlagen der Monarchie und zur Verhinderung weiter gehender revolutionärer Bestrebungen das sächsische Volk zu »Ruhe und Ordnung«, zu Gesetzlichkeit, zum »unverrückten Festhalten« an dem »Rechtsstande, den die Verfassungsurkunde begründet« hat, zur »Eintracht zwischen Fürst und Volk« und zur Treue zum Königshaus.<sup>77</sup> Über den Kreisdirektor ließ der Hof die Proklamation des Königs in der Stadt in 2 500 Exemplaren verteilen, wobei sie »bereits in den Morgenstunden« des 7. März »zur öffentlichen Kenntniß gelangte«;<sup>78</sup> sie blieb aber letztlich trotzdem wirkungslos. Indirekt war sie zudem auch gegen die

71 Seyfferth an Groß, 4. März 1848, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 20.

72 LTB vom 16. März 1848, S. 741 (Titelseite).

73 StadtAL, Tit. LXI, Nr. 37, Bd. 1, Bl. 211, Pulsnitz, 7. März 1848.

74 Ebd., Bl. 124–132 sowie 209–269 (22 Städte und Gemeinden Sachsens); LTB vom 12. März 1848, Titelseite (Zwickau) und vom 16. März 1848, S. 741; LZ vom 9. März 1848, S. 1368; DAZ vom 12. März 1848, S. 762.

75 LTB vom 9. März 1848, S. 673 (auch StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 61); LZ vom 11. März 1848, S. 1435 f.; DAZ vom 11. März 1848, S. 746 f.; vgl. auch die Verwahrung in der LZ vom 13. März 1848, S. 1485, sie sei von einer Minderheit getragen, sowie die kritische Entgegnung in der LZ vom 15. März 1848, S. 1524.

76 Plenarprotocoll der Ratssitzung vom 5. März 1848, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 22.

77 Ebd., Bl. 61 (auch StadtgML, 1848/49:121/32 Nr. 2; StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 219, Bl. 4; StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S. 20, Bl. 57; jeweils Anschlagzettel); Extrablatt zur DAZ vom 7. März 1848, DAZ vom 8. März 1848, S. 702.

78 Vermerk zur Übergabe durch von Broizem vom 7. März 1848, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 45; »Vortrag« von Broizem vom 8. März 1848 an das Ministerium des Innern, StA-L 20024, Nr. 219, Bl. 23 v.



von der Bundesversammlung am 3. März 1848 den Ländern freigestellte »Preßfreiheit« gerichtet, da diese in Sachsen erst nach Monaten durch einen Beschluss des erst einzuberufenden Landtags geregelt werden sollte. Das Bekanntwerden dieses Faktes empörte die Leipziger gewaltig. »Unverhohlen und allgemein« wurde umgehend das Ende aller Zensur gefordert. Diese Stimmung aufgreifend, forderten die Stadtverordneten geschlossen am 7. März 1848 die »sofortige Einführung« der Freiheit der Presse. In seinem erwähnten Lagebericht mahnte der Kreisdirektor am 8. März das Ministerium des Innern in Dresden regelrecht beschwörend zum Handeln. Eindringlich verwies er darauf, dass die »Aufhebung der Censur mittels provisorischer Verordnung« inzwischen selbst von den »wichtigsten, wohlgesinntesten und zuverlässigsten Einwohnern«, also von den königstreuen Bürgern Leipzigs, als »unbedingt notwendig und als das einzige Mittel« erachtet werde, eine Katastrophe mit unabsehbaren Folgen abzuwenden. Von Broizem ließ erkennen, dass er auch dieser Ansicht sei.<sup>79</sup> Am nächsten Tag, am 9. März, musste schließlich mit einer diesbezüglichen Bekanntmachung des Ministeriums des Innern die Aufhebung der Zensur in Sachsen »von jetzt an« erklärt werden (die Beschränkung »vorerst« bis zum 15. April erwies sich als nicht durchsetzbar).<sup>80</sup>

Das war der erste große Erfolg der Revolution und besonders bedeutsam für die Buchstadt Leipzig, wenngleich sie mit dem nunmehrigen Erscheinen zahlreicher neuer Presseerzeugnisse an allen Revolutionszentren auch ihre vormärzliche Bedeutung als deutsches Pressezentrum verlor. Die Verweigerung jeglicher Reformen durch den Hof in Dresden im Unterschied zu Baden, Bayern, Hannover und Württemberg stärkte in jenen Tagen die Angst der Liberalen, dass nur in Sachsen alles beim Alten bleiben werde und somit auch ihre Befürchtung, die Zügel der Bewegung könnten ihnen doch noch entgleiten und keine Mäßigung der Massen mehr möglich sein.<sup>81</sup> In diesem Zusammenhang hatten die Stadtverordneten am 5. und 7. März 1848 in einer neuen, wieder vom Stadtrat unterstützten Adresse an den König nun selbst nachdrücklich die Einsetzung neuer Minister verlangt, formuliert als Ersetzung der Minister durch Männer, die sich »durch ihr öffentliches und ständisches Wirken das Vertrauen des Volkes erworben haben«.<sup>82</sup> Da seit drei Tagen die Bürger unter Waffen stünden, regte Robert Blum am

79 LTB vom 6. März 1848, S. 631–634; LTB vom 7. März 1848, S. 659f.; DAZ vom 8. März 1848, S. 703, 711 sowie vom 9. März 1848, S. 714–716; von Broizem, 8. März 1848, StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 23 v, 29 v.

80 StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 57, 58 (großformatiger Anschlag), ebenso StA-L, 2024 Nr. 2019, Bl. 35 (handschriftlich); LTB vom 10. März 1848, S. 671; DAZ vom 11. März 1848, S. 745 f.

81 Biedermann, *Mein Leben* (Anm. 6), Band 1, S. 259; die Orientierung an Bayern betont Jonas Flöter, *Reform oder Revolution? Grundlinien sächsischer Politik zwischen Restauration und Dresdener Maiaufstand*, in: Martina Schattkowsky, Uwe John (Hrsg.), *Dresdner Maiaufstand und Reichsverfassung 1849. Revolutionäres Nachbeben oder demokratische politische Kultur?* (Schriften zur sächsischen Landesgeschichte 1), Leipzig 2000, S. 33–66, hier S. 40.

82 LTB vom 7. März 1848, S. 659–660; DAZ vom 8. März 1848, 711; StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 46 r (Zustimmung des Stadtrats am 7. März 1848 abends).



5. März 1848 zudem die Stadtverordneten erfolgreich dazu an, alle Bürger zur »Teilnahme am Dienst in der Communalgarde« aufzurufen.<sup>83</sup> Er äußerte damit die für den demokratischen Radikalismus seit dem Offenburger Programm typische Idee der Volksbewaffnung.

Die Initiativrolle Leipzigs in Sachsen stützte sich vor allem auf die Bedeutung der Stadt im Vormärz als »Schwerpunkt der politischen Meinung im ganzen Land«<sup>84</sup> und als Konzentrationspunkt der antifeudalen Oppositionskräfte. Entscheidend war auch die »in voller Entwicklung begriffene Differenzierung in einen bürgerlich-liberalen und einen kleinbürgerlich-demokratischen Flügel« mit ihren um die Meinungsführerschaft rivalisierenden Protagonisten Biedermann und Blum samt ihnen verbundener Intellektueller sowie »einem festen Kern politisch aktiver Arbeiter und Handwerksgesellen«. Ihre Rivalität als Zeichen fortschreitender Parteibildungsprozesse, die sie aber auch wechselseitig zu immer weiteren Schritten antrieb, die Polarisierung der beiden Hauptlager sowie ihr zeitweises und punktuelles Zusammenwirken prägten nicht nur den frühen, sondern den gesamten Revolutionsverlauf in Leipzig wie in Sachsen entscheidend.<sup>85</sup>

### **Polarisierung, hitzige Debatten und allseitiger Drang nach Bewaffnung**

Die Stimmung in der Stadt blieb weiter hochgradig erregt von den »Märzideen«, aber von Beginn an auch schon polarisiert. In einer »Dankesrede an Rat und Stadtverordnete« vom 4. März 1848 anerkannte eine bedeutende Anzahl ihrer Mitbürger, dass die Stadtvertreter »durch sofortige Ergreifung geeigneter Maßregeln das Wohl der Stadt Leipzig als einer deutschen Stadt mit deutschen Gesinnungen gewahrt haben«. In fünf Umläufen waren dazu im Bürgerverein und in der großbürgerlichen Vereinsgesellschaft »Harmonie« Unterschriften gesammelt worden; insgesamt 244 Leipziger Bürger unterschrieben am Ende die Dankadresse. Unter ihnen befanden sich viele angesehene Vertreter des Wirtschaftsbürgertums, u. a. auch der angesehene Kaufmann Carl Lampe, Mitbegründer des Deutschen Vereins und Direktor der Leipzig-Dresdner Eisenbahn, der Handlungsdeputierte Christian Morgenstern und der Buchdruckereibesitzer Raimund Härtel, aber auch der Handelskonsul der Stadt Frankfurt am Main, Friedrich Alexander Gontard, und Wilhelm Felsche, der stadtbekannte Konditor und Schokoladenfabrikant des exklusiven Café français am Augustusplatz. (*Abb. 9*) Gleichzeitig mit ihrer Danksa-

83 LTB vom 7. März 1848, S. 659–660; LZ vom 9. März 1848, S. 1368.

84 Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 183; Andreas Herzog (Hrsg.), Das literarische Leipzig. Kulturhistorisches Mosaik einer Buchstadt, Leipzig 1995, S. 172.

85 Rolf Weber, Grundzüge des Revolutionsverlaufs in Sachsen 1848/49, in: Johanna Ludwig, Ilse Nagelschmidt, Susanne Schötz (Hrsg.), Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Bonn 1999, S. 68–74, hier S. 68 f.; Zwahr, Zur Politik der Bourgeoisie (Anm. 7), S. 38; Biedermann, Mein Leben, Band 1 (Anm. 6), S. 252 f.

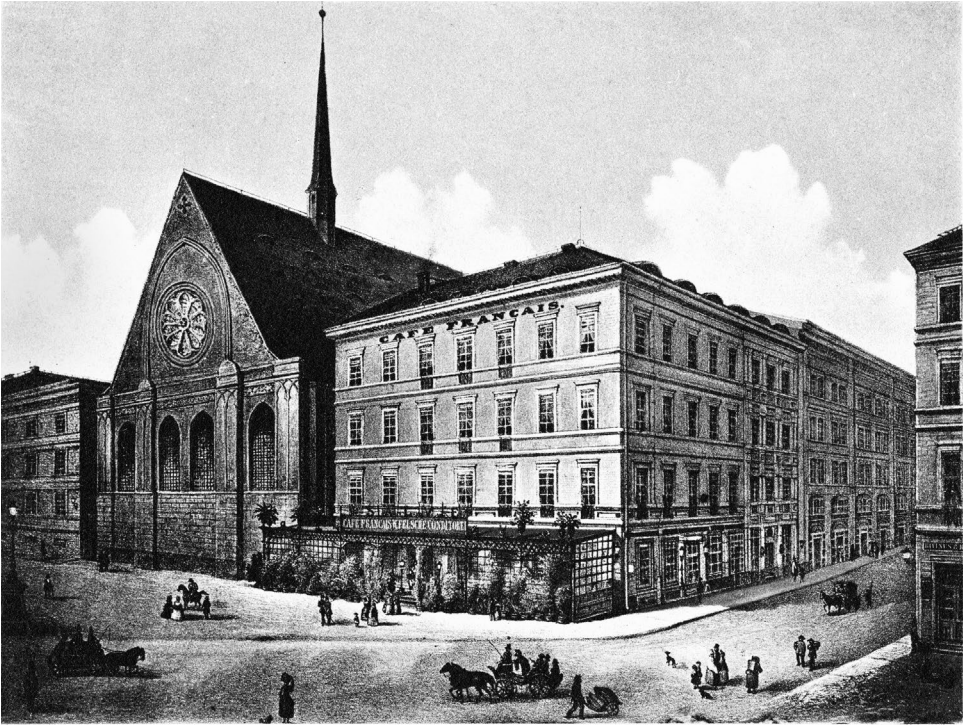


Abb. 9: Das Café français mit dem Anbau Au bon goût, 1846, Postkarte (StadtgML, Inv.-Nr. PK 287)

gung forderten die Unterzeichner Rat und Stadtverordnete auf: »Deutschland muß stark und mächtig sein, und damit es dies sein könne, muß es frei sein [...]! Fahren Sie fort, auf dem eingeschlagenen Wege nach diesem Ziele zu wirken, stehen Sie mutig und fest auf dem Boden der Ordnung und Freiheit.« Deutlich signalisierten sie Rat und Stadtverordneten ihre Unterstützung: »Die Bevölkerung Leipzigs steht hinter Ihnen und hinter uns das deutsche Volk.« Aufschlussreich für die Stimmung in bürgerlichen Kreisen ist der Schlusssatz: »Nur Eines wollen wir alle: Unabhängigkeit Deutschlands nach außen, Ordnung und Freiheit im Innern.«<sup>86</sup>

Das Dokument ist schon von Zeitgenossen als ein »Zeugnis für die Gesinnung der achtbarsten Bürger Leipzigs« gewertet worden. Zugleich bewies es klar, dass die Beschlüsse der Stadtvertreter die »Stimme der Bürgerschaft repräsentierten«.<sup>87</sup> Recht direkt

<sup>86</sup> Insgesamt sind zumindest fünf Umläufe mit Unterschriftenlisten überliefert, StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 192–205; Wendt, Leipziger Kaufleute (Anm. 34), S. 289. Text: LTB vom 8. März 1848, S. 651 f.

<sup>87</sup> Zitat Sparfeld, Chronik von Leipzig (Anm. 61), S. 217; Biedermann, Sachsen (wie Anm. 24), S. 598.

erklärten hingegen andererseits »30 wackere Sachsen«, also stramm königstreue Leipziger, in einem per 7. März 1848 datierten anonymen Drohbrief an Robert Blum, ihn, das »höllische Scheusal«, wegen seiner Kränkung und Beleidigung des sächsischen Königs, »des edelsten Fürsten«, zu töten, sollte er die Stadt nicht nach acht Tagen Bedenkzeit verlassen haben.<sup>88</sup> Blum ließ sich davon nicht beeindrucken.

Noch am selben Tag des Aufrufs des Königs zur Mäßigung, am 6. März 1848, wurde der Ernst der Situation überdeutlich. Leipziger Burschenschaften veröffentlichten wegen der Ablehnung der Senatsadresse durch den König im »Generalanzeiger für Deutschland« eine Erklärung, »dem Vaterlande in ernster Wendung der Dinge Kraft und Blut« zu weihen.<sup>89</sup> Blum forderte abends im Schützenhaus im Redeübungsverein, ergänzend zu seinem Quasi-Aufruf zur Volksbewaffnung, in einer Rede über die »Stellung der Soldaten in Deutschland« die Einheit von Bürgern und Militär,<sup>90</sup> ein Kernthema der Machtfrage.<sup>91</sup> Dem Beschluss der Stadtverordneten zur Bildung von Reservekompanien der Kommunalgarde trat der Stadtrat am 7. März 1848 abends unter Beisein von Werner mit Verweis auf die »im Communalgarden-Gesetz von 1830 enthaltenen Bestimmungen« sofort bei.<sup>92</sup> Ebenfalls am 7. März 1848 verlangten aber drei studentische Gefolgsleute von Robert Blum öffentlich die Bewaffnung auch von Studenten, was nicht nur eine Einzelmeinung blieb. Noch am Abend des 7. März wurde »dem Rector der Universität von den burschenschaftlichen Verbindungen angezeigt, daß diese sich ebenfalls zu bewaffnen beabsichtigen«. In seinem umfangreichen Bericht an das Innenministerium über die Vorgänge in Leipzig am 7. und 8. März musste Kreisdirektor von Broizem zugleich eingestehen, dass die Bewaffnung von Studierenden »wohl auch hier und da schon begonnen« hatte.<sup>93</sup> Auf seiner Sitzung vom 8. März 1848 sah sich der Stadtrat deshalb auf Einladung des Rektors der Universität veranlasst, auch zu dieser Frage Stellung zu beziehen, und wünschte eine Unterstellung unter das Kommando der Kommunalgarde. Die Situation wurde so brisant bewertet, dass noch am 8. März für halb 1 Uhr eine Sicherheitskonferenz einberufen wurde. Auf ihr verständigten sich der »Kreisdirector, die Vorstände der [...] städtischen und einiger königlichen Behör-

88 StadtgML, 1848/49:130/41 Nr. 14, Abdruck in Katalog Robert Blum (Anm. 13), S. 74 (Abb. als Faksimile), S. 241 (Text).

89 Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 326; Abdruck der Erklärung an den Rektor im LTB vom 8. März 1848, angeregt wurde sie von dem Buchhändler Otto Wigand.

90 Robert Blum, Die Stellung der Soldaten in Deutschland. Gesprochen im Redeübungsverein am 6. März 1848, Leipzig 1848, StadtgML, 1848/49:130/41 Nr.24 (vier Seiten, eigenständiger Druck; Auszug der Rede auch in Artikel Militär; in: Robert Blum (Hrsg.), Handbuch der Staatswissenschaften und Politik. Ein Staatslexicon für das Volk, Band 1, Leipzig 1848, S. 75–77, s. a. Schmidt, Blum Briefe und Dokumente (Anm. 14), S. 55.

91 Zerback, Robert Blum (Anm. 13), S. 213; Schmidt, Robert Blums Freiheitsverständnis (Anm. 13), S. 20.

92 Extract aus Plenarprotokoll der Ratssitzung vom 7. März 1848, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 47.

93 Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 327; von Broizem vom 8. März 1848 an das Ministerium des Innern, StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 25 und 28.

den sowie die Garnisons- und Communalgarden-Commandanten« trotz Bedenken einstimmig darauf, dass sowohl die Bewaffnung als auch der Beitritt der Studenten zur Communalgarde ohne Unruhen («Ruhestörungen») und Autoritätsverlust der Behörden nicht aufzuhalten seien.<sup>94</sup> Auch der Akademische Senat der Universität stellte es den Studenten am 8. März frei, sich bewaffnet der Bürgerwehr anzuschließen. Auf einer von ihm einberufenen Studentenversammlung in der Aula der Universität, ein Novum, konnte Biedermann, nun »des guten Beispiels halber« selbst Reservist und Zugführer einer Freiwilligenkompanie der Kommunalgarde,<sup>95</sup> am 9. März 1848 die inzwischen ausgebrochenen Auseinandersetzungen zwischen konservativen Korps und revolutionären Burschenschaften zurückdrängen und die Bildung von zwei Studentenkompanien aus Korps und Burschenschaften erreichen; doch nur die konservativen Korpsstudenten unterstellten sich der Kommunalgarde, wobei »die Corps mit einem Hoch auf die Akademie, die andern mit einem Hoch auf die bürgerliche Freiheit auseinander gingen«.<sup>96</sup> Denn schnell stellte die Kommunalgarde nach dem von Blum initiierten Antrag mit einem Aufruf vom 7. März 1848 tatsächlich Freiwilligenkompanien als Reserve zur »Erhaltung der öffentlichen Ordnung« und zum »Schutz des Eigentums« auf: »Ein Jeder hat sich zu bewaffnen und als Dienstzeichen eine weiße Binde am linken Arm zu tragen.«<sup>97</sup> Nach dem öffentlichen Bekanntwerden dieser Aufforderung am Morgen des 8. März hatten sich am Nachmittag schon 150 bis 200 Bürger, »welche fast durchgängig« den »wohlhabendsten Classen« angehörten und laut Kreisdirektor von Broizem »darunter die ausgezeichnetsten und zuverlässigsten Männer« in der Sicht der Obrigkeit, zu drei Reservekompanien zu je etwa 60 Mann formiert. Ihre Offiziere wählten sich die »Freizeitsoldaten« selber. Hauptmann Ludwig von der Pfordten, Biedermanns Vorgesetzter, trug als erster ein schwarz-rot-goldenes Band. Drei Tage später, am 11. März 1848, wurde schon »die vierte und fünfte Reservekompanie [...] aus den freiwillig angemeldeten Bürgern gebildet«. Zwei Tage später war zu erfahren: »Aus den hiesigen Buchhandlungsgehülfen hat sich am 13. März eine achte Reservecompagnie der Communalgarde gebildet.« Und: »Nächst dem sind neun Reservecompagnien aus den Studierenden gebildet worden, deren jede durchschnittlich 50 M[ann] zählt.«<sup>98</sup> Innerhalb weniger Tage entstanden also bis 16. März 1848 neun Reservekompanien; der größte Teil bestand bis

94 Plenarprotokoll der Stadtratssitzung vom 8. März 1848, StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 55; von Broizem vom 8. März 1848 an das Ministerium des Innern, StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 28.

95 Biedermann, *Mein Leben* (Anm. 9), S. 274.

96 Stellungnahme von 150 Studierenden an den Rektor vom 12. März 1848, DAZ vom 13. März 1848, S. 779 f.

97 Bekanntmachung des Communalgarden-Ausschusses, StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S. 20, Bl. 66 (Abdruck im LTB vom 8. März 1848, S. 662); StadtgML, 1848/49:128/39 Nr. 1 und 1848/49:133 Nr. 53.

98 Von Broizem vom 8. März 1848 an das Ministerium des Innern, StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 27 v und 28 r; DAZ vom 10. März 1848, S. 731, vom 12. März 1848, S. 747, vom 17. März 1848, S. 841.

Anfang Juni 1848.<sup>99</sup> Ein Aspekt könnte dabei auch gewesen sein, die vorwiegend Nicht-selbstständigen unter der Einwohnerschaft Leipzigs unter der Kontrolle der (groß-)bürgerlichen Führungskräfte zu halten.<sup>100</sup> Zudem wollte man durch die eigene Bürgerwehr auch nicht auf den immer kritischen Einsatz des Militärs angewiesen sein.

Die revolutionäre Stimmung in der Stadt äußerte sich insbesondere im immens erhöhten Umsatz, den Waffenhändler, Fahnen- und Dekorationsgeschäfte, aber auch Buch- und Musikalienhandlungen plötzlich hatten.<sup>101</sup> Allgemein stark war besonders der Drang nach Bewaffnung und Waffenübungen. Wegen des unzähligen gefährlichen Gebrauchs von Feuerwaffen auf »ungeeigneten Plätzen« in und vor der Stadt, selbst »zur Abend- und Nachtzeit«, sah sich das Polizeiamt am 10. April 1848 endlich veranlasst, von »Schießübungen« außerhalb der »angewiesenen Schießstände dringend abzumahlen«.<sup>102</sup> Auch die Worte wurden schärfer und nahezu tagtäglich gab es hitzige Debatten, nicht nur in den stark besuchten Sitzungen der Stadtverordneten, sondern auch bei machtvollen Volksversammlungen auf den Straßen, in den Gaststätten, in Wirtshäusern und anderen öffentlichen Orten wie auf dem Marktplatz, im Schützenhaus sowie später oft im Odeon, bei aufgeregten Disputen an der Straßenecke, vor den Anschlägen oder in den Gast- oder Kulturstätten, in den Leserbriefseiten der Zeitungen. Gerüchte gingen um; Witze, Karikaturen und Spottlieder fanden Anklang.<sup>103</sup> Schwarz-rot-gold als deutsche Farben verfestigten sich nun schnell überall als Zeichen der Zeit und Symbol des ersehnten deutschen Nationalstaats – sei es als Fahne aus bzw. an den Häusern oder als Schleife, Band bzw. Kokarde an der Kleidung, zuerst bei Studenten und Professoren der Universität; offensichtlich bestand aber auch Erklärungsbedarf für ihre Entstehung, wie ein Beitrag »Die deutsche Farben und die deutsche Fahnen« in der Leipziger Zeitung Anfang April 1848 dokumentiert.<sup>104</sup> Auch die Leipziger Kommunalgarde trug jetzt schon, Anfang März 1848, offen schwarz-rot-goldene Kokarden, als eine der ersten Bürgerwehren Deutschlands.<sup>105</sup> (*Abb. 10*)

Das Denken, das Politische, war schlagartig eine öffentliche Angelegenheit geworden. Es entwickelte eine Faszination, die im Strudel der Ereignisse viele bisher Bedächtige mitriss. Skeptiker und Indifferente gab es vor allem unter den Konservativen der alten sozialen Eliten wie regierungstreue Beamte, dem Hof in Dresden nahestehende,

99 DAZ vom 4. Juni 1848, S. 2078, und vom 5. Juni 1848, S. 2090 (Berichtigung, dass nur die ersten sechs Reservekompanien wieder aufgelöst wurden).

100 Zwahr, Zur Politik der Bourgeoisie (Anm. 7), S. 49 (Anm. 88 auf S. 186).

101 Klaus Sohl, Brennpunkt Leipzig 1848, in: Katalog 1848 (Anm. 3), S. 114.

102 LTB vom 12. April 1848, S. 1066 (Bekanntmachung vom 10. April 1848).

103 Als Beispiel: Satirisches Gedicht »Der Riese und der Floh« über Blum und Biedermann, Abdruck: Leipziger Reibeisen, Nr. 10, 2. September 1848, Textbeitrag Nr. 228, auch erwähnt bei Zerback, Robert Blum (Anm. 13), S. 210.

104 Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 329; LZ vom 1. April 1848, S. 1994.

105 Hinweis im Aufruf vom 30. April 1849, DAZ vom 2. Mai 1849, S. 1362.





Abb. 10: Erstes Bataillon der Leipziger Communal-Garde, VIII. Compagnie 1848 mit weißer Dienstarmbinde und schwarzrotgoldener Fahne im Hintergrund (StadtgML, Inv.-Nr. Mü. XVIII/6)

alteingesessene Kaufmannsfamilien, konservative Studenten und Professoren. Am stärksten brannte der revolutionäre Eifer an der Universität unter den Studenten, und das spätestens seit Mitte März 1848 de facto nicht mehr wirksame, aber bis dahin abschreckende studentische Verbindungsverbot von 1819/20 musste dann am 29. März offiziell aufgehoben werden. Schnell sortierte sich in der Breite der politischen Willensbildung das organisatorische Terrain, denn die ursprüngliche Kampfeinheit aller »Kräfte des Fortschritts« zerbrach bald. Spätestens Ende März, Anfang April hatte sich auch in Leipzig das übliche »buntscheckige Panorama« der politischen Willensbildung ausgebildet.<sup>106</sup> Nicht selten wurde eine Sitzung der Stadtverordneten vom Vorsteher Werner wegen der übermäßig vielen Zuhörer gezielt mit der Ermahnung zu gesetzlichem Handeln geschlossen.<sup>107</sup> Auf der außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten vom 5. März 1848 zitierte dazu Vorsteher Werner zum Schluss Robert Blum: »[...] die Ruhe der Stadt beruhe nicht auf Bajonetten, sondern auf der Gesinnung und der Denkweise ihrer Bürger«.<sup>108</sup>

<sup>106</sup> Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 327f., 333, im Folgenden auch grundsätzlich und detailliert zur Situation an der Landesuniversität; zu den Vereinen in Leipzig knapp: Andreas Schneider, Leipzig in der Revolution 1848/49, in: Geschichte der Stadt Leipzig, Teilband 3 (Anm. 26), S. 166–191, hier S. 172–175.

<sup>107</sup> LTB, 7. März 1848, S. 660; DAZ vom 8. März 1848, S. 711, und vom 9. März 1848, S. 716 (Beispiel der Sitzung vom 7. März 1848, so z. B. auch schon am 5. März 1848).

<sup>108</sup> LTB vom 6. März 1848, S. 634.

### Zuspitzung, Entscheidung und Sieg

Nun überschlugen sich die Ereignisse regelrecht – es kam zur Kraftprobe und Entscheidung. Die Dresdener Ministerkonferenz beschloss am 9. März 1848 ab 18 Uhr in Anwesenheit des Königs einen militärischen Stufenplan, wonach die »Aufrechterhaltung der Ordnung« in Leipzig zunächst ausschließlich der Kommunalgarde obliegen, in einem zweiten Stadium es aber zu ihrer Unterstützung durch die »gefürchteten Schützen« aus der Garnison in der Pleißenburg sowie durch zusätzlich herangezogene Infanterietruppen kommen sollte, die schließlich im dritten Stadium »in Massen« samt »reitender Batterie« in die Stadt einzurücken hatten und gleichzeitig durch weitere aus Zwickau und Radeburg in Marsch gesetzte Truppen zu verstärken waren.<sup>109</sup> In Anwendung des Plans ließ die Regierung ab 10./11. März 1848 eine »bedrückende Masse von Militär« in den Dörfern rings um Leipzig stationieren, so z. B. das 2. und 3. Schützenbataillon in Paunsdorf, Sommerfeld, Engelsdorf, Panitzsch, Plösz, Sehls, Dewitz und Döbitz, insgesamt 14 Offiziere und 606 Unteroffiziere und Soldaten.<sup>110</sup> (Abb. 11) Parallel dazu standen nach Anforderung von König Friedrich August II. an König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen vom 8. und 15. März 1848 preußische Truppen nahe der Grenze bei Halle, deren Abzug mit der »Anhaltinischen Bahn« nach Berlin erst am 17. März 1848 erfolgte.<sup>111</sup> Leipzig sollte eingeschüchtert werden und die Drohung verfehlte ihre Wirkung nicht, wenn auch anders, als man es sich in Dresden erhofft hatte. Weil »vollends das Militär rings um Leipzig zusammengezogen wurde, gährte und grollte es überall in der Stadt wie in einem Vulkan, der sich zum Ausbruch rüstet«.<sup>112</sup> Schließlich war für viele der versprochene unblutige Sieg bisher ausgeblieben. Die Militäreinkreisung führte durch zusätzliche Verköstigung der Truppen zum Anstieg der Lebensmittelpreise, was wiederum die »Misstimmung« in der Bevölkerung in Leipzig und im Umland steigerte. Sie erschien so besorgniserregend, dass Stadtrat Hermann Adolph Klinger in der Ratssitzung vom 10. März 1848 Alarm schlug und einen Bericht an das Kriegsministerium forderte, »um das Publikum über die Anwesenheit der Truppen und deren beabsichtigte Verwendung durch eine Erklärung des Ministeriums zu beruhigen«. Bürgermeister Groß berichtete allerdings von einer »Erklärung, die ihm der Herr Oberst Graf von

109 Kufstein, österreichischer Gesandter in Dresden, an Metternich, 9. März 1848, Österreichisches Staatsarchiv, Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, Staatskanzlei-Sachsen 62, Bl. 62 (zitiert nach Flöter, Reform oder Revolution? [Anm. 83], S. 41).

110 StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 219, Bl. 43 v (Übersicht über Einquartierungen im 17. Bezirk Borna vom 11. März 1848).

111 StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 62 (Eingabe des Stadtrats an das Kriegsministerium in Dresden, 10. März 1848); Deutsche Zeitung (im Folgenden: DZ) vom 22. März 1848, S. 653 (Meldung vom 17. März 1848); zur Bitte um preußische Militärhilfe: Karl Haenchen, Revolutionsbriefe 1848. Ungedrucktes aus dem Nachlass König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen, Leipzig 1930, S. 36, 41 f. (zitiert nach Matzerath, Der sächsische König [Anm. 17], S. 91).

112 Blum, Robert Blum (Anm. 20), S. 261.





Macht anschnitten könnte«. <sup>114</sup> Am 11. März schließlich glich Leipzig wegen der militärischen Umkreisung einer belagerten Stadt. Am Nachmittag war deshalb eine weitere außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten einberufen worden, die »vor einem gleich großen Zuhörerkreis wie in den letzten Sitzungen« die Stimmung in der Stadt »vor allem wegen des um Leipzig zusammengezogenen Militärs« deutlich zur Sprache brachte sowie über mögliche Reaktionen diskutierte. Dabei betonte Otto Wigand nicht nur die Sicht der Linken: »Leipzig habe unerhörte Ruhe gezeigt, habe nur gesetzliche Schritte gethan; man wolle Preßfreiheit, Wahlreform, Freiheit des Cultus etc; und Ordnung«; im »Angesicht von Tausenden« gelte sein »Dank der Stadt Leipzig für die würdevolle Haltung dieser Tausend«. Deshalb beantragte er, der Rat solle bei der Regierung »vorstellen«, es sei »nicht in unserem Sinne, daß die Truppen rings um Leipzig zusammengezogen würden; Leipzig verdiene dieses Misstrauen nicht«. Auch Eduard Stephani als Vertreter der Liberalen drängte in besagter Plenartagung der Stadtverordneten auf »sofortige Zurückziehung der Truppen«. Seine Begründung entsprach sicher der allgemein verbreiteten Meinung, »Leipzig sei rein von jeder wesentlichen Ruhestörung, es sei nichts als etwas Muthwillen in den Straßen laut geworden; Leipzig habe auf gesetzlichem Weg um das gebeten, was an hundert anderen Orten erstürmt worden sei, bloß gebeten habe es und für all diese Gesetzlichkeit hätte man nichts als Waffen!« Robert Blum brachte schließlich Misstrauen und Missstimmung auf die griffige Formel: »Will man Leipzig dafür strafen, dass es fünf Männern gesagt hat, ihre Zeit sei aus?« Gemeint waren die Minister, die zurücktreten sollten. Und Blum wurde noch deutlicher: »Weil fünf Menschen, die eine Armee zur Verfügung haben, nicht begreifen, daß sie mit ihren Kugeln zwar Menschen tödten, aber nicht ein einziges Loch in die Idee bohren können, welche die Welt beherrscht«. <sup>115</sup>

Anlass der Drohung mit der »militärischen Lösung« war in erster Linie ein in Dresden als äußerst bedrohlich empfundenes Vorhaben der Leipziger Bevölkerung. Beabsichtigt wurde ein »Massenzug« nach Dresden, »eine Art Oppositionsspaziergang« <sup>116</sup>, zur nachdrücklichen Unterstützung der »Wünsche des Volkes«, vor allem zur Überreichung einer Sturmpetition an den König nach badischem Vorbild, die insbesondere die Forderung zum Rücktritt der Regierung enthielt. Da bisher keine der Leipziger Forderungen aus den Adressen eingelöst worden war, sollte ihre Erfüllung nun erzwungen werden. Den Rücktritt zumindest von Julius Traugott Jakob von Könneritz, dem Leiter des Gesamtministeriums seit 1842, hielten inzwischen in Leipzig selbst königstreue Bürgerliche, »Gemäßigte und Gutgesinnte«, für unvermeidlich. <sup>117</sup> Angeregt hatte die Deputation

<sup>114</sup> LTB vom 7. März 1848, S. 659.

<sup>115</sup> LTB vom 12. März 1848, S. 707; DAZ vom 13. März 1848, S. 778; Blum, Robert Blum (Anm. 20), S. 262.

<sup>116</sup> Flöter, Reform oder Revolution? (Anm. 83), S. 40.

<sup>117</sup> Könneritz an Friedrich August II., 10. März 1848, in: Matzerath, Der sächsische König (Anm. 17), S. 87.

der Bürger nach Dresden der Stadtverordnete Otto Wigand in der Plenarsitzung am 7. März und dafür tosenden Beifall der vielen Zuhörer auf den Tribünen und im Saal erhalten. Biedermann hatte allerdings als Vizevorsteher der Stadtverordneten darauf verwiesen, dass dazu im Plenum kein Beschluss gefasst werden könne. Eine öffentliche Diskussion der Zugfahrt nach Dresden erfolgte dann auf der Schützenhausversammlung vom 9. März 1848. Danach beabsichtigte eine »große Anzahl« Leipziger Bürger und Einwohner, etwa 5 000 Mann, an einem für Arbeiter freien Sonntag, am 12. März 1848, die Abreise zur Demonstration in der Residenzstadt. Andere Städte wurden zur Beteiligung eingeladen, wobei besser Bemittelte die Reisekosten von 20 Groschen für Unbemittelte übernehmen sollten. Öffentlich waren in Zeitungsanzeigen im »Generalanzeiger« schon ab dem 8. März »Eisenbahnbillets zu ermäßigten Preisen für die Hin- und Rückfahrt angeboten worden«.<sup>118</sup> Maueranschläge warben schnell in der ganzen Stadt für die Aktion. Sie waren teils anonym, teils von einem »von einer großen Anzahl der Mitbürger dazu ernannten« Ausschuss verbreitet worden. Dieser »ordnende Ausschuss für den großen Zug nach Dresden« verkörperte ein breites Spektrum der Bevölkerung; als Unterzeichner sind in seiner Anzeige vom 10. März 1848 neben Blum und Ruge u. a. aufgeführt der Student Moritz Kirbach, die Ärzte Alexander Göschen, Karl Heyner und Moritz Schreiber, der Buchhändler Heinrich Ludwig August Schreck, der Korbmachermeister Ferdinand Vieweg und der Gasthofbesitzer Johann Gotthilf Werner, auch »Vater Werner« genannt.<sup>119</sup>

Das Vorhaben erschreckte Regierung und Krone, da sie den Ausbruch eines allgemeinen Volksaufstandes fürchteten. Die erwartete große »Theilnahme der Arbeiterschaft« durch die Festlegung auf einen Sonntag beunruhigte zudem die Polizei der sächsischen Residenzstadt außerordentlich. Im Schreiben der »Stadt Policei-Deputation Dresden« an das »Policei-Amt Leipzig« vom 9. März 1848 wurde deshalb nachdrücklich die Verhinderung »einer solchen massenhaften Daherfahrt« gefordert. Aber auch die Dresdener Bürger reagierten auf die Zugfahrtsabsicht aus Leipzig erschrocken mit der Forderung nach Einsatz ihrer Kommunalgarde. Diese zog daher am Vormittag des 12. März 1848 in der Stadt auf, besetzte den Leipziger Bahnhof und patrouillierte vor dem Schloss; ab 7 Uhr morgens war zudem das Militär in den Kasernen alarmiert.<sup>120</sup> Weiterer Hintergrund für die Truppenheranziehung waren ebenso die tägliche politische Agitation im Redeübungsverein sowie das »Umherziehen größerer Volksmassen und das Lärmen derselben« nach den Schützenhausversammlungen, was Hof und die Regierung in Dres-

118 LTB vom 9. März 1848, S. 669; DAZ vom 10. März 1848, S. 731; Lipinski, Geschichte der Arbeiterbewegung in Leipzig (Anm. 12), S. 43; Weber, Revolution 1848/49 (Anm. 69), S. 18f.; von Broizem am 8. März 1848 an das Ministerium des Innern, StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 24r.

119 DAZ vom 13. März 1848, S. 784.

120 Schreiben vom 9. März 1848, StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 65; LZ vom 14. März 1848, S. 1514; Eintrag im Dresdener Hoftagebuch vom 12. März 1848, in: Matzerath, Der sächsische König (Anm. 17), S. 184.

den als Bedrohung empfanden und in höchste Sorge versetzten, weshalb sie auch in ihrem Ultimatum vom 11. März 1848 deren unverzügliche Einstellung forderten.<sup>121</sup> Es wurde überbracht von Justizminister Albert von Carlowitz, 1848 einer der reichsten Rittergutsbesitzer Sachsens, der von 1820 bis 1824 in Leipzig Jura studiert hatte und die Stadt kannte.<sup>122</sup> Er war wegen der »in Leipzig herrschenden Aufregung« parallel zur militärischen Umzingelung der Stadt am 11. März 1848 mit dem offiziellen Titel »außerordentlicher Kommissar im Regierungsauftrag« nach Leipzig gesandt und deshalb »mit ausgedehnten Vollmachten zur Herstellung von Ordnung und Ruhe« ausgestattet worden.<sup>123</sup> Er sollte dabei hauptsächlich gegen die »Anführer der Bewegung« und vor allem Robert Blum »criminell vorgehen«, also sie verhaften lassen, was sich als Gerücht schnell verbreitete. Aber Kreisdirektor Eduard von Broizem und andere Königstreue der Stadt rieten dem ohnehin Zögernden dringend davon ab, weil unter den Leipzigern bis in die besitzenden und »vornehmeren Classen« die Sympathien für Blums politisches Wirken in den letzten Tagen zu groß seien und er sogar als Garant und »Schutz gegen Gewaltthätigkeiten des Pöbels und Gefährdung des Eigenthums« galt. Carlowitz berichtete an den Leitenden Minister der Gesamtkonferenz, Julius Traugott Jakob von Könneritz, am 12. März 1848 unverhohlen, dass sich kein Leipziger finde, der gegen Blum aussagen würde. »Ein Einschreiten würde daher unfehlbar die ganze Bürgerschaft erbittern, und unausbleiblich zu den heftigsten Ausbrüchen des Unwillens führen.« In seiner schlaglichtartig die Machtkonstellation von 1848 erhellenden Notiz meinte Carlowitz jedoch auch, Könneritz beruhigen zu müssen, dass er vor Ort weiter entschlossen und »offen zu erklären« bereit sei, »gegen die Ausführung des Plans« der Zugfahrt nach Dresden »mit Waffengewalt entgegenzutreten«; er erwarte sich »von dieser Drohung guten Erfolg«.<sup>124</sup>

Nun war die Spannung in der Stadt bis aufs Äußerste gestiegen. Wie würden sich die Stadtväter entscheiden – würden sie einknicken oder standhaft bleiben? Und würde ihnen die Bürgerschaft jetzt auf dem Gipfel der Entwicklung weiterhin auf ihrem Weg folgen? Die Stadtvertreter blieben »fest und entschlossen« bei ihrer Linie nicht zu weichen, und auch die Mehrheit der Bürgerschaft dachte so. Jeweils einstimmig forderten Stadtrat und Stadtverordnete am 11. und 12. März 1848 die »sofortige Zurückziehung

121 Handzettel des Ultimatus in vier Punkten, StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 72 (*Abb. 12*).

122 Josef Matzerath, Artikel »Carlowitz, Albert von (Pseudonym: Alwin von Candia)«, in: Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., bearb. von Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi/> (23.01.2018).

123 StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 72 (Antwort des Kriegsministeriums auf die Eingabe des Stadtrats vom Vortag) und Bl. 78 (beglaubigtes Duplikat der Ernennungsurkunde vom 10. März 1848).

124 Carlowitz an Könneritz, 12. März 1848, in: Matzerath, *Der sächsische König* (Anm. 17), S. 90 f.; Biedermann (ungenannt), *Sachsen* (wie Anm. 24), S. 600; Zerback, *Robert Blum* (Anm. 13), S. 218; Manfred Hettling, *Revolution als kognitive Struktur? Der Totenkult um Robert Blum und der Maiaufstand in Dresden*, in: Schattkowsky, John, *Dresdener Maiaufstand* (Anm. 81), S. 95 f.

der die Stadt umgebenden Truppen«. <sup>125</sup> Demokraten und gemäßigt-konstitutionelle Liberale agierten wieder im Zusammenschluss. Selbst auf einer einstündigen Besprechung von 19 Teilnehmern, die ohne Bürgermeister Groß am 11. März 1848 ab um 16 Uhr im Anschluss an die Tagung der Stadtverordneten im »Konferenzzimmer« auf dem Rathaus mit Minister von Carlowitz stattfand, ließen sich die Stadträte und die beiden Vorsteher der Stadtverordneten nicht beirren. <sup>126</sup> Von Carlowitz stellte ihnen das Vier-Punkte-Ultimatum der Regierung, das die Stadtverordneten aber aus den Erfahrungen von 1845 heraus ohne Diskussionsmöglichkeit nicht persönlich entgegennehmen wollten und deshalb bis auf die beiden Vorsteher der Audienz ferngeblieben waren. So wurde es ihnen schriftlich überreicht. Die vier Forderungen waren: 1. fortan keine »aufregenden Reden politischer Natur in der Stadtverordnetenversammlung« mehr zu halten, 2. ebenso keine »politische Agitation« mehr im Redeübungsverein und in den Schützenhausversammlungen zu betreiben, 3. kein »Umherziehen größerer Volksmassen« mehr in der Stadt »und das Lärmen derselben«, und 4. dass ein Zug nach Dresden »zur Überreichung einer Adresse oder einer sonstigen politischen Manifestation schlechterdings unterbleibe«. <sup>127</sup> (Abb. 12) Von Carlowitz veranlasste noch am Abend des 11. März den Stadtrat, die Stadtverordneten von seinen »Forderungen in geeignetem Wege sofort in Kenntnis zu setzen«, was auch laut Eingangsvermerk »Abends gegen 8 Uhr« umgehend geschah. <sup>128</sup> Die Deputation zum Lokalstatut unter Rechtsanwalt Koch beriet noch am Abend und verfasste ein Gutachten zum Ultimatum <sup>129</sup> und der Stadtrat beschloss am Folgetag seine Antwort. <sup>130</sup> Rückhalt für die Stadtvertreter kam von den Zustimmungs- und Dankadressen aus der Stadt und aus ganz Sachsen, auch 486 Leipziger Kommunalgardisten gehörten zu den Unterstützern. Im Schreiben an den Stadtrat vom 28. März 1848 regten die Stadtverordneten übrigens an, im Nachgang für die zahlreichen »Zustimmungsadressen aus allen Teilen des Vaterlandes« zu danken; gemeinsam machten Stadtrat und Stadtverordnete am 7. April 1848 diesen Dank durch Anzeigen öffentlich. <sup>131</sup>

125 StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 80 r (Antwort der Stadtverordneten an von Carlowitz vom 12. März 1848) und 86 v (Stadtverordnete an Stadtrat, 12. März 1848) sowie Bl. 81 r (Antwort des Stadtrats an von Carlowitz, 12. März 1848); DAZ vom 12. März 1848, S. 775; DAZ vom 13. März 1848, S. 777–779; LTb vom 12. März 1848, S. 706 f; Biedermann, Sachsen (Anm. 24), S. 600 f.

126 StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 74–76 (Protokoll der Unterredung); StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S. 20, Bl. 92 (»Verhandlungen« mit Vorstehern); LTb vom 12. März 1848, S. 705–707; DAZ vom 13. März 1848, S. 778 f.

127 StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 72 (Handzettel des Ultimatums in vier Punkten).

128 Ebd., Bl. 77 (Schreiben vom 11. März 1848); StadtAL StVAkt (Anm. 4) S. 20, Bl. 93 (Schreiben des Stadtrats, gezeichnet Demuth, vom 11. März 1848); LTb vom 12. März 1848, S. 707; DAZ vom 13. März 1848, S. 779.

129 StadtAL, StVAkt (Anm. 4) S. 20, Bl. 92 b (Notiz); ebd., Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 80 r–v.

130 Ebd., Bl. 78 (Protokoll der Plenarsitzung des Stadtrats vom 12. März 1848).

131 LTb vom 16. März 1848, S. 741; DAZ vom 13. März 1848, S. 779; StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 133–134 (Schreiben vom 28. März 1848); LZ vom 10. April 1848, S. 2239.

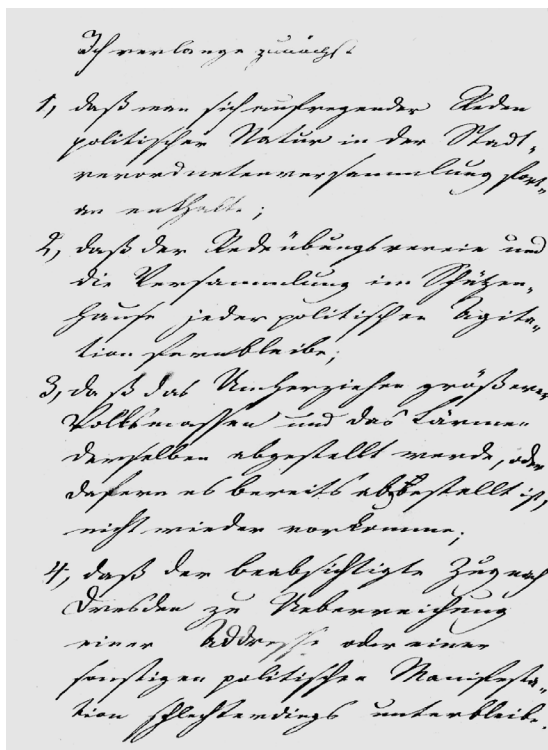


Abb. 12: Carlowitz-Ultimatum vom 11. März 1848 in vier Punkten, Handzettel (StA-L Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 72)

Moralisch dadurch gestärkt, erklärten Leipzigs Stadträte und Stadtverordnete Minister von Carlowitz jeweils zu allen vier Punkten seines Ultimatums mutig ihre Ablehnung. Sie verwiesen darauf, dass 1. bisher »keine gesetzlich strafbaren aufregenden Reden« in den Stadtverordnetenversammlungen gehalten worden wären, aber das »Recht auf freie Meinungsäußerung zu wahren« sei; dass 2. die Versammlungen im Schützenhaus »ganz außerhalb des Geschäftsbereichs der Stadtverordnetenversammlung« lägen, aber analog zu Punkt 1 das Recht auf Versammlungsfreiheit zu wahren sei; dass 3. nach der Ermahnung des Stadtrats vom 9. März »keine nächtliche Kundgebung mehr stattgefunden« habe (was Carlowitz selbst im Schreiben an Könneritz erwähnte) und auch »keine zu fürchten« sei sowie 4. von der Zugfahrt nach Dresden vom Stadtrat durch öffentliche Bekanntmachung und vom Stadtverordnetenkollegium »in letzter Sitzung öffentlich abgeraten« worden wäre. Abschließend betonten die Stadtverordneten selbstbewusst, dass in Bezug auf die Erfüllung der Forderungen des Ultimatums »weitere Garantien nicht zu geben« seien. Damit sahen die Stadtverordneten die Ursachen für die entstandene po-



## An das Sächsische Volk!

Von Sr. Majestät dem Könige an die Spitze der Geschäfte berufen, haben sich Unterzeichnete über folgende Hauptgrundsätze und Maßregeln vereinigt:

**Beeidigung des Militärs auf die Verfassung.**

**Aufhebung der Censur für immer. Ein Pressgesetz ohne das System der Concessionen und Cautionen.**

**Reform der Rechtspflege auf Grundlage der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit; in Strafsachen Geschworenengericht.**

**Reform des Wahlgesetzes.**

**Anerkennung des Vereinsrechtes mit Repressivbestimmungen wegen Mißbrauches.**

**Gesetzliche Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im Geiste der Duldung und Parität.**

**Antrag auf Revision des Vereinszolltarifes.**

**Kräftige Mitwirkung zu zeitgemäßer Gestaltung des deutschen Bundes mit Vertretung des Volkes bei demselben.**

Sr. Königliche Majestät haben diesen Maßregeln und Grundsätzen Ihre Zustimmung zu ertheilen geruht. Gemäß ihnen wird das Erforderliche eingeleitet werden.

Das Sächsische Volk wird die hohe Bedeutung dieser königlichen Entscheidung würdigen und dieselbe durch Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande betätigen.

Dresden, den 16. März 1848.

**Die Staatsminister.**

**D. Braun. D. von der Pforden. Georgi.**

*Abb. 13: Anschlagzettel der »Märzregierung« vom 16. März 1848 mit dem Aufruf »An das Sächsische Volk«, der in 8 Punkten ihr vom König sanktioniertes Programm verkündet – alle wesentlichen Märzforderungen sind in ihm aufgehoben (StA-L, Bestand 20024, Nr. 210, Bl. 45)*

litische Krise allein bei der Regierung.<sup>132</sup> Auch das Zusammengehen von Demokraten und gemäßigten Liberalen stärkte ihnen den Rücken. Von Carlowitz wertete die Antworten in seinem Sinn und ordnete vor seiner Abreise nach Dresden am Nachmittag des 12. März 1848 die Zurückziehung der Truppen an, wozu er dem Stadtrat mit Schreiben vom 14. März 1848 mitteilte, »bereits die nöthigen Befehle ertheilt« zu haben.<sup>133</sup> In »seiner reformkonservativen Orientierung« und auf der schon von Könneritz vorgegebenen Linie versuchte Carlowitz also letzten Endes den militärischen Konflikt doch zu vermeiden. Denn ihm war trotz aller Drohgebärden wenig an der fatalen Wirkung eines blutigen Vorgehens gelegen, zu dem man gerade deshalb »keine Gelegenheit« geben sollte, weil es nach einem Gerücht angeblich von Blum erwartet werde und allgemein in der Stadt der »Ausbruch eines gewaltsamen Kampfes« befürchtet wurde. Außerdem

<sup>132</sup> StAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 88; LTb vom 13. März 1848, S. 709f, vom 16. März 1848, S. 741; DAZ vom 13. März 1848, S. 778, vom 16. März 1848, S. 825f.; Weber, Die Revolution in Sachsen 1848/49 (Anm. 69), S. 18.

<sup>133</sup> StadtAL, Tit. LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 89r–v (von Carlowitz an den Rat der Stadt Leipzig, 14. März 1848); LTb vom 16. März 1848, S. 741; DAZ vom 13. März 1848, S. 778, vom 18. März 1848, S. 857 (Abzug der sächsischen Truppen bis 17. März).

war er sich wegen »des schlimmen Geists unter den Truppen« der Loyalität des Militärs nicht mehr sicher; zwei Unteroffiziere hätten sich schon offen zu Blums Ansichten erklärt und in der Stadt erzähle man sich, »die Schützen hätten erklärt, über die Köpfe hinwegschießen zu wollen«. Er stimmte aber »unbedingt« gegen »preußische Hülfe.«<sup>134</sup> Nach Dresden zurückgekehrt, überzeugte von Carlowitz den König von seiner Linie der Nachgiebigkeit und brachte im Ergebnis von Könneritz zu Fall; dieser hatte dem König allerdings am 9. und 10. März schon selbst vergeblich seinen Rücktritt angeboten.<sup>135</sup> Der doppelte Einschüchterungsversuch durch Militär und Emissär war letztlich gründlich misslungen.

Schon am 11. März 1848 hatte der Stadtrat, wie am Vortag beschlossen, auf Anschlagzetteln nachdrücklich vor einer Fahrt der Bürger nach Dresden gewarnt: »Im Interesse sowohl der Einzelnen daran Beteiligten [...] halten wir es für unsere dringende Pflicht, von der Ausführung jener Absicht hiermit inständigst abzumahnern.«<sup>136</sup> Am 12. März 1848 erschien Robert Blum frühmorgens nicht – wie am Tag zuvor angekündigt und wie in der erwähnten Anzeige vom 10. März 1848 suggeriert – auf dem Dresdener Bahnhof. Er verhinderte so die Abfahrt des Zuges und damit die Demonstration der Leipziger in Dresden, die er neben Otto Wigand selbst mit angeregt hatte. Noch am Vortag hatte er im Plenum der Stadtverordneten erklärt, er Sorge als Ordner für Gesetzmäßigkeit und werde »die Menge in den Schranken« halten. Der Zug sei nun nicht mehr zu verhindern und inzwischen keine alleinige Leipziger Angelegenheit mehr, denn mehr als ein Dutzend anderer Städte würden sich anschließen.<sup>137</sup> Ein Zeitzeuge mutmaßte, dass Robert Blum ein »so unsinniges Unternehmen« bewusst vereitelt habe, da es in Dresden mit Aufziehen der Kommunalgarde verhindert werden sollte und somit vermutlich blutig geendet hätte. Von radikallinker Seite wurde Blum durch Emil Ottocar Weller in einem in seiner ab Mitte April herausgegebenen Zeitschrift »Der Volksfreund« veröffentlichten Aufsatz »Leipzigs Charakter« sowie durch Hermann Semmig in seiner noch am 12. März 1848 verfassten Streitschrift »Sachsen! Was thut not und was thut Blum« deshalb allerdings scharf kritisiert.<sup>138</sup>

Der Schlusspunkt im Ringen um den Regierungswechsel war erreicht. Am 13. März 1848 trat die Könneritz-Regierung komplett zurück und am 16. März berief der König

---

134 Matzerath, Carlowitz (Anm. 121); Flöter, Reform oder Revolution? (Anm. 83), S. 41; Carlowitz an Könneritz, 12. März 1848 »abends 7 Uhr«, in: Matzerath, Der sächsische König (Anm. 17), S. 91f.; Biedermann (ungenannt), Sachsen (wie Anm. 24), S. 601.

135 Könneritz an König Friedrich August II., 12. März 1848, in: ebd., S. 86–89.

136 StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 68–69 (Extract aus dem Plenarprotocoll); Bekanntmachung vom 11. März 1848: ebd., Bl. 64 (auch StadtgML, 1848/49:126/37 Nr. 55); DAZ vom 12. März 1848, S. 775; LZ vom 12. März 1848, S. 1460f.

137 LTB vom 12. März 1848, S. 706f.; DAZ vom 13. März 1848, S. 779, 784.

138 Sparfeld, Robert Blum (Anm. 21), S. 96 (Anm. zu S. 60); ähnlich Blum, Robert Blum (Anm. 20), S. 260; Zerback, Robert Blum (Anm. 13), S. 214f.; »Der Volksfreund« Nr. 1/1848, Reprint Leipzig 1947, S. 4.

eine neue, die »Märzregierung«. Mit ihr wurden die Liberalen quasi zur Regierungspartei und auch zwei Absolventen der Leipziger Juristenfakultät kamen zu wichtigen Ämtern: Karl Braun als Innenminister und Ludwig von der Pfordten als Kultusminister, als Rektor von 1845 hatte er die wichtige Adresse der Universität vom 4. März 1848 maßgeblich mit verfasst. Ihr Programmanschlag »An das Sächsische Volk« vom 16. März 1848 war bestimmt von den Märzideen und die Regierung verpflichtete sich mit ihm quasi zu deren Umsetzung.<sup>139</sup> (Abb. 14) Leipzig setzte sich durch: »Wenn auch die Umgegend von Bajonetten starrte«, hatten Stadtverordnete und Stadtrat sowie die Bürger und Bewohner unbeeindruckt »stets nach ihren Überzeugungen« gesprochen und gehandelt. In jenen Tagen erschien die Stadt so festlich erleuchtet (»illuminiert«) wie nie zuvor und geschmückt mit schwarz-rot-goldenen Fahnen. In den Gassen zogen die dichtgedrängten Scharen einer »fröhlichen Volksmenge« mit Vivat-Rufen »im Geist der ungetrübten und unübertriebenen Freude«<sup>140</sup>. Dazu hatten sie ja auch allen Grund, denn kein Schuss war gefallen und kein Blut vergossen – doch das Ziel war erreicht: Sturz der Regierung und demokratische Rechte. Dass dies nicht von langer Dauer sein sollte, ahnte zu diesem Zeitpunkt niemand.

Die nächste außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten vom 14. März 1848 begann vormittags 9 Uhr mit der überraschenden Information, dass Bürgermeister Johann Carl Groß zum 15. April seinen Rücktritt eingereicht habe. Der Grund war das Scheitern seiner Mission beim König am 3. März. Vielen Leipzigern galt der frühere Stadtrat von 1808 bis 1831 und Vater des sächsischen Strafgesetzbuches von 1838 als Vertreter des alten Rats vor 1830/31 und damit des vorrevolutionären Regimes, der alten Ordnung, auch wenn er sich als Anhänger der Ideen von 1830/31 empfand und den König eben 1848 zu liberalen Zugeständnissen bewegen wollte.<sup>141</sup> Die Märzrevolution fand nun ihren signifikanten Ausdruck an der Spitze der Stadt. Mit Hermann Adolph Klinger wählten die Stadtverordneten am 5. April 1848 gegen den Willen der Mehrheit des Stadtrats einen erklärten Befürworter der revolutionären Entwicklung zum Nachfolger von Groß (der in seinen Umständen nicht vollständig klare Rücktritt von Klinger am 7. Mai 1849 sollte freilich auch das Ende der Revolution in Leipzig symbolisieren). Nochmals wiesen die Stadtverordneten am 14. März 1848 alle vier Forderungen aus Dresden ab.<sup>142</sup> Gleichzeitig verhandelten sie eine Petition an den für den 20. März zur Beratung über die »Preßfreiheit« einberufenen außerordentlichen Landtag<sup>143</sup> und for-

139 StA-L, 20024, Nr. 219, Bl. 45 sowie StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 95 (Anschlagzettel; laut LZ vom 19. März 1848, S. 1626, am Mittag des 18. März bekannt geworden); DAZ vom 18. März 1848, S. 857.

140 LZ vom 19. März 1848, S. 1626 (für den Vortag); DZ vom 22. März 1848, S. 653 f.; Sparfeld, Chronik von Leipzig (Anm. 61), S. 212; ders., Leipzig 1848 bis 1850, Leipzig 1850, S. 8–10.

141 Kühling, Mundus, Leipzigs Bürgermeister (Anm. 3), S. 59.

142 LTB vom 16. März 1848, S. 741 f.; DAZ vom 16. März 1848, S. 825 f.

143 LTB vom 10. März 1848, S. 671 (Bekanntmachung der Regierung Könnertitz vom 9. März 1848).

derten eine Wahlrechtsreform.<sup>144</sup> Beides verankerte der am 17. November 1848 beendete Landtag noch im November 1848 gesetzlich. Bis zu ihrer Zurücknahme 1849/50 stellten sie zwei weitere wichtige Marksteine der Revolution in Sachsen dar, die maßgeblich in Leipzig gesetzt worden waren.

Die Stadtvertreter wussten, was sie nun ihrer Stadt schuldig waren: eine positive Außendarstellung der Vorgänge in der Stadt, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Erwägungen. Denn »die fabelhaftesten Gerüchte« waren »auswärts, zum Theil sehr nahe, über Leipzig verbreitet worden. Alle königlichen Gebäude sollten in Flammen stehen, aller Verkehr geschlossen sein.«<sup>145</sup> Das klang, als herrsche in Leipzig Chaos und Krieg. Auch die Vertreter des Handelsstandes sorgten sich wegen der bevorstehenden Ostermesse um den Ruf der Stadt und forderten vom Stadtrat im Schreiben vom 16. März 1848 eine Erklärung für die Öffentlichkeit, dass Leipzig unverändert ein »Ort der Ruhe und Ordnung« sei.<sup>146</sup> Der Rat der Stadt reagierte umgehend und ließ durch teure Anzeigen<sup>147</sup> seiner Bekanntmachung vom 17. März 1848 in den lokalen und wichtigen überregionalen Zeitungen wie der Hamburgischen Abendzeitung, der Allgemeinen Preußischen Zeitung sowie dem Berliner Intelligenz-Blatt mehrfach zwischen 19. und 21. März sowie zwischen 25. und 29. März 1848 vor allem an Auswärtige verkünden, dass nach Verlauf der ersten zwei Revolutionswochen im Unterschied zu Unruhen z. B. in Dresden und Chemnitz »fortwährend die vollkommenste Ordnung und gesetzliche Ruhe allhier herrscht«.<sup>148</sup> Das Verdienst hieran kam allen Beteiligten zu.

### Fazit und Ausblick

»Die sächsischen Truppen sind seit heute auch aus der Umgegend, in die sie sehr unnützer Weise versetzt worden, zurückgezogen, und Leipzig hat den Willen und die Kraft, die Ordnung in seinem Schoosse selbst aufrecht zu erhalten. Leipzig hat sich in dieser bewegten Zeit weit friedlicher, gesetzlicher und ruhiger gehalten als manche sich sehr loyal dünkende Stadt, und dabei hat es erlangt, was es erstrebte.« Mit dieser Meldung vom 17. März 1848 kommentierte die liberale Lokalpresse nicht nur den vollen Sieg der Märzbewegung in der Stadt, sondern ließ indirekt auch das Selbstverständnis der Protagonisten in ihrem Ringen um den friedlichen Verlauf der Revolution in Sachsen

<sup>144</sup> LTB vom 16. März 1848, S. 741 f. (Protocoll der Verhandlungen vom 14. März 1848 abends).

<sup>145</sup> Meldung des Berichterstatters vom 17. März 1848, DAZ vom 18. März 1848, S. 857.

<sup>146</sup> StadtAL, Tit LXI Nr. 37, Bd. 1, Bl. 97 f. (Eingangsvermerk: 17. März 1848).

<sup>147</sup> Ebd., Bl. 119, Anzeigen: u. a. DAZ vom 19. März 1848, S. 880, vom 20. März 1848, S. 896, vom 21. März 1848, S. 920; LZ vom 19. März 1848, S. 1629, vom 20. März 1848, S. 1652, vom 21. März 1848, S. 1681.

<sup>148</sup> Bekanntmachung des Stadtrates vom 17. März 1848, StadtgML, 1848/49:126/37 Nr. 56 (Einblatt-druck); vollinhaltlich abgedruckt auch schon bei Sparfeld, Chronik von Leipzig (Anm. 61), S. 220 f.

deutlich werden.<sup>149</sup> Aus dem mutigen und unbeirraren Leipziger Vorangehen resultierte in ganz Sachsen große Hochachtung für den Bürgergeist und das Engagement in der Messe- und Handelsstadt. Dies zeigte sich deutlich am 12. März 1848 auf einer Volksversammlung im Schützenhaus, die von dem Lindenauer Gutsbesitzer und Rechtsanwalt Hermann Joseph, einem 1835–1838 als Sprecher der verbotenen Leipziger Burschenschaft inhaftierten Blum-Freund,<sup>150</sup> mit dem Ziel einberufen worden war, »über die Forderungen und Beschwerden des Sächsischen Volkes sich auszusprechen«. Die etwa 40 Teilnehmer, zahlreiche Landtagsabgeordnete und Vertreter sächsischer Städte aus dem demokratischen und liberalen Lager, wählten allein zwei Leipziger ins Vorparlament: Robert Blum für die Demokraten und Karl Biedermann für die Liberalen. Doch Robert Blum lehnte ab, »damit nicht zwei aus Leipzig entsendet würden«. So wurde statt seiner Carl Gotthelf Todt gewählt (Blum ließ sich aber eine Woche später, am 19. März 1848, von der Stadt Zwickau ins Vorparlament entsenden). Dass Liberale und Demokraten aus ganz Sachsen auf dieser Versammlung im Schützenhaus ein am Folgetag veröffentlichtes 20-Punkte-Programm für die Revolution in Sachsen verabschiedeten, verweist schon darauf, dass die Leipziger Protagonisten das Land nun noch stärker in den Blick nahmen. Das Programm der vereinigten Opposition war als Kompromiss wiederum ermöglicht worden durch die Kooperation von Blum und Biedermann. Als Autoren unterschrieben den Aufruf »An unsere Mitbürger in Sachsen!« Karl Biedermann, Robert Blum und Wilhelm Michael Schaffrath. Als Acht-Seiten-Flugschrift mit Auflistung der Teilnehmer wurde er in ganz Sachsen verteilt. Leipziger Teilnehmer der Versammlung waren übrigens neben Biedermann und Blum auch der Stadtverordnetenvorsteher Werner, Stadtrat Klinger, Stadtverordneter Otto Koch sowie die Landtagsabgeordneten Heinrich Brockhaus und der erwähnte Organisator Hermann Joseph als Präsident der Tagung, insgesamt alle wichtige Vertreter der »Märzbewegung« in Leipzig.<sup>151</sup>

Der friedliche Protest und Bürgermut der Leipziger, das einheitliche und geschlossene Auftreten der Stadtvertreter, Bürger und Einwohner samt ihrem Nichtzurückweichen vor der Drohung mit der »militärischen Lösung« sowie ihr gemeinsames unbeirrbares Festhalten an den Forderungen nach Freiheit und Demokratie gegenüber Krone und Regierung ermöglichten am Ende den Sturz der Regierung und damit den Sieg der Märzbewegung in Sachsen. Ebenso ausschlaggebend dafür waren aber auch ihr Ringen und das gegenseitige Verabreden auf unbedingte Gewaltfreiheit, das von einsichtigen Vertretern der Gegenseite wie von Broizem und von Carlowitz unterstützt wurde. Der Anschluss zunächst anderer Städte und dann des gesamten Landes an das Leipziger Bei-

<sup>149</sup> DAZ vom 18. März 1848, S. 857.

<sup>150</sup> Zwahr, Von der Universitätsreform bis zur Reichsgründung (Anm. 7), S. 199.

<sup>151</sup> LTB vom 14. März 1848, S. 725–727; DAZ vom 13. März 1848, S. 790 f.; Zerback, Robert Blum (Anm. 13), S. 216 f.; Weber, Revolution 1848/49 (Anm. 69), S. 18 f.; Aufruf: StadtgML, 1848/49:126/37 Nr. 25a.

spiel und Signal in der Adressenbewegung brachte dann den Durchbruch der Märzideen.

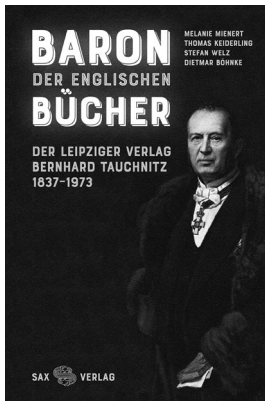
Blickt man genauer auf diese Ereignisse in den ersten zweieinhalb Märzwochen 1848, so zeigt sich eine gewisse Parallelität. Im Muster sollten sich bei der nächsten von Leipzig ausgehenden Revolution um Freiheit und demokratische Rechte die Grundvorgänge im Beginn nahezu ähneln – fast eineinhalb Jahrhundert später, im Herbst 1989. Denn beide Male erhoben Leipziger Bürger als erste im Land Forderungen nach freiheitlich-demokratischen Rechten und hielten dem Gegendruck der Regierung sowie ihrer Drohung mit militärischem Vorgehen stand, sodass am Ende die Regierung zurücktreten und die (Haupt-)Forderungen erfüllen musste. Die Frage stellt sich, ob eine innere Verbindung zwischen beiden in sich einzigartigen Revolutionsereignissen besteht, die jeweils Leipzig als Vorbild für das Land zeigten. Gemeinsam ist zumindest beiden Revolutionsanstößen, dass der Reformstau übergroß geworden war und die Menschen die Verhältnisse nicht mehr wie bisher ertragen wollten. Ebenso gemeinsam ist den Vorgängen aber auch, dass es beides Mal trotz aller Breite der Bewegung jeweils immer nur eine Minderheit der Bevölkerung war, die sich mutig und geleitet von ihrem Gewissen für Veränderungen in einem friedlichen Vollzug einsetzten, nach einem mitreißenden Anstoß von außen (1848: Frankreich; 1989: Polen und Ungarn samt der Wirkung der Ausreisebewegung in den »Westen«). Vielleicht geschah es beide Male auch, um der Stadt Leipzig als dem Lebensmittelpunkt der Akteure eine weiterhin prosperierende Entwicklung zu sichern? Nicht zu vernachlässigen sind freilich auch schwerwiegende Unterschiede in beiden Revolutionsanfängen und -verläufen. So versagte bei der friedlichen Revolution im Herbst 1989 die kommunalpolitische Führungsebene komplett; ein Teil der Bürger der Stadt und aus dem Umland wurde zum Vollstrecker des Volkswillens und damit zur Triebkraft und zum Hegemon (»Wir sind das Volk«). Neuartig war 1989: Führung und Hegemon fielen zusammen, wenn die Menschen von Montagsdemonstration zu Montagsdemonstration die revolutionäre Uhr weiter am Laufen hielten. Demgegenüber waren die kommunalen Entscheidungsträger bei der Märzrevolution 1848 als Führungskräfte eindeutig Verkünder und Umsetzer des Volkswillens, wie er sich dann auch flächendeckend in der Adressenbewegung in Sachsen äußerte; Führung und Hegemon erzwangen gemeinsam den (vorübergehenden) »Sieg« der Märzideen.<sup>152</sup>

Unorthodox über diese Fragen nachzudenken sollte sich lohnen, um auch den Charakter dieser beiden überregional bedeutsamen und von der Stadt Leipzig ausgehenden revolutionären Umbrüche näher zu bestimmen. Beide hatten für die Zeitgenossen eine atemberaubende Dynamik und Dimension; beide bezeichnen einen bedeutsamen Zeitabschnitt der Leipziger Stadtgeschichte.

---

152 Der Autor dankt Annette und Hartmut Zwahr für wertvolle Hinweise.





## Baron der englischen Bücher

Der Leipziger Verlag Bernhard Tauchnitz  
1837–1973

*M. Mienert, Th. Keiderling, S. Welz,  
D. Böhnke*

ISBN 978-3-86729-201-6

1. Auflage 2017, 15 x 23 cm

Klappenbroschur

188 Seiten, 66 z.T. farbige Abbildungen

28,00 €

Die Leipziger Autoren Melanie Mienert, Thomas Keiderling, Stefan Welz und Dietmar Böhnke schreiben über einen großen Verleger des 19. Jahrhunderts und seine legendäre Edition, die »Collection of British and American Authors«. Als langjährig recherchierende Buchwissenschaftler, Historiker, Anglisten legen sie trotz weitgehend verlorengegangener Quellengrundlage nach Ausbombung des Verlages Ende 1943 eine moderne Verlagsgeschichte vor. Überraschende Einblicke bieten sich in den deutsch-englischen Bücherkosmos, namentlich in die Rezeption der englischsprachigen Literatur im kontinentalen Europa. Die Meilensteine der Verlagsgeschichte und die Tauchnitz Edition als Jahrhundertunternehmen wie auch die persönlichen Verlagskontakte zu den Autoren, etwa zu Charles Dickens oder Levin Ludwig Schücking, stehen im Mittelpunkt des Buches.

Eingeleitet wird es mit dem Grußwort eines Urururenkels des Verlagsgründers, Jochen von Osterroth aus Oberwesel, der als Kenner der Materie diesen Band als Standardwerk zum Thema sieht. Hier ein Ausschnitt aus seinem Grußwort:

... Als ich von den Plänen erfuhr, dass eine Gruppe Leipziger Wissenschaftler – Anglisten und Buchhistoriker – daran geht, die Geschichte des legendären Tauchnitz Verlags aufzuarbeiten, war ich zunächst skeptisch. Wird es ihnen gelingen, anhand der wenigen vorhandenen Quellen und Dokumente ein wahrhaftiges Bild des einstigen Unternehmens zu zeichnen? Noch größer war und ist jedoch mein Interesse, mit welchen neuartigen, modernen Fragestellungen sie die Aufarbeitung der »versunkenen Verlagsgeschichte« bewältigen würden? Nun liegt nach einer jahrelangen Beschäftigung, die ich aus der Ferne etwas begleiten und mit dem einen oder anderen Hinweis oder Dokument bereichern konnte, eine profunde Buchpublikation vor. Und diese kann sich sehen lassen: Hier entsteht ein plastisches Bild des Firmengründers, seiner ersten Schritte, Visionen und Erfolge. Es werden die nachfolgenden Inhaber und Manager vorgestellt und eine sehr dichte Chronik des Verlags gestrickt. In noch nie dagewesener Weise wird deutlich, worin die »Erfolgsbausteine« der Unternehmung liegen und in welcher Weise sie zur kulturellen und literarischen Vermittlung zwischen den Völkern beitragen konnten. Statistische Ausführungen gewähren Einblicke in die Collection of British Authors, lassen sie geradezu gläsern erscheinen ...

## Geruch frischen Pferdemitestes mitten in der Großstadt – zur Entwicklung des Gebietes um das Leipziger Paket- und Zeitungspostamt an der Hospitalstraße

*Anett Müller*

Als die Oberpostdirektion Leipzig 1876 mit dem Bau des Paket- und Zeitungspostamtes und der Posthalterei an der Hospitalstraße (heute Prager Straße) begann, war Leipzig gerade zur Großstadt geworden. Die Bevölkerungszählung 1871 hatte ergeben, dass 106 925 Einwohner in der Stadt lebten und mit der Überschreitung der 100 000-Einwohnermarke galten Kommunen als Großstadt. Der Prozess des Bevölkerungswachstums hielt bis in das 20. Jahrhundert hinein an und Leipzig lag damit im Trend der Zeit. In den Städten vollzog sich im 19. Jahrhundert ein grundlegender Wandlungsprozess, der sich darin äußerte, dass die Anzahl der Städte an sich als auch deren Größe zunahm und sich eine spezifische städtische Lebensform ausprägte und durchsetzte. Hauptfaktoren dieses Prozesses waren ein generelles Bevölkerungswachstum, die Industrialisierung und eine Binnenwanderung vom Land zur Stadt. Vor allem die gesünderen Lebensbedingungen führten dazu, dass die Geburtenrate die Todesrate bis zum Ersten Weltkrieg überstieg. Auch profitierte Leipzig von der verstärkten Mobilität. Besonders in den Jahren 1867 bis 1874 siedelten sich Zuwanderer in großer Zahl an. Die Neuleipziger kamen dabei nicht nur aus dem Königreich Sachsen selbst, sondern aus allen Teilen Deutschlands und ebenso aus dem Ausland. Nach dieser Periode waren es dann vor allem der Geburtenüberschuss und mehr noch die Eingemeindung von 17 Vorstadtdörfern in den Jahren 1889 bis 1892, die den Bevölkerungszuwachs maßgeblich bestimmten. Im Jahre 1895 wies die Statistik 399 995 und 1914 bereits 624 845 Einwohner aus. Damit gehörte Leipzig zu den größten Städten des Deutschen Reiches und nahm hinter Berlin, Hamburg und München den vierten Platz ein.<sup>1</sup>

Das Grundstück an der Hospitalstraße 17/18 (heute Prager Straße 4–8), in den Quellen als Grundstück der ehemaligen Postwagenremise vor dem Hospitaltor bezeichnet, wurde bereits Anfang des 19. Jahrhunderts von der Post genutzt. Es lag verkehrstechnisch sehr günstig in der Nähe des Johannisplatzes und der Gabelung der Straßen nach Wurzen und weiter in Richtung Schlesien und nach Grimma in Richtung Böhmen sowie nahe am Augustusplatz. Der freie Platz vor dem Grimmaischen Tor, der 1839 nach dem sächsischen König Friedrich August I. (1750–1827) den Namen Augustusplatz

<sup>1</sup> Vgl.: Daten und Fakten zur Leipziger Stadtgeschichte (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 5), zusammengestellt und bearb. von Frauke Gränitz, Leipzig 2013, S. 84, 103, 138f.

erhielt, entwickelte sich schon früh zu einem Anlauf- und Haltepunkt für den Postkutschen- und Warenverkehr. In den Jahren zwischen 1836–1838 entstand am Augustusplatz auch das erste Postamt nach den Plänen von Albert Geutebrück (1801–1868).<sup>2</sup>

Der Ausbau der Grimmaischen Vorstadt, der dem Grimmaischen Viertel der Stadt vorgelagerte Außenbereich der Stadt um Johannishospital und Johanniskirche, setzte um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ein. Die Buchgeschäfte, Verlage und Druckereien, die vor allem im Bereich um die Universität ansässig waren, benötigten aufgrund der gestiegenen Nachfrage und größerer Aufträge mehr Platz, den die eng bebaute Innenstadt ihnen nicht bieten konnte. Sie erweiterten sich und siedelten sich außerhalb der Promenade im Osten der Stadt an. Dort boten die Gärten, die Sandgrube sowie die Stadtfelder ausreichend Potenzial. Das gesamte Gebiet wird nach dem Gewerbe auch heute noch als Graphisches Viertel bezeichnet.<sup>3</sup>

So ließ sich im Jahre 1817 der Verleger Friedrich Arnold Brockhaus (1772–1823) in der Quergasse (heute Querstraße) nieder, er eröffnete zusätzlich eine Druckerei, das Unternehmen nahm 1827 erstmals eine Schnellpresse in Betrieb und errichtete bereits 1834 ein neues Verlagsgebäude. Der Buchdrucker Benedictus Gotthelf Teubner (1784–1856) bezog 1821 sein neues Druckereigebäude am Grimmaischen Steinweg/Ecke Augustusplatz, erweiterte es schon bald und gründete 1823 einen Verlag für wissenschaftliche Buchausgaben. Im Jahre 1840 bestanden in der Grimmaischen Vorstadt bereits 24 Buchdruckereien mit 232 Hand- und elf Schnellpressen, sieben Schriftgießereien sowie 108 Buchhandlungen.<sup>4</sup> Hinzu kamen nach 1845 der Musikalienverlag von Friedrich Hofmeister (1782–1864) in der Karlstraße 10 (heute Büttnerstraße), der Buchhändler Otto Spamer (1820–1886) in der Gellertstraße 7–9 (heute Littstraße), der ab 1868 auch eine Buchbinderei betrieb, das 1852 gegründete Typographische Institut Giesecke & Devrient, im Jahre 1867 der Musikalienverlag Breitkopf & Härtel an der Bosen-, Sternwarten- und Bauhofstraße (heute Nürnberger Straße, Sternwarten- und Bauhofstraße) sowie der 1872 von Koblenz nach Leipzig in die Nürnberger Straße übersiedelte Baedeker-Verlag, um nur einige Firmen zu nennen.<sup>5</sup>

Dass hier wirklich ein Zentrum des graphischen Gewerbes entstand, manifestierte sich auch darin, dass der Börsenverein der deutschen Buchhändler 1886–1888 ein Buchhändlerhaus an der Hospitalstraße (heute Prager Straße) errichtete und seinen Sitz dorthin verlegte. Gleichmaßen schuf sich der 1884 gegründete Deutsche Buchgewerbeverein als Dachorganisation aller Verbände der graphischen Industrie mit dem Buch-

2 Vgl. Gina Klank, Gernot Griebisch, Lexikon Leipziger Straßennamen, hrsg. vom Stadtarchiv Leipzig, Leipzig 1995, S. 30, sowie Leipzig und seine Bauten, hrsg. von der Vereinigung Leipziger Architekten und Ingenieure, Leipzig 1892, S. 142–145.

3 Vgl. Christoph Kühn, Ostvorstadt. Eine historische und städtebauliche Studie, Leipzig 1998, S. 38, 40.

4 Vgl. ebd., S. 13 f.

5 Vgl. ebd., S. 14–20.



*Das Paketpostamt in der Hospitalstraße, um 1895, Fotograf Hermann Vogel (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)*

gewerbehause an der Hospitalstraße 1898–1900 einen repräsentativen Sitz mit Ausstellungsräumen und dem Buchgewerbemuseum.<sup>6</sup>

Die Über- und Ansiedlung des Buchgewerbes in den und im östlichen Vorstadtbereich wirkte als Impulsgeber für die Bebauung des gesamten Areals. Neben der verkehrsgünstigen Lage zu den beiden Ausfallstraßen beeinflusste der Eisenbahnbau die Entwicklung des Gebietes. Im Jahre 1837 war ein erstes Teilstück der Leipzig-Dresdner Eisenbahn in Betrieb genommen worden, 1839 wurde der Bahnhof eröffnet. 1842 folgte der Bayrische Bahnhof, der die Bahnstrecke Leipzig–Hof bediente, 1851 eine erste und 1878 eine zweite Verbindungsbahn zwischen beiden Bahnhöfen sowie 1874 der Eilenburger Bahnhof mit der Strecke Leipzig–Eilenburg, allerdings noch auf der Flur der Gemeinde Reudnitz.<sup>7</sup> Die Gemeinde Reudnitz war eine selbstständige Gemeinde, östlich der Stadt gelegen, die immer mehr an das Stadtgebiet heranwuchs. Aufgrund der Nähe zur prosperierenden Handelsstadt Leipzig, unter dem Einfluss des Eisenbahnbaus,

<sup>6</sup> Leipzig und seine Bauten (Anm. 2), S. 461–467 sowie Vera Beyer, Buchgewerbehäuser im Leipziger Graphischen Viertel, in: Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 16 (2007), S. 65–156.

<sup>7</sup> Vgl. Leipzig und seine Bauten (Anm. 2), S. 612–640.

der Gewerbebefreiheit und vorteilhafter Ansiedlungs- und Steuerverhältnisse, aber auch dem Angebot an Arbeitskräften hatte sich Reudnitz von einem kleinen Dorf Anfang des 19. Jahrhunderts mit ca. 600 Einwohnern zu einem städtisch geprägten Vorort mit fast 12 000 Bewohnern im Jahre 1875 entwickelt, ohne selbst Stadtrecht zu besitzen. In ihrem Agieren war die Gemeinde an die Revidierte Landgemeindeordnung vom 24. April 1873 gebunden. Jene schränkte ihren Handlungsspielraum jedoch ein und behinderte sie in ihrem Ausbau. Daher suchte der Gemeindevorstand bereits am 29. März 1864 um Aufnahme in das Stadtgebiet beim Leipziger Rat nach. Die Leipziger Stadtverordneten, die die Gesuche weiterer Landgemeinden, aber besonders die enormen zusätzlichen Kosten befürchteten, lehnten gleichwohl ab. Erst 1889 kam es zur »Einverleibung« des Vorortes, so der zeitgenössische Begriff.

Da jedoch die Bebauung unmittelbar ineinander übergang, eine Unterscheidung zwischen der Landgemeinde Reudnitz und der Stadt Leipzig zunehmend weniger möglich wurde und auch der Großteil der im graphischen Gewerbe tätigen Arbeiter in Reudnitz wohnte, erfolgte der Anschluss an das Straßenbahnnetz bereits am 18. Mai 1872 mit einer Linie vom Augustusplatz über die Dresdner Straße nach Reudnitz.<sup>8</sup>

Neben der baulichen Erweiterung der Grimmaischen Vorstadt fand seit den 30er- und 40er-Jahren des 19. Jahrhunderts die Erschließung des Areals hinter dem Johannisplatz nördlich der Dresdner Straße statt. Für die sogenannten Stadtfelder ließen die Besitzer – Leipziger Bürger – Bebauungspläne aufstellen, parzellierten das Areal und bebauten es mit zwei- bis viergeschossigen Mietshäusern bei einer gewerblichen Hofnutzung. Um 1840 bezeichnete man das Gebiet um Egel-, Kreuz-, Insel-, Scherlstraße und Lange Straße nach dem sächsischen König Friedrich August II. (1797–1854) als Friedrichstadt. Der Anbau nördlich davon um die Tauchaer Straße (heute Rosa-Luxemburg-Straße) und um die Milchinsel (heute An der Milchinsel, Egelstraße, Marienplatz und Chopinstraße), im Eigentum des Unternehmers Carl Lampe (1804–1889), erhielt den Namen Marienstadt. Sie wurde vor allem mit Villen bebaut, heute noch am Marienplatz zu sehen. Carl Lampe selbst zog in die Chopinstraße Nr. 11. Im Jahre 1839 erfolgte die Bebauung des sogenannten Salomonschen Anbaus an der gleichnamigen Straße, benannt nach dem Grundbesitzer und Eigentümer Kaufmann Rudolph Julius Salomon (1779–1851). Dort bezog u. a. der Musikalienverleger Hermann Härtel (1803–1875) 1853 ein Wohnhaus.<sup>9</sup>

Mit der Friedrichstadt entstand ein Wohngebiet von bis dahin ungekannter Größe. In seinem Ausmaß kam es fast der Innenstadt gleich. Bei vollständiger Bebauung sollten 20 000 bis 25 000 Bewohner Aufnahme finden, sodass man sogar einen eigenen Markt-

8 Vgl.: Alexander Börner: »... denn so kann es nicht länger fortgehen.« Die Eingemeindungspolitik des Leipziger Rates am Beispiel der Landgemeinde Reudnitz in den Jahren 1864 bis 1888. Grundlagen für eine Ausstellung. Diplomarbeit, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (FH), Fachbereich Buch und Museum, Studiengang Museologie, 1998.

9 Vgl. Kühn, Ostvorstadt (Anm. 3), S. 44 f.

platz in der Marienstadt vorsah und sich um die städtebauliche Verbindung und den Anschluss der verschiedenen Gebiete intensiv bemühte. Mit dem zunehmenden Einzug des graphischen Gewerbes und der Verbindung von Wohn- und gewerblicher Nutzung setzte seit den 1870er-Jahren jedoch nochmals eine Wandlung ein, besonders in der Marienstadt. Geschlossene Mietshauszeilen und Gewerbebauten lösten die offene Villenbebauung ab, der Charakter des Gebietes veränderte sich und wurde großstädtischer.<sup>10</sup>

Südlich der Straße nach Grimma, der Reitzenhainer Straße (heute Prager Straße) entstand seit den 20er-Jahren des 19. Jahrhunderts die Kleine Johannisvorstadt. Der Bereich war wenig bebaut, bekannt war er vor allem durch den Großbösischen Garten, den der Kaufmann Caspar Bose (1645–1700) 1680 dort anlegen ließ und der überregionale Aufmerksamkeit genoss. Südöstlich des Gartens, der 1824 an den Buchhändler Karl Reimer (1801–1858) verkauft worden war, wurden die Glocken-, die Friedrichstraße, die Webergasse (heute überbaut) und die Brüderstraße angelegt. Für die Bewohner ließ der Rat 1832/33 die zum Johannishospital gehörende Sandgrube in eine Kleingartenanlage – das »Johannistal« – umwandeln. Der spätere Begründer des Schrebergartens Innocenz Hauschild (1808–1866) erwarb hier 1855 einen Garten, bestehend aus drei Parzellen. Zunächst mitten im »Johannistal« gelegen, eröffnete 1861 auch die neue Sternwarte. Mit der Herstellung der Stephanstraße 1870 wurde ihre bessere Zugänglichkeit gewährleistet und sie erhielt nun die Adresse Stephanstraße.

Im Zusammenhang mit der Eröffnung des Bayrischen Bahnhofs erfolgte 1843 die Parzellierung des Reimerschen Gartens. Dabei stellte die Nürnberger Straße die Verbindung zwischen Johannisplatz und Bayrischem Platz her. Das neue Areal wurde außerdem durch die Königstraße (heute Goldschmidtstraße) und die Lindenstraße (heute An der Verfassungslinde) erschlossen, weitere Straßen folgten. Während in der Kleinen Johannisvorstadt die Häuser einfach, schlicht und zweckmäßig gehalten waren, wiesen jene in den neuen Straßen einen gehobenen Standard und eine großzügige Gestaltung auf. Zu den bekanntesten Bewohnern der Königstraße zählte der Gewandhauskapellmeister und Komponist Felix Mendelssohn Bartholdy (1809–1847).

Auch in diesem Bereich ließ sich das graphische Gewerbe nieder. So beispielsweise in der Thalstraße 12 (heute Talstraße) der Verlag Edition Peters, das Papierhandelsgeschäft Sieler & Vogel in der Goldschmidtstraße, die Feinpapierhandlung Poensgen & Heyer in der Thalstraße 4 oder der Musikalienverlag Breitkopf & Härtel, der schon genannt wurde, in der Nürnberger Straße.<sup>11</sup>

In dem Zeitraum bis zur Wende zum 20. Jahrhundert schritt ausgehend von der inneren Stadt und dem engeren Vorstadtbereich die Bebauung immer weiter fort und verdichtete sich. Zwischen dem Promenadenring und den eingemeindeten Vororten befand sich gerade im Osten kaum noch unbebautes Areal. Erfolgte die Planung zu-

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 45–48.

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 49–51 sowie S. 25–27.



nächst für einzelne Anbaue oder Straßenzüge, so wurden zunehmend Konzeptionen für größere Gebiete – Parzellierungs-, Fluchtlinien- und Bebauungspläne – notwendig und die Ortsbauordnungen und Bebauungspläne der Vororte mussten den städtischen Bestimmungen angepasst werden. Die erste Bauordnung des Leipziger Rates aus dem Jahre 1882 schrieb Standards in bau-, feuer- und gesundheitspolizeilicher Hinsicht fest, aber auch gewisse ästhetische Grundsätze. Ihre Durchsetzung erforderte zahlreiche bauliche Maßnahmen, Straßenverbreiterungen und -befestigungen, die Herstellung von Trottoirs oder auch Veränderungen an den Fluchtlinien. Der gewollte und bewusst durchgeführte Abriss und Neubau von Gebäuden oder der Anschluss an die städtischen Versorgungssysteme führte gleichermaßen dazu, dass das Gebiet, zumindest in einzelnen Bereichen, in einem ständigen Wandel, einer Umgestaltung oder der Anpassung an die Gegebenheiten begriffen war. So kam es auch, dass sich gerade im Osten der Stadt Fabrikanlagen mit Wohngebäuden abwechselten oder Gewerbeanlagen und Produktionsräume hinter den Wohnhäusern in Hinterhöfen oder -gebäuden lagen, Erweiterungen oder Erneuerungen notwendig wurden.

Während das Paket- und Zeitungspostamt mit der Posthalterei bei dem Baubeginn 1876 nur von wenig bebauter Fläche umschlossen war und sich fast am Rande der Stadt befand, so war es doch nach der Eingemeindung von Reudnitz und der Bebauung des Gebietes zwischen Stadt und Vororten mitten in der Großstadt gelegen. So verwundert es nicht, dass sich im September 1892 der Kaufmann und Papierfabrikant Edmund Obst, dessen Firma in der Seeburgstraße 31 ansässig war und der in der Hospitalstraße 10 wohnte, »über einen Zustand, welcher die Nachbarschaft ... aufs Höchste belästigt«, beim Stadtbezirksarzt beschwerte: »Abgesehen davon, dass so große Pferdeställe in mitten der Wohnungen an und für sich schon eine Plage sind, die leider wohl in diesem Falle schwer beseitigt werden kann, findet hier der ganz besondere Übelstand statt, dass die Düngergruben nicht geleert und desinfiziert werden und deshalb pestialische Gerüche verbreiten. Der Geruch frischen Pferdemistes aus den Ställen und die dazugehörigen unendlichen Fliegen wären vielleicht schon noch zu ertragen, aber der faule Geruch aus den Düngergruben, welcher die Umgegend, namentlich die Luft in den Wohnungen der Volkmarschen Häuser, Hospitalstraße 10, geradezu vergiftet, ist ein entsetzlicher Mißstand, der an warmen und schwülen Tagen, wie wir es jetzt gehabt haben, mir geradezu gefährlich erscheint ...« Er bat darum, doch etwas für die Beseitigung der »Pestluft« zu tun.<sup>12</sup>

Im November 1894 wurde mit dem Umbau des ehemaligen Stallgebäudes zu einem Bureau- und Lagergebäude begonnen. Die Pferde verschwanden aus diesem Teil des Stadtgebietes und auch daran wird der Wandel zur Großstadt sichtbar.

12 Stadt Leipzig, Amt für Bauordnung und Denkmalpflege, Bauaktenarchiv, Bauakte Prager Straße 6, unfoliiert.

## »Helft uns siegen!« Sammlungen während des Ersten Weltkrieges in und um Leipzig

*Gerald Kolditz*

### Kriegsanleihen

Bereits wenige Wochen nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren bei allen kriegführenden Staaten enorme Kosten für dessen Finanzierung aufgelaufen, die sie auf unterschiedliche Weise zu großen Teilen durch die eigene Bevölkerung aufbringen ließen. Schon die erste Woche der Mobilmachung und des Truppenaufmarsches kostete das Deutsche Reich mehr als 600 Millionen Mark und überstieg den nach 1871 gebildeten »Reichskriegsschatz« in der Zitadelle Spandau um das Fünffache. In der Folge verschlang jeder Kriegstag durchschnittlich 60 bis 80 Millionen Mark. Während Frankreich und Großbritannien den Krieg hauptsächlich über Steuererhöhungen finanzierten, bevorzugte man in Deutschland, Österreich-Ungarn und in Russland die Auflage mehrerer Kriegsanleihen, durch die am Ende in Deutschland rund 60 Prozent der Kriegskosten finanziert werden konnten.

Obwohl die Oberste Heeresleitung des Deutschen Reiches im September 1914 noch an einen baldigen Sieg der Mittelmächte glaubte, war schon zu dieser Zeit klar, dass die Inanghaltung der Kriegsmaschinerie und die damit verbundenen Aufwendungen für Ausrüstung, Munition, Waffen und Militärtechnik, Verpflegung und Transporte die finanziellen Reserven des Reiches rasch aufzehren würden. Daher entschloss sich die Reichsleitung (»Reichsregierung«) gemeinsam mit dem Reichsbank-Direktorium nach vorangegangener Ermächtigung durch den Reichstag zur Auflage einer mit je 5 Prozent fest verzinslichen Deutschen Reichsanleihe (Schuldverschreibungen) sowie der öffentlichen Zeichnung von Reichsschatzanweisungen, die bis zum 1. Oktober 1924 unkündbar sein sollten. Beide Formen der Aufbringung von Geldern wurden fortan als Kriegsanleihen bezeichnet. In allen Zeitungen und Zeitschriften wurde seit Mitte September lebhaft für die Beteiligung an den Kriegsanleihen als »patriotische Pflicht« jedes guten Deutschen zur Unterstützung der kämpfenden Söhne, Brüder, Ehemänner an den Fronten des Krieges geworben.

Die Zeichnung von Kriegsanleihen konnte bei jeder Filiale der Reichsbank, bei sämtlichen deutschen Banken, bei jeder Sparkasse und Lebensversicherungsanstalt erfolgen. Die Schatzanweisungen und Reichsanleihen wurden in Stückelungen von 100 bis 100 000 Mark mit entsprechenden Zinsscheinen ausgefertigt, womit sowohl die kleinen und mittleren Sparer als auch die Großkapitalisten angesprochen wurden. Für je

100 Mark Nennwert wurden 97,30 Mark (Reichsanleihe) bzw. 97,50 Mark (Schatzanweisungen) in das Reichsschuldbuch eingetragen. Die Verzinsung der Reichsanleihen begann bereits am 1. Oktober 1914 und ab April 1915 konnten die ersten Zinsscheine (Coupons) eingelöst werden, während die Tilgung der Schatzanweisungen erst ab Oktober 1918 beginnen sollte. Die Zeichnungsscheine wurden auf Wunsch kostenfrei von dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere in Berlin aufbewahrt und verwaltet.<sup>1</sup>

Insgesamt erbrachte die 1. Kriegsanleihe bis zum Ende der Zeichnungsfrist am 19. September 1914 im Deutschen Reich rund 4,46 Milliarden Mark, wobei über zwei Milliarden Mark auf die kleinen Sparer mit Zeichnungen zwischen 200 und 500 Mark entfielen. Später konnten bereits mit kleineren Beträgen von 10 Mark und weniger Kriegsanleihen ab 100 Mark gezeichnet bzw. angezahlt werden, die über Beiträge einer Kriegsanleihe-Sparversicherung viertel- oder halbjährlich langfristig finanziert wurden. Damit sollten besonders die ärmeren Teile der Bevölkerung, die keine 100 oder mehr Mark auf einen Schlag entbehren konnten, in die Kriegsfinanzierung einbezogen werden (nach dem Motto »Kleinvieh macht auch Mist«). Diesem Ziel diente die Ausgabe von Kriegsanleihe-Sparkarten mit kleinteiligen Anteilscheinen zu 5, 10, 20 und 50 Mark (ab September 1917 zusätzlich 2 und 3 Mark).

Auch in Leipzig und Umgebung wurde in Tageszeitungen und Zeitschriften ab Mitte September massiv für die Zeichnung von Kriegsanleihen bei der Bevölkerung geworben, oft auf den Titelseiten und mit Werbebannern auf den Folgeseiten.<sup>2</sup> In häufig gleichlautenden Texten wurde betont, dass das Vaterland gerade jetzt dringend dieser Unterstützung bedürfe, es dabei aber nicht um ein Opfer, »... sondern um ein ausgezeichnetes Geschäft ...« ginge, bei dem »... zu billigem Kurse Wertpapiere von hervorragender Sicherheit mit ausgezeichneter Verzinsung ...« geboten würden.<sup>3</sup> Das positive Ergebnis der 1. Kriegsanleihe und die stetig steigenden Kosten für die Fortsetzung eines immer länger andauernden Krieges veranlassten die Führung des Deutschen Reiches bis September 1918 zu acht weiteren Kriegsanleihen, die jeweils im März und September eines Jahres aufgelegt wurden. Obwohl der Kriegsalltag für große Teile der deutschen Bevölkerung mit zunehmenden Entbehrungen, Opfern und Belastungen verbunden war, lagen die Ergebnisse der 2. bis 9. Kriegsanleihe zwischen 9 und 15 Milliarden Mark und damit noch deutlich über der Zeichnungssumme der 1. Kriegsanleihe von 1914. Dies lag zu einem guten Teil an der Professionalisierung der Propaganda in Wort und Bild, am Einsatz von geschulten Vertrauensmännern in »Ortswerbeausschüssen« in allen Gemeinden und Städten, der fortgesetzten Beschwörung eines »Siegfriedens« bzw. »Endsieges«, für den das letzte Opfer gerade gut genug sei (sonst wären alle bisherigen Opfer und Ver-

1 Illustrierte Zeitung, Leipzig, Berlin, Wien, Budapest, New York vom 17. September 1914, S. 1.

2 Ebd. sowie als weitere Beispiele: Leipziger Zeitung vom 16. und 17. September 1914; Markranstädter Tageblatt vom 10. bis 18. September 1914.

3 Leipziger Zeitung vom 15. und 17. September 1914.

luste vergebens gewesen) und des starken Engagements der beiden großen Kirchen und von Behörden aller Art. So erhielt die Kreishauptmannschaft Leipzig am 30. August 1915 vom Sächsischen Innenministerium 90 Druckschriften mit den Anleihebedingungen und 18 000 Merkblätter für die ab 4. September anlaufende 3. Kriegsanleihe mit der Aufforderung zugesandt, diese nicht nur umgehend an die nachgeordneten Behörden im Bezirk (Amtshauptmannschaften und Städte) weiterzuleiten, sondern sich auch aktiv für die Propagierung der vaterländischen Pflichten durch wiederholte Bekanntmachungen in Zeitungen und durch Vorträge in Vereinen einzusetzen.<sup>4</sup> Die massive Werbung für die Kriegsanleihen seitens der Staatsbehörden und Kommunen wurde bei der 4. und den folgenden Kriegsanleihen noch gesteigert, indem in Sachsen z. B. stärker als bisher die Lehrer an den höheren Schulen einschließlich Privatlehranstalten als Propagandisten für die Kriegsanleihe herangezogen wurden.<sup>5</sup> Seit der 5. Kriegsanleihe im September 1916 setzte man von der zentralen Ebene abwärts bei der Werbung massenwirksame neue Medien wie Kinematographie, Fotos und Bildplakate ein, die eine eindringliche Wirkung bei der Bevölkerung zeigten. (*Abb. 1*). Die teilweise von namhaften Künstlern wie Fritz Erler, Otto Lietz oder Bruno Paul entworfenen Bildplakate lösten ab Herbst 1916 die bisherigen reinen Schriftplakate ab und wurden auch als Postkarten massenhaft verbreitet.

In den sächsischen Amtshauptmannschaften wurde ein dichtes Netz von Werbedistrikten geschaffen, in denen jeweils ehrenamtliche Obmänner und Vertrauensleute aktiv für die Zeichnung von Kriegsanleihen agitierten (lediglich die Auslagen wurden vom Staat beglichen). Bei der Reichsbankhauptstelle Leipzig wurde für die 6. Kriegsanleihe vom März 1917 die gewaltige Summe von über 184 Millionen Mark gezeichnet, die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt erzielte 138 Millionen Mark und die Sparkasse der Stadt Leipzig konnte auf rund 10 Millionen Mark für Reichsanleihen, Anteilscheine und Schatzanweisungen im Rahmen dieser Kriegsanleihe verweisen.<sup>6</sup> Weitere knapp 6,8 Millionen Mark Zeichnungskapital kamen bei den übrigen 16 Sparkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig von Böhlitz-Ehrenberg bis Zwenkau zusammen.<sup>7</sup> In einem ausführlichen Bericht informierte der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Dittrich die Kreishauptmannschaft Leipzig am 10. Mai 1917 über die Ergebnisse und Probleme im Zuge der 6. Kriegsanleihe in der Stadt. Er berichtete unter anderem über erfolgreiche Werbungen an den Leipziger Schulen, wo von über 15 000 Schülern und Eltern fast 610 000 Mark Kriegsanleihe gezeichnet wurden, aber auch von fehlenden oder unzureichend bereitgestellten Anteilscheinen durch die Reichsbank.<sup>8</sup> Zahlreiche Kundgebun-

4 Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (künftig StA-L), 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 642 (Band 1), Die Kriegsanleihen betr., Bl. 5.

5 Ebd., Bl. 78.

6 Ebd., Bl. 193–227.

7 Ebd., Bl. 209.

8 Ebd., Bl. 221–227.



*Abb. 1: Propagandakarte zur 5. Kriegsanleihe vom September 1916 nach einem Entwurf von Fritz Erler (private Sammlung)*

gen, Versammlungen und Vorträge begleiteten die Kriegsanleihepropaganda, die nicht nur von Verwaltungsbehörden, sondern auch von wirtschaftlichen Körperschaften, politischen Parteien und Vereinen sowie den Banken und Sparkassen selbst getragen wurden. So starteten die sächsischen Handelskammern Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zittau im September 1917 unter der Losung »Das Vaterland braucht Geld!« eine gemeinsame Werbekampagne mit Aufrufen zu Zeichnungen für die 7. Kriegsanleihe.<sup>9</sup> Im großen Saal des Leipziger Zentraltheaters fand aus gleichem Anlass am 13. Oktober 1917 eine gut besuchte Kundgebung von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft mit einem Vortrag des geheimen Justizrates Dr. Junck über »Politische und wirtschaftliche Betrachtungen zur 7. Kriegsanleihe« statt. Bei der von der Handelskammer und der Gewerbekammer Leipzig sowie dem Landwirtschaftlichen Kreisverein organisierten Veranstaltung traten auch Bürgermeister Roth, Oberkirchenrat Cordes, der Rektor der

<sup>9</sup> StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 642/1, Kriegsanleihen betr. (Band 2), Bl. 67–69.

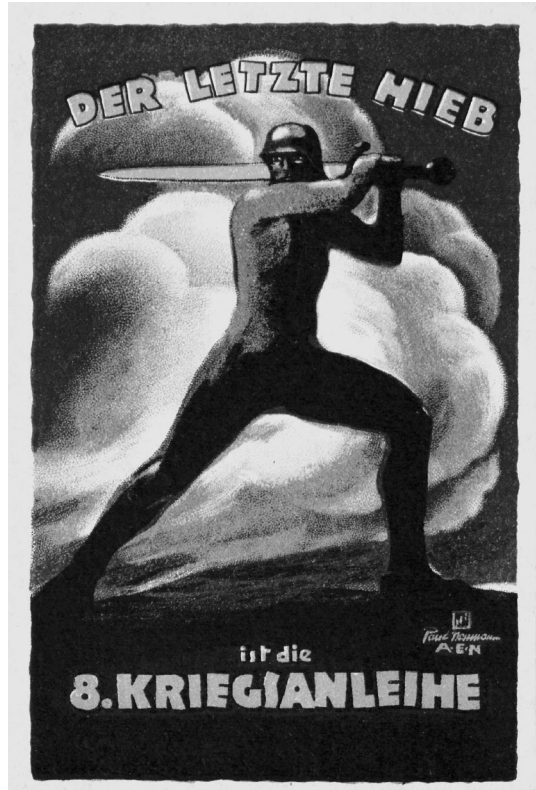


Abb. 2: Propagandakarte zur 8. Kriegsanleihe vom März 1918 (private Sammlung)

Universität Leipzig Stieda sowie exponierte Vertreter der Veranstalter als Redner auf.<sup>10</sup> Zum Ende der Zeichnungsfrist der 7. Kriegsanleihe am 18. Oktober 1917 waren allein bei der Leipziger Sparkasse 3 129 Zeichnungen von Beträgen ab 100 Mark aufwärts mit einer Gesamtsumme von 2 435 700 Mark durch Einzelpersonen und Stiftungen erfolgt.<sup>11</sup> Auch im Leipziger Umland waren die Werber erfolgreich; so wurden z. B. in der Amtshauptmannschaft Borna von 12 Sparkassenfilialen und acht weiteren Banken und Versicherungen über 11 Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet.<sup>12</sup> Insgesamt gelang trotz der anhaltend schwierigen Versorgungslage im Land und dem nicht absehbaren Kriegsende bei überwiegend starren Fronten nochmals eine Steigerung der Einnahmen für die 7. Kriegsanleihe. In regelmäßigen Abständen trafen sich die Obmänner und Vertrauensleute für die Kriegsanleiheagitation mit führenden Vertretern der Reichsbank, der Verwaltung, der Kirchen und politischen Organisationen sowie Wirtschaftsfachleu-

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> Ebd., Bl. 82.

<sup>12</sup> Ebd., Bl. 90.



ten zu Versammlungen, bei denen die Werbestrategien und Argumente für die kommenden Kriegsanleihen beraten wurden. Eine dieser Versammlungen fand mit rund 150 Beteiligten am 22. Februar 1918 unter dem Vorsitz des Leipziger Kreishauptmanns Carl Ludwig Franz von Burgsdorff im Stadtverordnetenversammlungssaal statt.<sup>13</sup> Dabei wurde unter anderem bekanntgegeben, dass im Bezirk der Kreishauptmannschaft Leipzig bei der 6. Kriegsanleihe im März 1917 insgesamt 234,5 Millionen Mark und bei der 7. Kriegsanleihe im September 1917 rund 239,7 Millionen Mark eingenommen wurden.<sup>14</sup> (*Abb. 2*)

Bis zu dem für Deutschland katastrophalen Kriegsende folgten noch zwei weitere Kriegsanleihen, mit deren Hilfe die Finanzierung der Kriegsmaschinerie bis zum bitteren Ende aufrechterhalten werden konnte. Schon ab 1916 reichten aber die durch Kriegsanleihen aufbrachten Mittel allein nicht mehr aus, sodass auch in Deutschland zum Mittel der Steuererhöhungen gegriffen werden musste. Durch die immer stärkere Geldentwertung nach Kriegsende schrumpften die realen Zinserträge aus den millionenfachen Kriegsanleihen immer stärker zusammen, bis diese schließlich in der Hyperinflation im Herbst 1923 faktisch wertlos wurden. Das Reich war damit auf einen Schlag seine enormen Langfristschulden zu Lasten seiner Bevölkerung losgeworden, die damit faktisch enteignet wurde.

### **Goldsammlungen**

In zahlreichen Zeitungsartikeln, Vorträgen und Plakatanschlagen wurde die Bevölkerung unter dem Motto »Sammelt Gold für die Reichsbank« fast zeitgleich zu der massiven Werbung für die Kriegsanleihen dazu aufgerufen, ihr Goldgeld bei den Banken, Sparkassen oder Postämtern gegen Papiergeld einzutauschen. Dabei wurde an die euphorische Kriegsbegeisterung vom August 1914 angeknüpft und an das vaterländische Pflichtgefühl appelliert, fernab der Kriegsschauplätze auch seinen Teil zum Sieg beizutragen. So forderte beispielsweise das Markranstädter Tageblatt am 23. September 1914 seine Leser dazu auf, »... dieses Gold, je früher, desto besser, bei der Reichsbank, einer Großbank oder Postanstalt gegen gleichwertige Scheine einzutauschen und abzuliefern, und dass sie ein Unrecht begehen, wenn sie aus Gleichgültigkeit oder aus anderen Gründen das Gold in ihrem Besitz behalten«.<sup>15</sup>

Unmittelbar nach der Ausrufung des Kriegszustandes bzw. des Belagerungszustandes im gesamten Reichsgebiet am 1. August 1914 wurde per Reichsgesetz vom 4. August 1914 die bisherige Goldwährung durch eine Papiergeldwährung ersetzt und die Pflicht

13 Ebd., Bl. 185–243.

14 Ebd., Bl. 238.

15 Markranstädter Tageblatt (Amtsblatt des Stadtrates) vom 23. September 1914, S. 2.

zur Einlösung von Banknoten und Reichskassenscheinen in goldene 10- und 20-Markstücke rückwirkend zum 31. Juli aufgehoben. Gemäß einer damit einhergehenden Generalverordnung über die Ablieferung von Goldmünzen wurde ab sofort damit begonnen, alle sich noch im Umlauf befindlichen Goldstücke zugunsten der Reichsbank einzuziehen.<sup>16</sup> Da der Reichskriegsschatz von 120 Millionen Goldmark und die 1913 gebildete Goldreserve des Reiches von 85 Millionen Goldmark rasch aufgebraucht waren, sollten möglichst schnell und umfassend die auf zwei bis drei Milliarden Mark geschätzten Bestände in gemünztem Gold aus dem Verkehr gezogen werden; in der Praxis zum überwiegenden Teil aus den Privathaushalten, wo es oft als Sicherheit für schlechte Zeiten zurückgehalten wurde. Zwar flossen den Banken und Sparkassen in den ersten Kriegsmonaten erhebliche Mengen an Goldmünzen zu, aber für die Beschaffung kriegswichtiger Güter und Rohstoffe benötigte das Reich auch angesichts der englisch-französischen Seeblockade mit zunehmender Kriegsdauer große Gold- und Devisenbestände als universelle Zahlungsmittel für die über neutrale Länder eingehenden Importe. Daher begann schon im September 1914 eine über die gesamten Kriegsjahre andauernde immer intensiver und eindringlicher werdende offizielle Kampagne vom Reich über die Bundesstaaten bis zur letzten Verwaltungsinstanz zur »Herauslösung« der letzten Goldreserven aus der Bevölkerung. Aus dem anfangs eher bittenden Ton wie »sammelt ...« oder »gebt Gold für die Reichsbank« wurden spätestens ab Mitte 1915 stärker fordernde Schlagzeilen in Zeitungsaufrufen, Handzetteln und Plakaten wie »Goldmünzen heraus!« in Verbindung mit der Aussage, wer sich hierbei verweigert, schädige das Vaterland.<sup>17</sup> In diesem Sinne gingen auch die sächsischen Behörden bald aktiver und zum Teil auch rigider bei der Aufspürung von Goldstücken vor. Gemäß einer Verordnung des Sächsischen Innenministeriums vom 26. Oktober 1914 nahmen die Amtshauptmannschaften Kontrollen (im Verordnungstext werden die Begriffe »Revision« und »Nachschau« dafür verwendet) bei den in Sachsen befindlichen Arbeitern aus Feindstaaten (vorwiegend ethnische Polen mit russischer Staatsangehörigkeit) vor, um deren Goldmünzen auch gegen ihren Willen in Papiergeld zu tauschen. So meldete z. B. die Amtshauptmannschaft Döbeln dem Innenministerium am 17. November 1914 dahingehend Vollzug, dass »... bei den im hiesigen amtshauptmannschaftlichen Bezirke aufhältlichen ausländischen Arbeitern insgesamt 11 410 Mark in Goldmünzen vorgefunden und in Papiergeld umgewechselt worden sind. Die meisten Beträge wurden bei den Frauen, die sie auf der Brust trugen, vorgefunden. Das Umwechseln fand keinen besonderen Widerstand.«<sup>18</sup> Zur gleichen Zeit ersuchte die Amtshauptmannschaft Dresden das zuständige Stellvertretende Generalkommando um Zustimmung, von den russischen Arbeitern, die im Besitz größerer Mengen an deutschen Goldmünzen seien und zum Teil mehrere Hun-

16 StA-L, 20028 Amtshauptmannschaft Leipzig, Nr. 26663, Bl. 16.

17 StA-L, 21033 Reichsbankhauptstelle Leipzig, Nr. 1880 (unfol.).

18 StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 2043, Bl. 4.

dert Mark angesammelt hätten», ... das Goldgeld, im Notfalle zwangsweise, herauszufordern und gegen Papiergeld umzutauschen«. Um noch größere Goldmengen nutzbar zu machen, wurde zudem empfohlen, im gesamten Deutschen Reich so vorzugehen. Der stellvertretende kommandierende General zu Dresden (von Broizem) stimmte dem am 19. November 1914 zu und erklärte seine Bereitschaft, durch Strafandrohung den Zwangsumtausch in Papiergeld zugunsten der Reichskasse zu fördern.<sup>19</sup> Dass dieses Vorgehen zumindest im Königreich Sachsen zur gängigen Praxis wurde, zeigte sich im Großraum Leipzig außer in dem bereits genannten Fall in Döbeln auch im Bericht der Amtshauptmannschaft Borna, wo im Zuge der Durchsuchung ausländischer Arbeiter nach Waffen »nebenbei« auch über 14 000 Mark in Gold aufgefunden und durch die Gendarmerie in Papiergeld umgewechselt wurde.<sup>20</sup>

Das Hauptaugenmerk bei der »Goldsammlung« lag jedoch nach wie auf der deutschen Bevölkerung in Stadt und Land, weshalb das Sächsische Innenministerium bereits Ende Oktober 1914 seine unterstellten fünf sächsischen Kreishauptmannschaften veranlasste, auf die Amtshauptmannschaften und Städte in ihrem Bezirk zur Verstärkung des Goldbestandes dahingehend einzuwirken, dass diese ggf. selbst die Sammlung des Goldes vor Ort organisieren.<sup>21</sup> In der Folge nahmen die Sammlungsaktivitäten wieder zu, was vor allem eifrigen privaten Initiativen, Vereinen, landwirtschaftlichen Genossenschaften, den Eisenbahnverwaltungen, Zeitungen, Lehrern und Geistlichen zu verdanken war. Nicht nur die Banken und Postämter, sondern auch die Stadtverwaltung Leipzig und die Amtshauptmannschaften im Umland nahmen 1915 die gesammelten Goldmünzen entgegen, zahlten an die Einlieferer Papiergeld aus, dass ihnen die Reichsbank zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hatte, und leiteten das Gold in größeren Tranchen an die Reichsbank weiter.<sup>22</sup> Eine Verstärkung der Kampagne zur Goldsammlung richtete sich im Juli 1915 mit Anschlägen und Presseaufrufen nicht nur an die deutschen Bürger, sondern ausdrücklich auch an die Bauern, bei denen man offensichtlich noch größere Mengen gehorteter Goldmünzen vermutete. Mit Argumenten, dass Deutschland einerseits bei vielen Waren (auch für den zivilen Bedarf) auf die Einfuhr aus dem neutralen Ausland stark angewiesen sei und andererseits angesichts der Kriegslage kaum noch Devisen durch Exporte zu erzielen wären sowie unter Hinweis auf die Folgen für jeden Einzelnen durch Vernichtung von Kaufkraft und Wertverluste, sollte nochmals die Opferbereitschaft aller Bevölkerungsschichten in Stadt und Land geweckt werden.<sup>23</sup> Die Reichsbank ging zu diesem Zeitpunkt immer noch von mindestens einer Milliarde Goldmark in privaten Händen aus. Trotz aller Aufrufe und Appelle an die vaterländische Pflicht blieben die erzielten Sammlungsergebnisse weit hinter den Erwar-

19 Ebd., Bl. 3.

20 Ebd., Bl. 44.

21 StA-L, 20029 Amtshauptmannschaft Oschatz, Nr. 137, Bl. 1.

22 StA-L, 20462 Rittergut Lobstädt, Nr. 230, Bl. 171.

23 StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 2043, Bl. 38.

Abb. 3: Aufruf der Amtshauptmannschaft Oschatz vom 19. Juli 1916 (Auszug) zur Gold- und Juwelenabgabe (StA-L, 20029 Amtshauptmannschaft Oschatz, Nr. 137)



tungen zurück und sind nach den Berichten einiger sächsischer Amtshauptmannschaften seit dem Frühjahr 1915 weitgehend zum Stillstand gekommen.

Deshalb dehnte man Mitte 1916 die Sammlungstätigkeit auf goldenen Schmuck und Gebrauchsgegenstände aus Gold (z. B. Taschenuhren) aus. Im Juni 1916 verfügte das Sächsische Innenministerium über die ihm nachgeordneten Kreishauptmannschaften, überall im Lande ehrenamtlich geleitete Goldankaufstellen einzurichten, denen ein Ehrenausschuss aus vertrauenswürdigen Persönlichkeiten beratend zur Seite stehen sollte. Die Kreishauptmannschaft Leipzig lud in dieser Angelegenheit alle sechs unterstellten Amtshauptmannschaften (Borna, Döbeln, Grimma, Leipzig, Oschatz, Rochlitz) und die kreisfreie Stadt Leipzig zu einer gemeinsamen Versammlung am 20. Juni 1916 in die Alte Leipziger Handelsbörse am Naschmarkt ein.<sup>24</sup> Einen Monat später hatten sich in der Stadt Leipzig und den zum Kreis gehörenden Amtshauptmannschaften Ehren- und Arbeitsausschüsse gebildet, denen neben Spitzenbeamten aus der Verwaltung zahlreiche Honoratioren aus der Region wie Bank- und Fabrikdirektoren, Rittergutsbesitzer, Schuldirektoren und Oberlehrer, Pfarrer und Apotheker angehörten. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung in Leipzig und Umgebung durch Plakatauslagen im Außenbereich, Aushänge in öffentlichen Gebäuden und Zeitungsartikel aufgerufen, alle Goldsachen und Juwelen auf dem »Altar des Vaterlandes« zu opfern.<sup>25</sup> (Abb. 3) In der Leipziger Zeitung erschien am 24. Juni 1916 ein erster Aufruf, in dem Sinn und Zweck der Aktion erläutert und die Errichtung von Goldankaufstellen angekündigt wurde.<sup>26</sup> Dafür wurden vielerorts in Schulen, Rathäusern und Schlössern Goldankaufstellen mit bestimmten Ankaufszeiten eingerichtet. Auch im Grassimuseum für Kunsthandwerk war 1916 im Lesesaal der Bibliothek eine Goldankaufstelle eingerichtet worden, die

24 StA-L, 20029 Amtshauptmannschaft Oschatz, Bl. 47.

25 Ebd., Bl. 81.

26 Leipziger Zeitung vom 24. Juni 1916 (2. Beilage, Abendausgabe), S. 1603.



Abb. 4: Ehrenurkunde mit Bestätigung der Ablieferung von Goldschmuck von 1917 (private Sammlung)



Abb. 5: Eiserne Erinnerungsmedaille für die Abgabe von Goldschmuck nach einem Entwurf von Hermann Hosaeus von 1916, Vorder- und Rückseite, links zu einer Schmuckbrosche verarbeitet (private Sammlung)

bis April 1917 Bestand hatte.<sup>27</sup> Dort stellten Sachverständige den Wert der Schmuckgegenstände fest und zahlten dem Einlieferer den vollen Wert in Papiergeld aus. Ab einem Goldwert von fünf Mark wurden kleine Urkunden sowie eine vom Bildhauer Hermann Hosaeus gestaltete Eisengussmedaille als Erinnerungsstück ausgegeben. (Abb. 4) Alternativ dazu waren auch schon zuvor und weiterhin freiwillige Spenden von Goldschmuck unter dem Motto »Gold gab ich für Eisen« im Zuge einer propagandistisch inszenierten Rückbesinnung auf die Befreiungskriege von 1813 erfolgt. Als materielle Anerkennung erhielten die Spender wie 1813 tragbaren Eisenschmuck. Nicht zuletzt wegen der Spezifik der »Opfergaben« wurden jetzt gezielt auch die Frauen in den Aufrufen angesprochen.<sup>28</sup> Dabei wurde eine »rückhaltlose Opferfreudigkeit« als Dienst am Vaterland gegen »mancherlei herumschleichende Anzweiflungen« eingefordert, um »unseren Feinden entgegenzutreten und unseren Fahnen den Endsieg zu wahren«.<sup>29</sup> Viele Frauen ließen sich wohl auch unter einem gewissen gesellschaftlichen Druck als äußeres Zeichen ihres Goldopfers für das Vaterland mitunter die Erinnerungsmedaille als Kettenanhänger oder Brosche umarbeiten oder trugen stolz den ersatzweise ausgege-

<sup>27</sup> Vgl. 125 Jahre Museum für Kunsthandwerk Leipzig Grassimuseum. Die Museumschronik. Von den Anfängen bis zum Jahr 1929, aufbereitet von Olaf Thormann, Leipzig 2003, S. 113–116.

<sup>28</sup> StA-L, 20462 Rittergut Lobstädt, Nr. 230, Bl. 176.

<sup>29</sup> Ebd.

benen eisernen Schmuck. (*Abb. 5*) Für künstlerisch wertvolle Goldarbeiten und antike Goldmünzen oder Medaillen wurden bei Bedarf Kunstsachverständige oder Münzkennner hinzugezogen, um die seltenen Stücke vor dem Einschmelzen zu bewahren.<sup>30</sup> Auf jeden Fall gelang es durch die flächendeckenden mehrmonatigen und mit großem propagandistischem Aufwand betriebenen Aktionen, erneut große Mengen des begehrten Edelmetalls anzukaufen und für die Kriegführung nutzbar zu machen. Die Goldgegenstände wurden in Sachsen in größeren Lieferungen an die Scheideanstalt in Halsbrücke bei Freiberg geliefert, wo das Gold von anderen Metallen und Bestandteilen getrennt zu Barren geschmolzen und in dieser Form der Reichsbank zugeleitet wurde. Bis Mitte Oktober 1916 wurden allein in der Stadt Leipzig Goldankäufe für 268 000 Mark vorgenommen. In den Bezirken der Amtshauptmannschaften lagen diese zwischen 14 700 (Oschatz) und 39 800 (Döbeln) Mark (ohne Goldmünzen).<sup>31</sup> Stärker als bisher wurden ab Mitte 1915 in den Landgemeinden Goldsammlungen und -ankäufe durchgeführt, die oft von den Gemeindevorständen selbst organisiert und von Pfarrern und Lehrern tatkräftig unterstützt wurden. Einige eifrige Ladenbesitzer in den Städten gewährten ihren Kunden Rabatte, wenn diese mit Goldmark bezahlten. In Burgstädt gab ein Apotheker als Anreiz bzw. Prämie für die Bezahlung mit Goldmark kostenlos ansonsten kaum noch verfügbares Olivenöl aus und konnte so 3 500 Mark in Gold an die Reichsbank abführen.<sup>32</sup> In manchen Orten bekamen Kinder schulfrei und Soldaten erhielten Urlaub, wenn sie größere Posten an Goldschmuck oder Goldmünzen gesammelt hatten. Wie erfolgreich die Sammlung von Schülern sein konnte, berichtete der Bürgermeister von Borna Ende Oktober 1915 an die Kreishauptmannschaft Leipzig. Hier hatten die Schüler des Königlichen Realgymnasiums 39 000 Goldmark und die des Königlichen Lehrerseminars 9 000 Goldmark in Borna und Umgebung gesammelt, wobei sicher ein größerer Teil ihren Eltern und Großeltern entlockt worden sein dürfte.<sup>33</sup> Selbst kleinere Städte im Umfeld von Leipzig wie Taucha konnten zunächst größere Summen an Goldgeld an die Reichsbank abführen (bis Mitte 1915 rund 115 000 Mark), wobei aber auch hier seit dem zweiten Halbjahr 1915 ein deutlicher Einbruch zu verzeichnen war und kaum noch Goldstücke in den Verkehr oder zum Umtausch kamen.<sup>34</sup> Die Berichte anderer Städte enthalten ähnliche Aussagen, woraus man schließen kann, dass zumindest der opferwillige Teil der Bevölkerung seine ggf. vorhandenen Goldmarkbestände ganz oder teilweise bereits in den ersten Kriegsmonaten umgetauscht hatte. Da die Reichsbank andererseits noch über eine Milliarde Goldmark in den Händen der Bevölkerung vermutete, ist davon auszugehen, dass eine bestimmte Zahl von Bürgern

30 StA-L, 2029 Amtshauptmannschaft Oschatz, Nr. 137, Bl. 145 (gesondertes Merkblatt, aus dem die Verfahrensweise näher hervorging).

31 Ebd., Bl. 162.

32 StA-L, 20024 Kreishauptmannschaft Leipzig, Nr. 2043, Bl. 54.

33 Ebd., Bl. 53.

34 Ebd., Bl. 76.



ihr Gold als Sicherheit für befürchtete harte Zeiten zurückhielt. Natürlich erzielte die Stadt Leipzig schon wegen ihrer großen Einwohnerzahl (1915 rund 625 000) und des hohen Anteils vermögender Kreise das mit Abstand höchste Aufkommen im Zuge der Goldsammlungen (sowohl bei den Goldmünzen als auch beim Schmuck). Oberbürgermeister Dr. Dietrich berichtete am 5. November 1915 über den bisherigen Verlauf der Sammlungen an die vorgesetzte Kreishauptmannschaft Leipzig, wonach sofort nach Kriegsbeginn alle städtischen (Spar-)Kassen angewiesen wurden, sämtliche Goldmarkbestände an die Reichsbankhauptstelle Leipzig abzuliefern.<sup>35</sup> Außerdem wurden die Einwohner der Stadt per Bekanntmachung vom 11. November 1914 unter Verweis auf die volkswirtschaftliche und politische Bedeutung der Verstärkung der Goldbestände der Reichsbank dringend darum ersucht, »alle noch zurückgehaltenen Goldbestände gegen Papiergeld umzutauschen und dadurch zu der so bedeutungsvollen Verstärkung des Goldbestandes der Reichsbank beizutragen«.<sup>36</sup> Diese Bekanntmachung wurde zusammen mit der Königlichen Verordnung vom 26. Oktober 1914 in den Leipziger Tageszeitungen veröffentlicht und an 40 Leipziger Banken mit der Bitte übersandt, den Aufrufen nachzukommen und aufklärend auf das Publikum einzuwirken. Im Juni 1915 sind zudem in vielen Leipziger Schulen Sammelstellen eingerichtet worden, in denen 150 000 Mark in Gold zusammenkamen. Auch wenn bei den einzelnen Sparkassen, Privatbanken, Post- und Versicherungsanstalten nicht genauer Buch über die seit August 1914 eingewechselten Goldbeträge geführt wurde, konnte die Stadtverwaltung Leipzig berichten, dass allein die städtischen Kassen 5 Millionen Mark, die Steuerkasse 1,5 Millionen Mark und die Sparkasse 2,5 Millionen Mark in Gold an die Reichsbank abgeführt hatten. Es wurde jedoch auch angemerkt, dass trotz mehrfacher Gesuche bei der Reichsbankzentrale nicht genügend Papiergeld in kleineren Scheinen sowie Silbergeld zur Einwechslung bereitgestellt worden sind. Die Stadt Leipzig kam zu dem Schluss, dass der Reichsbank durch diesen Mangel erhebliche Mengen an Goldmark entgangen seien.<sup>37</sup>

Doch der Goldhunger der deutschen Kriegswirtschaft führte zu immer neuen Ideen und Methoden, bei der Bevölkerung möglichst alle Edelmetallbestände »herauszulocken« und der Reichsbank zuzuführen. Neben den bereits genannten gesetzlichen Bestimmungen auf Reichsebene, Verordnungen und Erlassen der deutschen Bundesstaaten und ihrer Behörden zur Übergabe von Goldmark und Goldschmuck wurde bereits Ende November 1914 der Agiohandel mit Reichsgoldmünzen ohne Genehmigung des Reichskanzlers unter Androhung von Gefängnis- und Geldstrafe untersagt. Im November 1915 wurde ein allgemeines Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Goldmünzen (mit Ausnahme der Reichsbank) verhängt, an das sich im Juli 1916 ein Ausfuhrverbot

35 Ebd., Bl. 63–64.

36 Ebd., Bl. 65.

37 Ebd., Bl. 64.

für Goldwaren anschloss, welches seit Januar 1917 auch für das verbündete Österreich-Ungarn galt.<sup>38</sup> Schließlich wurde im Februar 1917 ein Goldhöchstpreis von 2790 Mark je kg Feingold verordnet, um dem Abfluss des Edelmetalls in die Industrie und an Privatbanken zuungunsten der Reichsbank entgegenzuwirken. Dies hatte weitreichende Folgen für die goldverarbeitende Industrie einschließlich Glas- und Porzellanindustrie, für Buchbindereien und Steinmetze (Verwendung von Blattgold für Buchschnitt und Grabsteininschriften) sowie für die Zahnärzte. Während Letzteren mit Bedarfsnachweis noch kleinere Mengen Gold zur Verarbeitung als Zahngold zugeteilt wurden, kam die Goldwarenindustrie mit Ausnahme von Auslandsaufträgen mit hohem Devisengewinn fast gänzlich zum Erliegen. Juweliere, Gold- und Silberschmiede waren nun vorrangig mit der Verarbeitung von Altgold aus Kundenabgaben, mit Reparaturen und Änderungen sowie mit der Verarbeitung von unedlen Metallen und der Anfertigung von vergoldeten Trauringen, für die sie maximal ein Drittel Gramm Gold verwenden durften, beschäftigt.<sup>39</sup> Spätestens seit August 1917 wurden alle ausländischen Goldmünzen aus Privatbesitz von der Reichsbank, teils mit Preisaufschlägen von bis zu 50 Prozent, aufgekauft.<sup>40</sup> Doch auch damit ließ sich der Goldhunger der Reichsbank angesichts ständig wachsender Kriegsausgaben nicht befriedigen. Zur vorgeschriebenen Deckung des Banknotenumlaufs zu mindestens einem Drittel in Gold drängte die Reichsbank ab Sommer 1917 auch große Museen wie das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg sowie öffentliche und private Münzkabinette dazu, ihre oft kaum ersetzbaren Bestände an Goldmünzen und Medaillen bei der Reichsbank als Sicherheit für die ständig steigenden Banknotenemissionen bis zu einem »Siegfrieden« als Deckungsreserve zu deponieren.<sup>41</sup> Zuvor hatte das Reichsbankdirektorium im Januar 1917 ein Rundschreiben in Umlauf gebracht, was sich insbesondere an die Kleinstädte und Landgemeinden richtete, da man hier nach wie vor größere Goldbestände in Privatbesitz vermutete. Danach sollten an Kirchen, Schulen und Gemeindehäusern Aufrufe ausgehängt und Urkunden für jeweils 200 Haushaltungsvorstände aufgelegt werden, in denen diese mit ihrer Unterschrift erklärten, über keine Goldmünzen mehr zu verfügen. Diese Urkunden sollten anschließend öffentlich ausgehängt und später der Ortschronik einverleibt werden.<sup>42</sup> Durch den damit erzeugten öffentlichen Druck erhoffte man sich, vor allem bei der Landbevölkerung weitere Goldreserven zu erschließen, und setzte auf die tatkräftige Unterstützung der Lehrer und Geistlichen vor Ort. Tatsächlich sind solche Aktionen auch aus der Leipziger Umgebung überliefert. Im Spätherbst 1917 gingen Pfarrer, Lehrer und Bürgermeister mit diesen Urkunden in ihren Ortschaften von Tür

38 StA-L, 21033 Reichsbankhauptstelle Leipzig, Nr. 1880 (unfol.).

39 Ebd.

40 Ebd.

41 Vgl. Ralf Schürer, Kriegsgewinne, in: *Kriegszeit im Nationalmuseum 1914–1918*, Nürnberg 2016, S. 33–35.

42 StA-L, 2029 Amtshauptmannschaft Oschatz, Nr. 137, Bl. 183.

zu Tür und fragten nach Goldmünzen. Die Ergebnisse waren oft mager. So konnte der Pfarrer von Hubertusburg nach seinem Ortsrundgang Mitte November 1917 lediglich zwei goldene 10-Markstücke einsammeln.<sup>43</sup> Etwas besser lief es bei den im Frühjahr 1918 wiederholten Goldankaufswochen, wo in sechs größeren Orten der Amtshauptmannschaft Oschatz Goldankäufe im Wert von 6 157 Mark erzielt wurden.<sup>44</sup> Insgesamt sind während der Kriegsjahre auf diese Weise mehrere tausend Tonnen Gold für die Kriegsfinanzierung aus der Bevölkerung herausgesaugt worden, was nicht unwesentlich zu deren Verarmung im Zuge einer immer weiter voranschreitenden Geld- und Kaufkraftentwertung bis zur Hyperinflation im Herbst 1923 führte. Ab Dezember 1917 gingen die Goldankaufsstellen auch zum Ankauf von Silbermünzen über, da inzwischen auch Silber zur Begleichung kriegswichtiger Importe diente.<sup>45</sup> Zum Ende des Krieges verfügte die Reichsbank durch die jahrelangen Sammelaktionen und Opfergaben mit 2,55 Milliarden zwar über einen Rekordbetrag an Goldreserven in ihrem Bestand, aber dieser konnte nach Kriegsende nicht mehr für überlebenswichtige Importe von zivilen Gütern und Nahrungsmitteln genutzt werden, da die deutschen Goldbestände zum größten Teil als Reparationsleistungen an die Siegermächte fielen.<sup>46</sup>

### **»Liebesgaben«- und andere Sammlungen für die Frontsoldaten, Verwundeten und Kriegsgefangenen, Kriegerwitwen und Kriegswaisen**

Nur wenige Wochen nach Kriegsbeginn, als sich schon abzeichnete, dass kein schneller Blitzsieg möglich war und die Truppen über Weihnachten fernab der Heimat verbringen würden, begannen überall in Deutschland Sammlungen von Sach- und Geldspenden für Heer und Marine.

Auch in Leipzig und Umgebung riefen zahlreiche Institutionen und Organisationen wie die Ortsgruppen der Deutschen Turnerschaft, des Deutschnationalen Handlungs-Gehilfenverbandes und des Deutschen Roten Kreuzes, der Leipziger Lehrerverein und der Verein Städtischer Beamten zu Geld- und Sachspenden für die sächsischen Soldaten auf. Leipziger Kaffeehäuser, Restaurants, Zeitungsredaktionen und Industriebetriebe schlossen sich diesen Aufrufen an und spendeten ganze Tages- oder Monatseinnahmen, größere Geldbeträge, Kleidungsstücke und Ausrüstungsgegenstände sowie Nahrungs- und Genussmittel.<sup>47</sup> Bereits am 10. August 1914 bestanden in Leipzig 151 vom Roten Kreuz eingerichtete Sammelstellen für Geldspenden und 68 für Sachspenden, für die

<sup>43</sup> Ebd., Bl. 213.

<sup>44</sup> Ebd., Bl. 215–217.

<sup>45</sup> Vgl. Die Reichsbank 1901–1925, Berlin, Druckerei der Reichsbank (ohne Jahr), S. 58–63.

<sup>46</sup> Ebd., S. 63.

<sup>47</sup> Vgl. Gerald Kolditz, Von der Euphorie zur Ernüchterung – Leipzig in den ersten Kriegsmonaten 1914, in: Jahrbuch Leipziger Stadtgeschichte 2014, S. 116–117.

sich schon bald die Bezeichnung »Liebesgaben« einbürgerte.<sup>48</sup> Bis zum 1. Oktober 1914 wurden von diesen Sammelstellen »Liebesgaben« mit einem Gesamtgewicht von mehr als 53 000 kg in 1 490 Kisten aus dem Raum Leipzig an Truppenteile und in Lazarette verschickt, darunter 570 000 Zigarren und Zigaretten sowie Tabak, Kakao, Schokolade, Marmelade und eingekochtes Obst, 1 090 Flaschen Wein, 100 Taschenlampen, mehrere tausend Bekleidungsstücke wie Unterhosen, Hemden, Leibbinden, Brustschützer, Hosenträger sowie 30 000 Paar Strümpfe.<sup>49</sup> Zudem wurden in vielen Kirchen Kriegsgottesdienste abgehalten, bei denen die oft reichlichen Kollekten dem Roten Kreuz oder anderen Hilfsorganisationen übergeben wurden. Zur besseren Koordinierung der privaten Spenden und Sammlungen war am 20. August 1914 durch den Leipziger Verband für Armenpflege und Wohltätigkeit die »Kriegsnotspende für Leipzig« ins Leben gerufen worden, die vor allem den bedürftigen Familienangehörigen von Einberufenen, welche keinen Anspruch auf die gesetzliche Kriegsunterstützung hatten (Stiefkinder und Stiefeltern), sowie kranken und kinderreichen Familien auf Antrag zukommen sollte.<sup>50</sup>

Im Oktober 1914 rief der »Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz im Königreich Sachsen«, dem der Innenminister Graf Vitzthum von Eckstädt vorstand, zu »Weihnachtsspenden für unsere Krieger im Felde und unsere Verwundeten in Lazaretten« auf.<sup>51</sup> Da die meisten sächsischen Soldaten Weihnachten auf den Kriegsschauplätzen verbringen mussten, sollte dafür gesorgt werden, »... dass jeder von ihnen doch wenigstens eine Weihnachtsspende, ein Weihnachtspaket als Liebesgruß aus der Heimat erhält«.<sup>52</sup> Dazu erbat sich das Rote Kreuz möglichst zahlreiche Pakete mit vielseitig zusammengestellten Gaben »... wie Zigarren, Zigaretten, Tabak, Tabakpfeifen, Briefpapier, Weihnachtspostkarten, Bleistifte, elektrische Taschenlampen, Feuerzeuge und Streichhölzer, Essbestecke, Würfelzucker, Weihnachtsgewürze und Pfefferkuchen, Kakao, Schokolade, Kekse und Nüsse sowie Wollsachen aller Art«.<sup>53</sup> In Leipzig und anderen größeren sächsischen Orten sollten die Pakete vom 16. November bis 12. Dezember bei den Sammelstellen des Roten Kreuzes mit einem eigens gedruckten Zettel »Weihnachtsgrüße aus der Heimat« abgegeben werden. Sendungen mit Adressierung an bestimmte Personen oder Truppenteile wurden nicht angenommen, da alle Soldaten gleichermaßen bedacht und die »Liebesgaben« anonym verteilt werden sollten. Dass man mitunter bei den Sammlungen in Sachsen bezüglich der Freigiebigkeit einiger Bürger auch enttäuscht war, zeigt ein differenzierter Bericht unter dem Titel »Liebesgaben« im »Salonblatt« vom 21. November 1914. Dort wird u. a. beklagt: »... gar viele stehen abseits in kalter Engherzigkeit, die gar viel tun könnten, aber nicht wollen. Ja, nicht wollen! Tausenden

48 Leipziger Zeitung vom 10. August 1914, S. 2529–2530.

49 Leipziger Zeitung vom 13. Oktober 1914, S. 3116.

50 Leipziger Zeitung vom 21. August 1914, S. 2682–2683.

51 Ebd.

52 Ebd.

53 Ebd.

schließt ihr Egoismus die Taschen, nachdem er schon ihre Herzen verknöchert hat.«<sup>54</sup> Insgesamt überwog aber sicher die Zahl der freigiebigen Spender, sodass die Hilfsorganisationen in kurzen Abständen weitere Sammelaktionen organisierten. So veranstaltete das Rote Kreuz während des Krieges regelmäßig »Haus-Listen-Sammlungen«, bei denen dafür gewonnene Schüler für verschiedene Zwecke, z. B. Ende 1914 zur Unterstützung der ehrenamtlichen Krankenpflegerinnen in den Kriegslazaretten, mit Sammelbüchsen von Haus zu Haus zogen. Die Einrichtung und Unterhaltung von Lazaretten und von Genesungsheimen für verwundete Soldaten in der Heimat war eine der Hauptaufgaben des Roten Kreuzes im Krieg, ebenso wie die Organisation von Verwundetentransporten, die Nachforschung und Nachweisführung über Verwundete, Vermisste, Gefangene und Gefallene sowie die Betreuung der Hinterbliebenen.<sup>55</sup> Eine weitere landesweit angelegte und propagierte Sammlung des Roten Kreuzes in Sachsen fand Mitte Mai 1915 zu Gunsten der Verwundeten des deutschen Heeres statt. Diese Sammlung wurde als »Königs-Geburtstags-Spende des sächsischen Volkes« deklariert, stand unter dem Protektorat von Friedrich August III. und erbrachte bis Ende Mai 1915 ein Ergebnis von rund 1 210 000 Mark.<sup>56</sup> Daneben warb das Rote Kreuz unabhängig von anderen Aktionen bereits Mitte 1915 in den Leipziger Tageszeitungen um Gold- und Silberspenden und den Kauf von Spendenmarken zu 5 oder 10 Pfennig für Karten und Briefe.<sup>57</sup> (Abb. 6 und 7) Im Juli 1916 organisierte das Rote Kreuz in Leipzig eine »Volksspende für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen« und führte vom 7. bis 9. Juli mit Hilfe älterer Schüler Hauslisten- und Straßensammlungen in der Stadt durch.<sup>58</sup>

Daneben bestanden zahlreiche Privatiniciativen, Komitees und Spezialausschüsse, die sich auf bestimmte Hilfsgüter oder Leistungen spezialisiert hatten wie z. B. der »Kriegs-Ausschuß für warme Unterkleidung«.<sup>59</sup> Zur Unterstützung der Sammelaktionen fanden in Leipzig während der Kriegsjahre regelmäßig Wohltätigkeitskonzerte und andere kulturelle Veranstaltungen statt, deren Erlös zum größten Teil den Kriegsinvaliden, Verwundeten und »Kriegerfamilien« zugute kam. So sangen beispielsweise am 20. Juni 1915 Chormitglieder des Neuen Leipziger Männergesangsvereins im Innern des Völkerschlachtdenkmal und spendeten den Reinertrag für die »Kriegsnotspende Leipzig«.<sup>60</sup>

Zudem wurden 1915 in zahlreichen deutschen und österreichischen Städten sogenannte »Wehrmänner in Eisen« (mitunter auch Symbole wie Eiserne Kreuze und Stadtwappen aus Holz) an zentralen Stellen aufgestellt, in die durch die Spender je nach

54 Salonblatt. Moderne illustrierte Wochenschrift für Gesellschaft, Theater, Kunst und Sport, Dresden, 21. November 1914, Nr. 47, S. 1363.

55 Vgl. Kristin Lesch, Sachsen im Ersten Weltkrieg, Dresden 2016, S. 83–84.

56 StA-L, 20627 Stadt Trebsen, Nr. 1559 (unfol.). König Friedrich August III. beging am 25. Mai 1915 seinen 50. Geburtstag.

57 Leipziger Zeitung vom 12. Juni 1915, S. 1494.

58 Leipziger Zeitung vom 6. Juli 1916 (Nr. 154).

59 StA-L, 20625 Stadt Mutzschen, Nr. 2232 (unfol.).

60 Leipziger Zeitung vom 18. Juni 1915, S. 1550.



Abb. 6, 7: Anzeigen des Roten Kreuzes zur Gold- und Silberspende und zum Kauf von Spendenmarken im Rahmen der Rot-Kreuz-Pfennig-Sammlung (Leipziger Zeitung vom 17. und 27. Juli 1915)



Verwendet

**Rote Kreuz-  
Pfennig-Marken**

auf Karten, Briefen usw.



Die Marken sind bei der Hauptausgabestelle, Barfußgäßchen 8, sowie an den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen zu haben.

**Hierzu zwei Beilagen.**

Geldbetrag Nägel aus Eisen, Kupfer oder Silber eingeschlagen wurden («Kriegsnagelungen»). In Leipzig beauftragte das Schatzamt der »Kriegsnotspende zu Leipzig« den ortsansässigen Bildhauer, Maler und Grafiker Mathieu Molitor (1873–1929) mit der Anfertigung einer überlebensgroßen Holzstatue als »Wehrmann«. Molitor schuf bis Ende April 1915 einen über drei Meter großen Ritter mit Schild und Schwert aus Lindenholz (Rolandfigur), der die Wehrhaftigkeit Deutschlands symbolisieren sollte. Er wurde auf einem hohen Sockel mit Eisernem Kreuz auf dem Naschmarkt aufgestellt und hier am 17. Juli 1915 feierlich eingeweiht. (Abb. 8) Die Figurine wurde von einem Holzpavillon mit Treppe und Galerie umgeben und überdacht. Seit der Einweihung des »Wehrmanns« wurden zahlreiche Nägel in die Rüstung eingeschlagen, die es in einer nahe gelegenen Hütte je nach Material für 50 Pfennig, zwei und fünf Mark zu kaufen gab. Die Spender erhielten ein Gedenkblatt und wurden in das »Goldene Buch des Wehrmanns« eingetragen. Zusätzlich konnten Anlasspostkarten, eine ovale Eisenplakette mit dem Wehrmann und weitere »Andenken« erworben werden. Für höhere Spenden ab 10 bis über 100 Mark wurden »Verzierungsstücke und große Vorzugsnägel für Brust, Schildrand, Adler und andere Stellen« des Wehrmanns, auf Wunsch des Spenders mit dessen Namen und Datum graviert, ausgegeben.<sup>61</sup> Zu den prominenten Spendern

<sup>61</sup> Stadtarchiv Leipzig, Kap. 72 Nr. 39 Bd. 2, Bl. 245.





Abb. 8: Erinnerungspostkarte von der Einweihung des »Leipziger Wehrmanns in Eisen« am 17. Juli 1915 auf dem Naschmarkt (private Sammlung)

gehörten Cosima und Siegfried Wagner sowie das Ehepaar Chamberlain, für die in Abwesenheit am 23. Juli 1915 unter Musikauszügen aus der Wagner-Oper »Der Fliegende Holländer« je ein goldener Nagel eingeschlagen wurde.<sup>62</sup> Beträge zwischen 500 und 5 000 Mark spendeten unter anderem die Thomasschule, die Leipziger Lokführer und militärische Einheiten.<sup>63</sup> Bis zum 30. April 1916 war die Nagelung des Wehrmanns vollendet, in dessen Ergebnis 47 883 Nägel eingeschlagen und ein Reinerlös von knapp 140 000 Mark erzielt worden sei.<sup>64</sup> Das eingenommene Geld floss der »Kriegsnotspende« bzw. der Kriegsofferfürsorge in der Stadt Leipzig zu. Im Mai 1916 wurde der Wehrmann in die untere Wandelhalle des Neuen Rathauses verlegt, wo er offensichtlich bis zum Sommer 1945 verblieb.<sup>65</sup>

Beträchtlich waren die Zuschüsse aus öffentlichen Kassen der Stadt Leipzig bei Sammlungen und Unterstützungsleistungen für Soldaten, Gefangene und Verwundete während des gesamten Krieges. So bewilligten die Leipziger Stadtverordneten 50 000 Mark als Beitrag der Stadt zur Liebesgabensammlung Weihnachten 1914, wobei diese Spende den sächsischen Truppen des heimischen XIX. Armeekorps und XXVII. Reservekorps zugute kam.<sup>66</sup> Der jährliche Beitrag der Stadt Leipzig für Liebesgaben steigerte sich in den Folgejahren von 100 000 Mark (1915) über 130 000 Mark (1916) bis auf 150 000 Mark (1917). Weitere Mittel wurden von der Stadt als Weihnachtsgaben für die in Leipziger Lazaretten untergebrachten Soldaten zur Verfügung gestellt und damit die freiwilligen Spenden und Sammlungen deutlich vermehrt. Hinzu kamen größere Zuschüsse für die Ausstattung von zwei vom Roten Kreuz unterhaltene Vereinslazarettzüge mit zusammen 60 000 Mark sowie für die Beschaffung von Büchern und Zeitungen, Noten und Musikinstrumente für die sächsischen Truppen.<sup>67</sup> Außerdem steuerte die Stadt Leipzig jeweils 5 000 Mark zu den Sammlungen für den türkischen Roten Halbmond und den deutschen Hilfsausschuss für das Rote Kreuz Bulgariens als Organisationen verbündeter Staaten bei. Die 1915 angelaufenen Sammlungen für die in Folge des Einfalls russischer Armeen in Ostpreußen geschädigte Zivilbevölkerung, die fast 125 000 Mark durch Sammlung in der Leipziger Bürgerschaft erbrachte, wurden

62 Leipziger Zeitung vom 24. Juli 1915, S. 1866.

63 Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden StadtAL), Kap. 72, Nr. 39, Bd. 1, Bl. 270 ff.

64 StadtAL, Kap. 72, Nr. 39, Bd. 2, Bl. 91: Andere Quellen sprechen von 56 333 bzw. 74 000 Nägeln und einem Reinertrag von 116 300 Mark, wobei unklar blieb, ob sich die Einnahmen nur auf die verkauften Nägel oder auch auf die sonstigen Devotionalien wie Postkarten, Eisenschmuck, Werberechte, Konzert- und Programmeinnahmen beziehen.

65 Im Dezember 1946 soll der inzwischen eingelagerte »Wehrmann aus Eisen« zusammen mit einer Adolf-Hitler-Büste aus dem Rathaus vernichtet worden sein, wobei die Nägel vom Wehrmann in den Folgejahren durch die Rathausverwaltung nachgenutzt wurden. Für diese und weitere Informationen zum Wehrmann sei an dieser Stelle Herrn Olaf Hillert vom Stadtarchiv Leipzig gedankt.

66 Allgemeiner Verwaltungsbericht des Rates der Stadt Leipzig für die Kriegsjahre 1914 bis 1918, Heft 1, S. 55.

67 Ebd.

von der Stadt mit insgesamt 145 000 Mark unterstützt (u. a. für die schwer zerstörte Stadt Hohnstein/Ostpreußen).<sup>68</sup>

Besonders vielfältig waren die Formen und gegründeten Organisationen zur Fürsorge und Unterstützung für Familienangehörige gefallener Soldaten und Kriegsinvaliden. Zu den größten und bedeutendsten Wohltätigkeitsorganisationen, die während des Ersten Weltkrieges entstanden, gehörten die im gesamten Königreich Sachsen 1914/15 gegründeten Vereine »Heimatkund« und »Frauendank« (später auch noch »Invalidendank« und »Jugendkund«). Unter der vollständigen Bezeichnung »Deutscher Frauendank 1914. Bund der dankbaren deutschen Frauen und Mädchen für die invaliden Krieger« (künftig kurz »Frauendank« genannt) organisierte sich dieser in allen größeren sächsischen Städten. Die Gründung der Ortsgruppe Leipzig des »Frauendank« erfolgte auf Anregung der bereits im Herbst 1914 in Dresden gebildeten Ortsgruppe am 26. Januar 1915 im Saal der städtischen Schule für Frauenberufe in der Schillerstraße 9.<sup>69</sup> Im Leipziger »Frauendank« engagierten sich auffallend viele Frauen von Reichsgerichtsräten, Universitätsprofessoren, höheren Offizieren und Beamten, die ab Mai 1915 wiederholt in der Leipziger Presse die deutschen Frauen und Mädchen unter dem Motto »Große Zeiten erfordern große Opfer ... Leipzig darf nicht zurückstehen!« dazu aufriefen, dem »Frauendank« beizutreten.<sup>70</sup> Zunächst richteten sie ihr Hauptaugenmerk auf die Schaffung und Einrichtung von Wohnheimen oder behindertengerechten Wohnungen für Kriegsinvaliden und das dafür nötige Pflegepersonal. Ab Oktober 1915 erweiterte der »Frauendank« in Leipzig sein Wirkungsfeld noch auf die Unterstützung von Kriegerwitwen und Waisenkindern. Neben den aus den Mitgliedsbeiträgen zufließenden Geldern (je drei Mark im Jahr) nahm der »Frauendank« vor allem Geld- und Kleiderspenden, Möbel und Spielzeug entgegen und verteilte diese an Kriegsoffer. Außerdem organisierte der Bund 1915 Sammlungen für Weihnachtsgeschenke an Kriegswaisen und veranstaltete regelmäßig »Vaterländische Abende« mit Vorträgen und musikalischer Umrahmung, bei denen die Einnahmen zu Fürsorgezwecken verwendet wurden. Eine weitere Einnahmequelle erwuchs dem Leipziger »Frauendank« aus den Eintrittsgeldern für die Besichtigung von Modellschützengräben auf dem BUGRA-Gelände, deren Anlage auf seine Initiative zurückging. Im Sommer 1917 fand im Umfeld einer Ausstellung für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in Leipzig eine mehrtägige Bundestagung der deutschen Frauendankorganisationen statt.<sup>71</sup>

Noch wirksamer und umfassender organisiert waren die auf allen Verwaltungsebenen ab Mitte 1915 in Sachsen bestehenden Vereine »Heimatkund«. Diese unter dem Gesamtvorsitz des sächsischen Innenministers Graf Vitzthum von Eckstädt stehende

---

68 Ebd.

69 StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V 3063, Bl. 5.

70 Leipziger Neueste Nachrichten vom 27. Mai 1915, S. 10.

71 StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V 3063, Bl. 51–52.

Organisation wurde etwa zeitgleich in zahlreichen größeren Orten des Königreichs gegründet und diente der Aufbringung von Mitteln und einer vielfältigen Unterstützung von Kriegsversehrten (u. a. Beschaffung von geeigneter Arbeit, Ausbildung oder Umschulung) sowie der Hinterbliebenen von sächsischen Soldaten («Kriegerwitwen», «Kriegereltern» und Kriegswaisen).<sup>72</sup> Am 5. August 1915 fand im Leipziger Neuen Rathaus die Gründungsversammlung des örtlichen Vereins »Heimatkund« statt, an der 130 bekannte Leipziger Persönlichkeiten wie der Geheime Kommerzienrat Dr. Bruno Giesecke, der Kaufmann Albert Dufour-Feronce und der Rektor der Universität Prof. Dr. Albert Köster, zahlreiche Stadtverordnete, Landtagsabgeordnete, Professoren, hohe Beamte, Fabrikanten, Bankiers, führende Vertreter des Handwerks und des Handels, aber auch der Gewerkschaften und Berufsverbände teilnahmen.<sup>73</sup> Der Leipziger Verein »Heimatkund«<sup>74</sup> stand unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Dittrich (ab 1918 Dr. Rothe) und strebte die Eingliederung von bereits bestehenden Hilfsorganisationen in der Stadt wie dem »Leipziger Ausschuss für Kriegsinvalidenfürsorge« und dem Verein »Deutscher Volkskund« in seine Organisation an.<sup>75</sup> Neben direkten finanziellen Zuwendungen und Mietzuschüssen übernahm der Verein »Heimatkund« vor Ort Fürsorgeaufgaben bei der Beratung und Betreuung der Kriegsoffer und kümmerte sich z. B. um die Vermittlung von Heilbehandlungen, um Wohnungsfragen, Sterbegeld- und Versicherungsangelegenheiten, Rentenzahlungen und Heimarbeit und übernahm Nachlassregelungen. Damit wurde der Verein »Heimatkund« bis zum Kriegsende flächendeckend überwiegend durch ehrenamtliche Arbeit zu einer unentbehrlichen Hilfsorganisation, die kommunale und staatliche Behörden erheblich entlastete und die Arbeit des Roten Kreuzes maßgeblich ergänzte. Der Verein »Heimatkund« sammelte aber nicht nur Spenden, sondern warb aktiv um Mitglieder (auch Kinder), bereits ein Jahresbeitrag von einer Mark wurde dabei in der Masse als hilfreich angesehen.<sup>76</sup> Die finanziellen Mittel des Vereins wuchsen bis Ende 1915 auf 384 806 Mark an, wobei die Stadt jährlich 25 000 Mark beisteuerte und dem Verein das erforderliche Personal und Verwaltungsräume zur Verfügung stellte.<sup>77</sup> Im Jahr 1917 waren 2 347 ordentliche Mitglieder im

72 Siehe dazu auch: Ulrich von Hehl, Krieg und Klassenkampf. Leipzig 1914–1918, in: Stadt und Krieg. Leipzig in militärischen Konflikten vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Ulrich von Hehl (Hrsg.), Leipzig 2014, S. 277–281.

73 StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V 656, Bl. 41–43.

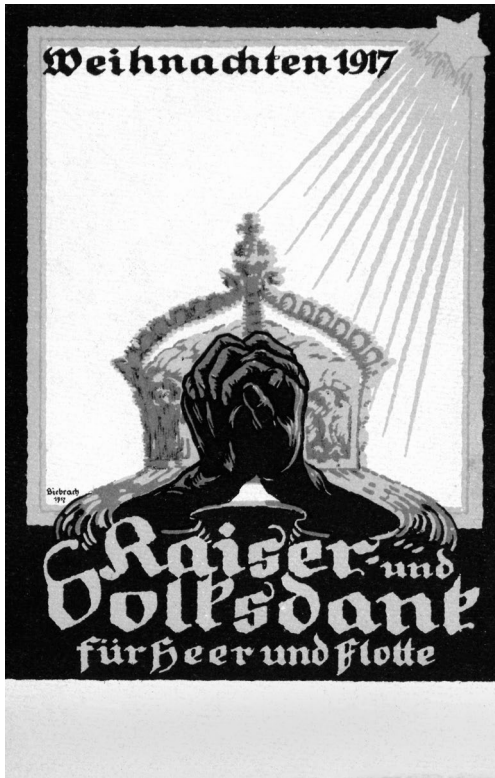
74 Die Unterlagen des städtischen Vereins »Heimatkund« sind bis auf fünf Akten beim Luftangriff vom 4. 12. 1943 vernichtet worden, ebenso wie die vom Verein »Jugendkund« bis auf drei Akten; diese befinden sich heute im Stadtarchiv Leipzig (nach einer Information von Olaf Hillert vom Stadtarchiv Leipzig).

75 Allgemeiner Verwaltungsbericht des Rates der Stadt Leipzig für die Kriegsjahre 1914 bis 1918, Heft 1, S. 55.

76 StA-L, 20631 Stadt Zwenkau, Nr. 82 (unfol.). Hier u. a. enthalten: Flugblatt bzw. Aufruf »Der Heimat Kund« mit Angaben zu den Aufgaben, Zielen und Motiven des Vereins »Heimatkund« in der Amtshauptmannschaft Leipzig.

77 Allgemeiner Verwaltungsbericht (wie Anm. 75) S. 57.





*Abb. 9: Propagandakarte für die Sammelaktion  
»Kaiser- und Volksdank für Heer und Flotte.  
Weihnachten 1917« (private Sammlung)*

Verein »Heimatkank« für die Stadt Leipzig registriert, darunter 322 Frauen und 519 juristische Personen. Durch Mitgliedsbeiträge zwischen einer und 500 Mark sowie durch Stiftungen und Sammelaktionen verfügte der Verein Ende 1917 über einen Kassenbestand von fast 468 000 Mark, von dem im Jahr 1917 knapp 60 000 Mark an Kriegsbeschädigte und über 113 000 Mark an Hinterbliebene gezahlt wurden.<sup>78</sup> Der Verein »Heimatkank« bestand jedoch nicht nur bei den Städten und als Dachverein im Königreich Sachsen, sondern speziell zur Einbeziehung der ländlichen Regionen bei allen sächsischen Kreis- und Amtshauptmannschaften, wobei hier häufig übergreifende und Sonderaufgaben wahrgenommen wurden. So übernahm der gleichfalls im August 1915 gegründete Kreisverband »Heimatkank« im Regierungsbezirk Leipzig unter Vorsitz des Kreishauptmanns Curt Ludwig Franz von Burgsdorff die Organisation und Durchführung von Lehrgängen für Kriegsinvaliden für den gesamten Großraum Leipzig sowie die Einrichtung eines zentralen Arbeitsnachweises im Bezirk für sie.<sup>79</sup> Die Aufgaben der

<sup>78</sup> StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V 3074, Bl. 11–24.

<sup>79</sup> Ebd.

»Heimatkund«-Vereine wurden durch eine Stiftung »Heimatkund« finanziert, bei der alle Spenden, Zuschüsse, Mitgliedsbeiträge und Sammlungserlöse zusammenflossen.<sup>80</sup>

Parallel zu den Liebesgaben- und Geldsammlungen des Roten Kreuzes wurden im Juli 1916 reichsweit eine »Volksspende für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene« und im September 1917 unter dem Namen »Kaiser- und Volksdank für Heer und Flotte. Weihnachtsgabe 1917« eine Sammelaktion für die aktiven Truppen ins Leben gerufen. Sie stand unter der Schirmherrschaft von Wilhelm II., Hindenburg und Ludendorff und richtete in allen Korpsbezirken Geschäftsstellen ein, so auch im Bezirk des XIX. Armeekorps in Leipzig.<sup>81</sup> (Abb. 9)

Daneben wurde im gleichen Zeitraum aus Anlass von Hindenburgs 70. Geburtstag am 2. Oktober 1917 eine »Hindenburggabe« als Sammlung organisiert, deren Erlös Soldaten- und Marineheimen sowie deutschen Kriegsgefangenen zukommen sollte. Unter den Vorzeichen wachsender Not und einer immer schlechter werdenden Versorgungslage wurde im vierten Kriegsjahr 1918 nochmals versucht, mit großem Propagandaufwand die letzten materiellen und finanziellen Reserven der Bevölkerung zu mobilisieren. Das ging weit über die 8. und 9. Kriegsanleihe, laufende Edelmetall- bzw. Metallsammlungen und Rot-Kreuz-Spenden hinaus, wofür zwei Beispiele genügen mögen: Im Mai 1918 wurde eine »Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte« ins Leben gerufen, die zentral der Reichsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge über die Bundesstaaten bis in alle größere Orte organisierte und propagierte. Dazu bildete sich im Königreich Sachsen ein »Landesausschuß für die Ludendorff-Spende«, der für die Sammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen auf die etablierten Organisationsstrukturen der Stiftung bzw. der Vereine des »Heimatkund« zurückgriff. Mit den Sammlungserträgen sollte der immer größer werdenden Zahl deutscher Kriegsinvaliden, die nur eine bescheidene Rente vom Reich erhielten, finanzielle Unterstützung zuteilwerden. Für diese neue Sammelaktion wurde mit Anschlägen und Plakaten, in Zeitungen und mit Postkarten reichsweit geworben. Zudem wurden spezielle Sammelbüchsen, Armbinden für die Sammler, gedruckte Sammelisten und Zahlkarten sowie Erinnerungsblätter und Abzeichen für die Spender bereitgestellt.<sup>82</sup> (Abb. 10)

Als zweites Beispiel in der Spätphase des Krieges sei auf die »Kolonialkriegerspende« im Juni 1918 verwiesen, die auch auf Reichs- und Landesebene in Verbindung mit der Deutschen Kolonialgesellschaft organisiert wurde. In Sachsen wurde ein entsprechender Arbeitsausschuss mit einer Geschäftsstelle im Innenministerium gebildet, der von dort aus alle Stadträte und Gemeindevorstände aufforderte, für die »Kolonialdeutschen«, die

80 Lesch, Sachsen im Ersten Weltkrieg (wie Anm. 55), S. 84.

81 StA-L, 20627 Stadt Trebsen, Nr. 1559 (unfol.).

82 StA-L, 20626 Stadt Taucha, Nr. 535 (unfol.).





Abb. 10: »Ludendorff-Spende«, Dankurkunde für eine Spende von einer halben Mark, 1918 (private Sammlung)

in der deutschen Schutztruppe gedient hatten, sowie für die gesamte deutsche Zivilbevölkerung in den Kolonien öffentliche Geldsammlungen durchzuführen.<sup>83</sup>

### Sammlungen von Altmittel, Gummi, Obstkernen und Frauenhaar

Nachdem die zu Beginn des Krieges in Deutschland verfügbaren großen Vorräte an Metallen aller Art Ende 1914 zur Neige gingen, begann die Kriegsrohstoffabteilung<sup>84</sup> Anfang 1915 mit der reichsweiten Erfassung, Mobilisierung und Bewirtschaftung kriegswichtiger Metalle. Dabei bediente sie sich der zu diesem Zweck gegründeten Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, die im ganzen Land mehrere Sammlager für den Heeresbedarf anlegte.

Zur Mobilisierung von Metallreserven wurden jedoch auch die privaten Haushalte herangezogen. Bereits im Dezember 1914 gründete sich in Sachsen nach dem Vorbild Berlins in Leipzig der erste Ausschuss für eine »Vaterländische Metall-Sammlung«, dem bald weitere Städte im Königreich folgten.<sup>85</sup> An der Spitze des Leipziger Ausschusses stand ein fünfköpfiger Arbeitsausschuss der »Vaterländischen Metall-Sammlung«, dem vor allem Fabrikbesitzer angehörten und der die eigentliche organisatorische Arbeit leistete. Ein Ehrenausschuss sollte der Sammlung das entsprechende Ansehen bzw. Gewicht in der Öffentlichkeit geben. Er bestand aus dem stellvertretenden kommandierenden

83 Ebd.; Über die Resonanz in Leipzig und das örtliche Sammelergebnis konnten keine Angaben ermittelt werden.

84 Die Kriegsrohstoffabteilung wurde im August 1914 als Abteilung des preußischen Kriegsministeriums zur Erfassung und Bewirtschaftung der kriegswichtigen Rohstoffe unter Leitung von Walther Rathenau gegründet; ab Ende 1916 war sie als zentrale kriegswirtschaftliche Behörde im Reich dem Kriegsamts nachgeordnet.

85 Vgl. Paul Uhle, Chemnitz im Weltkrieg, Chemnitz 1919, S. 44.

Abb. 11: Zentraler Aufruf  
»Sammelt altes Metall« im  
Rahmen der »Vaterländischen  
Metall-Sammlung« (Auszug),  
Anfang 1915 (StA-L, 20626  
Stadt Taucha, Nr. 524)



General des XIX. Armeekorpsbezirkes General Georg Hermann von Schweinitz, dem Leipziger Kreishauptmann Curt von Burgsdorff, dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Rudolf Dittrich sowie den Frauen der Generale von Laffert und von Schweinitz. Die Hauptsammelstelle für die Metallsammlung befand sich im Konfektions- und Modehaus Gustav Steckner (Inhaber W. Biemann war Mitglied im Arbeitsausschuss) in der Petersstraße 2 (»Stecknerpassage«) und war Anlaufstelle für ganz Sachsen. Lokale Sammelstellen befanden sich in allen Bürgerschulen und Bezirksschulen der Stadt Leipzig.<sup>86</sup>

Unter dem Wahrzeichen des heiligen Michael wurde die Bevölkerung ab Januar 1915 wiederholt dazu aufgerufen, alte Münzen, Aluminium, Zinn, Blei, Kupfer, Messing, Flaschenkapseln, Tuben und Stanniol (vor allem von Schokoladentafeln) aus den Privathaushalten zu sammeln und zu den Sammelstellen zu bringen. Dabei wurde darauf verwiesen, dass England mit seiner Seeblockade die Metallzufuhr zu verhindern suche und daher die kleinste Gabe in der Masse von großem Nutzen sei.<sup>87</sup> (Abb. 11) Die Sammeltätigkeit selbst verlief ehrenamtlich und der erzielte Erlös sollte der Kriegsnotspende zufließen. Über die Sammlungen war genau Buch zu führen, wobei Name und Anschrift der Spender erfasst wurden und man ihnen eine Quittung mit Angaben zu Art und Gewicht des abgelieferten Metalls aushändigte. Die Metalle waren bereits in den Sammelstellen zu sortieren und regelmäßig an die Hauptsammelstelle zu transportieren. In Leipzig stellte sich dafür die städtische Feuerwehr mit ihren Transportmitteln zur Verfügung. War genug Altmetall angefallen, wurde es mit der Bahn zum Oberhüttenamt in Freiberg zur Verwertung bzw. zum Einschmelzen gebracht. Eine Abgabe von Altmetall an Händler, Fabriken oder sonstige Konsumenten war ausdrücklich verboten. Bis Anfang Februar 1915 sind in der Stadt Leipzig bereits 20 000 kg Metall aus Privathand gesammelt worden, sodass die Lagerkapazitäten der Hauptsammelstelle in der Steck-

<sup>86</sup> StA-L, 20626 Stadt Taucha, Nr. 524 (unfol.).

<sup>87</sup> Ebd.

nerpassage schon bald nicht mehr ausreichen. Der Rat zu Leipzig stellte daraufhin im Städtischen Kaufhaus weitere Lagerflächen zur Verfügung. Außer den Schulen leisteten auch der Nationale Frauendienst und das Pfadfinderkorps »Wettin« bei der Sammlung und dem Transport des Altmetalls wertvolle Hilfe.<sup>88</sup> Mitte Mai wurde der kleinen Stadt Markranstädt westlich von Leipzig die Ablieferung von insgesamt 391 800 kg Altmetall, hauptsächlich Blei, Messing, Kupfer und Zink, von der Hauptsammelstelle in Leipzig bestätigt.<sup>89</sup> Als die auf ein Jahr befristete »Vaterländische Metall-Sammlung« Ende 1915 abgeschlossen war, ergab die Abrechnung mit dem Oberhüttenamt in Freiberg einen Reinerlös von 481 000 Mark für die eingeschmolzenen Altmetalle im Königreich Sachsen, was die Hauptsammelstelle Leipzig als unerwarteten Erfolg bezeichnete.<sup>90</sup> Die Gelder wurden je nach Sammelaufkommen an die entsprechenden Gemeinden überwiesen und dort für soziale Zwecke der Kriegsofferfürsorge verwendet.

Trotz des auch vom sächsischen Innenministerium bestätigten Erfolgs der »Vaterländischen Metall-Sammlung« war schon Mitte 1915 absehbar, dass mit dem dabei erzielten Aufkommen der wachsende Bedarf an kriegswichtigen Metallen nicht annähernd befriedigt werden konnte. Daher griff der Staat ab Juni 1915 zunehmend zu Zwangsmaßnahmen bei der Bewirtschaftung und Beschlagnahme von kriegswichtigen Metallen (»Sparmetalle«). Vor allem in den Jahren 1916 bis 1918 wurden durch die Kriegsrohstoffabteilung und die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft im gesamten Reich Metallreserven in der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung, in Kirchen und privaten Haushalten zunächst erfasst (über eine verordnete Meldepflicht) und später bei Bedarf beschlagnahmt. Darunter fielen hauptsächlich Buntmetalle und ihre Legierungen wie Kupfer, Messing, Bronze, Nickel, Neusilber, Antimon, Zinn und Blei, aber auch Aluminium und Zink. Diesen Aktionen fielen in Leipzig und Umgebung zahlreiche kupferne Dachrinnen und Fallrohre, Dacheindeckungen, Rohrleitungen, Kessel, Pfannen und Walzen, Küchengerätschaften, Orgelpfeifen, Kirchenglocken, Tür- und Fensterbeschläge, Kabel, Schalt- und Blitzschutzanlagen zum Opfer. Im letzten Kriegsjahr wurden auch Eisenzäune und entbehrliche Gegenstände aus Eisenguss erfasst und teilweise beschlagnahmt. Die auf Grund der Meldepflichten und Beschlagnahmeverfügungen abgelieferten Metalle wurden in Leipzig in sieben Metallannahmestellen und der Hauptsammelstelle im Städtischen Bauhof in Leipzig-Thonberg angenommen, gewogen und bewertet. An manchen Tagen herrschte mit über 1 000 Kunden ein so großer Andrang, dass zusätzliches Hilfspersonal auf dem Bauhof eingesetzt werden musste. Regulär war die Hauptsammelstelle mit vier männlichen Kriegsaushelfern und einer Arbeiterin besetzt; zum Teil wurden bei schwierigen Fällen externe Sachverständige zur Bestimmung und Bewertung der Metalle hinzugezogen. Wegen des erheblichen Wertes der eingelagerten Metalle erfolgte

<sup>88</sup> Leipziger Neueste Nachrichten und Handelszeitung vom 3. Februar 1915, S. 12.

<sup>89</sup> StA-L, 20612 Stadt Markranstädt, Nr. 246 (unfol.).

<sup>90</sup> Ebd.

eine durchgängige Tag- und Nachtbewachung des Bauhofes durch zwei Hilfsschutzleute mit einem Polizeihund.<sup>91</sup> Allein an Haushaltsgegenständen aus Kupfer, Messing oder Nickel kamen durch freiwillige Ablieferungen zwischen August 1915 und Kriegsende bei der Hauptsammelstelle in Leipzig 117,5 Tonnen sowie weitere 125 Tonnen durch Beschlagnahme zusammen.<sup>92</sup> Weiterhin wurden 11,8 Tonnen Bierglasdeckel und 10,5 Tonnen Orgelpfeifen aus Zinn sowie Bronzeglocken mit einem Gewicht von knapp 50 Tonnen an die Metall-Mobilmachungsstelle gemeldet und größtenteils zur Verwertung an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft geliefert.<sup>93</sup> Die Hauptsammelstelle verfügte über größere Lagerschuppen und Gleisanschlüsse mit Laderampen, sodass der Abtransport des Altmetalls zur Verhüttung nach Freiberg hauptsächlich mit der Eisenbahn erfolgte. Die Auszahlung des geschätzten Materialwertes des Metalls an die Einlieferer erfolgte in der Depositenkasse im Neuen Rathaus sowie in 19 Sparkassenfilialen. Die Demontage zahlreicher Dachrinnen, Fallrohre, Verblendungen etc. und ihr Ersatz durch billige und meist kurzlebigere Materialien führte in den Folgejahren zu einer Verschlechterung der Bausubstanz öffentlicher und privater Gebäude in vielen sächsischen Orten und die Herausgabe hochwertiger Haushalt- und Küchengerätschaften hatte eine Ausdünnung und Verarmung der Privathaushalte zur Folge. Künstlerisch wertvolle oder besonders alte Zier- und Haushaltgerätschaften wurden jedoch oft vor dem Einschmelzen bewahrt und nach dem Krieg öffentlichen Sammlungen wie dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg käuflich überlassen.<sup>94</sup> Auch das Museum für Kunsthandwerk Leipzig (Grassimuseum) erfuhr auf diese Weise im Jahr 1919 einen Zuwachs von 74 Objekten von der »Metallmobilmachungsstelle Leipzig«.<sup>95</sup>

Die bei den Ratswachen angesiedelten sieben Sammelstellen nahmen neben Metall auch Altgummi entgegen. Dabei handelte es sich wie bei der Metallsammlung um freiwillige Ablieferungen oder um Beschlagnahmen, die in größeren Tranchen, als Paket gebündelt, ebenfalls an die Hauptsammelstelle zur weiteren Verwertung befördert wurden. Größtenteils wurden Fahrradschläuche und Fahrradmäntel aus Privathaushalten abgeliefert, von denen zusammen rund 120 000 Stück in über 1 000 Paketen verpackt und mit Genehmigung der Kriegsrohstoffabteilung an die Firma Fritz Walther Müller GmbH in Dresden-Neustadt zur Verarbeitung versandt wurden. Die Einlieferer erhielt

91 Allgemeiner Verwaltungsbericht des Rates der Stadt Leipzig für die Kriegsjahre 1914 bis 1918, Heft 6, S. 57–60.

92 Ebd., S. 61.

93 Ebd., S. 65.

94 Vgl. Ralf Schürer, Kriegsgewinne, in: *Kriegszeit im Nationalmuseum*, Frank Matthias Kammel und Claudia Selheim (Hrsg.), Nürnberg 2016, S. 25–35. Danach bestand das nach 1918 vom Germanischen Nationalmuseum angekaufte Konvolut aus mehreren tausend Objekten, darunter zahlreiche Gegenstände aus Kupfer mit einem Gewicht von 1 505 kg, aus Messing mit 780 kg und Bronze mit 152 kg Materialgewicht, nach dem die Kaufsumme berechnet wurde.

95 Nach einer schriftlichen Mitteilung von Dr. Olaf Thormann, dem an dieser Stelle für die Informationen gedankt sei.

ten durchschnittlich eine Mark je Stück sofort bei Abgabe der Fahrradbereifung durch die Sammelstellen vergütet.<sup>96</sup>

Ein weiteres Sammelgebiet eröffnete sich insbesondere für die Schuljugend, als das sächsische Innenministerium in Umsetzung zentraler Bundesratsbeschlüsse am 27. Juni 1916 eine »Verordnung über die Sammlung von Steinobstkernen« in allen Amtsblättern, über Aushänge und die Behörden bekanntmachte.<sup>97</sup> Darin wurde zur Sammlung von Steinobstkernen von Kirschen, Pflaumen, Zwetschken, Renekloden, Mirabellen und Aprikosen (außer Pfirsichkernen, aus denen kein Öl gewonnen werden konnte) sowie Kernobstkernen von Zitronen, Apfelsinen und Kürbissen aufgerufen. Dazu wurden Plakate und Merkblätter mit genauen Handlungsanweisungen zur Sammlung und Aufbewahrung von Obstkernen für die Ölgewinnung durch die Stadt- und Gemeindeverwaltungen verbreitet. Die Gemeinden im Königreich Sachsen hatten gemäß einer Order des Innenministeriums je nach Bedarf geeignete Sammelstellen für die Kerne einzurichten. Von den Amtshauptmannschaften und größeren Städten wurden dafür Hauptsammelstellen errichtet, wohin die Sammelstellen der kleineren Orte die bei ihnen zusammengetragenen Kerne abzuliefern hatten. Hier wurden die Kerne sortiert, getrocknet und mehrfach gewendet, um Schimmel zu vermeiden, sortenrein abgesackt und an die regionalen Ölmühlen geliefert. Die örtlichen Sammelstellen zahlten den Einlieferern bei Steinobstkernen 10 Pfennig, bei Kürbiskernen 15 Pfennig und bei Apfelsinen- und Zitronenkernen 35 Pfennig je kg. Der Kriegsausschuss wiederum zahlte den örtlichen Sammelstellen für die lose oder in Säcken gelieferten Obstkerne je nach Art zwischen 15 und 40 Mark pro Zentner. (*Abb. 12*) In den Aufrufen zur Obstkernsammlung wurde immer wieder betont, dass jeder einzelne Kern wichtig sei und die gesamte Bevölkerung zur aktiven Sammlung mit dem Hinweis auf die nur dadurch erreichbare Verbesserung der Ölversorgung aufgefordert. Regelmäßig wurden daher auch die Zwischenergebnisse der bis zum 31. Dezember 1917 befristeten Aktion bekannt gegeben. So konnten im Jahr 1916 aus den im gesamten Deutschen Reich gesammelten 2,5 Millionen kg Obstkernen über 126 000 kg Öl gewonnen werden. Obwohl Zitronen- und Apfelsinenkerne als besonders ergiebig galten, wurden rund 90 Prozent des Öls aus den gesammelten Pflaumenkernen gewonnen.<sup>98</sup> Weiteren Öl- und Fettengpässen sollte ab 1916 durch den Anbau von Sonnenblumen und Mohn sowie Sammlungen und Beschlagnahmen von Eicheln, Kastanien, Bucheckern und Akaziensamen entgegengewirkt werden. Außerdem wurde die Sammlung von Lindenblüten für Tee und von Weißdornfrüchten als Zusatzstoff für Kaffeeersatz forciert.

Je länger der Krieg andauerte und je größer die Engpässe an Rohstoffen (nicht nur bei Importen), Nahrungsmitteln und Konsumgütern wurden, um so öfter musste auf

96 Allgemeiner Verwaltungsbericht (wie Anm. 55), S. 66–67.

97 StA-L, 20612 Stadt Markranstädt, Nr. 253. Diese und alle weiteren Angaben zur Sammlung von Obstkernen stammen aus dieser Akte, »die Sammlung von Obstkernen p.p. betreffend« (1916–1918).

98 Ebd.



Abb. 12: Zentrales Plakat zur Obstkernsammlung, Mitte 1916 (StA-L, 20612 Stadt Markranstädt, Nr. 253)

Ersatzstoffe zurückgegriffen werden, bis auch diese schließlich in den letzten Kriegsjahren häufig durch noch minderwertigere Ersatzstoffe ausgetauscht wurden. So erfasste und sammelte man immer mehr Alt- und Wertstoffe jeder Art und verarbeitete diese für zivile und militärische Zwecke, seien es nun Altkleider, Wolle, Lederwaren, Zeitungspapier, Tierknochen oder Frauenhaar. Zur Sammlung von Frauenhaar hatte Ende 1917 das sächsische Ministerium für Kultus und öffentlichen Unterricht die Schulen im ganzen Land aufgerufen.<sup>99</sup> Das Haar sollte als dringend benötigter Ersatzstoff zur Herstellung von Treibriemen und Dichtungen für die Kriegsmarine Verwendung finden. In einem Rundschreiben des Kultusministeriums vom 16. November 1917 an die Städte und Gemeinden sowie schulische Ausbildungsstätten in Sachsen wurde auf die große Dringlichkeit der Sammelaktion verwiesen, wobei an die Schulleitungen wie an die weibliche Schuljugend appelliert wurde, sich eifrig zu beteiligen und ihr Haar als Dienst am Vaterland zu opfern. Auf Ersuchen des Kriegsamtes Dresden hatte der Albert-Verein die eigentliche Organisation dieser Sammlung übernommen. Er stellte den Schulen spezielle Papierbeutel zur Verfügung, worin die Schülerinnen und ggf. weitere Familienangehörige ihr abgeschnittenes Haar einlegen und verschlossen in der Schule abgeben sollten. Mindestens einmal im Monat sollten die Haarbeutel bei Sammelstellen abgegeben und bei Bedarf neue Beutel angefordert werden.<sup>100</sup>

Um für die Fronttruppen warme Unterkleidung und Wolldecken in großer Zahl bereitstellen zu können, rief der »Kriegs-Ausschuß für warme Unterkleidung« im Januar 1915 die Bevölkerung und gewerbliche Unternehmen zur Sammlung von entbehrlichen warmen Kleidungsstücken auf und organisierte im gesamten Reich vom 18. bis 24. Ja-

<sup>99</sup> Ebd., Nr. 253 (unfol.).

<sup>100</sup> Ebd.



nuar 1915 eine »Reichswollwoche«. Freiwillige Helfer holten die Altkleidung gebündelt in den Haushalten ab und brachten sie zur Annahmestelle beim 7. Feldartillerieregiment Nr. 77 in Leipzig-Gohlis.<sup>101</sup> Als bald auch Wolle und Bekleidung immer knapper wurden, rief man insbesondere die Schulen in den Jahren 1916 und 1917 zur Sammlung von Zeitungspapier auf, dass als Knüllpapier zur Füllung von Betten und Decken für die Feldlazarette verwendet wurde, zumal inzwischen auch Stroh anderweitig gebraucht wurde. Die Sammlungen erfolgten permanent, wobei sie ihren Höhepunkt in den sogenannten »Papierwochen« im Februar 1916 und im Mai 1917 fanden. Von den Sammelstellen in den Leipziger Schulen wurde das Altpapier zur Hauptsammelstelle in die Leipziger Garnisonsverwaltung in der Heerstraße 7 befördert.<sup>102</sup>

### Resümee

Mit all diesen Sammlungen und Opfergaben konnten zwar zeitweise Engpässe und Mängel, Finanz- und Devisennöte gemildert oder hinausgezögert, aber letztlich nicht die Niederlage des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten verhindert werden. Am Ende des Krieges waren Deutschlands Rohstoffreserven nahezu aufgebraucht und seine Lebensgrundlagen stark eingeschränkt. Große Teile der Bevölkerung, die sich im Verlauf des Krieges immer wieder in vermeintlicher Pflichterfüllung für das Vaterland an Sammlungen, Spenden und Kriegsanleihen beteiligt hatten, waren am Kriegsende verarmt, verschuldet oder hatten ihre Existenzgrundlagen verloren. Damit einher gingen eine zunehmende Geldentwertung, der Schwarzmarkthandel, eine allgemeine Senkung des Lebensstandards und eine wachsende Kriegsmüdigkeit sowie eine schwindende Moral bis hin zu Traumatisierungserscheinungen. Substanzielle und dauerhafte Mängel bei der Ernährung, insbesondere Vitamin- und Fettmangel, fehlende Brennstoffe und Medikamente führten zu einer nachhaltigen Verschlechterung der »Volksgesundheit«, zu einer hohen Kindersterblichkeit und einer großen Anfälligkeit gegenüber Infektionskrankheiten, was sich in dramatischer Weise bei der seit Herbst 1918 grassierenden Spanischen Grippe zeigte.

Das zweifellos wichtigste und am nachhaltigsten wirkende Ergebnis, insbesondere der Liebesgaben- und Geldsammlungen, war die damit verbundene konkrete Hilfe und Unterstützung für die Hinterbliebenen und schwerbeschädigten Soldaten bei der Milderung der Kriegsfolgen. Nur dadurch konnte flächendeckend eine nicht selten überlebenswichtige Ergänzung der unzureichenden Kriegsopferversorgung durch die kommunale und staatliche Sozialfürsorge während des Ersten Weltkrieges gesichert werden.

---

101 StA-L, 20615 Stadt Mutzschen, Nr. 192, Bl. 2–5.

102 StA-L, 20612 Stadt Markranstädt, Nr. 253, Bl. 73.

# Das Tagebuch der Dina Riwoch

## Einleitung

*Katrin Löffler*

Vor einhundert Jahren, im Juni 1917, begann die sechzehnjährige Dina Riwoch, ein jüdisches Mädchen aus Leipzig, ein Tagebuch zu führen. Nur der Anfang, ein schmales Schulheft, ist erhalten geblieben. Es ist eine Rarität, denn obwohl in Leipzig zu dieser Zeit eine der größten jüdischen Gemeinden Deutschlands zu Hause war, sind nur wenige autobiographische Texte von Leipziger Juden überliefert, und das heißt, dass deren Selbstzeugnisse und damit deren Perspektive als Quelle für historische Rekonstruktionen jüdischen Lebens weitgehend fehlen. Dina Riwochs Tagebuch umfasst nur zwei Wochen – vom 19. Juni bis zum 3. Juli 1917 – und erlaubt einen kleinen, aber dennoch instruktiven Einblick in die Denk- und Lebenswelt eines jüdischen Mädchens mitten im Ersten Weltkrieg.

## Familie Riwoch

Die junge Schreiberin stellt eingangs ihre Familie kurz vor, zu der nur die Mutter und zwei Brüder gehörten. Der Vater war zu diesem Zeitpunkt bereits seit einigen Jahren tot. Da er an der Universität Leipzig studiert hatte, lassen sich der Studentenkartei der Quästur<sup>1</sup> einige Daten über ihn entnehmen. Demnach wurde Nachim Riwoch am 15. Juli 1870 in Sankt Petersburg als Sohn des Kaufmanns Elias Riwoch geboren. Dort hatten sich Juden spät, im 19. Jahrhundert, in nennenswerter Zahl niederlassen dürfen. Im Jahr 1869 lebten offiziell 6 654 Juden in der Stadt an der Newa, inoffiziell waren es deutlich mehr. Erst 1893 konnte eine zentrale Synagoge eingeweiht werden.<sup>2</sup> Ein Gesetz beschränkte 1887 den Zugang der Juden zu höheren Schulen und Universitäten. Als Nachim Riwoch in den 1880er-Jahren, unter der Herrschaft von Zar Alexander III.,

1 Die Quästurbehörde legte nach der Immatrikulation eine Zahlkarte für die anfallenden Studiengebühren an. Vermerkt wurden die persönlichen Daten, die Anschriften und das Datum der Zeugnisausstellung. Diese Karten sind über die Homepage des Leipziger Universitätsarchivs online zugänglich.

2 Vgl. Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Bd. 3, Berlin 1927 (Ndr. Frankfurt/Main 1987), Sp. 1046–1049; Encyclopaedia Judaica. Second edition. Bd. 17, Detroit u. a. 2007, S. 535 f.; Anke Hillbrenner, Orte des jüdischen St. Petersburg, in: Karl Schlögel (Hrsg.), St. Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte. Frankfurt/New York 2007, S. 77–93; Yvonne Kleinmann, Petersburger Juden im 19. Jahrhundert. Demographie und Religiosität, in: Stefan Creuzberger u. a. (Hrsg.), St. Petersburg – Leningrad – St. Petersburg. Eine Stadt im Spiegel der Zeit, Stuttgart 2000, S. 106–122.

erwachsen wurde, gehörten Antisemitismus und Pogrome zu alltäglichen Erfahrungen der russischen Juden, und auch unter Nikolaus II., der 1894 den Thron bestieg, setzte sich die judenfeindliche Politik fort.<sup>3</sup> Ob Riwoch zunächst eine Ausbildung absolvierte, ist nicht bekannt, jedenfalls verließ er Russland wie so viele (junge) russische Juden. Er immatrikulierte sich am 23. Oktober 1899 an der Universität Leipzig als stud. phil., also an der Philosophischen Fakultät, und studierte bis 1906.<sup>4</sup> Als er am 6. Juli 1911 starb, war seine Tochter zehn Jahre alt.

Die Mutter Rocha Riwoch, zu der Dina offensichtlich ein enges, freundschaftliches Verhältnis hatte, stammte aus Pskow, einer kleinen, alten russischen Stadt nahe der Grenze zu Estland.<sup>5</sup> Dort wurde sie am 23. Oktober 1874 geboren. Im Alter von knapp 37 Jahren war sie verwitwet und musste ihre Kinder allein großziehen. Unklar ist, wie sie den Lebensunterhalt sichern und die Ausbildung der Kinder finanzieren konnte. Im Leipziger Adressbuch wird sie als »Privata« bezeichnet; die Wohnung befand sich in der Sedanstraße 18, der heutigen Feuerbachstraße.

Die drei Kinder waren im Jahresabstand zur Welt gekommen: Ossip am 14. September 1899, Dina am 10. Oktober 1900 und Alexander am 10. Oktober 1901. In den Wählerlisten der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig (IRGL)<sup>6</sup> wird Ossip Riwoch 1924 und 1932 als Schlosser geführt, im Leipziger Adressbuch ab 1929 als Maschinenbauingenieur.<sup>7</sup> Im Juni 1935 emigrierte er nach Palästina, wie ein Vermerk in der 1935 erstellten Mitgliederkartei der IRGL besagt. 1958 wandte er sich an die Leipziger jüdische Gemeinde und erbat sich die Bestätigung seiner früheren Gemeindezugehörigkeit und Auskunft zu seinen Angehörigen.<sup>8</sup> Er erfuhr, dass seine Mutter und Schwester zuletzt in der Löhrrstraße 10 gewohnt hatten – das dort befindliche Verwaltungsgebäude der IRGL war eines der sogenannten Judenhäuser gewesen – und beide nicht mehr lebten. Rocha Riwoch war am 19. September 1942 nach Theresienstadt deportiert wor-

3 Vgl. dazu Simon Dubnow, *Die neueste Weltgeschichte des jüdischen Volkes*. Bd. X: *Das Zeitalter der zweiten Reaktion*, Berlin 1929, S. 119–225; Wilfried Jilge in: *Handbuch zur Geschichte der Juden in Europa*. Bd. 1: *Länder und Regionen*, hrsg. von Elke-Vera Kotowski, Julius H. Schoeps, Hiltrud Waltenborn, Darmstadt 2001, S. 186–195.

4 In der Studentenkartei der Quästur ist nicht vermerkt, dass Nachim Riwoch ein Zeugnis ausgehändigt wurde. Im Leipziger Adressbuch wird er bis zuletzt als cand. phil. geführt, d. h. als Student, der kurz vor dem Abschluss steht.

5 Pskow hatte 1877 knapp 20 000 und 1918 etwa 45 000 Einwohner, darunter rund 1 640 Juden; vgl. Wilhelm Arnold Christiani, *Führer durch Pleskau, Wilna 1918*, S. 5.

6 Wählerlisten für die Wahlen zur Gemeindevertretung.

7 Die Vermutung, dass Ossip Riwoch an der Leipziger Gewerbeschule Maschinenbau studiert hat, ließ sich nicht bestätigen. Für die Auskunft danke ich dem Leiter des Hochschularchivs der HTWK Benjamin Schäf.

8 Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Nr. 476, unpag. Ich danke Klaudia Krenn für ihre Unterstützung bei den Recherchen.

den, wo sie am 5. Februar 1943 starb, Dina Riwoch am 13. Juli 1942 »nach Osten«.<sup>9</sup> Zu spät hatten sie sich um die Emigration bemüht, vermutlich wie viele deutsche Juden erst nach dem Novemberpogrom 1938. Aus einem Fragebogen zu »Auswanderungsabsichten«, den die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland stellte, geht hervor, dass Rocha und Dina Riwoch einen Antrag auf Ausreise nach Palästina eingereicht hatten und zugleich Verwandte in Russland für Mutter und Tochter eine Einreisegenehmigung zu beschaffen suchten. Außerdem ist vermerkt, dass Dina bereits vor Kriegsausbruch eine Einreisegenehmigung für Großbritannien erhalten hatte, und zwar dank eines »domestic permit«, einer Erlaubnis, als Hausangestellte zu arbeiten. Warum sie Deutschland nicht verließ, darüber lässt sich nur spekulieren; wahrscheinlich wollte sie nicht ohne ihre Mutter gehen. Ab Februar 1940 war sie für die Ausreise in die USA registriert, wo sich Freunde um ein Affidavit bemühten, d. h. eine Bürgschaft leisten wollten. Festgehalten ist auf dem Fragebogen auch, dass Rocha Riwoch »sehr schwächlich« sei.<sup>10</sup> Sie war zu diesem Zeitpunkt 66 Jahre alt. Das Auswanderungsverbot für Juden im Oktober 1941 vernichtete dann letzte Hoffnungen auf ein legales Entkommen.

Was Alexander Riwoch anbelangte, so war er schon 1933 für die jüdische Gemeinde nicht mehr fassbar, wie die IRGL dem Bruder Ossip 1958 mitteilte. 1924 war er noch in der Liste für die Wahl der Gemeindevertretung als Student registriert, er hatte 1921 das Studium der Staats- und Wirtschaftswissenschaften aufgenommen.<sup>11</sup> An der Wahl 1932 nahm er schon nicht mehr teil, sein Name fehlt in der Wählerliste. Das lässt darauf schließen, dass er die Verbindung mit der Gemeinde bereits vor 1932 aufgegeben hatte. Im Leipziger Adressbuch ist er ab 1931 verzeichnet, zunächst mit Wohnungsangabe Barnecker Straße (heute Georg-Schwarz-Straße), ab 1933 Heimteichstraße. Aus dem Fragebogen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zu Auswanderungsabsichten, datiert auf den 21. Juni 1940, geht hervor, dass er nicht mehr der Israelitischen Religionsgemeinde angehörte, eine Nichtjüdin geheiratet und zwei Kinder hatte. Als Beruf ist Buchhalter angegeben, als aktuelle Tätigkeit Gartenbauarbeiter.<sup>12</sup> Alexander Riwoch lebte, da seine Kinder nicht jüdisch erzogen wurden, in einer »privilegierten Mischehe« und fiel nicht der Shoah zum Opfer. Nach Kriegsende muss er noch einmal

---

9 Vgl. Ellen Bertram, Leipziger Opfer der Shoah. Ein Gedenkbuch, Leipzig 2015, S. 586 f. Dass die Deportation vom 13. Juli 1942 direkt nach Auschwitz ging, wie zeitweilig angenommen wurde, ließ sich nicht bestätigen (ebd., S. 87).

10 Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Nr. 2/47. Für Dina Riwoch gibt es keinen Fragebogen; die Angaben zu ihrer Person befinden sich auf dem Fragebogen der Mutter. Zur umstrittenen Tätigkeit der Reichsvereinigung vgl. Beate Meyer, Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011.

11 Universitätsarchiv Leipzig, Studentenkartei der Quästurbehörde. Für hilfreiche Auskünfte danke ich Petra Hesse.

12 Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Nr. 2/47.

Kontakt mit der jüdischen Gemeinde aufgenommen haben, denn eine Kartei von 1945 enthält seinen Namen.

Über das Verhältnis der Familie zum Judentum – jenseits der Mitgliedschaft in der IRGL – lassen die spärlichen Informationen kaum gesicherte Aussagen zu. Sie sei Rusin<sup>13</sup> und Jüdin, so stellt sich Dina Riwoch vor, und deutet an, dass sie darin zwar nicht einen direkten Konflikt, aber doch eine wichtige Differenz zu ihren deutschen christlichen Altersgenossinnen sieht, ohne dies näher auszuführen. In der Kürze des überlieferten Tagebuchs finden sich keine Schilderungen von Diskrepanzen oder negativen Erfahrungen wegen ihrer jüdischen Herkunft. Es fehlen jedoch auch Bemerkungen zum Synagogenbesuch oder zu Gebräuchen, die Hinweis auf eine religiöse Lebenspraxis wären. Mit Sicherheit gehörte die Familie nicht zum orthodoxen Flügel der jüdischen Gemeinde,<sup>14</sup> sie scheint vielmehr eine dezidiert liberale Haltung eingenommen zu haben. Dafür spricht vor allem ein Indiz, das aus den Unterlagen der IRGL hervorgeht: Nachim Riwoch wurde nicht auf dem jüdischen Friedhof begraben, sondern zur Einäscherung auf den Südfriedhof überführt.<sup>15</sup> Die Urnenbeisetzung ist untypisch für Juden und auch nach der heute geltenden Friedhofssatzung der IRGL genehmigungspflichtig. Für das Jahr 1911 galt das umso mehr, da sich damals die Feuerbestattung gegen Widerstände nur langsam durchzusetzen begann. Das Königreich Sachsen hatte die Feuerbestattung spät, erst 1906, erlaubt. In Leipzig konnte das Krematorium im Januar 1910 offiziell in Betrieb genommen werden, in jenem Jahr ließen sich rund 500 Personen einäschern.<sup>16</sup> Der Umstand, dass Nachim Riwoch die Feuerbestattung gewählt hatte, spricht also für eine Haltung, die sich von (jüdischer) Tradition verabschiedete.

### Das Tagebuchschreiben

Gleich im dritten Satz erfahren wir, woher Dina Riwoch die Anregung zum Tagebuchschreiben bezog: aus einer Lektüre, dem *Tagebuch einer Verlorenen*. Dieser Roman von Margarete Böhme, 1905 erschienen, war ein großer Erfolg und wurde zwischen 1912 und 1929 drei Mal verfilmt. Erzählt wird darin die Geschichte der Apothekertochter Thymian Gotteball, die in einer norddeutschen Kleinstadt mutterlos aufwächst und bald nach der Konfirmation vom Mitarbeiter ihres Vaters geschwängert wird. Der Vater,

<sup>13</sup> Das ist auf die Staatsbürgerschaft bezogen.

<sup>14</sup> Zur Leipziger jüdischen Gemeinde im Kaiserreich vgl. Katrin Löffler, Israelitische Religionsgemeinde, in: Geschichte der Stadt Leipzig. Bd. 3: Vom Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. von Susanne Schötz, Leipzig 2018, S. 723–727.

<sup>15</sup> Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Sterbeliste 1911.

<sup>16</sup> Zur Geschichte der Feuerbestattung und des Leipziger Krematoriums vgl. Katrin Löffler, Heidrun Sprinz, Iris Schöpa, Der Leipziger Südfriedhof. Geschichte/Grabstätten/Grabdenkmäler, Leipzig 2004, S. 18–22.

der selbst verantwortungslos gegenüber weiblichem Hauspersonal handelt, bringt sie zur Entbindung bei einer Hamburger Hebamme unter, ihre neugeborene Tochter wird gegen ihren Willen einem wohlhabenden Ehepaar zur Adoption überlassen. Danach muss Thymian in eine »Besserungsanstalt«, die von einem bigotten, strengen Pastorenehepaar geführt wird; sie entläuft und landet unerfahren in der Prostitution. Da Thymian schön ist, findet sie reiche Liebhaber, die sie finanziell gut ausstatten, zuletzt sogar einen wesentlich älteren, kultivierten Grafen. Im Alter von etwa dreißig Jahren stirbt sie an einer Lungenkrankheit, vermutlich Tuberkulose. Die Figurenkonzeption zielt nicht auf die Darstellung von sozialem Elend, das in die Prostitution führt, sondern übt primär Kritik an der Doppelmoral der Gesellschaft und an einer Kirche, die ihre ureigene Aufgabe, Liebe und Barmherzigkeit zu üben, vergessen hat. Thymian Gotteball ist zwar ein »gefallenes Mädchen«, aber gebildet und feinfühlig und denjenigen, die sie verurteilen, moralisch überlegen.<sup>17</sup>

Formal hat das *Tagebuch einer Verlorenen* keinen Einfluss auf Dina Riwochs Tagebuch ausgeübt, sieht man von der gelegentlichen Anrede des Büchleins als vertrautem Gegenüber ab, die aber auch in anderen zeitgenössischen Tagebüchern zu finden ist. Obwohl Dina zunächst plante, wie Thymian größere Zeitabschnitte retrospektiv zu erzählen – sie glaubte, noch kein »Leben«, noch nicht genug Erleben zu haben –, führte sie zu ihrer eigenen Überraschung ein echtes Tagebuch mit engmaschigen Einträgen, da sie am Festhalten ihrer Erlebnisse offensichtlich Gefallen fand.

Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert erfreute sich das Tagebuch wachsender Beliebtheit, gerade bei Töchtern aus bürgerlichen Familien. Ein wesentlicher Impuls für die Verbreitung des Tagebuchschreibens kam aus den Schulen, da nach 1900 zahlreiche Auszüge aus Tagebüchern in die Lesebücher der Oberklassen aufgenommen wurden und Lehrer diese Texte als Muster der Selbsterkenntnis vermittelten.<sup>18</sup> Dina Riwoch ironisiert deshalb ihr Schreibprojekt als Modeerscheinung bei jungen Mädchen. Ihre Aufzeichnungen in den Kontext zeitgenössischer Tagebücher gleichaltriger Verfasserinnen einzuordnen ist schwierig, da es nur wenige veröffentlichte Texte gibt. Auf der Suche danach stößt man auf eine namhafte Psychologin, Charlotte Bühler (1893–1974), die

---

17 Allerdings gibt es ein negatives Element, das in der naturalistischen Literatur jener Zeit eine wichtige Rolle spielte, nämlich die Vererbungslehre, der zufolge der Mensch determiniert ist. Thymian ähnelt ihrer Urgroßmutter Claire. Diese war Französin und eine »pikante Schönheit« (Margarete Böhme, *Tagebuch einer Verlorenen*, Frankfurt 1989, S. 27); sie hatte nach vier Ehejahren Mann und zwei Kinder verlassen und war mit einem reichen Kaufmann nach Indien durchgebrannt. Ein »paar verspritzte Tropfen des leichtsinnigen, französischen Kokottenblutes haben sich in der nachfolgenden Generation erhalten« (ebd., S. 62), und diese Erblast, die mit einem nationalen Stereotyp verquickt ist, gefährdet also auch Thymian.

18 Vgl. Peter Boerner, *Tagebuch*, Stuttgart 1969, S. 52.



in den 1920er-Jahren wegweisende Schriften zur Entwicklungspsychologie verfasste.<sup>19</sup> Bei ihren jugendpsychologischen Forschungen stützte sie sich maßgeblich auf Selbstzeugnisse, was methodisch nicht unumstritten war,<sup>20</sup> und publizierte auch etliche Mädchentagebücher aus ihrer in Wien angelegten Sammlung.<sup>21</sup> Diese Texte wurden für den Druck gekürzt und widerspiegeln nur ein spezifisches Segment der tagebuchschreibenden weiblichen Jugend, da es sich bei den Verfasserinnen um Töchter aus bürgerlichen, zum Teil wohlhabenden Elternhäusern handelt, die höhere Schulen besuchen. Auf heutige Leser dürften die elaborierte Sprache und die hypertrophe Selbstreflexivität, die oft wenig Bezug zur Alltagswirklichkeit besitzt, befremdlich wirken. Eines der veröffentlichten Tagebücher betrachtete Charlotte Bühler als typisch für die Generation der um 1900 geborenen Mädchen und registrierte als charakteristischen Zug »die ganz und ausschließlich der eigenen Innerlichkeit des Individuums zugekehrte Haltung«.<sup>22</sup> Diese Generation lebe eine »monadenhaft in der Vereinzelung sich einsam vorwärtstastende Jugend, völlig erfüllt von der Problematik der eigenen Entwicklung, völlig nach innen gekehrt und abgewandt vom äußeren Geschehen«.<sup>23</sup>

Wie problematisch derartige Verallgemeinerungen sind, zeigt das Tagebuch von Dina Riwoch trotz seines geringen Umfangs. Dina war keineswegs introvertiert, sondern weltzugewandt; bereits die wenigen Seiten sammeln jede Menge alltägliche Begebenheiten. Bei zwei weiteren Tagebüchern, deren Verfasserinnen um 1890 und 1900 geboren wurden, konstatierte Charlotte Bühler das »Hervortreten des heroisch Willenskräftigen auf der einen Seite und das Fehlen jedweder sexuellen Komponente im engeren Sinne auf der anderen Seite«.<sup>24</sup> Auch solche Züge finden sich bei Dina Riwoch nicht, ebenso wenig Welt- und Menschenekel, exzessive Schwärmerei für bewunderte Frauen oder Überspanntheit, wie sie von den Altersgefährtinnen formuliert und selbstkritisch re-

19 Vgl. Klaus Grossmann, Facetten der Entwicklungspsychologie Charlotte Bühlers, in: Lieselotte Ahnert (Hrsg.), Charlotte Bühler und die Entwicklungspsychologie, Göttingen 2015, S. 29–35. Vgl. auch Albert Spitznagel, Adoleszente als Selbsthistoriker. Das Jugendtagebuch in der Psychologie, in: Helmut Gold u. a. (Hrsg.), @bsolut privat! Vom Tagebuch zum Weblog, Heidelberg 2008, S. 104–107.

20 Vgl. Marianne Soff, Jugend im Tagebuch. Analysen zur Ich-Entwicklung in Jugendtagebüchern verschiedener Generationen, Weinheim/München 1989, S. 13–28. Zu Bühlers jugendpsychologischen Forschungen siehe auch Gerald Bühring, Charlotte Bühler oder Der Lebenslauf als psychologisches Problem, Frankfurt 2007, S. 69–79.

21 Charlotte Bühler (Hrsg.), Tagebuch eines jungen Mädchens, Jena 1922; Charlotte Bühler (Hrsg.), Jugendtagebuch und Lebenslauf. Zwei Mädchentagebücher, Jena 1922, <sup>2</sup>1927, <sup>3</sup>1932; Charlotte Bühler (Hrsg.), Drei Generationen im Jugendtagebuch, Jena 1934. Ein 1919 von Hermine Hug-Hellmuth herausgegebenes Tagebuch erwies sich als Fälschung; vgl. Isabell Koch, Skandal um eine Mädchenseele. H. Hug-Hellmuth und das Tagebuch eines halbwüchsigen Mädchens, in: Helmut Gold u. a. (Hrsg.), @bsolut privat! Vom Tagebuch zum Weblog, Heidelberg 2008, S. 150–153.

22 Drei Generationen (Anm. 21), S. 14.

23 Ebd., S. 14 f.

24 Jugendtagebuch und Lebenslauf (Anm. 21), S. 5.

flektiert werden. Heroische Willensanstrengungen lagen der jungen Leipzigerin fern, sie flirtete unbekümmert, ihre Sprache ist frisch und zupackend.

### Die Verfasserin

So schmal das Tagebuch ist, es entwirft dennoch ein Bild der Schreiberin. Uns tritt ein lebhafter, aufgeweckter Teenager entgegen, der gern liest. Die Backfisch-Literatur, auf die Dina Riwoch anspielt, hat sie hinter sich gelassen. Die Lektüre des *Tagebuchs einer Verlorenen* spricht dafür, dass sie sich für Gegenwartsliteratur interessierte, und zwar für gesellschaftskritische Werke. Der Roman von Margarete Böhme wurde sicher nicht als Jugendlektüre empfohlen und erst recht nicht der Roman *Mademoiselle Tantale*, den Dina für eine Mitschülerin heimlich aufbewahren sollte und prompt las, wenn auch mit Abscheu. Dessen Autor Jean-Louis Dubut de Laforest (1853–1902) griff in seinen Romanen wiederholt tabubehaftete Themen wie Homosexualität und Prostitution auf. Noch ein weiterer Buchtitel wird genannt: *Die Maschine in der Karikatur*, ein 1916 erschienenenes illustriertes Sachbuch – und ein Beleg für die Spannbreite von Dinas Interessen.

Ein Kind von Traurigkeit war Dina Riwoch nicht. Ihr Tagebuch erzählt davon, wie sie in der Schule gelegentlich gegen Regeln verstößt und sich kleine Freiheiten herausnimmt. Sie raucht und albert herum. Ihr burschikoses und selbstbewusstes Auftreten lässt sich auch darauf zurückführen, dass sie mit zwei Brüdern aufwuchs – sie selbst bezeichnet Jungen als ihre liebsten Spielkameraden. Zudem praktizierte die Schustersche Privatlehranstalt, die sie besuchte, die Koedukation.<sup>25</sup> Dass sie bereit war, sich über gesellschaftliche Konventionen hinwegzusetzen, illustriert die Badeepisode – ein Mädchen mit drei Jungen im Freibad! Auch ihr Umgang mit jungen Männern zeugt von einem draufgängerischen Temperament und der Lust, Erfahrungen zu sammeln. Wenn sie im Blick auf den zwölf Jahre älteren Werner Roenneke meint, einmal »die Seine« zu werden, ob mit oder ohne Heirat, dann könnten diese Einstellungen durch das *Tagebuch einer Verlorenen* beeinflusst worden sein, denn auch Thymian will sich einem geliebten Mann ohne »Zivilversorgungsschein«<sup>26</sup> hingeben. Und wie die Romanfigur »wilde Lebenslust« und »Hunger nach Glück und Genuß«<sup>27</sup> verspürt, so vermitteln auch Dinas im Tagebuch festgehaltenen Gefühle ihr Streben nach selbstbestimmtem Glück. Sie spricht von ihrem »heißen Blut«, und auch da scheint Thymians Selbstbeschreibung durch, die von

25 Das lässt sich aus einer Bemerkung schließen: Dina Riwoch erwähnt ein Fräulein Kühn aus ihres Bruders Klasse. Das Leipziger Schulwesen jener Zeit ist noch unzureichend erforscht; vgl. Hans-Martin Moderow, *Schulwesen*, in: *Geschichte der Stadt Leipzig*. Bd. 3: Vom Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. von Susanne Schötz, Leipzig 2018, S. 690–703.

26 Margarete Böhme, *Tagebuch einer Verlorenen*, Frankfurt 1989, S. 67.

27 Ebd.

sich sagt, sie habe »zu heißes, unruhiges Blut«,<sup>28</sup> um im stillen Leben an der Seite des viel älteren Grafen auszuharren. Anders als die Schreiberinnen der von Charlotte Bühler analysierten Tagebücher ist Dina Riwoch erfrischend nicht-grüblerisch (was nicht heißt, dass sie unreflektiert ist); ihre Aufzeichnungen sind lebenshaltig und drehen sich um Teenagerprobleme, die unverstaubt wirken: Schulalltag, erste Liebe, eigenständige Lebensentwürfe. Ein spezifisch jüdisches Moment kommt darin nicht vor, und auch das sagt etwas aus über das Leben von Juden in Leipzig.

Darüber, ob sich Dina Riwoch mit politischen Themen auseinandersetzte, verraten die wenigen Einträge nichts. Der Krieg berührte sie nur vermittelt: in den Erzählungen der Freunde ihres älteren Bruders, die vor dem Kriegsdienst noch schnell Leipziger Bordellen einen Besuch abstatten aus Furcht, ohne sexuelle Erfahrungen sterben zu müssen, und im Abschied von Werner Roenneke. Erst nun, so schreibt sie, werde ihr das »Grausame des Krieges« bewusst.

Am 24. Oktober 1919 immatrikulierte sich Dina Riwoch an der Universität Leipzig für das Fach Geschichte und studierte bis 1926. Die Lehrveranstaltungen, die sie belegte, zeigen ihr spezielles Interesse an kulturgeschichtlichen und völkerkundlichen Themen. Unter den Lehrenden finden sich der Ägyptologe Georg Steindorff, der Kunsthistoriker Martin Wackernagel sowie die Ethnologen Karl Weule und Fritz Krause. Ihr Favorit aber war offensichtlich der Ethnologe Hans Plischke, bei dem sie insgesamt zehn Übungen zur Geschichte und Methodik der Völkerkunde besuchte. Auch drei Philosophie-Übungen belegte sie, alle bei Hans Driesch: zur Philosophiegeschichte der Aufklärung und zu einem zeitgenössischen Philosophen, Henri Bergson.<sup>29</sup> Verwunderlich ist, dass sie meist nur wenige Veranstaltungen pro Semester besuchte, manchmal lediglich eine oder zwei. Nach Zielstrebigkeit, nach wissenschaftlichen Ambitionen sieht das nicht aus, so wie auch die Veranstaltungen mehr nach persönlichen Interessen als nach einer beruflichen Perspektive ausgewählt zu sein scheinen. Allerdings ist zu bedenken, dass Dinas Studienzzeit mit den wirtschaftlich schwierigen Jahren der Nachkriegszeit und der Hyperinflation zusammenfiel, möglicherweise musste sie für den Lebensunterhalt arbeiten und studierte deshalb auf Sparflamme. Am 21. Mai 1927 erhielt sie ihr Zeugnis.

Das Königreich Sachsen hatte erst 1906 das reguläre Frauenstudium eingeführt.<sup>30</sup> Im Wintersemester 1918/19 lag der Anteil der Frauen an der Studentenschaft bei nur 5,9 Prozent und stieg bis zum Wintersemester 1923/24 auf 8,7 Prozent;<sup>31</sup> Frauen waren

28 Ebd., S. 180.

29 Universitätsarchiv Leipzig, Rep. 01/16/07/C/08, Bd. 1, Bl. 437.

30 Vgl. Jens Blecher, Frauenstudium, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 2: Das neunzehnte Jahrhundert 1830/31–1909, hrsg. von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Leipzig 2010, S. 740–744.

31 Ulrich von Hehl, Im Parteienstaat der Weimarer Republik 1918–1933, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009, hrsg. von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Leipzig 2010, S. 81–180, hier S. 132.

also während Dina Riwochs Studienzeit eine kleine Minderheit. Für die junge Leipzigerin war dieser Weg nach dem Besuch einer höheren Schule wohl selbstverständlich. Man kann sich überhaupt leicht vorstellen, dass sie die kulturellen Aufbrüche in der Zeit der Weimarer Republik begierig aufnahm, die Haare kurzgeschnitten und einen knielangen Rock trug. Für ihre berufliche Tätigkeit nach dem Studium gibt es nur vage Anhaltspunkte. Im 1933 erschienenen jüdischen Adressbuch<sup>32</sup> und in der Kartei der IRGL von 1935 wird sie als Kinderfräulein geführt, auf dem Fragebogen von 1940 als Erzieherin bzw. »z. Zt. Hausgehilfin«.

1939 zog Dina Riwoch mit ihrer Mutter in die Pfaffendorfer Straße 6, ein sogenanntes Judenhaus, und wohnte zuletzt, wie erwähnt, in der Löhrstraße 10 (in der NS-Zeit in Walter-Blümel-Straße umbenannt), bis sie 1942 deportiert wurde.<sup>33</sup> Zuvor musste sie noch die vielen sich verschärfenden Repressionen erdulden, zwangsweise den zweiten Vornamen Sara annehmen und den Judenstern tragen. Werner Roenneke, in den sie sich sechzehnjährig verliebt hatte, ist im Leipziger Adressbuch von 1924 bis 1938 als Polizeioffizier bzw. Polizeihauptmann verzeichnet.<sup>34</sup> Vorstellbar also, dass er nach Hitlers Machtantritt seiner einstigen Freundin als Vertreter staatlicher Gewalt begegnet ist.

Das Tagebuch von Dina Riwoch ist das knappe Zeugnis eines Teenagerlebens im Sommer 1917, dessen unbeschwerte Normalität durch das Wissen um die Ermordung der Verfasserin ein Vierteljahrhundert später umso stärker berührt.

### Überlieferung und Textgestalt

Das Tagebuch befindet sich im Besitz der Universitätsbibliothek Leipzig.<sup>35</sup> Es ist ein Schulheft mit schwarzem Kunststoffumschlag und kariertem Papier und umfasst 32 geklammerte Blätter. Die Verfasserin schrieb meist mit schwarzer Tinte, einige Passagen auch mit Bleistift. Dass sie ihr Tagebuch fortsetzen wollte, geht aus dem Beschluss des ersten Heftes klar hervor, und so ist anzunehmen, dass es weitere Aufzeichnungen gegeben hat.

Wie das Heft in den Bestand der Universitätsbibliothek Leipzig gelangte, lässt sich nicht mehr rekonstruieren, da in der Registratur dazu nichts vermerkt ist.<sup>36</sup> Auf einem beiliegenden Zettelchen steht: »Das Tagebuch hat Prof. Müller gefunden; ich sollte es Ihnen geben. Bo.« Wahrscheinlich handelt es sich dabei um eine Mitteilung von Dr.

32 Leipziger Jüdisches Jahr- und Adreßbuch 1933, Leipzig/Berlin 1933 (Ndr. Berlin 1994), S. 51.

33 Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig, Kartei 1935.

34 Da es diesen Familiennamen sonst im Leipziger Adressbuch nicht gibt, ist die Identität mit dem Werner Roenneke aus Dina Riwochs Tagebuch sehr wahrscheinlich.

35 Universitätsbibliothek Leipzig, Signatur Ms 01344.

36 Für Veröffentlichungsgenehmigung und Auskünfte danke ich Prof. Dr. Thomas Fuchs und Steffen Hoffmann, Sondersammlungen der Universitätsbibliothek Leipzig.

19. Juni 1914.

Heute in der gränzlichsten Bomben-  
 mitte fasste ich plötzlichen den  
 Entschluss, ein Tagebuch zu be-  
 ginnen. Hatte zwar schon längst  
 die wohlwöbliche Absicht dazu, aber  
 es war bis heute nicht weiter als  
 bis zur Absicht gekommen.  
 Das allererste Mal kam ich darauf,  
 als ich das Tagebuch einer Ver-  
 breiten<sup>er</sup> gelesen hatte. Ich wurde  
 es auch wie die Thymian machen,  
 nicht eigentlich ein Tagebuch  
 führen (denn ich werde doch höchstens  
 eine Woche regelmässig eintragen!)  
 sondern erst bei kleineren Ab-  
 schnitten<sup>minuten</sup>, wenn man es so  
 nennen will, Einträge machen.

Abb. 1: Manuskript des Tagebuchs von  
 Dina Riwošch, erster Eintrag

Erika von Bose (1929–2017) an einen unbekannten Dritten, wohl einen Mitarbeiter der Handschriftenabteilung. Prof. Johannes Müller (1904–1976) amtierte vom 1. September 1959 bis zum 31. August 1969 als Bibliotheksdirektor, die Juristin Dr. Erika von Bose hatte am 1. Januar 1965 ihren Dienst in der Universitätsbibliothek aufgenommen, sodass die Notiz auf die Jahre zwischen 1965 und 1969 zu datieren ist. Das Tagebuch könnte bereits während des Krieges oder auch später in die Bibliothek gelangt und von Müller erst in den 1960er-Jahren aufgefunden worden sein. Das muss Spekulation bleiben.

Dina Riwošch schrieb eine großzügige, gut lesbare Handschrift. Bei der Transkription wurden ihre kleinen Fehler in Orthographie und Interpunktion nicht korrigiert, Änderungen wie durchgestrichene Wörter nicht kenntlich gemacht, Unterstreichungen jedoch übernommen. Auf nicht zu entziffernde bzw. leserlich überschriebene Buchstaben und Wörter weisen eckige Klammern hin. Um den Lesefluss zu erleichtern, sind die Abkürzungen durch kursive Ausschreibung des Wortes weitgehend aufgelöst worden.

## Das Tagebuch

Dina Riwoch  
Leipzig  
Sedanstr. 18<sup>IIIe</sup>

19. Juni 1917.

Heute in der grässlichsten Bombenhitze fasste ich plötzlich den Entschluss, ein Tagebuch zu beginnen. Hatte zwar schon längst die wohllöbliche Absicht dazu, aber es war bis heute nicht weiter als bis zur Absicht gekommen. Das allererste Mal kam ich darauf, als ich das »Tagebuch einer Verlorenen«<sup>1</sup> gelesen hatte. Ich werde es auch wie die Thymian<sup>2</sup> machen, nicht eigentlich ein Tagebuch führen (denn ich werde doch höchstens eine Woche regelmässig eintragen!) sondern erst bei kleineren Abschnitten in meinem Leben, wenn man es so nennen will, Einträge machen. Hoffentlich führe ich meinen Plan durch und höre nicht plötzlich auf, wie ich es oft in allen Dingen zu tun pflege.

So im allgemeinen lacht man ja über das »Tagebuchschreiben« der jungen Mädchen, hab selbst auch gelacht – lachte erst drüber und tue es jetzt doch. Weiss eben nie, wie sich alles dreht. In [das] Tagebuch eines Backfisches gehören nun selbstredend Liebesangelegenheiten. Hm, die werden natürlich auch mein Buch verschönern und bereichern, ersteres ist ja gerade nicht so sicher.

Schliesslich ist aber das Tagebuchschreiben gar nicht so dumm. Über alles kann man sich doch nicht mit der Mutter, Freundin, oder dem Freund aussprechen, ganz entdeckt man niemandem sein Inneres. Hier auf den Seiten, die nicht urteilen, nicht reden, kann ich doch alles niederschreiben, was mich bewegt. Es wäre möglich, dass ich später Mal irgend jemanden mein Buch zum Lesen gäbe, aber dann nur unter der Bedingung, dass derjenige welcher kein Wort über das Gelesene verlauten lässt, mir gegenüber, (anderen ebenfalls nicht, das ist ja klar) Bei meiner lieben Mama kann ich oft Rat suchen, ihr auch vieles erzählen, sie ist meine Freundin im schönsten, edelsten Sinne. Das nie jemand etwas von dem erfahren wird, was ich ihr anvertraut, dessen bin ich vollkommen sicher. Gleichaltrige Freundinnen habe ich nicht, sie haben zu dämliche Interessen und sind zu anders geartet, als dass ich Freude im Verkehr mit ihnen haben könnte. (Will nicht etwa sagen, dass alle Mädels meines Alters so sind, wie die eben Verurteilten, die ich kenne sind aber leider nicht besser, als dass ich sie netter titulieren könnte. Ich selbst halte mich auch nicht etwa für die Leuchte meines Geschlechts, die anderen werden vielleicht gerade dasselbe von mir sagen, als ich von ihnen. Es kommt doch daher: Ich bin Russin und

1 Margarete Böhme, Tagebuch einer Verlorenen, Berlin 1905.

2 Die Hauptfigur des Romans heisst Thymian Frauke Katharine Gotteball.



Jüdin, sie sind Deutsche und Christen. Wir stossen ja direct deshalb nicht aufeinander, aber das da Unterschiede zwischen uns vorhanden sein müssen, ist doch jedem klar wie dicke Tinte. Ich habe 2 Brüder (1 Jahr jünger der eine, der andere ein Jahr älter, wie ich selbst, jetzt bin ich 16 Jahre alt) [Ist] natürlich immer viel Rummel bei uns, Jungens sind meine liebsten Spielkameraden geworden, von klein auf und sind es auch bis jetzt geblieben, allerdings Spiel-kameraden Erklärung dieser letzten Wendung siehe in der Fortsetzung. Fühle mich ihnen gegenüber natürlich höchst ungeniert, prügele mich oft mit ihnen herum, necke sie, wie es ein Knabe mit dem andern tut. »Um Gottes Willen, nein so ein Benehmen« Mädels wie Mütters sind entsetzt! Wendung!! Paar Wochen später!! Mädels versuchen nachzuahmen, glückt nicht, Neid züngelt empor (im wahrsten Sinne des Wortes züngeln = Bewegung mit der Zunge!!!!) Bleiben anhängliche Freundinnen, obwohl sie von meiner Seite gar keine Zuneigung entdecken können. Besuchen

### 23. VI. 17

(hier hörte ich das letzte Mal auf, denn Mama kam in meine Bude. Das Tagebuchschreiben soll mein Geheimnis bleiben)

Also weiter im Texte: Besuchen mich oft, Grund klar ersichtlich. Jetzt Schluss davon!

Gestern abend war Walter Meier bei uns. Die Jungens dachten ich schliefe schon, und so erzählte er ganz ungeniert, was er erlebt hatte. Mein Zimmer ist nur durch eine spanische Wand von dem meiner Brüder getrennt, folglich konnte ich jedes Wort verstehen. Verschiedene meiner bekannten Jungens hatten sich am 21. zu stellen. Sie veranstalteten bei Proft<sup>3</sup> eine Abschiedsfeier. Es wurde tüchtig getrunken, möchte bald sagen: gesoffen. Halb oder ganz beschwipst, je nachdem, zogen sie alle in die Stadt, in die Gässchen.<sup>4</sup> Die Details von Walters Erzählung kann ich garnicht aufschreiben, puh, habe ich mich geekelt! Ausser dem Erzähler und E. Rabald<sup>5</sup> vergassen sich alle! An solchen Weibern, es ist zu schade um die Knaben. Die Verzweiflung, das Traurige zu verjagen, stürzen sie sich eben so recht ins Tolle. Kann es ihnen ja bald verdenken, 17 Jahre und schon Soldat, womöglich in einigen Wochen ins Feld, die ganze Jugend verpfuscht. Walter und ich, das ist so ne lange Geschichte, die ich bei anderer Gelegenheit vielleicht mal anbringen werde. Die Tatsache besteht, dass wir uns augenblicklich vertragen. Wie ich nun diese Schweinereien gehört hatte, dachte ich. Nee, mein Lieber, heute küsst Du mich und übermorgen hältst Du so ein Weibsen im Arm. Das ist zu viel für meinen Stolz. Als er den nächsten Abend mit in unseren Garten kam, wurde er äusserst kühle behandelt. Auf dem Wege verlangt er Aufklärung. Ich sagte ihm ins Gesicht, was ich dachte. Er war perplex und suchte sich zu entschuldigen: Nach so einer Kneipe etc. p. p.

3 Vermutlich ein Mitschüler des älteren Bruders.

4 Bekannt für Bordelle und Animierlokale waren zu jener Zeit das Sporengäßchen, die Fleischergasse und das heute nicht mehr existierende Goldhahngäßchen zwischen Nikolai- und Reichsstraße.

5 Erich Rabald, geboren 1899, immatrikulierte sich 1919 an der Universität Leipzig und studierte Chemie.

er hätte niemand geküsst oder etwa ... letzteres liess er durchblicken, hatte ich ja schon vorher vernommen. Als ob er gerade so genau wüsste, was er in der Beschwipstheit getan hat. Ich weiss zwar doch ganz sicher, dass jeder Mann so was ausfrisst, aber zum Teufel bei solchen jungen Kerlchen widert es mich an. Will um Gotteswillen keinen haben, der nie ein Weib angekiekt hat. Danke für eine derartige Trantute. Je verdorbener so ein Männchen ist, um so interessanter ist er. Man selbst ist ja auch gerade kein grossartiger Tugendausbund. Sind alles Gründe, die für die Jungens sprechen, kann mir aber nicht helfen, als ich sie später wieder sah hatte ich wahrhaftig Lust, sie anzuspucken! Walter habe ich seit jenem Abend nicht wieder gesehen. Bin gespannt, wie sich die Sache entwickelt.

Heute war Werner Roenneke bei uns zu Tisch, Leutnant, Flieger. Aha, der »bewusste« Leutnant eines Backfisches.<sup>6</sup> Bäh, fehlgeschossen, wenn Du denkst, es ist »was«. Eigentlich ist es doch »was«, aber was für Komisches, das ist zum Heulen. Er war bei uns Hauslehrer von 1911–1914. Damals musste er sich redlich schwer durchschlagen, sein Oller rückte keine Moneten heraus, weil [sein] Söhnchen nicht Jura studierte, sondern phil. et mus.<sup>7</sup> Mama hat ihn etwas unterstützt, er tat ihr so leid. Er ist sehr begabt für Musik, hätte er nicht immer Stunden geben müssen, um sich durchzuschlagen, er hätte es wirklich weit gebracht. Zwischen uns beiden war natürlich jarnischt los, wie erklärlich, war noch zu jung. 1914 waren wir in Rathen in der *sächsischen* Schweiz. Er sollte mit hinkommen, mein Onkel aus Halle ebenfalls. Da brach der Krieg aus, als er gerade in Dresden war. Wir erhielten eine Karte von ihm, er hatte sich freiwillig zu den Fliegern gemeldet. Das war die letzte Nachricht. Nach ca ¾ Jahr gehen Mama und ich durch die Lessingstrasse, plötzlich sagt jemand: »Guten Tag, gnädige Frau, kennen Sie mich noch?« Ein schneidiger Leutnant steht vor uns, Werner Roenneke. Wir waren platt!! Seitdem schreiben wir zwei beiden uns. Hatten immer recht netten Briefwechsel. Aus Frankreich (dann wurde er verwundet) aus Elster, Warschau, Kurland etc. Er ist seit seiner Verwundung (vor einen Jahre) in den verschiedensten Kursen gewesen. War dabei immer auf einen Sprung mal in Leipzig. Er ist so eine leichte Ziffer geworden durch den Krieg, oder schon so gewesen, das weiss ich nicht. Besonders für Leute vom Theater ist er sehr eingenommen. Eine kleine Tänzerin vom hiesigen »Neuen Theater«<sup>8</sup> ist jetzt so seine »Feste«. Sie habe ich auf einer Partie mit einem Pferdeschlitten, die er und sie, mein Bruder und ich, diesen Winter zusammen unternommen hatten kennen gelernt. Früher

6 Anspielung auf die Erzählmuster der Mädchenliteratur, zu denen gehört, dass der Weg des jungen Mädchens im Eheglück mündet. Zur Genrespezifik der Mädchenromane und Liebesgeschichten vgl. Gisela Wilkending, in: Handbuch zur Kinder- und Jugendliteratur. Von 1850–1900, hrsg. von Otto Brunken u. a., Stuttgart 2008, Sp. 480–490.

7 Werner Roenneke, 1888 geboren, immatrikulierte sich 1911 an der Universität Leipzig für das Studium der Germanistik; zuvor hatte er in München studiert. Am 11. April 1914 wurde ihm das Zeugnis ausgestellt. In der Studentenkartei der Quästurbehörde der Universität Leipzig ist sein Vater Fritz Roenneke mit dem Beruf des Kaufmanns vermerkt.

8 Als Neues Theater wurde das 1868 eröffnete städtische Theater am Augustusplatz bezeichnet.

hatte er hier eine andere Tänzerin. Er kann ja jetzt als Officier das Leben genießen. In Frankreich hat er Tolles erlebt, wie er mir mal andeutete. Wir reden miteinander so, wie man eben reden kann, wenn noch nichts zwischen ihm *und* ihr ist. Es steht jetzt alles auf der Kippe, bei mir, wie bei ihm. Für heute mal Schluss. Bei Gelegenheit weiter.

24. VI. 17.

Scheusslich langstieliger Sonntag! Bis ½11<sup>h</sup> geschlafen, sind gestern erst 12<sup>h</sup> nach Hause gekommen. Waren im Garten, und sind dann durchs Rosental langsam heim getrottet. Walter *und* ich sind wieder versöhnt, es geschah gestern abend. Habe ihn heute »zur Strafe« mitgeschleift, als ich kleine Besorgungen machte, war mein gehorsamer Packträger. Die Jungens müssen immer mit ran, wenn ich mal einholen gehe. Sehe so gern, wenn sie gottergeben vor dem Geschäft warten, geduldig wie Lämmchen.

Werner, der Schuft, hat keine rechte Lust mehr, mir zu schreiben, es schien mir so. War heute drauf *und* dran, ihm einen groben Brief zu schreiben, habe es mir aber überlegt und bis jetzt noch nichts abgeschickt. In letzter Zeit schien mir der junge Mann Feuer zu fangen. Er fragte mich schriftlich, »ob ich mir vorstellen könnte, dass er sich in mich verliebt«. Die Frage ist komisch, was? »Er wollte aber nicht damit gesagt haben, dass es der Fall wäre«, noch komischer. Habe ihm darauf schriftlich nicht geantwortet. Wir machten kurz darauf einen kleinen Morgenspaziergang bis nach Leutsch raus, da haben wir uns ein wenig ausgesprochen, richtig eigentlich auch nicht. Er weiss nämlich nicht, woran er bei mir ist, und ich bin (hier hörte ich gestern auf, wir gingen in den Garten) 25. VI. 17.

auch noch nicht im klaren, woran ich bei ihm bin. Glaube kaum, dass zwischen uns beiden noch was wird. Ich glaube, ich werde ihm zu wenig sein, der ist anderes gewöhnt. Theaterleuten sind doch interessanter, wie andere Mädels, da ist nicht dran zu tippen. Hatte mir auf dem Spaziergang kolossal anständige Ansichten entwickelt, er täuscht sich aber ganz entschieden über sich, soweit ich beurteilen kann.

Oder, vielleicht denkt er, ich bin so dumm und fress das teure Stroh! So wie er gesprochen hat, so ist er nicht, da könnt ich ewig drüber streiten. Als ich so was von »zu wenig sein etc« verlauten liess, war er ganz entrüstet, bin aber wohl doch im Recht. Tagebuch, bist Du nicht auch gespannt, wie noch das alles wird? Der Ulk an der ganzen Chose ist der: Sämtliche Hausbewohner *und* Bekannte vermuten natürlich zwischen Werner und mir das dickste Liebesverhältnis. Dass wir uns baldigst verloben halten sie für bombensicher. Ja, und als ich mit Erich Bernstein rasend toll poussiert habe, da hat niemand was gemerkt. Na, er ist ja allerdings erst so alt wie ich, aber dennoch, er ist tagtäglich bei uns. Geht mit meinem *jüngeren* Bruder in eine Klasse, macht mit ihm Schularbeiten. Kommen ist also genügend motiviert. (die verfluchte Feder!!! Kann blödsinnig werden! Meine Brüderliche Herrlichkeit hat mir seinen Halter gepumpt, netter Junge, nicht?) Da sieht man nun, wie dumm die Leute sind!

Heute begrüßten mich alle mit Halloh in der Penne. Weshalb, folgt. (will bissel essen, habe Hunger, FrI. Tagebuch bitte Sie untertänigst warten zu wollen!) Also, ich habe gespeist, Graupen, scheusslich. Gerade, wo wir Erdbeeren *und* Kirschen haben, darf ich keine essen. Hatte im Garten bissel viel grüne Stachelbeeren gegessen. Folgen davon - - - - - !

Aso, weshalb das Halloh! Wir schrieben Klassenaufsatz von 7–12<sup>h</sup>. Wir dürften erst »laut höherem Befehl«  $\frac{3}{4}$  12<sup>h</sup> fortgehen. Wenn die Menschen nun denken, ich schreibe 5 Stunden, dann irren sie sich gewaltig. 10 min vor 10<sup>h</sup> war ich fix und fertig. (Mache fast kein Konzept, deshalb geht es so schnell bei mir) Wir hatten zur Aufsicht den Pauker Grips<sup>9</sup> (kein Spitzname!) Ein grossartiges Ekel. Hatte mir einen Schmöker mitgenommen (die Maschine in der Karrikatur<sup>10</sup>) und begann zu lesen, als ich fertig war. Nach ca 5 min wechselte die Aufsicht. Prof. H[...]denstädt<sup>11</sup> *genannt* Ebafus oder blinder König übernahm sie. Was mache ich, ergreife mein Buch (hatte nichts weiter mit, mein Heft mit der Arbeit lag schon vorn auf dem Pult) und verschwinde eiligst auf Nimmerwiedersehen. Der Mensch war so verblüfft, als ich mit solcher Ruhe »guten Tag« sagte und aus der Klasse ging, dass er erst einmal einige Minuten zur Erholung brauchte. Sein stillgestandener Mechanismus setzte sich wieder in Bewegung, er gewährte mit Schrecken, dass mein Heft schon vorn lag, stiess ein klagendes »Aahh« aus. Riss mit verzweifelter Gebärde seine Klapper an die Neese (kann erst in dieser Nähe etwas erkennen, deshalb der Spitzname *blinder König*) und sprach seufzend: »Ich darf doch erst  $\frac{3}{4}$  12<sup>h</sup> jemand fortlassen. Dann besann er sich, dass er mich zurückrufen könnte, sah aber sofort ein, dass es zu spät war, denn das Kind war über alle Berge d. h. bis zur Strassenbahn und fuhr mopsfidel nach dem heimatlichen Hafen. FrI. Hengstebeck,<sup>12</sup> meine Klassengefährtin hat mir dies alles erzählt. Ha, ha lacht das Laster!! (Das bin ich, nicht FrI. Hengstebeck)

(Es war Sonnabend heute ist Montag.) Ich war  $\frac{1}{2}$  11<sup>h</sup> zu Hause, genoss mit Wonne die verbotene Frucht »Freiheit«. Beantwortete einen Brief von Lotti Gliese<sup>13</sup> und eine Karte von Reinhold Meininger<sup>14</sup> (Pionier) Über diesen jungen Mann später. Heute traf ich eine gewesene Lehrerin von der Servièreschen Schule<sup>15</sup> FrI. Viehweger<sup>16</sup> jetzt Frau

9 Paul Krisp, Hauptlehrer an der Schusterschen Privatilehranstalt. Der Spitzname hatte sich offensichtlich verselbstständigt.

10 Hans Wettich, Die Maschine in der Karikatur. Ein Buch zum Siege der Technik, Berlin 1916. Die Bezeichnung »Schmöker« ist irreführend; es handelt sich um ein illustriertes Sachbuch.

11 Dr. Felix Atenstädt, Professor an der Schusterschen Privatilehranstalt.

12 Louise Maria Hengstebeck, geboren 1899. Sie war die Tochter des Homöopathen Dr. Theodor Hengstebeck und immatrikulierte sich im November 1919 für das Studium der Medizin an der Universität Leipzig.

13 Lotti Gliese wohnte im Parterre des Hauses.

14 Laut Leipziger Adressbuch wohnte in der Sedanstraße 18 ein Ingenieur namens Hermann Meininger; der erwähnte Reinhold dürfte dessen Sohn gewesen sein.

15 Servièresche Schule, eine private zehnklassige höhere Mädchenschule in der Sebastian-Bach-Straße.

16 Therese Viehweger, Lehrerin an der Servièreschen Schule.



Abb. 2: Die Schustersche Privat-Lehranstalt, die zwei Gebäude umfasste, befand sich in der heutigen Paul-Grüner-Straße. Historische Ansicht aus einer Broschüre von 1910.

Hübner (Klasse VII. und Klasse V.a.), Mutter von 2 strammen Kriegsjungen. (Ging erst auf die *Servièresche* höhere Mädchenschule, machte mein »Einjähriges«<sup>17</sup> und bin jetzt im Schuster'schen Institut,<sup>18</sup> um in 2 Jahren mein Abitur auf Realgymnasium zu machen.) (Abb. 2) Frau Hübner ist ein reizender Mensch, ich habe sie richtig vergöttert, als sie meine Lehrerin war, tue es jetzt auch noch. Bin in der langen Zeit immer in Verbindung mit ihr geblieben. Als nun die beiden Bengel nach der Reihe ankamen, wollte ich nicht gern hingehen, gibt doch sicher viel zu tun. Heute nun traf ich sie, waren beide sehr erfreut. Hab sie noch in die Stadt begleitet und dann bis nach Hause. Werde sie baldigst besuchen. Sie ist goldig!

17 »Einjähriges« war auch ein Synonym für die Mittlere Reife.

18 Schustersche Privatilehranstalt in der Sidonienstraße (heute Paul-Grüner-Straße), die mit einem ihrer Zweige als Realgymnasium zum Abitur führte und flexible, auf besondere Bedürfnisse zugeschnittene Lehrpläne erstellte.

Heute abend besuchen wir die frischgebackenen Soldaten in den »3 Lilien«<sup>19</sup> in Reudnitz. Will mich jetzt anhosen, sitze hier an meinem Schreibtisch, fast ohne Bekleidung, es ist mal wieder lieblich heiss. Morgen, liebes Buch, wirst Du hören, wie es in der Kaserne war. Lebe wohl!

26. VI. 17. ¼12<sup>h</sup>

Muss noch schnell schreiben, liebes Buch. Heute unerwartet schönen Brief von Werner erhalten. Lieb ich ihn?? Ich glaube ja. Sonntag wird er kommen.

Bei den Soldaten gestern viel Spass gehabt. Nette junge Leute kennen gelernt. *Walter* Meier geht es recht gut. Sieht hübsch aus in der Uniform. Am Abend (25. VI. 17) im dunklen Zimmer mit *Walter* Meier und meinen Brüdern aufs Zitterspiel von Herrn Meininger gelauscht. Es war wunderschön, viel geküsst! Heute war Grete M.<sup>20</sup> bei uns oben. Ihre Schwester Hanni hat Mama aus Russland geschrieben. Sie hat sich sehr gefreut. Sofort geantwortet. Haben wie toll geraucht, Unsinn getrieben, 14 Karten geschrieben 5 an Reinhold, krassen Blödsinn, viel gelacht. Jetzt gute Nacht. Muss in die Falle.

27. VI. 17. 2<sup>h</sup>

Grosser Skandal in der Penne! Der alte Freudenberg<sup>21</sup> (Mathematikpauker) hat Erich Bernstein ganz unverdient furchtbar roh geschlagen. Der Olle hatte den ganzen Tag schon einen Fimmel. Frl. Kühn, aus meines Bruders Klasse, (Ossip) und verschiedene andere wollen sich oben bei Dr. Neumann<sup>22</sup> über Freudenberg beschweren. Bei uns heute war er noch ganz anständig, normal aber auch nicht. Ich musste mich 3 mal umsetzen, damit ich nicht etwa abschriebe im *Exerzitium*. Habe mich aber trotzdem mit Hennig durch Zettel ausgezeichnet verständigen können. Lehrer lassen sich doch wunderbar verknacken!

Erich war *natürlich* auch oben bei Dr. Neumann. Untersuchung wird eingeleitet. Hoffentlich fliegt der alte Rohling mal kräftig rein. Erich sah sehr blass und verstört aus. Es war aber richtig von ihm getan, den Lehrer nicht wieder zu schlagen. (ist schon verschiedentlich vorgekommen) So ist er doch wenigstens im Recht geblieben. Bin neugierig, wie die Sache enden wird. Habe heute von 4–6 französische Conversationsstunde bei Frau Chaval.<sup>23</sup> Vielleicht schreibe ich heute abend noch mal ein. Mir gefällt das

19 Ursprünglich stand hier: »in der 77er Kaserne«; gemeint ist die Kaserne des Feldartillerie-Regiments Nr. 77 in der Heerstraße, der heutigen Olbrichtstraße. Das Gasthaus »Drei Lilien« befand sich in der Kohlgartenstraße.

20 Die Formulierung »bei uns oben« lässt auf eine Hausbewohnerin schließen, sodass M. wohl als Meininger aufzulösen ist.

21 Gotthold Freudenberg, Hauptlehrer an der Schusterschen Privatlehranstalt.

22 Dr. Johannes Neumann, Vizedirektor der Schusterschen Privatlehranstalt.

23 Julie Chaval.



Tagebuchschreiben recht gut. Man findet eine Sammlung der Gedanken beim Niederschreiben. Weiss der Deubel, sonst ist mir doch selten eingefallen zu überdenken, was der Tag gebracht. Wenn ich was interessantes erlebt, dann hab ich selbstverständlich dran gedacht. Aber alles war dann so flüchtig. Schreibe, zu meiner eigenen Verwunderung ja jeden Tag ein. Mal sehn, wie lange meine Ausdauer anhält. Eigentlich hätte ich eher anfangen sollen. Muss noch so viel schreiben, wenn ich später beim Lesen ein einigermaßen klares Lebensbild haben will. Werner sagte mir ja auch, dass es bissel spät sei, als ich ihn fragte, ob ich doch eins schreiben soll. Besser aber etwas, als garnichts. Er hat natürlich keine Ahnung, dass ich schreibe, wie irgend jemand anders. Hatte ihm in einem Brief vorgeschlagen Sonnabend (heute ist Mittwoch (vergangenen *Sonnabend*)<sup>24</sup> wieder einen Bummel zu machen. Hätte dann die Penne geschwänzt. Bei diesem bummeligen Postverkehr (3 Tage bis Neu-Ruppin!!!) erhielt er den Brief nicht vor seiner Abreise nach hier. Es wurde also nichts. Er war wütend über solches Pech (merke es aus seinem letzten Brief) Hoffe, dass wir vielleicht Sonntag Vormittag irgendwie verduften können. Wenn er Zeit hat. Er hat nämlich immer »sehr viel zu tun« seiner Meinung nach. Eigentlich hat er nichts zu machen. Muss aber ständig rumsausen usw. Das hält er für grässlich wichtig. Hab ich ihn schon deshalb geuzt!<sup>25</sup>

Walter Meier soll schrecklich eiersüppig auf Werner sein, so habe ich von Motte gehört (mein *jüngerer* Bruder, heisst in Wirklichkeit Alexander, wird aber Motte genannt.) Bis ganz vor Kurzem hätte er Unrecht gehabt mit seiner Eifersucht. Gedanken sind doch zollfrei!! Jetzt hat sich das Rädchen allerdings ein wenig gedreht. Werde Werners wegen aber nicht mit Walter brechen. Weiss ja garnicht, wie alles wird. Kann doch Annahmen nicht wie Tatsachen behandeln. Nun aber Schluss, mein Büchlein, habe mehr geschrieben, als ich gedacht. Wenn noch was los sein wird, wirst Du es noch abends erfahren.

27. VI. 17. abends ½10.

Bei Frau Chaval war es ganz nett. Mir ist sehr mies, mit meinem Magen muss was nicht in Ordnung sein. Bin nicht mit in den Garten gegangen. Habe noch ein Stündchen geübt (Weltwunder!) Habe nämlich Klavierstunde morgen, 1 Mal muss ich mir doch wenigstens die Sachen ansehen. Werde mich jetzt abduschen und dann ins Etui legen. Muss noch bissel fürs Lateinische *Exerzitium* vorbereiten. Gute Nacht!

29. VI. 17. Himmeldonnerwetter! Eben ein ekelhaftes Buch gelesen. Solche Sauerei! (Laforest: Frl. Tantalus)<sup>26</sup> Habe ich wahrhaftig noch nicht gelesen. Wäre wenigstens Geist dahinter, nein, auch nicht ein bischen, bloss ekliche Schweinerei. Pfui!

24 Gemeint ist, dass der Spaziergang am zurückliegenden Sonnabend stattfinden sollte.

25 Uzen: necken.

26 Jean-Louis Dubut de Laforest, Mademoiselle Tantale (Paris 1884 u.ö.). Eine deutsche Übersetzung ist in den Bibliothekskatalogen nicht nachweisbar.

Frl. Hengstebeck hat dies Buch von ihrer Freundin zurückerhalten, kann es aber zu Haus nicht gut wegschliessen, gab es deshalb mir. Hätt ich es doch lieber garnicht gelesen!

Habe gestern nicht einschreiben können, es klappte nicht. Was war eigentlich Donnerstag alles los? In der Schule erst einmal: Freudenberg hat Recht bekommen, das ist doch unerhört! *Erich* war gestern nicht in der Schule. Die Entschuldigung, die er mitbrachte lautete. *Erich* hatte wegen der Misshandlungen von Herrn Freudenberg solche Kopfschmerzen, dass er fehlen musste. (seine Tante aus Dölitz hat sie geschrieben, er wohnt bei ihr, Eltern in Bunzlau) Nun ist es aber so: *Erich* ist garnicht beliebt, da er oft in einer unangenehmen Weise frech *und* spöttisch sein kann. Dann schwänzt er sehr viel. Dr. Neumann kann ihn nicht ausstehen. Hat ihn tüchtig abgekanzelt, wegen der Entschuldigung und über sein ganzes Benehmen im allgemeinen. *Erich* hat noch einen Onkel hier im *Leipzig*, bei dem er früher wohnte (Preiss) dieser will mal gehörigen Krach machen. Wird wohl aber auch nicht viel nützen.

Das schönste, was mir der gestrige Tag gebracht, war ein Brief von Werner. »Dina, wir wollen *und* müssen uns noch näher und genauer kennen lernen! Wenn das aber zur Folge haben sollte, dass wir anfangen, uns wirklich wahrhaft *und* innig zu lieben, was dann??? So schrieb er. Ich fühle und weiss, dass ich ihn liebe. Ich habe das Gefühl nie zu Bewusstsein bekommen, weil ich nie gedacht habe, dass er anfangen könnte, mich zu lieben. Ich bin so glücklich gewesen!! Habe ihm heute in der Geschichtsstunde geantwortet. Montag wollten wir zusammen fort. Und nun – ha, dieser Krieg – bekomme ich eine Karte: Er muss ins Feld! (Kampfflieger im Westen) Er wird noch nach *Leipzig* kommen. Vielleicht bekommt er noch vorher einige Tage Urlaub, wie hoffe ich es. Und ich muss mich so beherrschen. Darf doch nicht zeigen, wie nahe es mir geht. Mama weiss ja von mir so ungefähr, wie es um uns beide steht. Denkt aber kaum, dass ich Werner wirklich liebe. Ich glaube ihr gefällt die Sache nicht. Ich bin ihr für Werner zu schade. Er ist ein Lebemann, sie denkt es sicher.

Dann erhielt ich noch heute eine Karte aus Braunschweig von ihm. Hatte einen Überlandflug gemacht. Wie soll das werden?? Wie schön wär alles geworden! Zum ersten Male kommt mir das Grausame des Krieges zum Bewusstsein. Mir nahestehende Personen waren nicht im Feld. Werner war draussen, aber damals waren wir noch nicht so »befreundet« wie jetzt. Es wird wohl die platonische Liebe bleiben, die sie bis jetzt zwischen uns beiden ist. Kein Kuss, nichts von alldem habe ich von ihm. Zum Abschied will ich einen haben, und wenn ich darum bitten müsste. Ich will eine Erinnerung haben können. Ob ich bitten muss oder nicht, in diesem Falle ist es mir ganz gleich! Tagebuch, was wirst Du noch hören?

Wieviel hat sich in den Tagen, in denen ich mich Dir anvertraue, geändert?

Heute in der Schule viel Spass gehabt (Kirschen!!) Frl. Hengstebeck tüchtigen Anniesser von Be[...]ger<sup>27</sup> bekommen. Wir beide sind reichlich frech. Es ist fein, dass ich

---

27 Georg Beger, Hauptlehrer an der Schusterschen Privatlehranstalt.

noch eine lustige Kameradin in der Klasse habe. Gehen nicht in den Garten, es ist zu spät.

Nun Schluss! Was wird noch werden???

1. VII. 17. früh 7<sup>h</sup> Sonntag.

Kann heute nicht schlafen und benutze die Zeit zum Schreiben. Es ist noch ganz still bei uns. *Motte* schläft, Mama ist weggegangen, und Ossip ist draussen in der Küche und – plättet sich Bügelfalten. Sie sind seine Freude, ebenso wie die Verursacher vieles Ärgers und Sorge für ihn. Nach dem grossen Gewitter von gestern ist es heute herrlich kühl. Gestern habe ich in der Schule 1 *Stunde* von Be[...]ger gedreht<sup>28</sup>. Geographie! Diese *Stunde* ist bei ihm grauenhaft stumpfsinnig. Seit Ostern bereits quatscht er nur von den Alpen, und immer wieder dasselbe. *Motte* ging erst 10<sup>h</sup> zur Schule, ich hätte eigentlich um 9<sup>h</sup> dort sein müssen, wollte aber nicht so grausam sein, meinen Bruder allein gehen zu lassen, und blieb bis um 10<sup>h</sup> zu Haus. Bin doch eine gute Schwester, nicht? Nachmittags waren wir im Lunapark zum Baden.<sup>29</sup> (Familienbad) Hatte erst gelesen und geschlafen. ½5<sup>h</sup> gingen wir von zu Haus weg. (*Erich Bernstein*, *Motte* und *Ossip*) Das Wetter war sehr unsicher. Es donnerte und blitzte, aber es ging noch kein Regen nieder. Mit der Straßenbahn (B oder L)<sup>30</sup> muss man bis Leutzsch fahren und dann eine Strecke laufen. Wir waren bald am Park, da begann es aber mit Giessen, direct Pferdeschwänze vom Himmel runter. Wir flüchteten unter die Bäume, es kam aber natürlich noch 'ne ganze Menge Feuchtigkeit durch. Ich hatte glücklicherweise einen Regenschirm mitgenommen auf Mamas Anraten. (Nehme sonst nie ein solches Insekt mit, hasse nichts mehr, als den Regenschirm. Habe immer Hut *und* Mantel extra, die Regen aushalten können. Im Sommer ist das so eine Sache, im Regenmantel kommt man da doch vor Hitze um) Ho, jetzt giesst es wieder! Also ich war im rosa Sommerkleid *und* Lackschuhen. Trotz des Schirmes *und* der Bäume wurde ich reichlich nass, nur der Hut blieb trocken. Die Jungens waren durch. Von unserer Unterschlupfstelle aus rannten wir inmitten des strömenden Regens bis zur Kasse. Dort waren wir gut geschützt. Nach ca 10 *Minuten* hörte der Regen auf. Wir gingen ins Bad und badeten (hm, ich glaube, das machen alle so) Nach einigen Hindernissen wegen der Karten etc. schwammen wir glücklich *und* zufrieden im schönen Lunasee. (*Abb. 3*) War nur noch wenig Betrieb, konnte also leider keine interessanten Studien machen. Voriges Jahr waren wir sehr oft draussen. Meine Brüder auch dieses *Jahr*, ich war gestern zum ersten Mal in diesem Sommer dort. Das ich mit den Jungens zusammen baden gehe regt selbstredend wieder

<sup>28</sup> Geschwänzt.

<sup>29</sup> Der Lunapark war erst wenige Jahre zuvor, ab 1912, als Vergnügungspark am heutigen Auensee entstanden; dazu gehörte auch das 1913 eröffnete Strandbad.

<sup>30</sup> Es gab zu dieser Zeit drei Straßenbahnunternehmen: die Große Leipziger Straßenbahn, die Leipziger Elektrische Straßenbahn und die Leipziger Außenbahn. Zwei Linien der Großen Leipziger Straßenbahn fuhren nach Leutzsch: Linie B und Linie L.



Abb. 3: Das Lunabad am Auensee, das 1913 eröffnet wurde. Postkarte, späte 1920er-Jahre  
(Stadtgeschichtliches Museum Leipzig)

Gliesens auf (wohnen bei uns im Haus, Vater OberPostassistent<sup>31</sup> 3 Mädels Hanni, Lotti, Hardi 14, 16 und 19 Jahre alt) Ich wette sie kämen sofort mit Vergnügen mit, aber sie dürfen nicht, der Herr Papa gestattet es nicht. Sie tun natürlich jetzt so, als ob sie aus moralischen Gründen das Zusammenbaden verpöhten. Ich kenn doch meine Pappenheimer!! Auf der Grimmschen<sup>32</sup> Bekanntschaften machen, das ist sehr anständig, und, um dahin gehen zu können, zu Haus alles mögliche vorschwindeln, das ist garnichts. Aber mit Jungens baden gehen, um Gottes Willen das ist ja einfach die Höhe! (Solche Ansichten vertritt Hanni Gliese) Werde wohl in das kleine, unsaubere Schreberbad<sup>33</sup> gehen, allein. Fiele mir gerade ein. Im *Lunapark* ist schöner offener Strand und gute Luft. Ausserdem gibt es viel, viel Spass. Schon allein, was manchmal zu beobachten ist. Beim Nachhausegehen verpassten wir uns, ich kam an, und da war noch kein Junge angelangt. Nach einer Viertelstunde kamen sie, hatten auf mich gewartet. Und ich hatte auf sie gewartet, war empört, denn ich dachte, sie wären mir ausgekratzt. Bei uns waren unterdessen Anne Hoffmann (Freundin von Lotti Gliese) und W. Schmidt. Änne spielte

31 Friedrich Gliese, wohnhaft im Parterre der Sedanstraße 18.

32 Grimmaische Straße, eine belebte Geschäftsstraße, die vom Markt bis zum Augustusplatz mit dem Universitätshauptgebäude führt.

33 Das Schreberbad, 1866 eröffnet, besaß eine Männer- und eine Frauenabteilung.

noch sehr schön aus dem »*Fliegenden Holländer*«. Ich unterhielt mich ausgezeichnet mit W. Schmidt. Ein kluger Junge! Sehr frech, Berliner Range! Das war der Sonnabend.

Um 10<sup>h</sup> will ich Werner anklingeln, weiss gar nicht, ob er überhaupt da ist. Hoffentlich kommt er heute. Am Abend Fortsetzung! Guten Morgen!

4<sup>h</sup> Nachmittag 1. VII. 17.

Werner war bis jetzt bei uns. (folgte unserer Einladung zu Mittag) Für uns brachte er bernsteinklaren Honig mit, und für mich einen wundervollen Strauss dunkelroter Rosen. Eine heb ich mir auf. Warum muss er nur gerade jetzt fort? Am Dienstag holt er mich von der Schule ab (komme um 11<sup>h</sup> raus, und werde die letzte Stunde fehlen) Morgen ist er bei seinen Eltern in Merseburg (hat noch Vater, Mutter gestorben jetzt Stiefmutter, ehemalige Wirtschafterin. Hat in Wirklichkeit kein Heim.) Müssen noch Abschied voneinander nehmen! Vormittags war Walter Meier da, jetzt ist Erich Bernstein gekommen. Spielt mit meinem Bruder Motte Schach. Werde jetzt etwas pennen.

2. VII. 17. Nachmittag ½ 3<sup>h</sup>. Nun, mein Liebes, muss ich Dir erst noch erzählen, wie ich den Tag verbracht. Legte mich in Mamas Bett und schlief sehr lange bis ¼ 7<sup>h</sup>. Hätten die Jungens nicht so gegröhlt, ich glaube, ich hätt noch mehr geschlafen (Mama schlief auch so lange)

Die Kerle spielten zu dritt Klavier und sangen dazu. (*Ossip* und *Motte Erich Bernstein* und *Walter Meier*) Katzenmusik ist was Schönes dagegen. Sie zogen dann zu Meiers, um ihr Konzert fortzusetzen. (Wettiner Straße) Sie haben dort Kuchen gefuttert, und *Walter* brachte mir ein Stückchen mit (Rosen, Kuchen!) Es wurde nicht viel aus dem Musicieren. Sie klingelten Änne an. W. Schmidt war schon draussen. Sie lud uns alle für den Abend ein. Haben viel getanzt bis 11<sup>h</sup> (konnten schon nicht noch länger bleiben, denn die letzte Bahn von Dölitz zur Stadt geht 11<sup>05</sup>). Er war sehr nett draussen. Am »alten Theater«<sup>34</sup> (Umsteigestelle) erwischten wir noch eine Bahn – aber sie war besetzt. *Ossip* und W. Schmidt kamen noch mit. *Motte* ich, *Walter Meier* gingen durch das Rosental nach Haus. Aus Sparsamkeitsgründen brennen jetzt keine Laternen. Es macht einen ganz eigenartigen Eindruck. Es war sehr schön frisch und angenehm im Wald. Und diese Pärchen!! *Walter* und ich, wir waren ja auch eins. Ohne Küssen kamen wir natürlich auch nicht nach Hause. Die Stimmung im dunklen Wald, das ist halt so 'ne Sache! Erst ist sie heiss für Werner entflammt und denselben Abend küsst sie sich mit *Walter Meier*. Bekommst eine nette Meinung von mir, Tagebuch? Muss sich noch alles klären. Nun kommt *Werner* weg, weiß ich doch auch nicht genau, wie es um ihn steht. Morgen werd ich es wohl erfahren. Wäre ich schon weiter in meiner Liebe zu Werner, da brächt ich garnicht fertig, einen anderen zu küssen. Es ist noch alles so in den Anfangsgründen.

34 Altes Theater hieß zu dieser Zeit das städtische Theater am heutigen Richard-Wagner-Platz, das im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde.



Bei mir gibt es nur – entweder – oder. Heucheln kann ich dann nicht. Das haben *Walter Meier* und *Erich Bernstein* zu ihrem Leidwesen erfahren müssen. Und um Gerede kümmere ich mich dann garnicht. Walter und ich, wir hielten fest zueinander. Da kam Erich aus Bunzlau hierher in Mottes Klasse. (er ist vom dortigen Gymnasium geflogen) Er gefiel mir ganz gut, dachte aber niemals dran, Anknüpfungsversuche zu machen. Die darf man nie von sich ausgehen lassen, das ist das beste Abstoßsmittel, soweit bin ich schon mit meinen jungen Erfahrungen. Wie nun *Walter* das merkte, begann er gehässig auf *Erich* rumzuhacken, ohne ihn näher zu kennen. Das ärgerte mich: einen Menschen ohne jeglichen Grund schlecht machen. Nun necke ich an und für sich sehr gern. Ich nahm mir also *Walter* gehörig vor. Er hielt alles für Ernst und verschwand tiefunglücklich von der Bildfläche. Ich dachte, nachrennen werd ich Dir nun noch lange nicht. Die Sache mit *Erich* begann. Wir waren schnell intim. Er ist sehr heissblütig, na, was wir uns geküsst haben, das ist haarig. So nach *und* nach begann er mir aber direct lästig zu werden. Es war eben zu viel des Guten. Du wirst nun fragen, was nun mit *Walter* los ist? Also höre: Wir pflegten eine Zeitlang alle abends kleine Spaziergänge zu machen. Hatte vorher einige Male Gelegenheit gehabt *Walter* wieder zu sehen nach *ungefähr* einem halben Jahr. Er tat mir furchtbar leid, kann es nicht verhehlen. Wäre er nicht so weggeblieben, ich wette, ich hätte nicht mit ihm gebrochen. (Die Aufregung unter der Bande wegen dieser Sache war einfach glänzend! Hab ich mich darüber amüsiert.)

Bei einem solcher Spaziergänge sprach ich mit W. Schmidt. Und sagte ihm das von *Walter Meier*. Er erzählte mir nun, wie *Walter* sich ihm oft anvertraut, wie gern er mich hätte. Er war sehr unglücklich, als ich Schluss mit ihm machte u. s. w. Ich meinte nun, ob *Walter* mitmachen würde, wenn ich wieder anfinde. W. Schmidt sagte – sofort. Langsam kam nun alles wieder ins Gleis. *Erich* fuhr die Ferien weg. Ich sprach mich mit *Walter* aus und wir waren wieder versöhnt. Als *Erich* hierherkam holte ich ihn mit *Motte* von der Bahn ab, wollte ihm den 1. Tag nicht verderben. Bei uns angekommen verweigerte ich mich, ihn zu küssen. Da roch er Lunte! Nächsten Tag sagte ich ihm von meinem Mitleid zu *Walter*. Er verlangte nächsten Morgen (es war Sonntag) klipp und klaren Bescheid: ja oder nein. Ich hinterliess einen Zettel: Ich kann nicht anders »nein«. Er hielt alles anfangs für eine Laune von mir, hatte sich aber geirrt. Den Morgen hatte ich mein 1. richtig gehendes Rendez-vous mit – fall nicht um – mit Werner! (Es war der Spaziergang nach Leutzsch, von dem ich schon einmal sprach.) War noch vollkommen harmlos, sei zu meiner Entschuldigung gesagt. – *Walter* hat sich in dem halben Jahr sehr verändert, ich glaube, er hat verschiedenes hinter sich. So, das wäre nun auch niedergeschrieben. Es ist aber noch so viel da! Es regnet wieder. *Ossip* und *Motte* sind in der Schule, Mama schläft. Ich habe also Zeit *und* Ruhe. (Mama kann sich nun endlich bisschen erholen. Es war unmöglich ein Mädchen zu bekommen, und da musste *Mama* fast alles allein machen. Es fiel ihr sehr schwer, denn sie ist es garnicht gewöhnt. Durch unsere Schneiderin haben wir doch noch ein tüchtiges Mädel bekommen. Ist heute das 1. Mal da.)



Heute in der Schule wieder Krach mit Be[...]ger, weil wir lachten. Sonst war nichts weiter los. Auf dem Weg zur Schule tadellosen Bleistift zum Schrauben gefunden, gestern in der Schule eine goldene Damenuhr. Hatte sie oben abgegeben. Bin heute von der Besitzerin (Frl. Kühn) mit Dank überschüttet worden. Nun hab ich keine Lust mehr zum Schreiben. Servus, Büchlein!

3. VII. 17. Mein liebes, liebes Buch, jetzt höre! Von der Schule holte mich *Werner* um 10<sup>h</sup> ab, wie ausgemacht. Wir fuhren dann mit der Roten<sup>35</sup> in unseren Garten (Hatte den Schlüssel mitgenommen) Früh regnete es noch, (bis 9<sup>h</sup>) aber dann wurde herrliches Wetter. Im Garten angelangt Futterten wir erst mal Stachel- *und* Johannisbeeren, die Unterhaltung wollte nicht recht in Schuss kommen. Wir sprachen mit langen, langen Pausen dazwischen. *Werner* wollte immer wissen, wie es um mich stände, ob ich ihn liebte und was dann werden würde. Natürlich kam das auf Umwegen und nur indirect heraus. Wir rauchten, kam eben kein Schwung rein, wie es immer ist, wenn man sich viel zu sagen hat. Als wir weggehen wollten – ich und er waren in der Laube, um unsere Sachen zu nehmen – riss er mich plötzlich in seine Arme. Zwei lange, lange Küsse. Ha, war das schön. Gingen nun erst recht schweigsam nach Hause. Im Anfang. Dann fragte er, ob es kömmen könnte, dass ich ihn sehr, sehr lieb bekommen könnte. Ich sagte unumwunden »ja«. Er ist so froh, dass nun endlich das entscheidende Wort gefallen ist, und wiederum ärgert es ihn, dass er gerade jetzt fort muss. »Warum kann man denn nur nicht aus einem Tag ½ Jahr machen, Mauseken?« Hatte auch nicht gedacht, dass alles so rasch kommen könnte. Weihnachten erst ist Aussicht vorhanden, dass er Urlaub erhält. Hoffentlich kommt er glücklich durch draussen!!! Heute ist er das letzte Mal bei uns. Wie heiss brennen noch seine Küsse auf meinen Lippen. Mama habe ich noch garnichts gesagt. Ich kann nicht, bin viel zu aufgeregt. Bin glücklich und unglücklich zugleich. Lebe Wohl, mein Buch, kann jetzt nicht schreiben.

Er war da bis ½ 4<sup>h</sup>. Musste noch nach Gohlis raus – wegen Stiefelsohlen (früher ging man deshalb zum Schuster, jetzt geht man zum Major). Er wollte garnicht, musste aber wohl oder übel. Begleitete ihn noch bis an die Haustür. Im Flur raubte er mir noch einen Kuss. Es war gefährlich, jeden Augenblick hätte jemand kommen können. Aber schön war es doch! Nun ist er fort. Könnte heulen! Hatte noch Brot vergessen, dass wir ihm mitgeben wollten. Das Mädchen schafft seine Koffer *und* das Brot in seine Wohnung. Ich benutze noch rasch die Gelegenheit, um ihm ein Abschiedsbrieflein zu senden. Kurz aber innig. *Ossip* und *Erich* sitzen drüben, sie fragen schon, was ich eigentlich schreibe. Sollen nichts merken, höre deshalb auf.

---

35 Linie der Leipziger Elektrischen Straßenbahn, die mit roten Wagen fuhr.



Abb. 4: Familie Riwoch wohnte in der Sedanstraße 18, der heutigen Feuerbachstraße (Foto: Löffler)

Nachmittag ½ 4<sup>h</sup>

5. VII. 17. Mein Liebes, bin gestern nicht zum Schreiben gekommen, weisst Du warum? Ich wusste nicht, wo du steckst. Leg dich immer bissel weg, und hatte da das Versteck vergessen. Fand Dich jetzt in meinem Schreibtisch. In der Schule war weiter nichts los. Haben *Englisch Exerzitium* geschrieben, habe rasend gemogelt. (Wörterbuch und Grammatik) Nachmittag geschlafen. Dann beim Beerenputzen geholfen. Sehr viel ins Kröpfchen anstatt ins Topfchen getan. Mit der 6<sup>h</sup> Post Brief von Reinhold empfangen. Auf der Photo vom Bach war er nicht. Na, der Verbrecher! Schickt mir ein nettes kleines Bild (auf Vorposten) und eine Nummer der Liller Kriegszeitung.<sup>36</sup> Abends gegen 11<sup>h</sup> gingen wir weg (Walter Meier, W. Schmidt, Motte und Mama) um uns die Mondfinsternis<sup>37</sup> zu betrachten. Es war sehr interessant. Poussiere toll mit Walter Meier und denke bei jedem Kuss an Werner. Himmel, es ist ja gemein von mir! Was soll ich machen. Ganz

36 Liller Kriegszeitung, eine propagandistische Feldzeitung, erschienen in Lille 1914–1918. Das Digitalisat ist abrufbar unter [http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/liller\\_kriegszeitung](http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/liller_kriegszeitung).

37 Am 4. Juli 1917 gab es eine totale Mondfinsternis.

solid bis Weihnachten zu leben, da[s] ist ganz ausgeschlossen, das lässt mein Temperament garnicht zu, hab viel zu heisses Blut. Werner, wärs Du doch nur da! Habe ich jetzt schon Sehnsucht. Wie heiss ich ihn liebe. Ich werde mal die Seine, das weiss ich genau, ob mit *oder* ohne Heirat soll mir gleich sein. Ich fühle, dass es so kommen wird. Habe bis jetzt noch nichts von ihm erhalten. Hoffentlich kommt morgen ein Briefchen oder eine Karte zu mir geflattert.

Habe um 4<sup>h</sup> Klavierstunde, muss schliessen! Mit Strenge *und* Güte hat man mich nicht zum üben gebracht, die Liebe hat es vollbracht. *Werner* hat mir ans Herz gelegt zu spielen, hätte Gelegenheit und Veranlagung dazu. Ich habe mir das Versprechen gegeben von nun an fleissig zu üben, damit ich weiter komme! Werde es auch halten! *Fortsetzung* folgt noch. Werde nun ein neues Heft beginnen.

Was wird da noch alles hineinkommen??

Leb wohl, mein erstes *und* liebstes Büchlein, eben weil Du das 1. bist.  
Dina R.

## **Zwischen Vision und Wirklichkeit – Planungen für das Leipziger Stadtzentrum 1945 bis 1990**

*Thomas Hoscislawski*

### **Einführung**

Unsere Leipziger Innenstadt zeichnet sich heute durch eine weitgehend geschlossene, nur am Rande durch einzelne Höhendominanten akzentuierte Bebauung aus. Sie trägt natürlich viele Züge aus der Zeit vor und nach dem hier betrachteten Zeitraum, ist aber doch auch das Resultat unterschiedlicher Planungen der DDR-Zeit, die teils pragmatischen, teils visionären Charakter trugen – gemeinsam ist ihnen, dass keine vollständig realisiert wurde, und sich damit bis heute im Stadtzentrum verschiedene Planungsschichten der Nachkriegszeit überlagern. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um acht Planungskonzepte, die sich nicht nur inhaltlich, sondern auch formal voneinander unterscheiden, was den Detaillierungsgrad und den Grad ihrer Verbindlichkeit betrifft. Anhand von Planausschnitten werden im Folgenden deren charakteristische Aussagen vor allem in Bezug auf den Stadtgrundriss skizziert und dargestellt, von welchen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sie beeinflusst wurden.<sup>1</sup>

### **Zerstörungsgrad und erste Überlegungen**

Bis 1943 existierte noch der mittelalterliche Stadtgrundriss mit engen Straßen und dem inmitten der Altstadt liegenden Markt. Das Straßennetz umschloss dicht überbaute Gebäudeblöcke, die zum Großteil im Zuge der Citybildung zwischen 1871 und 1914 baulich überformt worden waren. Diese kompakte Stadtanlage ging im Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs unter, nachdem zwischen August 1943 und April 1945 die Alliierten mit 24 Luftangriffen auf die Stadt zielten. Der bei weitem schwerste, bei dem besonders die Innenstadt getroffen wurde, ereignete sich am 4. Dezember 1943.<sup>2</sup> Dabei

- 
- 1 Eine Übersicht über verschiedene Aspekte des Leipziger Städtebaus in diesem Zeitraum aus einer subjektiven Sicht vermittelt: Bauen in Leipzig 1945–1990. Akteure und Zeitzeugen auf persönlichen Spuren der Leipziger Baugeschichte, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2003. Zu den Anfangsjahren des Wiederaufbaus vgl.: Ralf Koch, Leipzig und Dresden – Städte des Wiederaufbaus in Sachsen. Stadtplanung, Architektur, Architekten 1945–1955, Diss. Universität Leipzig 1999. Einen Überblick über den DDR-Städtebau allgemein, auf den im vorliegenden Beitrag häufig Bezug genommen wird, ohne dass dies gekennzeichnet ist, vermittelt: Thomas Hoscislawski, Bauen zwischen Macht und Ohnmacht. Architektur und Städtebau in der DDR, Berlin 1991.
  - 2 Vgl. hierzu: Birgit Horn, Leipzig im Bombenhagel – Angriffsziel »Haddock«, Leipzig 1998.





Abb. 1: Schadensplan 1946 (Archiv Stadtplanungsamt)

ist, wie der 1946 erstellte Schadensplan verdeutlicht, die Altstadt in ganz unterschiedlichem Maße von den Bombenschäden betroffen gewesen. (Abb. 1) So war der nördlich des Marktes liegende Baublock zwischen Hainstraße und Katharinenstraße – zu sehen an der Kreuzschraffur – ganz überwiegend erhalten geblieben, während das unmittelbar östlich benachbarte Areal zwischen Katharinenstraße und Reichsstr. – erkennbar an den hellen Flächen – fast komplett vernichtet worden war. Einen mittleren Zerstörungsgrad wiesen die senkrecht schraffierten Gebäude auf. Von einer flächenhaften Zerstörung des gesamten Zentrums, wie sie Dresden erleiden musste, blieb Leipzig also verschont.

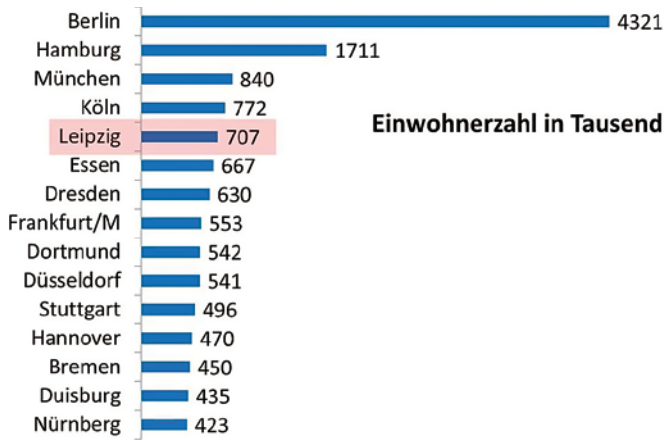


Abb. 2: Stadtgrößen 1939 – Rangfolge

Will man den Umfang dieser Zerstörungen besser einordnen, so geht dies nicht ohne einen Blick auf die Kriegsschäden in anderen Städten. Als Vergleichsmaßstab dienen die fünfzehn größten Städte, die nach Kriegsende bei Deutschland verblieben waren. Nach ihrer Einwohnerzahl standen vor Kriegsbeginn die beiden Millionenstädte Berlin und Hamburg an der Spitze. Leipzig nahm mit 707 000 Einwohnern den fünften Platz ein, während Dresden und Frankfurt am Main im Mittelfeld lagen. Noch weiter hinten rangierten Stuttgart und Bremen mit jeweils unter 500 000 Einwohnern.<sup>3</sup> (Abb. 2)

Legt man den absoluten Zerstörungsgrad zugrunde, so standen, was nicht weiter verwundert, Berlin und Hamburg wieder ganz oben. Seinen fünften Platz hat Leipzig nun an Frankfurt abgegeben. Die Messestadt rangierte mit 5 Millionen Kubikmetern Trümmerschutt zusammen mit Bremen und Stuttgart an letzter Stelle. (Abb. 3)

Setzt man nun die Trümmermasse in Relation zur Einwohnerzahl, so verschiebt und differenziert sich diese Rangfolge signifikant. Danach wies Dresden den stärksten Zerstörungsgrad auf, und Leipzig teilte sich den letzten Platz nicht mehr mit Stuttgart und Bremen, sondern nahm mit 7,1 m<sup>3</sup> Trümmer je Einwohner den letzten Rang ein. (Abb. 4)

Auch wenn sich die genannten Zahlen nicht auf die Stadtzentren beziehen, sondern auf die Gesamtstädte in ihren administrativen Grenzen, wird doch deutlich, dass sich die Ausgangsbedingungen in Leipzig deutlich etwa von denen in Dresden unterscheiden. Und folglich gingen auch die ersten Überlegungen zum Wiederaufbau von der Erhaltung und Wiederergänzung des Verbliebenen aus. Schon im Januar 1944, also

<sup>3</sup> Diese und die folgenden Zahlenangaben nach: Heinz Hampe, Zahlenunterlagen für die Aufbauarbeit, in: Der Bauhelfer 4 (1949) 6, S. 162–164; Uta Hohn, Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg, Dortmund 1991, S. 169, 245.



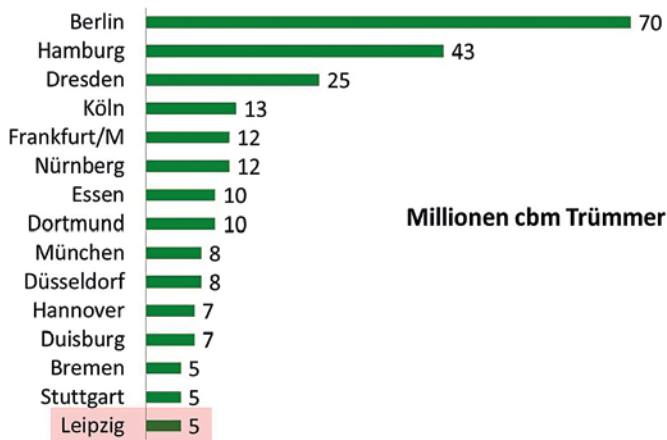


Abb. 3: Zerstörungsgrad 1945 – absolute Rangfolge (Thomas Hoscislawski nach Zahlenangaben in Anm. 3)

kurz nach dem Großangriff auf die Innenstadt, hielt der damalige Baudirektor Busse in einem Aktenvermerk fest, dass nach seiner Überzeugung die gewachsene Struktur des alten Stadtkerns nicht angetastet werden dürfe. Das wachsende Verkehrsaufkommen in den Hauptgeschäftsstraßen wollte er durch eine Verlagerung des Fußgängerverkehrs in Laubengänge bewältigen<sup>4</sup> – eine Lösung, die auch der schon vor Kriegsende begonnenen Aufbauplanung von Karl Meitinger für München zugrunde lag.<sup>5</sup> Das Festhalten am überkommenen Straßennetz entsprach den von Albert Speer 1943 entwickelten Richtlinien zum Wiederaufbau der zerstörten deutschen Städte – angesichts der entstandenen Notlage ganz im Gegensatz zu seinen wenige Jahre zuvor noch in Anbetracht eines erwarteten siegreichen Kriegsausgangs entwickelten gigantomanischen Umgestaltungsplänen.<sup>6</sup> Ein im Auftrag der Stadtverwaltung vom Architekten Kurt Mänicke erarbeiteter und 1944 im Entwurf vorgelegter Generalbebauungsplan beschränkte sich in seinen Vorschlägen zur großzügigen Neugestaltung auf die außerhalb des Stadtkerns liegenden Gebiete und betrachtete die Altstadt ebenfalls als unantastbar.<sup>7</sup>

4 Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt Leipzig, Archivbestand (1) (im Folgenden: StVuR [1]) Nachtrag 160, Bl. 145.

5 Vgl. Wolfgang Sonne, *Urbanität und Dichte im Städtebau des 20. Jahrhunderts*, Berlin 2014, S. 226–228.

6 Ebd.

7 Vgl. Peter Leonhardt, *Totalitär. Leipzig 1933–1945. Städtebau und Architektur im Nationalsozialismus*, Leipzig 2008, S. 79.

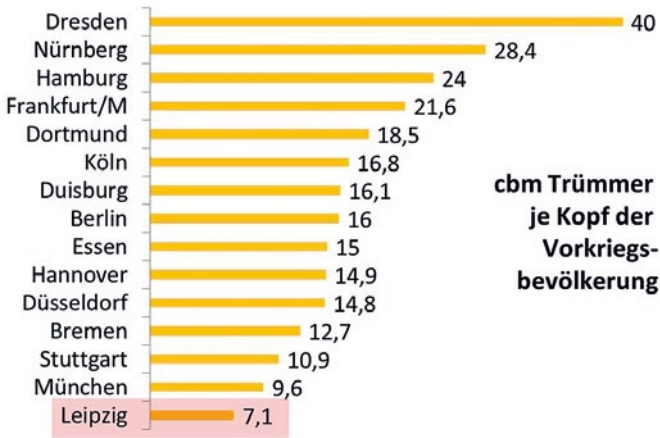


Abb. 4: Zerstörungsgrad 1945 – relative Rangfolge (Thomas Hoscislawski nach Zahlenangaben in Anm. 3)

### Leitbild für den Bebauungs- und Sanierungsplan 1949

An Busses Grundgedanken knüpfte nach Kriegsende der neue Stadtbaurat Walther Beyer an. Von der amerikanischen Besatzungsmacht berufen und von der sowjetischen bestätigt, nahm Beyer die Planungen für das Zentrum wieder auf – dabei maßgeblich unterstützt von Georg Fest, der vor 1945 für die Verkehrsplanung zuständig war. Fest, mit hoher Wahrscheinlichkeit schon 1944 von Busse einbezogen, transportierte somit dessen Überlegungen über den Systemwechsel hinweg in die neue Zeit.

In Dresden, Mainz, Nürnberg und anderen Städten diskutierte man nach Kriegsende Ideen des modernen Städtebaus, wie sie vom Bauhaus und in der Charta von Athen formuliert worden waren.<sup>8</sup> Eine radikale Umgestaltung des Straßennetzes und des Bebauungssystems spielten dagegen in den Planungen der Messestadt in dieser Zeit noch keine Rolle. Wegen der breiten Übereinstimmung in dieser Frage stand auch ein städtebaulicher Wettbewerb für das Zentrum hier nicht zur Debatte.

Dieser Konsens war freilich nur zum geringen Teil einer inneren Überzeugung oder der Liebe zum vertrauten Bild der Heimatstadt geschuldet. Er entsprang vor allem einem Pragmatismus, der in der Vielzahl erhaltener Gebäude und im unzerstörten unterirdischen Leitungsnetz materielle Werte sah, die man in der Not der Nachkriegszeit nicht aufgeben wollte. »Im Hinblick auf die vorhandenen wenig beschädigten, aber sehr wertvollen Straßen, Kanalisationen, Versorgungsanlagen usw. ist das bisherige Straßen-

8 Vgl. Klaus von Beyme (Hrsg.), *Neue Städte aus Ruinen. Deutscher Städtebau der Nachkriegszeit*, München 1992.

system im Prinzip beizubehalten«, legte Beyer fest.<sup>9</sup> Als eine Schwäche in der überkommenen Altstadtstruktur betrachtete er allerdings die zu geringe Breite der Straßen, die weder den zeitgemäßen Anforderungen an den Verkehrsfluss noch an die Belichtung der angrenzenden Gebäude entsprachen.<sup>10</sup> Deswegen setzte er hinzu: »Es ist jedoch auf eine Ausrichtung und Verbreiterung der Straßen zuzukommen, wo sie durch Notwendigkeit und Durchführbarkeit geboten scheinen.«<sup>11</sup> Dieser Planungsgrundsatz lag dem Bebauungsplan »Leipzig – Innere Altstadt« zugrunde, den die Stadtverordnetenversammlung 1949 als kommunale Satzung beschloss.

### Bebauungs- und Sanierungsplan 1949

Der Bebauungsplan umfasste das Gebiet innerhalb des die Altstadt umschließenden Promenadenringes mit Ausnahme eines kleinen Bereichs im nordwestlichen Teil am Matthäikirchhof. Dort sollte als Ersatz für das am Richard-Wagner-Platz befindliche Alte Theater ein Neubau errichtet werden, doch lagen konkrete Planungen hierfür zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. Ein Wiederaufbau des klassizistischen Theatergebäudes und der gotischen Matthäikirche, die beide stark zerstört waren, ist nie Gegenstand ernsthafter Überlegungen gewesen.

Der Bebauungsplan war im Wesentlichen ein Fluchtlinienplan, der sich am vorhandenen Straßenverlauf orientierte und die Verbreiterung der Hauptstraßenzüge vorsah. (Abb. 5) Wo dies möglich erschien, sollte der Abstand zwischen den Gebäudefluchten verdoppelt werden, um neben den beiden Richtungsfahrbahnen jeweils noch einen Standstreifen für den ruhenden Verkehr anlegen zu können.<sup>12</sup> In einigen Fällen wollte man die Straßenführung begradigen, wie etwa an der Einmündung der Hainstraße in den Brühl, was den Abriss des teilzerstörten klassizistischen Gebäudes »Großer Blumenberg« vorausgesetzt hätte.

In Bezug auf die Straßenverbreiterungen verfolgte der Bebauungsplan je nach Zerstörungsgrad der Bausubstanz zwei unterschiedliche Strategien:<sup>13</sup> War die Bausubstanz überwiegend zerstört, wie auf der Ostseite der Katharinenstraße, so wurde hier die Bauflucht zurückgenommen. Bei erhaltenen Einzelgebäuden (hier das »Sächsische Haus«), die über die neue Bauflucht hinausragten, war als Übergangslösung der Einbau von Arkaden im Erdgeschoss vorgesehen, die eine ungehinderte Durchführung des Fußgängerverkehrs erlaubten. Bei einem späteren Abriss des entsprechenden Gebäudes hätte der Ersatzneubau auf die neue Bauflucht zurückgesetzt werden müssen.

9 StadtAL, StVuR (1) Nachtrag 197, Bl. 85 r.

10 Ebd., Bl. 85 f.

11 Ebd., Bl. 85 r.

12 Ebd., Bl. 85 v.

13 Ebd., Bl. 111.

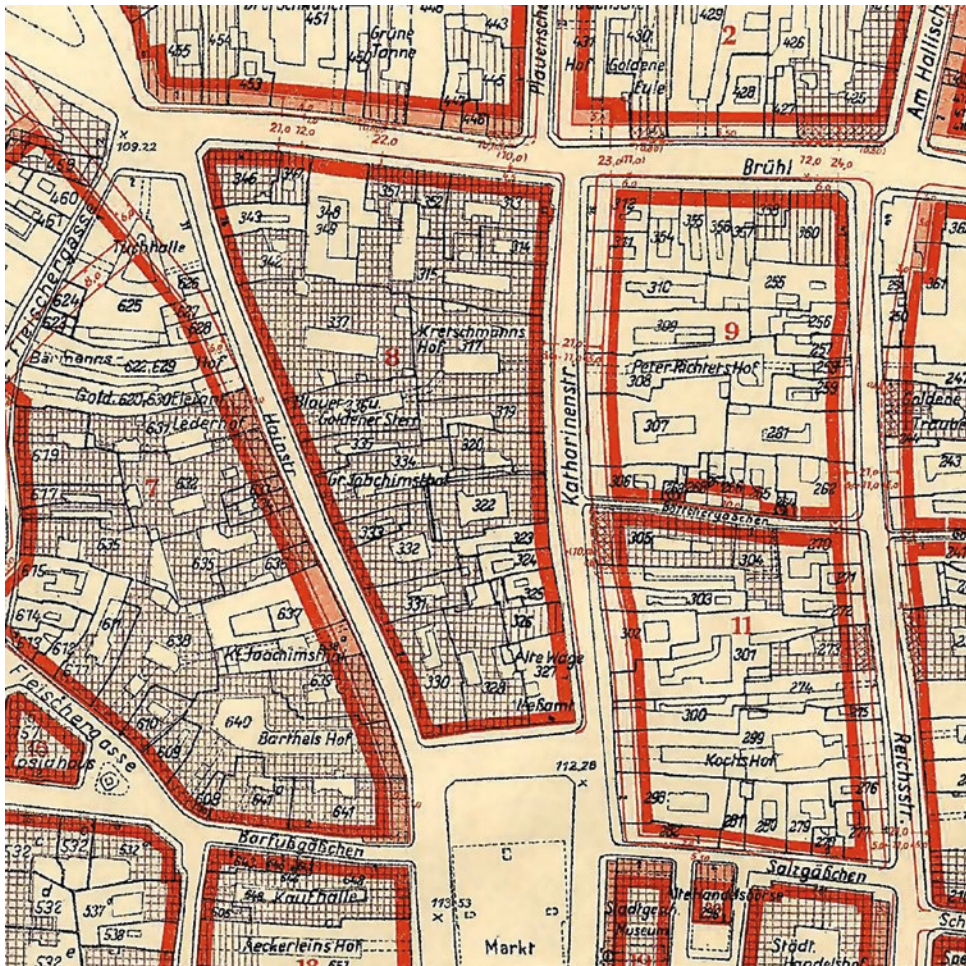


Abb. 5: Bebauungsplan 1949 (Archiv Stadtplanungsamt)

War die Bausubstanz überwiegend erhalten, wie in den Baublöcken rechts und links der Hainstraße, so blieb das schmale Straßenprofil bestehen, wobei die Erdgeschosszone der Gebäude auf der westlichen Straßenseite dauerhaft durch Arkaden geöffnet werden sollte. Diese dauerhaften Arkaden waren im Plan durch eine blassrote Fläche unterlegt. Lückenschließungen hätten sich dann mit einem entsprechenden Arkadeneinbau ebenfalls an der alten Bauflucht orientieren müssen.<sup>14</sup> Im nördlichen Abschnitt der Hainstraße wäre bei einer Bebauung entlang der neuen Fluchtlinie ein städtebaulich unvorteilhafter Rücksprung der Bauflucht entstanden.

14 Ebd., Bl. 86.



Der zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellte Sanierungsplan war rechtlich nicht verbindlich und veranschaulichte nur, wie sich die Planer die Innenbereiche der wiederaufzubauenden Straßengevierte vorstellten. Die Baublöcke sollten in Anlehnung an die Leipziger Tradition an verschiedenen Stellen wieder von Passagen durchzogen werden und die Neubebauung selbstverständlich nicht mehr in der früheren Dichte wiederentstehen, sondern – zum Teil nach einem Neuzuschnitt der Parzellen – den neuzeitlichen Forderungen nach Belichtung und Belüftung entsprechen.

Der Bebauungs- und Sanierungsplan hinterließ im Stadtbild nur wenige und teilweise inzwischen schon wieder verschwundene Spuren: Der erste und für einige Jahre einzige Neubau im Stadtzentrum, der 1950 fertiggestellte Messehof, berücksichtigte die zurückgesetzte Bauflucht in der Petersstraße. Auch die Vorschriften zum Arkadeneinbau setzte man bei anstehenden Baumaßnahmen um, so beim Königsbau am Eingang in die Grimmaische Straße oder bei den beiden Warenhäusern am Brühl und in der Petersstraße, die im Zuge der Neubaumaßnahmen der vergangenen Jahre verloren gingen. Die in das Städtische Kaufhaus am Neumarkt eingebauten Arkaden wurden bei der Sanierung des Gebäudes nach 1990 aus denkmalpflegerischen Erwägungen wieder geschlossen.

### **Leitbild für den Aufbauplan 1952**

Für die ostdeutschen Städte ging die Gründung der DDR 1949 mit einer schrittweisen Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung einher. Knapp ein Jahr, nachdem die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan beschlossen hatte, verkündete der DDR-Ministerrat ein für alle Städte verbindliches Leitbild, das sich 1950 in den von der Volkskammer beschlossenen »16 Grundsätzen des Städtebaues«<sup>15</sup> manifestierte und den Übergang zum Städtebau stalinistischer Prägung zur Folge hatte. Sein Grundmerkmal bestand in der Orientierung an den nationalen Bautraditionen.

Indem sie an vergangene Epochen der Baukunst anknüpfte, wollte die damalige Architekturtheorie einen klaren Kontrast zum modernen Bauen schaffen, dem sie einen amerikanischen Ursprung zuschrieb. Zum neuen Leitbild erkor Aufbauminister Lothar Bolz die »schöne deutsche Stadt«<sup>16</sup> als Gegenbild zu den im Zuge des Wiederaufbaus vermeintlich amerikanisierten westdeutschen Städten. Die 16 Grundsätze des Städtebaus setzten dem die »Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel«<sup>17</sup> entgegen. Dies war somit ein Leitbild, dem der aus anderen Überlegungen heraus entstandene Bebauungsplan von 1949 bereits entsprach.

---

15 Abgedruckt in: Lothar Bolz, *Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze*, Berlin (Ost) 1951, S. 87–90.

16 Ebd., S. 56.

17 Ebd., S. 88.

### Aufbau- und Demonstrationsplan 1952

Im Gegensatz zu anderen Städten in der DDR war dies also für Leipzig keine grundsätzliche Neuausrichtung, sondern lediglich eine ideologische Überhöhung der bislang pragmatisch motivierten Planung. Stadtbaurat Kurt Brendel ließ, wie im 1950 verabschiedeten Aufbaugesetz vorgesehen, in Verbindung mit dem Flächennutzungsplan einen Aufbauplan für die Innenstadt erarbeiten, der 1952 vom DDR-Ministerrat beschlossen wurde. Sein Geltungsbereich umfasste den gesamten sogenannten Zentralen Bezirk und ging damit weit über die Altstadt hinaus.

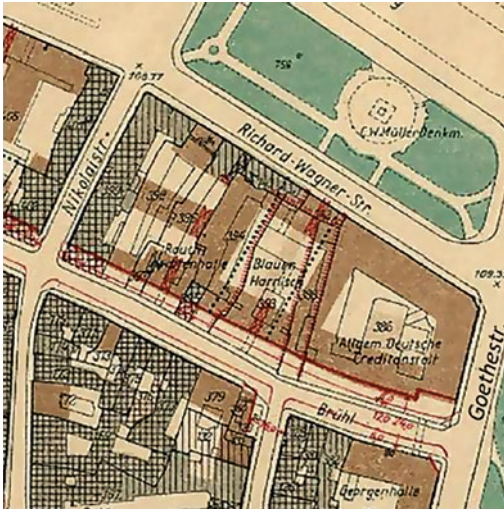
Wie der Ausschnitt des dem Hauptbahnhof gegenüber liegenden Gevierts zeigt, übernahm der Aufbauplan hier genauso wie in anderen Teilen der Altstadt im Wesentlichen die städtebauliche Konfiguration des Bebauungs- und Sanierungsplans von 1949, die allerdings keine bauliche Umsetzung erfuhr. (*Abb. 6, Abb. 7*) Entlang der westlichen Blockkante an der Nikolaistraße erstreckte sich das erhalten gebliebene Parkhotel (mit Kreuzschraffur bzw. schwarz dargestellt). Beide Pläne sahen eine Wiederherstellung des Baublocks vor (braun bzw. rot unterlegt). Auch die geplanten Querriegel im Blockinnern, die Rücknahme der Bauflucht am Brühl und der Einbau von Arkaden an der Altbauung Brühl/Ecke Nikolaistraße sind mit geringen Modifizierungen übernommen worden.

Der Aufbauplan respektierte also in der Altstadt das überkommene Bebauungssystem und wollte dieses, wo es durch den Krieg verlorengegangen war, im Wesentlichen wiederhergestellt wissen. Die ideologische Überhöhung resultierte aus der Funktionsbestimmung des Stadtzentrums. Die 16 Grundsätze verstanden dieses nicht in erster Linie als kommerzielles, sondern vorrangig als kulturelles und politisches Zentrum. Die historisch entstandene Struktur der Stadt war demnach so weiterzuentwickeln, dass in ihr die organisierten Massenkundgebungen für den Sozialismus am 1. Mai und anderen Festtagen durchgeführt werden konnten. Das heißt, der Stadtgrundriss war durch eine breite Prachtstraße für Fließdemonstrationen, die sogenannte »Magistrale«, und einen weiträumigen Platz für Ständedemonstrationen, den sogenannten »Zentralen Platz«, zu ergänzen. In den meisten Städten mussten diese beiden großdimensionierten Stadträume erst noch geschaffen werden, so beispielsweise in Dresden mit dem Straßendurchbruch der Thälmannstraße, der die Altstadt im Verlauf der Wilsdruffer Straße bis heute zerschneidet, sowie mit der räumlichen Erweiterung des Altmarktes. In Leipzig dagegen waren diese bereits vorhanden, und zwar in Form des Promenadenrings und des Karl-Marx-Platzes, der mit einer Fläche von 40 000 m<sup>2</sup> zu den größten Platzanlagen Europas zählt. Beide Flächen waren nach Berechnungen des Stadtplanungsamtes groß genug, um die erwarteten Teilnehmerzahlen aufnehmen zu können.<sup>18</sup>

---

18 StadtAL, StVuR (1) Nachtrag 1498, Bl. 8.





*Abb. 6: Sanierungsplan 1949 – Ausschnitt  
Richard-Wagner-Straße  
(Archiv Stadtplanungsamt)*

Am Karl-Marx-Platz waren Neubauten für Oper und Hauptpost an alter Stelle vorgesehen. Zwischenzeitliche Überlegungen, anstelle der Oper ein Kulturhochhaus zu errichten, waren schon wieder in der Schublade verschwunden.<sup>19</sup> Neubauten für politische Organe im Anschluss an das unzerstört gebliebene Karl-Marx-Hochhaus sollten die Funktion als Zentralen Platz unterstreichen. Das Bildermuseum auf der Südseite wollten die Planer in alter Form wiederaufbauen, ebenso an der Westseite das Universitätsgebäude. Zu dieser Zeit noch nicht als störend empfunden, aber später Gegenstand jahrelanger Auseinandersetzungen war nur der Umstand, dass sich daneben die nahezu unbeschädigte Universitätskirche befand, die einen funktionellen Fremdkörper am zentralen Platz einer sozialistischen Stadt darstellte.<sup>20</sup>

Im Gegensatz zu Dresden entstand damit in Leipzig das zentrale Ensemble des stalinistischen Städtebaus nicht unmittelbar in der Altstadt, sondern südlich des Karl-Marx-Platzes an dem als Demonstrationsstraße ausgewiesenen Promenadenring, wo in den Jahren 1953–1955 die sieben- bis neungeschossige Wohnbebauung am Roßplatz errichtet wurde.<sup>21</sup> Nach diesem Vorbild wollte man in den Folgejahren weitere Abschnitte der Ringaußenseite gestalten.

19 Birk Engmann, Eine Zikkurat für Leipzig. Stalins Hochhausarchitektur in den 1950er Jahren und ihre Bedeutung, in: *Leipziger Blätter* (2010) 57, S. 20–22.

20 Zu geschichtlichen Aspekten und konzeptionellen Überlegungen am Karl-Marx-Platz vgl.: Thomas Topfstedt/Pit Lehmann (Hrsg.), *Der Leipziger Augustusplatz. Funktionen und Gestaltwandel eines Großstadtplatzes*, Leipzig 1994.

21 Vgl. hierzu: Birk Engmann, Bauen für die Ewigkeit. Monumentalarchitektur des zwanzigsten Jahrhunderts und Städtebau in Leipzig in den fünfziger Jahren, Beucha 2006, sowie: Alexander Khorrami, Städtebauliche Strategien der fünfziger Jahre, in: *Leipziger Blätter* (1998) 33, S. 68–70.

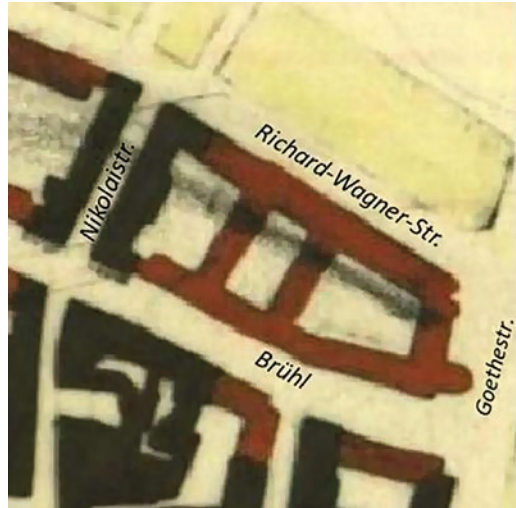


Abb. 7: Aufbauplan 1952 – Ausschnitt  
Richard-Wagner-Straße  
(Archiv Stadtplanungsamt)

Die ideologische Rolle des Zentrums zeigte sich auch in einem Demonstrationsplan, der zusammen mit dem Aufbauplan erstellt wurde. Der damaligen Konzeption nach verliefen die Demonstrationzüge von den in den Außenbezirken angeordneten Aufstellplätzen zunächst in Zehnerreihen, die sich über Zwanzigerreihen bis hin zu einer Vierzigerreihe vereinigten und an der repräsentativen neuen Ringbebauung am Roßplatz vorbei weiter nördlich dem Georgiring folgten, um sich am Ostknoten Hauptbahnhof wieder aufzulösen. Höhepunkt war dabei der Vorbeimarsch an der in Höhe Karl-Marx-Platz aufgebauten Tribüne, auf der Persönlichkeiten des Partei- und Staatsapparats der Demonstration beiwohnten.<sup>22</sup>

### Leitbild des Bauablaufplans und Perspektivplans 1959

In den fünfziger Jahren hinterließen nur wenige Baumaßnahmen ihre Spuren. Im Altstadtbereich hatte sich die Bautätigkeit auf die Wiederherstellung teilzerstörter Messebauten beschränkt. Die Wohnbebauung am Roßplatz und der am Karl-Marx-Platz 1960 eröffnete Neubau für das Opernhaus, dem eine langwierige Planungsgeschichte vorausgegangen war, hatten die gesamten für das Stadtzentrum zur Verfügung stehenden Neubaukapazitäten gebunden. Auf den beräumten Trümmerflächen hatte man provisorische Parkplätze oder Grünflächen angelegt. Andere Trümmergrundstücke wurden

<sup>22</sup> Vgl. hierzu: Thomas Topfstedt: Aufbauplan und Demonstrationsplan – Das Leipziger Stadtzentrum in den fünfziger Jahren, in: Katrin Keller (Hrsg.), Feste und Feiern. Zum Wandel städtischer Festkultur in Leipzig, Leipzig 1994, S. 313–325.

durch provisorische Flachbauten genutzt, so etwa die Spitze Hainstraße/Große Fleischergasse, deren Holzbaracke erst vor wenigen Jahren einem Neubau wich.

In diese Stagnationsphase der fünfziger Jahre fiel ein erneuter baupolitischer Umbruch, der deutlichere Spuren im Zentrum hinterlassen sollte als die Phase des traditionalistischen Bauens. Ein Jahr nach Stalins Tod gab die Moskauer Allunionsbaukonferenz im Jahr 1954 das Signal zur Abkehr vom stalinistischen Bauen, um damit die angestrebte Entstalinisierung der Gesellschaft für jedermann sichtbar zu unterstreichen. Im Folgejahr schloss sich die DDR ebenso wie die anderen Staaten im sowjetischen Machtbereich diesem baupolitischen Kurswechsel an.

Hatte der stalinistische Städtebau die große Bedeutung der Bautraditionen hervorgehoben und vielleicht überbetont, so verfiel man mit dem Überbordwerfen der bisherigen Dogmen in das gegenteilige Extrem. Der weitere Wiederaufbau der Städte in der DDR vollzog sich nunmehr nach grundlegend veränderten Prinzipien. 1960 veröffentlichte die Deutsche Bauakademie die »Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren«.<sup>23</sup> Es ging darum, eine ganz neue, der Moderne verpflichtete Stadt zu erfinden. Sie war als Gegenbild zur kapitalistischen Stadt konzipiert, die an ihrer durch Grundstücksspekulationen hervorgerufenen Enge zu ersticken schien, und zielte im Kern darauf, die historische Stadtstruktur durch eine Auflockerung der Bebauung zu überwinden: »Im Gegensatz zur Engräumigkeit der meisten mittelalterlichen Anlagen und der City kapitalistischer Städte ist Großzügigkeit und Weiträumigkeit ein Wesenszug sozialistischer Städte ... Die Bebauung der Ensembles sozialistischer Stadtzentren unterscheidet sich deutlich von den allseitig räumlich geschlossenen Straßen und Platzanlagen der Städte früherer Bauepochen.«<sup>24</sup>

In Wirklichkeit war dieser Kurswechsel mit einer unausgesprochenen Orientierung an westlichen Leitbildern verbunden. Das Attribut »sozialistisch« bezog sich vor allem darauf, dass diese Leitbilder in der DDR konsequenter umgesetzt werden konnten. Nach marxistischer Auffassung hatte der Boden keinen Wert, da er ja nicht das Ergebnis menschlicher Arbeit darstellt, und aufgrund der staatlichen Verfügungsgewalt über Grund und Boden war der ungehinderte verschwenderische Umgang damit tatsächlich ein Wesenszug sozialistischer Stadtzentren.

Die SED-Führung erteilte den Städten nun die Direktive, ihre Zentrenkonzeptionen in diesem Sinne zu überarbeiten. Auf ihrem V. Parteitag forderte sie 1958, die zerstörten Stadtzentren nach Jahren der Stagnation im Wesentlichen im von 1959–1965 reichenden Siebenjahrplan wieder aufzubauen. Dieses Planziel hatte für Leipzig noch die besondere Bedeutung, dass für 1965 die große Feier des 800-jährigen Stadtjubiläums angesetzt worden war. Den neuen Ensembles stand die alte Stadt im Wege, und so kündigte Walter Lucas, der als Chefarchitekt des Rates der Stadt die neue Zentrums-

<sup>23</sup> Deutsche Architektur 9 (1960) 8, Sonderbeilage.

<sup>24</sup> Ebd., S. 5.

planung leitete, für den Zeitraum nach 1965 ein großes Abrissprogramm an: »Manches muß einstweilen noch bestehen bleiben; das schafft für eine gewisse Übergangszeit unbefriedigende Straßenbilder! Aber Ausgangspunkt der Stadtplanung ist nicht mehr der alte Bestand, seine Verbesserung und Ergänzung, sondern die Perspektive der künftigen Entwicklung. Bestimmend ist das Neue, dem das Alte sich einordnen oder Platz machen muß.«<sup>25</sup>

Die nach den neuen Direktiven erarbeitete und vom DDR-Ministerrat beschlossene umfassende Neuplanung für das Leipziger Zentrum umfasste dabei zwei Stufen: Den Bauablaufplan, der zeigte, welcher bauliche Zustand im Zentrum bis zum Ende des Siebenjahrplans hergestellt werden sollte, und den Perspektivplan, der Auskunft über den zeitlich nicht näher bestimmten Endzustand gab.

### **Zentrumsplanung 1959 (Bauablaufplan bis 1965)**

Der Bauablaufplan sollte vor allem sicherstellen, dass im Siebenjahrplan keine Investitionen vorgenommen wurden, die der längerfristigen Perspektivplanung im Wege standen. So waren etwa in der Inneren Westvorstadt Neubauten ausgeschlossen, die eine nach 1965 vorgesehene Verlagerung des Promenadenrings behindert hätten. Der Großteil der Altbausubstanz musste aus wirtschaftlichen Gründen zwar bis 1965 erhalten bleiben, doch sorgte der Bauablaufplan dafür, dass in diesen Bauten, soweit ein späterer Abriss vorgesehen war, keine größeren Erhaltungs- oder gar Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden.

Das Baugeschehen konzentrierte sich in diesem Zeitraum auf den Aufbauschwerpunkt Markt, weil man diesen im Mittelpunkt der Altstadt liegenden Platzraum bis zum Stadtjubiläum wieder vollständig räumlich einfassen wollte. Hier entstanden bis zur 800-Jahrfeier das Messehaus am Markt, die Wohnbebauung am Salzgäßchen, die Alte Waage und das Messeamt. Die Baupläne für ein Bürohaus an der Südwestecke des Marktes blieben dagegen, weil sich hierfür kein Investitionsträger fand, in der Schublade.

Am Promenadenring entstanden im gleichen Zeitraum gegenüber vom Hauptbahnhof das Hotel Stadt Leipzig, die Wohnbauten am Georgiring sowie am Karl-Marx-Platz das Hauptpostamt und das Hotel Deutschland.

Rasch gab man die hier noch dargestellte Absicht auf, das Bildermuseum wieder aufzubauen. Da die hierfür veranschlagten Kosten nicht in den Siebenjahrplan eingeordnet werden konnten, entschloss man sich 1962, die baulichen Reste im Interesse des Stadtbildes abzurechen. Im Jubiläumsjahr 1965 wurde der Karl-Marx-Platz somit

---

25 Walter Lucas, Der Aufbau des Stadtzentrums von Leipzig, in: Deutsche Architektur 9 (1960) 9, S. 469–478, hier S. 477.

nur noch von einer Ruine, nämlich der des weiterhin zum Wiederaufbau vorgesehenen Universitätsgebäudes gesäumt.

Im Umgang mit der unbeschädigten Universitätskirche hatten sich die Planer eine utopisch anmutende Lösung ausgedacht. Am Karl-Marx-Platz als störend empfunden, aber in Anbetracht ihres kunsthistorischen Wertes scheinbar unantastbar, sollte sie um ca. 50 m parallel zur Grimmaischen Straße zurückversetzt werden. Auf diese Weise wäre an der Platzfront Raum für eine Universitätserweiterung entstanden, die die Kirche zum Platz hin verdeckt hätte. Dabei sollte eine Technologie zur Anwendung kommen, die sich bei der Versetzung von denkmalgeschützten Bauten im Zuge der Verbreiterung von Moskaus Magistralen bereits praktisch bewährt hatte. Angesichts der auf 3 Millionen Mark veranschlagten Kosten verabschiedete man sich jedoch bald wieder von derartigen Überlegungen.<sup>26</sup>

### **Zentrumsplanung 1959 (Perspektivplan Endzustand)**

Der Perspektivplan des Endzustandes sah eine großzügige Verbreiterung und teilweise Neutrassierung des Promenadenrings vor. (*Abb. 8, Abb. 9*) Neben der gewünschten optischen Weiträumigkeit verfolgten die Planer damit das Ziel, den Durchgangsverkehr komplett aus dem Altstadtbereich herauszunehmen und die Straßen dort zum Teil in Fußgängerzonen umzuwandeln. Die Arkaden der vorangegangenen Planungen verloren dadurch an praktischer Bedeutung. Auf dem Promenadenring sollten zwar weiterhin die Massendemonstrationen stattfinden, seine primäre Aufgabe bestand jetzt aber in der Abwicklung des motorisierten Verkehrs.

Die Verbreiterung und Begradigung der Fahrbahn des Ostabschnitts mit Georgiring und Roßplatz bedingte lediglich Eingriffe in das Ringgrün, auch der Südabschnitt konnte verbreitert werden, indem man einfach auf eine Wiederbebauung verzichtete.

Dagegen bedurfte der Westabschnitt größerer Abrissmaßnahmen. Der die Altstadt im westlichen Bereich umschließende Dittrichring wies einen engen und kurvigen Verlauf auf. Der Durchgangsverkehr sollte hier quer über das Gelände der ehemaligen Propsteikirche hinweg auf eine neue in gerader Linie verlaufende breite Verkehrsstraße verlagert werden. Dieser Straßendurchbruch hätte zwar den Abbruch des Hauses der deutsch-sowjetischen Freundschaft (heute Hochschule für Musik und Theater) vorausgesetzt, wäre für das Schauspielhaus jedoch städtebaulich von Vorteil gewesen. Denn nachdem man die Planungen am Matthäikirchhof aufgegeben hatte, wurde dieses stattdessen 1956 in der Bosestraße errichtet. Mit der neuen Verkehrsführung wäre

<sup>26</sup> Als erste gründliche auf den Originalquellen basierende Untersuchung zum Schicksal der Universitätskirche nach 1945 vgl.: Andrew Demshuk, *Demolition on Karl Marx Square. Cultural Barbarism and the People's State in 1968*, New York 2017.

das Gebäude aus seinem beengten Standort in einer schmalen Nebenstraße in eine seiner Funktion angemessene exponierte Lage gerückt. Die Westseite dieses völlig neuen Promenadenringabschnitts sollte ähnlich wie am Georgiring von langgestreckten Wohnbauten gesäumt werden. Auf der sich keilförmig verengenden Freifläche zwischen der neuen Verkehrsstraße und dem alten Dittrichring wollte man den wachsenden KFZ-Stellplatzbedarf des Stadtzentrums abdecken.

Der ähnlich schmale nördliche Abschnitt sollte seine Trassenführung behalten, aber der Tröndlinring bis hin zur Bauflucht Ringmessehaus–Hotel Astoria verbreitert werden. Der Abbruch der Ruine der Neuen Börse schuf hierfür 1958 eine erste Voraussetzung. Die vor der neuen Fluchtlinie liegenden Gebäude Hotel International, Reformierte Kirche und Verwaltungsgebäude des Landkreises wären dieser Planung ebenfalls zum Opfer gefallen.

Der Perspektivplan legte auch die Standorte von städtebaulichen Dominanten fest. Vielleicht angelehnt an eine ähnliche Idee, die Stadtbaurat Hubert Ritter 1929 in den damaligen Generalbebauungsplan aufgenommen hatte,<sup>27</sup> bildeten diese einen um die Altstadt verlaufenden Kranz. Zu den vorhandenen Dominanten Karl-Marx-Haus (vordem und heute wieder »Europahaus«) und Turm des Neuen Rathauses sollten vier Hochhäuser hinzukommen: Ein Bürohaus an der Einmündung der Käthe-Kollwitz-Straße in den neuen Straßendurchbruch, ein Haus der Elektrotechnik an der Jahnallee, ein Haus der Chemie an der Gerberstraße und ein Hotel an der geplanten neuen Ostradiale, die parallel zur Wintergartenstraße verlaufen sollte. Später noch durch ein 22-geschossiges Hotel »Nordring« anstelle des Parkhotels ergänzt, entstand nach diesen Planungen letztlich nur das als Wohngebäude ausgeführte Wintergarten-Hochhaus.

In der Altstadt sah der Perspektivplan nach 1965 in großem Maßstab den Abriss der Teile der Altbausubstanz vor, die nach damaliger Beurteilung keinen herausgehobenen baukünstlerischen Wert besaßen. Dies hätte etwa in der Nikolaistraße und der Grimmaischen Straße zur völligen Auflösung der überkommenen hochgeschlossenen

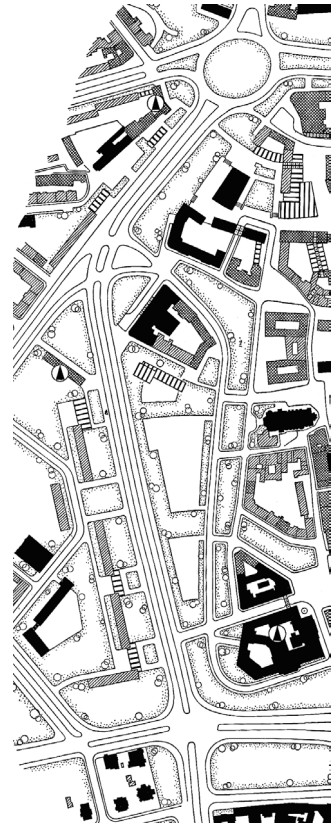
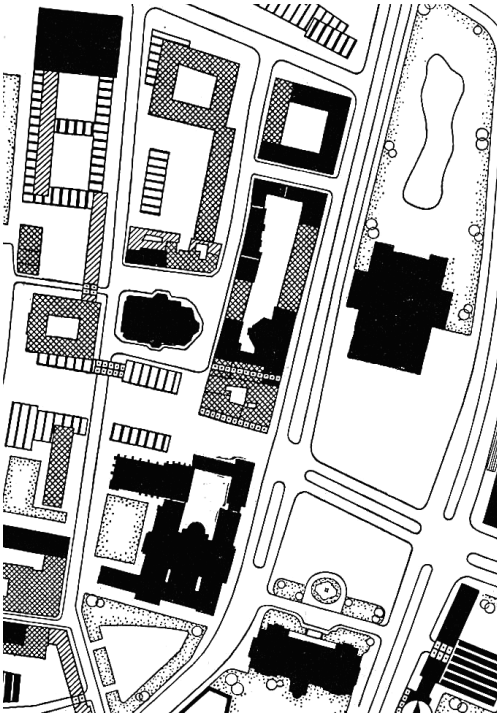


Abb. 8: Perspektivplan 1959 – Promenadenring (Stadtarchiv)

27 Vgl. Der Generalbebauungsplan der Stadt Leipzig, hrsg. vom Rat der Stadt Leipzig / Stadterweiterungsamt, Leipzig, 2. Auflage 1929, S. 42.





*Abb. 9: Perspektivplan 1959 – Nikolaistraße  
(Stadtarchiv)*

Straßenräume geführt. Keine Bestandsperspektive hatte damit der gegenüber der Nikolaikirche liegende Specks Hof, und in der Nikolaistraße wären nur die Kirche und die nördlich benachbarte Alte Nikolaischule bestehen geblieben. Die in beiden Straßenzügen geplanten eingeschossigen Flachbauten – im Plan durch die einfachen waage- und senkrechten Schraffuren gekennzeichnet – hätte diesen Straßenräumen optisch einen ganz neuen Eindruck von Weite vermittelt. Ähnlich radikale Maßnahmen waren in anderen Teilen der Altstadt vorgesehen.

In Anbetracht der enormen Planrückstände, die den Siebenjahrplan in der gesamten DDR von Anfang an begleiteten, war schon an die vollständige Realisierung des Bauablaufplanes bis 1965 nicht zu denken gewesen. Als diese Wirtschaftskrise 1963 kulminierte und zum Abbruch des Siebenjahrplans führte, musste auch der Perspektivplan für das Stadtzentrum in Frage gestellt werden. Vorerst existierte damit keine verbindliche Konzeption für das Leipziger Zentrum mehr. Auch der 1970 beschlossene Generalbebauungsplan, der den fast zwanzig Jahre alten Flächennutzungsplan ablöste, traf nur Aussagen zur generellen Stadtentwicklung, ohne konkret auf das Stadtzentrum einzugehen.

### Zentrumsplanung 1967

Die Planung für das Leipziger Stadtzentrum vollzog sich somit spätestens ab 1963 in operativer Form, das heißt, statt eines langfristig verbindlichen Gesamtkonzeptes fasste man in den Folgejahren – den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechend – zahlreiche Beschlüsse zu einzelnen Vorhaben, mit denen der Plan von 1959 sukzessive Veränderungen erfuhr. Bereits ab 1961 setzte sich der Rat der Stadt gegenüber dem SED-Politbüro erfolgreich dafür ein, abweichend vom zwei Jahre zuvor beschlossenen Perspektivplan wieder in stärkerem Maße die vorhandene Bausubstanz zu berücksichtigen, was in der Folgezeit die Abrissmaßnahmen reduzierte, aber, wie der Abbruch des aus der Renaissancezeit stammenden Deutrichs Hofes zeigte, nicht zum Stillstand brachte.<sup>28</sup> Einen redaktionell zusammengefassten Zwischenstand dieser verschiedenen Einzelplanungen zeigt der Übersichtsplan, der 1967 unter der Regie von Stadtbaudirektor Wolfgang Geißler entstand. (*Abb. 10*)

Im Unterschied zur Planung von 1959 erhielt jetzt unter anderem zumindest die östliche Randbebauung der Nikolaistraße eine Bestandsperspektive, ebenso Specks Hof und die beiderseitige Bebauung der Grimmaischen Straße. Der vorliegende Planungsstand hielt noch an der Verlegung des Promenadenrings im Westabschnitt fest. Hier sollte zudem auch ein Neubau für das Gewandhaus entstehen. Auf dem Gelände des alten Gewandhauses, dessen Ruine 1968 gesprengt wurde, war eine begrünte Freifläche vorgesehen. Im nördlichen Abschnitt des Promenadenringes standen nunmehr wenigstens das Hotel International und die Reformierte Kirche nicht mehr zur Disposition.

An der Westseite des Karl-Marx-Platzes fällt ein geplanter Neubau für die Universität ins Auge, der ebenfalls 1968 den heftig umstrittenen Abbruch der Universitätskirche und des kriegsbeschädigten Universitätsgebäudes voraussetzte. Bestandteil der Aufgabenstellung des im gleichen Jahr durchgeführten Wettbewerbs für die architektonische Ausformung dieser Platzseite war auch das Universitätshochhaus an der Moritzbastei, das in der neun Jahre älteren Planung der Höhendominanten noch keine Rolle gespielt hatte. Ein vorübergehend geplanter Neubau für das Bildermuseum am alten Standort wurde bereits wieder aus dem Plan gestrichen. Stattdessen sollte die südliche Platzhälfte nunmehr zum Parkplatz degradiert werden und vom Ring aus den Blick auf das neue Hochhaus freigeben. Die Wettbewerbsergebnisse für die Westseite des Platzes führten allerdings zu der Einsicht, dass seine Südseite doch eines baulichen Abschlusses bedurfte, obwohl diese Frage gar nicht Teil der Aufgabenstellung war.

Eigentlich sollten die hier zusammengefassten Baumaßnahmen zumindest innerhalb des Rings bis 1980 umgesetzt werden. Nach den Erfahrungen mit der Kurzlebigkeit der vorangegangenen Planungen erübrigt es sich fast zu erwähnen, dass auch dieser Zeithorizont aufgrund fehlender Investitionskraft Utopie blieb. Um wenigstens zum

28 StadtAL, StVuR 4865, Bl. 226; StVuR 4876, Bl. 46.

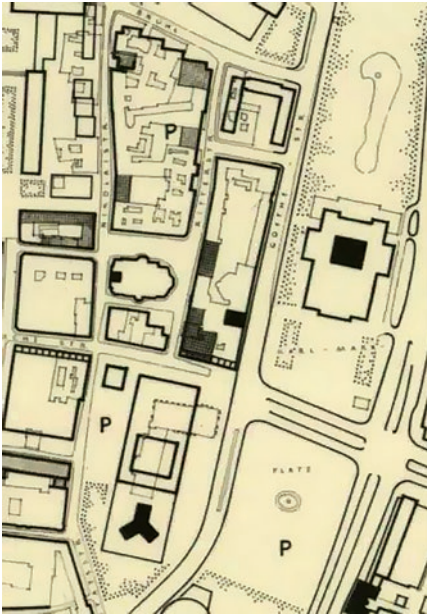


Abb. 10: Zentrumsplanung 1967 (Stadtarchiv)

20. Jahrestag der DDR 1969 Fortschritte in der Neugestaltung des Zentrums vorweisen zu können, wurde die Trümmerfläche zwischen Reichsstraße und Katharinenstraße umgestaltet, indem man hier eine als »Sachsenplatz« bezeichnete Freifläche anlegte. Im gleichen Zeitraum entstanden als östliche Platzbegrenzung das Brühlpelzgebäude und der Wohnblock an der Reichsstraße sowie im Norden die drei Wohnscheiben zwischen Brühl und Richard-Wagner-Straße. Der mangelnden Investitionskraft fiel gleichfalls das geplante Bürogebäude südwestlich des Marktes zum Opfer. Diese bis dahin provisorisch als Parkplatz genutzte Fläche zwischen Petersstraße und Thomas-kirchhof wurde stattdessen zum 25. Jahrestag der DDR 1974 als Grünfläche neu gestaltet.

Nach diesen mehr oder weniger unkoordinierten Einzelvorhaben entstand erst im Zuge der Überarbeitung des Generalbebauungsplans wieder eine Gesamtkonzeption für das Stadtzentrum.

### Leitbild für die Bebauungskonzeption 1976

Die schon 1967 erkennbare Abkehr von der Erfindung eines komplett neuen Stadtzentrums konkretisierte sich sehr deutlich im neuen Generalbebauungsplan von 1976, der im Büro des Chefarchitekten unter Leitung von Horst Siegel erarbeitet wurde. Er vollzog die 1971 eingeleiteten Veränderungen der DDR-Baupolitik nach und enthielt auch eine »Bebauungskonzeption Stadtzentrum«.<sup>29</sup>

Nachdem Erich Honecker den bisherigen SED-Generalsekretär Walter Ulbricht abgelöst hatte, verlagerte sich der baupolitische Schwerpunkt hin zum Wohnungsbau. Der VIII. Parteitag der SED verabschiedete 1971 ein groß angelegtes sozialpolitisches Programm, dessen Schwerpunkt die Verbesserung der Wohnverhältnisse bildete. 1973 beschloss das ZK der SED ein umfassendes Wohnungsbauprogramm, mit dem bis 1990 die Wohnungsfrage in der DDR gelöst werden sollte. Das Baugeschehen konzentrierte

<sup>29</sup> Generalbebauungsplan Stadtregion Leipzig, Archiv Stadtplanungsamt (unsigniert), Bl. 18f. mit Plananhang.

sich seitdem auf den kostengünstigen Massenwohnungsbau am Stadtrand, während die mit den bisherigen Wiederaufbauplanungen verbundene repräsentative Umgestaltung der Stadtzentren und dort insbesondere die Hochhausplanungen in den Hintergrund traten.

Gleichzeitig bestätigte sich durch die weltweite Energiekrise die Richtigkeit des eingeschlagenen Wegs. Anfang der siebziger Jahre stieg der Preis für das aus der Sowjetunion bezogene Erdöl explosionsartig an und veranlasste die DDR-Wirtschaftspolitik, mit der Verwendung von Energieträgern und Rohstoffen sorgsamer umzugehen. Die vorhandene Bausubstanz gewann dadurch zusätzlich an materiellem Wert und schuf die Grundlage für die später postulierte »Einheit von Neubau und Modernisierung«.

Dem neuen Generalbebauungsplan war die »wirksame Verbesserung des Stadtbildes der Innenstadt« ein wichtiges Anliegen.<sup>30</sup> In einem überschaubaren Zeitraum sollte endlich die immer noch durch Brachflächen und sanierungsbedürftige Altbauten gekennzeichnete baulich-räumliche Situation im Stadtzentrum aufgewertet werden, und zwar unter Respektierung der vorhandenen Bausubstanz: »Städtebaulich-architektonisch wird der Maßstab durch die bestehende räumliche Situation ... bestimmt.«<sup>31</sup> Der Generalbebauungsplan nahm endgültig Abschied von vorangegangenen Utopien, von Neubaumaßnahmen, die einen Abriss voraussetzten. Er erhob »Lückenschließungen und Neubauten, Rekonstruktionen besonders wertvoller historischer Substanz und komplexe Instandsetzungsmaßnahmen« zum Programm<sup>32</sup> und hatte so die Rückkehr zu einer pragmatisch motivierten Planung zur Folge.

### Bebauungskonzeption 1976

Bei der Bebauungskonzeption von 1976 handelte es sich also im Wesentlichen um ein zwei zeitliche Etappen umfassendes Lückenschlussprogramm, mit dem die vorhandene Bebauung abgerundet werden sollte. (*Abb. 11*) Die Verlegung des westlichen Promenadenrings war, um die Altbausubstanz dort erhalten zu können, kein Bestandteil der Planung mehr. Rot gekennzeichnet sind die bis 1980, blau die nach 1980 vorgesehenen Neubaumaßnahmen auf unbebauten Grundstücken. Die grau angelegten Flächen, also die Gebäude, die der Plan zum dauerhaften Erhalt bestimmte, dominieren. Specks Hof und die gesamte Altbausubstanz in der Nikolaistraße waren damit gerettet. Um die blau schraffierten größeren Vorbehaltsflächen – so etwa das Areal an der Grimmaischen Straße, auf dem heute ein Warenhaus steht – wollte man sich zu einem nicht näher benannten späteren Zeitpunkt kümmern.

30 Ebd., Bl. 19.

31 Ebd., Bl. 18.

32 Ebd., Bl. 19.



Abb. 11: Bebauungskonzeption 1976  
(Archiv Stadtplanungsamt)

Der Generalbebauungsplan sah vor, die Lücken im Bereich innerhalb des Rings bis 1990 zu schließen. Tatsächlich ausgeführt wurde wiederum nur ein Teil, so beispielsweise die Nikolaistraße 31 oder das Gästehaus der Universität am Nikolaikirchhof. Andere Baulücken konnten erst nach 1989/90 bebaut werden, in jüngster Zeit etwa die Spitze zwischen Hainstraße und Großer Fleischergasse, wo ein Kaufhaus entstand. Das Grundstück des früheren Deutrichs Hof dagegen blieb bis zum heutigen Tage unbebaut.

1981 wurde mit der Eröffnung des neuen Gewandhauses endlich die Neugestaltung des Karl-Marx-Platzes vollendet. Ursprünglich als Standort für das Auditorium Maximum der Universität gedacht, schloss man die städtebauliche Leere an der Südseite schließlich in einer der Bedeutung des Platzes angemessenen Weise.

Auch wenn das damalige Baulückenprogramm zu DDR-Zeiten nur unvollständig realisiert wurde, stellte es seiner Überlegung nach einen bedeutsamen Schritt hin zu einer neuen Planungsauffassung dar, die als restaurativ bezeichnet werden kann und in den achtziger Jahren den Weg zu einem neuen Leitbild für das Stadtzentrum eröffnete.

### Leitbild für die Entwicklungskonzeption 1987 und den Rahmenplan 1990

Der ökonomischen Neubewertung der Altbausubstanz folgte schließlich mit einem gewissen Zeitverzug auch ihre höhere kulturelle Wertschätzung. Mitte der siebziger Jahre setzte in Ost und West eine veränderte Sichtweise auf die aus früheren Zeiten überlieferte Bausubstanz ein. In der DDR-Fachöffentlichkeit verschaffte sich sogar Kritik am Städtebau der sechziger Jahre Gehör. Der Leipziger Kunsthistoriker Thomas Topfstedt betrachtete die Sprengung der Universitätskirche in einer 1988 erschienenen Publikation als Fehler – zu diesem Zeitpunkt ein kühner Tabubruch, ebenso den Abriss von Deutrichs Hof. Als Fehlentwicklungen benannte er die städtebauliche Fassung des Marktes durch das Messeamt und dessen architektonische Ausformung sowie den Sachsenplatz.<sup>33</sup>

<sup>33</sup> Thomas Topfstedt, Städtebau in der DDR 1955–1971, Leipzig 1988, S. 80–89.

Eingebettet war dieser Bewusstseinswandel in eine ideologische Neubewertung vergangener Geschichtsepochen. Über die Traditionen der Arbeiterbewegung hinaus suchte die DDR ihre Wurzeln nunmehr auch in anderen Strängen der deutschen Geschichte. Durch eine stärkere Verbindung mit der Vergangenheit sollten sich die Bürger besser mit ihrem sozialistischen Staat identifizieren können. SED-Chefideologe Kurt Hager postulierte 1972 in einem Grundsatzreferat auf der 6. Tagung des ZK der SED: »Was Sozialismus ist und für einen Menschen bedeutet, erschließt sich nur dem tief und dauerhaft, der auch mit den Erfahrungen und Zeugnissen der Geschichte lebt.«<sup>34</sup> Selbstverständlich ohne sich auf die traditionsgebundene Architektur in der Stalin-Ära zu beziehen, setzte sich insbesondere DDR-Generalkonservator Ludwig Deiters in den siebziger Jahren dafür ein, den Faden zur Vergangenheit vor allem auch über das bauliche Erbe zu knüpfen. Als Vorsitzender der Zentralen Fachgruppe Rekonstruktion des Bundes der Architekten erläuterte er deren Auffassung zum Umgang mit dem aus der Vergangenheit überkommenen Baubestand: »Die Bewertung und Behandlung der Altbausubstanz wird wesentlich von politisch-ideologischen Gesichtspunkten bestimmt ... Dieses bauliche Erbe schafft Verbindungen zu progressiven Taten und Leistungen der Vergangenheit und trägt durch seine Anschaulichkeit zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins bei.«<sup>35</sup> Dabei betrachtete die Fachgruppe die Erberezeption nicht nur als relevant für die Bewahrung des Bestehenden, sondern auch als Ausgangspunkt für das Hinzukommende: »Es kommt darauf an, daß wir uns mit den städtebaulichen und architektonischen Strukturen wertvolle Traditionen aneignen und lebendig weiterentwickeln.«<sup>36</sup>

Die Neubewertung von Personen und Ereignissen vorsozialistischer gesellschaftlicher Epochen mündete schließlich in ein neues städtebauliches Leitbild, das sich seitdem wieder an der überkommenen Stadt orientierte. Das Politbüro des ZK der SED und der Ministerrat der DDR fassten 1982 den Beschluss über die »Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik«.<sup>37</sup> Auf dem Programm standen nunmehr die »Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz«<sup>38</sup> und »die harmonische Verbindung der neu entstehenden Bauten mit der vorhandenen wertvollen Bausubstanz«<sup>39</sup>, und das insbesondere im Stadtzentrum: »Der liebevollen Pflege des Stadtzentrums mit

34 Kurt Hager, Zu Fragen der Kulturpolitik der SED, in: Neues Deutschland, 8.7.1972, S. 3–7, hier S. 6.

35 Ludwig Deiters, Der Beitrag der ZFG Rekonstruktion des BdA/DDR zur Umgestaltung der Altbauwohngebiete, in: Architektur der DDR 24 (1975) 9, S. 518–520, hier S. 519.

36 Ebd.

37 Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der Deutschen Demokratischen Republik, Beschluss des SED-Politbüros und des DDR-Ministerrats, in: Neues Deutschland, 29./30.5.1982, S. 9f.

38 Ebd., S. 9.

39 Ebd., S. 9.



seinen Ensembles und historischen Gebäuden, mit seinen den Bürgern vertrauten Straßen und Plätzen gebührt dabei besondere Aufmerksamkeit.«<sup>40</sup>

### Entwicklungskonzeption 1987

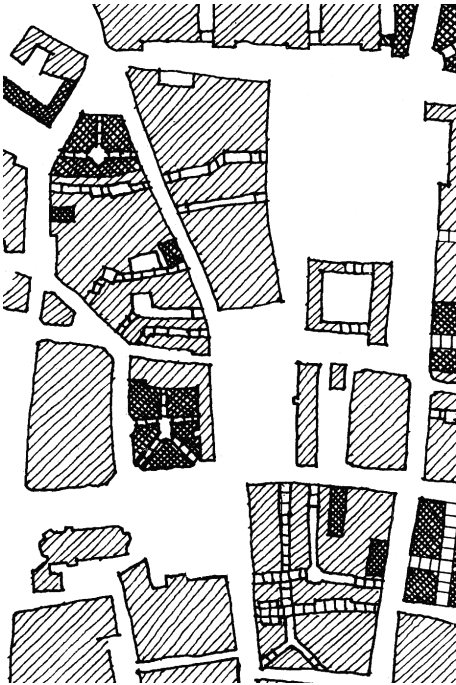


Abb. 12: Entwicklungskonzeption 1987 (Archiv Stadtplanungsamt)

Die zentralen und lokalen mit Städtebau befassten Institutionen der DDR kehrten nun zu einer positiven Auseinandersetzung mit den historisch entstandenen städtebaulichen Strukturen zurück. In Dresden beherrschten in den achtziger Jahren zahlreiche Vorschläge zur Rekonstruktion des Neumarkts die Debatte. Berlin schenkte sich 1987 zum 750. Geburtstag im Nikolaiviertel eine neue Altstadt. In der Bundesrepublik, wo die Entwicklung ähnlich verlief, erregte die als Fachwerkkulisse ausgeführte Ostzeile des Frankfurter Römerbergs Aufsehen.

In Übereinstimmung mit dem neuen Leitbild legte auch der Leipziger Chefarchitekt Dietmar Fischer 1987 eine Entwicklungskonzeption vor, die sorgfältig die städtebaulichen Qualitäten, Defizite und Potenziale des Stadtzentrums analysierte.<sup>41</sup> Der Teilplan Raumstruktur knüpfte an die Zentrenkonzeption von 1976 an und machte darüber hinausge-

hend Vorschläge für eine Wiederbebauung von größeren, in der Vorkriegszeit bebauten Freiflächen, die sich mit ihren Blockkanten harmonisch in das bestehende Straßensystem einfügten. (Abb. 12) Noch kein Gegenstand städtebaulicher Überlegungen waren dabei die zum 20. bzw. 25. Jahrestag angelegten repräsentativen Freiflächen auf ursprünglich bebauten Arealen. Ein neuer über das Baulückenprogramm hinausgehender Gegenstand der Stadtreparatur war dagegen etwa der große Parkplatz hinter dem Messeamt am Markt, der einer massiven Blockbebauung weichen sollte.

<sup>40</sup> Ebd., S. 9.

<sup>41</sup> StadtAL, BCA V 648, Bd. 2.

### Wettbewerb 1988

Das Büro des Chefarchitekten wollte die noch ziemlich abstrakten Überlegungen der Entwicklungskonzeption mit Hilfe eines Ideenwettbewerbs konkretisieren, den der Rat der Stadt, der Rat des Bezirks und das Ministerium für Bauwesen 1988 gemeinsam auslobten. Seine Ergebnisse sollten dann in die Überarbeitung des Generalbebauungsplans einfließen. Konzipiert war diese Ideenfindung als DDR-offener Wettbewerb mit sechsmonatiger Laufzeit – die Auslober luden darüber hinaus eine Reihe von Entwurfsbüros ausdrücklich zur Teilnahme daran ein. Aus der DDR beteiligten sich 25 Architektenkollektive und außer Konkurrenz drei Kollektive aus den Partnerstädten Kiew, Krakau und Plovdiv. Das Wettbewerbsgebiet umfasste die Altstadt mit dem Promenadenring einschließlich der Ringaußenseite sowie den Wilhelm-Leuschner-Platz. Nach der Ausschreibung hatten die Teilnehmer insbesondere acht namentlich genannte städtebauliche Bereiche zu betrachten, zu denen unter anderem auch die Fläche hinter dem Messeamt am Markt zählte.

Die 23-köpfige Jury unter Vorsitz des Staatssekretärs im Ministerium für Bauwesen Karl Schmiechen vergab zwei 1. Preise, einen 2. Preis, zwei 3. Preise und fünf Anerkennungen, darüber hinaus einen Sonderpreis des Messeamtes für eine besonders gelungene Lösung des Messehauses am Neumarkt. Kennzeichnend für die Entwürfe der beiden ersten Preisträger (Kunsthochschule Berlin, Dietmar Kuntzsch, sowie Bauakademie der DDR, Wolfgang Weigel) war die nahezu komplette Wiederherstellung des historischen Straßen- und Platzsystems im Altstadtbereich. (*Abb. 13, Abb. 14*)

Beide Arbeiten beschränkten sich damit nicht auf die Auseinandersetzung mit den in der Wettbewerbsausschreibung genannten acht Stadtbrachen, sondern schlugen darüber hinaus vor, zwei Freiflächen wieder zu bebauen, die wie oben erwähnt, zum 20. bzw. 25. Jahrestag der DDR angelegt worden und gar nicht Gegenstand der Wettbewerbsaufgabe waren. Unkompliziert war die Wiederbebauung der Fläche am Thomaskirchhof. Auch in der Bebauung des Parkplatzes hinter dem 1965 fertiggestellten Messeamtsgebäude ähnelten sich beide Lösungen, während die Preisträger für den Sachsenplatz unterschiedliche Vorschläge machten: Während Kuntzsch das Gebäude der Leipzig-Information erhielt und in den neuen Block integrierte sowie das südlich davon gelegene Wohnkarree von 1964 zumindest durch eine erdgeschossige Bebauung einfasste, ließ Weigel dieses ebenso wie die 1968 fertiggestellten Wohnscheiben am Brühl unberührt und sah stattdessen den Abriss des Informationszentrums vor. Kuntzsch wollte den sozialistischen Wiederaufbau des Brühls korrigieren. Zwischen die drei Wohnzeilen aus den sechziger Jahren ordnete er parallel zum Straßenverlauf Verbindungsbauten ein, die hier und an der Richard-Wagner-Straße den aufgerissenen öffentlichen Raum wieder schließen sollten.

Die an erster Stelle prämierten Wettbewerbsarbeiten gingen damit wieder einen beträchtlichen Schritt über den bisherigen Planungsstand zum Stadtzentrum hinaus.



Abb. 13: Wettbewerb 1988 – 1. Preis (Preisträger Dietmar Kuntzsch)  
(*Leipziger Blätter* [1989] 15, S. 37)

Sie sahen mit Ausnahme der Pavillons am Sachsenplatz, die keinen großen materiellen Wert darstellten, zwar keine generellen Abrissmaßnahmen für Bauten der DDR-Zeit vor, versuchten aber mit der Wiederbebauung dieser ausgedehnten Freifläche ebenso wie der Freifläche am Thomaskirchhof städtebauliche Fehlentwicklungen der DDR-Zeit zu korrigieren. Die Preisrichter des Wettbewerbs hatten ganz offensichtlich den Willen, mit ihrer Entscheidung ein Tabu zu brechen. Wie aus dem Protokoll der Preisgerichtssitzung hervorgeht, empfahl die Jury den Auslobern ausdrücklich, die bisherigen Positionen der Planungsarbeit anhand der Wettbewerbsergebnisse zu überprüfen.<sup>42</sup>

Durch diesen Tabubruch und die zum damaligen Zeitpunkt visionär erscheinenden Bebauungsvorschläge erhielt der Wettbewerb eine gewisse politische Brisanz. Abweichend von der Praxis bei anderen Wettbewerben hielten es die Verantwortlichen zunächst nicht für opportun, die Öffentlichkeit mit den Ergebnissen vertraut zu machen. Erst im Zuge der politischen Wende entschloss sich Chefarchitekt Dietmar Fischer im Herbst 1989, die Wettbewerbsarbeiten detailliert in den »Leipziger Blättern« vorzustellen.<sup>43</sup>

<sup>42</sup> Archiv des Stadtplanungsamtes, 123b/89, unpaginiert.

<sup>43</sup> Dietmar Fischer, Ideen für das Stadtzentrum. Zum DDR-offenen Architekturwettbewerb 1988, in: *Leipziger Blätter* (1989) 15, S. 33–41. Vgl. auch: Dietmar Fischer, Ambros G. Gross, Ideen für Leipzig. Wettbewerb für die Gestaltung des Zentrums, in: *Architektur der DDR* 39 (1990) 3, S. 9–41.



Abb. 14: Wettbewerb 1988 – 1. Preis (Preisträger Wolfgang Weigel)  
(Leipziger Blätter [1989] 15, S. 36)

### Rahmenplan 1990

Von der Entwicklungskonzeption 1987 und den Wettbewerbsergebnissen des Folgejahres ausgehend, entwickelte das Büro des Chefarchitekten einen Rahmenplan, den auch der 1990 neuberufene Stadtbaurat Niels Gormsen als geeignete Leitlinie für den weiteren Wiederaufbau betrachtete und dem Ende des Jahres nach dem Untergang der DDR die frei gewählte Stadtverordnetenversammlung zustimmte. Seiner Grundaussage nach war der Rahmenplan, sieht man von den früher gewollten Straßenverbreiterungen und Arkadeneinbauten ab, mit den Planungen von 1949 und 1952 vergleichbar. Er sah die Wiederbebauung der erwähnten Freiflächen vor und stellte Ergebnisse des Wiederaufbaus der DDR-Zeit, so etwa die Zeilenbebauung am Brühl oder das Wohnkarree Salzgäßchen zur Disposition, wo dies zur Wiederherstellung eines geschlossenen Straßen- oder Platzbildes unabdingbar erschien. (Abb. 15)

Nach den Zielstellungen des Rahmenplans nahm das Stadtplanungsamt eine grundsätzliche Neuordnung der städtebaulichen Situation gegenüber vom Hauptbahnhof vor. Abweichend von den Plänen der frühen Nachkriegszeit war hier in den Jahren 1963–1965 der Gebäudekomplex des Hotels Stadt Leipzig entstanden – ein streng orthogonaler Baukörper mit ausgedehnter Erdgeschosszone, über der sich in einer schmalen Scheibe die Bettengeschosse erhoben. Dem achtgeschossigen Plattenbau fehlte damit jeder stadträumliche Bezug zum Brühl und zur Goethestraße. Im Jahr 1994 wurde der

Gebäudekomplex, der einen Fremdkörper im Straßengeviert bildete, abgerissen, um einer Blockrandbebauung Platz zu machen. Anders als in den Planungen von 1949 und 1952 ist die bis 1997 entstandene Neubebauung nicht vom Brühl zurückgerückt, aber in zwei getrennte Baublöcke gegliedert worden. Die Osthalle des Hauptbahnhofs, seit der Eröffnung ohne direkten Zugang zur Altstadt, findet durch diese neue Fußgängerachse eine direkte Verbindung zum Brühl und zur Ritterstraße. Damit wurde nach einem langen Umweg endlich realisiert, was über vierzig Jahre vorher bereits Programm war: Nämlich die, wie es damals ja hieß, Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel. Im Sprachgebrauch der neunziger Jahre und danach bezeichnete der Berliner Senatsbaudirektor Hans Stimmann diese Art des Umgangs mit der Stadt wohlwollend als »Kritische Rekonstruktion«. <sup>44</sup>

### Schlussbemerkungen

Freilich ist auch der Rahmenplan von 1990, der in die Zeit nach der Wiedervereinigung hineinwirkte, in Teilen durch spätere Beschlüsse inzwischen überholt. So entschied der Leipziger Stadtrat 1995 aufgrund eines von der Bürgerschaft unüberhörbar geäußerten Wunsches, die Freifläche am Thomaskirchhof auf Dauer unbebaut zu lassen und gestalterisch aufzuwerten. <sup>45</sup>

Zusammengefasst kann festgehalten werden: Die DDR stellt zwar eine abgeschlossene Geschichtsepoche mit einem zeitlich klar definierten Anfang und Ende dar. Dennoch existierten über die beiden Systembrüche hinweg institutionelle und personelle Kontinuitäten, die sich auch in den städtebaulichen Konzeptionen widerspiegeln.

Auffallend ist, dass dagegen der Wechsel von der restaurativen Planung des Jahres 1952 zur visionären von 1959 in einem großen Sprung erfolgte. Diesem von den zentralen Staatsorganen verordneten radikalen Schnitt vermochten mental weder die Planer auf kommunaler Ebene noch die Bewohner der Stadt zu folgen, und schon wegen der mangelnden Verankerung einer völlig neu erfundenen Stadt im lokalen Bewusstsein konnte den Visionen der damaligen Zeit kein langes Leben beschieden sein.

Bis die Verantwortlichen 1990 zu einer restaurativen Planungsauffassung zurückkehrten, bedurfte es freilich einer langen Reihe von Zwischenschritten. Diese waren mit allmählich nachlassenden Unsicherheiten behaftet, ob in einer Gesellschaft, die von ihrem Selbstverständnis her unaufhaltsam nach vorne strebte, ein Städtebau legitim war, der zurückzuschauen schien.

---

<sup>44</sup> So beispielsweise in: Hans Stimmann, *Berliner Altstadt. Von der DDR-Staatsmitte zur Stadtmitte*, Berlin 2009, S. 12.

<sup>45</sup> Arnold Bartetzky, *Die gerettete Stadt. Architektur und Stadtentwicklung seit 1989. Erfolge – Risiken – Verluste*, Leipzig 2015, S. 123.



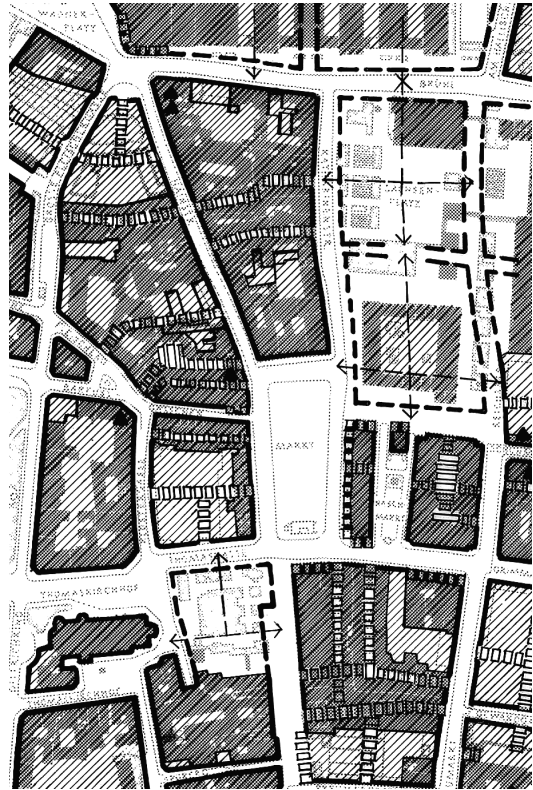


Abb. 15: Rahmenplan 1990  
(Archiv Stadtplanungsamt)

Aufgrund der fehlenden Investitionskraft konnte keine der seit 1949 mehrfach wechselnden Konzeptionen vollständig realisiert werden. Jede dieser Konzeptionen hat jedoch bauliche Zeugnisse hinterlassen. Auch wer mit dem einen oder anderen Ergebnis nicht ganz zufrieden sein mag, kann so im Stadtzentrum 40 Jahre DDR-Geschichte ablesen. Denkt man an das Gelände des ehemaligen Deutrichs Hof und andere Baulücken, so wird klar, dass im Übrigen auch mehr als siebenzig Jahre nach Kriegsende der Wiederaufbau bis heute nicht abgeschlossen ist.





## **Im Glauben an Gott und Hitler**

Die »Deutschen Christen« aus dem Wieratal  
und ihr Siegeszug ins Reich von 1928 bis 1945

*Joachim Krause*

ISBN 978-3-86729-212-2

1. Auflage 2018

Broschur

128 Seiten mit 37 Abbildungen

Preis 12,00 €

1927 kamen Siegfried Leffler und Julius Leutheuser – zwei junge Pfarrer aus Bayern – nach Thüringen in die Kirchgemeinden Niederwiera und Flemmingen. Es gelang ihnen in wenigen Jahren, die Lehrer, die Jugend und die Bauern in ihren Dörfern für den Nationalsozialismus und für die von ihnen ins Leben gerufene Bewegung der »Deutschen Christen« zu begeistern. In den Kirchgemeinden ersetzte eine neue »zeitgemäße deutsche Gottesfeier« den herkömmlichen Gottesdienst. Pfarrer Leffler wurde 1939 zum Leiter des sogenannten »Entjudungsinstituts« in der Lutherstadt Eisenach ernannt, das die Aufgabe hatte, alles Jüdische aus Theologie, Kirchenmusik und Gemeindeleben auszutilgen. Nach dem Kriegsende gelang es nur bruchstückhaft, sich mit der eigenen – persönlichen wie kirchlichen – Verstrickung und Schuld in der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.

Zum Autor:

Joachim Krause wurde 1946 in Ehrenhain in Thüringen geboren, ist in Schönberg bei Meerane (Westsachsen) aufgewachsen, hat das Abitur in Meerane, danach das Chemie-Studium an der TU Dresden absolviert, war anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Zentralstelle für Korrosionsschutz in Dresden und nebenbei Textdichter für die DDR-Rockmusik-Gruppen Lift, Panta Rhei, Klaus Lenz, Puhdys u.a.

Seit 1978 betätigte er sich aktiv in der kirchlichen Umweltbewegung der DDR und nahm von 1979 bis 1982 ein Fernstudium der Theologie auf. Seit 1982 wohnt er wieder in Schönberg. Von 1982 bis 2010 war er Beauftragter für Glaube, Naturwissenschaft und Umwelt in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Sachsen.

# REZENSIONEN

## Reformation und Landesgeschichte Sachsens: Skizzen eines halben Jahrtausends

*Ralf Thomas*

Sax-Verlag Beucha • Markleeberg 2017, 176 Seiten, Ladenpreis: 19,80 Euro

ISBN 978-3-86729-191-0

Der Verfasser des vorliegenden Bandes hat sich zum Ziel gesetzt, die Reformations- und Landesgeschichte Sachsens skizzenartig darzustellen, und legt den Fokus dabei nicht nur auf das 16. Jahrhundert, sondern weitet den Blick weit darüber hinaus von König Otto I. bis in die neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts.

Zu Beginn finden sich knappe Erläuterungen zu ausgewählten Schlagwörtern der vorreformatorischen Kirchengeschichte unter der Überschrift »Jahrhunderte vor der Reformation«. Dabei betont der Autor, dass die Reformation »an Ereignisse und Einrichtungen vorangegangener Jahrhunderte« anknüpft, Traditionsgut aufnimmt, gestaltet und neues produziert. Die Auswahl der Schlagwörter reicht vom Investiturstreit über den böhmischen Reformator Jan Hus bis hin zu Leipzig als florierendem Handelsplatz. Warum der Autor allerdings im letztgenannten Punkt die Via Regia in ihrem Verlauf beschreibt, aber die in Leipzig kreuzende Via Imperii unerwähnt lässt, erschließt sich dem Rezensenten nicht. So ist doch gerade die Kreuzung der beiden wichtigsten Handelsstrassen des Reiches ausschlaggebend für die stadtgeschichtliche Entwicklung Leipzigs gewesen.

Diesen einführenden Schlaglichtern folgt der erste große Abschnitt des Bandes unter der Überschrift »Das Jahrhundert der Reformation«. Diesen leitet der Autor mit einem Kapitel zur Entwicklung der beiden sächsischen Territorialstaaten ein. Die Übertragung der Kurwürde an die Wettiner, der sächsische Bruderkrieg und die Landesteilung im Jahr 1485 bilden dabei die wichtigsten Schlagworte.

Ein sehr knapper Abschnitt zur Universität Wittenberg leitet dann zu Luther und den durch ihn ausgelösten Umwälzungen in den sächsischen Territorien und im Reich über. Der Autor verknüpft hier Kapitel zu Luthers Biographie, seinen Schriften und der politischen Ereignisse zu einem Bild der durch die Wittenberger Reformation geprägten ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Dabei berücksichtigt der Autor auch den »Wildwuchs der Reformation«, die »Bauernrevolution« und die Schweizer Reformation. Dies geschieht zum Teil mittels sehr knapper Ausführungen und ist nicht frei von Ungenauigkeiten.

Besonders der sehr kurze Abschnitt »Bauernrevolution« ist unglücklich. Die vom Autor behauptete Radikalisierung Müntzers in Südwestdeutschland fand schon weit vorher, wahrscheinlich in Zwickau statt; spätestens mit der Fürstenpredigt sind die Würfel gefallen. Müntzers radikale Theologie ist in seinen Schriften aus den Jahren 1523 und 1524 bereits voll ausgeprägt. Er reiste nach Nürnberg, um seine fertigen Schriften drucken zu lassen, dort zu predigen lehnte er ab. Auch sein Aufenthalt in Basel und die Begegnung mit Oekolampad sind nicht geeignet, eine wie auch immer geartete innere Radikalisierung Müntzers anzunehmen. Ebenso

kann Müntzers Aufenthalt bei den aufständischen Bauern im Hegau und im Klettgau nicht als Ort seiner Radikalisierung angesehen werden. Er forderte die dortigen Bauern nicht zum Aufbruch auf, sondern fand bereits Aufständische vor, die sich unabhängig von ihm und seiner Theologie anhand des Vorbilds der Schweizer Eidgenossen aus vor allem sozialpolitischen Gründen radikalisiert hatten. Erst Ende 1524 sprach man vom »göttlichen Recht«, das überall gelten sollte. Müntzer predigte zu den Aufständischen und formulierte einige Artikel »wie man herrschen soll aus dem evangelio angeben«. Diese Artikel fanden dann in einem Verfassungsentwurf der Aufständischen Niederschlag, der auch Formulierungen enthielt, die Müntzers Äußerungen und Schriften ähnlich sind. So finden sich Parallelen zum Prager Sendbrief (November 1521), zu Müntzers Forderungen, einen Bund gegen die gottlose Obrigkeit zu gründen (Allstedt, 24. Juli 1524), und zur »Augedrückten Emplösung« (1524). So hat sich Müntzer auf seinen Reisen in Südwestdeutschland nicht etwa radikalisiert, sondern trug vielmehr durch seine Schriften und Predigten dazu bei, dass sich die dortigen Aufständischen weiter radikalisierten und nun weniger sozialpolitisch als vielmehr theologisch argumentierten.

Mit einem Abschnitt zu Luthers Lebensende leitet der Autor zu den Ereignissen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts über, die wieder sowohl religionsgeschichtliche als auch reichsgeschichtliche Themen umfassen. Ausgehend vom Schmalkaldischen Krieg 1546/47 führt der Autor den Leser in knappen Abschnitten über den Fürstenaufstand 1552 und den Augsburger Religionsfrieden 1555 zu den innerprotestantischen Streitigkeiten in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Mit der Resignation des letzten Meißner Bischofs 1581 und dem versuchten Eindringen des Calvinismus in die sächsischen Territorien unter Christian I. und seinem Kanzler Nikolaus Krell endet der Abschnitt zum Reformationsjahrhundert.

Es folgt nun der Abschnitt »Die Jahrhunderte nach der Reformation«. Mit schnellen Schritten eilt der Autor durch das 17. Jahrhundert. Beginnend mit der Regierungszeit Johann Georgs I., dem Dreißigjährigen Krieg und seinen Folgen für das sächsische Herrschaftsgefüge, kurzen Ausführungen zum Pietismus und zur beginnenden Aufklärung, zum Religionswechsel Augusts des Starken am Ende des 17. Jahrhunderts und schließlich zu Zinzendorf führt der Autor in einem längeren Abschnitt zur Geschichte der sächsischen Landeskirche, der bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts reicht. Dabei rückt Leipzig immer wieder in den Fokus.

Mit kurzen Schlaglichtern wie »500 Jahre sächsische Landesuniversität in Leipzig 1909«, »Leipziger Völkerschlachtdenkmal 1913« oder »Deutschlands Zusammenbruch und das Ende der Monarchie« wird der Leser in die Ausführungen über die Trennung von Staat und Kirche in Sachsen im Jahr 1926 hineingenommen.

Der nun folgende, letzte große Abschnitt des vorliegenden Bandes ist in seiner Anlage von den vorherigen stark unterschieden. Zwar wird der skizzenhafte Stil beibehalten, jedoch ist die Darstellungsweise »insofern anders, als der Autor nun Skizzen entwirft über mittelbare und unmittelbare Erfahrungen sowie über Selbsterlebtes und von Zeitzeugen Erkundetes«. Der Abschnitt ist maßgeblich von der Geschichte der sächsischen Landeskirche unter den beiden deutschen Diktaturen geprägt. Das Spektrum der Skizzen reicht in relativ chronologischer Reihenfolge über die Situation der sächsischen Landeskirche um und nach der Machtergreifung 1933, über die Zeit der ersten Auseinandersetzungen bis zum Kirchenkampf. Kurz rückt Leipzig wieder in den Fokus, wenn der Autor zwei dort begangene Jubiläen in den Blick nimmt. Da handelt es sich zum einen um das Jubiläum zum 100-jährigen Bestehen der Leipziger Mission im Jahr 1936 und zum anderen um das Jubiläum zum 400-jährigen Bestehen der sächsischen Landeskirche im Jahr 1939. Abschließend beschreibt der Autor die Situation und das Verhal-

ten der sächsischen Landeskirche während des Zweiten Weltkrieges, deren Neuaufbau, deren Auseinandersetzungen mit der politischen Führung nach dem Ende des Krieges sowie deren Situation während und nach der friedlichen Revolution 1989/90.

Fazit: Der vorliegende Band ist in seinen skizzenhaften Abrissen ein informativer Überblick. Allerdings liegt gerade in der Skizzenhaftigkeit und in der zum Teil veralteten verwendeten Literatur sein größtes Manko. Bereits eingangs wurde beispielhaft auf einige Ungenauigkeiten hingewiesen. Der letzte große Abschnitt ist neben seinem Informationsgehalt auch durch viele persönliche Erfahrungen und Ansichten des Autors geprägt, die der neutralen, darstellenden Beobachterperspektive des Historikers entgegenstehen.

Somit bleibt festzuhalten, dass der vorliegende Band kein geschichtliches oder kirchengeschichtliches Lehrbuch ist und auch nicht sein will. Er bietet einen sehr persönlichen Blick des Autors auf ein halbes Jahrtausend sächsischer Landes-, Kirchen- und Reformationgeschichte, der trotz der beschriebenen Mängel seinen Reiz hat und lesenswert ist.

*Alexander Bartmuß (Leipzig)*

### **Die Sächsische Armee zur Zeit des Norddeutschen Bundes und im Kaiserreich 1867–1914 (Schriften der Rudolf-Kötzschke-Gesellschaft, Band 11)**

*Wolfgang Gülich*

Sax-Verlag Beucha·Markkleeberg 2017, 400 Seiten, Ladenpreis: 30 Euro

ISBN 978-3-86729-175-0

Mit dem nunmehr vorliegenden dritten Band über »Die Sächsische Armee zur Zeit des Norddeutschen Bundes und im Kaiserreich« ist die Trilogie zur Geschichte der Sächsischen Armee von der Zeit Napoleons zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 abgeschlossen.

Der Leipziger Militärhistoriker und Brigadegeneral a. D. Wolfgang Gülich hat nach mehrjähriger Forschungsarbeit damit einen umfangreichen, akribisch recherchierten und facettenreichen Überblick zur sächsischen Militärgeschichte im langen 19. Jahrhundert vorgelegt, der in dieser Form bislang fehlte. Neben einschlägiger militärgeschichtlicher Fachliteratur, Erinnerungen von Zeitgenossen und Standardwerken der sächsischen und deutschen Geschichte hat sich der Autor besonders auf archivalische Quellen im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden (vor allem im Bestand Sächsisches Kriegsministerium) gestützt.

In seinem letzten und umfangreichsten Band widmet sich Gülich dem Zeitabschnitt, in dem die Sächsische Armee in den Verband des Norddeutschen Bundesheeres und der kaiserlichen Armee eingegliedert war und sich trotz einer weitgehenden Ausrichtung an der preußischen Militärorganisation einige Eigen- und Besonderheiten bewahrte, wie einen eigenen Generalstab, ein Kriegsministerium und eine Militärverwaltung. Der Autor gliedert sein Buch in drei Hauptkapitel sowie Schlussbetrachtungen und einen 120 Seiten umfassenden Anhang.

Im ersten Abschnitt widmet sich Gülich der sächsischen Armee im Norddeutschen Bund, also dem Zeitraum des »erzwungenen« Beitritts Sachsens von 1867 bis zum Vorabend des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71. Hier werden insbesondere die Reorganisation der sächsischen Armee als XII. Armeekorps des Norddeutschen Bundesheeres und des Kriegsministeriums nach preußischem Vorbild einschließlich der Uniformierung und Feldzeichen sowie der Reformierung der Gefechtsführung geschildert. Gesonderte Teilabschnitte befassen sich mit der Errichtung der Landwehr gemäß den neuen gesetzlichen Vorgaben und mit dem sächsischen Offizierskorps um 1867/68.

Im zweiten Abschnitt schildert der Autor sehr detailreich den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und die Rolle der sächsischen Truppen an den Kampfhandlungen, die insbesondere an den bedeutenden Schlachten von Gravelotte, St. Privat und Sedan sowie der über viermonatigen Belagerung von Paris »ruhmreich« am Gesamtsieg über Frankreich beteiligt waren. Neben dem militärischen Verlauf des Krieges werden auch Anlass und Hintergründe, diplomatische und politische Entwicklungen bis zum Waffenstillstand und Frankfurter Frieden im Mai 1871 dargestellt. Zudem werden in diesem mit über 100 Seiten sehr umfangreichen Kapitel die einzelnen Waffengattungen und Aufgabenfelder der sächsischen Armee einschließlich der Besatzungs- und Ersatztruppen, des Sanitätsdienstes, der Militärseelsorge und technischer Dienste (Feld-Eisenbahnwesen, Feld-Telegraphie und Feldpost) bis zur Bewachung von Kriegsgefangenen ausführlich vorgestellt. Die meisten der insgesamt 35 Abbildungen und Schlachtpläne sind dann auch diesem Kapitel gewidmet.

Der dritte Abschnitt beinhaltet die Entwicklung der sächsischen Armee innerhalb des Reichsheeres zwischen 1871 und 1914. In diesem vergleichsweise langen Zeitabschnitt behandelt der Autor auf knapp 90 Seiten die Militärverfassung des Deutschen Reiches einschließlich der Militärverwaltung und Militärversorgung, die Militärgerichtsbarkeit, das Militärmedizinalwesen und das Militärveterinärwesen. Weitere Schwerpunkte dieses Kapitels beinhalten den Ausbau und die Modernisierung der sächsischen Armee bis zur Jahrhundertwende sowie die im Jahr 1899 erfolgte Bildung des 2. (sächsischen) Armeekorps Nr. XIX mit Sitz in Leipzig. In diesen und weiteren Teilkapiteln stellt Gülich Fakten und Entwicklungen der sächsischen Truppengattungen bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges dar. Dazu gehören Veränderungen in der Wehrorganisation ebenso wie die Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren sowie Neuerungen in der Bewaffnung und Ausrüstung. Der Zeitraum von 1899 bis 1914, die der Autor als »eine unruhige Zeit ununterbrochener Veränderungen, hervorgerufen aus unterschiedlichsten Gründen, wie zum Beispiel Vermehrung des personellen Umfangs, Aufstellung neuer Truppenteile, Wechsel der Unterstellungsverhältnisse, Einführung neuer Waffensysteme, Entstehung neuer Truppengattungen, Bau neuer Kasernenanlagen und dadurch bedingte Änderungen in der Stationierung« charakterisiert (S. 266), wird jedoch mit knapp 20 Seiten vergleichsweise kurz dargestellt. Die gerade in diese Jahre fallende enorme zahlenmäßige und waffentechnische Aufrüstung des Landheeres (und der Kriegsmarine), die weitere Technisierung und Automatisierung mit schwerer Artillerie, Maschinengewehren, Kraftfahrzeugen, Flugzeugen und Luftschiffen für einen »modernen« Massenkrieg findet lediglich in den Schlussbetrachtungen auf sechs Seiten seinen Niederschlag. So macht sich in der Gesamtbetrachtung eine gewisse Disproportion bemerkbar, wenn die Jahre 1867 bis 1871 ausführlicher behandelt werden als die »restlichen« 43 Friedensjahre. Beachtlich ist andererseits der üppige Quellenanhang mit 48 Anlagen, der noch viele Zusatzinformationen und Details bietet und zeitlich über das Jahr 1900 hinaus-

geht. Hilfreich dürften für den Leser auch die Erläuterungen militärischer Fachausdrücke und das Personenregister sein.

Das Buch ist übersichtlich gegliedert und in einem durchgängig sachlich-nüchternen, aber dennoch gut lesbaren Stil verfasst. Soweit ersichtlich, hat sich der Autor weitgehend jeglicher Wertungen und subjektiver Einschätzungen enthalten, zitiert in einleitenden oder zusammenfassenden Abschnitten ersatzweise jedoch ausgewiesene Historiker wie Golo Mann, Thomas Nipperdey oder Herfried Münkler. Kleinere Fehler und Ungenauigkeiten wie auf S. 140 (Bildunterschrift statt Avron hier »Abronn«) oder auf S. 177 (falscher Vorname »Rudi« für Heinrich [von] Stephan) sowie die für die Zeit des Kaiserreichs unzutreffende Bezeichnung »Reichsregierung« (S. 270 unten) schmälern den Wert der vorliegenden Publikation kaum.

Insgesamt stellt das Buch wie auch die gesamte Trilogie ein besonders für den militärgeschichtlich interessierten Leser wertvolles Kompendium zur Geschichte der Sächsischen Armee dar und schließt damit eine wichtige Lücke in der sächsischen und deutschen Militärgeschichtsschreibung.

*Gerald Kolditz (Leipzig)*

### **Der Leipziger Maler Erich Gruner. Seine Kleinsteinberger Sommer und Bilder**

*Lutz Heydick*

Sax Verlag Beucha • Markkleeberg 2017, 88 Seiten, Ladenpreis: 12 Euro

ISBN 978-3-86729-210-8

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Sax-Verlages veröffentlichte Lutz Heydick nicht eine der sonst üblichen chronologisch orientierten Übersichten zur Verlagsgeschichte und zukünftigen Publikationsprojekten. Mit seiner Verlagsfestschrift gelingt ihm eine einzigartige Symbiose zwischen einer mehr oder weniger zufällig entstandenen Verortung des Sax-Verlages in zwei Kleinsteinberger Grundstücken, bei denen es eine vorher nicht bekannte Verbindung zum Leipziger Maler und Grafiker Erich Gruner (1881–1966) gibt. Dem Schwiegervater Erich Gruners gehörte das Landhaus, in dem Erika und Lutz Heydick 1992 den damals unter Beucha firmierenden Sax Verlag gründeten. Und in dem Gebäude, das Gruner von 1912 und bis Anfang der 1930er-Jahre mit seiner Familie bewohnte, lagerten schließlich zeitweise die fertigen Druckexemplare des Verlages. Zu diesen Erkenntnissen führten erst die Auswertungen der Grunerschen Tagebücher, als Lutz Heydick sich ursprünglich intensiv mit dessen Plänen zur Ausmalung der Kirche Beuchas auseinandersetzte und auf der Spurensuche zu Gruner dem eigenen Kleinsteinberger Umfeld nahe kam.

Erich Gruner ist heute vor allem durch sein 1917 geschaffenes Symbol des »MM« als Signet für die Mustermesse mit den unterschiedlichen Gestaltungen wie an der Alten Messe oder auf dem City-Hochhaus Wintergartenstraße präsent. Weitaus weniger bekannt sein dürften seine Wohn- und Schaffensjahre in Kleinsteinberg, einem heute zu Beucha gehörigen Ort in der



Parthenaue östlich von Leipzig. In der hier gelegenen »Waldsiedlung«, die von Landhäusern gut situierter Leipziger geprägt war, lernte Erich Gruner seine spätere Ehefrau Johanna Katharina (Käthe), eine Tochter des Leipziger Fabrikdirektors Hermann Meyer, kennen. Mit seiner Familie verbrachte Gruner die Sommer auf dem Grundstück seiner Schwiegereltern, ehe er sich dort 1912 selbst ein Anwesen als Wohnung und Atelier ausbaute. Die Ruhe und die idyllische Landschaft inspirierten Gruner zu einer Vielzahl von Bleistiftstudien, Linolschnitten und Radierungen sowie Ölbildern, von denen leider ein größerer Teil bei der Ausbombung der Leipziger Wohnung Ende 1943 verloren ging. Zu den Gästen Gruners während der Kleinsteinberger Zeit zählten zahlreiche Leipziger Persönlichkeiten wie Oberbürgermeister Dr. Karl Rothe sowie die Künstler Max Klinger, Elsa Asenijeff oder der Schriftsteller Valerian Tornius.

Das Wissen über die intensive Schaffenszeit Gruners in Kleinsteinberg verdankt Lutz Heydick vor allem einem unglaublichen Schatz – den seit 1892 bis 1966 geführten, 51 Hefte umfassenden Tagebüchern Gruners. Diese befinden sich seit 2006 durch Erwerbung aus einer Auktion im Besitz der Handschriftenabteilung der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek Dresden und beinhalten nicht nur die zahlreichen von Heydick angeführten Zitate, sondern ebenso eingeklebte Fotografien, Presseartikel und rund 100 Originalzeichnungen. In den Einträgen Gruners finden sich Notizen zu persönlichen Erlebnissen und künstlerischen Themen, Einschätzungen zum politischen Tagesgeschehen sowie die schließlich meist nüchtern formulierten chronikartigen Einträge für die DDR-Zeit. Damit werden gleichzeitig mehr als 60 Jahre Leipziger Stadtgeschichte aus persönlicher Sicht reflektiert. Bemerkenswert ist, dass nach dem Tod Gruners seine Ehefrau Käthe die Aufzeichnungen noch bis 1973 mit 12 Heften fortsetzte. Sie erstellte auch eine Gesamtübersicht zu den von Gruner geschaffenen mehr als 4600 Einzelblättern der künstlerischen Arbeiten, zu denen auch Exlibris, Aquarelle und zahlreiche Entwürfe für Briefmarken ebenso wie seine Skizzen für das nicht realisierte Vorhaben zur Ausmalung der Beuchaer Kirche gehörten.

Heydick wertete neben den Tagebüchern außerdem den künstlerischen Nachlass Gruners im Deutschen Buch- und Schriftmuseum der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig sowie den genealogischen Nachlass im Sächsischen Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig aus. Die von ihm akribisch angeführten Anmerkungen ermöglichen dem Interessierten einen schnellen Zugang zu den Originalaufzeichnungen und regen zu eigenen Recherchen an, da sich der Autor ausschließlich den Kleinsteinberger Jahren widmet. Trotzdem gibt der Festband einen allgemeinen Überblick zu Gruners Leben und Schaffen, seiner Vernetzung in der Leipziger Künstlerszene, seiner 1930 erfolgten Berufung als Leiter der neuen »Kunstgewerbeschule der Stadt Leipzig« sowie dem Verkauf des Kleinsteinberger Grundstückes 1937.

Die Recherchen von Lutz Heydick zu den örtlichen Gegebenheiten ermöglichen außerdem eine Zuordnung der genannten Grundstücke zur heutigen Straßenlage und Bebauung und laden zu einem Spaziergang vor Ort ein. Illustriert ist der liebevoll und typografisch hervorragend gestaltete Band mit zahlreichen Fotografien und Abbildungen der Arbeiten Gruners. Leider lassen die Nachdrucke der schwarz-weiß Fotografien nur noch im Ansatz erahnen, mit welcher Farbigkeit und vielleicht auch Leichtigkeit es Gruner gelang, Szenen aus dem Leben und Arbeiten der Bewohner im ländlichen Umfeld, seiner Familienmitglieder sowie der sanften Landschaft an der Parthe festzuhalten.

*Birgit Horn-Kolditz (Leipzig)*

**Fast geht es mir wie dem Vaterlande ...  
Der Leipziger Heinrich Oskar Kunitzsch im Weltkrieg (1916–1918) –  
ein Kriegstagebuch**

*Hrsg. und kommentiert von Ralf C. Müller*

Eudora-Verlag Leipzig/Karlsruhe, Leipzig 2017, 192 Seiten, Ladenpreis: 29,90 Euro

ISBN 978-3-938533-58-1

Mit dem zu besprechenden Buch wird im Gedenken an den Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren ein weiteres eindrucksvolles Zeugnis zeitgenössischer Erinnerungskultur in Wort und Bild vorgelegt. Auf der Basis zahlreicher Selbstzeugnisse des Leipzigers Heinrich Otto Kunitzsch (1896–1968) rekonstruiert Ralf C. Müller als Herausgeber und Leiter bzw. Inhaber des Eudora-Verlages die Lebenswelt von Otto Kunitzsch, insbesondere dessen Erlebnisse und Eindrücke als Soldat im Krieg. Müller kann sich dabei auf eine vergleichsweise komfortable Quellenlage stützen, denn ihm stehen ein regelmäßig geführtes, umfangreiches Kriegstagebuch (270 Seiten), ein Fotoalbum, Feldpostbriefe und -karten sowie eine Zitatsammlung des Protagonisten zur Verfügung. Anhand dieser Schrift- und Bildquellen gelingt dem Herausgeber die authentische Vermittlung der Vorstellungswelt und Reflexion eines 19-Jährigen, der kurz nach seiner Buchhändlerlehre zum Militär einberufen wird und 18 Monate lang den Frontalltag mit all seinen Strapazen und seinem Grauen erlebt.

Kunitzsch kam nach einigen Monaten der Ausbildung in Sachsen mit zahlreichen Soldaten aus dem Leipziger Raum Anfang August 1916 zur Auffüllung des durch die schweren Abwehrkämpfe an der Somme dezimierten Leipziger Reserve-Infanterie-Regiments 107 an die Westfront. Hier erlebte er die materialtechnische Überlegenheit der angreifenden Engländer, besonders auf dem Gebiet der Artillerie, der Panzer und Flugzeuge und sah viele seiner Kameraden sterben. In seinem Kriegstagebuch hält er die Angriffe und Abwehrkämpfe, Gegenangriffe und Ruhezeiten im Hinterland fest. Im Frühjahr 1917 wurde Kunitzsch mit seinem Regiment von der West- an die Ostfront nach Galizien verlegt, was er zunächst mit großer Erleichterung aufnahm, weil er sich der »Knochenmühle« an der Somme entkommen sah. Aber die relative Ruhe währte nur kurz, denn mit Beginn der »Kerenski-Offensive« Anfang Juli 1917 begannen auch hier verlustreiche Kämpfe. Kunitzsch war nun als Maschinengewehrführer im Einsatz, wurde bereits im Mai 1917 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet und am 1. September gleichen Jahres zum Unteroffizier befördert. Anfang November 1917 erfolgte die Rückverlegung seiner Division nach Flandern, wo sie an der Abwehr des ersten großen Panzerangriffs bei Cambrai beteiligt war. In Folge einer schweren Lungenentzündung und eitrigen Rippenfellentzündung kam er Ende Februar 1918 ins Lazarett, wurde operiert, nach Berlin und später zur Genesung nach Schlesien transportiert, wo er auch das Kriegsende erlebte. Seine auch hier weiter geführten Tagebuchaufzeichnungen verraten viel über den Soldatenalltag im Krieg und im Lazarett, wobei die äußeren Umstände häufig stärker reflektiert werden als die unmittelbaren Kampfhandlungen. In der sich gut ergänzenden Kombination aus Kriegstagebuch, Feldpost mit den passenden Seiten aus dem Fotoalbum sowie ergänzenden Informationen mit Texten, weiteren Fotos und Militärkarten lässt sich so ein relativ umfassender Einblick in das Umfeld von Kunitzsch in den letzten Kriegsjahren gewinnen. Oft lagen Freud und Leid, erholsame Tage und entbehrungsreiche Kampfeinsätze zeitlich dicht beieinander, aber am Ende kehrte er

im Gegensatz zu vielen seiner Kameraden geheilt in die Heimat zurück. Dank der Erzählungen seiner 1931 geborenen Tochter, dem der Herausgeber auch die Bereitstellung der wesentlichen Quellen für dieses Buch zu verdanken hat, erfährt der Leser im Nachwort zudem allerhand über die Familie von Oskar Kunitzsch, seine Ehe und die weitere berufliche Entwicklung bis zu seinem Tod im Jahr 1968. Daran schließen sich einige zusammenfassende Aussagen des Herausgebers über Oskar Kunitzsch im Kriegseinsatz in Verbindung mit den militärpolitischen Zusammenhängen sowie die Quellenlage und deren Auswertung an.

All dies wird in dem vorliegenden Buch akribisch zusammengetragen, kommentiert und durch Auszüge aus Spezialliteratur ergänzt und nicht zuletzt dank der zahlreichen Abbildungen (166 und 12 Karten) zu einer ebenso lesens- wie sehenswerten Darstellung aus dem Leben des Oskar Kunitzsch zusammengefügt. Neben passend platzierten Auszügen aus Standardwerken über die sächsischen Truppen im Ersten Weltkrieg werden viele Feldpostbriefe und -karten, die Kunitzsch an seine Geliebte und spätere Frau Klara Tacke regelmäßig nach Leipzig schrieb, mit kleinerer Schrifttype abgesetzt im Wechsel mit dem Kriegstagebuch zitiert. Die an Kunitzsch gelangte Post aus der Heimat hat sich jedoch offenbar nicht erhalten. Einziges Manko sind die mitunter zu klein geratenen Abbildungen der (Feld-)Postkarten, von denen einige farbige Karten zudem noch eine schlechte Wiedergabequalität aufweisen. Dennoch kann das Buch als aussagefähiges Lebensbild eines jungen Soldaten aus Leipzig während des Ersten Weltkrieges allen historisch Interessierten empfohlen werden. Ralf C. Müller hat damit exemplarisch einem bisher Namenlosen und fast Vergessenen ein Denkmal gesetzt.

Das Buch ist im attraktiven Album-Querformat 18 mal 22 cm mit schwarzem Leineneinband und mehrfarbigem Schutzumschlag erschienen.

*Gerald Kolditz (Leipzig)*

### **Musikstadt Leipzig. Zur Geschichte Leipziger Vokal-Quartette (Leipziger Hefte, Bd. 20)**

*Günter Sonne*

Sax-Verlag Beucha • Markkleeberg 2017, Broschur, 216 Seiten, Ladenpreis: 15 Euro

ISBN 978-3-86729-193-4

Mit der Geschichte der Leipziger Vokal-Quartette hat der Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik und Hobbymusiker Günter Sonne ein Kapitel der Leipziger Musikgeschichte aufgeschlagen, das nahezu vergessen war. Wer weiß schon noch etwas von Vokal-Quartetten des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts? Was waren das überhaupt für Musiker – die Sänger und später auch Sängerinnen? Das wird in 17 Kapiteln ausführlich beschrieben und mit zahlreichen Bildern und Quellenangaben üppig unterlegt. Vorangestellt ist ein kurzer Exkurs über das deutschsprachige bürgerliche Singspiel, dessen Wiege mit Christian Felix Weiße und Johann Adam Hiller bekanntlich in Leipzig stand. Aber auch die Anfänge der humoristischen Herren-Sänger-Gesellschaften, Ursprung der Vokal-

Quartette, lagen in Leipzig bzw. in Sachsen, und Sonne verfolgt sie bis 1820 zurück. Ihre Blüte erreichte diese Form des Gesanges jedoch im letzten Drittel des 19. und um die Wende zum 20. Jahrhundert. »Bliemchen« als Reiseonkel, die »Krystallpalast-Sänger«, die »Seidel-Sänger«, die »Leipziger Sänger Saxonia«, die »Original Leipziger Quartett- und Concert Sänger« und viele, viele andere – mehr als 30 Gesellschaften bestanden in Leipzig – waren in dieser Zeit deutschlandweit einzigartig. Sie bestanden zum Teil über 25 Jahre, waren weit über Leipzig hinaus bekannt, und ihr Erkennungsmerkmal war (als Novum) eine einheitliche Reisekleidung. Sonne beschreibt und zeigt mit Fotos, Plakaten und Programmen die Entwicklung des a-cappella-Chorgesanges, zum größten Teil mit akribisch recherchierten Biographien der einzelnen Sänger. Er lässt vor uns ein buntes Panorama des bürgerlichen Laien-Chorgesanges, der bürgerlichen Gesangsvereine (u. a. Riedelverein) über die akademischen deutschen Sängerschaften, wie z. B. die studentische Sängergemeinschaft St. Pauli (Vorgänger des Leipziger Universitätschores), bis zur Arbeiter-Gesangsbewegung (hier bedeutend Barnet Licht) entstehen und stellt deren Entwicklung immer in den gesellschaftlichen Kontext. Viele der Männerquartette werden ausführlich vorgestellt, so z. B. das 1889 gegründete Männer-Soloquartett »Mendelssohn«, das den künstlerischen volkstümlichen Männergesang pflegte und das Konzertreisen nach Stuttgart, Graz und Breslau führten. Auch die Damen finden Beachtung, die sich ab etwa 1900 ebenfalls in musikalischen Quartetten zusammenfanden. Auch gemischte Solo-Quartette mit Sopran, Alt, Tenor und Bass fanden den Weg aus den Opern- und Konzerthäusern in die bürgerliche Gesangkultur. Diese Tradition endete jedoch mit dem Zweiten Weltkrieg und geriet mehr und mehr in Vergessenheit. Auch die Gründe dafür beleuchtet der Autor. Es ist das sehr Verdienstvolle des Buches von Günter Sonne, ein vergessenes Kapitel der Leipziger Musikgeschichte wieder in unser Bewusstsein zu rücken. In der Hauptsache griff er dabei auf Quellen zurück, die sein Großvater Carl Sonne zusammengetragen hatte. Dieser war ab 1916 Tenor im »Leipziger Vokalquartett« bis zu dessen Auflösung 1938.

Aber auch viele weitere Quellen wurden für diese Darstellung ausgewertet, sodass das Buch umfassend informiert über die 130-jährige Geschichte des Leipziger Quartett-Gesanges, deren Protagonisten es zu beachtlicher Virtuosität brachten. Gewürdigt wird auch, dass ohne das in Leipzig gewachsene und allgegenwärtige Mäzenatentum diese Entwicklung kaum möglich gewesen wäre, gingen doch die Sänger zum Broterwerb meist bürgerlichen Berufen nach und waren in der Regel nur nebenberuflich Sänger. Sie leisteten – neben natürlich auch vielen humorvollen Darbietungen – einen unschätzbaren Beitrag zur Verbreitung des Kunst- und des Volksliedes an der Schwelle zum 20. Jahrhundert. Ein ausführliches Personenregister ergänzt die Darstellung, und man entschuldigt gern kleine Fehler, die sich in so faktenreichen Werken kaum vermeiden lassen, deren Wert aber keinesfalls schmälern. Das Buch ist nicht nur für Musikliebhaber gedacht, denn es wirft einen kenntnisreichen Blick auf das Leipziger gesellschaftliche und kulturelle Leben des 19. und 20. Jahrhunderts und ist damit für jeden stadthistorisch Interessierten eine wahre Fundgrube.

*Doris Mundus (Leipzig)*

**700 Jahre Gohlis. 1317–2017. Ein Gohliner Geschichtsbuch  
(Gohliner Historische Hefte, Sonderband)**

*Hrsg. vom Bürgerverein Gohlis e. V.*

Sax-Verlag, Beucha • Markkleeberg 2017, 360 Seiten, Ladenpreis: 25 Euro

ISBN 978-3-86729-200-9

Festschriften zur Ersterwähnung von Dörfern haben Konjunktur, wobei sich in Gestaltung, wissenschaftlichem Anspruch und der Auswahl der Themen gewaltige Unterschiede zeigen.

Die anzuzeigende Festschrift zur 700-jährigen Ersterwähnung von Gohlis (1317) zeigt bereits durch die Herausgeberschaft des Bürgervereins Gohlis und das Erscheinen in der Reihe der »Gohliner Historischen Hefte« (hier als Sonderband), dass es sich um ein ambitioniertes Unternehmen handelt. Unter der Leitung von Manfred Hötzel haben über 40 Autoren an der Festschrift mitgewirkt. Deren Beiträge sind in 11 Kapiteln zusammengefasst, dazu kommt ein umfangreicher Anhang, bei dem insbesondere das Literaturverzeichnis hervorzuheben ist.

Die ersten beiden Kapitel bestehen aus den Grußworten bzw. der 25-jährigen Geschichte des Bürgervereins Gohlis. Mit dem dritten Kapitel setzt die Beschreibung und Untersuchung der Gohliner Geschichte ein. Eine Tabelle vermittelt zunächst einen Überblick zu wichtigen Daten der Gohliner Ortsgeschichte und ordnet diese in die Leipziger Stadtgeschichte ein. Die Beiträge über archäologische Funde aus der Gohliner Flur und die Übersetzung der Ersterwähnungsurkunde zeigen das Bemühen, die frühe Entwicklung des Ortes aufzuzeigen, wobei die Lückenhaftigkeit schriftlicher und archäologischer Quellen keine mittelalterliche Gesamtgeschichte erlaubt. Überraschend ist festzustellen, dass die archäologischen Befunde von der Steinzeit bis ins 19. Jahrhundert (Friedhof) reichen. Bei der Übersetzung der Ersterwähnungsurkunde hätte darauf hingewiesen werden können, dass die Urkunde als Edition im 3. Band des Leipziger Urkundenbuchs (Nr. 38) vorliegt.

Die Problematik des thematischen Zuschnitts zeigt sich im Kapitel zu »Gohlis in Kriegszeiten«. Hier können zumeist nur wenige, allein auf Gohlis zutreffende Beobachtungen mitgeteilt werden, vielmehr sind vor allem bis zum Dreißigjährigen Krieg allgemeine Entwicklungen dargestellt.

Die folgenden Beiträge werfen Schlaglichter auf die Gohliner Geschichte und können vor allem Bekanntes nochmals erhellen, wie die Bedeutung des Dorfes als Leipziger Sommerfrische mit dem berühmtesten Gast Friedrich Schiller. Ferner zeigt sich das Selbstbewusstsein des Ortes mit der Errichtung zahlreicher kommunaler Gebäude auf dem Anger, aber auch eines eigenen Betsaales, da Gohlis nach Eutritzsch pfarrte. Dieses Selbstbewusstsein verstärkte sich im Gefolge der Landgemeindeordnung von 1838 noch und nährte sich offenbar aus der Nähe zur Stadt Leipzig. Der Gemeinderat von 1889 widerspiegelte die Verhältnisse vor Ort deutlich, wenn neben den Gutsbesitzern der Klasse A noch Prokuristen, Strumpfwirker und Kaufleute aus den anderen Klassen kamen. Gohlis war ein städtisches Dorf (oder hier: Vorstadtdorf) – wirtschaftlich und personell ganz eng mit Leipzig verbunden. So erscheint die ausführlich beschriebene frühe Eingemeindung 1889 nur logisch. Der Nutzen, den Leipzig aus dieser Eingemeindung zog, wird am folgenden Kapitel zur Bebauung der Gohliner Flur deutlich, wodurch zahlreiche großräumige Wohngebiete entstanden. Dabei fügte sich der Stadtteil in die umliegenden Bebauungspläne ein und nahm in seiner Entwicklung vor allem auf veränderte

wirtschaftliche und soziale Bedingungen Rücksicht. Es wurde damit auch ein Häuserbestand geschaffen, der heute weitgehend unter Denkmalschutz steht, wie der Beitrag von Mathis Nitzsche verdeutlicht. Die Fortsetzung der Chronologie der Gohliner Geschichte bleibt jedoch lückenhaft: Während die Weimarer Republik und die Zeit des Nationalsozialismus weitgehend ausgespart bleiben, werden die Jahre von 1945 bis 1990 näher behandelt. Die Darstellung weist jedoch zahlreiche Lücken auf, was freilich der geringen Bedeutung der Stadtteile geschuldet ist. Schlaglichtartig werden der 17. Juni 1953 und die Ereignisse der Friedlichen Revolution für Gohlis hervorgehoben. Großen Raum nehmen völlig zu Recht die Gohliner historischen Bauten ein. Dabei handelt es sich quasi um einen Reiseführer durch die verschiedenen Kunststile in Gohlis. Beginnend mit dem Schillerhaus und dem Gohliner Schlösschen bis zu den Industrie- und Villenbauten nach 1890 weist Gohlis eine bemerkenswerte Architektur auf, die stets von hoher Qualität geprägt war. Dass auch moderne Bauten hier ihren Platz finden, verdeutlichen der Kickerlingsberg 15 und die Krochsiedlung. Letztere wird schließlich durch den gleichnamigen Bürgerverein als lebenswertes Ensemble mit aktiven Bewohnern hervorgehoben – dem Ziel moderner Stadtplanung.

Für die militärische Nutzung wurde auf Gohliner und Möckerner Flur das große Kasernenviertel gebaut, dem ein eigener Abschnitt mit der Erläuterung der Gebäude und ihrer Funktionen gewidmet ist, wodurch die Bedeutung der Ansiedlung für das umgebende Stadtviertel deutlich wird. Heute werden die ehemaligen Militärbauwerke größtenteils zu Wohnzwecken umgebaut. Peter Wangemann beleuchtet schließlich die Eisenbahngeschichte von Gohlis. Auch wenn die großräumigen Planungen kleinere Stadtviertel häufig nur tangierten oder mit wenigen Haltepunkten bedachten, so haben sie doch die bauliche Entwicklung beeinflusst. Diese bis heute sichtbaren alten Gleisverläufe hat Wangemann nachvollziehbar verortet und die Planungen bis zum modernen S-Bahn-Netz verfolgt. Bedeutsamer für die Erschließung des Stadtteils sind die Straßenbahnlinien, deren Entwicklung ebenfalls Peter Wangemann nachzeichnet. Als wichtigste Straße wird die Georg-Schumann-Straße vorgestellt.

Die Bedeutung der frühen Eingemeindung von Gohlis belegt auch die industrielle Entwicklung des Stadtteils. Neben den Wohnbauten entstanden, häufig in unmittelbarer Nachbarschaft, wichtige Betriebe und Werkstätten wie das »Schokoladenpalais« und die Bleichert-Werke. Neben diesen großen Betrieben waren es vor allem kleinere Handwerks- und Gewerbetreibende, die typisch für die Leipziger Vororte sind. In Gohlis waren dies etwa Musikinstrumentenbauer, Handschuhmacher und eine Motorradfabrik. Diese Kleinstbetriebe müssen künftig noch viel intensiver erforscht werden. Von eminenter Bedeutung auch für das nahe Leipzig waren die Gohliner Gaststätten, unter denen hier nur die Gosenschenke hervorgehoben werden soll.

Die kirchliche Entwicklung nehmen Axel Frey und Elisabeth Guhr in den Blick, wobei die frühen Jahre bis zur Errichtung eines eigenen Betsaals auf dem Gohliner Anger nur knapp abgehandelt werden. Deutlich spürbar wird seit dem 18. Jahrhundert das zunehmende Bestreben zur kirchlichen Selbstständigkeit, das schließlich in der Weihe der Gohliner Friedenskirche 1873 gipfelte. Gohliner Kirchengeschichte bedeutet im Beitrag nicht nur Gebäude-, sondern auch Gemeindegeschichte bis in die Gegenwart.

Das 6. Kapitel zu Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung vermag die Bedeutung des Ortes für die Leipziger Geistesgeschichte hervorzuheben. Dafür stehen das Schillerhaus, die Böhmesche Bibliothek aus dem Gohliner Schlösschen sowie die Goethe-Sammlung des Verlegers Anton Kippenberg, die Grundlage für das Düsseldorfer Goethe-Museum wurde. Bis heute weist Gohlis mit dem KuK Gohlis und der Kreativitätswerkstatt Leipzig ein besonderes



kulturelles Profil auf. Die knappen Beiträge zu den verschiedenen Einrichtungen, Künstlern und Initiativen sind allesamt sehr informativ und verraten häufig die Nähe der Autoren zu ihren Projekten.

Die Gohliner Schulgeschichte erfasst alle ehemaligen und heutigen Schulen und stellt deren spezielles Profil vor. Dabei können allerdings keine neueren Erkenntnisse zur Frühgeschichte des Schulwesens bis ins 17. Jahrhundert präsentiert werden, selbst das Bestehen einer Winkelschule bleibt Vermutung.

Die Kapitel 8 und 9 behandeln Gewässer bzw. Grünflächen und Parks in Gohlis. Hervorzuheben sind die Beiträge über die nördliche Rietzschke und die Parthe, die ja weitgehend aus dem Stadtbild verschwunden sind, deren Verlauf sich aber mit Hilfe von Karten erschließen lässt. Eine zentrale Rolle nimmt das Rosental ein, dessen kulturgeschichtliche Bedeutung ausführlich aufgezeigt wird. Weitere Grünflächen, darunter der Gohliner Friedhof, sind das Ergebnis der Stadtplanung und gartenkünstlerischer Anlage.

Abgerundet wird die Festschrift durch ein umfangreiches Gohliner Personenlexikon, das nach Ansicht der Autoren durchaus noch hätte umfangreicher ausfallen können.

Die Redakteure haben insgesamt eine sehr vielfältige Gohliner Geschichte vorgelegt. Die Gliederung des Bandes in elf Kapitel ist sehr zu begrüßen, um die Vielfalt des Stadtteils zu verdeutlichen und gleichzeitig auch kleinere Abschnitte einfügen zu können. Die Gohliner Besonderheiten konnten so deutlich herausgearbeitet werden. Die Schwächen des Bandes liegen in der Zusammenschau sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Ereignisse und Entwicklungen, vor allem für die Abschnitte zum Mittelalter und der Frühen Neuzeit. Aber dies erschöpfend zu behandeln, war nicht nötig, dafür kann man immer noch zur Arbeit Willy Eberts von 1926 greifen. Vertiefungen sind hier gleichwohl gewünscht, bedürfen aber noch weitergehender Archivrecherchen.

So bleibt der Eindruck einer reichen und trotz disparater Beiträge gut geordneten Festschrift, die insbesondere die Gohliner Vielfalt der letzten 100 Jahre widerspiegelt. Der Erfolg des Buches zeigte sich auch daran, dass die ersten beiden Auflagen in Kürze vergriffen waren. Eine Fortsetzung soll die Beschäftigung mit Gohlis künftig in Form eines Online-Lexikons finden.

*Markus Cottin (Leipzig)*

---

## Autorenverzeichnis

Dr.-Ing. Thomas Hoscislawski, Stadtplaner, Leipzig

Dr. Caroline Köhler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Projekt  
Edition des Briefwechsels von Johann Christoph Gottsched, Sächsische Akademie  
der Wissenschaften zu Leipzig

Dr. Gerald Kolditz, Referatsleiter im Sächsischen Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig

Dr. Jens Kunze, Historiker, Wermsdorf

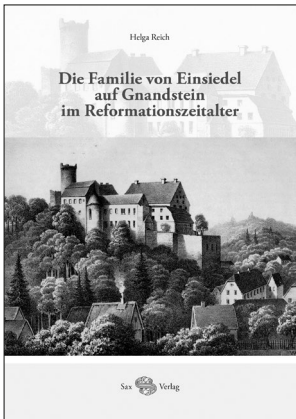
Dr. Katrin Löffler, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt Gelehrte Journale  
und Zeitungen als Netzwerke des Wissens im Zeitalter der Aufklärung,  
Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Leipzig

Dr. Anett Müller, Bestandsreferentin im Stadtarchiv Leipzig

Dr. Andreas Schneider, Historiker und Pädagoge, Leipzig

Johannes Träger, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kirchengeschichte  
am Lehrstuhl für Spätmittelalter, Reformation und territoriale Kirchengeschichte,  
Gymnasiallehrer für Geschichte und Religion am Evangelischen Schulzentrum Leipzig

Sebastian Walther M.A., Historiker, Leipzig



## **Die Familie von Einsiedel auf Gndandstein im Reformationszeitalter**

*Helga Reich*

ISBN 978-3-86729-204-7

1. Auflage 2017, 14 x 21 cm

Broschur

64 Seiten mit 30 meist farbigen Abbildungen

6,00 €

Als Luther 1517 mit der Verbreitung der 95 Thesen gegen den Ablass die Reformation der Kirche einleitete, gehörten die Herren von Einsiedel zu den größten Grundbesitzern in den wettinischen Territorien. Einsiedelsche Besitzungen lagen sowohl im ernestini-schen Kurfürstentum als auch im albertinischen Herzogtum, seit sich das sächsische Herr-schergeschlecht der Wettiner 1485 in die beiden Linien der Ernestiner und Albertiner geteilt hatte. Konnte sich die Reformation im Kurfürstentum Sachsen mit den Zentren Wittenberg und Weimar dank Duldung bzw. Unterstützung durch die Ernestiner sofort entfalten, hielt im Herzogtum Sachsen (mit Zentrum in Dresden) dessen albertinischer Landesherr Georg am alten Glauben fest. So kam den frühen Kontakten der Familie von Einsiedel zur Kirchenreform und deren Resonanz in ihren Grundherrschaften Gn-andstein, Prießnitz, Sahlis, Syhra sowie den sozialen Forderungen der dortigen Bauern besondere Bedeutung zu.

Überlegungen der von Beginn an mit der lutherischen Kirche verbundenen Generation der Einsiedels wie die Heinrich Hildebrands von Einsiedel, der in regem Briefwechsel mit den Reformatoren der Zeit stand und die Rechtmäßigkeit von Frondiensten erörterte, sind namhafte Beispiele für die zeitige Unterstützung der Reformation durch den Adel in den mitteldeutschen Territorien des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Luther hat in einem Brief von 1541 die von Einsiedels »als ein seltsames und einzigartiges Licht im Dunkel jenes sehr verworrenen Adels des Jahrhunderts« bezeichnet.